

UB Braunschweig 84



2224-411-6

11.9.27.

ab 12/

Gimme 25 J. P. J. 1906.



Holtenbach. von Staatskirchen- und in des Recht.
Sprechung des 8. Verf. Gerichts.
Anhang d. off. Rechts - Bd. 92, S. 99

2224-411 6
Alh 12

Das evangelische Kirchenrecht

des

Herzogtums Braunschweig

von

Carl v. Schmidt-Phisfeld

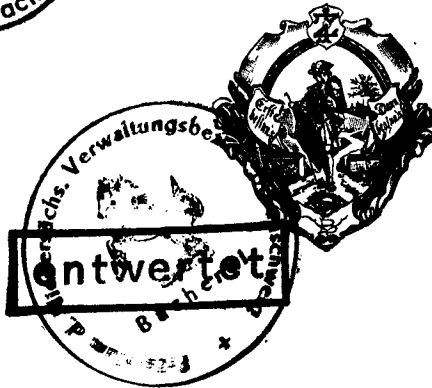
herzogl. braunschw.-lüneb. Konsistorial-Präsidenten in Wolfenbüttel.

Zweite Auflage,

nach des Verfassers Tode besorgt vom Gerichtsassessor
C. v. Schmidt-Phisfeld.



Ph



Wolfenbüttel.

Verlag von Julius Zwißler.
1903.

Vorrede.

Den Anlaß zur Abfassung dieses Werkes gab die im Gange der täglichen Geschäfte mir häufig sich aufdrängende Erfahrung, wie wenig verbreitet die Kenntnis des heimischen Kirchenrechtes ist. Unter den Geistlichen und in den Kreisen der kirchlichen Selbstverwaltungsorgane klagt man über den Mangel eines leicht gangbaren Weges zur Erlangung zuverlässiger Kunde von seinen Einzelheiten und über die daraus folgende Unsicherheit in Angriff und Erledigung der obliegenden Arbeiten; in den Reihen der Juristen empfindet man die Schwierigkeit, aus den weit zerstreuten und zum Teil versteckten Quellen Einsicht in den Zusammenhang des Ganzen zu gewinnen. Aus dem Grunde entschloß ich mich, die im Laufe längerer Jahre zum eigenen Gebrauche angefertigten Bearbeitungen einzelner kirchenrechtlicher Fragen zu einer vollständigen Darstellung des braunschweigischen Kirchenrechtes zu erweitern und diese zu veröffentlichen. Dabei war mein Bestreben, dem Buche eine Form zu geben, welche es gleich brauchbar zum Nachschlagen für den Juristen, wie zur Aufklärung für den Auskunft und Rat suchenden Nichtjuristen machen sollte.

Der Wunsch und die Hoffnung, auf diese Weise der Landeskirche zu dienen, ließ mich manche dem Unternehmen entgegenstehende Bedenken überwinden. So das aus dem geringen Umfange der Geltung des behandelten Rechtsstoffes sich ergebende; in der That hebt ja auch die geringe Größe des Herzogtums, so sehr sie tatsächlich die wissenschaftliche Bearbeitung des braunschweigischen Rechtes hemmt, dessen Bedeutung für die Braunschweiger nicht auf, welche vielmehr an seinen Eigentümlichkeiten und deren Ausgestaltung ebenso fühlbar interessiert sind, als beherrschten dieselben ein größeres Landgebiet. So ferner die Sorge, daß die jetzt auch auf kirchlichem Gebiete in beschleunigtem Tempo arbeitende Gesetzgebung möglicherweise nach kurzer Frist meine Darstellung überholen werde; sie mußte vor der Erwägung zurücktreten, daß die ungewisse Dauer meines Lebens es verbietet, die Veröffentlichung des vollendeten Werkes auf den unbestimmbaren Zeitpunkt des Eintrittes eines längeren Stillstandes der gesetzgeberischen Tätigkeit zu vertagen, und daß in dem Buche jedenfalls eine Grundlage und Übersicht geliefert wird, welche für geraume Zeit ihren Wert behalten, wenn auch einzelne Sätze oder Abschnitte der Ausführungen durch spätere Gesetze ihre Geltung verlieren. Durch Anmerkung

derartiger Änderungen das Buch in Übereinstimmung mit dem geltenden Rechte zu halten, würde überdies für den Besitzer nicht allzuschwer sein.

Aus dem Zwecke des Buches, eine Darstellung des für die evangelisch-lutherische Landeskirche bestehenden Kirchenrechtes zum praktischen Gebrauche zu liefern, ergibt sich, daß einerseits in demselben die tunlichste Vollständigkeit in Vorführung und Behandlung der geltenden Rechtsätze angestrebt wird, andererseits aus ihm Alles ausgeschlossen bleibt, was in diesem Rahmen keinen Platz beanspruchen kann. Das gemeine Kirchenrecht wird also nur dargestellt, soweit das zur Verknüpfung und zum Verständnisse der Sätze des braunschweigischen unerläßlich ist; das Kirchenrecht anderer Konfessionen im Herzogtum nur berührt, soweit es die Gestaltung des Rechtes der Landeskirche beeinflusst. Sodann sind ausgeschieden Erörterungen kirchenrechtlicher oder kirchenpolitischer Theorien. Deren Ergebnisse haben, wo sie von dem positiven Rechte verschieden sind, diesem, so lange es besteht, zu weichen, bilden also keinen Teil seiner Darstellung; sie etwa als Einleitung zu dieser zu besprechen, verbot die notwendige Rücksicht auf tunlichste Beschränkung des Umfanges des Buches. Ferner ist ausgeschieden die Darstellung der Geschichte des Kirchenrechtes. Soweit sie Rechtsätze vorführt, welche nicht mehr gelten, gehört sie nicht in die Darstellung des geltenden Rechtes; zur Erläuterung des letzteren dient zwar nicht am wenigsten die Betrachtung seiner Entwicklung, allein ihre Aufnahme in das Buch würde dessen Umfang in unzumuthlicher Weise geschwellt und die Darstellung störend unterbrochen haben. Überdies hat erst vor wenigen Jahren Johannes Beste in seiner Geschichte der braunschweigischen Landeskirche (Wolfenbüttel bei Zwißler 1889) den in Betracht kommenden rechtsgeschichtlichen Stoff fleißig zusammengetragen und dessen Aufsuchung und Benützung dem Forscher wesentlich erleichtert. Ich habe mich daher bezüglich der Rechtsgeschichte auf einzelne Andeutungen beschränkt, welche dem Sachkundigen als Wegweiser zu weiteren Studien dienen können. Endlich liegt außerhalb der Aufgabe die Kritik des bestehenden Rechtes. Seine genaue Darstellung wird freilich die etwaigen Mängel und Lücken am klarsten erkennen lassen und kann damit zu deren Abstellung fördernd beitragen.

Möge denn das Buch als handliches Werkzeug benutzt werden und sich brauchbar erweisen.

Wolfenbüttel, im Januar 1894.

v. Schmidt-Philisdeck.

Vorwort zur zweiten Auflage.

Die erste Auflage des vorliegenden Buches war bald nach ihrem Erscheinen im Buchhandel vergriffen. Es regte sich das Bedürfnis nach einer neuen. Dem Verfasser war es nicht mehr vergönnt, sie zu besorgen. Er ist 1895 gestorben, hat jedoch handschriftlich mehrere Ergänzungen hinterlassen, die offenbar bei einer in Aussicht genommenen Neubearbeitung benutzt werden sollten. Die Zusätze sind an den betreffenden Stellen eingeschaltet. Im übrigen waren neben Berichtigung kleiner Unrichtigkeiten insbesondere die Neuerungen zu berücksichtigen, welche die Gesetzgebung seit 1894 gebracht hat. Das ist, wie ich hoffe, in ausreichender Weise geschehen. Zu der Veranstaltung der neuen Auflage habe ich mich als Sohn des Verfassers für berechtigt gehalten, bin aber auch von vielen Seiten in so dankenswerter Weise unterstützt worden, daß ich glaube hoffen zu dürfen, das Buch werde an Brauchbarkeit nicht verloren haben.

Braunschweig, im August 1903.

E. v. Schmidt-Philstedt
Gerichtsassessor.

Inhaltsübersicht.

Einleitung.

- § 1. Die Quellen des braunschweigischen Kirchenrechtes.
- § 2. Die für das braunschweigische Kirchenrecht vorzugsweise wichtigen Gesetze, Verordnungen und Ausschreiben.
- § 3. Literarische Hilfsmittel.

Erster Abschnitt.

Begriff der braunschweigischen Landeskirche. Ihre rechtlichen Beziehungen im Allgemeinen.

- § 4. Begriff der Landeskirche. Bekenntnis. Corpus doctrinae. Landeskatechismus. Irreligie.
- § 5. Verhältnis der braunschweigischen Landeskirche zu anderen deutschen Landeskirchen. Eisenacher Konferenz.
- § 6. Verhältnis der Landeskirche zum Staate.
 - 1. Berechtigungen und Vergünstigungen.
- § 7. 2. Staatliche Obergewalt. Im Allgemeinen. Im Besonderen.
 - a. Die kirchliche Gesetzgebung betr.
- § 8. b. Die kirchliche Verwaltung betr. Rekurs an das Staatsministerium.
- § 9. (Fortsetzung). Fälle vorbehaltener Entscheidung des Staatsministeriums.
- § 10. 3. Weltliche Kirchenvisitatoren. Disziplinarbehörden.
- § 11. Verhältnis der Landeskirche zu den ihr nicht angehörigen Landeseinwohnern.

Zweiter Abschnitt.

Zugehörigkeit zur Landeskirche. Kirchliche Vollberechtigung.

- § 12. 1. Erwerb der Zugehörigkeit.
- § 13. 2. Verlust der Zugehörigkeit.
- § 14. Religiöse Kindererziehung.
- § 15. Kirchliche Vollberechtigung. Unterschied des Geschlechts und Alters.

Dritter Abschnitt.

Die Kirchenregierung.

- § 16. Landesfürst. Konsistorium. Kirchenregiment.
- § 17. Inhalt der Kirchengewalt. Vorbehaltene Entscheidung des Landesfürsten.

Vierter Abschnitt.

Die Vertretungskörper der Landeskirche. Die kirchlichen Bezirke und ihre Vertretungskörper.

§ 18. Uebersicht.

A. Landessynode und Synodalausschuß.

- § 19. Zusammensetzung der Landessynode. Wählbarkeit. Wahlrecht. Wahl der Wahlmänner.
- § 20. Wahl der Abgeordneten. Deren Rechte und Pflichten. Dauer des Auftrages.
- § 21. Ordentliche und außerordentliche Versammlungen. Berufung. Geschäftskreis der Landessynode.
- § 22. Zusammentritt der Landessynode. Verhandlungen. Geschäftsordnung.
- § 23. Der Synodalausschuß.

B. Inspektionen. Inspektionsynoden.

- § 24. Inspektionen. Generalinspektionen.
- § 25. Verzeichnis der Generalinspektionen und Inspektionen. Uebersicht über die Bezirke der Inspektionen und der Pfarren.
- § 26. Inspektionsynoden. Inspektionsynodalausschuß.

C. Gemeinden. Kirchenvorstände.

- § 27. 1. Gemeinde und Kirche; Mutterkirche, Filialkirche, Kapelle; Kirchengemeinde, Ortsgemeinde, Kirchenbezirk; Pfarrgemeinde, Pfarrbezirk.
- § 28. 2. Mitgliedschaft in der Gemeinde.
 - a. Erwerb und Verlust.
 - § 29. b. Rechte und Pflichten.
 - § 30. c. Insbesondere Parochiallasten;
 - aa. deren Träger;
 - § 31. bb. deren Aufbringung; Kirchensteuer.
- § 32. 3. Verfassung der Gemeinden.
 - a. Gemeinden ohne Vertretungskörper.
 - § 33. b. Gemeinden mit Vertretungskörper. Kirchenvorstand.
 - aa. Mitgliedschaft durch Gesetz. Ehrenmitglieder.
 - § 34. bb. Mitgliedschaft durch Wahl. Zahl der Mitglieder.
 - § 35. cc. Wählbarkeit.
 - § 36. dd. Wahlverfahren.
 - § 37. ee. Dauer des Amtes. Beginn und Endigung desselben.
 - § 38. ff. Art des Amtes der Kirchenverordneten. Wirkungskreis im Allgemeinen.
 - § 39. Wirkungskreis im Einzelnen.
 - α Wahrnehmung der Parochialrechte der Kirche.
 - § 40. β Mitwirkung bei der Besetzung der Kirchenämter.

- § 41. γ Fürsorge für die äußeren kirchlichen Einrichtungen, insbesondere Kirchengebäude und Friedhöfe.
- § 42. δ Verwaltung des Kirchenvermögens.
- § 43. (Fortsetzung). Die Verwaltung des Kirchenvermögens in der Stadt Braunschweig.
- § 44. ε Kirchliche Armenpflege.
- § 45. ζ Fürsorge für das kirchliche Leben.
- § 46. gg. Geschäftsordnung. Vorsitzender.
- § 47. c. Kirchenkonvent.
- § 48. Anhang. Das geistliche Ministerium der Stadt Braunschweig.

Fünfter Abschnitt.

Behörden und Beamte der Kirche. Disziplinarbehörden.

- § 49. Uebersicht.
- § 50. A. Das Konsistorium.
 - 1. Seine Stellung im Allgemeinen.
- § 51. 2. Besetzung. Geschäftliche Einrichtungen.
- § 52. 3. Beaufsichtigung des Kirchenwesens. Kirchenvisitationen.
- § 53. 4. Oberaufsicht über die Kirchendiener. Disziplinalgewalt.
- § 54. B. Die entscheidenden Disziplinarbehörden für Kirchendiener.
- § 55. C. Theologische Prüfungskommission.
- § 56. D. Superintendenten.
- § 57. E. Generalsuperintendenten.

Sechster Abschnitt.

Die Kirchendiener.

- § 58. A. Allgemeines.
 - 1. Inhalt und Grund ihres Amtes. Stellung zum Gesetze und zur Kirchenregierung. Privilegien. Geschäftsformen.
- § 59. 2. Arten und Rangstufen. Äußeres Verhalten in und außer dem Amte. Amtskleidung. Urlaub.
- § 60. B. Das geistliche Amt.
 - 1. Begriff. Allgemeines.
- § 61. 2. Vorbereitung auf dasselbe.
 - a. Allgemeine Voraussetzungen.
- § 62. b. Prüfungen. Kursus am Lehrerseminare. Colloquium.
- § 63. c. Kandidaten der Theologie und des Predigtamtes. Rechte und Pflichten.
- § 64. d. Weitere Ausbildung der Kandidaten.
 - aa. Prediger-Seminar.
 - bb. Vikariat.
- § 65. 3. Verpflichtung auf die symbolischen Bücher. Ordination.
- § 66. 4. Erwerbung des Amtes.
- § 67. a. Bewerbung. Verleihung.
- § 68. b. Patronatrecht.
 - aa. Inhalt und Ausübung.

- § 69. bb. Erwerb und Verlust.
- § 70. cc. Die vorhandenen Patronate.
- § 71. c. Wahlrecht der Gemeinde.
- § 72. d. Votation.
- § 73. e. Verpflichtung auf das Amt. Bestellung. Amtspredigt.
- § 74. f. Umzug der Geistlichen zum Amtssitze.
- § 75. g. Einführung in das Pfarramt. Pfarrübergabe.
- § 76. h. Vorstellung der Generalsuperintendenten und Superintenden-
- § 77. i. Anhang. Pfarrvakanzten.
 - aa. Allgemeines. Spezialvikar. Pfarrvakanzkassen.
- § 78. bb. Pfarrverweiser. Präbikanten.
- § 79. 5. Weiterbildung der Geistlichen.
 - a. Predigersynoden.
- § 80. b. Generalinspektions-Lesegesellschaften. Generalinspektions-
Bibliotheken.
- § 81. 6. Die einzelnen Einrichtungen des geistlichen Amtes.
 - a. Im Allgemeinen. Ort und Zeit. Zuständigkeit. Pfarrrecht.
Vertretung.
- § 82. b. Im Einzelnen.
 - aa. Gottesdienst. Hauptgottesdienste. Nebengottesdienste.
Katechismuslehre. Festtage.
 - § 83. bb. Seelsorge. Vereinswesen.
 - § 84. cc. Taufe.
 - § 85. (Fortsetzung). Nottaufe. Einsegnung der Wöchnerinnen.
 - § 86. dd. Konfirmation.
 - § 87. ee. Beichte und Abendmahl.
 - § 88. ff. Kirchliches Aufgebot und kirchliche Trauung.
 - § 89. gg. Begräbnis.
 - § 90. hh. Pfarr-Registratur.
 - § 91. ii. Kirchenbuchführung.
 - § 92. kk. Kirchliche Statistik.
 - § 93. ll. Kirchenrechnungsführung.
- § 94. 7. Beendigung der Amtsführung.
 - a. Uebersicht.
 - § 95. b. Verabschiedung.
 - § 96. c. Versetzung in den Ruhestand (Emeritierung).
 - § 97. d. Dienstentlassung. Förmliches Disziplinarverfahren. Sus-
pension.
 - § 98. e. Absetzung. Suspension im Strafverfahren.
- § 99. C. Der Dpfereidienst.
 - 1. Begriff und Voraussetzungen.
- § 100. 2. Erwerbung. Verleihung. Einführung.
 - Anl. A. Dpfereistellen ohne ständige Verbindung mit Schul-
ämtern.
 - Anl. B. Mit Schulämtern verbundene Dpfereistellen, deren
Verleihung einem Patron zusteht.

- Anl. C. Mit Schulämtern verbundene Opfereinstellen, deren Ver-
 leihung durch Gemeindevahl geschieht.
- § 101. 3. Amtspflichten. Allgemeines.
 - § 102. 4. Die einzelnen Dienstverrichtungen.
 - § 103. 5. Beendigung der Amtsführung.
 - § 104. D. Der untere Kirchendienst.
 - 1. Kirchendiener im engeren Sinne. Kirchenvogt.
 - § 105. 2. Altaristen.
 - § 106. 3. Totengräber.

Siebenter Abschnitt.

Vermögensrechtliche Stellung der Landeskirche und der einzelnen kirch- lichen Stiftungen.

- § 107. A. Landeskirche (Kloster- und Studienfonds) Konsistorialkass. Stif-
 tungen in der Verwaltung des Konsistoriums.
- § 108. 1. Emeritierungsfonds.
- § 109. 2. Landes-Pfarrwitwen-Versorgungsanstalt.
- § 110. 3. Konsistorial-Predigerwitwenkass.
- § 111. 4. Generalinspektions-Predigerwitwenkassen.
- § 111a. 5. Pfarrbesoldungsfonds.
- § 112. B. Die einzelnen Kirchen und kirchlichen Stiftungen.
 - 1. Allgemeines. Vermögenssubjekt. Verwaltung. Vertretung.
 Corpus Bonorum. Privilegien.
 - § 113. 2. Im Einzelnen.
 - a. Das Kirchenvermögen.
 - aa. Grundstücke, insbesondere fruchttragende.
 - § 114. bb. Kirchengebäude. Benutzung. Kirchenstühle. Beaufsich-
 tigung.
 (Fortsetzung). Kirchenbaupflicht. Kirchenbaulast.
 - § 115. (Fortsetzung). Ausführung der Kirchenbauten.
 - § 116. cc. Bewegliche Sachen. Kircheninventar.
 - § 117. dd. Rechte verschiedener Art.
 - § 118. ee. Kirchenkapitale.
 - § 119. ff. Die Ausgaben der Kirchenkasse.
 - § 120. gg. Kirchliche Armentasse. Kirchenkollekten.
 - § 121. b. Vertliche Pfarrwitwentümer.
 - § 122. c. Pfarrpfründen.
 - aa. Allgemeines. Mindesteinkommen. Pfarrkataster. Pfrün-
 denrecht. Veräußerungen.
 - § 124. bb. Die einzelnen Bestandteile der Pfarrpfründen.
 - α Pfarrhaus. Pfarrgehöft. Pfarrhausinventar.
 - § 125. β Fruchttragende Grundstücke. Feld- und Gartenin-
 ventar.
 (Fortsetzung). Gärten. Acker und Wiesen. Forsten.
 - § 126. γ Pfarrkapitale. Klosterkapitalfonds. Renten aus der
 Gemeindefasse.
 - § 127. δ Stolgebührenrente.
 - § 128.

- § 129. ε Gefälle und Einnahmen verschiedener Art. Teilnahme an Gemeinheiten.
- § 130. ζ Pfarrlasten.
- § 131. η Pfarrschulden.
- § 132. cc. Dauer des Nutzungsrechtes an den Pfarrpfünden.²
Nicht vollendete Nutzungsjahre. Gnadenhalbjahr.
- § 133. dd. Anhang. Fürsorge für Witwen und Waisen der Geistlichen;
α nach dem älteren Rechte;
β nach dem Gesetze v. 15. Apr. 1889.
- § 134. d. Opfereipfründen.
- § 135. aa. Selbständige Opfereistellen.
- § 136. bb. Opfereistellen in Verbindung mit Schulämtern.

Achter Abschnitt.

Das Friedhofswesen.

- § 137. Kirchhöfe. Begräbnisplätze. Begräbnisse außerhalb der Friedhöfe. Gebäude auf den Friedhöfen.

Neunter Abschnitt.

Vereine und Privatanstalten zur Förderung kirchlicher Zwecke.

- § 138. Kirchenrechtliche Stellung der Vereine und Privatanstalten zur Förderung kirchlicher Zwecke.
- § 139. Anhang. Klöster. Prälaturen.



Berichtigungen.

- In § 17 Ziffer 9 (Seite 46) muß es statt „vierwöchigen“ heißen: „zweimonatigen.“
- In § 59 Anm. 10a (Seite 164) ist statt „§ 52“ zu lesen: „§ 56.“
- In § 67 Anm. * (Seite 176) Zeile 7 ist statt „verstrichen“ zu lesen: „verstreichen.“

Einleitung.

§ 1. Die Quellen des braunschweigischen Kirchenrechtes.

Das braunschweigische Kirchenrecht hat sich auf der Grundlage des gemeinen deutschen Kirchenrechtes gebildet. Das letztere kommt im Herzogthume soweit in Anwendung, als es nicht durch besondere (partikulare) Rechtsbildung innerhalb desselben (Landesrecht, örtliches Recht) ersetzt ist. Wo diese eine Lücke aufweist, gilt bis zu deren Ausfüllung mittelst besonderen Rechtes das gemeine Recht. Über die Quellen des gemeinen deutschen Kirchenrechtes geben dessen Darstellungen in Handbüchern und Lehrbüchern Auskunft¹⁾.

Das besondere braunschweigische Kirchenrecht hat seinen Ursprung in Akten der einheimischen gesetzgebenden Gewalt und im Gewohnheitsrecht.

I. Die einheimische gesetzgebende Gewalt schafft kirchenrechtliche Normen 1) in Gesetzen, 2) in Verordnungen.

1) Die in Betracht kommenden Gesetze sind entweder a) Kirchengesetze oder b) Staatsgesetze (Landesgesetze).

Zu a. Das Recht der braunschweigischen Landeskirche, ihre Angelegenheiten in gewissem Umfange mittelst besonderer, durch kirchliche Organe geschaffener Gesetze zu ordnen, ist anerkannt bereits in der Landesverfassung²⁾, tatsächlich ausgeübt aber erst nach Einrichtung der Landessynode, als des zum Zusammenwirken mit der Kirchenregierung bei der Gesetzgebung berufenen Organes³⁾. Seitdem sind der Form nach kenntliche und von anderen Gesetzen unterschiedene Kirchengesetze erlassen. Nach den äußeren Merkmalen sind Kirchengesetze solche Gesetze, welche der Landesfürst kraft der ihm zustehenden

¹⁾ Vgl. auch Kellner, Handreichung zum Studium des Kirchenrechtes. Erster Theil 1890. (S. § 3.)

²⁾ Neue Landschaftsordnung vom 12. Okt. 1832 (Nr. 22) § 212. Vgl. unten § 7.

³⁾ Ges., die Errichtung einer Landessynode betr., v. 31. Mai 1871 (Nr. 34).

Kirchengewalt (§ 17) unter Beirat des Konsistoriums nach erfolgter Zustimmung der Landessynode unter Bezugnahme auf diese erläßt¹⁾. Hinsichtlich des Verfahrens bei Veröffentlichung der Kirchengesetze und Kirchenverordnungen (unten 2), sowie hinsichtlich der Zeit ihres Inkrafttretens kommen, wenn nicht in letzterer Beziehung durch dieselben ausdrücklich eine andere Bestimmung getroffen ist, die für die Landesgesetze und Verordnungen geltenden Normen zur Anwendung⁵⁾. Zum Gegenstande haben die Kirchengesetze nur rein geistliche Angelegenheiten; sie betreffen dem Inhalte nach ausschließlich die Lehrordnung, den Kultus (einschließlich der Einführung der dabei erforderlichen Bücher, wie Agenden, Gesangbücher, Katechismen), die Disziplin oder die Verfassung der evangelisch-lutherischen Kirche des Landes⁶⁾. Vor der Einrichtung der Landessynode sind diese Gegenstände durch die Faktoren der staatlichen Gesetzgebung in den für diese jeweilig geltenden Formen⁷⁾ geordnet; jedoch ist im Eingange einzelner derartiger Gesetze der Kirchengewalt des Landesfürsten und des Beirates des Konsistoriums Erwähnung geschehen⁸⁾. Über den Kreis dieser Gegenstände hinaus reicht die Gesetzgebungsbefugnis der Landeskirche nicht. So bildet einerseits das Bekenntnis keinen Gegenstand der kirchlichen Gesetzgebung (vgl. § 4), andererseits kann dieselbe nicht übergreifen in das Gebiet des staatlichen Gesetzgebungsrechtes⁹⁾. Angelegenheiten des letzteren kann die Kirche nicht ordnen, auch wenn ihre Interessen dadurch berührt werden. Angelegenheiten, welche ihrer Natur nach zum Teil der kirchlichen Gesetzgebung überlassen sind, zum Teil aber der staatlichen unterliegen, sind unter Mitwirkung sowohl der kirchlichen als auch der staatlichen Gesetzgebungsfaktoren mittelst gleichzeitig zu erlassenden Kirchengesetzes

¹⁾ Gef., den Erlaß der Kirchengesetze betr., v. 27. März 1882 (Nr. 16) § 1. Gef., die Errichtung einer Landessynode betr., v. 31. Mai 1871 (Nr. 34) § 21.

⁵⁾ E. § 5 des ang. Gef. v. 1882. — Zur Zeit geschieht die Veröffentlichung nach Vorschrift der Verordnung v. 5. Jan. 1814 (Nr. 2) in der Gesetz- und Verordnungs-Sammlung. (Vgl. unten § 3.) Diese enthält daher den offiziellen, anderen Abdrücken oder sonstigen Vervielfältigungen gegenüber allein gültigen Text. Die Ausgabe jeder Nummer der Gesetz- und Verordnungs-Sammlung wird in den Braunschweigischen Anzeigen bekannt gemacht; mit dem Beginn des ersten Tages nach dieser Bekanntmachung gilt die Nummer als gehörig publiziert und hat von da an verbindende Kraft. — In jeder Gemeinde muß ein Exemplar der Gesetz- und Verordnungs-Sammlung gehalten und beim Gemeindevorsteher oder in der Gemeindevorregistratur aufbewahrt werden.

⁶⁾ § 2 des ang. Gef. v. 1871.

⁷⁾ Vgl. die Neue Landschaftsordnung §§ 98—100 für die Zeit nach 1832.

⁸⁾ Gef., die Errichtung von Kirchenvorständen betr., vom 30. Nov. 1851 (Nr. 52); Gef., die Errichtung einer Landessynode betr., vom 31. Mai 1871 (Nr. 34), wo im Eingange überdies die Anhörung der Vorsynode hervorgehoben wird.

⁹⁾ Gef., die Errichtung einer Landessynode betr., v. 31. Mai 1871 (Nr. 34) § 20 a. E.

und (Staats-) Gesetze zu ordnen¹⁰⁾. Die Kirchengesetze haben verbindliche Kraft nur für die der Landeskirche angehörigen Landeseinwohner¹¹⁾.

Den kleineren Kirchenkreisen innerhalb der Landeskirche (Inspektionen, Gemeinden — § 18 —) ist die Befugnis, kirchliche Angelegenheiten durch örtliche Statute selbständig zu regeln, nicht eingeräumt. (Vgl. § 38, Note 16.) Jedoch ist den Kirchenvorständen unbenommen, über die Handhabung des in Bezug auf Gegenstände der ihnen zugewiesenen Verwaltung und auf ihnen unterstellte Einrichtungen geltenden Rechtes Vorschriften abzufassen und als Norm für ihr eigenes Verhalten sowohl wie zur Beachtung der Kirchengemeindemitglieder bei Benutzung dieser Gegenstände und Einrichtungen zu veröffentlichen. Diese häufig in f. g. „Ordnungen“ (Friedhofsordnungen, Begräbnisordnungen, Kirchenstuhlordnungen u. a. m.) zusammengestellten Vorschriften schaffen also nicht eigentlich neues Recht, geben aber Kunde von dem bestehenden Rechte und regeln dessen Anwendung. (Vgl. § 29, VII 2 und § 41.)

Zu b. Die bereits vorhandenen Staatsgesetze über die der Regelung durch Kirchengesetze überlassenen Gegenstände können durch die kirchliche Gesetzgebung nicht aufgehoben werden. Aber sie haben durch das in Anm. 4 angeführte Gesetz von 1882 die Geltung eines nur subsidiären Rechtes erhalten und kommen demnach nur zur Anwendung, wenn und so lange nicht im Wege der kirchlichen Gesetzgebung anderweitige Bestimmungen getroffen sind¹²⁾. Bis dahin sind sie aber für die der Landeskirche angehörigen Landeseinwohner ebenso bindend, wie die übrigen Staatsgesetze. Wegen der unbedingten Geltung der letzteren für die Landeskirche vgl. § 7.

¹⁰⁾ § 4 Abs. 3 des ang. Ges. v. 1882. Beispiele derartigen Zusammenwirkens der kirchlichen und staatlichen Gesetzgebung bieten das Ges. v. 7. Dez. 1876 (Nr. 117), die Aufhebung des § 30 des Gesetzes vom 31. Mai 1871 betr., und das Kirchenges. v. 10. Dez. 1876 (Nr. 118), die Diäten der Mitglieder der Landesynode betr.; sodann das Ges. v. 1. Dez. 1882 (Nr. 45) und das Kirchenges. v. 1. Dez. 1882 (Nr. 46), das Ruherinkommen der Geistlichen betr.; ferner das Ges. v. 15. Juni 1890 (Nr. 70) und das Kirchenges. v. 1. Dez. 1890 (Nr. 71), das Disziplinarverfahren gegen Geistliche betr.; das Ges. v. 6. Mai 1893 (Nr. 21) und das Kirchenges. v. 6. Mai 1893 (Nr. 22), die Verlegung des Bußtages betr.; das Ges. v. 28. Juni 1902 (Nr. 27) und das Kirchenges. v. 28. Juni 1902 (Nr. 28), das Einkommen der Geistlichen der evang.-luth. Landeskirche betr. Wegen der Bestimmung der Grenze zwischen kirchlicher und staatlicher Gesetzgebung vgl. § 7.

¹¹⁾ § 2 Abs. 2 des ang. Ges., den Erlaß der Kirchenges. betr., v. 1882. Der im Gesetze gebrauchte Ausdruck „für die Kirche selbst, ihre Organe und Angehörigen“ hat die oben im Texte angegebene Bedeutung, da die Organe der Kirche zu ihren Angehörigen zählen und die Kirche selbst die Gesamtheit dieser Angehörigen darstellt (vgl. unten § 4).

¹²⁾ § 2 des ang. Ges. v. 1882. — Dieser § würde auch Anwendung finden müssen, wenn der Staat sich veranlaßt sähe, künftighin einen von ihm als rein geistliche Angelegenheit anerkannten Gegenstand durch Staatsgesetz zu regeln.

2. Die Verordnungen sind entweder a) Kirchenverordnungen oder b) staatliche Verordnungen.

Kirchenverordnungen sind der Form nach solche Verfügungen, welche der Landesfürst „kraft der ihm zustehenden Kirchengewalt unter Beirat des Konsistoriums“ erläßt. Dem Inhalte nach sind sie Verfügungen, welche aus dem allgemeinen Verwaltungs- oder Oberaufsichtsrechte der Kirchenregierung hervorgehen, oder welche die Ausführung und Handhabung der bestehenden Kirchengesetze betreffen¹³⁾.

Gegenstände, welche man seit 1882 der Regelung durch Kirchenverordnung überlassen hat, sind vor diesem Jahre nicht selten durch staatliche Verordnungen¹⁴⁾ geregelt. Hinsichtlich der Schranken des kirchlichen Verordnungsrechtes und des Geltungsbereiches der Kirchenverordnungen gilt, was darüber in Bezug auf die Kirchengesetze gesagt ist.

II. Gewohnheitsrecht kommt teils vor als Landesrecht, mit Geltung für das gesamte Gebiet der Landeskirche, teils als örtliches Recht (Observanz) mit auf bestimmte Teile dieses Gebietes beschränkter Geltung. Im ersten Falle wird es bezeugt und nachgewiesen vorzugsweise durch die Praxis der Behörden, namentlich des Konsistoriums, aus dessen Akten es am sichersten kennen zu lernen ist; im zweiten Falle findet es seinen Ausdruck in den „Ordnungen“ und der Praxis der örtlichen Kirchenorgane. Bemerkenswerten Aufschluß über diese liefern in wichtigen Beziehungen unter anderem die auf die gehaltenen Kirchenvisitationen bezüglichen Aktenstücke.

III. Die allgemeinen Erlasse (Aussschreiben) des Konsistoriums können nicht neues Recht für die Landeskirche schaffen; aber sie erteilen den Kirchendienern bindende Vorschriften über die Art der Handhabung des bestehenden Rechtes und tragen damit zu dessen Erläuterung sowie zu seiner Ausbildung in Einzelheiten bei.

IV. Reskripte des Landesfürsten („Höchste“ Reskripte und der Behörden, namentlich des Staatsministeriums und des Konsistoriums, d. h. Verfügungen zur Ordnung einzelner vorliegender Fälle, schaffen gleichfalls nicht neues Recht, geben aber Zeugnis von der Anwendung des bestehenden und können insofern sowohl zur Erläuterung der Gesetze und Verordnungen (des geschriebenen Rechtes) beitragen, als von dem Gewohnheitsrechte (dem ungeschriebenen Rechte) Kunde geben.

¹³⁾ § 1 Abs. 2 des aug. Ges. von 1882, vgl. mit § 20 I Abs. 4 des Ges., die Errichtung einer Landes Synode betr., v. 31. Mai 1871 (Nr. 34).

¹⁴⁾ S. über den Erlaß der Verordnungen die Neue Landschaftsordnung. § 101.

V. Auch die Rechtsprechung der Gerichte in streitigen Fällen vermag von dem geltenden Rechte Zeugnis zu geben, auf dem Gebiete des Kirchenrechtes jedoch nur in beschränktem Umfange, da der größere Teil desselben der Zuständigkeit der Zivilgerichte nicht unterliegt.

In dem folgenden Werke sind die Gesetze, Verordnungen, Ausschreiben, Re-skripte und Erkenntnisse zu den ihnen entnommenen oder durch sie bezeugten Rechtsfällen als deren Quelle unter kenntlicher Bezeichnung (vergl. §§ 2 und 3) angeführt. Rechtsfälle, deren Quelle nicht bezeichnet ist, und welche nicht behuf der Vollständigkeit der Darstellung dem gemeinen Rechte entlehnt sind, entstammen dem besonderen (partikularen) Gewohnheitsrechte.

§ 2. Die für das braunschweigische Kirchenrecht vorzugsweise wichtigen Gesetze, Verordnungen und Ausschreiben.

Von Bedeutung als Quellen des zur Zeit geltenden braunschweigischen Kirchenrechtes sind hauptsächlich die im Folgenden benannten Gesetze, Verordnungen und Ausschreiben. Ihre Aufführung nach der Zeitfolge gibt zugleich einen Überblick über die Weiterbildung des Kirchenrechtes während der letzten Jahrzehnte. — Einige in dem gegenwärtigen Werke zur Bezeichnung häufig anzuführender Gesetze gebrauchte Abkürzungen werden in den Anmerkungen erklärt.

1) Die Kirchenordnung des Herzogs Julius von 1569¹⁾. Dieselbe ist bezüglich des größten Teiles ihrer Rechtsvorschriften durch die Erneuerte Kirchenordnung (unter 3) ersetzt. Eine Anzahl ihrer Bestimmungen aber, welche noch gegenwärtig zweifellos gelten, ist weder in die Erneuerte Kirchenordnung noch in ein anderes Gesetz wieder aufgenommen. Für diese ist sie daher noch jetzt als Entstehungsgrund und Nachweis von Bedeutung. — Sie ist vom Herzog August durch Verordnung vom 12. Okt. 1651 unverändert bestätigt²⁾.

2) Die Allgemeine Landesordnung von 1647³⁾ enthält einzelne noch jetzt als Grundlagen des geltenden Rechtes anzusehende Bestimmungen.

¹⁾ Vgl. über die Entstehung derselben Beste, Geschichte der braunschw. Landeskirche § 9, S. 68 ff.; über die Ausgaben Koldewey, Zeitschr. des histor. Vereins für Niedersachsen 1887, S. 260; ferner Kellner, Handreichung zum Studium des Kirchenrechts I. 1 § 10. — Angeführt wird sie im Folgenden mit der Abkürzung A. D. J. und der Seitenzahl der Ausgabe von 1569.

²⁾ Vgl. Beste a. a. O. § 32, S. 237.

³⁾ Abgedruckt in Steinacker, Sammlung (vgl. § 3), S. 53 ff.

3) Die Erneuerte Kirchenordnung des Herzogs Anton Ulrich von 1709⁴⁾. Wenn auch in vielen Stücken durch neuere Gesetze aufgehoben, bildet sie doch noch für einen großen Teil des braunschweigischen Kirchenrechts die Grundlage.

4) Der Landtagsabschied von 1770⁵⁾ enthält noch gültige Bestimmungen bezüglich der Ausübung des Patronatsrechtes.

5) Serenissimi anderweitiges Reglement, wie es mit den (Kirchen=Visitationibus, auch den dazu und) zu Einführungen der Prediger erforderlichen Kosten zu halten, v. 12. Aug. 1782⁶⁾. Ausführungsbestimmungen dazu enthält das Ausschreiben vom 13. März 1824⁷⁾.

6) Verordnung, die Verwaltung der kirchlichen und Schulangelegenheiten betr., vom 14. April 1814 (Nr. 55)⁸⁾.

7) Verordn., die Führung der Kirchenbücher betr., vom 15. Febr. 1814. (Nr. 9); die Ausführungsbestimmungen dazu enthält das Reglement v. 10. Dez. 1814⁹⁾.

8) Die Neue Landschafts=Ordnung vom 12. Okt. 1832 (Nr. 22), das Staats=Grundgesetz des Herzogtums¹⁰⁾.

9) Verordn., die Errichtung eines Predigersseminars in Wolfenbüttel betr., v. 2. Febr. 1836 (Nr. 5). Reskr. des Konsistoriums an das Direktorium des Predigersseminars v. 31. Dez. 1836 (1837 Nr. 2); hat in Anl. I den Studienplan und in Anl. II die Gesetze für die Mitglieder des Seminars.

10) Gef., die Aufhebung des Verbotes der Ehen zwischen Christen und Juden betr., v. 23. Mai 1848 (Nr. 28).

11) Gef., die Errichtung von Kirchenvorständen in den evangelisch-luthe-

⁴⁾ Vgl. über die Entstehung derselben Weste a. a. D., § 49, S. 347 ff. Kellner a. a. D. § 12. Sie ist in 4^o gedruckt 1709; eine neue Ausgabe erschien 1769; ein Abdruck der ersten Ausgabe ist 1862 veranstaltet. Der erste Teil ist vollständig abgedruckt in Steinacker, Sammlung, S. 393 ff., nicht ganz vollständig in Wolff, Deutsch-Braunschw. Gesetzbuch S. 1123 ff., zweite Auflage („Sammlung der Reichs- und Landesgesetze“) Bd. III, S. 140 ff. Sie wird im Folgenden mit der Abkürzung E. N. D. angeführt. Dem ersten Teile sind 22 ältere Verordnungen und Reskripte aus der Zeit von 1594 bis 1709 als Ergänzung ihrer Vorschriften angehängt.

⁵⁾ Abgedruckt in Steinacker, Sammlung S. 557 ff.

⁶⁾ Abgedruckt 3. B. in Steinacker, Sammlung S. 516 ff., und in Frederisd. Stein. II S. 37 ff.

⁷⁾ Bege (vgl. § 3) I S. 202 ff.

⁸⁾ Nr. 6 und die folgenden Nummern mit Ausnahme des Reglements unter Nr. 7 und des Ausschreibens unter 13 sind in dem bei jeder angegebenen Jahrgange der Gesetz- und Verordnungs-Sammlung für die braunschweigischen Lande unter den in Klammern beigefügten Nummern veröffentlicht (vgl. § 3).

⁹⁾ Bege I, S. 208 ff. Auf die mehrfach erlassenen Änderungen einzelner Teile des Reglements wird im folgenden Texte des Werkes an geeigneter Stelle verwiesen.

¹⁰⁾ Die Neue Landschaftsordnung wird im Folgenden mit der Abkürzung N. L. D. angeführt.

rischen Kirchengemeinden betr., v. 30. Nov. 1851 (Nr. 52)¹¹⁾; zum Teil abgeändert durch das Gef., die Abänderung und Ergänzung des § 25 des Gef. v. 30. Nov. 1851 (Nr. 52) betr. v. 10. Mai 1862 (Nr. 25); sodann durch das Kirchenges. betr. Abänderung, verschiedener Bestimmungen des Gef. vom 30. Nov. 1851 (Nr. 52) über das Verfahren bei der Wahl der Kirchenverordneten und über den Vorsitz im Kirchenvorstande, v. 10. Okt. 1873 (Nr. 51); ferner durch das Gef. wegen Berichtigung des § 48 des Gef. v. 30. Nov. 1851 (Nr. 52), v. 24. Juni 1879 (Nr. 34); durch das Kirchenges., die Erweiterung der Kompetenz der Kirchenvorstände zu Geldverwilligungen betr., vom 8. Mai 1882 (Nr. 21), und durch das Gef., die Ergänzung der gesetzlichen Vorschriften über das Verfahren bei Kirchenvorstandswahlen betr., v. 16. Mai 1893 (Nr. 26), in Kraft gesetzt durch Verordn. v. 30. Mai 1893 (Nr. 28).

12) Ausschreiben, betr. das Verfahren bei Vakation der Prediger, v. 25. Sept. 1852 (Nr. 40); aufgehoben und ersetzt durch das Ausfchr. v. 22. Mai 1880 (Nr. 18).

13) Ausfchr., die Verwaltung des kirchlichen Armenwesens durch die Kirchenvorstände betr., v. 12. Jan. 1853 (Nr. 3).

14) Ausschreiben, betr. das Verfahren bei der Wahl der Prediger, v. 1. Nov. 1854¹²⁾.

15) Verordn., die Einführung des Kleinen Katechismus Dr. Martin Luthers in Fragen und Antworten, erklärt von Ernesti, v. 28. Dez. 1858 (1859, Nr. 1),

16) Ausfchr., die Beschäftigung und Beaufsichtigung der Kandidaten der Theologie und des Predigamtes betr., v. 2. Jan. 1861 (Nr. 5)¹³⁾.

17) Gef., die Trennung des Klassenverbandes zwischen den Stadtkirchen zu Braunschweig und den milden Stiftungen daselbst betr., v. 9. April 1864 (Nr. 18); mit einer Erweiterung durch das Gef., die Anwendung des für das evangelisch-lutherische Kirchenwesen in der Stadt Braunschweig bestehenden besonderen Rechts auf neue, aus dem Bestande der Stadtkirchengemeinden abgezweigte Gemeinden betr., v. 16. Mai 1893 (Nr. 25), in Kraft gesetzt durch Verordnung v. 30. Mai 1893 (Nr. 27). Bekanntmachung des Herzoglichen Staatsministeriums, die Neuordnung des Kirchenwesens in der Stadt Braunschweig betr., v. 20. Aug. 1894 (Nr. 33).

18) Gef., die Aufbringung der Parochiallasten in den Landgemeinden betr.,

¹¹⁾ Im Folgenden mit der Abkürzung N. B. G. angeführt.

¹²⁾ Abgedruckt Bege VIII, S. 154 ff.

¹³⁾ Auch abgedruckt bei Bege IX, S. 263 ff.

v. 18. Juni 1864 (Nr. 30), abgeändert und ergänzt durch Gef. v. 28. Mai 1894 (Nr. 23).

19) Gef., die Ablösung der auf dem Kirchen-, Pfarr- und Schulverbande beruhenden Abgaben und Dienste betr., v. 13. April 1867 (Nr. 19).

20) Verordnung, betr. die Berufung einer Vorsynode, v. 16. April 1869 (Nr. 28).

21) Gef., die Aufhebung der Stolgebühren u. Opfer betr., v. 31. Mai 1871 (Nr. 33); Änderungen desselben sind erfolgt durch das Gesetz v. 20. März 1886 (Nr. 15).

22) Gef., die Errichtung einer Landessynode und eines Synodalausschusses für die evangelisch-lutherische Kirche des Landes betr., v. 31. Mai 1871 (Nr. 34); Abänderungen durch Kirchenges., v. 10. Dez. 1876 (Nr. 118), durch Kirchenges. v. 31. Januar 1889 (Nr. 3) und durch Kirchenges. v. 16. Juni 1893 (Nr. 34).

23) Geschäftsordnung für die Landessynode und deren Ausschuß v. 13. Nov. 1872 (Nr. 57); Abänderungen durch Kirchenges. vom 31. Jan. 1889 (Nr. 2).

24) Kirchen-Visitationsordnung für die evangelisch-lutherischen Kirchen des Landes, v. 6. Januar 1873 (Nr. 4); Abänderungen durch Kirchenges. v. 4. Jan. 1881 (Nr. 1), wozu die Berichtigung in der Bekanntmachung v. 5. März 1881 (Nr. 12) zu vergleichen, und Zusätze in dem Kirchenges. v. 30. Juni 1893 (Nr. 37).

25) Kirchenges., die Einrichtung von Inspektionsynoden für die evangelisch-lutherische Kirche des Landes und die Kirchenkonvente betr., v. 6. Jan. 1873 (Nr. 5), Berichtigung des Wortlautes vom 21. Juni 1873 (Nr. 31); Abänderung durch Kirchenges. v. 18. Dez. 1884 (Nr. 48), durch Kirchenges. v. 25. Juni 1893 (Nr. 36) und durch Kirchenges. v. 14. Nov. 1901 (Nr. 51);

26) Gef., die Verhältnisse der Dissidenten betr., v. 25. März 1873 (Nr. 62).

27) Gef., die Verabsäumung der sechswöchigen Tauffrist betr., v. 25. März 1873 (Nr. 63).

28) Ausführungsverordn. zu den beiden vorigen Gef. v. 13. Nov. 1873 (Nr. 64).

29) Kirchenges., die kirchliche Trauung und das kirchliche Aufgebot betr., v. 8. Dez. 1875 (Nr. 91); Ergänzung durch Kirchenges. v. 27. Febr. 1889 (Nr. 6).

30) Kirchenges., die Diäten und Reisekosten der Mitglieder der Landes-

synode betr., v. 10. Dez. 1876 (Nr. 118); Abänderungen durch Kirchenges. v. 4. März 1895 (Nr. 21).

31) Kirchenges., die Freigebung der Zahl der Gevattern betr., v. 15. Dez. 1876 (Nr. 119).

32) Kirchenges., die Ordnung des Hauptgottesdienstes an den Sonn- und Festtagen, sowie am grünen Donnerstage, Charfreitage und Bußtage betr., v. 17. Jan. 1877 (Nr. 10); in Kraft gesetzt durch Verordn. v. 13. Mai 1879 (Nr. 29).

33) Kirchenges., die Freigebung der Haustrauungen betr., v. 4. Jan. 1881 (Nr. 2).

34) Kirchenges., die liturgische Ordnung der Beichthandlung und des heiligen Abendmahls betr., v. 5. Jan. 1881 (Nr. 6), in Kraft gesetzt durch Verordn. v. 13. März 1884 (Nr. 9).

35) Ges., den Erlaß der Kirchengesetze und Kirchenverordnungen für die evang.-lutherische Landeskirche betr., v. 27. März 1882 (Nr. 16); eine Berichtigung dazu in Nr. 17 desselben Jahrganges.

36) Ges., das Ruheeinkommen der emeritierten Geistlichen betr., v. 1. Dez. 1887 (Nr. 45), und Kirchenges., die Emeritierung und das Ruheeinkommen der Geistlichen betr., v. 1. Dez. 1882 (Nr. 46); Abänderung durch Kirchenges. v. 24. Nov. 1890 (Nr. 68).

37) Kirchenges., die Hinzufügung eines Anhangs zu dem jetzigen Landesgesangbuche betr., v. 13. Jan. 1887 (Nr. 1) und Einführungsverordn. dazu v. 7. März 1887 (Nr. 7).

38) Kirchenges., die liturgische Ordnung des Begräbnisses betr., v. 7. Aug. 1888 (Nr. 40), und Einführungsverordn. dazu v. 8. Aug. 1888 (Nr. 41).¹⁴⁾

39) Kirchenges., die theologischen Prüfungen betr., v. 27. Febr. 1889 (Nr. 7) und Verordn., die Instruktion für die theologische Prüfungskommission betr., vom 23. März 1889 (Nr. 15).

40) Kirchenges., betreffend die Verletzung kirchlicher Pflichten in Bezug auf Taufe, Konfirmation und Trauung, v. 14. März 1889 (Nr. 10).

41) Ges., die Errichtung einer Landes-Pfarrwitwen-Versorgungs-Anstalt betr., v. 15. Apr. 1889 (Nr. 22) und Einführungsverordn. v. 26. Juni 1889 (Nr. 32).

42) Erlaß des Konsistoriums, die Zulassung zur Konfirmation betr., v. 2. April 1889 (Nr. 45).

¹⁴⁾ Diese und die folgenden Nummern finden sich im Amtsblatte des Konsistoriums abgedruckt.

- 43) Ausfchr., den Lehrer-Seminarkursus der Kandidaten der Theologie betr., v. 28. Septbr. 1889 (Nr. 46).
- 44) Gef., betr. Anlegung und Hinterlegung von Geld bzw. Wertpapieren der Pflegebefohlenen, Stiftungen u. s. w., vom 13. Juni 1890 (Nr. 33).
- 45) Gef., das Disziplinarverfahren gegen Kirchendiener betr., v. 15. Juni 1890 (Nr. 70) und Kirchenges., die Oberaufsicht über die Kirchendiener und die Disziplinarverhältnisse derselben betr., v. 1. Dezbr. 1890 (Nr. 71); Einführungsverordn. dazu v. 14. Jan. 1891 (Nr. 1 und 2).
- 46) Gef., die Aufbringung der Parochiallasten in den Städten betr., v. 26. Juni 1892 (Nr. 30).
- 47) Gef., die Verlegung des Bußtages betr., v. 6. Mai 1893 (Nr. 21); und Kirchenges., die Verlegung des Bußtages betr., v. 6. Mai 1893 (Nr. 22), Einführungsverordn. dazu v. 6. Mai 1893 (Nr. 23).
- 48) Kirchenges., die liturgische Ordnung der Nebengottesdienste, der Hagelfeier, der Ordination, der Einführung eines Geistlichen u. s. w. betr., v. 14. Aug. 1893 (Nr. 42), in Kraft gesetzt durch Verordn. v. 26. Juni 1895 (Nr. 39).
- 49) Kirchenges., das Verhalten der Kirche beim Begräbnisse von Selbstmördern betr., v. 3. Juni 1897 (Nr. 19).
- 50) Kirchenges., den kirchlichen Gebrauch der revidierten Lutherschen Bibelübersetzung betr., v. 20. Juli 1901 (Nr. 35).
- 51) Publikation der Vereinbarung mit der Krone Preußen über die evangelischen militärkirchlichen Verhältnisse im Herzogthume Braunschweig v. 20. Sept. 1901 (Nr. 47).
- 52) Gef., die Vergütung für die kirchlichen Geschäfte der Lehrer betr., v. 17. Febr. 1902 (Nr. 9).
- 53) Kirchenges., die kirchlichen Geschäfte der Opferleute und Lehrer betr., v. 17. Febr. 1902 (Nr. 10), in Kraft gesetzt durch Verordn. v. 17. Febr. 1902 (Nr. 11).
- 54) Gef. (Nr. 27) und Kirchenges. (Nr. 28), das Einkommen der Geistlichen der evang.-luth. Landeskirche betr., v. 28. Juni 1902, in Kraft gesetzt durch Verordn. v. 26. Sept. 1902 (Nr. 40).
- 55) Kirchenges., betr. die Einführung eines neuen Gesangbuchs für die ev.-luth. Landeskirche des Herzogthums, v. 31. Juli 1902 (Nr. 36).
- 56) Gef., die Ordnung der kirchlichen Verhältnisse der Katholiken betr., v. 29. Dez. 1902 (Nr. 2 de 1903).

§ 3. Literarische Hilfsmittel.

A.

Sammlungen von Gesetzen, Verordnungen, Ausschreiben und Reskripten, sowie Präjudicien.

Die Allgemeine Landesordnung von 1647, den ersten Teil der Erneuer-ten Kirchenordnung von 1709 nebst den angehängten Verordnungen und Reskripten, das Reglement vom 12. Aug. 1782, sowie den Landtagsabschied von 1770 enthält in vollständigem Abdruck

Steinacker, Sammlung der größeren Organisations- und Verwaltungs-gesetze des Herzogtums Braunschweig. 1837. 4¹⁾.

Eine reichhaltige Zusammenstellung der älteren braunschweigischen Gesetze und Verordnungen, nach dem Inhalte in alphabetischer Reihenfolge geordnet, gibt

Fredersdorff, Promptuarium der fürstlich Braunschweig-Wolfenbüttel-schen Landes-Verordnungen in einem wesentlichen Auszuge. 6 Teile, 1775 bis 1797. 4. Fortgesetzt in einem 7. Teile von Rüchendorf 1816. 4.

Daselbe Werk, mit Hinweisung auf die neuere Gesetzgebung bearbeitet von Steinacker. 2 Bde. 1838 und 1839. 4²⁾.

Vieles, aber ohne Kritik ausgewählt und behandelt, enthält die vom Kreis-richter Bege verfaßte, aber anonym erschienene Schrift:

Übersicht der Verordnungen, welche im Herzogtum Braunschweig in Ansehung der weltlichen Geschäfte der Prediger ergangen sind. 1828. 4; nebst einem Nachtrage dazu, 1835. 4³⁾.

Für die Gesetze und Verordnungen sowie einzelne Ausschreiben aus der Zeit von 1814 an ist die Hauptquelle die offizielle

Verordnungs-Sammlung für die Herzoglich Braunschweigischen Lande, in Jahrgängen erscheinend, 8; seit 1832 Nr. 17 unter dem Titel:
„Gesetz- und Verordnungs-Sammlung für die Herzogl. Braunschwei-gischen Lande“⁴⁾.

¹⁾ Im gegenwärtigen Werke angeführt mit der Abkürzung „Steinacker Sammlung.“

²⁾ Im gegenwärtigen Werke ist auf das Promptuarium nach der Steinacker'schen Aus-gabe mit der Abkürzung „Fredersd. Stein.“ unter Angabe des Bandes und der Seiten-zahl verwiesen.

³⁾ Vgl. wegen des Verfassers dieser Werke Bege, Repertorium Bd. IV, S. 152. Das-selbe wird im Folgenden mit der Abkürzung „Bege, Uebers.“ oder „Bege Nachtr.“ unter Angabe der Seitenzahl angeführt.

⁴⁾ Diese Sammlung wird im Folgenden durch Angabe des Jahrganges, in welchem ein

Als Hilfsmittel zur Erleichterung der Benutzung der Gesetz- und Verordnungs-Sammlung dient

Bege, Repertorium der Gesetz- und Verordnungs-Sammlung für die Herzoglich Braunschweigischen Lande, mit erläuternden und ergänzenden Reskripten, Instruktionen, Bekanntmachungen u. s. w. und einem vollständigen Sachregister Bd. 1 bis 6 von 1830 bis 1848. 4. Fortgesetzt von Goerk. Bd. 7 bis 9, 1854 bis 1871. 4.

Das Werk umfaßt die Zeit von 1814 bis 1869 und liefert wertvolle Aufschlüsse über die Rechtsanwendung und das Verfahren der Behörden während dieses Zeitraums, enthält auch Vorschriften über Ausführung und Anwendung zahlreicher Gesetze, welche zum Teil noch von Bedeutung sind⁵⁾.

Für die Zeit nach 1869 fehlt ein derartiges Hilfsmittel; nur sind noch Gesamtregister zu einer Anzahl von Jahrgängen der Gesetz- und Verordnungs-Sammlung erschienen unter dem Titel:

Chronologisches und alphabetisches Sachregister der Gesetz- und Verordnungs-Sammlung für die Herzoglich Braunschweigischen Lande mit vergleichenden Bemerkungen. Jahrgang 1870 bis 1883. Bearbeitet von Winter. 1884. 8.

Alphabetisches Sachregister der Gesetz- und Verordnungs-Sammlung für die Herzogl. Braunschw. Lande. Jahrgang 1814 bis einschließlich 1895. Braunschweig. Druck der Waisenhaus-Buchdruckerei. 1896.

Eine Anzahl der die landeskirchlichen Verhältnisse betreffenden Gesetze und Verordnungen ist, zum Teil jedoch unvollständig, oder mit der Überschrift allein, unter Weglassung des Textes, abgedruckt in:

Wolff, Deutsch-Braunschweigisches Gesetzbuch, 1885 (bis 1890). 8, auf den Seiten 1121 bis 1203, welche auch in einer Anzahl separater Exemplare unter dem Titel „Die braunschweigischen Kirchengesetze“ für sich vertrieben sind. Die zweite Auflage des Wolffschen Werkes erscheint seit 1900 unter dem Titel „Sammlung der Reichs- und Landesgesetze für das Herzogtum Braunschweig.“ Die die landeskirchlichen Verhältnisse betreffenden Gesetze, Verordnungen und Ausschreiben befinden sich im dritten Bande S. 137 bis 240.

Seit dem September des Jahres 1887 werden alle das Kirchenrecht und

Gesetz u. s. w. veröffentlicht ist, und der Nummer, welche es in demselben trägt, letztere in Klammern, angeführt. Vgl. auch § 1, Anm. 5.

⁵⁾ Das Werk wird im Folgenden mit der Abkürzung „Bege“ unter Beifügung der Zahl des Bandes und der Seite angeführt.

Kirchenwesen der Landeskirche betreffenden Gesetze und Verordnungen, sowie Ausschreiben und Reskripte von besonderer Wichtigkeit abgedruckt in dem jahrgangsweise erscheinenden

Amtsblatt des Herzoglich Braunschweig-Lüneburgischen Konsistoriums⁶⁾.

Viele der auf die Angelegenheiten der Landeskirche bezüglichen braunschweigischen Gesetze und Verordnungen haben auch im „Allgemeinen Kirchenblatt für das evangelische Deutschland“ (vgl. § 5) Aufnahme gefunden.

Material zur Erläuterung der Staatsgesetze bieten die „Verhandlungen der Landesversammlung des Herzogtums Braunschweig“. Dieselben enthalten die formellen Protokolle und ausführlichen Sitzungsberichte der einzelnen Landtage mit den Anlagen nebst Registern. Sie sind nicht im Buchhandel, befinden sich aber im Besitze vieler Behörden und Anstalten des Landes.

Ebenso sind zur Erläuterung der Kirchengesetze, außerdem aber auch für die Kenntnis der tatsächlichen Verhältnisse der Landeskirche von Bedeutung (vgl. § 21, II, 3) die Verhandlungen der Borsynode und der ordentlichen wie außerordentlichen Landessynoden. Dieselben sind in ähnlicher Gestalt, wie die Landtagsverhandlungen (Protokolle, Sitzungsberichte, Anlagen) gedruckt⁷⁾. Im Buchhandel sind sie nicht, befinden sich aber im Besitze vieler Anstalten und Behörden. Seit 1876 sind sie überdies auf Anregung der Landessynode⁸⁾ sämtlichen Kirchenvorständen durch das Konsistorium zugesandt und daher in den Pfarr-Registaturen vorhanden.

Über die Praxis der Gerichte in Streitigkeiten aus dem Gebiete des Kirchenrechtes gibt Auskunft die

„Zeitschrift für Rechtspflege im Herzogtum Braunschweig“, in Jahrgängen erschienen seit 1854. Ein alphabetisches Gesamtregister über Jahrgang I bis XX erschien 1874; ein solches über Jahrgang XXI bis XXX ferner 1883⁹⁾, ein solches über Jahrgang 1 bis 40 im Jahre 1894.

⁶⁾ Dasselbe wird im Folgenden schlechtweg als „Amtsblatt“ unter Beifügung des Jahrganges und der Seitenzahl angeführt.

⁷⁾ S. die Geschäftsordnung für die Landessynode v. 13. Nov. 1872 (Nr. 57) § 18.

⁸⁾ Beschluß der Landessynode vom 25. Nov. 1876, mittelst Schreibens vom 12. Dezbr. 1876 (Anl. 23 der Synodalverhandlungen von diesem Jahre) dem Landesfürsten unterbreitet.

⁹⁾ Die Zeitschrift wird im Folgenden mit der Abkürzung „Zeitschr. f. Rechtspf.“ unter Angabe der Zahl des Jahrganges und der Seite angeführt.

B.

Darstellungen des geltenden Rechtes oder einzelner Teile desselben.

Für die ältere Zeit ist zu beachten

v. Liebhaber, Einleitung in das Herzogl. Braunschweig-Lüneburgische Landrecht. 1791. 2 Bde. 8. (Braunschweig, Schulbuchhandlung.)

Derselbe versucht, in dem Werke auch einen Überblick über das ganze braunschweigische Kirchenrecht zu geben. Siehe T. I S. 126—129, Abschnitt „Von der Gerichtsbarkeit des fürstlichen Konsistorii“ und T. II S. 31—126, Abschnitt „Vom Konsistorial- und Kirchenrechte“.

Eingehender und vollständiger behandelt den Stoff

Stübner, Historische Beschreibung der Kirchenverfassung in den Herzoglich Braunschweig-Lüneburgischen Landen seit der Reformation 1808. 8. (Goslar, gedr. bei Kircher.)

Eine Anzahl wichtiger Abschnitte des braunschweigischen Kirchenrechts haben Aufnahme gefunden in

Steinacker, Partikulares Privatrecht des Herzogtums Braunschweig. 1843. 8. (Wolfenbüttel, Holle.) S. die §§ 37 bis 40 und 66 bis 70, und in

Hampe, Das Partikulare Braunschweigische Privatrecht. Zweite Auflage 1901. 8. (Braunschweig, Vieweg). S. die §§ 12, 19, 21, sowie in

Rhamm, Die Verfassungsgesetze des Herzogtums Braunschweig. 1900. 8. (Braunschweig, Vieweg.) S. S. 102, 133, 255 bis 275.

Fr. C. C. Müller, Die Kirchenbuchführung im Herzogtum Braunschweig, herausgeg. von Karsten. 1868. 4. (Braunschweig, Leibrock), enthält eine systematisch geordnete Zusammenstellung der auf den Gegenstand bezüglichen Bestimmungen.

Eine Einleitung in das gemeine Kirchenrecht unter Berücksichtigung der Verhältnisse der evangelisch-lutherischen Landeskirche des Herzogtums Braunschweig hat nach Aufzeichnungen des Konsistorialrats Abts D. Hille Pastor W. Kellner in Süpplingen unter dem Titel

Handreichung zum Studium des Kirchenrechts. Erster Teil. 1890. 8. Braunschweig, Wollermann

herausgegeben. Der zweite Teil des Buches, einen Teil des braunschweigischen Kirchenrechtes enthaltend, ist 1893 erschienen. Der Inhalt desselben kann

als vollständige und erschöpfende Darstellung des behandelten Stoffes nicht angesehen werden.

Vom Gymnasialdirektor Professor Dr. theol. et phil. Kolbewey ist eine reichhaltige Übersicht über die

„Landeskundliche Literatur auf dem Gebiete der Kirche und des Unterrichtswezens im Herzogtum Braunschweig“

zusammengestellt; dieselbe ist im siebenten „Jahresbericht des Vereins für Naturwissenschaft zu Braunschweig“ abgedruckt.

Erster Abschnitt.

Begriff der braunschweigischen Landeskirche. Ihre rechtlichen Beziehungen im Allgemeinen.

§ 4. Begriff der Landeskirche. Bekenntnis. Corpus doctrinae. Landeskatechismus. Irrlehre.

Die braunschweigische evangelisch-lutherische Landeskirche ist die zu einem kirchlichen Organismus verbundene Gesamtheit der dem lutherischen Bekenntnisse angehörigen Landeseinwohner des Herzogtums Braunschweig.

Ihre Zugehörigkeit zu der als Ganzes nicht äußerlich organisierten, aber durch das gemeinsame Bekenntnis verbundenen lutherischen Kirche spricht sich aus in ihrem Bekenntnisse, wie dasselbe in dem sog. Corpus doctrinae Julium enthalten ist¹⁾. Ihr stetiger Zusammenhang mit der gesamten lutherischen Kirche im Festhalten an diesem Bekenntnisse wird bezeugt und gewahrt durch die ausdrückliche Anerkennung der unbedingt normgebenden Bedeutung des Corpus doctrinae, welche jeder Geistliche vor seinem Eintritte in das Pfarr-

¹⁾ E. R. D. I. C. I § 2. Titel und Ausgaben des Corpus doctrinae: a, Corpus doctrinae, das ist die Summe, Form und Fürbild der reinen christlichen Lehre, aus der Heiligen, Göttlichen Schrift der Propheten und Apostel zusammengezogen . . . , aus gnedigster Verordnung des Durchlaucht. Hochgeb. Fürsten und Herrn, Herrn Julii, Herzogen zu Braunsch. und Lüneb., für seiner Fürstl. Gnaden Kirchen und Schulen zusammenge-
gedruckt. Wolfenbüttel 1576, fol.; b. Corpus doctrinae, das ist (u. s. w. wie a bis „zusammengezogen“), wie solches von weiland dem Durchlaucht. Fürsten und Herrn, Herrn Julio Herzogen zu Braunsch. und Lüneb. anno 1576 publiciret und jeko auf gnädigste Verordnung der Durchlaucht. Fürsten und Herrn. Herrn Rudolph-August's und Herrn Anton-Ulrichs, Gebrüder, Herzogen zu Braunsch. und Lüneb. von neuem gedruckt. 1690. 4. — Vgl. über die Entstehung Beste, Gesch. der braunsch. Landeskirche § 10, S. 78 ff.

amt oder in die Stellung eines Predigers mit bestimmten Worten schriftlich abzugeben hat²⁾).

Er wird ferner gesichert durch die Vorschrift, daß der Landeskatechismus³⁾, in welchem die Lehrnorm des Bekenntnisses kurz zusammen gefaßt ist, bei dem Religionsunterrichte in Kirchen, Schullehrerseminaren und Gemeindegemeinschaften gebraucht werden soll⁴⁾, sowie durch die spezielle Unterweisung in der Handhabung dieses Buches, welche den künftigen Volksschullehrern in den Schullehrerseminaren erteilt wird; sodann durch die Überwachung des Religionsunterrichtes in den höheren Lehranstalten, welche der Kirchenbehörde (dem Konsistorium) übertragen ist⁵⁾; endlich durch das vorgeschriebene Gelöbniß, welches die Abgeordneten zur Landessynode vor dem Eintritt in die Beratungen abzulegen haben⁶⁾).

Diese Stellung der braunschweigischen Landeskirche zur gesamten lutherischen Kirche bringt es als selbstverständliche Folge mit sich, daß sie das ihren Daseinsgrund bildende und ihr Wesen bestimmende Bekenntnis nicht zum Gegenstande ihrer Gesetzgebung machen kann⁷⁾. Wie sie in ihren Lebensäußerungen als Ganzes diese notwendige Selbstbeschränkung üben muß, so hat jeder in ihr wirkende Kirchen-diener (Geistliche und Lehrer, vgl. § 49) ihr Bekenntnis als unabänderliche Richtschnur und Schranke seiner amtlichen Tätigkeit zu achten⁸⁾. Kirchen-diener, welche diese Verpflichtung verletzen, oder sich außeramtlich durch öffentliche Kundgebung einer Abweichung von wesentlichen Stücken des Bekenntnisses der Verbreitung religiöser Irrlehre schuldig machen,

²⁾ Verordnung, die Einführung des Corpus doctrinae betr., v. 29. Juni 1576, demselben vorgeedruckt; E. R. D. T. I C. I § 3. Die Anerkennungsformel hat zur Zeit nach dem landesfürstlichen Reskripte v. 8. Dezbr. 1831 (fälschlich als Ministerialreskript abgedruckt bei Bege IV, 149), folgenden Wortlaut: Corpus doctrinae Julium ea qua potui diligentia perlegi et doctrinae evangelicae in eo expositae corde et manu subscribo meque ei conformitor victurum atque docturum promitto. Ita deus me adjuvet. — Vgl. § 66. —

³⁾ Der kleine Katechismus D. Martin Luthers in Fragen und Antworten erklärt von S. Fr. Th. L. Ernesti; eingeführt durch Verordn. v. 28. Dezbr. 1858 (1859 Nr. 1.)

⁴⁾ E. die ang. Verordn. v. 28. Dezbr. 1858.

⁵⁾ Gef., die Errichtung einer Oberschulkommission betr., v. 8 Apr. 1876 (Nr. 37) § 5 u. 8. — Vgl. unten § 50. —

⁶⁾ § 17 des Gef., die Errichtung einer Landessynode betr., v. 31. Mai 1871 (Nr. 34). Das Gelöbniß lautet: „Ich gelobe vor Gott, daß ich als Abgeordneter der evangelisch-lutherischen Kirche des Landes bei den Verhandlungen in dieser Synode in Treue gegen den evangelisch-lutherischen Glauben das Wohl der Kirche nach bestem Wissen und Gewissen suchen und beraten will.“

⁷⁾ § 20, Abs. 2 des Gef. die Errichtung einer Landessynode betr., v. 31. Mai 1871 (Nr. 34); § 2 des Gef., den Erlaß der Kirchengesetze betr., v. 27. März 1882 (Nr. 16). — Vgl. unten § 16.

⁸⁾ Schrankenlose Lehrfreiheit besteht innerhalb der braunschweigischen Landeskirche nicht; sie widerspricht überhaupt dem Begriff einer jeden Kirche.

sind aus dem Dienste zu entlassen⁹⁾. Ob der Antrag auf Entlassung wegen Irrlehre gestellt werden soll, beschließt die Kirchenbehörde (das Konsistorium) in gemeinsamer Beratung mit dem Synodalausschusse¹⁰⁾. S. unten § 97.

§ 5. Verhältnis der braunschweigischen Landeskirche zu anderen Landeskirchen. Eisenacher Konferenz.

Die braunschweigische Landeskirche ist in keiner Art abhängig von einer auswärtigen Landeskirche oder mit einer solchen in rechtlich bindender Weise verknüpft. Sie unterhält aber nach freier Entschliebung Beziehungen zu einer Anzahl evangelischer (nicht bloß lutherischer) Landeskirchen durch die Teilnahme an der seit 1852 bestehenden „Deutschen evangelischen Kirchenkonferenz“, i. g. Eisenacher Konferenz. Diese setzt sich aus Abgeordneten der obersten Kirchenbehörden des größten Teiles des evangelischen Deutschlands und Österreichs zusammen und hat den Zweck, „durch unverbindliche Besprechung der wichtigeren Fragen des kirchlichen Lebens über gemeinschaftliche Grundsätze und Vorschläge sich zu vereinigen“, oder „auf Grundlage des Bekenntnisses wichtigere Fragen des kirchlichen Lebens in freiem Austausch zu besprechen und, unbeschadet der Selbständigkeit jeder einzelnen Landeskirche, ein Band ihres Zusammengehörens darzustellen und die einheitliche Entwicklung ihrer Zustände zu fördern“¹⁾.

Braunschweigerseits werden durch den Landesfürsten (vgl. § 17) Abgeordnete zu der Konferenz entsandt, und zwar wird regelmäßig vor jedem Zusammentritte der Konferenz, welche alle zwei Jahre stattzufinden pflegt, ein Mitglied des Konsistoriums zum Abgeordneten für die bevorstehende Versammlung ernannt. Beiträge zu den Konferenzkosten²⁾ werden an die Kon-

⁹⁾ Edikt vom 2. März 1692 (abgedr. als Beil. 1 zu T. I der G. R. D.) § 16 Abs. 2; vgl. dazu Beste, Gesch. der braunschw. Landeskirche § 41, S. 287 ff. — Kirchenges. vom 1. Dezbr. 1890, die Obergewalt über die Kirchendiener betr. (Nr. 71), § 10, § 24. — Die in dem Edikte aufgeführten Fälle falscher Lehre sind nur als Beispiele zu verwerten, sie erschöpfen das Gebiet der mit der Führung des geistlichen Amtes unverträglichen Irrlehre nicht. Welche Lehre als solche Irrlehre anzusehen sei, entscheidet das Urteil der kirchlichen Disziplinarbehörden, S. unten § 54. — Der Versuch, diese Entscheidung dem Konsistorium in Gemeinschaft mit dem Synodalausschusse zuzuweisen, und damit in die Hände von Organen der Kirche zu legen, ist 1890 an dem Widerstande der Landesversammlung gescheitert. Vgl. die Verhandlungen des 20. ordentlichen Landtages.

¹⁰⁾ Der ang. § 10 des Ges. v. 1. Dezbr. 1890 in Verbindung mit § 27, 3 des Ges., die Errichtung einer Landesynode betr., vom 31. Mai 1871 (Nr. 34).

¹⁾ Allgemeines Kirchenblatt 1852, S. 193 und 195.

²⁾ Diese Kosten werden nach einer im Jahre 1853 aufgestellten Matrikel (Allgemeines Kirchenblatt 1853, S. 543) auf die an der Konferenz teilnehmenden Kirchenregierungen verteilt. Braunschweig trägt $\frac{3}{113}$.

ferenzkasse aus der Konsistorialkasse bezahlt³⁾), Mitteilungen an das „Allgemeine Kirchenblatt für das evangelische Deutschland“, dessen Bestimmung ist, ausschließlich als Organ für die Veröffentlichung „allgemeiner Anordnungen und in prinzipieller Hinsicht wichtiger besonderer Verfügungen“ auf kirchlichem Gebiete zu dienen⁴⁾), werden vom Konsistorium geliefert und mehrere Exemplare dieser Zeitschrift auf Kosten der Konsistorialkasse gehalten⁵⁾).

Eine Verpflichtung zur Teilnahme an der Konferenz oder zur Beachtung ihrer Beschlüsse besteht nicht; dementsprechend wird aber auch vorausgesetzt, daß die Abgeordneten nicht mit im voraus bindenden Instruktionen bezüglich der zu besprechenden Fragen kommen, damit nicht der freie Meinungsaustausch beeinträchtigt werde⁶⁾).

§ 6. Verhältnis der Landeskirche zum Staate.

1) Berechtigungen und Vergünstigungen.

Die evangelisch-lutherische Kirche im Herzogtum ist Landeskirche, d. h. sie hat nicht nur gleich anderen christlichen Kirchen innerhalb des Herzogtums das Recht auf freie Religionsübung und auf den Schutz des Staates¹⁾), sondern steht zu dem Lande und der Landesregierung in gewissen näheren Beziehungen, von welchen andere christliche Kirchen und sonstige Religionsgesellschaften ausgeschlossen sind. Diese zeigen sich in folgenden Punkten.

1. Der Landesfürst ist Träger der Kirchengewalt²⁾).

2. Das Gebiet der Kirche deckt sich mit dem Gebiete des Herzogtums³⁾).

³⁾ Auf Grund eines Ministerialreskripts vom 25. Aug. 1853.

⁴⁾ Allg. Kirchenblatt 1852 S. 193. — Die Mitteilungen erfolgen zur Zeit durch Uebersendung des Amtsblattes des Konsistoriums. — Wegen der in Veranlassung der Eisenacher Konferenz geschehenden statistischen Arbeiten s. § 92. —

⁵⁾ Je eines derselben wird vom Konsistorium den Generalsuperintendenten zu dienstlichem Gebrauche zugestellt, die übrigen sind zum Gebrauche der Mitglieder des Konsistoriums bestimmt.

⁶⁾ Allg. Kirchenbl. 1852, S. 196; 1855, S. 428 ff.

¹⁾ Durch die Reformation des Herzogs Julius war die evangelisch-lutherische Kirche die einzige im Lande berechnigte geworden. Im achtzehnten Jahrhundert wurde den Reformierten und, jedoch unter starken Beschränkungen, den Katholiken öffentliche Religionsübung zugestanden. Vgl. Frederbsd. Stein, II, S. 270 ff., 293 ff. Nach der N. L. O. (§ 29) ist jedem Landeseinwohner „vollkommene Freiheit des religiösen Glaubens, auch das öffentliche Bekenntnis desselben in einer der im Staate gestatteten kirchlichen Gesellschaften gewährt“ und (§ 211) „allen im Herzogtum anerkannten oder durch ein Gesetz aufgenommenen christlichen Kirchen freie öffentliche Religionsübung zugesichert; auch genießen dieselben „gleichen Schutz des Staates.“

²⁾ N. L. O. § 213. Vgl. unten §§ 16 und 17.

³⁾ Die braunschweigischen Gemeinden, welche fremden (nicht braunschweigischen) Predigern unterstellt sind, gehören um deswillen so wenig fremden Landeskirchen an, als diejenigen

3. Das ganze Gebiet des Herzogtums ist von ihren Kirchen- bzw. Pfarrbezirken dergestalt umfaßt und denselben überwiesen, daß jeder Landeseinwohner als Angehöriger eines dieser Bezirke zu behandeln ist, sofern er nicht eine im Recht anerkannte Ausnahme davon zu begründen vermag. Vgl. § 27.

4. Die angestellten Geistlichen der Landeskirche entsenden aus ihrer Mitte zwei Abgeordnete zur Landesversammlung. Dieselben werden in zwei Wahlbezirken (I. Kreis Braunschweig und Wolfenbüttel, II. Kreis Helmstedt, Holzminden, Gandersheim und Blankenburg) durch Wahlkörper gewählt, welche aus den geistlichen Mitgliedern des Konsistoriums, den Generalsuperintendenten, den Spezialsuperintendenten und den in einem Gemeindepfarramte stehenden selbständigen Geistlichen, sowie den evangelisch-lutherischen Anstaltsgeistlichen des Wahlbezirks gebildet sind⁴⁾.

5. Der Staat leistet zur Durchführung der kirchlichen Regierung und Verwaltung Hülfe. Er unterstellt zu dem Zwecke der Kirchenbehörde (§ 49) bestimmte Staatsbeamte, die weltlichen Kirchenvisitatoren (§ 10), stellt die entscheidenden Disziplinarbehörden für Kirchendiener (§ 54), läßt durch die Verwaltungsbehörden Verfügungen rücksichtlich der gemeindefeitigen Leistungen für kirchliche Zwecke ergehen (§ 31) und ebenso durch staatliche Behörden die von der Kirchenbehörde als Ordnungsstrafen oder Zwangsmittel verhängten Geldstrafen eintreiben⁵⁾, auch von den Geistlichen die Beiträge zum Emeritierungsfonds und zur Landes-Pfarrwitwen-Versorgungsanstalt sowie zum Pfarrbesoldungsfonds einziehen⁶⁾, ferner bei der Verwaltung dieser Anstalten das Herzogliche Finanz-Kollegium und die Haupt-Finanz-Kasse kostenfrei mitwirken⁷⁾. Daß einzelne dieser Leistungen sich zugleich als wirksame Äußerungen der staatlichen Oberaufsicht über die Kirche darstellen und ebensowohl als Beschrän-

fremden Gemeinden, welche von braunschweigischen Predigern versorgt werden, der braunschweigischen Landeskirche angehören. Vgl. §§ 12, 19 und 27. Auch die evangelischen Militär-Kirchengemeinden, welche durch die im Herzogtum Braunschweig garnisonierenden Truppen gebildet werden, sind Glieder der evangelisch-lutherischen Landeskirche des Herzogtums Braunschweig. Vereinbarung mit der Krone Preußen über die evangelischen militärkirchlichen Verhältnisse im Herzogtum Braunschweig, publiziert am 1. Sept. 1901 (Nr. 47).

⁴⁾ Gef. betr. die Zusammensetzung der Landesversammlung v. 6. Mai 1899 (Nr. 31) §§ 4 und 5; Wahlgesetz v. 6. Mai 1899 (Nr. 32) § 5 in der Fassung vom 2. März 1903 (Nr. 7). Vgl. Rhamm, Verfassungs-gesetze, S. 133. Scheiden die Wahlberechtigten aus dem Amte aus, so erlischt ihre Wahlberechtigung.

⁵⁾ Gef., das Disziplinarverfahren gegen Kirchendiener betr., v. 15. Juni 1890 (Nr. 70) § 6. Vgl. unten § 53.

⁶⁾ Gef., das Ruheeinkommen der emeritierten Geistlichen betr., v. 1. Dezbr. 1882 (Nr. 45) § 4; Gef., die Errichtung einer Landes-Pfarrwitwen-Versorgungsanstalt betr., v. 15. Apr. 1889 (Nr. 22) § 24. Gef., das Einkommen der Geistlichen der evangelisch-lutherischen Landeskirche betr., v. 28. Juni 1902 (Nr. 27) § 4.

⁷⁾ § 1 des ang. Gef. v. 1882; § 2 des ang. Gef. v. 1889. § 1 des angef. Gef. v. 1902.

kungen, wie als Begünstigungen empfunden werden können, liegt in der Natur der Sache.

6) Er trägt für äußere Ruhe an den Festtagen der evangelisch-lutherischen Kirche Sorge⁸⁾.

7) Er hat die Ortsgemeinden zur Aufbringung der Kosten der Erbauung und Unterhaltung der Kirchengebäude, Pfarren und Opfereien sowie der Kosten der Einrichtungen und Kultusbedürfnisse der evangelisch-lutherischen Kirche verpflichtet. Vgl. §§ 31, 118 und 137.

8) Die Ortsgemeinden sind zur Haltung evangelisch-lutherischer Gemeindeschulen verpflichtet; das Gemeindeschulwesen ist der Leitung der kirchlichen Oberbehörde unterstellt; an seiner örtlichen Verwaltung sind die Organe der Kirche in bestimmter Weise beteiligt⁹⁾.

9) Der Staat gewährt bedürftigen Ortsgemeinden Beihilfen zu den Kosten der unter 7 und 8 erwähnten Bauten¹⁰⁾.

10) Er bestreitet mittelst der Klosterreinertragskasse (§ 107) die Kosten der Landessynode (§§ 20 u. 22), (der er auch Hülfсарbeiter zur Verfügung stellt § 22) und des Konsistoriums (§§ 51 und 107) und zahlt aus ihr die Stollgebührenrenten (§ 128), Zuschüsse zum Einkommen der Generalsuperintendenten (§ 57), Superintendenten (§ 56) und vieler Geistlichen (§ 123), Alterszulagen an viele Geistliche (§ 123), Zuschüsse zum Emeritierungsfonds (§ 108) u. a. m. (Vgl. § 10, II.)

§ 7. 2. Staatliche Oberaufsicht.

Im Allgemeinen.

Im Besonderen, a. die kirchliche Gesetzgebung betr.

Gegenüber dem Staate unterliegt die braunschweigische Landeskirche denselben Beschränkungen, wie die übrigen im Herzogtume anerkannten Kirchen;

⁸⁾ Polizeistrafgesetz v. 23. März 1899 (Nr. 27) § 1.

⁹⁾ Gef. über die Gemeindeschulen v. 8. Dezbr. 1851 (Nr. 53). Neue Redaktion v. 27. Oktober 1898 (Nr. 54).

¹⁰⁾ Wegen des Verfahrens bezüglich dieser Beihilfen s. § 116. Die Mittel dazu gewährt ein regelmäßig in Kap. XII der Ausgaben des Staatshaushaltsetats eingestellter Posten. Daß derselbe nicht auch für den Bau von Kirchen und Schulen anderer Konfessionen verwandt werden kann, folgt schon daraus, daß er nur für Ortsgemeinden bestimmt ist, die Ortsgemeinden aber nur die Verpflichtung zur Herstellung und Erhaltung evangelisch-lutherischer kirchlicher Gebäude und Schulen haben und deshalb nur bezüglich der letzteren unterstützungsbedürftig sind. Die Gruppen von Personen, welche innerhalb einer Ortsgemeinde oder mehrerer Ortsgemeinden sich zu Kultusgemeinschaften anderer Konfession

sie ist der Oberaufsicht der Landesregierung unterstellt¹⁾. Diese Oberaufsicht umfaßt das ganze Gebiet des Kirchenwesens. Sie bringt es mit sich, daß die Landesregierung von der Kirchenbehörde, dem Konsistorium, zu jeder Zeit und über jeden Gegenstand des Wirkungskreises der letzteren Bericht fordern kann, äußert sich dann aber in verschiedener Weise, je nachdem es sich um rein geistliche Angelegenheiten, oder um solche handelt, welche diesen Charakter nicht tragen, mögen sie übrigens zweifellos rein weltliche Sachen sein, oder solche, welche nach ihrer Beschaffenheit sowohl das geistliche, als das weltliche Gebiet berühren.

Bezüglich der nicht rein geistlichen Angelegenheiten ist die Landeskirche den staatlichen Gesetzen und Verordnungen unterworfen und hat sich denselben und den auf sie gegründeten Verfügungen des Staatsministeriums, insoweit nicht etwa besondere, ihr staatsseitig verliehene Privilegien Ausnahmen begründen, wie jeder Landeseinwohner zu fügen und anzupassen²⁾. Bezüglich dieser Angelegenheiten übt die Landesregierung über die Landeskirche das Recht schlechthin maßgebender Gewalt³⁾. Vgl. § 16.

Bezüglich der rein geistlichen Angelegenheiten dagegen ist der Landeskirche und ihren Organen das Recht der „Anordnung“ verfassungsmäßig überlassen⁴⁾. Dasselbe hat zum Inhalt

- 1) den Erlass von Kirchengesetzen und Kirchenverordnungen (kirchliche Gesetzgebung)⁵⁾,
- 2) die diesen entsprechende Behandlung der einzelnen vorkommenden Fälle durch die kirchlichen Behörden und Organe (kirchliche Verwaltung).

Allein die staatliche Oberaufsicht läßt der Kirche auch hier nur unter bestimmten Vorbehalten freie Hand.

Was die kirchliche Gesetzgebung betrifft, so trägt die Landesregierung dafür Sorge, daß

a. die Kirchengesetze und Kirchenverordnungen nicht über das Gebiet der

zusammengeschlossen haben und als solche dazu schreiten, Gebäude für Kultuszwecke zu errichten, sind nicht „Gemeinden“ in dem bei Feststellung des Staatshaushaltsstats angenommenen Sinne.

¹⁾ R. L. D. § 212. Vgl. über dieses Verhältnis auch die Ausführungen des Konsistoriums in dem Ausschreiben v. 26. Nov. 1851 (Bege VII S. 75).

²⁾ R. L. D. § 29.

³⁾ Selbstverständlich nach der Landesverfassung und den Gesetzen. — S. auch R. L. D. § 29.

⁴⁾ R. L. D. § 212.

⁵⁾ Ges., den Erlass der Kirchengesetze u. f. w. betr., v. 27. März 1882 § 16; vgl. oben § 1.

rein geistlichen Angelegenheiten hinausgreifen. Sie entscheidet im Zweifel darüber, wo die Grenzen dieses Gebietes liegen, d. h. ob eine Angelegenheit als rein geistliche zu behandeln sei. Die ihr damit gewahrte formale Befugnis, einer Angelegenheit den Charakter einer rein geistlichen abzusprechen und sie damit dem Bereiche der kirchlichen Gesetzgebung zu entziehen, ist in Wahrheit weder durch das Vorhandensein einer höheren Instanz, noch durch ein Gesetz wirksam eingeschränkt. Allerdings ist im § 2 des in Anm. 5 angeführten Kirchengesetzes von 1882 eine genauere Bezeichnung der Gegenstände gegeben, welche als rein geistliche der kirchlichen Gesetzgebung unterliegen sollen (vgl. § 1); ob aber eine vorliegende Angelegenheit diese Gegenstände ausschließlich betreffe, entscheidet im Zweifel die Landesregierung allein.

b. Diese achtet ferner darauf, daß die Kirchengesetze und Kirchenverordnungen weder der Landesverfassung, noch einem im staatlichen oder öffentlichen Interesse unbedingt gebietenden oder verbietenden Staatsgesetze zuwiderlaufen, sowie darauf, daß dieselben auch sonst nichts enthalten, wodurch das staatliche oder öffentliche Interesse gefährdet werden möchte⁶⁾. Auch in der Ausübung dieser Befugnis ist die Landesregierung durch keine äußere Schranke gehemmt; ihre Erklärung, daß ein beabsichtigter Akt der kirchlichen Gesetzgebung gegen unbedingtes Staatsgesetz verstoße oder eine Gefährdung des staatlichen oder öffentlichen Interesses enthalte und deshalb nicht zugelassen werden könne, ist unanfechtbar.

c. Daß Kirchengesetze und Kirchenverordnungen, deren Erlass beschloffen ist, den vorstehenden beiden Erfordernissen entsprechen und demnach der Landesregierung keinen Anlaß zu Bedenken geben, muß dieselbe förmlich bezeugen; ohne diese Erklärung entbehren die Akte der kirchlichen Gesetzgebung der verbindlichen Kraft (sind „nicht vollziehbar“). Die Erklärung (das Placet) wird regelmäßig nicht mit ausdrücklichen Worten ausgesprochen, sondern damit erteilt, daß ein stimmführendes Mitglied des Herzoglichen Staatsministeriums die staatsseitig gebilligten Kirchengesetze und Kirchenverordnungen entweder gegenzeichnet („contrasigniert“), oder im besonderen Auftrage des Landesherrn („auf Höchsten Spezial-Befehl“) an dessen Stelle unterzeichnet⁷⁾.

§ 8. b. Die kirchliche Verwaltung betr. Refurs an das Staatsministerium.

Die Landesregierung hat nicht unmittelbar in die kirchliche Verwaltung

⁶⁾ § 2 Abs. 2, § 4 Abs. 1 des ang. Ges. v. 1882.

⁷⁾ § 4 Abs. 2 des ang. Ges. v. 1882.

eingzugreifen noch an die der Kirchenbehörde untergeordneten Organe unmittelbare Verfügungen gelangen zu lassen. Aber jeder einzelne der kirchlichen Verwaltung vorliegende Fall kann im Wege der Beschwerdeführung gegen die Verfügungen der Kirchenbehörde, des Konsistoriums, seitens eines Beteiligten an das Staatsministerium gebracht werden¹⁾. Wenn dieses die Beschwerde nicht ohne weiteres als augenscheinlich grundlos zurückzuweisen beschließt, so fordert es vom Konsistorium Bericht nebst Vorlegung der betreffenden Akten. Hält es danach die Beschwerde für begründet, so hebt es, wenn nach seinem Erachten eine nicht rein geistliche Angelegenheit in Frage steht²⁾, die angefochtene Verfügung auf und bringt durch eigene Anordnung oder durch Anweisung des Konsistoriums die Sache auf den rechten Weg. In einer rein geistlichen Angelegenheit dagegen geht es nicht so weit. Nimmt es an, daß in einer solchen die angefochtene Verfügung gegen ein unbedingt verpflichtendes Staatsgesetz verstoße oder das staatliche bzw. öffentliche Interesse gefährde, so hebt es dieselbe auf, überläßt aber dem Konsistorium, auf der damit geschaffenen Grundlage die Sache zu ordnen. Findet es nicht, daß ein derartiges staatsseitiges Bedenken gegen die angefochtene Verfügung obwalte, so läßt es dieselbe bestehen. Es kann in solchem Falle dem Konsistorium seine etwa von dessen Auffassung abweichende Ansicht über die Sache mitteilen, ohne von ihm deren Annahme und Befolgung zu verlangen, kann aber auch die Entscheidung des Landesfürsten herbeiführen, welche erst nachdem derselbe die Gründe des Konsistoriums gehört hat erfolgt, dann aber für das letztere maßgebend ist. (Vgl. auch § 17 unter 19).

§ 9. Fälle vorbehaltener Entscheidung des Staatsministeriums.

Für gewisse Fälle ist in Sachen der kirchlichen Verwaltung wegen des durch sie berührten staatlichen oder öffentlichen Interesses die Entscheidung (Genehmigung oder Bestätigung) dem Staatsministerium durch besondere gesetzliche Bestimmung oder höchste Verfügung vorbehalten. So

- 1) bei der beabsichtigten freiwilligen Veräußerung von Grundstücken der kirchlichen Stiftungen¹⁾ (vgl. § 113);

¹⁾ Verordn., die Verwaltung der kirchlichen und Schulangelegenheiten betr., v. 14. Apr. 1814 (Nr. 55) § 2. N. L. D. § 38. Einzelne Anwendungen dieser Regel s. z. B. in § 23 und 27 des Ges., die Errichtung einer Landes-Pfarrwitwen-Versorgungsanstalt betr., v. 15. Apr. 1889 (Nr. 22).

²⁾ N. L. D. § 212.

¹⁾ G. R. D. L. I c. XX § 6. Vgl. wegen des Sinnes dieser Bestimmung das Reskript des Staatsministeriums v. 3. Juni 1834 bei Bege IV S. 160. Die Angelegenheit wird jetzt regelmäßig nicht durch höchstes Reskript, sondern durch ministerielle Verfügung erledigt.

- 2) bei der beabsichtigten Bewilligung von Ausgaben aus kirchlichen Kassen²⁾, welche diesen dem bestehenden Rechte nach nicht obliegen und sich daher als Liberalitäten darstellen³⁾. (Vgl. § 120);
- 3) bei der Erhebung der Klage auf Entlassung gegen einen Kirchenbiener (vgl. § 97);
- 4) bei Refursen gegen die von den Kreisaußschüssen abgegebenen Entscheidungen hinsichtlich der Verteilung der Parochiallasten unter mehrere Ortsgemeinden eines Pfarr- oder Kirchenbezirkes (vgl. § 31);
- 5) bei der beabsichtigten Übernahme der Parochiallasten in einer Landgemeinde auf die Gemeindefasse (vgl. § 31).

Für andere Fälle ist, um dem Staatsministerium Gelegenheit zu etwa notwendig scheinender Ausübung seines Oberaufsichtsrechtes zu geben, dem Konsistorium die Erstattung von Anzeigen über von ihm getroffene Maßregeln oder die Mitteilung von Nachrichten über die Entwicklung gewisser Verhältnisse vorgeschrieben. Das Konsistorium hat

- 1) von allen allgemeinen Ausschreiben, die es erläßt, eine Abschrift einzusenden⁴⁾;
- 2) alljährlich das bei ihm geführte Pfarranschlagsbuch (Pfarrkataster, § 123) vorzulegen⁵⁾;
- 3) alljährlich eine Übersicht über den Stand der bei ihm verrichteten Arbeiten auf dem Felde der Revision der kirchlichen Rechnungen aufzustellen und vorzulegen⁶⁾;
- 4) alljährlich eine Übersicht über den Abgang, Zugang und Bestand an Kandidaten der Theologie und des Predigamtens einzureichen⁷⁾;

— Zum Abschlusse von Anleihen für kirchliche Stiftungen (E. R. D. a. a. D. § 7) wird jetzt die Genehmigung des Konsistoriums für ausreichend gehalten.

²⁾ Kirchenkassen mit ihren Nebenkassen, Pfarrwitwenkassen, insbesondere auch Pfarrvakanzkassen. Die früher nicht seltenen Zuwendungen aus solchen Kassen an Gemeinden, welche geschahen, um ihnen die Erfüllung parochialer Verpflichtungen zu erleichtern, haben in neuerer Zeit, um der notwendigen Schonung des Kirchenvermögens willen, sowie mit Rücksicht auf die von Seiten des Staates reichlich zur Verfügung gestellten Mittel für die Unterstützung der Gemeinden mehr und mehr aufgehört und sind überdies bezüglich der Pfarrvakanzkassen sehr eingeschränkt, seit deren Ueberschüsse dem Emeritierungsfonds überwiesen sind. Vgl. § 77.

³⁾ Refr. des Staatsministeriums v. 21. Juli 1869 (Bege IX S. 311), v. 24. Juni 1863 (Bege IX S. 286), v. 30. Okt. 1855 (Bege IX S. 258 und VIII S. 160).

⁴⁾ Ministerialrefr. v. 8. Jan. 1877, Nr. 247. Dieser Verpflichtung wird seit dem Erscheinen des Amtsblattes des Konsistoriums (§ 3) durch Sendung mehrerer Exemplare desselben an das Staatsministerium genügt.

⁵⁾ Ministerialrefr. v. 30. Okt. 1883 Nr. 7071.

⁶⁾ Ministerialrefr. v. 12. Apr. 1865 Nr. 3497, durch welches die frühere Vorschrift der vierteljährlichen Einsendung derartiger Uebersichten abgeändert ist.

⁷⁾ Ministerialrefr. v. 19. Sept. 1856 Nr. 9268.

- 5) anzuzeigen, wenn es gegen einen Kirchendiener nach der Einleitung eines Strafverfahrens wegen eines Vergehens oder nach der Einleitung des förmlichen Disziplinarverfahrens die Suspension verfügt hat (vgl. §§ 97 und 98).

§ 10. 3. Weltliche Kirchenvisitatoren. — Disziplinarbehörden.

I. Der Staat hat für die Erledigung gewisser Angelegenheiten der einzelnen Kirchen und übrigen geistlichen Stiftungen (§ 112) sowie zur Überwachung ihrer Vermögensinteressen im allgemeinen bestimmte Beamte dergestalt der Landeskirche zur Verfügung gestellt, daß sie die vorkommenden Geschäfte unter staatlicher Autorität, aber als Beauftragte der Kirchenregierung verrichten. In älterer Zeit wurden diese Geschäfte größtenteils bei Gelegenheit der Kirchenvisitationen erledigt¹⁾; daher ist jenen Beamten die Bezeichnung als „weltliche Kirchenvisitatoren“ beigelegt, welche sie noch führen, ungeachtet seit 1782²⁾ ihre Mitwirkung bei den Kirchenvisitationen nur ausnahmsweise eintritt. Zur Zeit³⁾ besorgen die Kreisdirektoren⁴⁾, in den Städten Braunschweig und Wolfenbüttel die Stadtmagistrate, die Geschäfte der weltlichen Kirchenvisitatoren. Als gleichbedeutend mit der Bezeichnung „weltliche Kirchenvisitatoren“ wird schon in älterer Zeit der Ausdruck (weltliche) „Kirchenkommissarien“⁵⁾ gebraucht, der dann wieder in dem Kirchenvorstandsgezet von 1851 Aufnahme gefunden hat^{6a)}.

Neben dem weltlichen Visitator und mit ihm zusammen tritt bei gewissen Gelegenheiten (§ 56) als „geistlicher Visitator“ der Superintendent bzw. Generalsuperintendent (§ 57) handelnd auf. Die gemeinsame Tätigkeit beider Kirchenvisitatoren muß dem bestehenden Rechte nach stattfinden:

¹⁾ E. R. D. I c. XIX.

²⁾ Reglement v. 12. Aug. 1782 § 2. Steinacker, Sammlung S. 516. Frederisd. Stein. II S. 38.

³⁾ Nach der R. D. F. waren es die Vorsteher der fürstlichen Ämter und sonstigen Untertengerichte; später die herzoglichen Ämter.

⁴⁾ Gef. über die Organisation der Landes-Verwaltungsbehörden v. 19. März 1850 (Nr. 26) § 23.

⁵⁾ E. 3. B. das Reglement über die Führung der Kirchenbücher v. 10. Dez. 1814 II § 13 (Bege I S. 221).

⁶⁾ R. V. G. § 50 vgl. mit § 25, aus dem sich ergibt, daß der Ausdruck „Kirchenkommissare“ in diesem Geetze dasselbe bedeuten soll, wie „Kirchenvisitatoren“.

^{6a)} Auf die Militärkirchengemeinden (§ 6 Ann. 3) finden die auf die Ämter der Braunschweigischen Kirchenvisitatoren sich beziehenden Bestimmungen keine Anwendung. Publikation der Vereinbarung mit der Krone Preußen über die evangelischen militärkirchlichen Verhältnisse im Herzogtume Braunschweig vom 1. September 1901 (Nr. 47) Art. 3. Vergleiche unten § 52 Anmerkung 5a.

- 1) im Verfahren wegen der Kokation der Prediger (§ 72) sowie wegen der Wahl derselben (§ 71);
- 2) im Verfahren wegen der Einführung der Prediger (§ 75) und wegen der Abwicklung der Angelegenheiten der Pfarrvakanzkassen (§ 77);
- 3) bei Berufung und Leitung der Kirchenkonvente (§ 47);
- 4) zur Berichtigung und Ergänzung der Güterverzeichnisse der Kirchen (*Corpora Bonorum*), von denen je ein Exemplar der geistliche und der weltliche Visitator in Verwahrung hat (§ 113);
- 5) bei der Frage, ob großjährigen Kindern eines verstorbenen Geistlichen der Genuß des Gnadenhalbjahrs zuzubilligen sei. (§ 132, V).

Auch in diesen Fällen wird sie durch Verfügungen des Konsistoriums veranlaßt, welche an jeden der beiden Kirchenvisitatoren besonders auszufertigen ist⁷⁾. — Sie kann überdies durch höchste Verfügung angeordnet werden bei Kirchenvisitationen, während bei diesen der weltliche Visitator regelmäßig nicht mitwirkt. Sie kann ferner vom Konsistorium vorgeschrieben werden, um Berichte und Gutachten über einzelne Angelegenheiten der kirchlichen Verwaltung zu erhalten⁸⁾; von dieser Befugnis macht das Konsistorium namentlich dann Gebrauch, wenn nach den Umständen des Falles die Äußerungen der örtlichen Kirchendiener und Organe keine ausreichende Begründung für seine Beschlüsse und Maßnahmen zu liefern scheinen.

Die weltlichen Visitatoren sind zur Teilnahme an den Inspektionsynoden (§ 26) berechtigt. Sie sollen für sich allein oder auch unter von ihnen angeregter Mitwirkung des Superintendents sich der Überwachung aller weltlichen Angelegenheiten der geistlichen Stiftungen unterziehen. Zu dem Zwecke haben sie die Befugnis, den Sitzungen der Kirchenvorstände beizuwohnen, die Sitzungsprotokolle einzusehen und Bericht von den Kirchenvorständen einzufordern⁹⁾, sowie bezüglich der den Kirchenvorständen nicht unterstellten geistlichen Stiftungen die Äußerungen und Erklärungen der Nutznießer oder Verwalter derselben einzuziehen. Über alle Wahrnehmungen auf diesem Gebiete, welche das Einschreiten des Konsistoriums geboten erscheinen lassen, haben sie demselben unaufgefordert Bericht zu erstatten. Wo die Staatsbeamten als Kirchenvisitatoren tätig werden, unterstehen sie dem Konsistorium und haben dessen Weisungen als solchen einer vorgesetzten Behörde Folge zu leisten¹⁰⁾.

⁷⁾ Landtagsabschied v. 1770 Art. 3 (Frederich, Stein, II S. 40).

⁸⁾ Wegen der Art der Mitwirkung des geistlichen Visitators bei derartigen Geschäften vgl. § 56.

⁹⁾ R. V. G. § 50.

¹⁰⁾ Verordn. v. 14. Apr. 1814, die Verwaltung der kirchl. Angelegenheiten betr. (Nr. 35) § 2.

Beschwerden über ihre Verfügungen sind seitens kirchlicher Beamten und Organe beim Konsistorium anzubringen; Beschwerden über dessen Verfügungen haben sie selbst beim Staatsministerium zu verfolgen. (Vgl. § 8).

Bei gemeinsamem Zusammenwirken geht im Range der Kreisdirektor oder sein Vertreter dem Superintendenten vor; beim Zusammenwirken des Kreisdirektors mit dem Generalsuperintendenten entscheidet über den Vorrang das Dienstalter¹¹⁾. — Hinsichtlich der Tagelöhler und Reisekosten bei Dienststreifen wird der weltliche Visitator als Staatsbeamter behandelt, soweit nicht besondere gesetzliche Bestimmungen (wie z. B. wegen der Inspektionsynoden und des Vokationsverfahrens) etwas Anderes vorschreiben.

In neuester Zeit hat durch Änderungen der bisherigen Geschäftseinrichtungen z. B. im Pfarranschlagswesen, namentlich aber infolge des Umstandes, daß die Mitglieder des Konsistoriums häufig mit den örtlichen Organen an Ort und Stelle selbst verhandeln, die Inanspruchnahme der weltlichen Kirchenvisitatoren gegen früher eine Einschränkung erfahren.

II. Der Staat besetzt die entscheidenden Disziplinarbehörden für Kirchendiener (§ 54), stellt Hülfspersonal und Geschäftsräume für dieselben und trägt mittelst der Klosterreinertragskasse (§ 107) die Kosten des Disziplinarverfahrens, soweit sie nicht dem Angeeschuldigten zur Last fallen.

§ 11. Verhältnis der Landeskirche zu den ihr nicht angehörigen Landeseinwohnern.

Die Pfarrbezirke (Parochien) der Landeskirche umfassen das ganze Gebiet des Herzogtums ohne Ausnahme (§ 27); auch die einem fremden Kultus gewidmeten Gebäude und Plätze sind nicht als ausgenommen anzusehen¹⁾. Aber die Landeskirche drängt Andersgläubigen die Tätigkeit ihrer Geistlichen oder die Teilnahme an ihren Einrichtungen nicht auf und fordert von ihnen der Regel nach keine Beiträge oder Abgaben.

Im Einzelnen ist das Verhältnis zu den Andersgläubigen folgendermaßen gestaltet.

I. Andersgläubigen ist freie Religionsübung teils gesetzlich zugesichert, teils

¹¹⁾ Minist.-Refkr. v. 23. Sept. 1860.

¹⁾ Dasselbst wohnhafte Mitglieder der Landeskirche gehören folglich dem Pfarrbezirke der letzteren an, innerhalb dessen jene Gebäude oder Plätze belegen sind. — Die Parochialgerechtigten der Landeskirche sind in dem Gesetze vom 23. Mai 1848 (Nr. 27), welches die aus dem Glaubensbekenntnisse bisher abgeleiteten Rechtsungleichheiten sowohl im öffentlichen als im Privatrecht aufhob, vorbehalten.

tatsächlich gestattet²⁾; ein Zwang zur Teilnahme an Einrichtungen der Landeskirche besteht nicht, weder gegenüber erwachsenen Andersgläubigen, noch gegenüber den Kindern derselben und bezüglich deren religiöser Erziehung³⁾ (vgl. § 14). Gegenüber Kindern aus Mischehen zwischen Angehörigen der Landeskirche und Angehörigen eines anderen Bekenntnisses wird die Teilnahme an den Einrichtungen der Landeskirche nur dann gefordert, wenn sie dem Rechte nach deren Mitgliedschaft haben (§ 12).

II. Was die Zulassung Andersgläubiger zur Teilnahme an den Einrichtungen der Landeskirche betrifft, so steht ihnen

- 1) der Besuch des Gottesdienstes frei.
- 2) Wenn von ihnen die Vornahme der Taufe für ihre Kinder begehrt wird, so hat der Geistliche der Landeskirche dieselbe zu vollziehen. Das Nähere siehe § 84, wo auch die einzige Einschränkung dieser Regel erörtert wird.
- 3) Die Teilnahme am Abendmahle wird nicht gestattet, da hier der konfessionelle Unterschied entscheidend in Betracht kommt. Bei Kindern unter 14 Jahren, welche der katholischen Konfession angehören, steht überdies das bestimmte Verbot im § 8 des Gef. v. 29. Dez. 1902 (Nr. 2 de 1903) entgegen, dessen Uebertretung an dem Geistlichen der Landeskirche mit einer Geldstrafe von 60 Mark geahndet werden soll.
- 4) Die Trauung christlicher Eheleute, welche der Landeskirche nicht angehören, darf der Geistliche der letzteren vollziehen (§ 88⁵⁾).

²⁾ Die R. V. D. § 211 sichert allen „im Herzogtum anerkannten, oder durch ein Gesetz ausgenommenen christlichen Kirchen“ freie öffentliche Religionsübung zu. Das Gef., die Verhältn. der Dissidenten betr., v. 25. März 1873 (Nr. 62) gibt im § 19 an, wie andere Religionsgesellschaften die Befugnis zur Ausübung ihrer Kulte in bestimmten Räumen erlangen können. Tatsächlich ist auch den Juden der Kultus in dazu hergerichteten Gebäuden gestattet. Vgl. wegen der Katholiken §§ 15, 10 des Gesetzes, betr. die Ordnung der kirchl. Verhältnisse der Katholiken, v. 29. Dez. 1902 (Nr. 2 de 1903).

³⁾ S. wegen der Juden z. B. Höchst. Reskr. v. 4. Aug. 1827. (Wege I S. 394), sodann § 6 des Gef., die Schulpflichtigkeit in den Städten betr., v. 12. Mai 1840 (Nr. 20); ferner wegen der Katholiken Gef., die Ordnung der kirchl. Verhältnisse der Katholiken betr., v. 29. Dez. 1902 (Nr. 2 de 1903) § 3, und wegen der Dissidenten das ang. Gef. v. 1873 (Nr. 62) § 14 Abs. 2. Der in einigen dieser Gesetze enthaltenen Bestimmungen, daß die Kinder, welche anderen Religionsgenossenschaften angehören, von der Teilnahme an dem Religionsunterrichte in den von ihnen besuchten evangelischen Schulen nur dann entbunden sind, wenn nachgewiesen wird, daß sie anderweit Religionsunterricht erhalten, liegt nicht ein Anspruch der Landeskirche auf Ueberwachung solcher Kinder in Bezug auf ihre religiöse Heranbildung zum Grunde; sie entspringt vielmehr dem staatlichen Interesse an der ordnungsmäßigen Ausbildung der Jugend, der bei mangelndem Religionsunterrichte das wesentlichste Stück fehlen würde.

⁴⁾ Zur Zeit befinden sich katholische Kirchen nur in Braunschweig, Wolfenbüttel und Helmstedt; die an mehreren andern Orten des Herzogtums vorhandenen Gebäude für katholischen Kultus haben nicht die Eigenschaft von Gemeindefkirchen im Rechtssinne.

- 4) An den Begräbnisplätzen und Begräbniseinrichtungen findet die Teilnahme Andersgläubiger auf Begehren statt. Die Beteiligung des Geistlichen der Landeskirche bei Begräbnissen von Christen anderer Konfession ist auf Wunsch der Angehörigen zulässig, aber nicht durch Amtspflicht geboten (§§ 137 und 89). Die Benutzung der Glocken beim Begräbnis von Christen anderer Konfession ist von der Genehmigung des Kirchenvorstandes abhängig.
- 5) Die an Nichtmitgliedern der Landeskirche vollzogenen Trauungen und Taufen hat der Geistliche der Landeskirche in die gewöhnlichen Kirchenbücher einzutragen; für die Begräbnisse derselben führt er ein besonderes Register (§ 91).

III. Leistungen an Geld oder Geldeswert für die Landeskirche werden von Andersgläubigen im Allgemeinen nicht gefordert. Folgende Ausnahmen kommen vor.

- 1) Für begehrte Amtshandlungen müssen Andersgläubige bezahlen, wenn und soviel auch Angehörige der Landeskirche dafür bezahlen müssen⁶⁾.
- 2) Für die Teilnahme an Begräbnisplätzen und Begräbniseinrichtungen (oben II, 4) zahlen sie nach Maßgabe der bestehenden örtlichen Vorschriften.
- 3) In den Landgemeinden sind sie wegen ihres Grundbesitzes hinsichtlich derjenigen parochialen Verpflichtungen zahlungsverbindlich, welche als auf demselben ruhend angesehen werden. Das gilt sowohl von bestimmten Parochiallasten, welche mit dem Besitze gewisser einzelner Grundstücke, z. B. der f. g. Reihenhöfe verknüpft sind, als von allgemeinen parochialen Verbindlichkeiten, deren Geldwert nach dem Kommunalsteuerfuße aufzubringen ist und demnach zum Teil von dem gesamten Grundbesitze innerhalb des Gemeindebezirkes getragen wird⁷⁾.

⁶⁾ Vergleiche § 15 des Gesetzes vom 25. März 1873 (Nr. 62), welcher hinsichtlich der Ehegeliessung nicht mehr gilt; derselbe setzt die Befugnis des Geistlichen zur Trauung für den im Texte angegebenen Fall voraus.

⁶⁾ Gesetz vom 18. Mai 1864, die von Katholiken, Reformierten und Juden zu entrichtenden Stolgebühen betreffend (Nr. 26) § 1 und 3. Die Erhebung der Gebühren von Andersgläubigen für von ihnen nicht begehrte oder an ihnen nicht verrichtete Amtshandlungen ist durch § 2 dieses Gesetzes abgeschafft. -- Vergleiche Gesetz, die Aufhebung der Stolgebühen betreffend, vom 31. Mai 1871 (Nr. 33) § 4.

⁷⁾ § 5 des ang. Gesetzes vom 18. Mai 1864 (Nr. 26); Ges., die Aufbringung der Parochiallasten in den Landgemeinden betreffend v. 18. Juni 1864 (Nr. 30), in der durch

Zweiter Abschnitt.

Zugehörigkeit zur Landeskirche. Kirchliche Vollberechtigung.

§ 12. 1. Erwerb der Zugehörigkeit.

Mitglied der braunschweigischen Landeskirche ist jeder der lutherischen Kirche angehörige Inhaber der Staatsangehörigkeit¹⁾ im Herzogtum Braunschweig; mit der Eigenschaft eines solchen ist die Zugehörigkeit zur Landeskirche kraft des Rechtes verbunden, ohne daß es einer besonderen Erklärung, sei es der Kirchenregierung, sei es der einzelnen Person, über diesen Punkt bedürfte. Auch die lutherischen Einwohner der an auswärtige Gemeindefkirchen gewiesenen braunschweigischen Ortschaften machen keine Ausnahme; auch sie sind Mitglieder der Landeskirche und unterstehen als solche der braunschweigischen Kirchenregierung (vgl. jedoch § 27).

Die Zugehörigkeit zur Landeskirche wird erworben

1) durch den Erwerb der Staatsangehörigkeit (des Landeseinwohnerrechtes) im Herzogtum²⁾ von Personen, welche der lutherischen Kirche bereits angehören. Diese Rechtsfolge tritt ohne weiteres und notwendig ein; sie würde sogar durch die ablehnende Erklärung des Erwerbers³⁾ nicht ausgeschlossen

Gesetz vom 28. Mai 1894 (Nr. 23) bestimmten Fassung; Gesetz vom 25. März 1873 (Nr. 62) § 13. Nach dem Gesetze, die Aufbringung der Parochiallasten in den Städten betr. vom 26. Juni 1892 (Nr. 30) § 2 bleiben die Andersgläubigen auch wegen ihres Grundbesitzes frei von Parochialabgaben.

¹⁾ S. wegen dieses Begriffes § 2 des Gesetzes über die Erwerbung und den Verlust der Bundes- und Staatsangehörigkeit vom 1. Juni 1870 (Bundes-Gesetzblatt Nr. 510, zum Reichsgesetz geworden durch § 80 der Verfassung des deutschen Bundes vom 31. Dezember 1870 Nr. 597), nach welchem die jetzige Bedeutung des im § 24 der R. L. D. aufgestellten Begriffes „Landeseinwohner“ sich bestimmt. Nach anderer Ansicht ist jeder im Herzogtum Braunschweig domizilierte Reichsangehörige lutherischer Konfession Mitglied der braunschweigischen Landeskirche.

²⁾ Nach den §§ 2 bis 11 des ang. Bundesgesetzes geschieht derselbe

- a. durch die Geburt bei ehelichen Kindern eines braunschweigischen Vaters und unehelichen einer braunschweigischen Mutter;
- b. durch Legitimation seitens der braunschweigischen Väter bei unehelichen Kindern nichtbraunschweigischer Mütter;
- c. durch Verheirathung mit braunschweigischen Männern bei nichtbraunschweigischen Frauen;
- d. durch Aufnahme bei nichtbraunschweigischen Reichsangehörigen („Bundesangehörigen“ nach dem Ausdrucke des art. 3 der ang. Verfassung des D. R.);
- e. durch Naturalisation bei Ausländern.

Die Verleihung der Staatsangehörigkeit (d und e) erstreckt sich, sofern nicht dabei eine Ausnahme gemacht wird, zugleich auf die Ehefrau und auf diejenigen minderjährigen Kinder, deren gesetzliche Vertretung dem Aufgenommenen oder Naturalisierten kraft elterlicher Gewalt zusteht. Ausgenommen sind Töchter, die verheiratet sind oder verheiratet gewesen sind (Art. 41 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch für das Deutsche Reich).

³⁾ Diese müßte sonst mit dem Uebertritte oder Austritte aus der lutherischen Kirche (§ 13) verbunden sein.

werden. Dagegen kann die Zugehörigkeit zur Landeskirche von Personen, denen die braunschweigische Staatsangehörigkeit mangelt, weder durch den bloßen Wohnsitz innerhalb des Herzogtums⁴⁾, noch durch eine Erklärung erlangt werden. Denn sie schließt die Unterstellung unter die Kirchengewalt in der Landeskirche notwendig ein; diese aber setzt, da sie dem Landesfürsten als solchem zusteht, d. h. mit der Person des Staatsoberhauptes⁵⁾ untrennbar verbunden ist, bei dem Kreise von Personen, über welchen sie geübt werden soll, das Vorhandensein des Untertanenverhältnisses zum Landesfürsten voraus und kann daher nur auf Personen erstreckt werden, welche braunschweigische Untertanen sind, also die braunschweigische Staatsangehörigkeit besitzen.

Wenn Eheleute, von denen nur der eine Teil der lutherischen Kirche angehört, während der andere katholisch ist, die Staatsangehörigkeit im Herzogtum erwerben, so erlangen damit die mitgebrachten noch nicht 14 Jahre alten getauften Kinder die Zugehörigkeit zur Landeskirche, wenn sie nach dem Rechte des Landes, in welchem die Eheleute ihren ersten Wohnsitz hatten, der lutherischen Kirche angehören. Dasselbe gilt, wenn aus solchen Ehen hinterbliebene Witwer oder Witwen die Staatsangehörigkeit im Herzogtum erwerben. Wenn aus der Ehe der Neuanziehenden nach dem Anzuge noch Kinder hervorgehen, so erwerben dieselben durch die Taufe die Zugehörigkeit zur Landeskirche, falls die mitgebrachten getauften Kinder unter 14 Jahren sie erlangt haben⁶⁾.

Wenn Eheleute, von denen nur der eine Teil der lutherischen Kirche angehört, während der andere Anhänger eines anderen christlichen Bekenntnisses mit Ausnahme des katholischen ist, oder einem bestimmten christlichen Bekenntnisse bzw. der christlichen Kirche überhaupt nicht angehört, die Staatsangehörigkeit im Herzogtum erwerben, so erlangen damit die mitgebrachten getauften Kinder die Zugehörigkeit zur Landeskirche nur, wenn der Vater sich zur lutherischen Kirche bekennt, oder die ausdrückliche Erklärung abgibt, daß sie dieser angehören sollen. Wenn aus solchen Ehen hinterbliebene Witwen die Staatsangehörigkeit im Herzogtum erwerben, so entscheidet die Konfession des verstorbenen Vaters über die kirchliche Zugehörigkeit derartiger Kinder,

⁴⁾ Vgl. § 12 des ang. Bundesgef.

⁵⁾ R. L. O. §§ 3 und 213.

⁶⁾ § 5 des Gesetzes, die Ordnung der kirchlichen Verhältnisse der Katholiken betreffend, vom 29. Dezember 1902 (Nr. 2 de 1903). Die Feststellung der in Anwendung kommenden auswärtigen gesetzlichen Bestimmungen liegt in Städten dem Stadtmagistrat, in Landgemeinden der Herzoglichen Kreisdirection ob. Die zugezogenen Personen sind bei Vermeidung einer Geldstrafe von 60 Mk. verpflichtet, den Behörden auf Erfordern jede Auskunft über ihre Religions- und Familienverhältnisse zu geben.

selbst wenn die Mutter eine ausdrückliche abweichende Erklärung abgibt⁷⁾.

2. Durch die Taufe (§ 84) oder Bestätigung der Nottaufe (§ 85) in den unten benannten Fällen. Die Taufe gewährt an und für sich die Aufnahme in die christliche Gemeinschaft (christliche Kirche) überhaupt⁸⁾ ohne Unterscheidung der Konfession oder der Landeskirche innerhalb der Konfession⁹⁾. Insofern ist sie rechtlich wirksam, mag sie von einem Geistlichen der Landeskirche oder einer anderen Kirche, der evangelischen oder einer anderen Konfession, vollzogen sein; wäre sie von dem Geistlichen einer Sekte vollzogen, so würde sie gleich einer Nottaufe (vgl. § 85) gelten. Mit ihr wird aber zugleich die Zugehörigkeit zur Landeskirche erworben:

a. für eheliche Kinder unter vierzehn Jahren¹⁰⁾, deren Eltern, oder für uneheliche, deren Mütter der Landeskirche angehören.

b) Für Kinder aus einer Mischehe zwischen einem der Landeskirche angehörigen Vater und einer katholischen Mutter. In diesem Falle kann die angegebene Rechtsfolge der Taufe durch die vom Vater nach der Geburt des ersten Kindes und vor dessen Taufe in den Städten vor dem Stadtmagistrate, in den Landgemeinden vor der Kreisdirektion, abgegebene Erklärung, daß sämtliche aus der Ehe entspringende Kinder in der Konfession der (katholischen) Mutter erzogen werden sollen, ausgeschlossen werden¹¹⁾.

c. Für Kinder aus einer Mischehe zwischen einem katholischen Vater und einer der Landeskirche angehörigen Mutter, wenn der katholische Vater nach der Geburt des ersten Kindes und vor dessen Taufe vor der unter b bezeichneten Behörde erklärt hat, daß sämtliche aus der Ehe entspringende Kinder in der Konfession der Mutter erzogen werden sollen¹¹⁾.

d. Für die Kinder aus Mischehen von Angehörigen der Landeskirche mit Anhängern anderer christlicher Bekenntnisse oder mit Personen, welche keinem bestimmten christlichen Bekenntnisse anhängen, oder mit Nichtchristen, wenn

⁷⁾ § 14 des Gesetzes, die Verhältnisse der Dissidenten betreffend vom 25. März 1873 (Nr. 62).

⁸⁾ E. R. D. T. I. c. VIII § 1; Gef., die Verabsäumung der sechsmonatigen Taufpflicht betr. v. 25. März 1873 (Nr. 63) im Eingange; Gef., die Verletzung kirchlicher Pflichten betr. v. 14. März 1889 (Nr. 10) § 12.

⁹⁾ Vergl. § 2 des ang. Gesetzes von 1902 (Nr. 2 de 1903).

¹⁰⁾ Wo im folgenden Texte des § von „Kindern“ die Rede ist, sind immer Kinder unter vierzehn Jahren zu verstehen.

¹¹⁾ § 1 des ang. Gesetzes v. 1902 (Nr. 2 de 1903). Sind die Eheleute während bestehender Ehe von auswärts zugezogen und haben sie bei ihrem Anzuge keine Kinder unter vierzehn Jahren gehabt (siehe oben bei Anmerkung 6), sondern entweder gar keine oder nur solche über 14 Jahren, so gelten die im Text angegebenen Bestimmungen mit der Maßgabe, daß die Erklärung des Vaters zwischen der Geburt und Taufe des ersten nach dem Anzuge gebornen Kindes abzugeben ist. § 5 Absatz 3 des ang. Gef. v. 1902.

sie nach der ausdrücklichen Erklärung oder nach der Konfession des Vaters der lutherischen Kirche angehören sollen¹²⁾).

e. Bei Erwachsenen, d. h. Personen im Alter von mehr als vierzehn Jahren, welche die braunschweigische Staatsangehörigkeit besitzen und, während sie bis dahin außerhalb der christlichen Gemeinschaft gestanden hatten, in die lutherische Kirche aufgenommen werden wollen.

Die Rechtsfolge der Aufnahme in die Landeskirche tritt in allen diesen Fällen mit der Vollziehung der Taufe ohne weiteres und notwendig ein; sogar eine ablehnende Erklärung der Vertreter des zu taufenden Kindes oder der zu taufenden Person selbst würde sie nicht ausschließen¹³⁾. Ebenso würde es ohne rechtliche Bedeutung sein, wenn in einem dieser Fälle ein der Landeskirche nicht angehöriger Geistlicher die Taufe vollzöge, auch wenn er dabei die Absicht hegen sollte, den Täufling einer fremden Kirche zuzuführen. Dagegen ist das früher bestehende Recht der Landeskirche, mittelst staatlicher Hülfe die Taufe zu erzwingen und damit die Kinder zur Mitgliedschaft heranzuziehen, aufgehoben¹⁴⁾.

3. Durch Legitimation mittelst nachfolgender Ehe seitens des der Landeskirche angehörigen Vaters bei getauften unehelichen Kindern von Müttern anderen Bekenntnisses; gehört die betreffende Mutter der katholischen Kirche an, so erwerben nur die Kinder unter 10 Jahren die Zugehörigkeit zur Landeskirche. Der Vater kann jedoch bestimmen, daß die Legitimation diese Wirkung nicht haben soll, die Kinder vielmehr in der Religionsgemeinschaft, der sie bisher angehört haben, verbleiben¹⁵⁾. Bei Kindern, welche der katholischen Kirche angehört haben, muß diese Erklärung, um wirksam zu sein, binnen 4 Wochen nach vollzogener Ehe vor der oben unter 2b bezeichneten Behörde abgegeben werden und den Inhalt haben, daß sämtliche aus der Ehe noch hervorgehende Kinder dem Bekenntnisse der Mutter folgen sollen¹⁶⁾.

¹²⁾ Nicht für alle hier erwähnte Fälle finden sich im braunschweigischen Partikularrechte besondere Bestimmungen. Siehe wegen der Ehen mit Dissidenten § 14 des ang. Gesetzes vom 25. März 1873 (Nr. 62); wegen der Ehen mit Juden § 4 des Gesetzes, die Aufhebung des Verbotes der Ehen zwischen Christen und Juden betreffend, vom 23. Mai 1848 (Nr. 28). — Gibt der Vater vor der Taufe eine ausdrückliche Erklärung nicht ab, so muß, wenn er selbst der Landeskirche angehört, angenommen werden, daß er das Kind hat dieser zuführen wollen.

¹³⁾ Selbstverständlich würde im Fall einer solchen ablehnenden Erklärung seitens eines Erwachsenen die Taufe von dem darum angegangenen Geistlichen der Landeskirche zu verjagen sein.

¹⁴⁾ Das ang. Gesetz vom 25. März 1873 (Nr. 63).

¹⁵⁾ S. wegen der Ehen mit Juden § 4 des ang. Ges. v. 23. Mai 1848 (Nr. 28), wegen der Ehen mit Dissidenten § 14 des ang. Ges. v. 25. März 1873 (Nr. 62).

¹⁶⁾ § 4 des ang. Ges. v. 29. Dez. 1902 (Nr. 2 de 1903). Entsprechendes gilt im Falle der Legitimation durch Ehelichkeitserklärung: das vor der Legitimation katholische Kind folgt,

4. Durch Übertritt zur lutherischen Kirche bei braunschweigischen Staatsangehörigen, welche bisher einer anderen christlichen Gemeinschaft angehört haben. Der Übertritt kann nur von Personen vorgenommen werden, welche das vierzehnte Lebensjahr vollendet haben. Landesherrliche Dispensation von dieser Bestimmung ist bei Katholiken unzulässig¹⁷⁾.

Vor dem Übertritt hat der Geistliche, vor dem er geschehen soll, die Genehmigung des Konsistoriums einzuholen¹⁸⁾. Die Form des Übertritts ist die der Konfirmation¹⁹⁾ (§ 86); doch braucht er nicht vor versammelter Gemeinde zu geschehen, sondern es genügt die Gegenwart von Zeugen aus der Gemeinde, zu denen in der Regel Mitglieder des Kirchenvorstandes genommen werden. Wesentlich ist dabei die Erklärung des Übertretenden, daß er dem Bekenntnisse der lutherischen Kirche zustimme und ihr angehören wolle. Davon, daß diese Erklärung mit Kenntnis und Einsicht von den wesentlichen Stücken des Bekenntnisses (Unterscheidungslehren) abgegeben wird, hat sich der Geistliche zuvor²⁰⁾ zu vergewissern. — Der Übertritt soll seitens katholischer Landeseinwohner nicht erfolgen, bevor sie ihre darauf gerichtete Absicht einem im hiesigen Lande zu kirchlichen Amtshandlungen berechtigten katholischen Geistlichen kundgegeben und darüber von demselben eine schriftliche Bescheinigung erhalten

wenn es zur Zeit der Eröffnung der Ehelichkeitserklärung an den Vater noch nicht 10 Jahre alt ist, dem zur Landeskirche gehörigen Vater. Letzterer kann diese Rechtsfolge dadurch ausschließen, daß er die oben im Text bezeichnete Erklärung binnen 4 Wochen nach der Eröffnung der Ehelichkeitserklärung an ihn abgibt. — Nimmt ein Angehöriger der Landeskirche ein katholisches Kind durch Vertrag an Kindes Statt an, so wird das Kind nur dann Mitglied der Landeskirche, wenn dies ausdrücklich in dem Annahmevertrage bestimmt ist.

¹⁷⁾ § 8 des ang. Gef. v. 1902 (Nr. 2 de 1903) vergl. mit § 17 des ang. Gef. v. 1873 (Nr. 62). Katholische Kinder unter 14 Jahren dürfen nicht zum Konfirmandenunterricht in der Landeskirche zugelassen werden. Ausfchr. v. 3. Februar 1897 (Amtsbl. S. 8). Dagegen können Kinder reformierter Konfession unter 14 Jahren, sofern sie das dispensationsfähige Alter und die erforderliche Schulbildung haben (unter § 86) zum Konfirmandenunterrichte in der Landeskirche zugelassen werden, wenn der betr. Vater, bezw. die betr. uneheliche Mutter die Einwilligung zur Aufnahme des Kindes in den Konfirmandenunterricht und zur Konfirmation in der Landeskirche zu Protokoll gegeben hat. Vor der Aufnahme in den Konfirmandenunterricht hat der betr. Geistliche der Landeskirche den reformierten Geistlichen schriftlich zu benachrichtigen. Vereinbarung, das gegenseitige Verhältnis der ev. luth. und reformierten Kirche betr., vom März 1902; Refstr. d. Konf. v. 18. Febr. und 15. März 1902 (Konsistorialakten).

¹⁸⁾ Konsistorialaus schreiben v. 1. Februar 1888 (Amtsbl. S. 33 ff.) unter 6. Ausfchr. v. 28. Okt. (Amtsbl. S. 63): In jedem Gesuche soll ausdrücklich hervorgehoben werden, 1. daß die nach § 9 des Gef. v. 29. Dez. 1902 vorgeschriebene Bescheinigung beigebracht und zu den Akten genommen sei, 2. daß die den Übertritt zur ev.-luth. Kirche begehrende Person nach dem Urteil des Berichterstatters ein hinreichend Maß von Erkenntnis der ev. Wahrheit und der Unterscheidungslehren der beiden Kirchen besitze.

¹⁹⁾ S. 3. B. die der Verordn. v. 13. Nov. 1873 zur Ausführung des Dissidentengesetzes (Nr. 64) beigegebene Instruktion im § 9. — Die Form der Aufnahme eines Konvertiten ist festgestellt durch das Kirchenges., die liturgische Ordnung der Nebengottesdienste betr., v. 15. Aug. 1893 (Nr. 42).

²⁰⁾ 3. B. durch Befragung bei der Meldung zum Übertritte, ev. durch Belehrung des zum Übertritte Entschlossenen.

haben. Die Nichtbeachtung dieser Vorschrift macht den geschehenen Übertritt nicht ungültig, wird aber an dem mitwirkenden Geistlichen der Landeskirche mit einer Geldstrafe von 60 Mark geahndet²¹⁾).

Vor Aufnahme eines von der reformierten Kirche zur Landeskirche Über tretenden hat der Geistliche der Landeskirche, vor dem der Übertritt geschehen soll, den bisher zuständigen reformierten Geistlichen von der Absicht des zum Übertritt Entschlossenen schriftlich zu benachrichtigen¹⁷⁾).

Der ausdrücklichen Erklärung des Zutritts zur Landeskirche bedarf es beim Übertritte nicht. Mit letzterem tritt in dem oben vorausgesetzten Falle die Zugehörigkeit zur Landeskirche ohne weiteres kraft des Rechtes und notwendig ein, so daß sie selbst durch eine ablehnende Erklärung des Übertretenden nicht würde ausgeschlossen werden können²²⁾).

Mit dem übertretenden Vater gelten auch seine ehelichen oder legitimierten Kinder unter 14 Jahren als übergetreten; der Vater kann jedoch diese Rechtsfolge durch eine ausdrückliche Erklärung ausschließen²³⁾. Dasselbe gilt nach dem Tode des Vaters für eheliche Kinder beim Übertritte der Mutter; ebenso für uneheliche Kinder beim Übertritte der Mutter. Kindern über 14 Jahren steht es beim Übertritte des Vaters oder der Mutter, bezw. der unehelichen Mutter frei, ob sie diesen folgen oder ihre zeitherige Religion beibehalten wollen. Abweichen von diesen Grundsätzen bleiben die nach dem Katholikenges. v. 29. Dez. 1902 der katholischen Kirche angehörigen Kinder auch dann katholisch, wenn der Vater bezw. die Mutter zur lutherischen Kirche übertreten²⁴⁾.

§ 13. 2. Verlust der Zugehörigkeit.

Die Zugehörigkeit zur Landeskirche geht verloren:

- 1) Durch den Verlust der Staatsangehörigkeit im Herzogtum¹⁾; sie kann auch durch eine Erklärung des aus der Staatsangehörigkeit Ausscheidenden nicht vorbehalten werden (vgl. § 12 unter 1).
- 2) Durch Legitimation mittelst nachfolgender Ehe seitens des der Landeskirche nicht angehörigen Vaters bei unehelichen Kindern von Müttern, welche der Landeskirche angehören²⁾; ist der Vater Katholik, so verlieren

²¹⁾ § 9 des ang. Ges. v. 29. Dez. 1902 (Nr. 2 de 1903).

²²⁾ Selbstverständlich würde bei einer solchen ablehnenden Erklärung die Aufnahme in die lutherische Kirche überhaupt zu versagen sein.

²³⁾ § 14 Abs. 1 u. 2 des ang. Ges. v. 25. März 1873 (Nr. 62) vgl. mit § 4 der ang. Ausführungsverordnung v. 13. Nov. 1873 (Nr. 64); ferner § 2 des ang. Ges. v. 23. Mai 1848 (Nr. 28).

²⁴⁾ § 1 Abs. 2 des ang. Ges. v. 1902, vgl. auch §§ 4, 5 daselbst.

¹⁾ Derselbe tritt ein
a. durch Entlassung auf Antrag;

nur die Kinder unter 10 Jahren die Zugehörigkeit zur Landeskirche. Der Vater kann indessen, wenn er die braunschweigische Staatsangehörigkeit besitzt, bestimmen, daß die Legitimation diese Wirkung nicht haben, das Kind vielmehr der Landeskirche angehörig bleiben soll³⁾. Ist er katholisch, so muß diese Erklärung, um wirksam zu sein, binnen vier Wochen nach der Eheschließung, in den Landgemeinden vor der Kreisdirection, in den Städten vor dem Stadtmagistrate abgegeben werden und den Inhalt haben, daß mit dem legitimierten auch alle ferner aus der Ehe entspringenden Kinder der Landeskirche angehören sollen⁴⁾.

- 3) Durch Übertritt zu einer anderen Religion oder Konfession. Derselbe steht jedem Angehörigen der Landeskirche, welcher das vierzehnte Lebensjahr überschritten hat, frei, wenn er entweder zur reformierten, oder zur katholischen Kirche oder zum Judentum geschehen soll⁵⁾. Soll er zu einer anderen Religionsgenossenschaft geschehen, so setzt er die er-

b. durch Auspruch des Staatsministeriums, wenn ein im Auslande weilender braunschweigischer Staatsangehöriger im Falle eines Krieges oder einer Kriegsgefahr der vom deutschen Kaiser für das Gebiet des Reiches erlassenen Aufforderung zur Rückkehr nicht nachkommt, oder wenn ein ohne Erlaubnis der braunschweigischen Landesregierung in fremden Staatsdienst getretener braunschweigischer Staatsangehöriger der Aufforderung des Staatsministeriums zum Austritt aus demselben nicht Folge leistet;

c. durch zehnjährigen Aufenthalt außerhalb des deutschen Reiches;

d. durch Legitimation seitens des nichtbraunschweigischen Vaters bei unehelichen Kindern braunschweigischer Mütter;

e. für eine braunschweigische Staatsangehörige durch Verheirathung mit einem Nichtbraunschweiger. In dem Falle unter a verlieren mit dem Ehemanne zugleich die Ehefrau und diejenigen Kinder, deren gesetzliche Vertretung dem Entlassenen kraft elterlicher Gewalt zusteht, die braunschweigische Staatsangehörigkeit; dasselbe gilt in den Fällen unter b und c, wenn die Ehefrau und die Kinder sich bei dem Ehemanne bzw. Vater befinden.

§. §§ 13 bis 22 des Ges. über den Erwerb und Verlust der Bundes- und Staatsangehörigkeit v. 1. Juni 1870 und Art. 41 E. G. z. B. G. B. (vgl. Anmerk. 1 zu § 12), durch welche die Bestimmung im § 27 der N. L. O. erläutert und ergänzt ist.

³⁾ Dieser Fall fällt mit dem unter Note 1, d erwähnten zusammen, wenn der Vater nicht braunschweigischer Staatsangehöriger ist.

⁴⁾ §. § 4 des Ges., die Aufhebung des Verbotes der Ehen zwischen Christen und Juden betr., v. 23. Mai 1848 (Nr. 28); § 14 des Ges., die Verhältnisse der Dissidenten betr., v. 25. März 1873 (Nr. 62).

⁵⁾ Ges., die Ordnung der kirchl. Verhältnisse der Katholiken betr., v. 29. Dez. 1902 (Nr. 2 de 1903) § 4. Entsprechendes gilt im Falle der Legitimation durch Ehelichkeitserklärung: das vor der Legitimation lutherische Kind folgt, wenn es zur Zeit der Eröffnung der Ehelichkeitserklärung an den Vater noch nicht 10 Jahre alt ist, dem katholischen Vater. Letzterer kann diese Rechtsfolge dadurch ausschließen, daß er die oben im Texte bezeichnete Erklärung binnen 4 Wochen nach der Eröffnung der Ehelichkeitserklärung an ihn abgibt. -- Nimmt ein Katholik ein der Landeskirche angehöriges Kind durch Vertrag an Kindes Statt an, so verliert das Kind nur dann die Zugehörigkeit zur Landeskirche, wenn dies ausdrücklich in dem Annahmevertrage bestimmt ist.

⁶⁾ § 16 des ang. Ges. v. 1873 (Nr. 62). Dispensation von dieser Altersbestimmung behuf des Uebertrittes zur katholischen Kirche kann der Landesherr nicht erteilen. § 8 des ang. Ges. v. 29. Dez. 1902 (Nr. 2 de 1903). — Angehörige der Landeskirche unter 14

reichte Volljährigkeit voraus⁶⁾ und wird auch im Übrigen dem Austritte (4) gleich behandelt.

Die Form des Übertrittes wird bestimmt durch die Gebräuche der Religionsgenossenschaft, zu welcher er erfolgt. Diese entscheiden darüber, ob ein förmlicher Aufnahmekaft stattzufinden hat, ob eine ausdrückliche Willenserklärung in bestimmten Worten gefordert wird, oder ob eine stillschweigende, durch gewisse Handlungen (Teilnahme an bestimmten Religionshandlungen) als hinreichend anzusehen ist. Für den Übertritt zum Katholizismus ist vorgeschrieben, daß er erst erfolgen soll, nachdem der zum Übertritt Entschlossene seine Absicht einem Prediger der Gemeinde, welcher er bis dahin angehört hat, kundgegeben und von ihm eine schriftliche Bescheinigung darüber erhalten hat. Die Nichtachtung dieser Vorschrift macht den geschehenen Übertritt nicht ungültig, wird aber an dem mitwirkenden katholischen Geistlichen mit einer Geldstrafe von 60 Mark geahndet⁷⁾. Reformierte Prediger sollen kein Mitglied der Landeskirche in ihre Kirche aufnehmen, ohne zuvor von dessen Absicht des Übertrittes dem Geistlichen der Landeskirche, zu dessen Gemeinde es bis dahin gehört hat, Nachricht gegeben zu haben⁸⁾.

Beim Übertritte des Vaters, oder, wenn dieser verstorben ist, beim Übertritte der Mutter (auch der unehelichen) gelten die Kinder unter 14 Jahren als mit übergetreten. Durch Erklärung des übertretenden Vaters kann diese Rechtsfolge ausgeschlossen werden. Eine Ausnahme machen die Kinder aus einer Mischehe zwischen einem katholischen und einem der Landeskirche zugehörigen Ehegatten: diese verbleiben unbedingt, auch beim Übertritt der Mutter, bis zum vollendeten vierzehnten Lebensjahre in der Konfession, welcher sie nach

Jahren können zum Konfirmandenunterricht in der reformierten Kirche zugelassen werden, wenn der Vater bzw. die außereheliche Mutter die Einwilligung zur Aufnahme in den Konfirmandenunterricht und zur Konfirmation in der reformierten Kirche vor dem zuständigen Geistlichen der Landeskirche zu Protokoll gegeben hat. Von der bevorstehenden Aufnahme in den Konfirmandenunterricht hat der betreffende reformierte Geistliche den zuständigen Geistlichen der Landeskirche zu benachrichtigen. Vereinbarung, das gegenseitige Verhältnis der ev. luth. und reformierten Kirche in Braunschweig betr., v. März 1902; Refstr. d. Konf. v. 18. Febr. u. 15. März 1902 (Konfistorialakten).

⁶⁾ S. den in Anm. 5 ang. § 16.

Die beiden ersten Absätze dieses § 13, welche ihrem Wortlaute nach scheinbar für Vierzehnjährige den Uebertritt zu jeder beliebigen Religionsgenossenschaft frei geben, dürfen nach Absatz 3 desselben und nach dem übrigen Inhalt des Gesetzes nur auf den Uebertritt von der Landeskirche zum Katholizismus und umgekehrt bezogen werden.

⁷⁾ § 39 des ang. Ges. v. 1902 (Nr. 2 de 1903).

⁸⁾ Landesfürstl. Refstr. v. 26. Jan. 1726 bei Frederds. Stein. II S. 281. Die fortwauernde Gültigkeit dieser Vorschrift ist nach den Worten des in Anm. 5 und 6 ang. § 16 „unter den sonstigen Voraussetzungen“ nicht zu bezweifeln. Dagegen ist das in dem Refstr. gleichfalls aufgestellte Erfordernis der Zustimmung der Eltern oder Vormünder zum Uebertritte nach Wortlaut und Absicht des § 16 hinweggefallen.

dem Bekenntnisse oder der maßgebenden Erklärung des Vaters angehören (§ 12, 2 b und c)⁹⁾. Kinder über 14 Jahren haben beim Übertritte der Eltern die Wahl, selbstständig mit überzutreten oder zu erklären, daß sie „ihre zeit-herige Religion beibehalten wollen“¹⁰⁾.

- 4) Durch Austritt ohne gleichzeitigen Übertritt zu einer der unter 3 genannten Religionsgenossenschaften, sei es, daß der Austretende sich einer anderen Religionsgenossenschaft anzuschließen beabsichtigt, sei es daß er überhaupt keiner bestimmten Religionsgenossenschaft angehören will. Der Austritt ist jedem volljährigen¹¹⁾ Angehörigen der Landeskirche gestattet¹²⁾. Derselbe kann jedoch nicht stillschweigend geschehen und nicht jede ausdrückliche Willenserklärung genügt, ihn mit rechtlicher Wirksamkeit zu vollziehen. Der zum Austritt Entschlossene muß vielmehr seine Absicht, ihn vorzunehmen, zunächst einem Geistlichen („dem Pfarramte“) der Gemeinde, zu welcher er bis dahin gehört hat, anzeigen, und sodann, jedoch frühestens nach Ablauf von vier Wochen, unter Beibringung eines Zeugnisses über jene Anzeige, welches der Geistliche auf Ansuchen auszustellen verpflichtet ist, oder eines sonstigen glaubhaften Nachweises über dieselbe, persönlich vor dem ordentlichen Lokalrichter zu Protokoll erklären. Bis zur Abgabe dieser Erklärung wird er als Mitglied seiner bisherigen Religionsgenossenschaft betrachtet.

Der Austritt der Eltern zieht den Austritt der Kinder in gleicher Weise und unter der gleichen Bedingung nach sich, wie der Übertritt.

§ 14. Religiöse Kindererziehung.

I. Die Kinder von Zugehörigen der Landeskirche sollen dieser tunlichst bald als Mitglieder zugeführt werden. Alle Kinder, welche die Zugehörigkeit zur Landeskirche erworben haben, sollen in deren Lehre erzogen werden. Der Landeskirche stehen jedoch direkte Zwangsmittel, die Erfüllung dieser Pflicht

⁹⁾ § 1 Abs. 2 des ang. Ges. v. 1902. Entsprechendes gilt für legitimierte Kinder. S. § 4 des ang. Ges.

¹⁰⁾ Vgl. § 14 des ang. Ges. v. 1873 (Nr. 62) mit § 4 der Verordnung, die Ausführung der Gesetze Nr. 62 u. 63 vom 25. März 1873 betr., v. 13. Nov. 1873 (Nr. 64).

¹¹⁾ Die Volljährigkeit oder Großjährigkeit beginnt mit der Vollendung des einundzwanzigsten Lebensjahres, Bürgerl. Gesetzb. § 2. Die mit ihr verbundenen Berechtigungen ohne Ausnahme, also auch mit der obigen, können ausnahmsweise einer jüngeren, aber mindestens 18 Jahre alten Person durch eine vom Herzogl. Staatsministerium, Abteilung der Justiz, ausgestellte Volljährigkeitserklärung (venia aetatis) zugestanden werden. B. G. B. § 3 i. B. m. § 3 des Ausf.-Ges. z. B. G. B. v. 12. Juni 1899 (Nr. 36).

¹²⁾ § 16 des ang. Ges. v. 1873 (Nr. 62).

den Eltern oder sonstigen Erziehern gegenüber durchzusetzen, nicht zu Gebote, wenn sie gleich ihre Vernachlässigung in gewissem Umfange durch Entziehung kirchlicher Rechte ahndet. Ein der Landeskirche angehöriger Mann, welcher in gemischter Ehe lebt, soll nämlich, wenn er die Erziehung der Kinder in einer nicht lutherischen Religionsgenossenschaft zusagt oder zuläßt, der Fähigkeit, ein kirchliches Amt zu bekleiden, sowie des kirchlichen Wahlrechtes, in schwereren Fällen auch der Fähigkeit zur Taufpatenschaft verlustig erklärt werden¹⁾. Jedoch sind von seiten des Staates folgende Bestimmungen gegeben, welche die Erziehung der der Landeskirche zugehörigen Kinder in deren Lehre sichern sollen.

1) Jeder Ort muß eine evangelisch-lutherische Gemeindefschule haben, (s. oben § 6 unter 8).

2) Alle Kinder, welche der Landeskirche zugehören, müssen die evangelische Gemeindefschule besuchen; soweit sie nach gesetzlichen Bestimmungen von dieser Pflicht befreit sind²⁾, muß nachgewiesen werden, daß sie anderweitig genügenden Unterricht erhalten, wobei selbstverständlich der Nachweis über den Religionsunterricht nach der Lehre der Landeskirche nicht fehlen darf.

3) Die Zulassung der Kinder unter vierzehn Jahren, welche der Landeskirche zugehören, zur Teilnahme an Religionshandlungen, durch welche sich eine fremde Religionsgenossenschaft wesentlich von der Landeskirche unterscheidet, ist nicht gestattet, sobald ihr die Absicht, damit den Übertritt des Kindes zu der fremden Religionsgenossenschaft zu bewirken oder vorzubereiten, zu Grunde liegt; sie kann auch durch Dispensation oberer kirchlicher Stellen nicht mit Rechtswirkung gestattet werden. — Katholische Geistliche, welche dem zuwider junge, der Landeskirche zugehörige Kinder zu derartigen Religionshandlungen zulassen, verfallen in eine Geldbuße von 60 Mk.³⁾.

II. Kinder, welche nicht der Landeskirche, aber dem lutherischen Bekenntnisse angehören, sind auf Begehren zu allen Religionshandlungen der Landeskirche, soweit sie an denselben teilzunehmen fähig sind, zuzulassen (§ 11, II). Vgl. jedoch wegen der Konfirmation § 86, Anm. 13 und 14.

¹⁾ Kirchenges., die Verletzung kirchlicher Pflichten betr., v. 12. März 1889 (Nr. 10) § 7. Vgl. wegen der Verabsäumung der Taufe und der Konfirmation unten die §§ 84 und 86.

²⁾ G. Ges., die Schulpflichtigkeit in den Landgemeinden betr., v. 23. Apr. 1840 (Nr. 11) §§ 2 und 3; Ges., die Schulpflichtigkeit in den Städten betr., v. 12. Mai 1840 (Nr. 20) §§ 1 und 3.

³⁾ Ges., die Ordnung der kirchlichen Verhältnisse der Katholiken betr., v. 29. Dez. 1902 (Nr. 2 de 1903) § 8. Das Verbot muß seinem Grunde nach allgemeine Geltung in Bezug auf alle Religionsgenossenschaften haben; an einer Strafbestimmung für Fälle seiner Uebertretung, in denen es sich nicht um das Verhalten des Katholizismus zur Landeskirche und umgekehrt handelt, fehlt es jedoch.

III. Kindern, welche andern Religionsgenossenschaften angehören, kann auf Begehren der Personen, denen das Erziehungsrecht über sie zusteht, Unterweisung in der Lehre der Landeskirche erteilt und die Teilnahme an deren Gottesdiensten gestattet werden. Es ist aber verboten, sie zu den Religionshandlungen, durch welche sich die Landeskirche von den anderen Religionsgenossenschaften wesentlich unterscheidet, zuzulassen, wenn der Zulassung die Absicht, damit ihren Übertritt zur Landeskirche zu bewirken oder vorzubereiten, zu Grunde liegen würde. Zuwiderhandlungen gegen dieses Verbot werden an dem Geistlichen der Landeskirche, wenn es sich dabei um ein katholisches Kind handelt, mit 60 Mk. Geldbuße geahndet (vgl. Anm. 3). Zum Besuche der evangelisch-lutherischen Gemeindeschule sind Kinder, welche anderen Religionsgemeinschaften angehören, verpflichtet, sofern sie nicht in einer Schule ihres Bekenntnisses Unterricht empfangen oder nach den Gesetzen, die Schulpflichtigkeit in den Landgemeinden betr., vom 13. Apr. 1840 (Nr. 11) § 3 und 4, und die Schulpflichtigkeit in den Städten betr., v. 12. Mai 1840 (Nr. 20) § 2 und 3 Befreiung genießen. Von der Teilnahme am Religionsunterrichte in der Gemeindeschule sind jedoch die katholischen Kinder befreit, andere werden auf Verlangen desjenigen, dem das Erziehungsrecht über sie zusteht, entbunden, sobald nachgewiesen wird, daß sie anderweitig zureichenden Religionsunterricht erhalten. Vgl. § 11 Anm. 3.

§ 15. Kirchliche Vollberechtigung.

Unterschied des Geschlechts und Alters.

I. Die Fähigkeit zur Bekleidung eines Kirchendienstes (§ 58 ff.) steht nur dem männlichen Geschlecht zu¹⁾. Ebenso ist das aktive und passive Wahlrecht bei den im Bereich der Verfassung der Landeskirche vorkommenden Wahlen auf Personen männlichen Geschlechtes beschränkt²⁾. Im Übrigen sind beide Geschlechter innerhalb der Kirche gleichberechtigt.

Der Vorzug, welchen bei der Bestimmung über die Zugehörigkeit ehelicher Kinder zu einer Religionsgenossenschaft und über deren religiöse Erziehung

¹⁾ Nur zur Besorgung gewisser mechanischer Verrichtungen, welche zum Teil zu den regelmäßigen Geschäften des Küsterdienstes gerechnet werden, zum Teil anderweitigem Hilfspersonal übertragen zu werden pflegen, dürfen Personen weiblichen Geschlechtes zugezogen werden (S. § 104).

²⁾ S. wegen des Kirchenvorstandes R. V. G. § 8 und den an dessen Stelle getretenen § 2 des Kirchenges. v. 10. Okt. 1873 (Nr. 51). — Alle übrigen Wahlen innerhalb der Landeskirche geschehen durch die Kirchenvorstände oder unter ihrer Mitwirkung und haben bezüglich des Wahlrechtes die nämlichen allgemeinen Voraussetzungen. Vergl. unten § 20 wegen der Landessynode, § 26 wegen der Inspektionsynoden.

der Vater hat (§§ 12, 13 und 14) beruht nicht auf besonderem Rechte der Landeskirche, sondern ist ein Ausfluß des im gemeinen bürgerlichen Rechte anerkannten Entscheidungsrechtes des Vaters bezüglich der Erziehung der Kinder³⁾.

II. Das Alter begründet hinsichtlich der kirchlichen Berechtigungen folgende Unterschiede für die Zugehörigen der Landeskirche.

1) Mit dem vollendeten vierzehnten Lebensjahre beginnt die Befugnis, sich über das Verbleiben in der Landeskirche beim Austritt der Eltern, über den Übertritt aus derselben zur reformierten oder katholischen Kirche oder zum Judentum, sowie über den Übertritt zu derselben, ohne Gebundenheit an den Willen der Eltern selbständig zu entscheiden (§ 12 und 13).

Mit demselben Jahre beginnt regelmäßig die Fähigkeit zur Konfirmation (§ 86) und, sei es in deren Folge, sei es ohne sie, die Fähigkeit zum Abendmahle (§ 87) sowie zur Übernahme der Taufpatenschaft (§ 84).

2) Die kirchliche Trauung kann nur Personen zu Theil werden, welche die Ehe geschlossen haben, setzt also Ehemündigkeit voraus, d. h. beim Mann den Eintritt der Volljährigkeit (vgl. § 13 Anm. 11), bei der Frau die Vollendung des sechzehnten Lebensjahres⁴⁾.

3) Die Erreichung der Volljährigkeit oder Großjährigkeit, (vgl. § 13 Anm. 11) bringt die Berechtigung mit sich, aus der Landeskirche auszuscheiden, ohne gleichzeitig zur reformierten oder katholischen Kirche oder zum Judentum überzutreten (§ 12 und 13).

4) Die Vollendung des fünfundzwanzigsten Lebensjahres ist die Voraussetzung zur Erlangung eines Kirchendienstes (§ 61 und 99), sowie zur Ausübung des aktiven Wahlrechtes bei kirchlichen Wahlen (§ 35⁵⁾.

5) Die Vollendung des dreißigsten Lebensjahres endlich ist die Voraussetzung der Wählbarkeit zum Kirchenverordneten (§ 35), Wahlmann bei Predigerwahlen und Abgeordneten zu den Inspektionsynoden wie zur Landessynode⁶⁾.

³⁾ Vgl. § 4 des Ges., die Aufhebung des Verbotes der Ehen zwischen Christen und Juden betr., v. 23. Mai 1848 (Nr. 28).

⁴⁾ Art. 46 E. G. z. B. G. B., § 1303 B. G. B. Einer Frau kann Befreiung vom gesetzlichen Alter durch das Herzogliche Staatsministerium, Abt. d. Justiz erteilt werden. § 1322 B. G. B., Verord., betr. Ausführung des Bürgerlichen Gesetzbuchs, v. 1. Aug. 1899 (Nr. 64) § 1. — Ob dem Erfordernisse des Alters genügt werde, hat der Standesbeamte vor der Eheschließung zu untersuchen; der um die Trauung angegangene Geistliche hat sich nicht darum zu kümmern.

⁵⁾ R. B. G. § 8, und statt dessen § 2 des Kirchengef. v. 10. Okt. 1873 (Nr. 51); R. B. G. § 25 Abs. 4, und statt dessen § 16 des ang. Kirchengef. v. 1873; Gef., die Errichtung einer Landessynode betr., v. 31. Mai 1871 (Nr. 34) § 8; Kirchengef., die Einrichtung von Inspektionsynoden betr., v. 6. Jan. 1873 (Nr. 5) § 2 und statt dessen § 1 des Kirchengef. v. 18. Dez. 1884 (Nr. 48).

⁶⁾ R. B. G. § 9 und statt dessen § 3 des ang. Kirchengef. v. 10. Okt. 1873 (Nr. 51); R. B. G. § 25 Abs. 4 und statt dessen § 16 des ang. Kirchengef. v. 1873; Gef., die Er-

III. Die Konfirmation ist die regelmäßige Bedingung der Zulassung zum Abendmahl und zur Taufpatenschaft, sowie die Voraussetzung der Zulassung zum kirchlichen Wahlrechte und zu kirchlichen Ämtern⁷⁾ (§ 86).

IV. Der Besitz der unter II erwähnten Berechtigungen (abgesehen von der Befähigung zur Erlangung eines Kirchendienstes), soweit er der einzelnen Person zustehen kann, bildet für sie die kirchliche Vollberechtigung. Diese hat also nach Geschlecht und Alter ihres Inhabers verschiedenen Inhalt. — Beschränkungen in der Ausübung der durch die Vollberechtigung gewährten Befugnisse treten für diejenigen Angehörigen der Landeskirche ein, welche nicht Mitglieder einer inländischen mit Vertretungskörper ausgestatteten Kirchengemeinde sind. Vgl. § 27, VI. § 28, 2, § 32.

V. Die kirchliche Vollberechtigung kann verloren gehen durch eine Erklärung des Kirchenvorstandes, welche zu erfolgen hat, wenn ein Mitglied der Kirchengemeinde (§ 28) sich der Erfüllung bestimmter kirchlicher Pflichten in Bezug auf Taufe (§ 84), religiöse Kindererziehung (§ 14), Konfirmation (§ 86) oder Trauung (§ 88) entzieht und sich derselben, wiederholter in vorschriftsmäßiger Form ergangener Mahnung ungeachtet, weigert⁸⁾. Die so verlorene Vollberechtigung kann durch Beschluß des Kirchenvorstandes nach Beseitigung des gegebenen Ärgernisses dem Beteiligten auf Antrag wieder beigelegt werden⁹⁾.

Gegen die bezüglichlichen Beschlüsse des Kirchenvorstandes findet Beschwerde an das Konsistorium statt, welches unter Zuziehung des Synodalausschusses endgültig entscheidet¹⁰⁾.

Dritter Abschnitt.

Die Kirchenregierung.

§ 16. Landesfürst. Konsistorium. Kirchenregiment.

Mit der landesfürstlichen Gewalt im Herzogtum ist die Kirchengewalt in der Landeskirche unzertrennlich verknüpft¹⁾.

richtung einer Landes synode betr., v. 31. Mai 1871 (Nr. 34) § 6, 2; Kirchenges., die Einrichtung von Inspektions synoden betr., v. 6. Jan. 1873 (Nr. 5) § 2 und statt dessen § 1 des Kirchenges. v. 18. Dez. 1884 (Nr. 48).

⁷⁾ Kirchenges. die Verlegung kirchlicher Pflichten betr., v. 14. März 1889 (Nr. 10) § 12.

⁸⁾ § 1—7 des ang. Kirchenges. v. 1889 (Nr. 10).

⁹⁾ § 9—11 das.

¹⁰⁾ § 16 das.

¹⁾ E. K. O., Einführungspatent v. 1. Mai 1709, dem Gesetzestexte vorangebracht. R. L. O. § 213. Vgl. auch die Vorrede zur R. O. Z. — Die in älterer Zeit bestehende, durch

Die Macht, am Bekenntnisse der Landeskirche zu ändern, ist dem Landesfürsten damit nicht eingeräumt; denn das Bekenntnis wird als rein geistliche Angelegenheit von der staatlichen Gesetzgebung nicht berührt und ist der kirchlichen Gesetzgebung entzogen (vgl. §§ 4 und 7). Daraus folgt, daß es besonderer Maßregeln zum Schutze der Geltung des Bekenntnisses, wie man sie in älterer Zeit getroffen hatte, indem den Landständen und ihren einzelnen Gliedern nachgelassen war, auf Abänderung des Bekenntnisses abzielenden Gesetzen keine Folge zu geben²⁾, nicht mehr bedarf. Dem entsprechend ist aber auch Niemandem mehr gestattet, einem Gesetze wegen angeblicher Bekenntnismwidrigkeit den Gehorsam zu versagen (vgl. § 7)³⁾.

Der Landesfürst soll die in der Kirchengewalt enthaltenen Befugnisse nur dann in vollem Umfange persönlich ausüben, wenn er sich zur „evangelisch-lutherischen Religion“ bekennt; ist das nicht der Fall, so hat er sich den Beschränkungen zu unterwerfen, welche auf die Dauer seiner Regierung zwischen der Landesregierung und der Landesversammlung vereinbart werden. Die Vereinbarung hat beim Eintritte des Bedürfnisses, sei es, daß ein der evangelisch-lutherischen Konfession nicht angehörender Landesfürst zur Regierung kommt, oder daß ein regierender bisher lutherischer Landesfürst aus der lutherischen Kirche übertritt oder austritt, „ohne Aufschub“ zu geschehen⁴⁾. Eine Sicherung dafür, daß diese Bestimmung zur Ausführung gebracht werde, liegt in dem Rechte der Landesversammlung, sich, wenn das Landesgrundgesetz verletzt wird, was zweifellos geschehe, wenn jene Vereinbarung verzögert würde, ohne landesfürstliche Berufung zu versammeln⁵⁾. Bis zur Feststellung der Beschränkungen ist der Landesfürst zur Ausübung der Kirchengewalt in vollem Umfange berechtigt⁶⁾.

Bei der Ausübung der Kirchengewalt ist der Landesfürst an die „Mit-

„Religionsaffekurationen“ beim Regierungsantritte des Landesfürsten zu versichernde (vgl. Landtagsabschied v. 1770 und Gesamter Landschaft Privilegien v. 1770, Steinacker, Sammlung S. 557 ff.) besondere Schutzpflicht des Landesfürsten gegenüber der Landeskirche ist durch § 211 der N. L. O. beseitigt.

²⁾ Gesamter Landschaft Privilegien v. 1770 Art. 1, Steinacker Sammlung. S. 586.

³⁾ N. L. O. § 29.

⁴⁾ N. L. O. § 214.

⁵⁾ N. L. O. § 113, 2.

⁶⁾ Diese Bestimmung ist nicht ausdrücklich ausgesprochen, ergibt sich aber als notwendige Folge aus Obigem; denn auch der nicht-lutherische Landesfürst ist Träger der Kirchengewalt, als solcher aber zur Ausübung jedes einzelnen aus derselben herzuleitenden Rechtsaktes befugt, insoweit ihm nicht eine nachweisbare Beschränkung im Wege steht. Wäre dies nicht Meinung und Absicht der N. L. O., so hätte sie jedenfalls eine Bestimmung darüber getroffen, wer inzwischen für die Zeit vom Eintritte des erwähnten Bedürfnisses bis zum Abschlusse der Vereinbarung als Träger der Kirchengewalt anzusehen und zur Ausübung der diesem vorbehaltenen Rechte berufen sein solle.

wirkung und den Beirat" des Konsistoriums (§ 50) gebunden⁷⁾, d. h. er hat seine Entschlüsse nicht zu fassen, ohne zuvor die Ansicht des Konsistoriums gehört zu haben, und hat seine Beschlüsse durch das Konsistorium zur Ausführung bringen zu lassen. Das Verfahren ist nach jetzigem Rechte so gestaltet, daß die kirchlichen Angelegenheiten dem Landesfürsten auf grund schriftlichen an dessen Person unmittelbar gerichteten Berichtes des Konsistoriums regelmäßig durch ein Mitglied des Staatsministeriums vorgetragen werden, welches auch die darauf bezüglichen Erlasse kontrafigniert, oder „auf Höchsten Spezialbefehl“ unterzeichnet (vgl. § 7 a. E.) Weisungen, welche ohne ministerielle Kontrafignatur aus dem Kabinet des Landesfürsten an das Konsistorium ergehen, haben für dieses nicht die formelle Geltung von Befehlen, sondern die von Anregungen, welche es nach ihrer materiellen Bedeutung pflichtgemäß zu berücksichtigen hat.

Gewisse Befugnisse der Kirchengewalt sind dem Konsistorium zur Ausübung ohne besondere landesfürstliche Ermächtigung im einzelnen Falle ein für alle Mal übertragen; bezüglich dieser findet Berichterstattung an den Landesfürsten regelmäßig nicht statt⁸⁾.

Landesfürst und Konsistorium zusammen bilden die Kirchenregierung oder das Kirchenregiment⁹⁾. Den Umfang der Befugnisse der Kirchenregierung bestimmt das partikulare Kirchenrecht des Herzogtums.

Bezüglich des Inhalts seiner Beschlüsse ist der Landesfürst an die Ansicht des Konsistoriums nicht gebunden, wohl aber an das bestehende Recht, dessen Aufhebung oder Änderung ihm ohne Zustimmung der Landessynode nicht zusteht¹⁰⁾. Wäre das Konsistorium der Ansicht, daß eine Verfügung des Landesfürsten dem bestehenden Rechte zuwiderlaufe, so hätte es gegen dieselbe beim Landesfürsten Vorstellung zu erheben. Blicke diese fruchtlos, so könnte das Konsistorium sich von der Verantwortung für die Ausführung der Verfügung nicht durch Berufung auf den Befehl des Landesfürsten befreien, denn der Landesfürst selbst kann nicht zur Verantwortung gezogen werden.

⁷⁾ N. L. D. § 213.

⁸⁾ Aus diesem Umstande erklärt sich, daß in einzelnen gesetzlichen Bestimmungen bestimmte Funktionen dem Kirchenregimente zugeschrieben werden, welche das Konsistorium allein ohne Mitwirkung des Landesfürsten verrichtet. S. z. B. § 116 Num. 8.

⁹⁾ Daß beide Ausdrücke dasselbe bedeuten, zeigen Gesetzesstellen wie § 20 I und II und § 23 des Gef., die Errichtung einer Landessynode betr., v. 31. Mai 1871 (Nr. 34). Zuweilen wird statt derselben auch das Wort „Kirchengewalt“ gebraucht; s. z. B. § 2 des Gef. v. 7. Dez. 1876 (Nr. 117). Dieses Wort ist schon in der Landesverfassung mehrfach (N. L. D. § 212 vgl. mit § 213), indem es bald die in der Kirche regierende Stelle, bald den Inbegriff der dieser zustehenden Befugnisse bezeichnet.

¹⁰⁾ Gef., die Errichtung einer Landessynode betr., v. 31. Mai 1871 (Nr. 34) § 20, I.

§ 17. Inhalt der Kirchengewalt. Vorbehaltene Entscheidung des Landesfürsten.

Die Kirchengewalt im Sinne des § 213 der N. L. O. ist der Inbegriff derjenigen Befugnisse, deren Handhabung die Erhaltung, Leitung und Förderung der Landeskirche zum Zwecke hat. Ihre Ausübung ist ebensowohl eine Pflicht, als ein Recht der Kirchenregierung. Art und Umfang der Befugnisse im Einzelnen bestimmt das jeder Zeit geltende Recht; die allgemeine Charakterisierung derselben in dem ang. Einführungsstatute zur Erneuernten Kirchenordnung von 1709 entspricht dem jetzigen Sachverhalt nicht mehr vollständig.

Das geltende Recht gibt ferner darüber Auskunft, welche unter diesen Befugnissen ein für alle Mal dem Konsistorium übertragen, und welche der persönlichen Ausübung des Landesfürsten vorbehalten geblieben sind.

Zu den letzteren gehört:

1) Die Ernennung von Abgeordneten zu der deutschen evangelischen Kirchenkonferenz, sowie die Entscheidung über die Stellungnahme zu den dort gefaßten Beschlüssen und, vorkommendenfalls, zu den dort demnächst zu behandelnden Fragen (§ 5).

2) Der Erlaß des Wahlausschreibens zur Landessynode, die Ernennung der Wahlkommissäre, die Ernennung von zwei geistlichen und zwei weltlichen Abgeordneten zur Landessynode, die Einberufung der Landessynode, die Abordnung eines Kommissars zur Eröffnung und Schließung derselben, die Bestätigung des Vorsitzenden derselben und seines Stellvertreters, die Abordnung von Kommissaren zur Teilnahme an den Verhandlungen¹⁾

3) Die Feststellung und Genehmigung der bei der Landessynode einzubringenden Vorlagen, die Genehmigung der von dieser gefaßten Beschlüsse, der Erlaß von Kirchengesetzen und Kirchenverordnungen (§ 1)²⁾.

4) Die Anordnung des Zusammentretens außerordentlicher Inspektions-synoden³⁾.

¹⁾ Ges., die Errichtung einer Landessynode betr., v. 31. Mai 1871 (Nr. 34) § 2 II, 10, 11, 13, 16, 18, 23, 25.

²⁾ Ges., die Errichtung einer Landessynode betr., v. 31. Mai 1871 (Nr. 34) § 10, II und III; Ges., den Erlaß der Kirchengesetze betr., v. 27. März 1882 (Nr. 16) § 1.

³⁾ Ges., die Einrichtung von Inspektions-synoden betr., v. 6. Januar 1873 (Nr. 5) § 1 Abs. 3. — Daß diese Anordnung vom Landesherrn ausgehen kann, ist nicht zweifelhaft; daß sie ihm allein habe vorbehalten werden sollen, kann nach dem Buchstaben des Gesetzes zweifelhaft scheinen, muß aber doch wohl richtiger angenommen werden, da in dem Gesetze eine Bezeichnung einer anderen Stelle, welche diese Befugnis ausüben solle oder dürfe, fehlt, insbesondere dem Konsistorium diese Befugnis nicht erteilt ist.

5) die Anordnung von General-Visitationen⁴⁾, und die Anordnung der Teilnahme des weltlichen Visitators bei einer Spezialvisitation⁵⁾ (unten § 52).

6) Die Anordnung allgemeiner außerordentlicher Gottesdienste (§ 83) und allgemeiner Kirchenkollekten.

7) Die Ernennung der Mitglieder des Konsistoriums (§ 51)⁶⁾, der diesem nicht angehörigen Mitglieder der theologischen Prüfungskommission (§ 55), der Generalsuperintendenten⁷⁾ (§ 57) und Superintendenten (§ 56), sowie der Geistlichen und Hilfsgeistlichen, bei denjenigen Pfarr- und Hilfspredigerstellen, bezüglich deren weder Präsentation durch einen Patron, noch Gemeindewahl stattfindet (§ 67); die Bestätigung der vom Stadtmagistrate präsentierten Prediger an einigen Kirchen in der Stadt Braunschweig (§ 71); die Zulassung von Geistlichen, welche bisher der Landeskirche nicht angehört haben, zur Gemeindewahl⁸⁾; die Ergänzung der von einer Gemeinde aus ungenügenden Gründen verweigerten Vokation eines Predigers (§ 72); die Gestattung der Ordination in Ausnahmefällen (§ 66).

8) Die Ernennung einiger Opferr Männer, deren Stellen weder mit Schulämtern verbunden sind⁹⁾, noch auf Grund bestehenden Patronatrechtes oder der Wahl des Kirchenvorstandes mittelst Bestätigung der Präsentation oder Wahl vom Konsistorium verliehen werden (vgl. § 40 und 102).

9) Die Erteilung mehr als vierwöchigen Urlaubs an Geistliche (vgl. § 59).

10) Die Verabschiedung (§ 95) und Emeritierung (§ 96) der Geistlichen, sowie der vom Landesfürsten ernannten Opferr Männer; die Einziehung des Ruheeinkommens von Geistlichen bei ihrer Weigerung, der Landeskirche nach Vermögen wieder zu dienen; die Zulassung nicht berechtigter Geistlicher zum Emeritierungsfonds, sowie die Gewährung der Anrechnung nicht anrechnungsg-

⁴⁾ Kirchen-Visitations-Ordnung v. 6. Jan. 1873 (Nr. 4) § 18.

⁵⁾ a. a. O. § 2 Abs. vgl. mit dem Kirchenges. vom 4. Jan. 1881 (Nr. 1) und der Bekanntmachung v. 5. März 1881 (Nr. 12).

⁶⁾ Da das Konsistorium auch Gemeindeschul-Oberbehörde ist (§ 50), so sind seine Mitglieder hinsichtlich der Anstellung auch als Staatsbeamte anzusehen und es kommt bezüglich derselben der § 5 des Zivilstaatsdienstgesetzes vom 4. Apr. 1889 (Nr. 17) in Anwendung, jedoch mit der Maßgabe, daß darüber zuvor der Beirat des Konsistoriums eingeholt werden muß, was, wenigstens bezüglich der geistlichen Mitglieder, stets geschehen ist.

⁷⁾ Die Verleihung der Prälaturen (Abtswürden u. s. w.) wird als ein Ausfluß des nach § 10 der A. L. O. allein dem Landesfürsten als Staatsoberhaupt zustehenden Rechtes zur Verleihung von Titeln und Würden aufgefaßt, obgleich sie dem mit der Prälatur Begnadigten die Befugnis zu einer beschränkten Mitwirkung bei der Befegung gewisser Pfarrstellen (§ 68 und 70) gewährt, also in das Gebiet des Kirchenrechtes und Kirchenwesens eingreift. (Vgl. § 139).

⁸⁾ Ausschreiben v. 11. Mai 1854 § 4 und 5 (Bege VIII, S. 155). Vgl. § 71 wegen der Stadt Braunschweig.

⁹⁾ In diesem Falle wird der Kirchendienst insofern als ein Anhängsel des Schulamtes behandelt, daß er mit letzterem durch die Landesregierung verliehen wird (Vgl. § 40).

fähiger Dienstjahre behuf Berechnung des Ruheeinkommens¹⁰⁾; desgleichen die Zulassung nicht berechtigter Geistlicher zur Landes-Pfarrwitwen-Versorgungsanstalt¹¹⁾; die Anrechnung nicht anrechnungsfähiger Dienstjahre behuf Feststellung des tarifmäßigen Gehalts sowie die Zwangsversetzung eines Geistlichen auf eine andere Pfarrstelle^{11a)}.

11) Dauernde Veränderungen der Generalinspektions-, Inspektions-, Pfarr- und Kirchengemeindebezirke (Kirchenbezirke)¹²⁾; sowie Feststellung streitiger Grenzen derselben, oder Ausscheidung von Personal- und Anstaltsgemeinden aus denselben; Trennung bestehender Opfereverbände (§ 101 a. E.) die Verbindung mehrerer Inspektionen zu einer Inspektionsynode (vgl. § 21)¹³⁾.

12) Die Gründung neuer oder Aufhebung vorhandener kirchlicher Ämter oder Dienststellen.

13) Die Verwendung von Stolgebührenrenten gut dotierter Pfarrstellen zur Aufbesserung gering dotierter (vgl. § 128).

14) Die Bildung und Auflösung von Kirchenvorständen in den Fällen der §§ 2, 3, 5, 6 (vgl. unten §§ 33, 34) und 51 des R. V. G.; desgl. die Bestimmung über die Unterlassung der Bildung eines Kirchenvorstandes im Falle des § 3 Abs. 2 (vgl. § 32 unten).

15) Die Ernennung eines Mitgliedes im Kirchenassen-Kollegium zu Braunschweig an Stelle eines nicht lutherischen Magistrats-Vorsitzenden; die Ernennung eines Kommissars bei diesem Kollegium (Vgl. § 43)¹⁴⁾.

16) Die Dispensation von Vorschriften der Kirchengesetze¹⁵⁾, soweit dieselbe nicht dem Konsistorium¹⁶⁾ oder dem Superintendenten¹⁷⁾ überlassen ist. Für

¹⁰⁾ §§ 2, 3, 5 und 17, 5 des Kirchenges. die Emeritierung betr., v. 1. Dez. 1882 (Nr. 46).

¹¹⁾ § 10 Abs. 6 des Ges., die Errichtung einer Landes-Pfarrwitwen Versorgungsanstalt betr., v. 15. Apr. 1889 (Nr. 22).

^{11a)} §§ 8 und 11 des Kirchenges., das Einkommen der Geistlichen der ev.-luth. Landeskirche betr., v. 28. Juni 1902 (Nr. 28).

¹²⁾ E. d. B. das Höchste Rtefr. v. 18. Apr. 1867 (Bege IX S. 300) Vgl. unten § 27.

¹³⁾ § 3 des Kirchenges., die Inspektionsynoden betr., v. 6. Jan. 1873 (Nr. 5).

¹⁴⁾ § 4 des Ges. v. 9. Apr. 1864, die Trennung des Assenverbandes zwischen den Stadtkirchen zu Braunschweig u. f. w. betr. (Nr. 18).

¹⁵⁾ Diese Befugnis erteilt die R. V. D. im § 6 dem Landesfürsten als solchem allgemein für alle Gesetze ohne Unterscheidung zwischen Staatsgesetzen und Kirchengesetzen. Fälle, in denen auf ihre Ausübung ausdrücklich hingewiesen ist, finden sich z. B. in dem Ges., die Ordnung der kirchlichen Verhältnisse der Katholiken betr., v. 29. Dez. 1902 (Nr. 2 de 1903) § 5; in dem Ges., die Verhältnisse der Dissidenten betr., v. 25. März 1873 (Nr. 62) § 14; in dem Kirchenges., die theologischen Prüfungen betr., v. 27. Febr. 1889 (Nr. 7) §§ 4 und 11.

¹⁶⁾ Fälle der Dispensation durch das Konsistorium s. z. B. in dem § 4, 8 und 11 des ang. Kirchenges. v. 1889; ferner im § 3 des Kirchenges., die kirchliche Trauung betr., v. 8. Dez. 1875 (Nr. 91).

¹⁷⁾ Einen Fall der Dispensation durch den Superintendenten s. im § 4 des ang. Kirchenges. v. 1875.

bestimmte Fälle kann die Dispensation ausdrücklich durch das Gesetz ausgeschlossen¹⁸⁾ werden.

17) Die Bewilligung besonderer Vergünstigungen auf kirchlichem Gebiete nach Maßgabe der bezüglichen Gesetze¹⁹⁾.

18) Die Ausschließung von Kollegiaten aus dem Prediger-Seminar²⁰⁾ (§ 64).

19) Der Erlaß der Bestimmungen über die Erteilung und Beaufsichtigung des evangelisch lutherischen Religionsunterrichtes in sämtlichen Schulen und Lehranstalten²¹⁾.

20) Die Entscheidung über Beschwerden (Rekurse) gegen Verfügungen des Konsistoriums, deren Gegenstand rein kirchliche Angelegenheiten bilden²²⁾. (Vgl. § 8 a. G.)

21) Die Entscheidung über Beschlüsse des Kirchenassen-Kollegiums in der Stadt Braunschweig, welche der landesfürstliche Kommissar beanstandet hat²³⁾; desgleichen die Entscheidung in streitigen Fragen über Geschäftsgang und Zuständigkeit zwischen dem Kirchenassen-Kollegium und den einzelnen Kirchenvorständen in der Stadt Braunschweig (vgl. § 43).

22) Die Entscheidung über den bestrittenen Umfang an sich nicht streitiger parochialer Verpflichtungen der Gemeinden²⁴⁾.

Vierter Abschnitt.

Die Vertretungskörper der Landeskirche. Die kirchlichen Bezirke und ihre Vertretungskörper.

§ 18. Übersicht.

Sowohl die Landeskirche im Ganzen, als die einzelnen größeren und kleineren Kreise, in welche sie zerfällt, haben zur Wahrnehmung ihrer Interessen

¹⁸⁾ S. z. B. § 8 des Gef., die Ordnung der kirchlichen Verhältnisse der Katholiken betr., v. 29. Dez. 1902 (Nr. 2 de 1903). Vgl. oben § 14, 3.

¹⁹⁾ S. z. B. §§ 2 und 5 des Kirchenges., die Emeritierung betr., v. 1. Dez. 1882 (Nr. 46). Vgl. unten § 108. — Auch die dem Landesfürsten vorbehaltene Gestattung der Ordination ohne Verleihung eines Pfarramtes (§ 66) kann hierher gerechnet werden, wenn man sie nicht als einen Fall der Dispensation auffassen will; desgl. die Zulassung eines der Landeskirche nicht Angehörigen zu den theologischen Prüfungen (§ 61).

²⁰⁾ § 18 d. Verordn., d. Errichtung eines Prediger-Seminares betr., v. 2. Febr. 1836 (Nr. 4).

²¹⁾ 8. Gef., die Errichtung einer Ober-Schulkommission betr., v. 8. Apr. 1876 (Nr. 37) § 8.

²²⁾ In einzelnen Fällen ist auf die Zulässigkeit derartiger Beschwerden in den Gesetzen selbst hingewiesen. S. z. B. § 51 des N. V. G. § 14 des Kirchenges., die Disziplinarverhältnisse der Kirchendiener betr., v. 1. Dez. 1890 (Nr. 71); §§ 6 und 7 des Kirchenges., die kirchliche Trammung betr., v. 1. Dez. 1875 (Nr. 91). — Wegen der Mitwirkung des Synodalausschusses im letzten Falle vgl. unten § 23.

²³⁾ § 5 des ang. Gef. v. 9. Apr. 1864 (Nr. 18).

²⁴⁾ N. V. G. § 28. Vgl. unten § 31.

überhaupt, wie zur Teilnahme an bestimmten Geschäften der kirchlichen Regierung oder Verwaltung Vertretungskörper¹⁾: Diese sind:

für die Landeskirche die Landessynode (§§ 19 bis 22) und der Synodalausschuß (§ 23),

für die Inspektionen (§§ 24 und 25) die Inspektionsynoden und der Inspektionsynodalausschuß (§ 26),

für die Gemeinden (§§ 27 ff.) die Kirchenvorstände (§ 33 ff.).

Sämtliche Vertretungskörper haben hinsichtlich ihrer Zusammensetzung das gemein, daß sie aus geistlichen und weltlichen Mitgliedern bestehen. Während aber für die Landessynode auch die geistlichen Mitglieder bis auf zwei, welche der Landesfürst ernennt, gewählt werden, sind in den Inspektionsynoden und Kirchenvorständen die Geistlichen der betreffenden kirchlichen Kreise (Bezirke) kraft Gesetzes Mitglieder. Bei den weltlichen Mitgliedern bildet in allen Vertretungskörpern die Wahl den regelmäßigen Grund ihrer Mitgliedschaft; neben ihm kommt in der Landessynode für zwei Mitglieder Ernennung durch den Landesfürsten (§ 19) und in einzelnen Kirchenvorständen für ein Mitglied Berufung durch das Gesetz (§ 33) vor.

A. Landessynode und Synodalausschuß.

§ 19. Zusammensetzung der Landessynode. Wählbarkeit.

Wahlrecht. Wahl der Wahlmänner.

Die Landessynode besteht aus 32 Abgeordneten, von denen 12 geistliche und 16 weltliche gewählt, 2 geistliche und 2 weltliche vom Landesfürsten ernannt werden¹⁾. Die weltlichen Abgeordneten bilden also die Mehrheit.

Die Wahlen geschehen in Wahlkreisen, dergestalt, daß gewählt werden:

- 1) in der „General- und Stadt-Inspektion“ Wolfenbüttel 2 geistliche und 3 weltliche,
- 2) in der „Stadt- und Spezial-Inspektion“ Braunschweig 2 geistliche und 3 weltliche,
- 3) in der „General-Inspektion Braunschweig“ mit Hinzurechnung der Pfarodie Lunsen-Debinghausen 1 geistlicher und 1 weltlicher,

¹⁾ Eine Ausnahme bilden die Militärkirchengemeinden (§ 6 Anm. 3). Auf sie finden die Bestimmungen über synodale Einrichtungen und über die Organisation der Gemeinden keine Anwendung. Publikation der Vereinbarung mit der Krone Preußen u. s. w. v. 1. Sept. 1901 (Nr. 47) Art. 3.

¹⁾ Gef., die Errichtung einer Landessynode betr., v. 31. Mai 1871 (Nr. 34) § 2.

- 4) in der „General- und Stadt-Inspektion“ Helmstedt 2 geistliche und 3 weltliche,
- 5) in der „General- und Stadtinspektion“ Gandersheim 2 geistliche und 3 weltliche,
- 6) in der „General- und Stadt-Inspektion“ Blankenburg 1 geistlicher und 1 weltlicher,
- 7) in der „General- und Stadt-Inspektion“ Holzminden 2 geistliche und 2 weltliche²⁾.

Wählbar sind:

- 1) als geistliche Abgeordnete alle landesangehörige evangelisch-lutherische Geistliche, welche ein mit Seelsorge betrautes Predigtamt an einer Gemeinde oder Anstalt des Landes bekleiden³⁾. Die geistlichen Mitglieder des Konsistoriums sind nicht wählbar. — Ein Verzeichnis der wählbaren Geistlichen wird vor dem Wahltag vom Konsistorium bekannt gemacht⁴⁾.
- 2) als weltliche Abgeordnete alle Angehörige einer Kirchengemeinde der Landeskirche, welche die zum Amte eines Kirchenverordneten erforderlichen Eigenschaften besitzen (§ 35).

Vorschriften über die Eigenschaften der vom Landesfürsten zu ernennenden Abgeordneten enthält das Gesetz nicht. Die Ernennung derselben erfolgt erst, nachdem die Ergebnisse der Wahlen dem Landesfürsten mitgeteilt sind⁵⁾.

Wähler sind in jedem Wahlkreise:

- 1) sämtliche innerhalb desselben wohnhafte wählbare Geistliche⁶⁾.
- 2) Die gleiche Zahl weltlicher Wahlmänner, gewählt von den Kirchenverordneten (weltlichen Mitgliedern der Kirchenvorstände, (unten § 33 und 34) der Gemeinden des Wahlkreises aus den wählbaren Kirchengemeinde-Mitgliedern des Pfarrbezirks (§ 35)⁷⁾. Die Kirchenvorstände der Kirchengemeinden, welche fremden Predigern unterstellt sind, wählen

²⁾ a. a. D. § 3 vgl. mit dem Kirchenges. wegen Abänderung des Gesetzes v. 31. Mai 1871, die Erricht. einer Landesjyn. betr., v. 31. Jan. 1889 (Nr. 3).

³⁾ a. a. D. § 6. — Nicht wählbar sind demnach fremde (nicht-braunschweigische) Geistliche, denen braunschweigische Gemeinden unterstellt sind.

⁴⁾ Derartige Bekanntmachungen i. z. B. Amtsblatt 1888 S. 138 ff.; 1890 S. 90 ff.; 1892 S. 65 ff.

⁵⁾ § 11 des ang. Ges. v. 1871. — Eine bestimmte Vorschrift, wie diese Mitteilung zu machen, fehlt. Es ist Sache des Konsistoriums sich in geeigneter Weise Kenntnis von dem Ausfalle der Wahlen zu verschaffen und sie zur Mitteilung an den Landesfürsten unter Beifügung von Vorschlägen wegen der ihm zustehenden Ernennungen zu verwerten. Die dem Synodalausschusse obliegende Anzeige vom Ergebnisse der vorläufigen Wahlprüfungen beim Landesfürsten dient einem anderen Zwecke; s. unten § 21. —

⁶⁾ a. a. D. § 8, 1.

⁷⁾ a. a. D. § 8, 2.

gleichfalls einen Wahlmann, ungeachtet dadurch die grundsätzliche Gleichheit der Zahl der geistlichen und weltlichen Wähler des Wahlkreises zu gunsten der letzteren aufgehoben wird; dagegen nehmen fremde Kirchengemeinden, welche von braunschweigischen Predigern versorgt werden, an der Wahl nicht teil⁸⁾.

Der Kirchenvorstand einer Gemeinde mit mehreren Predigern wählt so viele weltliche Wahlmänner, als Geistliche in ihm stimmberechtigt sind (§ 33). Dies gilt auch, wenn einer der Geistlichen zugleich die Pfarrstelle in einem anderen, selbständigen Pfarrgemeindebezirke bekleidet (S. § 25, Übersicht E I, 1; E III, 1).

Für die Geistlichen der Kirchengemeinden ohne Kirchenvorstand (§ 32) und für die Anstaltsgeistlichen wählen vom Konsistorium dazu für das Mal beauftragte Kirchenvorstände des Wahlkreises, dem jene nach ihrem Wohnsitze angehören, die entsprechende Zahl weltlicher Wahlmänner neben den von ihnen nach der Zahl der eigenen Geistlichen zu wählenden.

In Pfarrbezirken, welche nur einen Geistlichen, aber mehrere Kirchenvorstände besitzen, treten diese zu einem vereinigten Kirchenvorstande behufs Erwählung des Wahlmannes zusammen⁹⁾.

Zur Wahl sind sämtliche Kirchenverordnete ordnungsmäßig zu laden (§ 46). Die Wahlhandlung leitet der (geistliche) Vorsitzende (§ 46), der aber an der Abstimmung nicht teilnimmt und deshalb auch bei der Frage, ob die Versammlung zahlreich genug zur Vornahme der Wahl sei, nicht mitgezählt wird. Zwei Dritteile der Kirchenverordneten müssen an der Abstimmung teilnehmen. Ist die nötige Zahl nicht erschienen, so ist ein anderer Wahltermin anzusetzen, in welchem dann ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen die Wahl vollzogen wird.

Die Wahl geschieht mittelst verschlossener Stimmzettel. Absolute Stimmenmehrheit entscheidet; ist sie im ersten Wahlgange nicht erreicht, so wird die Wahl unter den Beiden, welche die meisten Stimmen hatten, oder den Mehreren mit gleicher Stimmenzahl wiederholt; bei Stimmengleichheit im zweiten Wahlgange entscheidet das Los¹⁰⁾.

Sind mehrere Wahlmänner zu wählen, so erfolgt jede Wahl in einem besonderen Wahllatte¹¹⁾.

⁸⁾ a. a. D. § 8, 2 und 4.

⁹⁾ a. a. D. § 8, 3. — Der Fall, daß Pfarrbezirke mit 2 Geistlichen mehrere Kirchenvorstände hätten, kommt tatsächlich nicht vor.

¹⁰⁾ a. a. D. § 8, 5 bis 8.

¹¹⁾ a. a. D. § 8, 7.

Der Gewählte hat sich über die Annahme der Wahl, wenn er gegenwärtig ist, sofort, wenn er nicht gegenwärtig ist, binnen drei Tagen zu entscheiden. Lehnt er ab, oder gibt er binnen der erwähnten Frist keine Erklärung ab, so ist zu einer neuen Wahl zu schreiten¹²⁾.

Der Wahlvorsitzende hat dem Gewählten eine Wahlbescheinigung zur Legitimation in der Synodalmahlversammlung zu erteilen, auch binnen acht Tagen nach der Wahl dem Wahlkommissar (§ 20) Anzeige von der Wahl unter Beifügung des Wahlprotokolls, welches die Namen der Wähler und Gewählten mit Angabe der Stimmenzahl enthalten muß, zu machen¹³⁾.

Das Mandat des Wahlmannes erstreckt sich auch auf etwa nötig werdende Ergänzungs- und Nachwahlen zur Synode¹⁴⁾.

§ 20. Wahl der Abgeordneten; deren Rechte und Pflichten. Dauer des Auftrages.

Zur Leitung der Abgeordnetenwahlen wird für jeden Wahlkreis vom Landesfürsten ein Wahlkommissar ernannt; in der Regel trifft die Ernennung einen in dem Bezirke ansässigen höheren Verwaltungsbeamten. Die Ernennung wird in dem Wahlausschreiben bekannt gemacht, welches die genaueren Bestimmungen sowohl über die Vornahme der Wahlmännerwahlen, als über die Abgeordnetenwahlen gibt¹⁾. Nach Maßgabe desselben beruft der Wahlkommissar die Wähler seines Wahlkreises zur Wahlversammlung.

Zu der Wahl kann nur geschritten werden, wenn zwei Dritteile der Wähler persönlich erschienen sind; wo nicht, so wird durch den Wahlkommissar ein neuer Wahltag angesetzt. Die Kosten des vereitelten Wahltermins haben die ohne genügende Entschuldigung Ausgebliebenen zu tragen; über die Zulänglichkeit etwa vorgebrachter Entschuldigungsgründe entscheidet der Wahlkommissar, der auch die Einziehung jener Kosten im Verwaltungswege veranlaßt. Die Entscheidung über die Legitimation der Wahlmänner, wo dieselbe zweifelhaft erscheint, steht der Wahlversammlung zu.

¹²⁾ a. a. D. § 8, 10. Der im Gesetz nicht besonders berührte Fall des Unterlassens einer Erklärung muß hier als Ablehnung behandelt werden, da es erforderlich ist, binnen einer gewissen kurzen Zeit bestimmte Wahlergebnisse zu haben, und deshalb die Unsicherheit, welche entstände, wenn man das Stillschweigen als Annahme der Wahl deuten wollte, nicht zugelassen werden kann.

¹³⁾ a. a. D. § 8, 11. — Auf Antrag der fünften ordentlichen Landessynode hat das Konsistorium Formulare zu den Wahlprotokollen herstellen lassen und den Geistlichen zur Benützung bei den Wahlmännerwahlen mitgeteilt. Erlaß v. 20. Juni 1892, Amtsblatt S. 47 ff.

¹⁴⁾ a. a. D. § 8, 12.

¹⁵⁾ a. a. D. § 10.

Über jeden von ihr zu wählenden Abgeordneten stimmt die Wahlversammlung in besonderer Handlung ab.

Der Wahlkommissar zieht zur Feststellung der abgegebenen Stimmen zwei Stimmenzähler (Assistenten)²⁾ zu.

Die Wahl erfolgt durch verschlossene Stimmzettel nach absoluter Mehrheit. Ist diese im ersten Wahlgange nicht erreicht, so wird die Wahl unter den Beiden, welche die meisten Stimmen erhalten haben, oder den Mehreren, auf welche gleich viel Stimmen gefallen sind, wiederholt. Im zweiten Wahlgange entscheidet einfache Stimmenmehrheit, bei gleicher Stimmenzahl das Los.

Der Gewählte hat sich über die Annahme der Wahl, wenn er gegenwärtig ist, sofort, sonst binnen 3 Tagen zu erklären. Beim Ausbleiben der Erklärung ist anzunehmen, daß er die Wahl ablehnt³⁾. Bei Ablehnung findet eine anderweitige Wahl statt, welche, wenn gleich im Wahltermin abgelehnt ist, sofort noch in diesem vorgenommen werden kann.

Der Wahlkommissar erteilt den Gewählten auf Grund des Wahlprotokolls, welches die Namen der Wähler und der Gewählten mit Angabe der Stimmenzahl enthalten muß, eine Wahlbescheinigung zur Legitimation bei der Synode und übersendet die Wahlakten nebst Anzeige von dem Wahlergebnisse dem Synodalausschusse⁴⁾, welcher eine Vorprüfung der Legitimation vornimmt und sobald er zwei Dritteile der sämtlichen Gewählten für gehörig legitimiert erachtet, davon dem Landesfürsten Anzeige macht⁵⁾. Ist der Wahlkommissar selbst gewählt, so stellen ihm die Assistenten die Legitimation aus⁶⁾.

Den im Kirchen- oder Staatsdienst stehenden Abgeordneten darf der Urlaub behufs der Teilnahme an der Synode nicht versagt werden; unvermeidliche Kosten ihrer Vertretung trägt die Klosterreinertragskasse⁷⁾.

Die Dauer des erteilten Mandates der gewählten Abgeordneten umfaßt die Perioden zweier ordentlichen Synoden, also regelmäßig (zweimal vier) acht Jahre und bezieht sich auch auf alle in dieser Zeit etwa zusammenberufenen außerordentlichen Synoden. Vor dem Beginne jeder ordentlichen Synode (§ 21) tritt die Hälfte der Geistlichen und die Hälfte der weltlichen Abgeordneten aus und wird durch Neuwahl ersetzt.

Die Reihenfolge des Austretens ist zunächst durch Losung am Schlusse der ersten ordentlichen Synode festgestellt. Die Austretenden können wieder ge-

²⁾ Regelmäßig aus den erschienenen Wählern.

³⁾ Vgl. § 19 Anm. 12.

⁴⁾ § 9 des ang. Gef. v. 31. Mai 1871 (Nr. 34).

⁵⁾ a. a. D. § 15.

⁶⁾ a. a. D. § 9 a. E.

⁷⁾ a. a. D. § 12.

wählt werden. — Für in der Zwischenzeit ausfallende Abgeordnete finden auf landesfürstliche Verfügung Ergänzungswahlen vor dem Zusammentritte der nächsten ordentlichen oder außerordentlichen Synode statt⁸⁾.

Das Mandat der vom Landesfürsten ernannten Abgeordneten bezieht sich nur auf eine ordentliche Synode⁹⁾ und die ihr bis zur nächsten ordentlichen Synode etwa folgenden außerordentlichen¹⁰⁾.

Die sämtlichen Abgeordneten erhalten Diäten und Reisekostenvergütung aus der Klosterreinertragskasse, deren Höhe von der Kirchenregierung unter Zustimmung der Landessynode festgestellt werden, jedoch die Höhe der Diäten und Reisekosten der Mitglieder der Landesversammlung nicht übersteigen soll¹¹⁾.

Alle Abgeordnete haben als solche durchaus gleiche Rechte und Pflichten; sie sind nicht Vertreter des Standes, dem sie angehören, noch berufen zur einseitigen Wahrung seiner Interessen, sondern Vertreter der Landeskirche und nur deren Wohl zu fördern berufen, wie alle gleichmäßig unmittelbar nach der Eröffnung der Synode und vor dem Beginn der Verhandlungen anzugeloben haben¹²⁾. Eine Ausnahme tritt nur ein, wenn die Landessynode eine Kirchensteuer beschließt (s. § 21, III); wegen des dann wegfallenden Stimmrechtes der geistlichen Abgeordneten.

Jeder Abgeordnete hat die Pflicht, rechtzeitig am Orte der Versammlung zu erscheinen. Wer am Versammlungstage ohne Urlaub (§ 23) fortbleibt und sodann einer speziellen Aufforderung zum Erscheinen binnen 3 Tagen nicht Folge leistet, geht seiner Stelle als Abgeordneter verlustig und es wird für ihn eine neue Wahl vom Landesfürsten angeordnet. — Ebenso sind die Abgeordneten verpflichtet, an den Verhandlungen der Synode regelmäßig teilzunehmen und nicht ohne Urlaub wegzubleiben. Wer 3 Sitzungen nach einander ohne Entschuldigung veräumt und dann der schriftlichen Aufforderung des Vorsitzenden zur Teilnahme an den Verhandlungen nicht binnen 3 Tagen

⁸⁾ a. a. O. § 5 vgl. mit § 32 und § 8, 12.

⁹⁾ a. a. O. § 5.

¹⁰⁾ So in der Praxis gehandhabt, indem Ernennungen von Abgeordneten zu den außerordentlichen Synoden vom Landesfürsten nur vorgenommen sind, wenn von den ernannten Abgeordneten zur letzten ordentlichen Synode Einzelne hinweggefallen waren, zum Ersatz derselben.

¹¹⁾ Ges., die Aufhebung des § 30 des Ges. v. 31. Mai 1871 betr., v. 7. Dez. 1876 (Nr. 117). Die Höhe der Diäten u. s. w. ist festgestellt durch das Kirchenges., die Diäten und Reisekosten der Mitglieder der Landessynode betr., v. 10. Dez. 1876 (Nr. 118). Abgeändert durch Kirchenges. v. 11. März 1895 (Nr. 21). Vgl. auch Ges. die Feststellung der Diäten und Reisekosten der Mitglieder der Landessynode durch ein Kirchenges. betr. v. 25. Febr. 1895 (Nr. 18).

¹²⁾ § 17 des aug. Ges. v. 1871. Vgl. oben § 4.

Folge leistet, wird als ausgeschieden angesehen; für ihn wird auf Anzeige beim Landesfürsten von diesem eine neue Wahl angeordnet¹³⁾.

§ 21. **Ordentliche und außerordentliche Versammlungen.** **Berufung. Geschäftskreis der Landessynode.**

Die Landessynode wird zu ordentlicher Versammlung je um das vierte Jahr, d. h. so, daß drei Kalenderjahre ohne Einberufung zwischen zwei Einberufungsjahren liegen, durch den Landesfürsten einberufen¹⁾. Die Berufung erfolgt, nachdem der Landesfürst durch den Synodalausschuß die Anzeige erhalten hat, daß zwei Dritteile der erwählten Abgeordneten von ihm für legitimiert erachtet sind²⁾.

Die Synode kann außerdem vom Landesfürsten, so oft er es für nötig befindet, zu außerordentlicher Versammlung berufen werden³⁾.

Der Geschäftskreis der Landessynode umfaßt:

I. Mitwirkung bei der kirchlichen Gesetzgebung. Es bedarf ihrer Zustimmung, wenn nach Ansicht der Kirchenregierung das geltende Recht der Landeskirche durch neue Kirchengesetze abgeschafft, geändert oder ergänzt werden soll. Die Synode hat zu dem Zwecke über die Vorlagen der Kirchenregierung zu verhandeln. Sie kann aber auch ihrerseits den Anstoß zur Inangriffnahme gesetzgeberischer Arbeiten geben, indem sie die Kirchenregierung um Vorlegung eines Kirchengesetzes bestimmten Inhalts ersucht⁴⁾.

II. Zur unmittelbaren Teilnahme an der kirchlichen Verwaltung ist die Synode nicht befugt, und hat in deren Gang nicht einzugreifen. Es ist ihr untersagt, mit einer anderen Landesbehörde, als dem Konsistorium, in Geschäftsverbindung zu treten⁵⁾, sie hat auch mit anderen kirchlichen Organen oder mit einzelnen Personen keine direkten Beziehungen anzuknüpfen oder von denselben Mitteilungen (mit Ausnahme von Vorstellungen und Beschwerden, s. unten) entgegenzunehmen⁶⁾. Sie ist aber

¹³⁾ Geschäftsordnung v. 13. Nov. 1872 (Nr. 57) § 1, 4, 20 und 21. — Der Fall, daß ein vom Landesfürsten ernannter Abgeordneter in dem angegebenen Maße sämmtlich oder nachlässig wäre, ist im Gesetze nicht vorgesehen. Träte er ein, so würde der Landesfürst auf erhaltene Anzeige zu erwägen haben, ob er den dem Sämmtigen erteilten Auftrag zurückziehen und einen anderen Abgeordneten ernennen wolle.

¹⁾ § 4 des ang. Gef. v. 1871 (Nr. 34). Ordentliche Synoden haben 1872, 1876, 1880, 1884, 1888, 1892, 1896 und 1900 stattgefunden.

²⁾ a. a. O. § 13 Abs. 2, § 15 Abs. 3. Geschäftsordnung v. 13. Nov. 1872 (Nr. 57) § 1.

³⁾ Außerordentliche Synoden haben 1875, 1882, 1890 und 1902 stattgefunden.

⁴⁾ § 20 I und II des ang. Gef. v. 1871 (Nr. 34). Das Recht zu selbständiger Abfassung und Beschließung von Gesetzentwürfen steht der Landessynode nicht zu.

⁵⁾ Geschäftsordnung § 44.

⁶⁾ Vgl. § 20 II des ang. Gef. mit § 24 der Geschäftsordnung.

1) in bestimmten, durch das Gesetz bezeichneten Fällen zu vorgängigem Gutachten über beabsichtigte Verwaltungsmaßregeln berufen; so

- a. bevor vom Landesfürsten eine Generalvisitation angeordnet wird⁷⁾;
- b. bevor mehrere Inspektionen endgültig zu einer Inspektionsynode verbunden werden⁸⁾).

2) Außerdem kann sie über alle Gegenstände der kirchlichen Verwaltung von der Kirchenregierung zu gutachtlicher Äußerung veranlaßt werden.

3) Sodann hat sie an der Hand der von seiten der Kirchenregierung jeder ordentlichen Synode zu machenden Mitteilung über die Zustände und Verhältnisse der Landeskirche⁹⁾ diese in Beachtung und Erwägung zu ziehen und kann bezüglich derselben Ersuchen an die Landesregierung richten.

4) Ebenso kann sie außerhalb der Beratung über diese Mitteilungen auf unterstützte Anträge einzelner Abgeordneten¹⁰⁾ die Stellung von Ersuchen und Beschwerden an die Kirchenregierung beschließen.

Auf dergleichen Anträge, Ersuchen oder Beschwerden (Nr. 3 und 4) ist die Kirchenregierung verpflichtet, motivierten Bescheid zu erteilen¹¹⁾.

5) Endlich kann sie Vorstellungen und Beschwerden annehmen¹²⁾ und, wenn sie begründet befunden, der Kirchenregierung zur Berücksichtigung oder Abhilfe empfehlen.

III. Die Landessynode hat das Recht der Bewilligung von Geldmitteln für „allgemeine kirchliche Zwecke“¹³⁾, d. h. für solche, welche über den Kreis der Interessen der Einzelgemeinde hinausgreifend das Interesse der Landeskirche überhaupt berühren. Die Aufbringung der bewilligten Summe soll „durch Leistung der Kirchengemeinden“ erfolgen, auf welche also die Gesamtsumme

⁷⁾ Kirchen-Visitations-Ordnung v. 6. Jan. 1873 (Nr. 4) § 17. Vgl. unten § 52.

⁸⁾ Kirchenges., die Errichtung von Inspektionsynoden betr., v. 6. Jan. 1873 (Nr. 5) § 3.

⁹⁾ S. Anl. 5 zu den Synodalverhandlungen v. 1872, Anl. 5 zu denen v. 1876, Anl. 6 zu denen v. 1880, Anl. 6 zu denen v. 1884, Anl. 6 zu denen v. 1888, Anl. 13 zu denen v. 1892. Diese Mitteilungen, deren Abfassung beim Konsistorium unter Mitwirkung sämtlicher Mitglieder erfolgt, liefern ein sehr wertvolles Material zur Kenntnis der jeweiligen tatsächlichen Verhältnisse der Landeskirche und ihrer Entwicklung.

¹⁰⁾ § 20, II des ang. Ges. v. 1871, vgl. mit § 22 der Geschäftsordnung v. 1872. Zur Unterstützung sind 5 Stimmen einschließlich der des Antragstellers nötig.

¹¹⁾ § 20, II Abs. 1 a. E. des ang. Ges. v. 1871.

¹²⁾ Dieselben müssen die Unterschrift der Bittsteller, bei Beschwerden mit öffentlicher Beglaubigung, aufweisen. Geschäftsordnung § 24.

¹³⁾ a. a. O. § 20, III. Wenn es daselbst im zweiten Absätze heißt, daß die Landessynode „Steuern bewillige“, so ist das nur in dem Sinne zu verstehen, daß die bewilligte Summe durch (Gemeinde-) Steuern aufgebracht wird, nicht so, als ob es eine „allgemeine Kirchensteuer“ gäbe, deren Erhebung in bestimmter Höhe die Synode zu beschließen hätte.

zunächst zu repartieren ist¹⁴⁾; innerhalb der einzelnen Gemeinde soll der ihr auferlegte Betrag „im Wege der kirchlichen Besteuerung“ aufgebracht werden¹⁵⁾.

So lange die Geistlichen der Landeskirche von der (Gemeinde-) Kirchensteuer in Betreff ihrer Dienstgrundstücke und ihres Diensteinkommens befreit sind¹⁶⁾, sollen sie in der Synode bei der Bewilligung von Geldmitteln nicht mitstimmen¹⁷⁾.

IV. Die Landessynode wählt den Synodalausschuß (§ 23)¹⁸⁾. — Sie kann demselben unter Zustimmung der Kirchenregierung durch besondere Vollmacht für einzelne bestimmte Geschäfte alle die Rechte übertragen, welche sie selbst hat¹⁹⁾.

§ 22. Zusammentritt der Landessynode. Verhandlungen. Geschäftsordnung.

Zeit und Ort der Synode¹⁾ wird in der Einberufungsverordnung²⁾ vom Landesfürsten bestimmt. Dem Zusammentreten der Synode soll am Sonntage zuvor nach Anordnung des Konsistoriums in allen evangelisch-lutherischen Kirchen des Landes eine Fürbitte, der Eröffnung selbst aber ein förmlicher Gottesdienst am Orte der Versammlung unmittelbar vorhergehen³⁾.

¹⁴⁾ Ueber den Beitragsfuß, nach welchem die Gemeinden herangezogen werden sollen, ist nichts gesagt. — Bisher ist kein Fall einer solchen Geldbewilligung, deren Ausführung ohne vorgängige gesetzliche Feststellung des Beitragsfußes kaum möglich sein würde, vorgekommen.

¹⁵⁾ E. wegen der Kirchensteuer in den Landgemeinden das Gef. v. 18. Juni 1864 (Nr. 30) in Verbindung mit dem Gef. v. 28. Mai 1894 (Nr. 23), in den Städten das Gef. v. 26. Juni 1892 (Nr. 30). Es gibt nur eine Kirchensteuer, und diese wird innerhalb der Gemeinde erhoben (daher „Gemeinde-Kirchensteuer“ im ang. Gef. v. 1892); sie kann aber nicht nur zur Befriedigung kirchlicher Bedürfnisse der Gemeinde (§ 31), sondern auch zur Bestreitung eines der Gemeinde auferlegten Beitrags für landeskirchliche Zwecke erhoben werden. — vgl. auch § 29, IV. —

¹⁶⁾ § 4 des ang. Gef. v. 1864, § 2 des ang. Gef. v. 1892.

¹⁷⁾ § 20 III Abs. 2 des ang. Gef. v. 1871. Der Grund dieser Bestimmung, daß nämlich die Geistlichen nicht Gelder bewilligen sollen, zu deren Aufbringung sie nicht beitragen, beweist deutlich, daß 1871 nicht beabsichtigt ist, die bis dahin nicht vorhandene Einrichtung einer allgemeinen Landeskirchensteuer zu schaffen. Von einer solchen, nach Zweck und Art völlig neuen, Abgabe wären die Geistlichen durch Herkommen und älteres Gesetz nicht befreit gewesen. Sie waren nur von Gemeindeabgaben für kirchliche Zwecke befreit, und konnten daher Befreiung von Beiträgen für landeskirchliche Zwecke nur geltend machen, wenn diese durch Erhebung von Gemeindeabgaben aufgebracht werden sollten.

¹⁸⁾ § 20, IV des ang. Gef. v. 1871 vgl. mit § 7 der Geschäftsordnung.

¹⁹⁾ Kirchenges., betr. Uebertragung von Befugnissen der Synode an den Synodalausschuß, v. 16. Juni 1893 (Nr. 34).

¹⁾ Bisher hat die Landessynode jedesmal zu Braunschweig im landschaftlichen Hause getagt.

²⁾ § 13 des Gef., die Errichtung einer Landessynode betr., v. 31. Mai 1871. Beispiele von Einberufungsverordnungen s. Amtsblatt 1890 S. 87 und 1892 S. 83.

³⁾ § 14 des ang. Gef. v. 1871. Beispiele derartiger Anordnungen des Konsistoriums s. Amtsblatt 1890 S. 89 und 1892 S. 84.

Die erschienenen Abgeordneten (§ 20) überreichen dem Synodalausschusse ihre Legitimationsurkunden und melden die von ihnen am Versammlungsorte bezogene Wohnung an, worüber das sog. Anmeldungsprotokoll aufgenommen wird⁴⁾.

Die Eröffnung der Synode wird durch einen damit vom Landesfürsten beauftragten Kommissar⁵⁾ vorgenommen. Sie findet nach Verfügung des Landesfürsten statt, sobald zwei Dritteile der gesetzlichen Zahl der Mitglieder, deren Legitimation vom Ausschusse nicht beanstandet ist, versammelt sind, wovon der Synodalausschuss dem Landesfürsten unter Beifügung einer Abschrift des Anmeldungsprotokolls Anzeige macht⁶⁾.

Nach der Eröffnung findet zunächst die Ablegung des Gelöbnisses (§ 4 Anm. 6) seitens der Abgeordneten in alphabetischer Reihenfolge statt⁷⁾.

Sodann geschieht unter dem Voritze eines Alterspräsidenten die Wahl des Vorsitzenden (Präsidenten)⁸⁾ und seines Stellvertreters⁹⁾, sowie zweier Sekretäre¹⁰⁾ durch Wahlzettel nach absoluter Stimmenmehrheit; und zwar werden, was den Vorsitzenden und seinen Stellvertreter betrifft, dem Landesfürsten 3 Abgeordnete präsentiert, von denen derselbe einen als Vorsitzenden und einen als Stellvertreter bestätigt¹¹⁾. An die Wahl der Beamten der Synode schließt sich die Wahl des neuen Synodalausschusses (§ 23).

Sobald die Wahlen geschehen, berichtet der alte Synodalausschuss zunächst über die Vorprüfung der Legitimationen; die Synode beschließt über dieselben und entscheidet über etwaige Zweifel, Beschwerden oder Reklamationen. Jedem Abgeordneten steht das Recht zu, die Wahllisten einzusehen und die Wahlen anzufechten¹²⁾. Abgeordnete, deren Wahl bei der Vorprüfung beanstandet ist, können vor erfolgter Entscheidung der Synode nicht in dieselbe eintreten¹³⁾. Wird durch Beschluß der Synode eine Wahl für nichtig erklärt, so wird vom Landesfürsten auf erhaltene Anzeige eine anderweitige Wahl angeordnet¹⁴⁾.

⁴⁾ § 9 a. E. des ang. Ges. v. 1871. Geschäftsordnung für die Landessynode v. 13. Nov. 1872 (Nr. 57) § 3.

⁵⁾ Regelmäßig das mit Bearbeitung der Kultusangelegenheiten beauftragte Mitglied des Staatsministeriums.

⁶⁾ § 16 des ang. Ges. v. 1871 vgl. mit § 22. Geschäftsordnung § 5.

⁷⁾ § 17 des ang. Ges. v. 1871. Geschäftsordnung § 6.

⁸⁾ § 18 des ang. Ges. v. 1871. Wegen der amtlichen Stellung des Präsidenten s. besonders § 12 der Geschäftsordnung.

⁹⁾ § 13 der Geschäftsordnung.

¹⁰⁾ § 15 der Geschäftsordnung.

¹¹⁾ § 18 des ang. Ges. v. 1871.

¹²⁾ § 15 des ang. Ges. Geschäftsordnung § 7.

¹³⁾ § 15 des ang. Ges.

¹⁴⁾ Geschäftsordnung § 9. Ebenso wird eine Ergänzungswahl angeordnet, wenn ein legitimierter Abgeordneter nachher ausscheidet.

Nach erfolgter Gültigkeitserklärung der Wahlen findet kein Einspruch weiter gegen dieselben statt; nur solche Anfechtungen, welche einen Mangel der gesetzlichen Eigenschaften eines Abgeordneten betreffen, sind noch später zulässig, wenn sie genügend bescheinigt sind¹⁵⁾.

Danach beginnen die Beratungen in den durch die Geschäftsordnung vorgeschriebenen Formen.

An denselben nehmen vom Landesfürsten bestellte Kommissare¹⁶⁾ und Mitglieder des Konsistoriums, welche dieses dazu bestimmt, teil: in wie weit, hängt von ihrem Ermessen ab. Sie haben jedoch zu erscheinen, wenn ihre Gegenwart bei bestimmten Verhandlungen von der Synode für erforderlich erachtet, und ihnen der bezüglich Beschuß mitgeteilt ist¹⁷⁾. Ihnen muß jederzeit, und zwar wenn sie es im Laufe der Debatte fordern, sobald der gerade aufgerufene Redner seinen Vortrag beendet hat, das Wort gegeben werden.

Beschlußfähig ist die Synode, wenn zwei Dritteile der gesetzlichen Zahl der Abgeordneten anwesend sind. Die Beschlüsse werden mit absoluter Stimmenmehrheit der Anwesenden gefaßt. Bei Stimmengleichheit ist die Abstimmung in nächster Sitzung zu wiederholen. Tritt dann abermals Stimmengleichheit ein, so gilt die zur Abstimmung verstellte Frage als verneint¹⁸⁾.

Die Sitzungen sind, mit Vorbehalt der vertraulichen Behandlung einzelner Angelegenheiten, öffentlich²⁰⁾.

Wegen der Einzelheiten der Beratungsformen vgl. die §§ 22 bis 43 der Geschäftsordnung.

Vertagungen der Synode und deren Schluß erfolgen auf Bestimmung des Landesfürsten²¹⁾.

Der Landessynode wird von der Kirchenregierung ein „protokollführender Sekretär beigegeben²²⁾. Ferner wird ihr staatsseitig ein Registraturbeamter

¹⁵⁾ Geschäftsordnung § 8.

¹⁶⁾ Regelmäßig Mitglieder des Herzoglichen Staatsministeriums, welche aber in diesem Falle nach dem Gesetze nicht als Vertreter des Staats oberhauptes oder der Landesregierung, sondern der Kirchenregierung gelten sollen. § 23 des ang. Ges.

¹⁷⁾ Geschäftsordnung § 11. S. dasselbst ferner wegen der Teilnahme an Kommissionsberatungen § 17, wegen der Forderung einer vertraulichen Sitzung § 19, wegen der Forderung einer Abänderung der Tagesordnung § 28, wegen der Berechtigung, schriftliche Vorträge zu verlesen, § 33, wegen der Berechtigung, namentliche Abstimmung zu verlangen, § 41, wegen der Forderung der Wiederaufnahme der Verhandlungen § 43.

¹⁸⁾ Geschäftsordnung § 32.

¹⁹⁾ § 22 des ang. Ges. v. 1871.

²⁰⁾ § 24 des ang. Ges. v. 1871, §§ 18 und 19 der Geschäftsordnung.

²¹⁾ § 25 des ang. Ges. v. 1871.

²²⁾ § 18 Abs. 4 des ang. Ges. v. 1871. Da die Kirchenregierung nicht immer geeignete Kräfte für diesen Zweck zur Verfügung hat, so ist der Sekretär bisher regelmäßig von der Landesregierung (aushilfsweise) gestellt. Wegen der Geschäfte desselben s. Geschäftsordnung § 14, § 18 Abs. 3.

sowie das nötige Hülfspersonal für Schreibarbeiten und sonstige Dienste zur Verfügung gestellt²³⁾.

Die gesamten Kosten trägt die Klosterreinertragskasse²⁴⁾.

§ 23. Der Synodalausschuß.

Der Synodalausschuß ist ein durch Wahl der Landessynode aus ihrer Mitte gebildetes Kollegium, dessen Bestimmung ist, einestheils (A) gewisse die Zusammensetzung und den Zusammentritt der Synode selbst betreffende Verrichtungen zu besorgen, anderenteils (B) bei bestimmten Geschäften der Kirchenregierung mitzuwirken. Er besteht aus fünf Mitgliedern, von welchen zwei den geistlichen, zwei den weltlichen Mitgliedern der Synode entnommen werden müssen, während das fünfte der Zahl der einen oder der anderen nach Belieben der Synode angehören kann. Die Wahl der Mitglieder und eines Stellvertreters für jedes wird durch Stimmzettel gleich nach der Wahl der Beamten der Synode und unter Beachtung der für diese geltenden Vorschriften vollzogen¹⁾.

Die Amtsdauer des gewählten Ausschusses erstreckt sich bis dahin, daß die nächste ordentliche Landessynode den neuen Ausschuß gewählt hat. Jedenfalls muß noch der alte Ausschuß der nächsten ordentlichen Landessynode über das Ergebnis der Wahlvorprüfungen Bericht erstatten (§ 22)²⁾.

Zu A.

Der Synodalausschuß hat die ihm durch die Wahlkommissare zuzusendenden Wahllisten (Wahlprotokolle nebst Anlagen) entgegenzunehmen³⁾, sie einer Vorprüfung zu unterziehen⁴⁾ und von deren Ergebnis dem Landesfürsten Anzeige zu machen (§ 21)⁵⁾, Urlaubsgesuche von Abgeordneten vor Beginn der Synode entgegenzunehmen und darauf zu verfügen⁶⁾, die Legitimation und Wohnungsangabe der zur Synode erschienenen Abgeordneten zu empfangen und zu verzeichnen⁷⁾, unentschuldigt ausgebliebene Abgeordnete zum Erscheinen

²³⁾ Geschäftsordnung § 14. Bisher ist das zum Dienste bei der Landesversammlung bestellte Personal auch für die Synode verwandt.

²⁴⁾ Geschäftsordnung § 14. Gef. v. 7. Dez. 1876, die Aufhebung des § 30 des Gef. v. 31. Mai 1871 betr. (Nr. 117), § 2.

¹⁾ § 26 Abs. 1 des Gef., die Errichtung einer Landessynode betr., v. 31. Mai 1871 (Nr. 34) vgl. mit § 18 das. und § 42 der Geschäftsordnung für die Landessynode v. 13. Nov. 1872 (Nr. 57).

²⁾ § 16 des ang. Gef. v. 1871 Abs. 4 und 6.

³⁾ § 9 des ang. Gef. v. 1871 a. E.

⁴⁾ Das. § 15, Geschäftsordnung § 1.

⁵⁾ §§ 13 und 15 Abs. 2 des ang. Gef. v. 1871. Geschäftsordnung § 1.

⁶⁾ Geschäftsordnung § 2.

⁷⁾ Geschäftsordnung § 3.

aufzufordern⁸⁾, dem Landesfürsten von der Anwesenheit der zur Eröffnung der Synode erforderlichen (beschlußfähigen) Zahl von Abgeordneten (§ 22) Anzeige zu machen⁹⁾, und nach der Eröffnung und förmlichen Konstituierung der Synode dieser über die vorgenommene Vorprüfung der Wahlakten mündlich Bericht zu erstatten¹⁰⁾.

Zu B.

Dem Synodalausschusse ist im Ubrigen kein Arbeitsgebiet überwiesen, auf welchem er selbständig und aus eigenem Antriebe tätig zu werden und laufende Geschäfte zu verrichten hätte. Er hat vielmehr seine Tätigkeit nur zu entfalten, wenn sie von der Kirchenregierung in Anspruch genommen wird. Dieses geschieht:

1) innerhalb des Bereiches der Zuständigkeit der Landessynode, so oft entweder die Landessynode mit Zustimmung der Kirchenregierung dem Ausschusse durch besondere Vollmacht die Rechte, welche sie selbst besitzt, übertragen hat¹¹⁾, oder die Kirchenregierung seine gutachtliche Äußerung über vorliegende Fragen zu hören wünscht, sei es daß dieselbe zur Vorbereitung von Vorlagen für die Landessynode, oder zu anderen Zwecken dienen soll. Das Gutachten des Synodalausschusses soll nur in „Angelegenheiten von vorzüglicher Wichtigkeit“ eingeholt werden; welchen Angelegenheiten diese Bedeutung zukomme, bestimmt das Ermessen die Kirchenregierung¹²⁾. Vorgeschieden ist die Einholung nur für den Fall, daß die dauernde Verbindung mehrere Inspektionen zu einer Inspektionssynode ausgeführt werden soll und die Einholung des Gutachtens der Landessynode nicht tunlich ist¹³⁾.

2) außerhalb des Zuständigkeitsbereiches der Landessynode in folgenden Fällen:

- a. wenn das Konsistorium die Verweigerung der Botation eines Predigers seitens eines Kirchenvorstandes für unberechtigt hält und deshalb deren Ergänzung durch den Landesfürsten zu beantragen beabsichtigt¹⁴⁾;
- b. wenn das Konsistorium beabsichtigt, gegen einen Prediger oder Religionslehrer an einer Schule den Antrag auf Dienstentlassung wegen

⁸⁾ Geschäftsordnung § 4.

⁹⁾ §§ 15, 16 und 22 des ang. Ges. v. 1871, § 5 der Geschäftsordnung.

¹⁰⁾ § 15 des ang. Ges. v. 1871, § 7 der Geschäftsordnung.

¹¹⁾ Kirchenges. betr. Uebertragung von Befugnissen der Synode an den Synodalausschuß, v. 16. Juni 1893 (Nr. 34).

¹²⁾ § 27, 1 des ang. Ges. v. 1871.

¹³⁾ § 3 des Ges., die Inspektionssynoden betr., v. 6. Jan. 1873 (Nr. 5).

¹⁴⁾ § 27, 2 des ang. Ges. v. 1871. Vgl. unten § 72.

- religiöser Irrlehre oder amtsunwürdigen oder sonst mit seinem Amte unvereinbaren Verhaltens, zu stellen¹⁵⁾;
- c. wenn das Konsistorium für nötig hält, einen Prediger wegen Unfähigkeit zur ferneren Versetzung seines Amtes ohne seine Zustimmung zu emeritieren¹⁶⁾;
 - d. wenn das Konsistorium beim Landesfürsten den Antrag auf Entziehung des Ruheeinkommens gegen einen Emeritierten stellt, weil derselbe sich weigert, wieder im Dienste der Landeskirche tätig zu werden¹⁷⁾;
 - e. wenn seitens der Beteiligten gegen die Beschlüsse des Kirchenvorstandes wegen Entziehung oder Wiederbeilegung der kirchlichen Vollberechtigung Beschwerde verfolgt ist¹⁸⁾;
 - f. wenn gegen eine Verfügung des Konsistoriums wegen Versagung der Trauung Rekurs an den Landesherrn verfolgt ist (§ 17)¹⁹⁾;
 - g. wenn das Konsistorium die Versetzung eines Geistlichen, der zehn oder mehr Dienstjahre auf ein und derselben Pfarrstelle zugebracht hat, im kirchlichen Interesse der betreffenden Gemeinde für erforderlich hält, der betreffende Geistliche aber mit der Versetzung nicht einverstanden ist, und nun über die Notwendigkeit der Versetzung entschieden werden muß²⁰⁾.

In den Fällen 1, 2a und 2f beschließt der Synodalausschuß als Kollegium für sich; falls es jedoch von ihm gewünscht oder von der Kirchenregierung für zweckmäßig erachtet wird, tritt er vor seiner Beschlußfassung mit dem Konsistorium in einer Sitzung desselben zu gemeinsamer Beratung zusammen.

In den Fällen 2b, c, d, e und g dagegen werden die Mitglieder des Synodalausschusses mit den Mitgliedern des Konsistoriums zu einem Kollegium vereinigt, welches unter dem Vorstehe des Konsistorialpräsidenten über die Angelegenheit berät und Beschluß faßt.

¹⁵⁾ § 4 des Gef., das Disziplinarverfahren gegen Kirchendiener betr., v. 15. Juni 1890 (Nr. 70); § 10 des Kirchenges., die Oberaufsicht über die Kirchendiener betr., v. 1. Dez. 1890 (Nr. 71). Vergl. unten § 97. —

¹⁶⁾ § 27, 3 des ang. Gef. v. 1871, § 3 des Kirchenges., die Emeritierung betr., v. 1. Dez. 1882 (Nr. 46). Vgl. unten § 96. —

¹⁷⁾ § 17, 5 des Kirchenges., die Emeritierung betr., v. 1. Dez. 1882 (Nr. 46). Vgl. unten § 96.

¹⁸⁾ § 16 des Kirchenges., die Verletzung kirchlicher Pflichten betr., v. 14. März 1889 (Nr. 10).

¹⁹⁾ § 8 des Kirchenges., die kirchliche Trauung betr., v. 8. Dez. 1875 (Nr. 91).

²⁰⁾ Kirchenges., das Eigentum der Geistlichen der ev.-luth. Landeskirche betr., v. 28. Juni 1902 (Nr. 28) § 11. Auf Geistliche der Stadt Braunschweig und Militärpfarrer findet diese Bestimmung keine Anwendung (§ 13 des ang. Kirchenges. v. 1902).

Der Synodalausschuß für sich allein berät unter der Leitung eines von ihm gewählten Vorsitzenden, auf dessen Berufung er zusammentritt. Über die Beratungen wird ein Protokoll geführt; dasselbe muß der Landessynode vorgelegt werden²¹⁾.

B. Inspektionen. Inspektionsynoden.

§ 24. Inspektionen. Generalinspektionen.

Behuf der kirchlichen Verwaltung ist das Gebiet der Landeskirche (§ 6) in eine Anzahl von Bezirken „Inspektionen“, eingeteilt, an deren Spitze je ein Superintendent steht¹⁾. Unter besonderen Umständen können mehrere Inspektionen vorübergehend einem und demselben Superintendenten unterstellt werden. Umfaßt die Inspektion ausschließlich das Gebiet einer Stadt, so wird sie „Stadtinspektion“ genannt.

Die Inspektionen sind größtenteils wieder zu Generalinspektionen verbunden, deren Gebiet sich im allgemeinen mit dem der sechs staatlichen Verwaltungskreise (Kreisdirektionen) deckt und nur an einzelnen Stellen abweichende Grenzen hat²⁾. Ausgenommen vom Generalinspektionsverbande sind nur die Stadtinspektionen Braunschweig und Wolfenbüttel, welche ohne Vermittelung eines Generalsuperintendenten unmittelbar dem Konsistorium unterstehen³⁾. — Im Gegensatz zu den Generalinspektionen werden die Inspektionen auch als „Spezialinspektionen“ bezeichnet⁴⁾.

An der Spitze einer Generalinspektion oder mehrerer zeitweilig verbundener Generalinspektionen⁵⁾ steht ein Generalsuperintendent. — Während die

²¹⁾ § 28 des Gef., die Errichtung einer Landessynode betr., v. 31. Mai 1871 (Nr. 34); § 46 bis 49 der Geschäftsordnung v. 13. Nov. 1872 (Nr. 57).

¹⁾ Eine Ausnahme machen die Pfarrbezirke Lunsen und Thedinghausen, in denen die Geschäfte des Superintendents, soweit erforderlich und angängig, durch den Pastor primarius von Lunsen wahrgenommen werden.

²⁾ S. die folgende Uebersicht, in welcher bei den Ortschaften, die nicht der am regelmäßigen Sitze der Generalinspektion befindlichen Kreisdirektion angehören, ein bezüglichlicher Vermerk gemacht ist. — Die Grenzen der Inspektionen weichen von denen der Amtsgerichtsbezirke so vielfach ab, daß es keinen Nutzen hat, sie in Vergleich oder Beziehung zu setzen.

³⁾ § 1 des Kirchenges. v. 4. Jan. 1881 (Nr. 1). — In dem Pfarrbezirke Lunsen-Thedinghausen werden die Geschäfte des Generalsuperintendenten in jedem einzelnen Falle durch den vom Konsistorium besonders damit Beauftragten versehen, da er nicht ständig mit einer bestimmten Generalinspektion verbunden ist.

⁴⁾ Ausnahmsweise wird der Ausdruck „Spezialinspektion“ auch im Gegensatz zu „Stadtinspektion“ gebraucht; s. § 3 und 6 des Kirchenges., die Einrichtung von Inspektionsynoden betr., v. 6. Jan. 1873 (Nr. 5).

⁵⁾ Zur Zeit (1902) ist die Generalinspektion Holzminden mit der Generalinspektion Gandersheim und die Generalinspektion Blankenburg mit der Generalinspektion Wolfenbüttel verbunden.

Grenzen der Generalinspektionen und Inspektionen feststehen⁶⁾, ist der Sitz ihrer Vorsteher, der Generalsuperintendenten und Superintendenten, namentlich der letzteren, nicht unveränderlich. Die Superintendenten sind stets zugleich Prediger, und zwar besitzen sie regelmäßig ein Pfarramt innerhalb der Grenzen ihrer Inspektion. Es kommt aber auch ausnahmsweise vor, daß zum Superintendenten einer Inspektion ein Geistlicher ernannt wird, dessen Pfarrsitz außerhalb derselben liegt; ein solcher Superintendent kann dann entweder zugleich Superintendent der Inspektion sein, in welcher seine Pfarre belegen ist⁷⁾, oder mit seiner Pfarre selbst einem anderen Superintendenten unterstellt sein⁸⁾.

Zum Generalsuperintendenten wird regelmäßig ein Superintendent ernannt; der Generalsuperintendent ist daher regelmäßig zugleich Superintendent einer Spezialinspektion und Inhaber eines Pfarramtes. Es kommt jedoch auch vor, daß einem Geistlichen, welcher kein Pfarramt bekleidet und deshalb auch nicht Superintendent ist (einem geistlichen Mitgliede des Konsistoriums), das Amt des Generalsuperintendenten verliehen wird.

Ein Verzeichnis der Generalinspektionen und Inspektionen sowie eine Übersicht der Bezirke der letzteren gibt der folgende §.

§ 25. Verzeichnis der Generalinspektionen und Inspektionen. Übersicht über die Bezirke der Inspektionen und der Pfarren.

I.

Verzeichnis der Generalinspektionen und Inspektionen¹⁾.

A. Generalinspektion Wolfenbüttel.

- 1) Stadtinspektion Wolfenbüttel; vom Generalinspektionsverbande ausgenommen.
- 2) Inspektion Schöppenstedt.
- 3) „ Börßum.
- 4) „ Ahlum (Rautheim).

⁶⁾ Wegen ihrer dauernden Veränderung s. § 17, 11, durch die Umstände gebotene vorübergehende Aenderungen (Provisorien) kann das Konsistorium verfügen.

⁷⁾ So war um 1893 der Superintendent von Lichtenberg zugleich Superintendent der Inspektion Barum, der von Helmstedt zugleich Superintendent der Inspektion Wolfsdorf, der von Seeßen zugleich Superintendent der Inspektion Gittelde, der von Holzminden zugleich Superintendent der Inspektion Bevern.

⁸⁾ Vor 1892 war eine Zeit lang der Superintendent der Inspektion Langelsheim als Pastor z. S. Johannis in Wolfenbüttel dem Stadtsuperintendenten von Wolfenbüttel unterstellt.

¹⁾ Die eingeklammerten Ortsnamen bezeichnen den Amtssitz des Superintendenten im J. 1902, wo dieser nicht an dem zur Bezeichnung der Inspektion genannten Orte sich befand.

- 5) Inspektion Thiede-Engelstedt²⁾.
- 6) " Lichtenberg.
- 7) " Barum).

B. Generalinspektion Braunschweig.

- 8) Stadtinspektion Braunschweig; vom Generalinspektionsverbande ausgenommen.
- 9) Landinspektion Braunschweig³⁾.
- 10) Inspektion Timmerlah.
- 11) " Campen (Lehre).
- 12) " Wendeburg (wird seit einigen Jahren von dem Superintendenten in Timmerlah verwaltet).
- 13) Anhang. Pfarrbezirke Lunzen und Thedinghausen; ohne Superintendenten und keinem Generalsuperintendenten ständig unterstellt.

C. Generalinspektion Helmstedt.

- 14) Stadtinspektion Helmstedt.
- 15) Inspektion Wolsdorf.
- 16) " Königslutter.
- 17) " Borsfelde.
- 18) " Calvörde (Borsfelde)⁴⁾.
- 19) " Schöningen.
- 20) " Terryheim.

D. Generalinspektion Gandersheim.

- 21) Inspektion Gandersheim⁵⁾.
- 22) " Seesen⁶⁾.
- 23) " Langelsheim (Ostharlingen).

²⁾ Die früher getrennten Inspektionen Thiede und Engelstedt sind seit längerer Zeit vereinigt.

³⁾ Die s. g. Landinspektion Braunschweig unterscheidet sich von allen übrigen Inspektionen dadurch, daß in ihrem Bezirke sich kein Pfarrsitz befindet. Die Superintendenturgeschäfte in ihr besorgt der Generalsuperintendent von Braunschweig. (Vgl. unten Uebersicht der Bezirke, B. II.)

⁴⁾ Die Inspektion Calvörde ist zur Zeit (1903) dem Superintendenten von Borsfelde mit unterstellt.

⁵⁾ Mit der Inspektion Gandersheim ist durch Landesfürstl. Reskr. v. 12. Sept. 1892 die frühere Inspektion Greene verbunden (Amtsblatt S. 76).

⁶⁾ Die frühere Inspektion Gittelde ist durch Landesfürstl. Reskr. v. 12. Sept. 1892 mit der Inspektion Seesen verbunden (Amtsblatt S. 76).

E. Generalinspektion Holzminden zur Zeit (1903) mit Gandersheim vereinigt.

- 24) Stadtinspektion Holzminden.
- 25) Inspektion Bevern (Holzminden)⁷⁾.
- 26) „ Stadtdörsdorf.
- 27) „ Halle.

F. Generalinspektion Blankenburg zur Zeit (1903) mit Wolfenbüttel vereinigt.

- 28) Inspektion Blankenburg.
- 29) „ Hasselfelde.
- 30) „ Walkenried.

II.

Übersicht über die Bezirke der Generalinspektionen und Inspektionen, sowie der Kirchen und Pfarren¹⁾, unter Angabe der Zahl der für jeden Pfarrbezirk bestimmten Geistlichen²⁾.

A. Generalinspektion Wolfenbüttel.

I. Stadtinspektion Wolfenbüttel.

Das Gebiet der Stadt Wolfenbüttel mit Antoinettenruhe und Sternhaus; die Pfarrbezirke

- 1) der Hauptkirche Beatae Mariae Virginis, an welcher eine erste und eine zweite Predigerstelle;
- 2) der Kirche S. Trinitatis, welche zugleich Garnisonkirche ist;
- 3) der Kirche S. Johannis³⁾.

In der Landes-Strafanstalt ist eine Kirche und für diese ein Anstaltsgeistlicher angestellt.

II. Inspektion Schöppenstedt.

- 1) Schöppenstedt mit Zuckersabrik Altenau; eine Kirche, an der ein Pastor primarius und ein Pastor callaborator.
- 2) Verflingen R. Pf. Kl. Bahlberg R.
- 3) Eilum R. Pf. Weserlingen R.

⁷⁾ Die Inspektion Bevern ist zur Zeit (1903) dem Superintendenten von Holzminden mit unterstellt.

¹⁾ Wo die Grenzen der Generalinspektionen von denen der gleichnamigen Kreise abweichen, ist dies durch Angabe des Kreises neben dem Ortsnamen angedeutet. Die Abkürzungen R., Kap., Pf. neben den Ortsnamen geben an, daß sich eine Kirche, Kapelle, Pfarre an dem Orte befindet.

²⁾ Die Pfarrbezirke, bei welchen nichts anderes angegeben ist, haben nur einen Geistlichen.

³⁾ Die Feststellung der Grenzen dieser drei Pfarrbezirke ist erfolgt durch landesfürstl. Reskr. v. 31. Jan. 1879, Nr. 592, bekannt gemacht in den Braunschw. Anzeigen (St. 44 v. 1879) durch das Konsistorium.

- 4) Wazum R. Pf.
- 5) Eveffen mit Wirtshaus Reitling, R. Pf. Gilzum R. Sachum R.
- 6) Ampleben R. Pf.
- 7) Uehrde R. Pf.
- 8) Gr. Vahlberg R. Pf. Banskleben R.
- 9) Sambleben mit Großen-Rhode R. Pf. Kneittlingen R.
- 10) Eizum, mit Wazumer Häuschen, R. Pf. Rüblingen mit Haus im Burgtale, R.
- 11) Schlieftedt R. Pf. Warle R.
- 12) Gr. Dahlum, mit Domäne Bogtsdahlum, R. Pf. Kl. Dahlum R.
- 13) (Barnstorf R., Filiale von Watenstedt in der Inspektion Jerxheim).

III. Inspektion Börßum.

- 1) Börßum R. Pf. Bornum R.
- 2) Achim R. Pf. Kalme R.
- 3) Seinstedt R. Pf.
- 4) Hedeper R. Pf. Wegleben R.
- 5) Gr. Winnigstedt, mit Mattierzoll, R. Pf.
- 6) Kl. Winnigstedt, mit Kl. Mühle, R. Pf.
- 7) Semmenstedt, R. Pf. Timmern R.
- 8) Remlingen R. Pf.
- 9) Gr. Denkte R. Pf. Kl. Denkte R. Sottmar R. Wittmar, mit Forsthaus und Wirtshaus Afse, R.
- 10) Gr. Biewende R. Pf. Kl. Biewende R.
- 11) Rissenbrück mit Hedwigsburg, Zuckerfabrik Hedwigsburg, Bahnhof Hedwigsburg und Fährmühle, R. Pf. Meindorf R.

IV. Inspektion Ahlum.

- 1) Salzdahlum R. Pf.
- 2) Ahum R. Pf.
- 3) Dettum R. Pf. Mönche-Vahlberg mit Zuckerfabrik und Haltestelle Dettum R.
- 4) Apelnstedt R. Pf. Volzum R.
- 5) Ahlum R. Pf. Wendessen, mit Fischerbrücke, R.
- 6) Kl. Stöckheim (Kr. Braunschw.) R. Pf. Melverode (Kr. Braunschw.) R.
- 7) Beltheim a. d. Ohe (Kr. Braunschw.), mit Kl. Beltheim und Bogtsmühle, R. Pf.
- 8) Cremlingen (Kr. Braunschw.) mit Cremlingerhorn und Fischerhaus R. Pf. Schulenrode (Kr. Braunschw.) R.

- 9) Destedt (Kr. Braunsch.) R. Pf. Hemkenrode (Kr. Braunsch.) R.
- 10) Erkerode (Kr. Braunsch.) R. Pf. Luchlum (Kr. Braunsch.) mit Kupfermühle, Vorwerk Reitling und Steinmühle, R.
- 11) Högum (Kr. Braunsch.) R. Pf.
- 12) Rautheim (Kr. Braunsch.) R. Pf. Mönche-Schöppenstedt (Kr. Braunschweig) mit Schöppenstedter Turm, R.
- 13) Mascherode (Kr. Braunsch.) R. Pf.
- 14) Ober-Siedte (Kr. Braunsch.) R. Pf.; dazu Nieder-Siedte (Kr. Braunschweig) und Neu-Erkerode. In Neu-Erkerode ein Anstaltsgeistlicher.

V. Inspektion Thiede-Engelnstedt.

- 1) Thiede mit Hoheweg, Thiederhall und Vindenberg, R. Pf. Steterburg R.; dazu Mortenhof.
- 2) Gr. Stöckheim, R. Pf. Leiferde mit Thiedebach, R.
- 3) Halchter, mit Bungenstedter Turm, Monplaisir und Weiße Schanze, R. Pf. Linden R.
- 4) Fümmlse, mit Teichmühle, R. Pf. Drütte R.
- 5) Ubersheim R. Pf. Immendorf R.
- 6) Beddingen R. Pf. Blesenstedt R.
- 7) Geitelde R. Pf. Stiddien R.
- 8) Sauingen R. Pf. Uefingen R.
- 9) Engelnstedt R. Pf. Hallendorf R.
- 10) Broistedt R. Pf.
- 11) Ballstedt (Kr. Braunsch.) R. Pf.
- 12) Alwesse (Kr. Braunsch.) R. Pf. Wierthe (Kr. Braunsch.) R.
- 13) Bodensiedt (Kr. Braunsch.) R. Pf.
- 14) Köchingen (Kr. Braunsch.) R. Pf. Liebingen (Kr. Braunsch.) R.

VI. Inspektion Lichtenberg.

- 1) Lichtenberg, mit Burgberg und Altenhagen, R. Pf.
- 2) Burgdorf R. Pf. Nordassel R. Hohenassel Kap.
- 3) Berel R. Pf.
- 4) Westerlinde R. Pf. Osterlinde R.
- 5) Woltwiesche R. Pf.
- 6) Barbecke R. Pf.
- 7) Lesse R. Pf.
- 8) Delber am weißen Wege, mit Rast, R. Pf.
- 9) Reppner, mit Altemühle, R. Pf.

VII. Inspektion Varum.

- 1) Varum R. Pf. Gramme R.
- 2) Lebenstedt, mit Neue Mühle, R. Pf.
- 3) Gebhardshagen R. Pf. Engerode R. Calbecht R.
- 4) Leinde R. Pf. Watenstedt R.
- 5) Salder R. Pf.
- 6) Bruchmachtersen, mit Sucops Mühlen, R. Pf.
- 7) Lobmachtersen R. Pf. Heerte R.

B. Generalinspektion Braunschweig.

I. Stadtinspektion Braunschweig.

Das Gebiet der Stadt Braunschweig, mit Dovensee und Münzberg, sowie dem westlich der Wabe belegenen Teile von Gliesmarode, jedoch ohne Eisenbüttel und Richmond; die Pfarrbezirke

- 1) der S. Magnifikirche, mit einer ersten und einer zweiten Predigerstelle;
- 2) der S. Catharinenkirche, mit einer ersten und einer zweiten Predigerstelle;
- 3) der S. Martinikirche, mit einer ersten und einer zweiten Predigerstelle;
- 4) der Kirche S. Andreas mit einer ersten und einer zweiten Predigerstelle;
- 5) der Kirche S. Ulrichi (Brüderkirche) mit einer ersten und einer zweiten Predigerstelle;
- 6) der Kirche S. Petri mit einer Predigerstelle;
- 7) der Kirche S. Michaelis mit einer Predigerstelle und einer Kollaboratur;
- 8) der S. Johanniskirche mit einer ersten und einer zweiten Predigerstelle;
- 9) der S. Paulikirche mit einer ersten und einer zweiten Predigerstelle;
- 10) der Hof- und Domkirche S. Blasii, welche zugleich als Garnisonkirche dient, mit einer Predigerstelle;
- 11) der Kreuzlosterkirche, welche von dem Pastor zu Lehdorf (B. III. 7) mit versehen wird.

Zur Aushilfe bei den Braunschweiger Stadtgeistlichen (1—9), dem Domprediger und dem Kollaborator zu S. Michaelis sind zwei sog. Stadtabjunkte angestellt*).

Ferner hat das Marienstift eine eigene Kirche mit einem Anstaltsgeistlichen, und die Strafanstalt eine Kirche, welche von einem der im Bezirke der Stadt tätigen Geistlichen, kraft besonderen Auftrages der Landesregierung, mit ver-

*) Die Obliegenheiten der beiden Stadtabjunkte, oder des ersten und zweiten Kollaborators des geistlichen Ministeriums, sind geregelt in der durch Konsistorialreskript Nr. 3816 v. 4. April 1896 genehmigten Instruktion v. April 1896.

sehen wird. — In der Stadt Braunschweig hat ein Vereinsgeistlicher des evangelischen Vereines im Herzogtum Braunschweig seinen Wohnsitz.

II. Landinspektion Braunschweig

(vgl. oben Verzeichnis der Inspektionen B, 9).

Rühme mit Wendenturm, eingepfarrt in S. Magni zu Braunschweig;
 Beltenhof, soweit es lutherisch ist, gleichfalls in S. Magni eingepfarrt;
 Eisenbüttel, in S. Magni eingepfarrt;
 Richmond, in S. Magni eingepfarrt.

III. Inspektion Zimmerlah.

- 1) Zimmerlah R. Pf. Sonnenberg R. Broigem mit Rothenburg R.
- 2) Denstorf R. Pf., dazu Kl. Gleidingen; Gr. Gleidingen R. Lamme R.
- 3) Bortfeld R. Pf.
- 4) Wedtlenstedt R. Pf. Bechelde R., dazu Bechelade.
- 5) Völkenrode R. Pf. Watenbüttel, mit Steinhof und Affeburg, R.
- 6) Delper, mit dem Pavelschen Holze, R. Pf.
- 7) Lehn Dorf, mit Landesbaumschule und Rastturm, R. Pf. (vgl. B. I, 9).
- 8) Rünigen R. Pf.

IV. Inspektion Campen.

- 1) Lehre R. Pf.
- 2) Duerum Kap. Pf. Ribdagshausen, mit Entenfang, Fischerhaus, Grüne Jäger, Linden, Mastbruch, Müdenburg, Rußberg und Trainiranstalt R.; dazu Glesmarode.
- 3) Gondelage R. Pf.
- 4) Wendhausen R. Pf.
- 5) Wenden R. Pf. mit Thune⁴⁾.
- 6) Volkmarode, mit Moorhütte, R. Pf., dazu Dibbesdorf, Eßhof und Schapen, Weddel R.
- 7) Flechtorf, mit Campen, R. Pf. Beienrode R.
- 8) Gr. Brunsrode R. Pf., dazu Kl. Brunsrode.
- 9) Gordorf R. Pf.
- 10) Gardessen R. Pf. Schandelah R.
- 11) Bevenrode R. Pf. Bienrode⁵⁾ R. Waggum R.
- 12) Abbenrode R. Pf.

⁴⁾ Zum Bezirke der Kirche in Wenden gehören ferner die preussischen Weiler Wendebrück und Wendemühle.

⁵⁾ Zum Bezirke der Kirche in Bienrode gehört ferner die preussische Ortschaft Bedtsbüttel.

V. Inspektion Wendeburg⁶⁾.

- 1) Wähle R. Pf. Sophiental R., dazu Fürstenau.
- 2) Wendeburg R. Pf., dazu Wendezelle und Zweidorf. Harvesse R.
- 3) Bettmar R. Pf. Sierße R.
- 4) Meerdorf R. Pf.
- 5) Duttonstedt R. Pf. Effinghausen Kap.
- 6) Delsburg R. Pf. dazu Neu-Delsburg.

VI. Pfarrbezirke Lunsen und Theedinghausen.

- 1) Lunsen, R. Pf., dazu Holtorf, Werder, Ahßen und Deßen⁷⁾
- 2) Theedinghausen (Hagen, Bürgerei und Westermisch) R. Pf.⁸⁾; dazu Emtinghausen, Bahlum, Dibbersen, Donnerstedt, Eißel und Horstedt.

C. Generalinspektion Helmstedt⁹⁾.I. Stadtinspektion Helmstedt¹⁰⁾.

Das Gebiet der Stadt Helmstedt mit Ausschluß der zum Kirchenbezirk von Marienberg (s. unten C. 2) gehörigen Teile; der Pfarrbezirk der Kirche S. Stephani, an welcher eine erste und eine zweite Predigerstelle und eine Kollaboratur. Innerhalb dieses Pfarrbezirktes liegt auch die S. Walpurgis-Kirche, welche derselben Kirchengemeinde dient.

II. Inspektion Wolsdorf.

- 1) Wolsdorf, mit Lagnmühle und Grube Prinz Wilhelm, R. Pf. Runstedt, mit Trendelbusch R.
- 2) Marienberg, mit der Helmstedter Vorstadt Neumark, dem Gesundbrunnen, den Holzmühlen, der Mesekenheide, dem Zechenhaus und dem Felsenkeller, R. Pf. Innerhalb dieses Bezirktes (bei der Neumark) liegt die Georgskapelle, welche derselben Kirchengemeinde dient.

⁶⁾ Neubrück und braunschweigisch Woltorf sind mit den preussischen Kirchenbezirken Tiddersee bzw. preuß. Woltorf verbunden.

⁷⁾ Zum Bezirke der Kirche in Lunsen gehören ferner die preussischen Ortschaften Morjum, Wilmstorf, Beppen, Nottorf, Hagen und Grinden.

⁸⁾ Der Pastor zu Theedinghausen ist Kompastor zu Lunsen und hat als solcher in bestimmtem Umfange Gottesdienst in der Lunsener Kirche und Leichenbegleitung auf dem Lunsener Friedhöfe zu verrichten.

⁹⁾ Die 1761 eingeführte Teilung dieser Generalinspektion in die beiden Generalinspektionen Schöningen und Helmstedt ist 1810 wieder aufgehoben.

¹⁰⁾ So lange die Stelle des General- und Stadtsuperintendenten mit der ersten Predigerstelle zu S. Stephani verbunden bleibt, soll diese nach Abmachungen aus dem J. 1845 vom Landesfürsten besetzt werden und das von dem Helmstedter Stadtmagistrate beanspruchte Recht der Präsentation zu beiden Predigerstellen auf die zweite Stelle beschränkt sein. Die Frage, ob dem Stadtmagistrate ein Recht der Präsentation zu der ersten Stelle ursprünglich zustünde, ist dabei offen gelassen.

- 3) Emmerstedt mit Brunssole, der Grube Emma, den Thonwerken und der Bitriolhütte, R. Pf.
- 4) Näfte, mit Brunsleberfeld, R. Pf.
- 5) Frellstedt, mit der Zuckerraffinerie und der Rothemühle, R. Pf.
- 6) Warberg R. Pf.
- 7) Mariental R. Pf. Barmke mit Buschmühle und Grube Bertha, Kap. Grasleben R.

III. Inspektion Königslutter.

- 1) Stadt Königslutter R. Pf. Rottorf R.
- 2) Stift Königslutter, mit der Heil- und Pflegeanstalt, Lutterspring und Hagenhof, R. Pf., dazu Oberlutter und Schickelsheim. Sunstedt R.
- 3) Borum R. Pf.
- 4) Lauingen R. Pf. Nieseberg mit Glüsig und Purismühle R.
- 5) Scheppau R. Pf. Rothenkamp R.
- 6) Glentorf R. Pf. Boimstorf R.
- 7) Zelm R. Pf. Langeleben R.
- 8) Süplingen mit dem Nordschacht der Grube Prinz Wilhelm, R. Pf.
- 9) Süplingenburg R. Pf. Im Bezirk der Kirche liegt die S. Peterskapelle. Gr. Steinum R.

IV. Inspektion Vorsfelde¹¹⁾.

- 1) Vorsfelde R., an der eine Primariat- und eine Diakonatspfarrstelle; dazu: Brackstedt, Brechtorf mit Wippermühle, Dandorf, Eischott, Kästorf¹²⁾, Neuhaus mit Sandfrug, Reislungen, Rühren, Belstove, Warmenau mit Landwehr und Wendshott.
- 2) Parsau mit Siebel R. Pf.; dazu Bergfeld und Ahnebeck.
- 3) Bahrdorf, mit Blanken und Fleitzmühle, R. Pf.; dazu Papenrode. Rickensdorf, mit Waldmühle, R.; dazu Querenhorst.
- 4) Gr. Twülpstedt R. Pf.; dazu Kl. Twülpstedt, Gr. Sisbeck mit Hagholz, Kl. Sisbeck und Rümmer.
- 5) Graffhorst R. Pf.
- 6) Volkmarisdorf R. Pf. Nordsteimke R.
- 7) Saalsdorf mit Altena R. Pf. Madendorf R.
- 8) Belpke, mit Grasemühle, R. Pf. Meynkoth Kap. Wahrstedt R. dazu Büstedt.

¹¹⁾ Hoytlingen und Tiddische sind mit dem preussischen Pfarr- und Kirchenbezirke Zemble verbunden.

¹²⁾ Wegen Kästorf vgl. Amtsblatt, 1890 S. 62 ff.

V. Inspektion Calvörde.

- 1) Calvörde mit Wannewehmühle, R. Pf. Dazu Löffewitz, Berenbrook, Parleib, Belsdorf, Elsebeck Kap. und Jeseritz mit Kolonie Kämeritz, Kap.
- 2) Uthmöden, mit Born, Horstmühle und Nantenhorst, R. Pf. Zobbenitz R.; dazu Dorst.

VI. Inspektion Schöningen.

- 1) Das Gebiet der Stadt Schöningen einschließlich des Fährturms und der Grasmühle, mit Ausschluß jedoch der zum Kirchenbezirk von S. Lorenz (s. unten 2) gehörigen Teile; der Pfarrbezirk der S. Vinzenz-kirche, an welcher ein Pastor primarius und ein Pastor diaconus. Der Letztere ist zugleich Prediger an der in dem Pfarrbezirke belegenen Clauskapelle.
- 2) Hoiersdorf mit Fleitsmühle und Kalte Thal R. Pf. Schöningen, Bezirk der S. Lorenzkirche, mit der Klosterfreiheit und dem Westendorfe.
- 3) Büddenstedt R. Pf.¹³⁾. Alversdorf mit Teichmühle R.
- 4) Esbeck R. Pf.
- 5) Ofleben mit Grube Treue R. Pf., Reinsdorf R., dazu Hohnsleben.
- 6) Dobbeln mit Tegelmühle R. Pf.
- 7) Twieflingen R. Pf. Wobek R.
- 8) Söllingen R. Pf.

VII. Inspektion Zerzheim.

- 1) Zerzheim, mit dem Bahnhofe Zerzheim, R. Pf.
- 2) Beierstedt R. Pf.
- 3) Gevensleben R. Pf.
- 4) Ingeleben R. Pf.
- 5) Watenstedt R. Pf. (Barnstorf R. s. Inspektion Schöppenstedt).
- 6) Hessen (Kr. Wolfenbüttel) mit Hessenbau und Untermühle R. Pf.
- 7) Pabstorf (Kr. Wolfenbüttel) R. Pf. dazu auch der preussische Teil des Ortes.

D. Generalinspektion Gandersheim.

I. Inspektion Gandersheim.

- 1) Gandersheim, mit Ludolfsbad, Villa Valida, Waldschlößchen und Wilhelm-Auguststift, R. Pf.; ein Pastor primarius und ein Com-pastor. Im Pfarrbezirke liegt die S. Georgskapelle. Dazu Sebolds-

¹³⁾ Zum Bezirke der Kirche in Büddenstedt gehört ferner die preussische Ortschaft Wulfersdorf.

- hausen Kap., Wrescherode (ohne Schachtenbeck, s. unten 7) Kap. Nim-
merode Kap. und Bentierode Kap.¹⁴⁾.
- 2) Ahlshausen mit Sievershausen K. Pf. Nittierode mit Hellenmühle K.
 - 3) Gehrenrode K. Pf. Helmscherode Kap.
 - 4) Gremshheim K. Pf. Wolperode K., dazu Adenhausen, Kap., Alt-Gan-
dersheim K.
 - 5) Heckenbeck mit Hilprechtshausen K. Pf., Elus mit Brunshausen K.,
dazu Dankelsheim Kap.
 - 6) Opperrhausen mit Osterbruch und Oyershausen K. Pf. Orsheim Kap.
 - 7) Ellierode¹⁵⁾ K. Pf., dazu Schachtenbeck.
 - 8) Greene K. Pf., ein Pastor primarius und ein Pastor collaborator.
Dazu Bruchhof, Kreienfen Kap., Beulshausen Kap., Orsheim mit
Wahnemühle Kap., Haieshausen Kap., Billerbeck Kap., Garlebsen Kap.,
Ippensen, Erzhausen Kap.
 - 9) Brunsen mit Mühlenbeck K. Pf., dazu Holtershausen. Stroit K.
 - 10) Delligsen mit Carlshütte und Dülsterntal K. Pf., dazu Varrigsen Kap.
Kaiserde mit Mitthal, Hainbruch und der Pappensfabrik K.
 - 11) Naänsen mit Langenstruck und Weddehagen K. Pf. Ammensen K.
 - 12) Wenzen K. Pf., dazu Voldagsen Kap., Hallensen Kap., Bartshausen
Kap. und Eimen (Kr. Holzminden) mit Vochmühle Kap.
 - 13) Brunkensen (Kr. Holzminden) mit Grenzkrug und Odenberg K. Pf.
Dazu Coppengrave Kap., Hohenbüchen K.

II. Inspektion Seesen.¹⁶⁾

- 1) Seesen mit Grüne Jäger, Klingenhausen, obere, mittlere und untere
Mühle, K. Pf.; ein Pastor primarius und ein Pastor diaconus.
- 2) Bodenburg, Bezirk der Kirche S. Laurentii, K. Pf. Dazu Destrum Kap.
- 3) Bodenburg, Bezirk der Kirche S. Johannis, K. Pf.¹⁷⁾.
- 4) Bornhausen mit Grube Engelhard und Langenberg K. Pf.
- 5) Bornum mit Wilhelmshütte und Neue Mühle K. Pf.
- 6) Mahlum mit Hochstedt K. Pf. Bodenstein mit Ruckucksmühle K.
- 7) Ortshausen K. Pf. Jerze K.

¹⁴⁾ Bentierode, früher zum Kirchspiele Greene gehörig, ist mittelst landesfürstl. Reskr. v. 24. Juni 1891 dem Kirchspiele Gandersheim angeschlossen (Amtsbl. 1891 S. 47).

¹⁵⁾ Ellierode, früher zur Inspektion Mittelde gehörig, ist durch landesfürstl. Reskr. v. 12. Sept. 1892 (Amtsbl. 1892 S. 76) der Inspektion Gandersheim angeschlossen. Zum

Bezirk der dortigen Kirche gehört ferner die preussische Gandersheim angeschlossen. Zum

¹⁶⁾ Laubhütte braunschweigischen Teils ist mit dem preussischen Kirchenbezirk Grund ver-
bunden; Hachenhausen (K.) mit dem preussischen Pfarrbezirk Harrihausen.

¹⁷⁾ Dem Prediger zu Bodenburg, S. Johannis, ist die kirchliche Verwaltung der preuß.

Gemeinde Eversen (K.) übertragen.

- 8) Kl. Rhüden mit Bruchmühle und Dedishausen K. Pf.¹⁸⁾.
- 9) Schlewecke mit Nienhagen K. Pf.¹⁹⁾.
- 10) Volkersheim K. Pf.
- 11) Bittelde mit Teichhütte, zwei K., eine Pf.
- 12) Badenhäusen mit Neuchütte, Neue Mühle und Oberhütte K. Pf.
Windhausen K.
- 13) Herrhausen K. Pf. Engelade mit Schlackenmühle K., dazu Dann-
hausen Kap.
- 14) Kirchberg mit Eulenburg und Hermannshäuser Mühle K. Pf. Jde-
hausen K.
- 15) Münchhof mit Fürstenhagen und Stauffenburg K. Pf.

III. Inspektion Langelshheim.

- 1) Langelshheim mit Frau-Sophienhütte und Kansteinmühle K. Pf.
- 2) Altfeld mit Juliuschütte, Marienbad, Pulvermühle und Trockenhaus
K. Pf. Wolfshagen K.
- 3) Ostharingen K. Pf.
- 4) Lutter am Barenberge²⁰⁾ mit Rohde und Rothe Teich K. Pf. Dazu
Nauen mit Pöbbeckenmühle Kap., und Neu-Wallmoden Kap.²¹⁾. Ga-
hausen mit Neukrug und Neu-Mansfeld K.
- 5) Harlingerode (Kr. Wolfenbüttel) mit Theresiental K. Pf. Schlewecke
(Kr. Wolfenbüttel) mit Okerforsthaus K.
- 6) Oker (Kr. Wolfenbüttel) mit Pinsuler Mühle, Komkerhall und Wald-
haus K. Pf.
- 7) Neustadt-Garzburg (Kr. Wolfenbüttel) mit Schulenrode, Burgberg,
Mollenhaus, Rabenklippen, Radauer Sägemühle, Wasserfall, Senn-
hütte, Wolfstein K. Pf., Bündheim mit Friederikengrube, Silberborn,
Uniongrube K.
- 8) Bettingerode (Kr. Wolfenbüttel) mit Altfeld, Gut Radau, Radauer
Mühle und Schimmerwald K. Pf. Westerode mit Mathildenhütte K.

¹⁸⁾ Zum Bezirke der Kirche in Kl. Rhüden gehören ferner die preussischen Ortschaften Gr. Rhüden (Kap.), Wohlenhausen (Kap.), Ober-Panshausen und Unter-Panshausen.

¹⁹⁾ Dem Prediger zu Schlewecke ist die kirchliche Verwaltung der preussischen Gemeinde Werder übertragen.

²⁰⁾ Lutter am Barenberge, früher zur Inspektion Seesen gehörig, ist durch landesfürstl. Refr. v. 12. Sept. 1892 (Amtsbl. S. 76) der Inspektion Langelshheim angeschlossen.

²¹⁾ Zum Bezirke der Kirche in Lutter am Bge. gehört ferner die preussische Ortschaft Ostlutter.

E. Generalinspektion Holzminden.

I. Stadtinspektion Holzminden.

- 1) Holzminden mit Wagental und Wilhelmshütte R. Pf., ein Pastor primarius, ein Pastor diaconus, der zugleich Pastor in Altendorf ist, und ein Pastor collaborator.
- 2) Altendorf mit Hohe Eiche, Pipping, Allersheim, Meiernberg, Oberhütte und Unterhütte R. Pf. (f. Holzminden). Dazu Mühlenberg Kap. (Betsaal); Neuhaus mit Sandwäsche und Silberborn Kap. (Betsaal); ferner Fohlenpladden Kap. (Betsaal).

II. Inspektion Bevern.

- 1) Bevern, mit Forst und Wilhelmstift, an welchem die Geschäfte eines Anstaltsgeistlichen vom Direktor mitversehen werden, R. Pf., dazu Lobach mit Henningsbrink.
- 2) Boffzen, mit Brückfeld, Georgshütte, Otterbach, Rottmünde, Steinfrug, Texas und Bahnhof, R. Pf., Fürstenberg mit Feldelse R.
- 3) Derenthal mit Eulenfrug, R. Pf.
- 4) Golmbach R. Pf. Dazu Warbsen mit Burgberg, Lütgenade mit Weiße Mühle, Kap. Reileitzen Kap.
- 5) Meinbrexer R. Pf.
- 6) Regenborn Pf., gehört zum Kirchenbezirk von Amelunxborn mit Duhnenmühle und Grundmühle, R. Dazu Hohenberg.
- 7) Nühle R. Pf. Dölme R.

III. Inspektion Stadtdoldendorf.

- 1) Stadtdoldendorf mit Giesenberg R. Pf. Ein Pastor primarius und ein Pastor diaconus, der zugleich Pastor in Arholzen ist, dazu Braak, Kap.
- 2) Arholzen R. Pf. (f. Stadtdoldendorf).
- 3) Deensen R. Pf. Dazu Schorborn mit Pilgrim und Schießhaus, Kap.
- 4) Dielmissen mit Angerkrug, R. Pf. Hunzen R.
- 5) Eschershausen mit Widenzen R. Pf.; ein Pastor primarius und ein Pastor diaconus. Dazu Scharfoldsendorf Kap. Holzen Kap. Luerdissen Kap., und Delcassen.
- 6) Grünenplan, mit Markeldissen und Loelmühle, R. Pf.
- 7) Heinade, R. Pf. Dazu Dentkehausen Kap. Hellenthal Kap. Merxhausen Kap.
- 8) Kirchbraak mit Osterbraak, R. Pf. Dazu Westerbraak, Buchhagen, Heinrichshagen und Breitenkamp.

- 9) Vorwohle mit Asphaltfabrik und Cementfabrik R. Pf. Dazu Mainzholzen.
- 10) Wangelnstedt, R. Pf.; dazu Emmerborn, Linnenkamp mit Holzberg Kap. und Lenne mit Gasthaus zum Hülse und Asphaltfabrik, Kap.

IV. Inspektion Halle²²⁾.

- 1) Halle mit Klippmühle, R. Pf. Dazu Wegensen, Kreipke, Dohnsen Kap., Tuchtfeld Kap. und Linse mit Thran Kap.
- 2) Bessingen R. Pf.²³⁾.
- 3) Bisperode mit Bevenser Mühle und Neuhaus R. Pf.²⁴⁾.
- 4) Harderode mit Haus Harderode R. Pf., Bremke mit Welliehausen R.
- 5) Schlen mit Ovelgönne R. Pf. Dazu Daspe.
- 6) Heyen R. Pf.²⁵⁾.
- 7) Hohe, R. Pf.²⁶⁾. Dazu Bröckeln mit Ernestinenthal.
- 8) Ottenstein mit Sievershagen R. Pf. Dazu Glesse und Richtenhagen Kap. Grave R.

F. Generalinspektion Blankenburg.

I. Inspektion Blankenburg.

- 1) Blankenburg mit Holzberg, Bast, Braune-Sumpf, Hefungen, Ziegenkopf R., an welcher eine erste und eine zweite Predigerstelle.

Innerhalb des Pfarrbezirkes liegt die Schloßkirche, in welcher zuweilen durch die Prediger an der Stadtkirche Gottesdienst zu halten ist, und der Georgenhof mit einer Kapelle, an welcher ein Geistlicher angestellt ist, der zugleich das Amt eines Kollaborators der beiden Prediger zu versehen hat.

Der erste der beiden Prediger ist zugleich Prediger von Michaelstein mit Viskenthal, Mönchenmühle und Münchenfelde R.

- 2) Benzingenode mit Hundsrücken R. Pf.
- 3) Börnecke mit Brockenstedter Mühle und der Haltestelle Börnecke R. Pf.
- 4) Cattenstedt R. Pf.
- 5) Heimburg mit Goldbach und Pfeifenkrug R. Pf.

²²⁾ Kemnade ist mit dem preussischen Pfarrbezirke Bodenwerder verbunden; Lütjenholzen mit dem preussischen Kirchenbezirke Hoyerhausen.

²³⁾ Zum Bezirke der Kirche in Bessingen gehört ferner die preussische Ortschaft Behrensen (Kap.)

²⁴⁾ Zum Bezirke der Kirche in Bisperode gehört ferner die preussische Ortschaft Diederßen.

²⁵⁾ Dem Prediger zu Heyen ist die kirchliche Verwaltung der preussischen Gemeinde Frenke übertragen.

²⁶⁾ Dem Prediger zu Hohe ist die kirchliche Verwaltung der preussischen Gemeinde Pegestorf übertragen.

- 6) Hüttenrode mit Eggeröder Brunnen, Kalte Thal und Garfenholz R. Pf. Dazu Neuwerk mit Marmormühle und Diabaswerk Kap.
- 7) Rübeland mit Nebelshölzer Sägemühle und Pulverfabrik R. Pf.
- 8) Timmenrode mit Helsingser Krug R. Pf.
- 9) Wienrode mit Eggeröder Forsthaus, Eggeröder Mühle und Todtenrode R. Pf. Dazu Altenbraß (Ludwigshütte) mit Wendefurth Kap. Treseburg, Kap.

II. Inspektion Hasselfelde.

- 1) Hasselfelde mit Hagenmühle R. Pf.
- 2) Alrode R. Pf.
- 3) Stiege mit Niedermühle, Kadeweg, Tiefenbacher Sägemühle, Lungenheilanstalten Albrechtshaus und Marienheim R. Pf.
- 4) Trautenstein mit Grünthal R. Pf.
- 5) Tanne R. Pf.

III. Inspektion Walkenried.

- 1) Walkenried mit Wiedigshof und Juliushütte R. Pf. Dazu Neuhof Kap.
- 2) Wieda mit Stöberhai R. Pf.
- 3) Zorge mit Drahthütte, Mittelhütte, Buddelhütte, Unterhütte und Zainhütte R. Pf.
- 4) Hohegeiß mit Wolfbachmühle R. Pf.
- 5) Braunlage mit Glashütte, Königskrug und Baldmühle R. Pf.

§ 26. Inspektionssynoden; Inspektionssynodalausschuß.

Zur Vertretung der Inspektionen (§ 24) sind Inspektionssynoden eingerichtet¹⁾. Die Mitglieder derselben werden (soweit nicht die unter 2 und 4 zu erwähnenden Ausnahmen Platz greifen) den Kirchenvorständen der zur Inspektion gehörigen Kirchenbezirke entnommen. Zu ihnen gehören

- 1) kraft ihres Amtes sämtliche geistliche Mitglieder der Kirchenvorstände;
- 2) in Folge besonderer Konsistorialverfügung Anstaltsgeistliche aus dem Bezirke der Inspektion, denen auf ihr Ansuchen die Teilnahme an der Inspektionssynode gestattet ist²⁾;

3) durch Wahl eines jeden Kirchenvorstandes oder der vereinigten Kirchenvorstände eines Pfarrbezirks ebensovielen weltliche Kirchenvorstandsmitglieder

¹⁾ Kirchenges., die Einrichtung von Inspektionssynoden betr., v. 6. Jan. 1873 (Nr. 5). Abänderungen durch die Kirchenges. v. 18. Dez. 1884 (Nr. 48), v. 25. Juni 1893 (Nr. 36), v. 24. Okt. 1901 (Nr. 51).

²⁾ Kirchenges. v. 18. Dez. 1884 (Nr. 48) § 1.

(Kirchenverordnete), als nach 1 und 2 Geistliche aus dem Kirchenbezirke bzw. Pfarrbezirke das Recht zur Teilnahme an der Inspektionsynode besitzen;

4) der Superintendent oder dessen Stellvertreter. Wo er nicht zu den unter 1 bezeichneten Geistlichen gehört (vgl. § 24), da hebt seine Teilnahme an der Inspektionsynode die grundsätzliche Gleichheit der Zahl ihrer geistlichen und weltlichen Mitglieder auf, da ihm gegenüber ein weltliches Mitglied nicht gewählt werden kann.

5) Die Mitglieder des Herzoglichen Konsistoriums. (Kirchenges. v. 24. Okt. 1901 (Nr. 51) Art. 1).

Kleinere Inspektionen können durch die Kirchenregierung behufs Bildung der Inspektionsynode mit einer benachbarten Inspektion verbunden werden³⁾.

Einen Geschäftskreis, für welchen die Inspektionsynoden tätig werden oder in Tätigkeit gesetzt werden müßten⁴⁾, gibt es nicht. Ihre Aufgabe besteht darin,

1) die „kirchlichen und sittlichen Zustände und Verhältnisse“ der Inspektion „zu beachten und zu erwägen“, sowie darauf bezügliche Ansprachen und Ermahnungen an Kirchenvorstände und Gemeinden zu erlassen⁵⁾, ferner erforderlichenfalls ihre Beobachtungen unter Anknüpfung der durch sie begründeten Anträge der Kirchenregierung vorzulegen, auch über von einzelnen Mitgliedern vorgebrachte Anträge, Wünsche und Beschwerden zu beraten, welche bestimmt sind, dem Konsistorium oder durch dessen Vermittelung der Landessynode unterbreitet zu werden;

2) die Vorlagen zu erledigen, welche ihnen durch das Konsistorium gemacht werden⁶⁾. Gegenstand solcher Vorlagen bilden in der Regel Fragen, bezüglich deren es der Kirchenregierung von Interesse ist, die Ansicht aller Kreise der Landeskirche in umfassender Weise tunlichst genau kennen zu lernen, weil man dieses Kenntnis zur Vorbereitung von Gesetzen oder Verwaltungsmaßregeln

³⁾ § 3 des ang. Kirchenges. v. 1873. Eine solche Verbindung soll endgültig erst nach Anhörung der Landessynode oder ihres Ausschusses angeordnet werden (§ 21); vorläufige Anordnung steht der Kirchenregierung zu.

⁴⁾ Für die Landessynode und für die Kirchenvorstände ist ein solcher festgestellt. § 21. § 38 ff.

⁵⁾ Art. 1 des Kirchenges., die Ergänzung des Kirchenges. wegen Einrichtung von Inspektionsynoden betr., v. 25. Juni 1893 (Nr. 36). — Die Inspektionsynoden haben nicht das Recht, von außen her Bittschriften oder Beschwerden entgegenzunehmen. Wenn es erwünscht erscheint, einen Gegenstand auf ihnen zur Sprache zu bringen, so muß ein Mitglied denselben zur Unterlage eines Vortrages oder Antrages machen.

⁶⁾ § 4, 2 a. E. des ang. Kirchenges. v. 1873. Der hier gebrauchte Ausdruck von den Kirchenbehörden ist dunkel. Die Ueberweisung von Vorlagen an die Inspektionsynoden erfolgt nur durch das Konsistorium, einerlei, ob dasselbe dazu sich aus eigenem Antriebe entschlossen hat oder durch Anweisung des Landesfürsten bestimmt ist. Zur Zustellung der Vorlagen bedient das Konsistorium sich der Superintendenten als Vorsitzender der Inspektionsynoden.

bedarf. An die Beschlüsse der Gesamtheit der Inspektionsynoden oder ihrer Mehrheit ist die Kirchenregierung nicht gebunden.

3) Die Inspektionsynode ist berechtigt, zu Zwecken der christlichen Liebestätigkeit in den Gemeinden der Inspektion — vorbehaltlich der Zustimmung der betr. Kirchenvorstände — selbständig Kirchenkollekten zu veranstalten^{6a)}.

Berufung, Eröffnung, Leitung und Schließung der Inspektionsynoden, sowie Ausführung ihrer Beschlüsse ist Sache des Superintendenten der Inspektion, bei Vereinigung mehrerer Inspektionen zu einer Inspektionsynode des Superintendenten der bedeutenderen Inspektion. Welche unter den vereinigten Inspektionen als die bedeutendere anzusehen sei, bestimmt die Regel im Abj. 2 des § 6 des ang. Kirchenges. v. 1873, wonach die Stadtinspektion der angrenzenden ländlichen Inspektion, unter mehreren ländlichen Inspektionen aber die räumlich größere der kleineren vorgehen soll. Im Zweifel hat die Kirchenregierung über die Anwendung dieser Regel auf den einzelnen Fall zu entscheiden.

Die Inspektionsynoden sollen sich alle zwei Jahre im Sommer, regelmäßig während des Juni oder Juli, versammeln. Außerordentliche Inspektionsynoden nach Bedarf anzuordnen, ist Sache der Kirchenregierung⁷⁾.

Das Mandat der gewählten Abgeordneten bezieht sich nur auf eine ordentliche Inspektionsynode; es währt jedoch bis zur Berufung der nächsten ordentlichen Inspektionsynode, umfaßt also inzwischen etwa zusammentretende außerordentliche Versammlungen mit⁸⁾. Für letztere ist die Synode nötigenfalls durch Nachwahlen zu ergänzen. Das Mandat der Ausschußmitglieder (s. unten) dauert fort, bis die nächste Inspektionsynode in ordentlicher Sitzung eine Neuwahl vorgenommen hat⁹⁾. Die Wahlen der Abgeordneten haben nach jeder Einberufung stattzufinden; sie werden unter Leitung der Vorsitzenden der Kirchenvorstände von den weltlichen Mitgliedern der letzteren (also ohne Beteiligung der Vorsitzenden an der Stimmenabgabe) vorgenommen¹⁰⁾. Die Einberufung soll dem Termine des Zusammentrittes der Inspektionsynode 4 Wochen vorausgehen.

Nach dem Zusammentritt erwählt die Synode einen Stellvertreter des Vorsitzenden („Vize-Vorsitzenden“), welcher dem Kreise ihrer weltlichen Mitglieder angehören muß, einen Schriftführer, einen geistlichen und einen weltlichen

^{6a)} Kirchenges. v. 24. Okt. 1901 (Nr. 51) Art. 6b.

⁷⁾ § 1 Abj. 3 des ang. Kirchenges. v. 1873; vgl. oben § 17 Anm. 3.

⁸⁾ Art. 6 des ang. Kirchenges. v. 25. Juni 1893 (Nr. 36).

⁹⁾ Art. 3a des Kirchenges. v. 24. Okt. 1901 (Nr. 51).

¹⁰⁾ § 1 des ang. Kirchenges. v. 1884.

Beisitzer, welche mit dem Vorsitzenden zusammen den Inspektionsynodalausschuß bilden. Kleinere Inspektionsynoden können beschließen, den Ausschuß nur aus den beiden Vorsitzenden und dem Schriftführer bestehen zu lassen¹¹⁾.

Zur Teilnahme an den Verhandlungen der Inspektionsynoden sind der Generalsuperintendent und der weltliche Visitator befugt, jedoch ohne Stimmrecht. Im Übrigen ist der Zutritt zu den Verhandlungen nur für einen beschränkten Kreis von Personen eröffnet, nämlich für die der Landeskirche angehörigen Geistlichen, Lehrer, Kirchenpatrone, Kirchenverordneten und die Mitglieder der Landessynode¹²⁾.

Über den Verlauf der Verhandlungen und die gefaßten Beschlüsse hat der Inspektionsynodalausschuß unter Beifügung des Protokolls an das Konsistorium zu berichten¹³⁾. Die Akten der Inspektionsynoden und ihrer Ausschüsse hat der Superintendent mit der Inspektionsregistratur (§ 56) aufzubewahren¹⁴⁾. Bescheide, zu denen die Kirchenregierung oder das Konsistorium sich durch Beschlüsse von Inspektionsynoden veranlaßt sieht, gehen an die Superintendenten zur Befolgung oder an die Inspektionsynodalausschüsse zur Mitteilung an die nächste Inspektionsynode, oder an die Kirchenvorstände der Inspektion¹⁵⁾.

Der Inspektionsynodalausschuß tritt auf Berufung des Superintendenten oder dessen Stellvertreters zusammen, so oft seine Versammlung vom Konsistorium vorgeschrieben oder vom Superintendenten für erforderlich gehalten oder von 3 Mitgliedern beantragt wird. Er ist beschlußfähig, wenn die Mehrheit seiner Mitglieder anwesend ist. Zu seinem Geschäftskreise gehört:

- 1) die Vorbereitung der Inspektionsynoden durch Erledigung aller zu dem Zwecke erforderlichen Geschäfte einschließlich der Abfassung des ihnen zu erstattenden Berichtes über die kirchlichen und sittlichen Zustände der Inspektion¹⁶⁾;
- 2) die Erledigung und Ausführung ihrer Beschlüsse, die dazu erforderliche Berichterstattung an das Konsistorium oder Veranstaltung von Mitteilungen an die Gemeinden; desgl. die Erledigung von Aufträgen des Konsistoriums¹⁷⁾;
- 3) die Aufrechterhaltung kirchlicher Sitte und Ordnung und die Erhaltung des kirchlichen Friedens in der Inspektion im Auge zu haben, den Superin-

¹¹⁾ Art. 3 § 7 des ang. Kirchenges. v. 1893, wo auch spezielle Vorschriften über die Wahl des Ausschusses im Falle der Vereinigung zweier Inspektionen. Art. 2 des Kirchenges. v. 24. Okt. 1901 (Nr. 51).

¹²⁾ § 2 des ang. Kirchenges. v. 1884.

¹³⁾ Art. 3 § 8 unter 4 des ang. Kirchenges. v. 1893.

¹⁴⁾ § 9 des ang. Kirchenges. v. 1873 und Art. 4 des ang. Kirchenges. v. 1893.

¹⁵⁾ Art. 3 § 8 unter 5 des ang. Kirchenges. v. 1893.

¹⁶⁾ Art. 3 § 8 unter 1—3 des ang. Kirchenges. v. 1893. Art. 6a des ang. Kirchenges. v. 1901.

¹⁷⁾ Daf. (1893) unter 4, 5 und 6.

tendenten auf seinen Wunsch in seiner darauf bezüglichen Tätigkeit (§ 56) zu unterstützen und bei den Kirchenvisitationen (§ 52) sich durch ein geistliches und ein weltliches Mitglied vertreten zu lassen¹⁸⁾;

4) auf die Entwicklung der christlichen Liebestätigkeit, sowie der Anstalten und Vereinigungen zur Hebung und Förderung des kirchlichen Lebens in der Inspektion sein Augenmerk zu richten und die Verbindung solcher Einrichtungen mit der organisierten Kirche tunlichst herzustellen und zu pflegen¹⁹⁾.

Sämtliche Mitglieder der Inspektions-synoden erhalten Diäten zum Belaufe von 4,50 Mk. für den Tag und Reisekostenersatz zum Belaufe von 3 Mk. für die Postmeile. Die ersteren werden durch den Superintendenten auf die Kirchenkassen der Inspektion oder der vereinigten Inspektionen gleichmäßig verteilt; die letzteren fallen der Kirchenkasse des Kirchenbezirkesh oder den Kirchenkassen des Pfarrbezirkesh, welchen die einzelnen Mitglieder angehören, zur Last²⁰⁾.

Die Diäten und Reisekosten der Mitglieder des Synodalausschusses bei Gelegenheit von Geschäften, welche nicht an dem Tage der Versammlung der Inspektions-synode zu erledigen sind, werden nach Maßgabe der obigen Sätze berechnet und vom Superintendenten auf die Kirchenkassen der Inspektion verteilt; ebenso die entstehenden Korrespondenz- und Druckkosten; Druckkosten jedoch nur, wenn die Kirchenkassen vermögend sind oder die zuschusspflichtigen Gemeinden ihre Zustimmung erteilt haben²¹⁾.

Der Generalsuperintendent und der weltliche Visitator erhalten für die Teilnahme an einer Inspektions-synode 6 Mk. Diäten für den Tag und ebensoviel für die Nacht, sowie den Ersatz der nachzuweisenden Reisekosten aus der Konsistorialkasse (§ 109). Wegen der Vergütung, welche die Superintendenten für die Leitung der Inspektions-synoden erhalten vgl. § 56.

In den Städten Braunschweig und Wolfenbüttel sind die Befugnisse und Pflichten der Inspektions-synoden von den daselbst bestehenden Kirchenkonventen (§ 47) wahrzunehmen²²⁾.

¹⁸⁾ Das. unter 7.

¹⁹⁾ Das. unter 8.

²⁰⁾ § 10 des ang. Kirchenges. v. 1873, berichtigt durch die Bekanntmachung v. 21. Juni 1873 (Nr. 31) und abgeändert durch Kirchenges., die Vergütung der Reisekosten der Abgeordneten zu den Inspektions-synoden betr., v. 5. Juli 1897 (Nr. 24). — Die Zahlung der Diäten an Mitglieder, welche am Orte der Inspektions-synode wohnhaft sind, rechtfertigt sich durch die Rücksicht, daß ihnen die Teilnahme an derselben einen Verlust in ihren Berufs-geschäften zuziehen, oder auch Ausgaben (z. B. durch Beteiligung an einem gemeinsamen Mahle) verursachen kann.

²¹⁾ Art. 5 des ang. Kirchenges. v. 1893, Abs. 3 ang. Kirchenges. v. 1897. — Bei der Teilnahme an einer Kirchenvisitation erhalten die Mitglieder des Synodalausschusses die Reisekosten nach obiger Bestimmung ersetzt; auf Diäten haben sie keinen Anspruch, da sie von dem visitierten Prediger Bewirtung erhalten, s. § 52 bei Anm. 21.

²²⁾ § 11, 2 des ang. Kirchenges. v. 1873; § 3 des ang. Kirchenges. v. 1884.

D. Gemeinden. Kirchenvorstände.

§ 27. 1) **Gemeinde und Kirche; Mutterkirche; Filialkirche; Kapelle; Kirchengemeinde; Ortsgemeinde; Kirchenbezirk; Pfarrgemeinde; Pfarrbezirk.**

I. Die Kirchengemeinde ist die geordnete Gesamtheit derjenigen Mitglieder der Landeskirche, welche behuf des Gottesdienstes an ein und dasselbe Gotteshaus, „Kirche“ im Sinne der einzelnen Kirchenstiftung (§ 113), gewiesen sind. Diese Kirche kann eine Mutterkirche oder Filialkirche sein; ersterenfalls nennt man die Gemeinde wohl Muttergemeinde, letzterenfalls Tochtergemeinde, Filialgemeinde oder Filial schlechtweg. Die rechtlichen Beziehungen zwischen einer Gemeinde und der Kirche, an die sie gewiesen ist, bilden den „Kirchenverband“. Mutterkirchen sind solche Kirchen, bei denen sich ein Pfarrsitz befindet, Filialkirchen solche, welche behuf der Verrichtung der Gottesdienste dem Prediger an einer Mutterkirche neben dieser überwiesen sind. Filialkirchen, welche früher Mutterkirchen gewesen sind, diese Eigenschaft aber durch Aufhebung des bei ihnen befindlichen Pfarrsitzes verloren haben, unterscheidet man von anderen Filialkirchen wohl durch die Bezeichnung „kombinierte Mutterkirchen“¹⁾. Wenn ein Kirchengebäude nicht zur regelmäßigen Abhaltung der Gemeindegottesdienste durch den Geistlichen dient, sondern nur ausnahmsweise dazu benutzt wird (z. B. zu Gottesdiensten an einzelnen besonderen Tagen, zur Spendung des Abendmahls an Gebrechliche u. dgl. m.), während die Gemeinde, in deren Bezirke es gelegen, für den regelmäßigen Fall einer anderen Kirche zugewiesen ist, so ist es im Rechtsinne eine „Kapelle“²⁾.

II. Den Grund für die Zuweisung der einzelnen Landeskirchenmitglieder an eine bestimmte Kirche bietet entweder ihr Wohnen in dem zu dieser gehörigen Bezirke, dem Kirchenbezirke, Kirchensprengel, Kirchspiele: der regel-

¹⁾ Die zu kombinierten Mutterkirchen gehörigen Gemeinden, deren früher vorhanden gewesen Pfarrhaus aus irgend welchen Gründen durch Veränkerung u. s. w. in Wegfall gekommen ist — vgl. Zeitschr. f. Rechtspf. Bd. 43 S. 86 ff. — sind häufig von gewissen Verpflichtungen gegen die ihnen zugeordnete Pfarre frei, welche den Filialgemeinden sonst regelmäßig obliegen, z. B. von der Verpflichtung zur Stellung von Fuhrwerk für den Transport des Predigers zu den Amtshandlungen (§ 29, § 130 Anm. 2), oder von der Verpflichtung zu Beiträgen für den Pfarrhausbau (§ 124 Anm. 11). Indessen spricht für das Vorhandensein solcher Befreiungen keine Vermutung, sondern es liegt demjenigen, der sie zu besitzen behauptet, ob, ihr Dasein bezw. ihren Umfang zu beweisen (Vgl. § 31).

²⁾ Nach diesem Gesichtspunkt ist zu entscheiden, ob einem Gebäude oder Gebäudetheile, welchem seiner äußeren Erscheinung wegen die Bezeichnung „Bethaal“ gegeben wird, die rechtliche Eigenschaft einer Kirche oder einer Kapelle zukommt. — Daß in einer Kapelle Lesegottesdienste durch den Opfermann regelmäßig gehalten werden, ändert an ihrer rechtlichen Eigenschaft nichts.

mäßige Fall; oder ihre Zugehörigkeit zu einer bestimmten Klasse von Personen bzw. zu gewissen Stiftungen oder Anstalten: die Ausnahme³⁾).

III. Die zu einem Kirchenbezirke gehörige Kirchengemeinde⁴⁾, (nach welcher der Kirchenbezirk auch wohl Kirchengemeindebezirk genannt wird) ist zu unterscheiden von der Ortsgemeinde, d. h. der geordneten Gesamtheit derjenigen Personen, welche in einer und derselben Ortschaft ihren Wohnsitz mit der Absicht dauernder Niederlassung haben, der „Gemeindengenossen“⁵⁾).

Der Kirchenbezirk kann sich räumlich decken mit dem Bezirke der Ortsgemeinde, innerhalb deren die Kirche liegt; er kann größer sein, d. h. mehrere Ortschaften mit deren Ortsgemeindebezirken umfassen, oder kleiner sein, so daß in einer Ortschaft mehrere Kirchenbezirke vorhanden sind⁶⁾).

IV. Innerhalb eines Kirchenbezirkes muß eine Kirche vorhanden sein. Der völlige Untergang einer Kirche hat das Aufhören der Selbständigkeit ihres bisherigen Bezirkes zur notwendigen Folge⁷⁾. Dasselbe wird ausgesprochen durch eine nach Anhörung der beteiligten Kirchenvorstände zu erlassende Kirchenverordnung, in welcher zugleich über die Einfügung des bisher selbständigen Kirchenbezirkes in einen anderen als dessen Teil Verfügung getroffen wird.

Es kommt ausnahmsweise vor, daß in einem Kirchenbezirke für die Kirchengemeinde mehrere Kirchengebäude vorhanden sind. Entweder können diese sämtlich für den Gemeinde-Gottesdienst derselben Gemeinde bestimmt sein⁸⁾, oder es kann das eine als Gemeindefirche dienen, während dem anderen nur die Stellung einer Kapelle zukommt⁹⁾. Kirchengebäude, welche Anstalten oder

³⁾ Wegen dieser Ausnahmefälle (Personalgemeinden, Anstaltsgemeinden) vergl. § 32.

⁴⁾ Von einer solchen (im Gegensatz zu Personal- und Anstaltsgemeinden) ist im Folgenden überall die Rede, wo das Wort „Kirchengemeinde“ ohne nähere Bestimmung gebraucht wird.

⁵⁾ S. Ges., den Wohnsitz im Herzogtum betr., v. 30. März 1873 (Nr. 15) § 1, Städteordn. v. 18. Juni 1892 (Nr. 32) § 10, Landgemeindeordn. v. 18. Juni 1892 (Nr. 35) § 12.

⁶⁾ Vgl. Nr. B. G. §§ 1 und 29. Der Fall, daß ein Kirchenbezirk mehrere Ortschaften umfaßt, ist ziemlich häufig; dagegen gibt es nur 5 Ortschaften im Herzogtum, welche in mehrere Kirchenbezirke zerfallen, nämlich Braunschweig, Wolfenbüttel, Helmstedt, Schöningen und Bockenburg. S. die Uebersicht oben im § 25 unter II.

⁷⁾ Diese Folge tritt ein, auch wenn von der untergegangenen Kirche Vermögen übrig geblieben ist, welches selbständig (als selbständige Stiftung) weiter verwaltet werden muß: sofern nicht etwa dieses Vermögen den Zweck hat, zu der Wiederherstellung der Kirche binnen absehbarer Frist die Mittel zu bieten. Beispiele der Verwaltung von Vermögen untergegangener Kirchen geben die Kasse der ehemaligen Kirche von Oberlutter, in den Händen des Kirchenvorstandes zu Stift Königslutter und die Kasse der ehemaligen Stephanskirche zu Schöningen, in den Händen des Kirchenvorstandes z. S. Lorenz daselbst.

⁸⁾ So in Helmstedt die Kirchen S. Stephani und S. Walpurgis, in Gittelde die S. Johannis- und S. Moritzkirche.

⁹⁾ So in Gandersheim der S. Georgskapelle neben der Stiftskirche, in Süpplingenburg der S. Peterskapelle neben der Johannis Kirche, in Helmstedt der S. Georgskapelle neben der Kirche von Marienberg.

Stiftungen zugehören, haben ihrem Zwecke nach keine rechtlichen Beziehungen zu der Gemeinde des Kirchenbezirkes, in welchem sie belegen sind.

V. Die ganze Fläche des Herzogtums, soweit sie Ortsgemeindebezirken, sei es städtischen oder ländlichen, zugeteilt ist, gehört ohne Ausnahme auch Kirchenbezirken an. Etwaige Zweifel über die Zugehörigkeit eines Ortsgemeindebezirkes oder Teiles eines solchen zu einem bestimmten Kirchenbezirk werden durch landesfürstliche Verfügung erledigt¹⁰⁾.

VI. Einige inländische Ortsgemeindebezirke sind ausländischen Kirchenbezirken angeschlossen¹¹⁾, wie umgekehrt einige inländische Kirchenbezirke ausländische Ortsgemeindebezirke oder Teile von solchen mit umfassen¹²⁾. Die Bewohner der mit ausländischen Kirchenbezirken verbundenen inländischen Ortschaften gehören der braunschweigischen Landeskirche an (§ 6, 3). Sie sind aber einerseits wegen mangelnder Zugehörigkeit zu einem inländischen Kirchenbezirk von der Wahrnehmung verschiedener Rechte, deren Ausübung durch jene Zugehörigkeit bedingt ist (z. B. von der Teilnahme an einem inländischen Kirchenvorstande mit ihren weiteren Rechtsfolgen) ausgeschlossen, andererseits genötigt, an den Einrichtungen der fremden Landeskirche, zu welcher der Kirchenbezirk, dem sie angeschlossen sind, gehört, in gewissem Umfange, soweit es nach den Umständen des einzelnen Falles unerlässlich ist, teilzunehmen. Insbesondere haben die Einwohner solcher Orte sich in der fremden Kirche den dort geltenden gottesdienstlichen Einrichtungen und Gebräuchen zu fügen und sich der dort vorgeschriebenen Gesangbücher, Katechismen und dgl. zu bedienen, haben auch hinsichtlich der geistlichen Amtshandlungen einschließlich der Konfirmation auf eine andere Behandlung als die Mitglieder der fremden Landeskirche, keinen Anspruch. Inwieweit sie darüber hinaus nach braunschweigischen Gesetzen bezüglich des Kirchenwesens zu leben, oder den fremden bezüglich der Gesetze sich zu fügen haben, ist nicht allgemein und grundsätzlich festgestellt¹³⁾.

¹⁰⁾ S. z. B. Landesf. Refr. v. 18. Aug. 1867 (Bege IX S. 300).

¹¹⁾ Neubrück, der braunschweigische Teil von Woltorf, Tibbische, Hottlingen, Vötgen, Hottenfen, Laubhütte, sämtlich preussischen Kirchenbezirken der Provinz Hannover angeschlossen. Vgl. § 25 unter II.

¹²⁾ Die Pfarr- bzw. Kirchenbezirke von Bierenrode, Wenden, Büddenstedt, Pabstorf, Zutter a. Berge, Bisperode und Lunzen. Vgl. § 25 unter II. — Zur Kirche und Pfarre in Altdorf halten sich tatsächlich evangelische Einwohner der preussischen Orte Stahle, Alsbaren und Luchtringen, jedoch entbehrt dieses Verhältnis der rechtlichen Grundlage und Ausgestaltung.

¹³⁾ a. Die Frage, ob die Bewohner solcher Orte die im Herzogtume eingeführte Freiheit von Stollgebühren genießen sollen, ist seitens der braunschweigischen Landesregierung bejahend entschieden, hat in diesem Sinne aber praktisch nur durch Verträge mit den einzelnen beteiligten fremden Predigern, welche nicht über deren Amtszeit hinaus gelten und

— Bezüglich der im Auslande belegenen Teile inländischer Kirchenbezirke kommen die obigen Grundsätze in umgekehrter Form gleichfalls zur Anwendung.

Der inländischen Kirchenregierung steht es frei, die Verbindung der Landesbewohner mit auswärtigen Kirchenbezirken zu lösen, sofern nicht etwa Staatsverträge diese Befugnis beschränken; das gleiche Recht unter der nämlichen Beschränkung besitzt im umgekehrten Falle die auswärtige Kirchenregierung.

VII. Was die zu den Ortsgemeindebezirken nicht gehörigen unbewohnten „Gemarkungen“¹⁴⁾ anlangt, so läßt sich deren Zugehörigkeit zu den Kirchenbezirken im allgemeinen nicht nachweisen¹⁵⁾. Wenn ihre Besiedelung eintritt, so werden sie durch Gesetz oder landesfürstl. Verordnung entweder zu selbständigen Ortsgemeindebezirken gemacht, oder vorhandenen Ortsgemeindebezirken beigelegt. Durch die bezüglichen Gesetze und Verordnungen wird regelmäßig zugleich ihre Zugehörigkeit zu einem bestimmten Kirchenbezirke ausgesprochen¹⁶⁾.

von Fall zu Fall erneuert werden müssen, gelöst werden können. In diesen Verträgen verzichten jene Prediger auf die Erhebung der Stolzgebühren von den Einwohnern der betreffenden Ortschaften gegen die Zusicherung einer dem ermittelten Durchschnittsbetrage derselben gleichkommenden festen Rente, welche aus der Klosterreinertragskasse gezahlt wird. Weigert sich ein Prediger, auf ein solches Abkommen einzugehen, so bleibt ihm die Erhebung der Stolzgebühren im braunschweigischen Teile des Kirchenbezirkes unbenommen. Die in jedem Jahre von den einzelnen Einwohnern erhobenen Beträge werden dann denselben auf Liquidation bei der Herz. Kreisdirektion aus der Klosterreinertragskasse erstattet. — Konfist.-Akten.

b. Die Frage, ob die Bewohner solcher Orte pflichtig seien, zu den nach dem Rechte der hannoverschen Landeskirche den Gemeinden obliegenden Beiträgen für Erhöhung der Predigereinnahmen zuzusteuern, ist braunschweigischerseits verneint; der von ihnen hannoverscherseits geforderte Zuschuß zu jenen Beiträgen ist jedoch, ohne Anerkennung einer bestehenden Verpflichtung, für sie tatsächlich aus der Klosterreinertragskasse geleistet. Konfist.-Akten Tibbische und Hoitlingen betr.

¹⁴⁾ Landgemeindeordnung v. 1892 § 7 und 8.

¹⁵⁾ Vgl. Ministerialreskr. v. 3. März 1846 (Bege VI S. 126).

¹⁶⁾ Dieser Bestimmung bedarf es nicht, wenn die neue Ansiedelung einem vorhandenen Ortsgemeindebezirke mit nur einer Kirche angeschlossen wird. Verbunden (bzw. in ihrer hergebrachten Verbindung bestätigt) sind in neuerer Zeit:

Brunnsleber Feld mit Hache (Ges., die Bildung von Gemarkungen im Amtsbezirke Königsutter betr., v. 28. Aug. 1860 [Nr. 27] § 5 und 14),

Grube Prinz Wilhelm und Marnische Ziegelei mit Wolsdorf (das. § 17 und Ges., die Bildung von Gemarkungen im Amtsbezirke Helmstedt betr., v. 28. Aug. 1860 [Nr. 28] § 4), Giebel mit Parsau (Ges., die Bildung von Gemarkungen im Amtsbezirke Vorsfelde betr., v. 28. Aug. 1860 [Nr. 28] § 8 und 11).

Meisefenhäide, Holzmühlen und Gesundbrunnen mit Helmstedt (Ges., die Bildung von Gemarkungen im Amtsbezirke Helmstedt betr., v. 28. Aug. 1860 [Nr. 29] § 6 und 7), Zum Born mit Uthmöden (Ges., die Bildung von Gemarkungen im Amtsbezirke Calvörde betr., v. 28. Aug. 1860 [Nr. 31] § 5 und 7),

Obere Sägemühle mit Zorge (Ges., die Bildung von Gemarkungen im Amtsbezirke Walfenried betr., v. 5. Juli 1867 [Nr. 54] § 5 und 9), Wolsbachmühle mit Hohegeiß (das. § 9 und 10),

Gatterwärterwohnung am Stemberge mit Hasselsfelde (Ges., die Bildung von Gemarkungen im Amtsbezirke Hasselsfelde betr., v. 5. Juli 1867 [Nr. 57] § 2 und 12),

VIII. Der Kirchenbezirk umfaßt die ganze, innerhalb seiner Grenzen be-

- Tiefenbacher Sägemühle und Hebestelle am Kadewege mit Stiege (daf. § 6, 7 und 8),
 Grünthal mit Trautenstein (daf. § 9 und 10),
 Brunnbachsmühle, Blaufarbenwerk, Königskrug und Röhrig'sche Glasfabrik mit Braunlage (daf. 13 und 14),
 Todtenrode mit Wienrode (Gef., die Bildung von Gemarkungen im Amtsbezirke Blankenburg betr., v. 5. Juli 1867 [Nr. 58] § 1 und 16),
 Wendefurth mit Altenbrak (daf. § 21),
 Forstgehöft auf dem Bergfelde und Zechenhaus am Kuhbache mit Mübeland (daf. § 3 und 19),
 Eggeröder Brunnen mit Hüttenrode (daf. § 4 und 18),
 Hundsrücken mit Benzingerode (daf. § 4 und 11),
 Vorwerk Hefungen mit Blankenburg (daf. § 9 und 10),
 Krug Hefungen mit Timmenrode (daf. § 9 und 15),
 Grüne Jäger mit Ribdagshausen (Gef., die Bildung von Gemarkungen im Amtsbezirke Ribdagshausen betr., v. 23. März 1872 [Nr. 13] § 3),
 Rottmünder Glashütte und Steinkrug, desgl. Forsthaus Otterbach mit Voffzen (Gef., die Bildung von Gemarkungen im Amtsbezirke Holzminnen betr., v. 23. März 1872 [Nr. 15] § 5 und 17),
 Gündelach's Wohnhaus mit Neuhaus (daf. § 8),
 Sägemühle im Fohlenplader Tale mit Holzminnen (daf. § 9),
 Domäne Forst mit Bevern (daf. § 18),
 Domäne Allersheim mit Altdorf (daf. § 18),
 Gräfl. Görz-Wrisberg'sche Gebäude am Odenberge mit Brunnen (Gef., die Bildung von Gemarkungen im Amtsbezirke Eichershausen betr., v. 23. März 1872 [Nr. 16] § 5),
 Domäne Wickenen mit Eichershausen (daf. § 9),
 Vorwerk Markfeldissen mit Grünenplan (daf. § 10),
 Schießhaus und Pilgrim mit Schorborn (Gef., die Bildung von Gemarkungen im Amtsbezirke Stadtholdendorf betr., v. 23. März 1872 [Nr. 17] § 6),
 Amelungsborn mit Regenborn (daf. § 11),
 Sievershagener Mahlmühle und Papiermühle mit Ottenstein (Gef., die Bildung von Gemarkungen im Amtsbezirke Ottenstein betr., v. 23. März 1872 [Nr. 18] § 3),
 Steinbreite und Künjsheliet (Höfe) mit Glesse (daf. § 3),
 Reitling (Wirtshaus) mit Gessen (Gef., die Bildung von Gemarkungen im Kreise Wolfenbüttel — mit Ausnahme des Amtsbezirks Harzburg — betr., v. 22. Juni 1877 [Nr. 80] § 7),
 Große Rohde mit Samleben (daf. § 7),
 Wagumer Häuschen mit Eikum (daf. § 7),
 Holzschleifereien im Oertale und Komterhall mit Ofer (Gef., die Bildung von Gemarkungen im Amtsbezirke Harzburg betr., v. 9. Sept. 1880 [Nr. 25] § 3),
 Willen und sonstige Anlagen mit Harzburg-Neustadt (daf. § 5),
 dergl. mit Harzburg-Neustadt sowie mit Bettingerode (daf. § 7),
 dergl. mit Ofer, Harzburg-Neustadt, Schlewecke, Bündheim, Bettingerode, Westerode und Harlingerode (daf. § 8),
 Zechenhaus am Hülfschachte im Elz mit Wolsdorf (Gef. v. 1. Februar 1883 Nr. 5),
 Pott'sche Holzstofffabrik mit Wolschagen (Gef. v. 21. April 1883 Nr. 17),
 Häuser Nr. 139 und 140 bei Tanne mit Tanne (Verordn. v. 19. Juli 1886 Nr. 27),
 Gasthaus auf den Rabenklippen mit Harzburg-Neustadt (Verordn. v. 22. Nov. 1886 Nr. 40),
 Fabrik bei Harzburg am Schmalenberge mit Harzburg-Neustadt (Verordn. v. 13. Febr. 1888 Nr. 9),
 Badeanstalt bei Königsutter mit Stadt Königsutter (Verordn. v. 1. Juli 1890 Nr. 31),
 Anbauerstellen und Fabriken bei Ofer mit Ofer (Gef. v. 22. März 1891 Nr. 14),
 Fabrikanlagen am Schimmerwalde mit Harzburg-Neustadt (Verordn. v. 18. April 1891 Nr. 17),
 Die seit 1883 im Elz neu eingerichteten Bergwerksgebäude sowie ein Eisenbahnwärterhaus mit Wolsdorf (Verordn. v. 22. Juli 1892 Nr. 26),
 Fabrik und Bahnanlagen bei Mübeland mit Mübeland (Verordn. v. 1. Nov. 1892 Nr. 52)

legene Fläche; daher auch Neubauten auf derselben¹⁷⁾. Wenn Ausnahmen bezüglich einzelner Grundstücke behauptet werden, so muß der Beweis dieser Behauptung erbracht werden. Insbesondere sind nicht ohne weiteres als ausgeschlossen aus dem Kirchenbezirke die Grundstücke anzusehen, welche der Gottesverehrung einer fremden Konfession oder Religion dienen; ebenso wenig die Grundstücke, welche von den Mitgliedern einer Personal- oder Anstaltsgemeinde bewohnt werden¹⁸⁾.

IX. Hinsichtlich der Mitgliederzahl können die Kirchengemeinden den von ihrem Bezirke umfaßten Ortsgemeinden gleichstehen, wenn nämlich sämtliche Gemeindegengenossen der letzteren zugleich Kirchengemeindemitglieder sind; oder sie können kleiner sein, wenn einzelnen Ortsgemeindegengenossen die Mitgliedschaft in der Kirchengemeinde abgeht (vgl. § 28). Über die Zahl und die Personen der Kirchengemeindemitglieder sollen nötigenfalls die vom Kirchenvorstande anzulegenden und zu führenden Mitgliederverzeichnisse Auskunft erteilen¹⁹⁾.

Einige Wohnhäuser mit Oberlutter (Verordn. v. 19. Febr. 1894 [Nr. 8]).

Die dem Zentralfriedhofe gegenüberliegenden Häuser mit der Stadt Braunschweig (Verordn. v. 19. März 1894 [Nr. 11]),

Stallgebäude (mit Familienwohnung) der Kohlenbergwerke im Elz mit Wolsdorf (Verordn. v. 12. Februar 1895 [Nr. 8]),

Bahnhof Eckertal und Bahnwärterhaus im Schimmerwald mit Harzburg (Ges. v. 12. Febr. 1895 [Nr. 10]),

Wirtschaft vor dem Querumer Holze mit Querum (Verordn. v. 26. Mai 1896 [Nr. 33]),

Wirtschaft bei Schöningen mit Schöningen (Verordn. v. 4. Juli 1896 [Nr. 40]),

Forstamtsgelöst im Drachenhohl mit Grünenplan (Verordn. v. 24. Aug. 1896 [Nr. 45]),

Bahnwärterhaus mit Grasleben (Verordn. v. 10. Okt. 1896 [Nr. 57]),

Die von der Invaliditäts- und Altersversicherung errichtete Heimstätte für Genesende bei Stiege mit Stiege (Verordn. v. 11. April 1897 [Nr. 4]),

Einige Wohnhäuser mit Oberlutter (Verordn. v. 7. April 1899 [Nr. 26]),

Marienheim bei Stiege mit Stiege (Verordn. v. 23. Juni 1899 [Nr. 51]),

Kapellen- und Schulgebäude mit Altenbrak (Verordn. v. 30. Juni 1900 [Nr. 32]),

Walдарbeiterhaus neben dem Forstamtsgelöst Große Rohde mit Samleben (Verordn. v. 14. März 1901 [Nr. 17]),

Bahnhof Brunnenbachsmühle mit Braunlage (Verordn. v. 2. Juni 1901 [Nr. 31]),

Anbauerwesen Nr. 46 bei Bechelade mit Bechelade (Verordn. v. 5. Juni 1901 [Nr. 32]),

Wirtschaft an Groß-Rohde mit Samleben (Verordn. v. 6. Nov. 1901 [Nr. 53]),

Anbauerwesen Nr. 48 bei Bechelade mit Bechelade (Verordn. v. 6. Okt. 1902 [Nr. 42]),

Wegen Neubildung der Gemeindebezirke im Amtsgerichtsbezirke Blankenburg f. das Ges. v. 18. Okt. 1902 (Nr. 44),

Bahnhaltestelle Sorge mit Tanne (Verordn. v. 27. Nov. 1902 [Nr. 49]).

¹⁷⁾ Vgl. z. B. Refr. des Konfist. v. 19. Apr. 1848 (Bege V S. 88).

¹⁸⁾ Mitglieder der Landeskirche, welche sich auf solchen Grundstücken niederlassen, ohne im Verbands der Personalgemeinde oder Anstaltsgemeinde zu stehen, werden demnach der Regel nach Mitglieder der Kirchengemeinde, innerhalb deren Bezirkes jene belegen sind.

¹⁹⁾ R. B. G. § 40. So weit bekannt, ist es (bis 1903) noch nirgends zur Anlegung solcher Verzeichnisse gekommen, weil bisher nirgends das Vorhandensein derselben als dringendes Bedürfnis empfunden worden. Daher fehlt es auch bisher an Vorschriften über ihre Einrichtung. Wo indeß eine stärkere Vermischung der evangelisch-lutherischen Bevölkerung mit Angehörigen anderer Konfessionen eintritt, wird das Bedürfnis sich, namentlich wegen der Kirchenvorstandswahlen (§ 34) und der Anführung der Parochiallisten (§ 30) geltend machen.

X. Veränderungen der bestehenden Kirchenbezirke anzuordnen, liegt in der Befugnis der Kirchenregierung²⁰⁾. Sie werden verfügt durch landesfürstliche Verordnung (Kirchenverordnung), nachdem die Kirchenvorstände der beteiligten Gemeinden über die Angelegenheit gutachtlich gehört sind²¹⁾; der Zustimmung der Gemeinden bedarf es nicht. Erfolgen sie im Zusammenhange mit Veränderungen der in Betracht kommenden Ortsgemeindebezirke, so müssen bezüglich der letzteren selbstverständlich die dafür geltenden gesetzlichen Bestimmungen beobachtet werden²²⁾. — Ebenso und unter Beachtung derselben Formen ist die Kirchenregierung befugt, eine Vermehrung der Zahl der Kirchenbezirke mittelst Ausscheidung und Selbständigmachung von Teilen bereits bestehender, oder umgekehrt eine Verminderung derselben mittelst Einfügung bisher selbständiger Kirchenbezirke in andere Kirchenbezirke, so daß sie deren Teile werden, anzuordnen. Die erstere Maßregel hat die Neugründung einer Kirche (§ 115), die letztere den Untergang einer vorhandenen Kirche (oben Anm. 6) zur Voraussetzung; in beiden Fällen ist vorgängig das Gutachten der beteiligten Kirchenvorstände zu hören. Wegen der Wahl des Kirchenvorstandes für die neue Kirchengemeinde s. § 36 a. G.

XI. Als Pfarrbezirke, Pfarrsprengel, Parochien werden die Bezirke bezeichnet, welche den Pfarrämtern als räumliche Unterlage und Grenze der Amtstätigkeit ihrer Inhaber überwiesen sind; die zum Pfarrbezirke gehörigen Mitglieder der Landeskirche werden als die „Parochianen“ bezeichnet; die Gesamtheit der Parochianen bildet die Pfarrgemeinde, auch wohl Parochie genannt. Die rechtlichen Beziehungen zwischen der Pfarrgemeinde und der Pfarre bilden den „Pfarrverband“. Der Pfarrbezirk enthält entweder nur einen Kirchenbezirk, in diesem Falle bezeichnen Pfarrbezirk und Kirchenbezirk denselben Raum, Pfarrgemeinde und Kirchengemeinde denselben Personenbestand; oder er umfaßt deren mehrere, nämlich die Bezirke einer Mutterkirche und einer oder mehrerer Filialkirchen (oben I)²³⁾. Das Pfarramt in einem jeden Pfarrbezirke wird regelmäßig von einem Geistlichen, ausnahmsweise

²⁰⁾ Zeitschr. f. Rechtspflege V S. 90. Vgl. oben § 17, 11.

²¹⁾ R. B. G. § 40. Unter dem hier geforderten „Gutachten der beteiligten Gemeinden“ ist das Gutachten ihrer Kirchenvorstände zu verstehen, da die Gemeinden ein anderes Organ zur Abgabe ihrer Erklärungen in kirchlichen Angelegenheiten für die regelmäßigen Fälle nicht besitzen. Wäre es die Absicht des Gesetzes gewesen, den fraglichen Fall dergestalt als Ausnahme zu behandeln, daß über ihn die Erklärung einer Gemeindeversammlung (§ 32) eingeholt werden müßte (was, da es sich nur um ein Gutachten handelt, kaum als angemessen erscheinen dürfte), so würde es diese mit bestimmten Worten ausgesprochen haben.

²²⁾ Städteordnung von 1892 § 6. Landgemeindeordnung von 1892 § 2 und 9.

²³⁾ Ortschaften, welche keine Kirche besitzen, sind nicht selbständige Filiale, sondern Teile eines Mutter- oder Filialkirchenbezirkes. Im Gegensatz zu Filialen werden sie als „eingepfarrte“ Ortschaften bezeichnet.

von mehreren verwaltet, welche entweder mit gleichen Rechten neben einander, oder im Verhältnisse der Über- bzw. Unterordnung zu einander stehen (vgl. § 59). Der Kirchenregierung steht es zu, die Grenzen der Pfarrbezirke durch Zuweisung eines Theiles eines bestehenden an einen anderen bereits bestehenden Pfarrbezirk zu ändern. Ebenso hat sie die Befugnis, die Zahl der Pfarrbezirke mittelst Ausscheidung und Selbständigmachung von Theilen bereits bestehender zu vermehren, oder umgekehrt sie durch Einfügung bisher selbständiger Pfarrbezirke in andere Pfarrbezirke, so daß jene zu Theilen der letzteren werden, zu vermindern. Die erstere Maßregel muß von der Neugründung einer Pfarre, die letztere von der Aufhebung einer vorhandenen Pfarre begleitet sein. Ebenso kann die Kirchenregierung Kirchenbezirke, welche bisher einem Pfarrverbande nicht dauernd angehört haben (Anm. 25) einem solchen dauernd einfügen. Über alle diese Maßregeln ist vorgängig das Gutachten der beteiligten Kirchenvorstände zu hören; ihrer Zustimmung bedarf es nicht²⁴⁾.

XII. Jeder Kirchenbezirk muß einem bestimmten Pfarrbezirke angehören. Ungewissheiten darüber, zu welchem Pfarrbezirke der einzelne Kirchenbezirk gehöre, werden nach Anhörung der beteiligten Kirchenvorstände durch landesfürstliche Verfügung beseitigt (§ 17, 11)²⁵⁾. Einige braunschweigische Kirchenbezirke sind ausländischen Pfarrämtern unterstellt²⁶⁾; umgekehrt einige ausländische mit braunschweigischen Pfarrbezirken verbunden²⁷⁾. Im ersten Falle gilt der ausländische Geistliche, soweit seine Tätigkeit an der inländischen Kirche und Gemeinde in Frage kommt, als inländischer Geistlicher²⁸⁾. Die Mitglieder derartiger Kirchengemeinden stehen ausschließlich unter braunschweigischem Rechte. — Im zweiten Falle untersteht der inländische Geistliche hinsichtlich seiner Tätigkeit an der ausländischen Kirche und Gemeinde der ausländischen Kirchenregierung. Der inländischen Kirchenregierung steht es frei,

²⁴⁾ Vgl. z. B. das landesf. Reskr. v. 10. Sept. 1893, die dauernde Verbindung des Kirchenbezirkes Watenbüttel mit dem Pfarrbezirke Bößenrode betr. S. Amtsblatt.

²⁵⁾ Kirchenbezirke, welche nach Wahl ihrer Angehörigen sich bald zu dem einen, bald zu dem anderen Pfarrbezirke zu halten berechtigt wären, gibt es nicht. Einige Kirchenbezirke aber sind von der Kirchenregierung aus Anlaß besonderer örtlicher Verhältnisse oder geschichtlicher Vorgänge im Laufe der Jahrhunderte wechselnd bald dem einen, bald dem anderen Pfarrbezirke zugelegt. Dieser Umstand, der zur Folge haben kann, daß ihre Zugehörigkeit zu dem Pfarrbezirke, in dessen Verbande sie jeweilig stehen, als nicht dauernd begründet erscheint, hat dazu geführt, sie wohl als *filiae vagantes* zu bezeichnen. Vgl. § 31.

²⁶⁾ Kennade und Hachenhausen, beide mit preussischen Pfarrbezirken der Provinz Hannover verbunden (vgl. § 25 unter II).

²⁷⁾ Mit den Pfarrämtern zu Boderburg S. Johannis, Schlawede, Bessingen, Heyen und Hohe (vgl. § 25 unter II).

²⁸⁾ Eine ausdrückliche Verpflichtung auf das Amt, wie sie bei den inländischen Geistlichen stattfindet (§ 73), wird herkömmlich bei diesen ausländischen Geistlichen braunschweigischerseits nicht vorgenommen.

die Verbindung des Kirchenbezirkes mit dem ausländischen Pfarramte zu lösen, sofern nicht etwa Staatsverträge diese Befugnis beschränken; das gleiche Recht unter der nämlichen Beschränkung besitzt im umgekehrten Falle die auswärtige Kirchenregierung.

§ 28. 2) Mitgliedschaft in der Gemeinde; a. Erwerb und Verlust.

Mitglied einer bestimmten Kirchengemeinde ist jeder Angehörige der Landeskirche, welcher in einem innerhalb des Kirchenbezirkes (§ 27, II) jener Gemeinde belegenen Ortschaft seinen Wohnsitz hat und daher der Ortsgemeinde in dieser Ortschaft als Gemeindeggenosse angehört¹⁾. Im Einzelnen:

1) Nur wer die Zugehörigkeit zur Landeskirche besitzt (§ 12) kann Mitglied einer Kirchengemeinde sein. Ein Fremder, welcher sich in einem inländischen Kirchengemeindebezirke mit der Absicht dauernder Niederlassung aufhält, kann in dem Zeitraum, welcher verstreicht, bevor er die Zugehörigkeit zur Landeskirche erworben, nicht Mitglied der Kirchengemeinde sein, sondern nur als Gast derselben betrachtet werden.

2) Jeder Angehörige der Landeskirche muß in einer bestimmten Kirchengemeinde die Mitgliedschaft besitzen. Eine Ausnahme tritt nur ein, wenn ein Angehöriger der Landeskirche unter Beibehaltung seiner Zugehörigkeit zu dieser seinen bisherigen Wohnsitz innerhalb eines Kirchenbezirkes aufgibt, bis dahin, daß er innerhalb eines anderen Kirchenbezirkes den Wohnsitz wieder erwirbt.

3) Jedes Mitglied einer Kirchengemeinde muß innerhalb ihres Bezirkes seinen Wohnsitz haben. Dabei ist zu beachten, daß die Ehefrauen den Wohnsitz des Mannes, die Kinder, so lange sie nicht selbständig sind, den Wohnsitz des Vaters, eventuell den der Mutter oder des Erziehers teilen. Ob der Wohnsitz frei gewählt oder ohne freie Wahl angewiesen ist, macht hinsichtlich der Zugehörigkeit zur Kirchengemeinde keinen Unterschied.

4) Wer innerhalb des Herzogtums gleichzeitig mehrere Wohnsitze in verschiedenen Kirchengemeindebezirken hat, muß als Mitglied dieser mehreren Kirchengemeinden angesehen werden.

5) In einer Kirchengemeinde, in deren Bezirke man den Wohnsitz nicht hat,

¹⁾ Unter „Wohnsitz“ ist das „juristische Domizil“, d. h. „der Aufenthalt mit der Absicht dauernder Niederlassung“ zu verstehen. Ges., den Wohnsitz im Herzogtum betr., v. 30. März 1873 (Nr. 16) § 1; Städteordnung v. 1892 (Nr. 32) § 10; Landgemeindeordnung v. 1892 (Nr. 35) § 12, B. G. B. § 7. — Die Absicht dauernder Niederlassung gilt auch als vorhanden, wenn die Dauer von vorn herein als begrenzt durch Umstände zu denken ist, welche von dem Willen der Person unabhängig sind (wie bei Beamten, Soldaten u. dgl.) Sie gilt als nicht vorhanden, wenn Jemand, ohne seinen bisherigen Wohnsitz aufzugeben, sich an einem anderen Orte, wenn auch für längere Zeit, aufhält.

die Mitgliedschaft zu erwerben, ist ausgeschlossen; umgekehrt ist unzulässig, die Mitgliedschaft in der Kirchengemeinde, in welcher man als Angehöriger der Landeskirche den Wohnsitz hat, abzulehnen.

6) Von Personen, welche der Landeskirche bisher nicht angehört haben, wird die Mitgliedschaft in der Kirchengemeinde, innerhalb deren sie den Wohnsitz haben, durch den Akt, welcher ihre Zugehörigkeit zur Landeskirche begründet (§ 12) mit erworben. Personen, welche der Landeskirche bereits angehören, erwerben die Mitgliedschaft in einer Kirchengemeinde durch Verlegung ihres Wohnsitzes in deren Bezirk.

7) Die Mitgliedschaft in einer Kirchengemeinde geht verloren

- a. durch den Verlust der Zugehörigkeit zur Landeskirche;
- b. durch Aufgeben des Wohnsitzes in dem betreffenden Kirchenbezirk.

8) Die Mitgliedschaft in einer Kirchengemeinde bringt die Mitgliedschaft in der Pfarrgemeinde, deren Bestand oder Teil jene bildet (§ 27, XI), ohne weiteres mit sich.

Bei Personal- und Anstaltsgemeinden (§ 27, II § 32) beginnt die Mitgliedschaft mit der Zugehörigkeit zu dem betreffenden Personenkreise oder der Anstalt und endet mit dem Aufhören dieser Zugehörigkeit.

§ 29. b. Rechte und Pflichten.

A.

I. Jedes vollberechtigte (§ 15) Mitglied einer Kirchengemeinde hat die Berechtigung, sich sowohl an den allgemeinen Einrichtungen der Landeskirche als an den besonderen Einrichtungen der Pfarrgemeinde und der Kirchengemeinde, denen es angehört¹⁾, nach Maßgabe der für eine jede gegebenen näheren Bestimmung zu beteiligen; vgl. wegen der kirchlichen Wahlen §§ 35 und 40, wegen der Teilnahme am Gottesdienste, an den Sakramenten und an sonstigen kirchlichen Amtshandlungen die §§ 82 bis 89. Ob, in wie weit und wann ihm diese Berechtigung entzogen werden kann, ist in den angeführten §§ ausgeführt; vgl. auch § 15, V.

II. Die Ausübung dieser Berechtigung ist zugleich kirchliche Pflicht jedes Gemeindegliedes. Ob und welche rechtliche Folgen die Unterlassung der Erfüllung dieser Pflicht nach sich zieht, ist gleichfalls in den angeführten §§ angegeben.

¹⁾ Wenn dies eine Personal- oder Anstaltsgemeinde ist, so unterliegen die Rechte und Pflichten der Gemeindeglieder Beschränkungen, welche durch die besonderen Verhältnisse einer jeden derartigen Gemeinde bedingt werden.

III. Jedes Gemeindeglied ist verbunden, sich bei Ausübung der erwähnten Berechtigungen an die Kirche, zu deren Kirchengemeinde, und an den Geistlichen, zu dessen Pfarrgemeinde es gehört, zu halten, und soll der Regel nach nicht ohne zwingenden Grund sich deshalb an einen anderen Geistlichen wenden: eine Verpflichtung, welche dem Recht des Geistlichen auf ausschließliche Vornahme der Handlungen des geistlichen Amtes in seinem Pfarrbezirke gegenübersteht (Pfarrzwang und Pfarrrecht, vgl. § 81 a. E.) Die im Rechte nachgelassenen Ausnahmen von dieser Regel und die Voraussetzungen, unter denen der ihr zuwider angegangene fremde Geistliche eine begehrte Amtshandlung vornehmen darf, sind in den unter I angeführten §§ gleichfalls besprochen.

B.

IV. Jedes Gemeindeglied, welches selbständiges Vermögen hat oder sich durch selbständigen Erwerb nährt, ist verpflichtet, nötigenfalls zu den für landeskirchliche Zwecke aufzubringenden Summen²⁾, sowie zu den Kosten, welche für die Befriedigung der kirchlichen Bedürfnisse der einzelnen Pfarrgemeinde oder Kirchengemeinde, der es angehört, aufgebracht werden müssen (Parochiallasten, f. § 30), Beiträge zu leisten, „Kirchensteuer“ zu entrichten³⁾. Herangezogen zur Kirchensteuer werden jedoch tatsächlich nur die zur Zahlung der (Orts-) Gemeinde-Abgaben Pflichtigen⁴⁾. Von diesen sodann sind kraft besonderer gesetzlicher Bestimmung kirchensteuerfrei, in den Landgemeinden die Kirchen- und Schuldiener in Betreff ihrer Dienstgrundstücke und ihres Dienst Einkommens,

²⁾ Gef., die Errichtung einer Landesynode betr., v. 31. Mai 1871 (Nr. 34) § 20, III. Vgl. oben § 21, III.

³⁾ Vgl. wegen dieser Verpflichtung, was die Landgemeinden insbesondere betrifft, z. B. die Verordnung v. 16. Juni 1750 (Frederisd. Stein. II S. 228). Daß auch die Neubauer in den Landgemeinden ihr unterliegen, ist ausdrücklich ausgesprochen, z. B. in den landesfürstl. Reskr. v. 1764 und 1765 sowie dem Konsist. Reskr. v. 1770 bei Frederisd. Stein. I S. 20.

⁴⁾ Die Beschränkung der Kirchensteuerpflichtigkeit auf die zu den Gemeindeabgaben Verpflichteten, für die Stadtgemeinden ausdrücklich ausgesprochen in § 2 des Gef. v. 26. Juni 1892 (Nr. 30), für die Landgemeinden in § 1 des Gef. v. 28. Mai 1894 (Nr. 23), ergibt sich übrigens daraus, daß die Ortsgemeinden als die Verpflichteten rücksichtlich der den einzelnen Kirchengemeinden obliegenden Kirchensteuersummen angesehen werden sollen (§ 31). Die Ortsgemeinden aber können zur Abgabenzahlung nur die nach dem Gesetze zu Gemeindeabgaben Pflichtigen heranziehen (Städteordnung von 1892 § 155 ff., Landgemeindeordnung von 1892 § 100 ff., Gemeindeabgabengef. v. 11. März 1899 (Nr. 12) §§ 27 ff.) — Zu den Ortsgemeindeabgaben können nicht herangezogen werden:

die Mitglieder der landesfürstlichen Familie,

fremde Gesandte,

diejenigen Personen, denen sonst nach völkerrechtlichen Grundsätzen oder nach besonderen, mit anderen Staaten getroffenen Vereinbarungen ein Anspruch auf Befreiung zukommt,

Besucher öffentlicher Unterrichtsanstalten, soweit sie kein selbständiges Einkommen haben, und Militärs wegen ihres Dienst Einkommens.

(Vgl. § 158 der Städteordnung v. 1892, § 106 der Landgemeindeordnung v. 1892 §§ 34,

und die Witwen der Kirchen- und Schuldiener in Betreff ihres Witwentums, jedoch nur, soweit ihnen bis 1864 tatsächlich die Kirchensteuerfreiheit zugestanden war⁵⁾; in den Städten die Kirchendiener der Kirchengemeinde oder Pfarrgemeinde, für deren kirchliche oder parochiale Zwecke die mittelst der Steuer zu deckende Ausgabe bestimmt ist, hinsichtlich ihres Einkommens von dem betreffenden Kirchendienste, endlich Witwen von solchen Kirchendienern hinsichtlich ihres Witwentums⁶⁾. Andere Befreiungen können in den Städten durch Statut eingeführt werden; umgekehrt kann in den Städten durch Statut die Befreiung der Geistlichen von der Kirchensteuer abgeschafft werden. Wer sonst noch die Freiheit von Kirchensteuer beansprucht, muß sie im Rechtswege erweisen und kann sich, bis das gelungen, der zeitweiligen Zahlung der Steuer nicht weigern⁷⁾. — Beschwerden über die Veranlagung zur Kirchensteuer werden nach den für das Verfahren bei Beschwerden gegen Veranlagung zu den Orts-Gemeindeabgaben (Kommunalsteuer) geltenden Grundsätzen behandelt⁸⁾. Die letzteren gelten auch wegen Einzahlung und Beitreibung der Kirchensteuer.

V. Jedes Gemeindeglied, welches selbständiges Vermögen hat oder sich durch selbständigen Erwerb nährt, ist ferner verpflichtet, die ihm nach örtlichem Herkommen obliegenden Abgaben und Leistungen zum Unterhalte des Predigers oder eines anderen Kirchdieners pünktlich zu entrichten, bezw. zu machen.

Als solche kamen früher vor

1) in fast allen Gemeinden eine Geldabgabe, das Bierzeitengeld, (Quatembergeld, Quartalgeld, Quartalopfer,) regelmäßig von jeder konfirmierten Person im Betrage von einigen Pfennigen (4 Pfg., 8 Pfg.) jährlich, ursprünglich an den 4 Quatembertagen, zu zahlen; *§ 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100, 101, 102, 103, 104, 105, 106, 107, 108, 109, 110, 111, 112, 113, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 136, 137, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 170, 171, 172, 173, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200, 201, 202, 203, 204, 205, 206, 207, 208, 209, 210, 211, 212, 213, 214, 215, 216, 217, 218, 219, 220, 221, 222, 223, 224, 225, 226, 227, 228, 229, 230, 231, 232, 233, 234, 235, 236, 237, 238, 239, 240, 241, 242, 243, 244, 245, 246, 247, 248, 249, 250, 251, 252, 253, 254, 255, 256, 257, 258, 259, 260, 261, 262, 263, 264, 265, 266, 267, 268, 269, 270, 271, 272, 273, 274, 275, 276, 277, 278, 279, 280, 281, 282, 283, 284, 285, 286, 287, 288, 289, 290, 291, 292, 293, 294, 295, 296, 297, 298, 299, 300, 301, 302, 303, 304, 305, 306, 307, 308, 309, 310, 311, 312, 313, 314, 315, 316, 317, 318, 319, 320, 321, 322, 323, 324, 325, 326, 327, 328, 329, 330, 331, 332, 333, 334, 335, 336, 337, 338, 339, 340, 341, 342, 343, 344, 345, 346, 347, 348, 349, 350, 351, 352, 353, 354, 355, 356, 357, 358, 359, 360, 361, 362, 363, 364, 365, 366, 367, 368, 369, 370, 371, 372, 373, 374, 375, 376, 377, 378, 379, 380, 381, 382, 383, 384, 385, 386, 387, 388, 389, 390, 391, 392, 393, 394, 395, 396, 397, 398, 399, 400, 401, 402, 403, 404, 405, 406, 407, 408, 409, 410, 411, 412, 413, 414, 415, 416, 417, 418, 419, 420, 421, 422, 423, 424, 425, 426, 427, 428, 429, 430, 431, 432, 433, 434, 435, 436, 437, 438, 439, 440, 441, 442, 443, 444, 445, 446, 447, 448, 449, 450, 451, 452, 453, 454, 455, 456, 457, 458, 459, 460, 461, 462, 463, 464, 465, 466, 467, 468, 469, 470, 471, 472, 473, 474, 475, 476, 477, 478, 479, 480, 481, 482, 483, 484, 485, 486, 487, 488, 489, 490, 491, 492, 493, 494, 495, 496, 497, 498, 499, 500, 501, 502, 503, 504, 505, 506, 507, 508, 509, 510, 511, 512, 513, 514, 515, 516, 517, 518, 519, 520, 521, 522, 523, 524, 525, 526, 527, 528, 529, 530, 531, 532, 533, 534, 535, 536, 537, 538, 539, 540, 541, 542, 543, 544, 545, 546, 547, 548, 549, 550, 551, 552, 553, 554, 555, 556, 557, 558, 559, 560, 561, 562, 563, 564, 565, 566, 567, 568, 569, 570, 571, 572, 573, 574, 575, 576, 577, 578, 579, 580, 581, 582, 583, 584, 585, 586, 587, 588, 589, 590, 591, 592, 593, 594, 595, 596, 597, 598, 599, 600, 601, 602, 603, 604, 605, 606, 607, 608, 609, 610, 611, 612, 613, 614, 615, 616, 617, 618, 619, 620, 621, 622, 623, 624, 625, 626, 627, 628, 629, 630, 631, 632, 633, 634, 635, 636, 637, 638, 639, 640, 641, 642, 643, 644, 645, 646, 647, 648, 649, 650, 651, 652, 653, 654, 655, 656, 657, 658, 659, 660, 661, 662, 663, 664, 665, 666, 667, 668, 669, 670, 671, 672, 673, 674, 675, 676, 677, 678, 679, 680, 681, 682, 683, 684, 685, 686, 687, 688, 689, 690, 691, 692, 693, 694, 695, 696, 697, 698, 699, 700, 701, 702, 703, 704, 705, 706, 707, 708, 709, 710, 711, 712, 713, 714, 715, 716, 717, 718, 719, 720, 721, 722, 723, 724, 725, 726, 727, 728, 729, 730, 731, 732, 733, 734, 735, 736, 737, 738, 739, 740, 741, 742, 743, 744, 745, 746, 747, 748, 749, 750, 751, 752, 753, 754, 755, 756, 757, 758, 759, 760, 761, 762, 763, 764, 765, 766, 767, 768, 769, 770, 771, 772, 773, 774, 775, 776, 777, 778, 779, 780, 781, 782, 783, 784, 785, 786, 787, 788, 789, 790, 791, 792, 793, 794, 795, 796, 797, 798, 799, 800, 801, 802, 803, 804, 805, 806, 807, 808, 809, 810, 811, 812, 813, 814, 815, 816, 817, 818, 819, 820, 821, 822, 823, 824, 825, 826, 827, 828, 829, 830, 831, 832, 833, 834, 835, 836, 837, 838, 839, 840, 841, 842, 843, 844, 845, 846, 847, 848, 849, 850, 851, 852, 853, 854, 855, 856, 857, 858, 859, 860, 861, 862, 863, 864, 865, 866, 867, 868, 869, 870, 871, 872, 873, 874, 875, 876, 877, 878, 879, 880, 881, 882, 883, 884, 885, 886, 887, 888, 889, 890, 891, 892, 893, 894, 895, 896, 897, 898, 899, 900, 901, 902, 903, 904, 905, 906, 907, 908, 909, 910, 911, 912, 913, 914, 915, 916, 917, 918, 919, 920, 921, 922, 923, 924, 925, 926, 927, 928, 929, 930, 931, 932, 933, 934, 935, 936, 937, 938, 939, 940, 941, 942, 943, 944, 945, 946, 947, 948, 949, 950, 951, 952, 953, 954, 955, 956, 957, 958, 959, 960, 961, 962, 963, 964, 965, 966, 967, 968, 969, 970, 971, 972, 973, 974, 975, 976, 977, 978, 979, 980, 981, 982, 983, 984, 985, 986, 987, 988, 989, 990, 991, 992, 993, 994, 995, 996, 997, 998, 999, 1000*

35 des Gemeindeabgabengef. v. 1899 (Nr. 12), und wegen der Offiziere das Gef. v. 15. Juni 1887 (Nr. 19.) Ferner sollen zu den Gemeindeabgaben nicht herangezogen werden, Personen mit einem Einkommen von weniger als 300 M. (Gemeindeabgabengef. v. 1899 § 32). Endlich dürfen Gemeindeabgaben nicht erhoben werden von den herzoglichen Residenzschlössern, Lustschlössern und Gärten sowie den für die Hofhaltung des Landesherrn vorbehaltenen Grundstücken; von Schlössern und Gärten der Mitglieder des landesfürstlichen Hauses; von den Grundstücken der Kirchen, Pfarrwitwentümer, Schulen, Armen- und Wohltätigkeitsanstalten, für welche bis 1850 zu den Gemeindefasten nichts beigetragen war; von den Begräbnisplätzen und von den eigenen Grundstücken der Gemeinde selbst. Städteordnung v. 1892 § 178, Landgemeindeordnung v. 1892 § 103, § 19 des Gemeindeabgabengef. v. 1899 in der Fassung v. 10. Dez. 1900 (Nr. 64).

⁵⁾ Gef., die Aufbringung der Parochiallasten in den Landgemeinden betr., v. 11. Juni 1864 (Nr. 30) § 4. Die völlige Befreiung bis zum J. 1864 ist als Regel, die vorher geschehene Heranziehung der Kirchen- und Schuldiener zur Kirchensteuer als sehr seltene Ausnahme, welche im Streitfalle bewiesen werden muß, anzusehen.

⁶⁾ Gef., die Aufbringung der Parochiallasten in den Städten betr., v. 26. Juni 1892 (Nr. 30) § 2.

⁷⁾ § 1 Abs. 2 des ang. Gef. v. 1864 (Nr. 30).

⁸⁾ § 4 des ang. Gef. v. 1892 (Nr. 30); § 60 ff. des Gemeindeabgabengef. v. 1899.

2) hauptsächlich in den Landgemeinden Naturalabgaben, teils solche, welche regelmäßig aus jeder Haushaltung zu entrichten waren, namentlich

a. Brot und Wurst, in herkömmlicher Größe, meist zwischen Michaelis und Weihnachten fällig,

b. Eier (Kenneier, Ostereier) in herkömmlicher Zahl, meist um Ostern fällig,

teils solche, welche einzelnen bestimmten Häusern oder Höfen oblagen, namentlich Rauchhühner, Kornabgaben verschiedener Art und Größe, Markgarben, Flachsabgaben;

3) gleichfalls hauptsächlich in den Landgemeinden Dienstleistungen zur Bestellung und Aberntung der zu den Pfarrstellen oder Pfarreistellen gehörigen Grundstücke, in der Regel nur bestimmten Höfen, jedem in herkömmlicher Art und Maße obliegend.

Diese Abgaben und Dienste sind in neuerer Zeit fast überall nach Maßgabe des Gesetzes v. 23. Apr. 1867, die Ablösung der auf dem Kirchen-, Pfarr- und Schulverbände beruhenden Abgaben und Dienste betr., (Nr. 19) abgelöst und in Kapitale, deren Zinsen der berechtigte Kirchendiener genießt, oder in Renten, welche er aus der Gemeindefasse bezieht (§ 127) umgewandelt; nur vereinzelt, durch Zufall oder aus ganz besonderen Gründen von der Ablösung ausgenommen, finden sich dergleichen noch vor⁹⁾.

Noch jetzt besteht

4) in nicht wenigen Gemeinden die Verpflichtung einzelner Gemeindeglieder, (der Reihewirte oder der Bespannten), dem Prediger oder einem anderen Kirchendiener das ihm überwiesene Brennholz aus dem Walde auf den Hof zu fahren (vgl. § 129).

VI. 1) Jedes Gemeindeglied ist verpflichtet, dem Prediger behuf der begeherten Verrichtung von Amtshandlungen außerhalb der kirchenordnungsmäßig dazu bestimmten Räume und Zeiten angemessenes Fuhrwerk für den Hinweg und Rückweg zu stellen. S. das Nähere in § 81.

2) Außerdem sind in einigen Filialgemeinden einzelne Gemeindeglieder (Reihewirte, Bespannte) verbunden, den Prediger von seinem Amtssitze zum

⁹⁾ Den Anlaß, diese Ablösungen in allen Pfarrbezirken planmäßig in Angriff zu nehmen, gab das Gesetz über den Eigentumsverkehr und die dingliche Belastung der Grundstücke v. 8. März 1878 (Nr. 10), indem es die Eintragung aller dinglichen Rechte in das Grundbuch allgemein forderte, dadurch aber den rechtsgültigen Bestand mancher der obigen Verpflichtungen, ungeachtet der zu ihren Gunsten im § 18 gemachten Ausnahme von der Eintragungspflicht tatsächlich Anzweiflungen aussetzte, welche lästige Weiterungen hervorgerufen droheten. Vgl. jetzt wegen der Befreiung vom Eintragungszwange § 38 des Ausführungsges. z. B. G. B. v. 12. Juni 1899 (Nr. 36).

Gottesdienste im Filiale mit Fuhrwerk hin- und zurückzuschaffen. Das Nähere über den Inhalt dieser Verpflichtung (ob z. B. nur Pferde — jedenfalls 2 Pferde nach allgemeiner Landesobservanz, vgl. § 81 Anm. 6 — oder Pferde und Wagen gestellt werden müssen), sowie über Zeit und Art ihrer Erfüllung wird durch örtliches Herkommen bestimmt¹⁰⁾. Eine Ablösung derartiger Verpflichtungen findet nach § 2 des unter V angeführten Gesetzes v. 1867 nicht statt¹¹⁾. Vgl. auch § 129.

VII. Endlich ist jedes Gemeindemitglied gehalten, bei der Inanspruchnahme kirchlicher Einrichtungen zu bestimmten Akten in seinem oder seiner Angehörigen Interesse die herkömmlichen Gebühren, sei es an die beteiligten Kirchendiener, sei es an eine kirchliche Kasse, zu bezahlen.

1) Seit der Aufhebung der Stolgebühren (§ 128) beschränken sich die an Kirchendiener bei Gelegenheit von Amtshandlungen zu machenden Zahlungen auf „Separatvergütungen“, welche etwa vor 1871 an den einzelnen Orten für nicht zum Wesen des betreffenden Aktes gehörende Mühewaltungen gefordert werden durften¹²⁾. Sie finden also nur unter den beiden Voraussetzungen statt, daß

- a. die Tätigkeit eines Kirchdieners zu Handlungen in Anspruch genommen wird, welche nicht unbedingt wesentlich für den in Betracht kommenden Akt sind: wie z. B. Begleitung der Leichen und Leichenreden beim Begräbniß, Orgelspiel bei Taufen oder Trauungen; und daß
- b. derartige Zahlungen in der betreffenden Gemeinde vor 1871 in Übung gewesen sind.

¹⁰⁾ In Zweifelsfällen müssen darüber nach § 13 des Ges. über die Organisation der Landes-Verwaltungsbehörden v. 19. März 1850 (Nr. 26) Festsetzungen durch die herzoglichen Kreisdirectionen getroffen werden.

¹¹⁾ Die Filialfahren bilden übrigens regelmäßig nicht eine Last einzelner Gemeindeglieder, sondern der Gemeinde selbst, eine „Parochiallast.“ Vgl. § 30. In allen Fällen, in welchen der Geistliche herkömmlich berechtigt ist, behuf der Verrichtung öffentlicher Gottesdienste in außerhalb seines Wohnortes belegenen Kirchen, Kapellen oder Betställen seines Pfarrbezirks die Stellung von Transportmitteln zu fordern, ist die Gemeinde, in welcher der Gottesdienst zu verrichten ist, dergestalt als verpflichtet anzusehen, daß zunächst diese dafür aufzukommen hat, ihr indessen ein Regreßrecht gegen dritte Verpflichtete (im Sinne des § 31 des Kirchenvorstandsgesetzes) vorbehalten bleibt. Die dadurch der Gemeinde erwachsenden Kosten sind nach dem Kommunalsteuerfuße aufzubringen. Ges. die Abänderung und Ergänzung des Ges. v. 18. Juni 1864 Nr. 30 über die Aufbringung der Parochiallasten in den Landgemeinden betr. v. 28. Mai 1894 (Nr. 23) § 3a. War zur Zeit des Erlasses dieses Gesetzes zwischen einzelnen Geistlichen und Gemeinden eine Vereinbarung über die Stellung der Transportmittel oder über die Zahlung einer Entschädigung statt derselben getroffen, so gilt eine solche Vereinbarung bis zum Ablaufe der darin bestimmten Zeit, längstens aber bis zu der nächsten Erledigung der Pfarrstelle nach dem Erlasse des Gesetzes.

¹²⁾ Ges., die Aufhebung der Stolgebühren betr., v. 31. Mai 1871 (Nr. 33) § 4.

Sie geschehen in der durch das Herkommen vor 1871 bestimmten Höhe¹³⁾.

2) An die Kirchenkasse oder auch eine für diesen Zweck an ihre Stelle gesetzte besondere Kasse, z. B. Friedhofskasse, sind je nach örtlichem Gewohnheitsrechte Gebühren zu entrichten; namentlich

für das Anzünden der Altarkerzen,

für Orgelspiel,

für Glockenläuten,

für Benutzung von Begräbnisgeräten,

für Grabstellen,

für besondere Vorrichtungen an Gräbern (vergl. § 137).

Über die Frage ob und in welcher Höhe derartige Gebühren zu erheben seien, entscheiden die besondern darauf bezüglichen örtlichen „Ordnungen“ (§ 1 Ia), in deren Ermangelung das Herkommen¹⁴⁾.

§ 30. c. **Insbefondere Parochiallasten; aa. deren Träger.**

Jede Pfarrgemeinde und jede Kirchengemeinde ist verpflichtet, einerseits Beiträge zu den Ausgaben für allgemeine landeskirchliche Zwecke zu leisten¹⁾, anderseits die Kosten der für sie insbeshondere bestimmten kirchlichen Einrichtungen jeder Art zu tragen, mögen dies von alters bestehende, oder auf vorschriftsmäßigem Wege neu angeordnete sein. In Pfarrbezirken, welche nur einen Kirchenbezirk umfassen, liegen die auf dem Pfarrverbande beruhenden Verpflichtungen dem nämlichen Personenkreise ob, wie die auf dem Kirchenverbande beruhenden; in Pfarrbezirken mit mehreren Kirchenbezirken dagegen sind die auf dem Pfarrverbande beruhenden Verpflichtungen, als solche, welche der Regel nach die ganze Pfarrgemeinde belasten, zu unterscheiden von den auf dem Kirchenverbande beruhenden, welche der Regel nach nur den einzelnen Kirchenbezirk treffen. Man pflegt jedoch ohne scharfe Beachtung dieses Unterschiedes die Gesamtheit der sowohl aus dem Pfarrverbande, als aus

¹³⁾ Die in dem angeführten § 4 in Aussicht gestellte Verordnung, welche die Höhe solcher Gebühren für die einzelnen Landesteile feststellen sollte, ist nicht erschienen. Statt ihrer gilt daher die bisherige Observanz, welche übrigens auch beim Erlasse der Verordnung hatte zur Grundlage genommen werden sollen.

¹⁴⁾ Derartige Gebühren können unter Genehmigung des Konsistoriums durch den Kirchenvorstand neu eingeführt werden, vorausgesetzt, daß die Zahlung nur für eine Leistung oder Erlaubnis der Kirche beansprucht wird, auf welche seitens der Gemeindeglieder ohne Verletzung einer kirchlichen Pflicht auch verzichtet werden kann. Gebühren für bis dahin gebührenfreie Handlungen oder Verrichtungen, welche der Einzelne ohne Verletzung einer kirchlichen Pflicht nicht ablehnen kann, einzuführen ist der Kirchenvorstand nicht befugt, da ihm das Recht der Besteuerung der Kirchengemeindeglieder abgeht. (§ 38).

¹⁾ Gef., die Errichtung einer Landesynode betr., v. 31. Mai 1871 (Nr. 34) § 20, III. Bisher sind solche Beiträge nicht gefordert; vgl. oben § 21, III.

dem Kirchenverbande abgeleiteten Verpflichtungen zu Ausgaben und Leistungen mit dem Ausdrucke „Parochiallasten“²⁾ zu bezeichnen.

Als Lasten der einzelnen Pfarrgemeinden kommen zur Zeit vor:

1) die Kosten der Erbauung und Erhaltung der Pfarrgebäude und des Pfarrgehöftes (§ 124);

2) die Kosten der bei Bauten an der Pfarre und dem Pfarrgehöft, welche aus anderen, als Gemeindemitteln bestritten werden, zu leistenden Fuhrn und Handarbeiten (§ 116);

3) die Kosten der Reisen der bei einer erledigten Pfarrstelle Aushülfe leistenden Geistlichen von ihrem Amtssitze und zu diesem zurück während des Gnadenhalbjahres (mit Ausnahme der Reisen zur Vornahme von Kasualien), ebenso während der Pfarrvakanz die Kosten etwaiger Reisen Geistlicher zur Erteilung des Konfirmandenunterrichtes in dem erledigten Pfarrbezirke (§ 77);

4) die Kosten des Umzuges des neu ernannten Geistlichen zum Amtssitze (§ 74);

5) die Zahlung des gesetzlichen Beitrages zu dem nach der Einführung von dem neuen Geistlichen zu veranstaltenden Mahle (§ 75);

6) die Beschaffung des Fuhrwerkes für die Reisen der Kirchenvisitatoren sowie eines Hülfbeamten des weltlichen Visitators zur Predigereinführung bezw. die Bezahlung der Kosten dieser Reise (§ 75);

7) die Beschaffung des Fuhrwerkes für die Reisen der General- und Spezialsuperintendenten zu den ordentlichen Spezialvisitationen bezw. die Bezahlung der Kosten dieser Reisen (§ 52);

8) die Beschaffung oder Bezahlung des Fuhrwerkes für die Reisen des Geistlichen zu den Predigersynoden (§ 79).

Unter Umständen liegen der Pfarrgemeinde die unter 4 erwähnten Kosten in Gemeinschaft mit einem Geistlichen, die unter 5 erwähnten in Gemeinschaft mit einem Geistlichen oder mit einer Kirchenkasse (§ 120) ob.

Als Lasten der einzelnen Kirchengemeinden kommen vor:

1) die Kosten der Erbauung und Erhaltung der Kirchengebäude (§ 115);

2) die Kosten der Erbauung und Erhaltung der Opfereigebäude³⁾ (§ 135); soweit sie nicht Schulhäuser sind;

²⁾ Ges., die Aufbringung der Parochiallasten in den Landgemeinden betr., v. 18. Juni 1864 (Nr. 30); Ges., die Aufbringung der Parochiallasten in den Städten betr., v. 26. Juni 1892 (Nr. 30).

³⁾ Wo der Opfereidienst im Filiale von dem Opferranne der Mutterkirche versehen wird, hat die Filialgemeinde in der Regel zum Opfereibau in der Muttergemeinde beizutragen. Diese Beitragspflicht beschränkt sich dann, wenn in dem Filialorte eine Schule errichtet ist, für die Filialgemeinde häufig auf den Bau und die Erhaltung der Opferrannswohnung

3) die Kosten der für den Kirchen- und Opfereibau zu leistenden Fuhrn und Handarbeiten (§ 115);

4) die Kosten der für den Kultus nötigen Einrichtungen in und am Kirchengebäude sowie der sonst für diesen Zweck nötigen Gegenstände (§ 117);

5) die Stellung des Fuhrwerkes zu den Fahrten des Geistlichen vom Amtssitz zu den Gottesdiensten im Filiale und zurück, bezw. die Zahlung der Kosten dieser Fahrten. Sie fallen der betreffenden Filialgemeinde zur Last, wo sie nicht herkömmlich eine Last der Pfarre bilden (§ 130) oder bestimmten Gemeindegliedern obliegen (§ 29, VI, 2).

Die unter 1 und 4 genannten Kosten hat in erster Linie die Kirche selbst mit ihrem Vermögen zu bestreiten (§ 120); die Gemeinden brauchen dafür nur beim Mangel an Mitteln in der Kirchenkasse aufzukommen.

Die Einführung neuer Parochiallasten zu den vorerwähnten kann nur durch Gesetz erfolgen. Die Anerkennung und Erfüllung der parochialen Verpflichtungen sowie die Feststellung ihrer Grenzen wird gegenüber der einzelnen Gemeinde nötigenfalls durch das im § 31 dargestellte Verfahren herbeigeführt. — Nicht zu den Parochiallasten, deren Aufbringung durch Kirchensteuer zu geschehen hat, soll in den Landgemeinden gerechnet werden die „Vermehrung der Dotation oberer Kirchendiener, insbesondere der Pfarrer, Opfereuleute und Organisten“ (§ 2 des ang. Ges. v. 1864). Das ang. Ges. v. 1892 enthält über die Frage, ob die städtischen Gemeinden für die Erhöhung des Dienst Einkommens oberer Kirchendiener durch Kirchensteuer aufzukommen haben, keine ausdrückliche Bestimmung; in der Stadt Braunschweig gehört die Erhöhung des Dienst Einkommens der Prediger zu den Aufgaben der „Gemeinen Kirchenkasse“ (s. unten § 43).

Es kommt vor, daß anstatt einer Pfarr- oder Kirchengemeinde eine andere physische oder juristische Person verpflichtet ist, die Parochiallasten oder einzelne derselben, sei es in erster Linie, sei es bei Erschöpfung der Kirchenkasse, zu tragen. Ob das der Fall, muß bei Ungewißheit darüber im Wege des

in der Muttergemeinde, während Bau und Erhaltung der für den Schulunterricht in der Muttergemeinde bestimmten Räume der letzteren allein obliegen. Eine ähnliche Beschränkung der Baupflicht des in einem eingepfarrten Orte ansässigen Teiles einer Kirchengemeinde kann eintreten, wenn in diesem Orte eine eigene Schule errichtet wird. Das Nähere darüber enthalten die bezüglich der Gründung der Schule in dem Filiale oder dem eingepfarrten Orte getroffenen Bestimmungen. — Wenn die Opfereihäuser zugleich Schulhäuser (§ 136) sind, was auf dem Lande die Regel bildet, so wird ihre Bestimmung für Schulzwecke in so weit als überwiegend angesehen, daß die Pflicht, zu ihrem Bau und ihrer Unterhaltung beizutragen, so weit es sich um die Aufbringung der Kosten in der einzelnen Gemeinde handelt, als Schullast, nicht als Parochiallast behandelt wird. Deshalb können die Kirchendiener sich nicht weigern, zu den Kosten der Bauten an ihnen beizusteuern, ungeachtet sie von der Kirchensteuer befreit sind (§ 29, IV).

Zivilprozeß zwischen der Gemeinde, welche beim Nichtvorhandensein der fraglichen Verpflichtung die streitige Last übernehmen, bezw. für die Zahlung der durch sie entstehenden Kosten aufkommen müßte⁴⁾, und dem angeblich Verpflichteten ausgemacht werden; dabei liegt der Gemeinde der Beweis der Verpflichtung des in Anspruch Genommenen ob.

Aus der Verbindlichkeit zur Tragung einer bestimmten Parochiallast folgt für den statt der Gemeinde Verpflichteten nicht die Verbindlichkeit zur Tragung einer anderen; dagegen kann der zur Tragung sämtlicher Parochiallasten einer Gemeinde Verpflichtete sich der Übernahme einer einzelnen parochialen Leistung nicht aus dem Grunde weigern, daß diese bisher in der Gemeinde tatsächlich nicht vorgekommen sei.

Die einzelne Parochiallast muß ihrem Zwecke nach seitens des anderen Verpflichteten in dem durch das Bedürfnis der Gemeinde bedingten Umfange getragen werden, einerlei, ob dieser in Folge der Zeitumstände, z. B. wegen des Wachstums der Gemeinde, im Vergleiche zu einer früheren Zeit vergrößert ist⁵⁾. Wenn der andere Verpflichtete behauptet, nicht dazu, sondern nur zur Tragung der Last in einem geringeren Umfange verbunden zu sein, so muß diese Frage gleichfalls im Wege des Zivilprozeßes entschieden werden: dabei liegt dem anderen Verpflichteten die Beweislast ob.

Der Umstand, daß die beteiligte Gemeinde einen Anderen für verpflichtet hält, anstatt ihrer eine Parochiallast zu tragen, befreit sie nicht von der Verbindlichkeit, zunächst vorbehaltlich des Regresses gegen den Anderen die erforderliche Summe aufzubringen und zur Verfügung der kirchlichen Organe zu stellen. Übrigens ist es der Kirchenbehörde (dem Konsistorium) unbenommen, seinerseits den anderen Verpflichteten wegen Tragung der Parochiallast direkt in Anspruch zu nehmen oder durch den Kirchenvorstand in Anspruch nehmen zu lassen⁶⁾.

§ 31. Parochiallasten; bb. deren Aufbringung; Kirchensteuer.

Über die Art und Weise, wie und den Maßstab, nach welchem die für

⁴⁾ D. h. der Ortsgemeinde oder der Gesamtheit von Ortsgemeinden, welche zu dem Pfarr- oder Kirchenbezirke gehört, vgl. unten § 31. — R. V. G. § 31. Gef., die Aufbringung der Parochiallasten in den Städten betr., v. 26. Juni 1892 (Nr. 30) § 1 Abs. 1.

⁵⁾ Hinsichtlich der Baulast ist dieser Satz nicht unbestritten. Vgl. Zeitschr. f. Rechtspf. XXIII. S. 21 ff. Seine Verneinung beruht aber auf einer Verkennung des Zweckes der Parochiallast. Dieser besteht in der Verpflichtung zur Befriedigung eines kirchlichen Bedürfnisses der Gemeinde und kann daher nur unter voller Beachtung des wirklichen Umfangs des Bedürfnisses erfüllt werden.

⁶⁾ R. V. G. § 31. Wegen der Kirchenbaulast, der Verpflichtung zu ihrer Tragung und des Verfahrens dabei s. auch § 115 und 116.

landeskirchliche Zwecke aufzubringenden Summen auf die einzelnen Pfarr- und Kirchengemeinden verteilt werden sollen, fehlt es an gesetzlichen Vorschriften¹⁾. Die Aufbringung der auf die einzelnen Gemeinden ausgeschriebenen Teilsummen hat vorkommendenfalls so zu geschehen, wie die der Parochiallasten.

Hinsichtlich dieser gilt der Satz, daß zur Aufbringung der erforderlichen Geldmittel anstatt der Pfarr- und Kirchengemeinden die Ortsgemeinden als verpflichtet angesehen werden, welche in dem Pfarr- bezw. Kirchenbezirke belegen sind, oder den Pfarr- bezw. Kirchenbezirk in sich schließen (vgl. § 27)²⁾. Daraus folgt, daß die Anforderung der erforderlichen Summen seitens der kirchlichen Organe der Pfarr- bezw. Kirchengemeinden, selbstverständlich unter Beifügung der nötigen Ausweise über die bestehende Verpflichtung, das vorhandene Bedürfnis und die beabsichtigte Art seiner Befriedigung, an die Vorstände der Ortsgemeinden (Stadtmagistrate, Gemeindevorsteher) zu richten ist, welche darüber mit der Gemeindevertretung (Stadtverordneten-Versammlung, Gemeinderat) zu verhandeln haben³⁾. Würde darauf seitens der Ortsgemeindevertretung die Verpflichtung zur Tragung der fraglichen Parochiallast überhaupt bestritten, so müßte über deren Vorhandensein mittelst eines namens der beteiligten geistlichen Stiftung anzustrengenden Prozesses vor den Zivilgerichten die Entscheidung herbeigeführt werden. Weigern die Ortsgemeindevertretungen oder Vorstände ohne ihre Verpflichtung überhaupt zu bestreiten sich der Erfüllung der gestellten Anforderung aber deshalb, weil die beabsichtigte Ausgabe überhaupt oder zur Zeit entbehrlich sei, oder in dem geplanten Umfange nicht nötig sei, oder in der beabsichtigten Art der Ausführung unnötig hohe Kosten verursache, so findet darüber ein Verfahren im Verwaltungswege statt⁴⁾, in welchem als erste Instanz die zuständige Kreisdirektion unter Zustimmung des Kreisausschusses, in zweiter der Landesfürst selbst entscheidet⁵⁾. Dasselbe wird eingeleitet durch einen Schriftwechsel, in welchem

¹⁾ S. oben § 21, III.

²⁾ R. B. G. § 30; Gef., die Aufbringung der Parochiallasten in den Landgemeinden betr., v. 18. Juni 1864 (Nr. 30) § 3a in der Fassung des Ergänzungsgef. v. 28. Mai 1894 (Nr. 23); Gef., die Aufbringung der Parochiallasten in den Städten betr., v. 26. Juni 1892 (Nr. 30) § 1.

³⁾ R. B. G. § 27.

⁴⁾ Daf. § 28. Einwendungen gegen die beabsichtigte Art der Ausführung, welche nicht darauf gehen, daß dieselbe sofort oder in ihren Folgen zu teuer sei, liegen außerhalb der Befugnis der Ortsgemeindevertretungen. Dagegen können diese selbstverständlich auch den Einwand erheben, daß die in erster Linie verpflichtete Kirchencasse noch mit Mitteln hinreichend versehen, und darum der Anlaß zur Heranziehung der Gemeinde noch zur Zeit nicht gegeben sei.

⁵⁾ S. oben § 17, 22. R. B. G. § 28 vgl. mit § 58 der Kreisordnung v. 5. Juni 1871 (Nr. 35) unter 9 und §§ 13 und 23 des Gesetzes über die Organisation der Landesverwaltungsbehörden v. 19. März 1850 (Nr. 26). — „Notwendig“ im Sinne des ang. § 28

die Gemeinde dem Konsistorium ihre Weigerungsgründe mitzuteilen, und das letztere sodann die Entscheidung der zuständigen Kreisdirektion anzurufen hat. Fällt diese gegen den Antrag des Konsistoriums aus, so hat die Kreisdirektion selbst ohne weiteres die Sache dem Staatsministerium vorzutragen und die Entscheidung des Landesfürsten herbeizuführen; andernfalls ist es den Beteiligten überlassen, ihrerseits den Rekurs an die Entscheidung des Landesfürsten zu ergreifen, oder nicht.

Sind mehrere Ortsgemeinden zu einer Kirchengemeinde oder zu einer Pfarrgemeinde verbunden, so haben sie der Regel nach sämtlich zu den der Kirchengemeinde oder Pfarrgemeinde obliegenden Parochiallasten beizutragen, soweit dieselben nicht von der Beschaffenheit sind, daß sie ihrer Natur nach nur einen Teil der Kirchen- oder Pfarrgemeinde, oder nur eine einzelne Ortsgemeinde angehen. Dieser Satz gilt auch für die Ortsgemeinden im Bezirke kombinierter Mutterkirchen hinsichtlich der Parochiallasten der Pfarrgemeinde, wenngleich mit einzelnen durch örtliches Herkommen begründeten Ausnahmen (§ 27 Anm. 1). Die Verpflichtung beginnt für jede Ortsgemeinde mit ihrem Eintritte in den Kirchen- oder Pfarrverband bezüglich sämtlicher Parochiallasten desselben, soweit dabei nicht ausdrücklich andere Bestimmungen getroffen sind⁶⁾. Auch die Ortsgemeinden im Bezirke sogenannter filiae vagantes (§ 27, XII) haben während der Dauer ihrer Verbindung mit einem bestimmten Pfarrbezirke als Teil des Pfarrverbandes dessen Parochiallasten mit zu tragen⁷⁾. Ausnahmen von der Regel müssen von der auf Befreiung Anspruch machenden Ortsgemeinde mittelst Darlegung eines rechtmäßigen Grundes, nötigenfalls im Zivilprozeße, bewiesen werden⁸⁾.

Die Verteilung der Gesamtzahl unter die einzelnen Ortsgemeinden ge-

ist Alles, dessen es bedarf, das kirchliche Bedürfnis der Gemeinde ordnungsmäßig zu befriedigen; also die erforderlichen Gebäude herzustellen und die sonst erforderlichen Sachen anzuschaffen; die vorhandenen kirchlichen Gebäude und sonstigen Sachen vor dem Untergange zu bewahren und sie zum kirchlichen, namentlich gottesdienstlichen Gebrauche geeignet zu erhalten, desgleichen die anderen kirchlichen Einrichtungen so im Stande zu halten, wie das nach den Kultusvorschriften, nach den allgemeinen Lebensanschauungen der Zeit und nach dem Herkommen für das kirchliche Leben der Einzelgemeinde erfordert wird. Alle die 3 zuletzt angegebenen Richtungspunkte verlangen Beachtung mit dem Unterschiede jedoch, daß die Kultusvorschriften unbedingt gelten, das Herkommen aber allgemein veränderten Lebensanschauungen weichen muß. Demnach kann der Umfang eines kirchlichen Bedürfnisses nach Ort und Zeit verschiedener Beurteilung unterliegen.

⁶⁾ S. z. B. Konsist.-Rekr. v. 14. März 1883 (Rekr.-Sammlg.)

⁷⁾ Eine Ausnahme besteht gewöhnlich hinsichtlich der Verpflichtung zu kirchlichen Bauten in der Muttergemeinde, indem die filiae vagantes wegen ihres nur vorübergehenden Interesses an denselben nicht dazu herangezogen sind.

⁸⁾ Zeitshr. f. Rechtspf. IV, 6, wo ausgeführt ist, daß die bloße Tatsache der zeitweiligen Nichtheranziehung einer Ortsgemeinde zur Tragung einer Parochiallast nicht genügt zum Nachweise ihrer Freiheit von derselben.

schickt nach dem herkömmlichen Fuße; wenn ein solcher nicht feststeht, wird er (vorbehaltlich des Rechtsweges) durch den Kreisausschuß nach billigem Ermessen festgesetzt; gegen dessen Entscheidung steht den beteiligten Gemeinden ein Rekurs an das Staatsministerium zu⁹⁾. Dasselbe gilt, wenn mit einer Ortsgemeinde nur ein Teil einer anderen verbunden ist, hinsichtlich der Verteilung der Last auf die eine Gemeinde und den Teil der anderen¹⁰⁾. Die Verpflichtung der Ortsgemeinde tritt auch dann ein, wenn in ihr sich mehrere Pfarr- oder Kirchengemeinden befinden, mag es sich um Parochiallasten aller dieser Gemeinden, oder einzelner oder auch nur einer derselben handeln¹¹⁾.

Die Einziehung der von der einzelnen Ortsgemeinde zu entrichtenden Summe geschieht nötigenfalls durch die Kreisdirection auf Antrag der örtlichen Kirchenorgane oder des Konsistoriums¹²⁾. — Bei der Aufbringung der Summe innerhalb der einzelnen Ortsgemeinde macht es keinen Unterschied, ob die Gemeinde in erster Linie pflichtig ist, oder wegen Unvermögens des zunächst Pflichtigen, namentlich der Kirchenkasse, herangezogen wird. Die Aufbringung geschieht durch eine „Kirchensteuer“¹³⁾, „Gemeinde-Kirchensteuer“¹⁴⁾, welche nach dem Fuße Ortsgemeindeabgaben, aber getrennt von diesen, zu veranlagern und gesondert für sich zu verrechnen ist. Zu derselben werden alle nicht befreiten gemeindeabgabepflichtigen Kirchengemeindeglieder (§ 29, IV), in den Landgemeinden außerdem, soweit die Steuer vom Grundbesitz erhoben wird, auch die nicht der Kirchengemeinde angehörigen Ortsgemeindegengenossen¹⁵⁾ herangezogen.

⁹⁾ R. V. G. § 29. Kreisordnung v. 5. Juni 1871 (Nr. 35) § 58. — Das obige Verfahren soll bis dahin gelten, daß jene Verteilung im gesetzlichen Wege geregelt sein wird. Ein bezügliches Gesetz ist nicht erlassen. Vgl. oben § 9, 4.

¹⁰⁾ R. V. Gießmarode, zum Teil zur S. Katharinen-Kirchengemeinde in Braunschweig, zum Teil zum Kirchengemeindebezirk von Middagshausen gehörig. — § 1 Abs. 4 des ang. Gef. v. 1892.

¹¹⁾ § 1 des ang. Gef. v. 1892.

¹²⁾ Vgl. §§ 13, 14, 17 und besonders 23 des Gef. v. 19. März 1850 (Nr. 26), die Organisation der Landesverwaltungsbehörden betr.

¹³⁾ § 2 des ang. Gef. v. 1892, § 1 des Gef. v. 28. Mai 1894 (Nr. 23).

¹⁴⁾ Schon die Allg. Landesordnung von 1647 art. 103 (Steinader Sammlg. S. 81; Frederdsb. Stein. I S. 67 ff.) hatte vorgeschrieben, daß in den Landgemeinden die Kosten der Reparaturen der kirchlichen Gebäude durch eine „gemeine Zuster“ gedeckt werden sollten, ohne genauere Vorschriften über deren Erhebung zu erteilen.

¹⁵⁾ S. wegen der Reformierten, Katholiken und Juden § 4 Abs. 2 des ang. Gef. v. 1864, wegen der Dissidenten § 13 des Gef. v. 25. März 1873 (Nr. 62). Die Fassung des letzteren darf nicht zu der Annahme verleiten, als seien Dissidenten in den Landgemeinden zur Mittragung der Parochiallasten hinsichtlich ihrer Grundstücke nur verbunden, wo diese damit kraft besonderen Titels belastet sind, brauchten also zur Kirchensteuer schlechthin auch von den Grundstücken nicht beizutragen; denn es kann nicht vorausgesetzt werden, daß man die Dissidenten in Bezug auf die Kirchensteuer habe günstiger stellen wollen, als die übrigen, der Landeskirche nicht angehörigen Landgemeindegengenossen.

Ausnahmsweise können in den Landgemeinden die gemeindeseitigen Ausgaben für kirchliche Zwecke aus der Gemeindekasse bestritten werden. Dies Verfahren ist nur in einer Ortsgemeinde zulässig, wo

- a. es schon vor 1864 üblich gewesen ist, wenn
- b. daselbst Kommunalsteuer (Gemeinde-Abgabe) nicht erhoben wird, und wenn
- c. die Gemeinde unter Zustimmung des Kreis Ausschusses und mit Genehmigung des Staatsministeriums beschließt, daß es auch fernerhin so gehalten werden soll. Sobald demnächst in der Gemeinde die Zahlung von Gemeindeabgaben erforderlich wird, muß die Bezahlung kirchlicher Ausgaben aus der Gemeindekasse aufhören und Kirchensteuer erhoben werden¹⁶⁾.

Die Kosten der von den Gemeinden bei kirchlichen Bauten zu leistenden Fuhren und Handarbeiten sollen in allen Ortsgemeinden zu Geld geschätzt und nach dem (Kommunalsteuerfuße) Fuße der Gemeindeabgaben aufgebracht werden; dabei hat selbstverständlich rechtmäßig begründete Freiheit einzelner Gemeindegemeinschaften von der Pflicht zu derartigen Leistungen, oder rechtsbeständige Festsetzung gewisser Quoten derselben für einzelne Pflichtige Beachtung zu finden¹⁷⁾.

Die Einziehung der Kirchensteuer in den einzelnen Ortsgemeinden geschieht wie die der Gemeindeabgaben¹⁸⁾. Von der Höhe der zu erhebenden Kirchensteuer ist seitens der Gemeindebehörde der Kreisdirection alljährlich besondere Anzeige zu machen, wenn sie davon nicht schon durch anderweitige Verhandlungen, z. B. bei Vorlegung der Gemeindekassen voranschläge, oder bei Abgabe der Entscheidungen über den Umfang der von der Gemeinde zu tragenden Parochiallasten in Kenntnis gesetzt ist¹⁹⁾. Die im Wege der Kirchensteuer aufgebrachten Summen sind von der Ortsgemeindebehörde den kirchlichen Organen zur Verfügung zu stellen und von diesen zu den vorliegenden kirchlichen Ausgaben zu verwenden bezw. in der beteiligten kirchlichen Kasse zu vereinnahmen²⁰⁾.

¹⁶⁾ § 1 Abs. 4 und 5 des ang. Ges. v. 1864. Vgl. oben § 9.

¹⁷⁾ § 3 des ang. Ges. v. 1864; § 3 des ang. Ges. v. 1892. Durch diese Bestimmung ist die frühere Verpflichtung der Gemeinden zur Naturalleistung der Fuhren und Handarbeiten bezw. Stellung der Fuhrwerke und Arbeiten aufgehoben. Vgl. auch § 115.

¹⁸⁾ Städteordnung v. 1892 § 192, Landgemeindeordnung v. 1892 § 134. Gemeindeabgabenges. v. 1899 § 79.

¹⁹⁾ R. B. G. § 32.

²⁰⁾ § 4 des ang. Ges. v. 1892. Der Satz gilt selbstverständlich auch für die Landgemeinden, wenn er auch in dem ang. Ges. v. 1864 nicht ausdrücklich ausgesprochen ist.

§ 32. 3) Verfassung der Gemeinden; a. Gemeinden ohne Vertretungskörper.

Die Rechte und Interessen der Kirchengemeinden werden regelmäßig nicht unmittelbar durch deren Mitglieder wahrgenommen; nur in Ausnahmefällen, welche zuvor durch Gesetz zu bestimmen sind, soll die Gesamtheit der Stimmberechtigten zur Beratung und Beschlußfassung in der „Gemeinde-Versammlung“ berufen sein¹⁾. Die Vertretung der Gemeinden ist verschieden gestaltet, je nachdem sie mit eigenen Vertretungskörpern ausgestattet sind, oder derselben ermangeln. Der letztere Fall bildet die Ausnahme, welche nur in seltenen, durch das Gesetz bestimmten Fällen zugelassen wird²⁾. Sie tritt ein:

I. für einzelne Kirchenbezirke, in welchen „wegen besonderer Verhältnisse“ die Bildung eines Kirchenvorstandes untunlich erscheint³⁾. Die Entscheidung darüber, ob ein solcher Fall vorliege, steht dem Landesfürsten zu, welchem auch die etwaige Anordnung einer anders gearteten Vertretung der betreffenden Gemeinden vorbehalten ist (§ 17, Nr. 14) und ebenso die Verfügung, daß demnächst für sie ein Kirchenvorstand gewählt werden solle, zusteht (vgl. § 36 a. E.)

II. Bei den Personal- und Anstaltsgemeinden (§ 27, II), also

1) bei Gemeinden, welche aus bestimmten durch den Beruf gekennzeichneten Klassen von Personen bestehen⁴⁾;

2) bei Gemeinden, welche aus Genossenschaften bestimmter öffentlicher Anstalten bestehen⁵⁾. — Welche Anstalten behuf Bildung von Anstaltsgemeinden aus dem Kirchengemeindeverbande, dem sie ihrer Lage nach angehören, aus-

¹⁾ R. V. G. § 22. Vgl. unten § 38. Die Festsetzung derartiger Ausnahmefälle ist bisher unterblieben (Vgl. oben § 27, X, Num. 20). Die Wahl der Kirchenverordneten bildet einen solchen Fall nicht, da sie ohne Veranstaltung einer Gemeinde-Versammlung zu gemeinsamer Beratung vor sich geht.

²⁾ R. V. G. § 1 und 3.

³⁾ Dörmigemeinde und Kreuzklostergemeinde in Braunschweig, Steterburg mit Vortenhof, Lucklum, Nimmerode. — Sollte in diesen Gemeinden späterhin die Einrichtung eines Kirchenvorstandes erforderlich scheinen und vom Landesfürsten angeordnet werden, so ist dieselbe nach Maßgabe des Gesetzes, die Ergänzung der gesetzlichen Vorschriften über das Verfahren bei Kirchenvorstandswahlen betr., v. 16. Mai 1893 (Nr. 26) vorzunehmen. Vgl. § 36 a. E.

⁴⁾ Militärgemeinden in Braunschweig, Wolfenbüttel und Blankenburg, Hofgemeinde in Braunschweig. Wegen der Zugehörigkeit zu letzterer, s. Refr. v. 15. Dez. 1826 (Bege III S. 268), Refr. v. 15. März 1856; sie soll die Personen umfassen, welche in dem Hofetat geführt werden und unter dem Hofmarschallstabe stehen. Wegen der Zugehörigkeit zur Militärgemeinde s. Refr. des Staatsmin. v. 31. Mai 1888 Nr. 3811 und preuß. Kirchenordn. v. 12. Febr. 1834 §§ 34–37. — Die Bildung von Personalgemeinden aus anderen Berufsclassen findet nicht statt; im Fall eintretenden Bedürfnisses würde sie nur durch den Landesfürsten geschehen können.

⁵⁾ Landesstrafanstalten in Wolfenbüttel und Braunschweig, Heil- und Pflgeanstalt in Königsflutter, Wilhelmsstift in Bevern, Claus bei Schöningen, S. Georgsstift in Blankenburg.

zuscheiden sind, bestimmt nach Gründen des Staatsinteresses die Landesregierung. Unter Berücksichtigung der damit gegebenen Gesichtspunkte hat die Kirchenregierung die kirchliche Verfassung und Versorgung der Anstaltsgemeinden im Einvernehmen mit der Landesregierung anzuordnen. — Dasselbe würde zu gelten haben bei Gemeinden, welche aus Genossenschaften von Privatanstalten oder Stiftungen beständen, denen die Stellung als besondere Kirchengemeinden von der Kirchenregierung zugestanden wäre⁶⁾.

Die Vertretung der unter I und II aufgeführten Gemeinden auf kirchlichem Gebiete liegt ihren Geistlichen ob. Ob und wie überdies zur Wahrnehmung ihrer kirchlichen Interessen ihre weltlichen Vorgesetzten oder Vorstände berufen sind, bestimmen die für die Art und den Umfang der Tätigkeit der letzteren maßgebenden Vorschriften.

§ 33. b. **Gemeinden mit Vertretungskörper. Kirchengenossenschaft.**

aa. **Mitgliedschaft durch Gesetz; Ehrenmitglieder.**

Der kirchenverfassungsmäßige Vertretungskörper der Kirchengemeinde ist der „Kirchengenossenschaft¹⁾“. Derselbe wird aus teils durch das Gesetz bestimmten, teils durch Gemeindevahl berufenen Personen zusammengesetzt. Die gewählten Mitglieder werden als „Kirchenverordnete“ bezeichnet.

Auf grund des Gesetzes gehören dem Kirchengenossenschaftsamt notwendig und mit der Verpflichtung zur Teilnahme die Pfarrgeistlichen²⁾ an, und können ihm ohne Verpflichtung zur Teilnahme beitreten die Kirchenpatrone³⁾.

1) Die Pfarrgeistlichen betreffend. Sind für eine Kirchengemeinde mehrere Pfarrgeistliche angestellt, mögen sie als „erste“ und „zweite“ Prediger, als Pastor primarius und Pastor diaconus oder collaborator, oder wie sonst unterschieden werden (vgl. § 59), so sind diese sämtlich Mitglieder des Kirchengenossenschaftsamtes. — Sind in einem Pfarrbezirke mehrere Kirchengenossenschaftsamte, so gehört der Pfarrgeistliche jedem derselben als Mitglied an.

Der Pfarrgeistliche ist nicht befugt, selbst eine andere Person mit seiner Vertretung im Kirchengenossenschaftsamt zu beauftragen. Wird für ihn wegen zeitweiliger

⁶⁾ Dem Marienstift in Braunschweig ist der Antrag, ihm die Stellung einer eigenen Pfarrgemeinde mit selbständiger Pfarre zuzugestehen, mittels Reskr. v. 8. Juni 1877 abgelehnt. Der dortige Anstaltsgeistliche hat nur die Funktionen eines Predigers und Seelsorgers an der Anstalt, ohne daß die Parochialverhältnisse zu S. Magni (in Braunschweig) dadurch eingeschränkt oder auch nur verändert würden (Konfist.-Akten). — Ebenso ist im Minist.-Reskr. v. 20. Jan. 1874 und 22. März 1878 ausdrücklich abgelehnt, den Neu-Erfinder oder Anstalten den Charakter einer Personal-Pfarrgemeinde zu erteilen (Konfist.-Akten), vgl. § 138.

¹⁾ R. L. D. § 213 Abs. 2. R. B. G. § 1. Wegen der Ausnahmen s. oben § 32.

²⁾ R. B. G. § 4.

³⁾ R. B. G. § 6.

Unfähigkeit zur Verrichtung seines Dienstes eine Vertretung in den pfarramtlichen Geschäften angeordnet oder ihm zur Verrichtung der letzteren ein Gehülfe beigegeben, so bestimmt das Konsistorium, ob die Vertretung oder Aushülfe sich auf seine Tätigkeit im Kirchenvorstande mit erstrecken soll. Ebenso bestimmt das Konsistorium in Vakanzfällen den Geistlichen, welcher anstatt des fehlenden Pfarrinhabers im Kirchenvorstande sitzen soll. Desgleichen verfügt dasselbe darüber, ob zu den Amtsbefugnissen ständiger Kollaboratoren oder anderer Gehülfen in einem einzelnen Predigtamte (Rektoren u. a. m.) die Vertretung des Pfarrgeistlichen im Kirchenvorstande gehören soll. Außer im Falle solcher Beauftragung durch das Konsistorium haben derartige Gehülfsgeistliche nur mit beratender Stimme am Kirchenvorstande teilzunehmen. Kollaboratoren und andere Hülfsgeistliche, welche nicht dem Predigtamt in einer einzelnen Gemeinde beigegeben sind, sondern bald dem einen, bald dem andern Aushülfe leisten müssen, (z. B. die sog. Stadtadjunkten in Braunschweig, der Senior des Predigerseminars in Wolfenbüttel) haben in keinem Kirchenvorstande Sitz.

2) Die Kirchenpatrone betr. Nur dem Inhaber eines Kirchenpatronatrechtes im eigentlichen Sinne ist das Recht der Teilnahme am Kirchenvorstande zugestanden; das sog. landesherrliche Patronatrecht (§ 67) enthält diese Befugnis nicht⁴⁾. Wo das Patronatrecht einer Körperschaft oder einer anderen juristischen Person zusteht, muß wenn deren Teilnahme am Kirchenvorstande begehrt wird, wegen der Form der Ausübung derselben in Ermangelung gesetzlicher Vorschriften vom Landesfürsten⁵⁾ Verfügung getroffen werden. Ist der Inhaber des Patronatrechtes eine physische Person, so kann er persönlich in den Kirchenvorstand eintreten, falls ihm die Stimmberechtigung in der betreffenden Kirchengemeinde zusteht⁶⁾. Geht ihm diese Eigenschaft ab oder will er dem Kirchenvorstande nicht selbst angehören, so darf er statt seiner ein mit der Wählbarkeit zum Kirchenverordneten ausgestattetes Mitglied der

⁴⁾ R. B. G. § 6 a. E.

⁵⁾ Landesfürstliche Reskripte v. 25. Juli 1855 und 26. Jan. 1856, den Kirchenvorstand zu S. Stephan in Helmstedt betr. Darin ist vorgeschrieben, daß in diesem Kirchenvorstande wegen des dem Stadtmagistrate zustehenden Patronatrechtes an der zweiten Predigerstelle zu S. Stephani der Vorsitzende des Stadtmagistrates, oder, falls dieser nicht lutherischer Konfession sein sollte, ein vom Landesfürsten zu ernennendes lutherisches Magistratsmitglied, Sitz und Stimme haben solle. Daß ein solches Magistratsmitglied auch die sonst erforderlichen Eigenschaften eines Kirchenverordneten besitzen muß, ist selbstverständlich (vgl. § 6 des R. B. G.) — Außerdem schreiben jene Reskripte vor, daß in Anbetracht der besonderen Beziehungen der Helmstedter Schusterinnung zur S. Walpurgiskirche (oben § 25, C 1) der von ihr präsentierte Rechnungsführer der S. Walpurgiskirche, wenn er die gesetzlich geforderten Eigenschaften eines Kirchenverordneten besitzt, dem S. Stephanikirchenvorstande als Mitglied beitreten soll.

⁶⁾ R. B. G. § 6 vgl. mit § 2 und 4 des Kirchenges. v. 10. Okt. 1873, das Verfahren bei der Wahl der Kirchenverordneten betr. (Nr. 51).

Kirchengemeinde zum Kirchenverordneten ernennen. Besitzt der Patron das Patronatrecht an mehreren Kirchen, so kann er für den Kirchenvorstand bei jeder dieser Kirchen einen Kirchenverordneten ernennen. So lange ein Patron der rechtlichen Selbständigkeit ermangelt, ist sein Recht bezüglich des Kirchenvorstandes durch seinen gesetzlichen Stellvertreter (Inhaber der väterlichen Gewalt, Vormund, Kurator) wahrzunehmen. Ob dieser persönlich am Kirchenvorstande teilnehmen kann entscheidet sich danach, ob ihm für seine Person die Stimmberechtigung in der Kirchengemeinde zusteht. — Darüber, ob der Patron zur persönlichen Teilnahme am Kirchenvorstande zuzulassen, oder ob ihm die Ernennung eines Kirchenverordneten zu verstaten sei, entscheidet im Streitfalle das Konsistorium. Einsprache beim Kirchenvorstande gegen die Person des vom Patron ernannten Kirchenverordneten hat wegen Mangels der dessen Wählbarkeit begründenden Eigenschaften jedes stimmberechtigte Gemeindeglied (§ 35) innerhalb dreier Tage nach der mittelfst kirchlicher Abkündigung vorzunehmenden Bekanntgebung der Ernennung an die Gemeinde; außerdem kann der Kirchenvorstand selbst ohne diese Zeitbeschränkung den Ernannten wegen mangelnder Wählbarkeit zurückweisen. Gegen die Beschlüsse des Kirchenvorstandes in der Sache steht den Beteiligten (auch dem Patrone) der Refurs an das Konsistorium zu. Vor dessen Erledigung kann der Ernannte nicht in den Kirchenvorstand eintreten. An Stelle eines ungeeigneten Befundenen kann der Patron eine andere geeignete Person ernennen⁷⁾. Der Ernannte wird gleich den gewählten Kirchenverordneten und wenn tunlich mit ihnen zusammen an einem Sonntage im Gottesdienste der Gemeinde durch den Geistlichen vorgestellt und mittelfst Handschlages zur Erfüllung seiner Obliegenheiten verpflichtet⁸⁾.

Der Inhalt des dem ernannten Kirchenverordneten vom Patrone zu erteilenden Auftrages kann nur die Vernehmung des Kirchenverordnetenamtes sein. Der Auftrag kann daher weder auf die Wahrnehmung nur einzelner in diesem Amte begriffener Geschäfte beschränkt werden, noch bezüglich der Wahrnehmung der einzelnen Geschäfte bindende Vorschriften erteilen: ersteres nicht, weil dem ernannten Kirchenverordneten wie jedem anderen Kirchenverordneten der Umfang seiner Pflichten und Befugnisse durch das Gesetz selbst zugewiesen ist, an dem der Patron nichts ändern kann; letzteres nicht, weil die einzige Rücksicht, welche jeden Kirchenverordneten in seiner Tätigkeit zu leiten hat, ausschließlich die gewissenhafte Überzeugung sein muß, daß er mit

⁷⁾ §§ 10, 11 und 13 des ang. Kirchengesetzes v. 1873 (Nr. 51).

⁸⁾ § 14 des ang. Kirchengesetzes v. 1873.

seinem Tun das Wohl der Kirchengemeinde fördere. Er würde also pflichtwidrig handeln, wenn er ohne diese Überzeugung Weisungen des Patrons befolgte.

Der Auftrag kann von dem Patron für bestimmte oder unbestimmte Zeit erteilt, in dem einen wie anderen Falle aber nach Belieben zurückgenommen werden⁹⁾.

Durch den Hinzutritt des Patrons oder des von ihm ernannten Kirchenverordneten zum Kirchenvorstande erleidet das Recht der Kirchengemeinde, nach ihrer Seelenzahl eine bestimmte Anzahl Kirchenverordneter zu wählen, keine Beschränkung¹⁰⁾.

Zur Teilnahme am Kirchenvorstande durch das Gesetz berufen sind endlich auch die Ehrenmitglieder. Das Recht auf die Ehrenmitgliedschaft steht Jedem zu, der das Amt eines gewählten Kirchenverordneten dreimal bekleidet hat (vgl. § 37). Daß dies in einer ununterbrochenen Zeitfolge geschehen sei, ist nicht erforderlich; dagegen muß die Erklärung, von dem Rechte der Ehrenmitgliedschaft Gebrauch machen zu wollen, vor dem Ablaufe der dritten Amtsperiode oder in unmittelbarem Anschlusse an ihn abgegeben werden, widrigenfalls dasselbe verloren geht¹¹⁾.

Ehrenmitgliedern steht im Kirchenvorstande nur beratende Stimme zu. Im übrigen haben sie alle Rechte der ordentlichen Mitglieder und müssen wie diese zu den Sitzungen geladen werden. An der Zahl der von der Gemeinde zu wählenden Kirchenverordneten (§ 34) ändert das Vorhandensein von Ehrenmitgliedern nichts.

§ 34. Kirchenvorstand. bb. Mitgliedschaft durch Wahl. Zahl der Mitglieder.

Die Zahl der zu wählenden Kirchenverordneten richtet sich nach der Seelenzahl der Kirchengemeinde. Sie beträgt:

bei Gemeinden unter	500 Seelen	4
" " "	1500 "	6
" " "	3000 "	8
" " "	5000 "	12
" " über	5000 "	16

⁹⁾ R. B. G. § 18. Das Gesetz enthält keine Beschränkung des Beliebens des Patrones in dieser Beziehung. Aus dem Inhalte des Auftrages folgt aber, daß er nicht zur Erledigung eines einzelnen Geschäftes oder zur Teilnahme an einer einzelnen Kirchenvorstandssitzung erteilt werden kann. Ebenso ist dem Patrone, welcher persönlich am Kirchenvorstande teilnimmt, nicht gestattet, zur Wahrnehmung eines einzelnen Kirchenverordneten-Geschäftes einen Vertreter für sich zu bestellen.

¹⁰⁾ R. B. G. §§ 5 und 6 Abs. 2.

¹¹⁾ R. B. G. § 18 . . . „kann als Ehrenmitglied im Kirchenvorstande verbleiben“. Dieser Ausdruck schließt die Möglichkeit aus, dem Kirchenvorstande als Ehrenmitglied wieder beizutreten, wenn auf den Ablauf der dritten Amtsperiode zunächst ein Zeitraum der Nichtbeteiligung an ihm gefolgt ist.

Abweichungen von diesen Zahlen können auf Wunsch der Gemeinden aus besonderen Gründen durch Verfügung des Landesfürsten zugelassen werden¹⁾.

Bei Berechnung der Seelenzahl ist der ganze Kirchenbezirk ins Auge zu fassen, einerlei ob er nur eine oder mehrere Ortshaften umfaßt. Letzterenfalls sind die zu wählenden Kirchenverordneten auf die verschiedenen Ortshaften tunlichst nach dem Verhältnis ihrer Seelenzahl zu der des ganzen Kirchenbezirkes zu verteilen. Im Zweifel hat das Konsistorium über diese Verteilung zu bestimmen²⁾.

Die Filialgemeinden (§ 27, I) erhält einen eigenen Kirchenvorstand, ebensowohl als die Gemeinde der Mutterkirche. In Angelegenheiten eines ganzen Pfarrbezirkes treten die in ihm etwa vorhandenen mehreren Kirchenvorstände zu gemeinsamer Beratung am Pfarrsitze zusammen³⁾. Wenn jedoch eine Filialgemeinde „kein selbständiges Kirchentum besitzt“, so hat sie, wie eine Ortsgemeinde ohne Kirche, nach Anordnung des Konsistoriums einen gemeinschaftlichen Kirchenvorstand mit der Muttergemeinde zu bilden⁴⁾, in welchem sie

¹⁾ R. B. G. § 5. Beispiele derartiger Abweichungen: Oser mit 7 Kirchenverordneten, von denen 3 aus Kommunion-Oser (Landesf. Refr. v. 27. Jan. 1870); Hedeper mit 4 Kirchenverordneten (Landesf. Refr. v. 19. Jan. 1874); Gandersheim mit 12, seit 1891 13 Kirchenverordneten (Landesf. Refr. v. 4. Febr. 1880, vgl. Amtsblatt 1891 S. 47 ff.); Greene mit 16, seit 1891 15 Kirchenverordneten (Landesf. Refr. v. 24. Mai 1852, vgl. Amtsblatt 1891 S. 47 ff.)

²⁾ R. B. G. § 1 a. E.

³⁾ R. B. G. § 48 vgl. mit dem Ges., die Berichtigung des § 48 des R. B. G. betr., v. 24. Juni 1879 (Nr. 34). S. ferner unten § 72.

⁴⁾ R. B. G. § 2 Abs. 1. Der eigentliche Sinn obiger Ausnahme ist dunkel. Denn da es zum Begriffe einer Filialgemeinde gehört, daß sie ein von der Mutterkirche getrenntes „Kirchentum“ besitzt (oben § 27 I), so ist eine Filialgemeinde ohne solches nicht gut zu denken und ihr Vorhandensein in der Landeskirche nicht nachzuweisen. Das Gesetz hat vermutlich die Fälle im Auge, wo in Ortshaften eines Pfarrbezirkes Kapellen zu bestimmter, beschränkter Verwendung (oben § 27 I) vorhanden sind, während die Einwohner im übrigen die Kirche in einem anderen Orte nach wie vor als ihre eigentliche Kirche zu betrachten haben. Derartige Kapellenorte mit Vertretung im Kirchenvorstande ihrer eigentlichen Kirche sind beispielsweise:

Meinkoth (1 Kirchenverordneter im Kirchenvorstande von Welpfe); Brescherode, Seboldshausen und Bentlerode (je 1 Kirchenver. im R. B. von Gandersheim); Ackenhausen (1 Kirchenver. im R. B. von Wolperode); Drxhausen, Haieshausen, Billerbeck, Deulshausen, Kreienjen, Erzhausen und Garlebsen (je 1 Kirchenver. im R. B. von Greene); Eimen und Barshausen (2 bezw. 1 Kirchenver. im R. B. von Wenzen); Coppengrave (1 Kirchenver. im R. B. von Brunkensen); Destrup (2 Kirchenver. im R. B. von S. Laurentius in Wödenburg); Nauen (2 Kirchenver. im R. B. von Lutter am Barenberge); Warbsen, Lütgenade und Heileissen (erstere mit 2, letztere mit je 1 Kirchenver. im R. B. von Golmbach); Braaf (1 Kirchenver. im R. B. von Stadtfoldendorf); Scharfoldsendorf, Lüerdisen und Hölzen (je 2 Kirchenver. im R. B. von Eichershausen); Merxhausen und Denterhausen (3 bezw. 1 Kirchenver. im R. B. von Heinade); Leune, Linnenkamp und Emmerborn (erstere mit je 2, letzteres mit 1 Kirchenver. im R. B. von Wangelnstedt); Dohnsen, Linse und Tuchtfeld (erstere mit 2, letztere mit je 1 Kirchenver. im R. B. von Halle). In diesen Fällen hat der Kirchenvorstand der eigentlichen Kirche die Angelegenheiten der Kapellen in den Kapellenorten mit wahrzunehmen. Dadurch unterscheiden sie sich scharf von dem Falle der Auscheidung einer eingepfarrt gewesenen Ortshafft aus ihrem bisherigen Kirchenverbande (§ 27, I).

nach Verhältnis ihren Seelenzahl vertreten wird. — Umgekehrt kann eine zum Bezirke der Kirche eines anderen Ortes gehörige Ortschaft nach Bestimmung des Landesfürsten einen eigenen Kirchenvorstand erhalten, wenn in ihr sich „ein besonderes, gemeinheitliches, kirchliches Leben“ findet⁵⁾. Damit hört ihre Teilnahme an dem Kirchenvorstande, in dem sie bisher vertreten gewesen war, auf⁶⁾.

Die Zahl der gewählten Kirchenverordneten darf nicht unter 3 bei 4, unter 4 bei 6, unter 5 bei 8, unter 8 bei 12, unter 12 bei 16 sinken; geschieht das in Folge des Ausscheidens Mehrerer, so finden Ergänzungswahlen statt⁷⁾. Aus besonderen Gründen können Ergänzungswahlen vom Konsistorium auf Antrag des Kirchenvorstandes auch zugelassen werden, wenn in demselben noch mehr als die angegebene Zahl von Kirchenverordneten übrig geblieben sind⁸⁾.

§ 35. Kirchenvorstand. cc. Wählbarkeit.

Die Wählbarkeit zum Kirchenverordneten setzt voraus¹⁾:

1) die Mitgliedschaft in der Kirchengemeinde, um deren Vertretung es sich handelt (oben § 28),

2) die kirchliche Stimmberechtigung,

3) Lebensalter von mindestens 30 Jahren,

4) wirtschaftliche Selbständigkeit.

Das gewöhnliche Kennzeichen der letzteren ist die Führung eines eigenen Haushaltes; sie kann aber auch ohne diesen vorhanden sein. Sie fehlt den Personen, welche einem fremden Haushalte in Unterordnung unter dessen Familienhaupt angehören.

Zu 2. Die kirchliche Stimmberechtigung setzt (außer der Mitgliedschaft in der Gemeinde) voraus²⁾:

a. männliches Geschlecht;

b. die vollzogene Konfirmation³⁾;

⁵⁾ R. B. G. § 2 Abs. 2. Beispiel Neuhaus mit Fohlenpladen, ausgeschieden aus dem R. B. von Altdorf (Mntsblatt 1889, S. 6 ff.); Gremshelm, ausgeschieden aus dem R. B. von Alt-Gandersheim.

⁶⁾ Anomal ist die Angelegenheit bei Quernum behandelt, welches einen eigenen Kapellenvorstand erhalten hat, zugleich aber, wie zuvor, im Kirchenvorstande von Niddagshausen vertreten ist.

⁷⁾ R. B. G. § 21.

⁸⁾ Minist. Refkr. v. 9. Jan. 1884. Konsistorial-Massschreiben v. 24. Jan. 1884. Vgl. unten § 40 Anm. 1.

¹⁾ Kirchenges., das Verfahren bei der Wahl der Kirchenverordneten betr., v. 16. Okt. 1873 (Nr. 51) § 3. Vgl. oben § 15.

²⁾ § 2 des aug. Kirchenges. v. 1873 (vgl. oben § 15).

³⁾ Kirchenges., die Verlegung kirchl. Pflichten betr., v. 14. März 1889 (Nr. 10) § 12.

- c. Lebensalter von 25 Jahren;
- d. vermögensrechtliche Selbständigkeit, d. h. Freiheit von Kuratel über Person oder Vermögen;
- e. kirchliche Unbescholtenheit, welche jedem zugestanden werden muß, der nicht durch „unehrenhaften Lebenswandel oder tatsächlich bekundete Verachtung der Religion öffentliches, durch nachhaltige Besserung nicht wieder gehobenes Argerniß gegeben hat“. Einzelne Beispiele solchen Argernisses gibt das ang. Kirchengesetz v. 1889, ohne jedoch damit den Inhalt des Begriffes, wie ihn das Gesetz v. 1873 umschrieben hat, verengern zu wollen. Der Eintritt des Verlustes des Wahlrechtes in Folge Argerniß erregender Handlungen muß durch Beschluß des Kirchenvorstandes ausdrücklich ausgesprochen werden; ob ein diesen Ausspruch begründendes Argerniß gegeben sei, entscheidet der Kirchenvorstand, gegen dessen Spruch dem Beteiligten der Rekurs an das Konsistorium zusteht⁴⁾.
- f. Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte⁵⁾. — Tatsächliche Bekundung christlichen Sinnes oder der Teilnahme am kirchlichen Leben ist nicht rechtliche Voransetzung der Wählbarkeit; das Gesetz hat jedoch die Mahnung an die Wähler gerichtet, nur Männern, welche in diesen Beziehungen bewährt sind, ihre Stimmen zuzuwenden, worauf die Wähler bei der Abkündigung der Wahl hinzuweisen sind⁶⁾.

Der Besitz des Pfarramts schließt die Wählbarkeit zum Kirchenverordneten aus (§ 33), nicht aber die Stimmberechtigung für die Kirchenvorstandswahlen.

§ 36. Kirchenvorstand. dd. Wahlverfahren.

Das Wahlverfahren soll in den Jahren, in welchen die regelmäßigen Wahlen stattzufinden haben (§ 37), so zeitig eingeleitet werden, daß diese vor dem 1. November geschehen können. Dasselbe ist vom Kirchenvorstande zunächst durch Aufstellung der Wählerliste vorzubereiten. Zu dem Zwecke sind die stimmberechtigten Gemeindeglieder (§ 35) durch Abkündigung von der Kanzel (§ 82 a. G.) und wenn es für angemessen gehalten wird, überdies durch Anschläge an den Kirchentüren oder in sonst ortsüblicher Weise (z. B. auch durch Bekanntmachung in öffentlichen Blättern) aufzufordern, sich binnen

⁴⁾ § 5 des ang. Kirchenges. v. 1873. § 4 und 7 des ang. Kirchenges. v. 1889. Vgl. oben § 15, V.

⁵⁾ Reichsstrafgesetzbuch §§ 33 und 34.

⁶⁾ §§ 3 a. G. u. 5 a. G. des ang. Kirchenges. v. 1873.

14 Tagen an einer genau zu bezeichnenden Meldestelle behuf ihrer Aufnahme in die Liste zu melden, widrigenfalls sie ihr Wahlrecht nicht ausüben können¹⁾.

Die Anmeldung kann schriftlich oder mündlich, persönlich oder durch Beauftragte geschehen und muß an der Meldestelle innerhalb der Frist an jedem Tage während der nach der Ortsitte zur Erledigung von Geschäften bestimmten Zeit, bei deren Feststellung und Begrenzung billige Rücksicht auf die Lebensverhältnisse der Kirchengemeindemitglieder obzuwalten hat, entgegen genommen werden.

Nach Ablauf der 14 Tage hat der Kirchenvorstand die Stimmberechtigung der Angemeldeten zu prüfen und aus den Namen der nicht Beanstandeten die Liste der Wahlberechtigten zusammenzustellen. Diese Liste ist sodann spätestens 6 Wochen vor dem Wahltag an einem geeigneten Orte zu Jedermanns Einsicht 8 Tage lang auszulegen; Ort und Zeit des Ausliegens ist öffentlich bekannt zu machen²⁾. Einsprachen gegen die Liste sind binnen 8 Tagen von dem Tage der Bekanntmachung an bei dem Kirchenvorstande anzubringen. Der Kirchenvorstand hat dieselben binnen 8 Tagen nach ihrem Eingange zu erledigen, indem er entweder ihnen entsprechend die Liste berichtigt und davon den Erhebern der Einsprachen Nachricht gibt, oder die Einsprachen mittelst Bescheides zurückweist. Gegen die Entscheidung des Kirchenvorstandes findet binnen 3 Tagen nach deren Eröffnung Beschwerde beim Konsistorium statt.

Die Erhebung derselben ist von dem Beschwerdeführer dem Kirchenvorstande anzuzeigen³⁾. Das Konsistorium soll die Beschwerde binnen 14 Tagen erledigen⁴⁾.

Nach Ablauf der obigen Fristen und Erledigung der etwa erhobenen Beschwerden setzt der Kirchenvorstand den Wahltermin an. Derselbe wird der Gemeinde durch kirchliche Abkündigung (§ 82 a. E.) an zwei aufeinanderfolgenden Sonntagen bekannt gemacht. Die Bekanntmachung muß die Angabe des Raumes, in dem gewählt werden soll, des Tages der Wahl und der Anfangszeit und Endzeit der Wahlhandlung enthalten⁵⁾, und soll von

¹⁾ § 5 Abs. 1 des Kirchenges., die Wahl der Kirchenverordneten betr., v. 10. Okt. 1873 (Nr. 51). Auch der Geistliche muß, wenn er die Stimmberechtigung bei der Kirchenvorstandswahl ausüben will, sich zur Aufnahme in die Wählerliste melden.

²⁾ § 5 Abs. 2 a. a. O. Die Form der kirchlichen Abkündigung ist für diese Bekanntmachung nicht vorgeschrieben, kann aber selbstverständlich gebraucht werden.

³⁾ An die Unterlassung dieser Anzeige hat das Gesetz rechtliche Folgen nicht geknüpft; auch wo sie eingetreten, ist das Konsistorium der Verpflichtung, die bei ihm angebrachte Beschwerde auf ihren Grund zu prüfen und nöthigenfalls rechtswidrige Entscheidungen des Kirchenvorstandes aufzuheben, nicht überhoben.

⁴⁾ § 5 Abs. 2 und 3 a. a. O.

⁵⁾ Die Unvollständigkeit der Bekanntmachung in einer dieser Beziehungen führt leicht

dem am Ende des vorigen Paragraphen erwähnten Hinweise begleitet sein. Den Wahlraum bestimmt der Kirchenvorstand; die Kirche darf dazu benützt werden⁶⁾. Von dem bevorstehenden Waltermine hat der Kirchenvorstand dem Patrone besondere Nachricht zu erteilen⁷⁾. Wenn für denselben Kirchenvorstand Kirchenverordnete aus verschiedenen Ortschaften zu wählen sind (§ 34), so findet in jeder dieser Ortschaften die Wahl der auf sie entfallenden Kirchenverordneten statt; die Wahl zerfällt dann in so viele getrennt vorzunehmende Wahlhandlungen, als derartige Ortschaften vorhanden sind, worauf bei Ansetzung des Wahltermins Rücksicht zu nehmen ist. Durch einstimmigen Beschluß des Kirchenvorstandes kann jedoch bestimmt werden, daß sämtliche Wahlen in einer Zeitfolge und an demselben Orte vorgenommen werden sollen⁸⁾.

Die Wahlhandlung wird von einem Wahlausschusse geleitet, welcher aus dem Vorsitzenden des Kirchenvorstandes (unten § 46) oder dessen Stellvertreter und mindestens zwei vom Kirchenvorstande aus seiner Mitte zu wählenden Kirchenverordneten besteht. Der Wahlausschuß hat unter Zugrundelegung der Liste der Wahlberechtigten dafür zu sorgen, daß keine in diese nicht aufgenommene Person eine Stimme abgebe, daß jede abgegebene Stimme richtig gezählt, und daß die Stimmenmehrheit richtig berechnet werde. Über die Wahlhandlung hat er ein Protokoll aufzunehmen, welches die Namen der Wähler und die der Gewählten, letztere mit Angabe der auf Jeden gefallenen Zahl von Stimmen enthalten muß. Zur Führung des Protokolls kann er auch Mitglieder der Gemeinde, welche dem Kirchenvorstande nicht angehören, zuziehen. Das Protokoll ist durch Unterschrift der Ausschußmitglieder und vorkommendenfalls der zugezogenen Protokollführer zu beglaubigen⁹⁾.

Die Wahl geschieht durch die im Wahltermine persönlich erschienenen Wahlberechtigten mittelst Abgabe geschriebener, verschlossener Stimmzettel, auf denen so viele wählbare Personen zu benennen sind, als Kirchen-

zu Weiterungen oder zur Anfechtung der Wahl. Die Anfangs- und Endzeit der Wahlhandlung muß tunlichst in die ortsüblichen Geschäftsstunden, jedoch mit billiger Berücksichtigung der Lebensverhältnisse der Gemeindeglieder gelegt werden.

⁶⁾ § 6 a. a. D.

⁷⁾ § 5 a. G. a. a. D.

⁸⁾ § 6 Abs. 2 a. a. D. — Das Gesetz umschreibt den einstimmigen Beschluß des Kirchenvorstandes mit den Worten „sofern Prediger und die übrigen Mitglieder des Kirchenvorstandes darüber einverstanden sind“. Wenn dasselbe dann sagt, die Wahlen seien in diesem Falle „gleichzeitig“ vorzunehmen, so heißt das nicht, sie seien in eine Wahlhandlung zusammenzuziehen, sondern die mehreren getrennten Wahlhandlungen seien (neben oder nach einander) innerhalb derselben Anfangs- und Endzeit, also in einem Termine, zu vollziehen.

⁹⁾ § 7 a. a. D.

verordnete gewählt werden. Nach beendigter Abgabe der Stimmzettel ist ein Verzeichnis sämtlicher auf diesen Benannten¹⁰⁾ in der Reihenfolge der Stimmenzahl, die ein jeder erhalten hat, und mit Angabe derselben aufzustellen¹¹⁾. Aus diesem Verzeichnisse wird die erforderliche Zahl von Kirchenverordneten nach der Reihenfolge, welche die Stimmenmehrheit ergibt, entnommen. Personen mit gleicher Stimmenzahl haben dabei gleichen Anspruch auf Berücksichtigung vor Allen mit geringerer Stimmenzahl. Sind von vorn herein oder zuletzt mehr Personen mit gleicher Stimmenzahl zu berücksichtigen, als noch Kirchenverordnete gewählt werden müssen, so entscheidet unter ihnen das Los¹²⁾.

Das Ergebnis der Wahl ist den versammelten Wählern sofort zu verkündigen, auch den Gewählten mitzuteilen. Diese haben sich binnen 3 Tagen über Annahme oder Nichtannahme der Wahl zu erklären. Beim Ausbleiben der Erklärung gilt die Wahl als angenommen.

Die Annahme der Wahl ist kirchliche Pflicht, deren Erfüllung nur beim Vorhandensein bestimmter Ablehnungsgründe unterlassen werden darf¹³⁾. Als solche gelten: die Verwaltung des Amtes eines Kirchenverordneten innerhalb der letzten 6 Jahre, die Zurücklegung des 70. Lebensjahres, und überdies „besondere in den persönlichen Verhältnissen des Gewählten beruhende Verhinderungsgründe“. Der Ablehnungsgrund ist bei der Erklärung der Nichtannahme der Wahl anzugeben¹⁴⁾. Nach Annahme der Wahl kann der Ablehnungsgrund noch als Grund zur Niederlegung des Amtes eines Kirchenverordneten verwertet werden.

Bei Ablehnung einer Wahl tritt in die Stelle des Ablehnenden derjenige, der nach ihm die meisten Stimmen erhalten hatte; unter Mehreren mit gleicher Stimmenzahl entscheidet das Los. Sind mehr Personen, als die gewählten,

¹⁰⁾ Auch offenbar Nichtwählbaren, falls sich solche unter den Benannten befinden; denn nicht der Wahlausschuss für sich allein, sondern erst der ganze Kirchenvorstand, ist berechtigt, das Wahlergebnis wegen mangelnder Wählbarkeit eines Gewählten zu beanstanden.

¹¹⁾ Es empfiehlt sich, dieses Verzeichnis dem Wahlprotokolle als Anlage beizufügen.

¹²⁾ § 8 Abs. 3 a. a. O. Die hier wegen Gebrauches des Loses gegebene Bestimmung ist ihrem Wortlaut nach, der ihre Anwendung auf die Auswahl „des letzten Kirchenverordneten“ zu beschränken scheint, zu eng gefaßt. Es kann vorkommen, daß, wenn noch 3. oder 2. oder 3 Kirchenverordnete zu wählen sind, die Auswahl unter 3 oder 4 Personen mit gleicher Stimmenzahl getroffen werden muß; es kann auch der Fall eintreten, daß von vorn herein mehr Personen die Stimmenmehrheit mit gleicher Stimmenzahl erhalten haben, als überhaupt Kirchenverordnete zu wählen sind. Auch in solchen Fällen muß nach der Absicht des Gesetzes die Entscheidung durch das Los herbeigeführt werden.

¹³⁾ § 9 a. a. O. — Rechtsnachteile sind mit der Außerachtlassung dieser Pflicht nicht verbunden.

¹⁴⁾ § 9 a. a. O. — Dem Kirchenvorstande ist die Befugnis, über das Vorhandensein oder den Wert des angegebenen Ablehnungsgrundes zu entscheiden, und die Macht, einer derartigen Entscheidung Geltung zu verschaffen, nicht eingeräumt.

auf den Stimmzetteln nicht benannt, also in das Verzeichnis der Benannten nicht aufgenommen, so findet eine Nachwahl auf Grund der Wählerliste, welche für die Wahl gegolten hat, statt. Für dieselbe ist unter Beachtung der eben angegebenen Vorschriften ein anderer Termin anzusetzen, wenn nicht etwa die Ablehnung der Wahl im Wahltermine selbst zu einer Zeit geschehen war, als sämtliche erschienene Wähler noch versammelt waren; letzterenfalls würde der Wahlausschuß dieselben zu sofortiger Nachwahl schreiten lassen können.

Die Namen der gewählten Kirchenverordneten sind am Sonntag nach der Wahl der Gemeinde durch kirchliche Abkündigung bekannt zu machen. Gleichzeitig sind sie vom Kirchenvorstande dem Superintendenten, und für die Gemeinden, welche zu dessen Pfarrbezirke gehören, dem Generalsuperintendenten zur Anzeige zu bringen. Auf Verlangen sind dem Superintendenten oder Generalsuperintendenten auch die Wahlakten einzusenden¹⁵⁾. Jedes stimmberechtigte Gemeindeglied (§ 35) kann gegen die Wahl binnen 3 Tagen nach ihrer Abkündigung sowohl wegen ordnungswidrigen Verfahrens bei derselben, als wegen Mangels der Wählbarkeit eines Gewählten beim Kirchenvorstande Einsprache erheben. Gegen dessen Entscheidung steht binnen 3 Tagen nach ihrer Eröffnung sowohl demjenigen, der die Einsprache erhoben hat, als dem Gewählten der Refurs an das Konsistorium zu. — Der Kirchenvorstand selbst kann einen Gewählten wegen mangelnder Wählbarkeit zurückweisen, ohne an jene Frist gebunden zu sein. Gegen diese Entscheidung hat der Gewählte binnen 3 Tagen nach der Eröffnung den Refurs an das Konsistorium. Vor der Erledigung der eingelegten Refurse, welche das Konsistorium tunlichst beschleunigen soll, können die Gewählten, deren Wählbarkeit beanstandet ist, nicht in den Kirchenvorstand eintreten¹⁶⁾.

Findet der Superintendent oder Generalsuperintendent, daß bei der Wahl erhebliche Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind, so hat er davon dem Konsistorium Anzeige zu machen. Wenn dieses die Einsprache begründet findet, so kann es die Wahl durch eine schleunigst mit Gründen abzugebende Entscheidung für ungültig erklären¹⁷⁾. Von der Erhebung der Einsprache hat der Superintendent oder Generalsuperintendent dem Kirchenvorstande binnen 3 Tagen Anzeige zu machen. Der Kirchenvorstand hat sodann mit dem weiteren

¹⁵⁾ § 10 a. a. D.

¹⁶⁾ § 11 a. a. D.

¹⁷⁾ § 12 a. a. D. Das Konsistorium hat zu erwägen, ob die vorgekommenen Unregelmäßigkeiten solche sind, welchen ein entscheidender Einfluß auf das Ergebnis der Wahl zugeschrieben werden muß. Sind dieselben nicht von dieser Bedeutung, so kann es die Wahl bestehen lassen.

Verfahren in der Wahlangelegenheit bis zur Entscheidung des Konsistoriums inne zu halten¹⁸⁾.

Wird eine einzelne Wahl für ungültig erklärt, so tritt an die Stelle des Ausfallenden der, welcher nach dem Verzeichnisse der Benannten zunächst die meisten Stimmen erhalten hat, nötigenfalls unter Anwendung des Loses bei mehreren mit gleicher Stimmenzahl Benannten; oder es findet, wenn das Verzeichnis erschöpft ist, eine Nachwahl statt. Bei Ungültigkeitserklärung der ganzen Wahlhandlung ist unverzüglich zu neuer Wahl zu schreiten¹⁹⁾.

Die Obliegenheiten, welche nach den obigen Ausführungen dem Kirchenvorstande bei der Wahl der Kirchenverordneten übertragen sind, hat in den Gemeinden, in welchen es an einem Kirchenvorstande fehlt, sei es weil sie neu entstanden sind, oder weil die Bildung eines Kirchenvorstandes für sie bisher untunlich erschienen war (§ 32, I), oder weil der Kirchenvorstand aufgelöst war (§ 37 zu 5), ein durch das Konsistorium nach Anhörung der Kirchenvisitatoren dazu bestelltes besonderes kirchliches Organ zu besorgen. Als solches wird bestimmt

- a. bei Gemeinden, welche durch Abzweigung von einer oder mehreren Kirchengemeinden derselben Ortschaft neu entstanden sind, der Kirchenvorstand einer der Gemeinden, aus welchen die Abzweigung stattgefunden hat;
- b. in anderen Fällen, wenn in derselben Ortschaft noch eine oder mehrere Kirchen mit Kirchenvorständen vorhanden sind, der Kirchenvorstand einer dieser Kirchen; der Kirchenvorstand, den das Konsistorium beauftragen will, ist vorher darüber zu hören;
- c. wenn in der Ortschaft keine Kirche mit Kirchenvorstand vorhanden, ein eigenes Wahlkollegium. Dasselbe besteht aus dem oder den Geistlichen der fraglichen Gemeinde (§ 33) und einer nach deren Seelenzahl unter Anwendung der im § 34 angegebenen Regel bemessenen Zahl von Mitgliedern, welche das Konsistorium dem Kreise der stimmberechtigten Mitglieder der Gemeinde (§ 35) entnimmt. Hat die Gemeinde bereits vorher einen Kirchenvorstand gehabt, so

¹⁸⁾ § 12 a. a. D.

¹⁹⁾ § 13 a. a. D. Das Gesetz sagt nicht ausdrücklich, ob das neue Wahlverfahren mit Aufstellung einer neuen Wählerliste zu beginnen hat, oder, wie bei Ergänzungswahlen nachgelassen (§ 37), auf Grund der bei der aufgehobenen Wahl benutzten vorzunehmen ist. Entscheidend ist, ob bedenkliche Unregelmäßigkeiten schon bei Aufstellung der Wählerliste, oder erst im späteren Wahlverfahren stattgefunden haben. Ersterenfalls muß die Wählerliste neu aufgestellt werden, letzterenfalls kann gleich mit der Ansetzung eines neuen Wahltermines begonnen werden. Welcher Weg einzuschlagen sei, hat das Konsistorium bei Ungültigkeitserklärung der Wahl zu bestimmen.

hat das Konsistorium bei Auswahl der Mitglieder soweit möglich die letzte Liste der Wahlberechtigten (s. oben) zum Grunde zu legen²⁰⁾.

— Das Wahlkollegium hat sofort nach seinem ersten Zusammentritt einen stellvertretenden Vorsitzenden (§ 46) zu wählen.

Dieses besondere kirchliche Organ hat die Kirchenvorstandswahl zu der vom Konsistorium bestimmten Zeit, übrigens nach Maßgabe der oben dargestellten gesetzlichen Vorschriften zu veranlassen, und sobald feststeht, daß gegen mindestens $\frac{2}{3}$ der Gewählten unerledigte Einsprachen nicht vorliegen, dem Konsistorium davon Anzeige zu machen²¹⁾.

§ 37. **Kirchenvorstand.** ee. **Dauer des Amtes. Beginn und Endigung desselben.**

Die regelmäßigen Kirchenvorstandswahlen finden im Gebiete der Landeskirche für alle Kirchenvorstände gleichzeitig statt, zwischen je zweien derselben liegt ein Zeitraum von 3 Jahren. Sie geschehen auf 6 Jahre. Bei der ersten Wahl nach dem Erlasse des Kirchenvorstandsgesetzes galt jedoch die Wahl für die Hälfte der Kirchenverordneten, welche durch das Los bestimmt wurde, nur für 3 Jahre; in Folge dessen scheidet alle 3 Jahre die Hälfte der Kirchenverordneten aus und ist bei jeder regelmäßigen Wahl neu zu wählen¹⁾.

Dasselbe Losungsverfahren muß auch fernerhin eintreten, wenn aus besonderen Gründen zur Neuwahl eines ganzen Kirchenvorstandes geschritten wird²⁾; ebenso im Falle einer Vermehrung der Zahl der Kirchenverordneten (234).

Außer der Zeit finden Ergänzungswahlen statt, wenn die am Ende des § 34 angegebenen Voraussetzungen vorhanden sind. Die Ergänzungswahlen

²⁰⁾ Gef., die Ergänzung der gesetzlichen Vorschriften über das Verfahren bei Kirchenvorstandswahlen betr., v. 16. Mai 1893 (Nr. 26), — in Kraft gesetzt durch Verordnung v. 30. Mai 1893 (Nr. 28), — §§ 1, 2 und 3. Unter der im § 3 a. E. genannten „Liste der Stimmberechtigten“ ist die nach § 5 des Gef. v. 10. Okt. 1873 (Nr. 51) zu bildende „Liste der Wahlberechtigten“ (s. oben) zu verstehen.

²¹⁾ § 4 des ang. Gef. v. 1893. Erforderlichenfalls werden zur Regelung und Durchführung des Wahlverfahrens in einzelnen Bestimmungen durch Kirchenverordnung erlassen. Beispiele in der Kirchenverordnung vom 18. Aug. 1894 Nr. 31.

¹⁾ K. B. G. § 18. — Bei der regelmäßigen Wahl wird stets die Hälfte der gesetzlichen Zahl der Kirchenverordneten (§ 34) gewählt, einerlei, ob die tatsächlich Ausscheidenden noch die Hälfte dieser Zahl ausmachen, und ob die Verbleibenden noch die vollzählige Hälfte bilden. Wenn jedoch zur Zeit der regelmäßigen Wahl die gesetzliche Voraussetzung einer Ergänzungswahl gegeben ist, so kann diese mit jener verbunden werden.

²⁾ Z. B. nach der Auflösung eines Kirchenvorstandes oder wo ein solcher überhaupt erst gebildet wird, § 36 a. E. Damit in solchen Fällen die Zeit der zukünftigen regelmäßigen Wahlen mit den allgemeinen Wahlperioden zusammenzutreffen, muß die durch das Los bestimmte Hälfte beim nächsten allgemeinen Ausscheiden der Hälfte der Kirchenverordneten mit ausscheiden, auch wenn dasselbe vor Ablauf von 3 Jahren nach der Neuwahl eintritt. § 4 des Gef. v. 16. Mai 1893 (Nr. 26).

wahlen werden unter Benützung der für die letzte regelmäßige Wahl aufgestellten Liste der Stimmberechtigten, im übrigen nach den für jene maßgebenden Vorschriften (§ 36) vorgenommen. Sie gelten für den Rest der Amtszeit der Ausgeschiedenen, zu deren Erfasse gewählt ist; wenn dieser bei den Ausgeschiedenen ungleich war, so entscheidet unter den Gewählten das Los über die Dauer ihrer Amtszeit³⁾. Neuwahlen von Kirchenvorständen, wo solche bisher gefehlt haben oder augenblicklich fehlen, finden zu der vom Konsistorium bestimmten Zeit statt (§ 36 a. E.)

Der Ausübung des Amtes der Kirchenverordneten soll deren feierliche Verpflichtung durch Handschlag vor versammelter Kirchengemeinde vorhergehen⁴⁾. Diese Vorschrift ist jedoch als rechtlich aufschiebende Bedingung, welche erfüllt sein müßte, bevor der Beginn der Amtsführung mit Rechtswirkung erfolgen könnte, nicht aufzufassen. Die Berechtigung zum Amtsantritte beginnt vielmehr bei den regelmäßigen Wahlen mit dem ersten Advent des betreffenden Jahres, vorausgesetzt, daß das Wahlverfahren zuvor seinen Abschluß gefunden hatte, sonst mit dem Tage, an welchem dessen Abschluß eingetreten ist, bei Ergänzungswahlen mit letzterem Tage. Als Tag des Abschlusses des Wahlverfahrens ist, wenn Einsprachen nicht erfolgt sind, der Tag des Ablaufs der für deren Erhebung gesetzten Frist anzusehen, anderenfalls der Tag, an welchem die Entscheidung über die Einsprachen dem Kirchenvorstande zugegangen ist⁵⁾. Bei Neuwahlen ganzer Kirchenvorstände (§ 36 a. E.) beginnt die Berechtigung, wenn nicht ausdrücklich ein späterer Zeitpunkt bestimmt worden, sobald das Konsistorium auf erhaltene Meldung davon, daß gegen die Wahl von $\frac{2}{3}$ der gewählten Kirchenverordneten unerledigte Einsprachen nicht vorliegen, die Einführung der Gewählten verfügt und nötigenfalls den Vorfügenden bestimmt hat⁶⁾.

Das Amt eines Kirchenverordneten wird beendigt

- 1) durch den Tod,
- 2) durch freiwillige Niederlegung,
- 3) durch den Verlust der Wählbarkeit,

³⁾ R. B. G. § 21.

⁴⁾ § 14 des Kirchenges., die Wahl der Kirchenverordneten betr., v. 10. Okt. 1873 (Nr. 51). Das Formular für diese im Anschluß an einen Gottesdienst vorzunehmende Feierlichkeit nebst den Worten des abzulegenden Gelöbnisses ist festgestellt in dem Kirchenges., die liturgische Ordnung der Nebengottesdienste u. s. w. betr., v. 14. Aug. 1893 (Nr. 42).

⁵⁾ Vgl. § 10, 11 und 12 des ang. Kirchenges. v. 1873. — Da die Teilnahme an der Verpflichtungsfeierlichkeit und die Ablegung des Gelöbnisses durch Handschlag zu den gesetzlichen Pflichten des Kirchenverordneten gehört, so würde die beharrliche Verweigerung derselben seitens eines solchen zu dessen Ausschließung aus dem Kirchenvorstande führen.

⁶⁾ § 4 des Ges. v. 16. Mai 1893 (Nr. 26).

- 4) durch Ausschließung mittelst Kirchenvorstandsbeschlusses,
- 5) durch die Auflösung des Kirchenvorstandes.

Zu 2. Die Niederlegung des Amtes ist nur aus den Gründen gestattet, welche zur Ablehnung der Wahl berechtigen (§ 36). Wer ohne solchen Grund das Amt tatsächlich aufgibt, indem er sich den Pflichten desselben dauernd entzieht, kann durch das Konsistorium zu deren Erfüllung durch Ordnungsstrafen⁷⁾ angehalten, auch bei beharrlicher Nichterfüllung aus dem Kirchenvorstande mittelst Kirchenvorstandsbeschlusses ausgeschlossen werden. Gegen einen solchen Beschluß steht dem Betroffenen der Rekurs an das Konsistorium zu bei dessen Entscheidung es sein Bemühen hat⁸⁾.

Zu 3. Die Tatsache daß, und der Grund weshalb die Wählbarkeit als verloren anzusehen, ist durch Kirchenvorstandsbeschluß auszusprechen, gegen welchen dem Betroffenen der Rekurs an das Konsistorium zusteht⁹⁾. Die durch die Fassung des Gesetzes nahe gelegte Frage, ob der Kirchenvorstand befugt sei, bei Anerkennung des Vorhandenseins einer Tatsache, welche den Verlust der Wählbarkeit zur Folge hat, zu beschließen, daß der nicht mehr Wählbare dennoch die Mitgliedschaft im Kirchenvorstande behalten solle, muß verneint werden, da dem Gesetze nicht die Absicht untergeschoben werden darf, einer Zusammensetzung des Kirchenvorstandes aus rechtlich ungeeigneten Personen die Bahn zu öffnen¹⁰⁾.

Zu 4. Die Ausschließung hat zu erfolgen

- a. wegen unwürdigen Verhaltens. Es ist hier ein Verhalten gemeint, welches die Wählbarkeit nicht ohne weiteres ausschließt (sonst läge der unter 3 hervorgehobene Fall vor), aber doch mit der Würde eines Kirchenverordneten nicht vereinbar ist;
- b. wegen beharrlicher, d. h. erfolgter Mahnung ungeachtet, fortgesetzter Verweigerung oder Unterlassung der Erfüllung der Pflichten des Amtes (vgl. oben zu 2)¹¹⁾.

⁷⁾ R. B. G. § 51 Abs. 1.

⁸⁾ § 20 Abs. 2 d. R. B. G. — Nur in der Begründung dieses Beschlusses hat der Kirchenvorstand ein Urteil über das Vorhandensein oder den Wert des angegebenen Niederlegungsgrundes auszusprechen.

⁹⁾ R. B. G. § 20 Abs. 2. Vgl. die §§ 4 und 7 des Kirchenges., die Verletzung kirchlicher Pflichten betr., v. 14. März 1889 (Nr. 10).

¹⁰⁾ Als rechtlich ungeeignet für einen bestimmten Kirchenvorstand müssen auch Personen angesehen werden, welche die Mitgliedschaft in der von ihm vertretenen Kirchengemeinde durch Wohnungswechsel innerhalb ihres Wohnortes verloren haben, da der Besitz der Mitgliedschaft in der Kirchengemeinde unbedingte Voraussetzung der Wählbarkeit zum Kirchenvorstande ist. Daran kann der Umstand nicht ändern, daß in größeren Städten durch den häufigen Wohnungswechsel der Mitgliederbestand der Kirchenvorstände gegen deren Wunsch, wie gegen den Wunsch der zum Umziehen Genötigten leicht verkleinert werden kann.

¹¹⁾ Daß gegen den Kirchenverordneten Ordnungsstrafen seitens des Konsistoriums er-

Die Ausschließung erfolgt mittelst förmlichen Beschlusses des Kirchenvorstandes, gegen welchen ein Rekurs an das Konsistorium nachgelassen ist. Das Konsistorium kann übrigens auch von Amtswegen die Ausschließung eines Unwürdigen oder Nachlässigen aus dem Kirchenvorstande fordern¹²⁾. Würde der Kirchenvorstand dieser Forderung Folge zu geben sich beharrlich weigern, so bliebe nur dessen Auflösung übrig.

Zu 5. Die Auflösung eines Kirchenvorstandes steht dem Konsistorium nach Einholung der Genehmigung des Landesfürsten (oben § 17, 14) zu. Wenn sie erfolgt, muß gleichzeitig die Neuwahl angeordnet werden¹³⁾. Zur Auflösung soll geschritten werden, „wenn durch die gesamte Tätigkeit eines Kirchenvorstandes das Wohl der Kirchengemeinde gefährdet wird“. Dieser Fall muß als vorliegend auch dann angenommen werden, wenn ein Kirchenvorstand den im Rechte begründeten Weisungen des Konsistoriums den Gehorsam beharrlich versagt, nachdem Ordnungsstrafen gegen die Kirchenvorstandsmitglieder erfolglos angewandt sind.

§ 38. ff. Art des Amtes der Kirchenverordneten.

Wirkungsbereich im Allgemeinen.

Das Amt der Kirchenverordneten ist ein kirchliches Ehrenamt. Es wird unentgeltlich verwaltet; von den Kirchenverordneten in Dienstgeschäften gemachte Auslagen werden aus der Kirchenkasse vergütet. — Die Kirchenverordneten sollen, wenn tunlich, in der Kirche einen besonderen Amtssitz haben¹⁾.

Der Kirchenvorstand hat im Allgemeinen die Rechte und Interessen der Kirchengemeinde, die er vertritt, in allen nicht besonders ausgenommenen Fällen wahrzunehmen²⁾. Ausnahmen, in denen die Vertretung der Gemeinde einem weiteren Personenkreise übertragen ist, bilden

- a. die Fälle der Berufung der Gemeindeversammlung, in welchen dann dem Kirchenvorstande die Einberufung der Versammlung, die Leitung

folglos angewandt seien, ist nicht notwendig, um ihn der „beharrlichen“ Amtsvernachlässigung zeihen zu können; es genügt, daß von ihm eine auf vorgängigen Beschluß des Kirchenvorstandes an ihn gerichtete Mahnung unbeachtet gelassen wird.

¹²⁾ R. B. G. § 20 a. E.

¹³⁾ R. B. G. § 51. Das Verfahren behuf der Neuwahl richtet sich nach den Bestimmungen des Gesetzes, die Ergänzung der gesetzlichen Vorschriften über das Verfahren bei Kirchenvorstandswahlen betr., v. 16. Mai 1893 (Nr. 26). Vgl. oben § 36 a. E.

¹⁾ R. B. G. § 19. Aufschreiben des Konf. v. 30. Juni 1852 (Bege, VII, 83).

²⁾ R. B. G. § 22. Ausnahmsweise auch bestimmte Interessen einer fremden Kirchengemeinde (§ 36 a. E.) Daß er dabei sich „in Uebereinstimmung mit den Ordnungen der Kirche“ zu halten hat, ist selbstverständlich und wird überdies durch das abzulegende Geßloßnis (§ 37 Anm. 4) ausdrücklich betont.

- ihrer Verhandlungen und die Ausführung ihrer Beschlüsse zustehen würde³⁾;
 b. die Fälle der Zuziehung anderer Gemeindeglieder oder der Vertretungskörper der Ortsgemeinde zu gemeinsamem Handeln mit dem Kirchenvorstande⁴⁾.

Der Kirchenvorstand vertritt die Kirchengemeinde nach außen und hat ihre Angelegenheiten zu leiten; Wünsche, Anträge und Beschwerden einzelner Gemeindeglieder in Bezug auf solche Angelegenheiten sind bei ihm anzubringen⁵⁾. Er hat über alle derartige Angelegenheiten den Kirchenkommissaren⁶⁾ und dem Konsistorium auf Erfordern Auskunft zu erteilen, Bericht zu erstatten und Gutachten abzugeben. Auch ohne dazu aufgefordert zu sein, hat er in Sachen seines Geschäftskreises, in denen ihm die Entscheidung nicht zusteht, an jene Behörden Mitteilungen und Anträge gelangen zu lassen.

Insbesondere liegt ihm ob

1) die Sorge für die Erhaltung des kirchlichen Gemeindeverbandes und die Wahrung der Parochialgerechtsame der Kirche⁷⁾;

2) eine Mitwirkung bei Anstellung der Prediger- und Opferr Männer sowie Organisten; die Annahme des Hülfspersonales zu den niederen kirchlichen Dienstleistungen⁸⁾;

3) die Sorge für alle behuf des Gottesdienstes und des kirchlichen Gemeindelebens erforderlichen Einrichtungen und Veranstaltungen: Gebäude, Begräbnisplätze, Geräte und sonstige bewegliche Sachen, kirchliche Feierlichkeiten a. a. m.⁹⁾;

4) die Sorge für die gesamte kirchliche Vermögensverwaltung¹⁰⁾;

5) die kirchliche Armenpflege¹¹⁾;

6) die Förderung des kirchlichen Lebens in der Gemeinde und Beobachtung des Wandels der Kirchendiener¹²⁾;

7) die Vertretung der Gemeinde bei den Wahlen der Abgeordneten zu den größeren Vertretungskörpern der Landeskirche¹³⁾.

³⁾ Vgl. oben § 32.

⁴⁾ R. B. G. § 25; vgl. unten § 40 und 136, 1.

⁵⁾ R. B. G. § 41.

⁶⁾ R. B. G. § 50; vgl. oben § 10.

⁷⁾ R. B. G. § 40. Vgl. oben § 27 wegen der Gemeindebezirke, der Gemeindegliederlisten (Num. 18), sowie der Pfarrbezirke; ferner unten § 39 wegen der Gerechtsame der Kirche.

⁸⁾ R. B. G. § 25; vgl. unten § 40.

⁹⁾ R. B. G. § 24; vgl. unten § 41.

¹⁰⁾ R. B. G. § 26 ff.; vgl. unten § 42 und 43.

¹¹⁾ R. B. G. § 39; vgl. unten § 44.

¹²⁾ R. B. G. § 23; vgl. unten § 45.

¹³⁾ Abgeordnete zur Inspektionsynode, s. oben § 26; Wahlmänner zu den Landesynodalwahlen s. oben § 19.

Auch wählt der Kirchenvorstand regelmäßig ein Mitglied des Schulvorstandes. S. 359 u. 10 des Gef. über die Gemeindeschulen v. 8. Dez. 1851 (Nr. 53) und Gef. v. 6. Apr. 1892 Nr. (12)^{13a)}.

Das Recht, den Kirchengemeindemitgliedern Steuern aufzuerlegen, sei es in der Form des Ausschreibens von Kirchensteuer, sei es durch Einführung von Gebühren für bisher gebührenfreie Handlungen und Verrichtungen, steht dem Kirchenvorstande nicht zu. Dagegen ist ihm unbenommen, für das Herleihen von Gegenständen kirchlichen Eigentums an Private oder für Abnutzung kirchlichen Eigentums durch Gebrauch im Privatinteresse zu gunsten der Kirchencasse eine Vergütung nach fester Taxe zahlen zu lassen.

Die gesamte Wirksamkeit des Kirchenvorstandes untersteht der Aufsicht der Kirchenkommissarien (oben § 10) und der Oberaufsicht des Konsistoriums. Dieses ist befugt, die Mitglieder zur Erfüllung ihrer Pflicht durch Ordnungsstrafen anzuhalten¹⁴⁾, Beschlüsse des Kirchenvorstandes, welche den Gesetzen widersprechen oder das Wohl der Kirche gefährden, aufzuheben, und in Angelegenheiten, in welchem dem Kirchenvorstande die Entscheidung nicht zusteht oder gegen dessen Beschlüsse Beschwerde erfolgt ist, zu entscheiden¹⁵⁾.

Das Konsistorium kann nötigenfalls auch den Kirchenvorstand auflösen, s. § 37, zu 5.

Gegen die Verfügungen der Kirchenkommissarien hat der Kirchenvorstand das Recht der Beschwerde beim Konsistorium¹⁶⁾, gegen die des Konsistoriums wo sie nicht vom Gesetze ausdrücklich als endgültig bezeichnet sind (vgl. z. B. § 37 bei Anm. 7) das Recht des Rekurses an die Entscheidung des Landesfürsten.

§ 39. Wirkungsbereich des Kirchenvorstandes im Einzelnen.

a. Wahrnehmung der Parochialrechte der Kirche.

Zu § 38, 1. Unter den „Parochialgerechtsamen der Kirche“, welche der Kirchenvorstand zu vertreten hat, sind nicht die auf dem Pfarrverbande (§ 27 XI) beruhenden Rechte des Predigers zu verstehen. Verletzungen dieser Rechte, mögen sie durch Eingriffe anderer Geistlicher oder durch Gemeindeglieder ge-

^{13a)} Die Wahl gilt für den dabei bestimmten Zeitraum; wenn keiner bestimmt ist, bis zum Ablauf der Dauer des Amtes des Kirchenverordneten.

¹⁴⁾ R. B. G. § 51. Eine derartige Befugnis ist dem Vorsitzenden des Kirchenvorstandes durch das Gesetz nicht eingeräumt; die Festsetzung von Ordnungsstrafen in der Geschäftsordnung (unten § 46) würde nur nach zuvoriger Genehmigung des Konsistoriums gültig sein. Konsist.-Reskr. v. 21. März 1883.

¹⁵⁾ R. B. G. § 51.

¹⁶⁾ Das Gesetz sagt hierüber nichts, der Satz folgt aber aus der Stellung der Kirchenkommissarien zum Konsistorium (oben § 10).

sehen, hat der Prediger selbst abzuwehren oder zu verfolgen. Jener Ausdruck bezeichnet vielmehr die Berechtigung auf die sämtlichen Leistungen, zu welchen teils die einzelnen Mitglieder der Kirchengemeinde (oben § 29, B), teils die Kirchengemeinde selbst (§ 30) durch ihre Verbindung mit der bestimmten Kirche verpflichtet sind; auf die Erfüllung dieser Verpflichtungen soll der Kirchenvorstand halten¹⁾. Daneben und vor allem hat er dafür zu sorgen, daß der Kirchenverband von den Gemeindegliedern geachtet und in keiner Weise hintangeseht werde (§ 29 A III).

§ 40. Wirkungsbereich des Kirchenvorstandes im Einzelnen.

β. Mitwirkung bei der Besetzung der Kirchenämter.

Zu § 38, 2. Eine Mitwirkung des Kirchenvorstandes findet bei Besetzung der Kirchenämter (§ 59) nach folgenden Bestimmungen statt.

- 1) Bezüglich der Pfarrämter tritt sie in verschiedener Weise ein
 - a. bei denen, welche auf gemeindeseitige Präsentation, und
 - b. bei denen, welche, sei es auf Präsentation seitens eines Patronen (§ 70) oder ohne solche, durch den Landesfürsten verliehen werden (§ 67).

Zu a. Bei den auf Präsentation der Gemeinde zu besetzenden Pfarren (§ 71) tritt der Kirchenvorstand ohne den Geistlichen unter Leitung des stellvertretenden Vorsitzenden (§ 46) mit ebensoviel dazu gewählten Gemeindegliedern¹⁾, als er weltliche Mitglieder zählt, zu einem Wahlkollegium zusammen. Die Wahl dieser Gemeindeglieder erfolgt tunlichst bald nach eingetretener Erledigung der Pfarre unter Vorsitz des mit letzterem einstweilig beauftragten Geistlichen (§ 46) nach den behuf der Wahl der Kirchenverordneten geltenden Bestimmungen²⁾.

Zu b. Bei den übrigen Pfarrämtern steht dem Kirchenvorstande ohne den Geistlichen unter Leitung des stellvertretenden Vorsitzenden die Votation der ernannten Prediger zu³⁾.

¹⁾ Wenn die Kirchenverordneten selbst zu den Pflichtigen gehören, kann das zu Schwierigkeiten führen; in dem Falle hat das Konsistorium unmittelbar das Interesse der Kirche wahrzunehmen und zu sichern. R. B. G. § 26 Abs. 3.

²⁾ Kirch.-Ges. v. 10. Okt. 1873, das Verfahren bei der Wahl der Kirchenverordneten betr. (Nr. 51) § 16. Die Zahl der Kirchenverordneten ist, wenn das nötig sei sollte, zunächst durch Ergänzungswahl zu berichtigen (oben § 34 a. G.)

³⁾ R. B. G. § 25; Ges. v. 10. Mai 1862, die Abänderung des § 25 des R. B. G. betr. (Nr. 25). Wegen des Verfahrens bei der Wahl des zu präsentierenden Geistlichen, vgl. unten § 71. Vgl. Auschr. v. 1. Nov. 1854 Nr. 2 (Bege VIII S. 155).

⁴⁾ R. B. G. § 25; das ang. Ges. v. 1862; Auschreiben des Konsistoriums v. 22. Mai

2) Bezüglich der Opferei- und Organistendienste (§ 99) ist zu unterscheiden, ob dieselben mit Schulämtern verbunden sind, oder nicht.

a. Letzterenfalls hat der Kirchenvorstand, sofern nicht das Recht der Verleihung der Stelle einem Patrone zusteht, den Inhaber derselben zu wählen und dem Konsistorium zur Bestätigung zu präsentieren⁴⁾.

b. Ersterenfalls ist, sofern nicht das Recht der Verleihung der Stelle einem Patrone zusteht⁵⁾, weiter zu unterscheiden, ob das Schulamt nach dem 1851 geltenden Herkommen durch Gemeindevahl (Gemeinde allein, oder Prediger und Gemeinde), oder durch den Landesherren besetzt wurde.

aa. Wo die Gemeindevahl gilt, wird dieselbe durch ein aus den Mitgliedern des Kirchenvorstandes, denen des Schulvorstandes und denen des Gemeinderates gebildetes Wahlkollegium getroffen, und der Gewählte sodann dem Konsistorium präsentiert, welches ihn wenn er geeignet befunden wird, zur Ernennung für das Schulamt dem Landesfürsten in Vorschlag bringt⁶⁾.

bb. Wo die Besetzung durch Verfügung des Landesfürsten geschieht, hat das Konsistorium, ehe es diesem Vorschläge macht, dem Kirchenvorstande die für die Stelle ausersiehene Person zu bezeichnen. Der Kirchenvorstand kann gegen dieselbe binnen 4 Wochen Einwendungen oder Bedenken vorbringen, über deren Bedeutung der Landesfürst entscheidet⁷⁾.

3) Bezüglich der Kirchenvogte, Glockenläuter, Bälgetreter, Leichenbitter, Leichenfrauen⁸⁾, Totengräber, auch Altaristen, wo diese vorkommen (§ 105), sowie anderer zu untergeordneten Dienstleistungen für die Kirche erforder-

1880 (Nr. 18). Wegen des Verfahrens vgl. unten § 72. Die im § 25 des R. B. G. a. E. in Aussicht gestellten Vorschriften über das Verfahren bei der Wahl und Annahme der Kirchendiener, welche nicht dem geistlichen Stande angehören, sind nicht erlassen.

⁴⁾ R. B. G. § 25. Wenn die Verleihung der Stelle einem Patrone zusteht, fällt jede Mitwirkung des Kirchenvorstandes hinweg. Vgl. unten § 100.

⁵⁾ Wenn die Verleihung der Stelle einem Patrone zusteht, fällt jede Mitwirkung der Gemeindeorgane hinweg. Vgl. unten § 100.

⁶⁾ R. B. G. § 25 vgl. mit § 26 des Ges. über die Gemeindeschulen v. 8. Dez. 1851 (Nr. 53), bezw. § 29 der neuen Redaktion von 1898 (Nr. 54). Wenn in der betr. Schulgemeinde ein besonderer Kirchenvorstand für sich nicht existiert, so nehmen an der Wahl nur die der Schulgemeinde angehörigen Mitglieder des Kirchenvorstandes nebst dem Vorsitzenden desselben teil. § 26 cit.

⁷⁾ R. B. G. § 25 vgl. mit § 25 des Ges. über die Gemeindeschulen v. 8. Dez. 1851 (Nr. 53), bezw. § 28 der neuen Redaktion von 1898 (Nr. 54). Die in letzterer Gesetzesstelle vorgesehene gemeinsame Beratung des Schulvorstandes, Gemeinderates und Kirchenvorstandes hat die Besetzung des Schulamtes zum Gegenstande; die oben erwähnte Beratung des Kirchenvorstandes allein betrifft nur das Kirchenamt. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Kirchenvorstand für sich allein gegen die Besetzung eines mit Kirchendienst verbundenen Schulamtes Einwendungen wegen der Ungeeignetheit des Anzustellenden für den Kirchendienst erhebt.

⁸⁾ Minist.-Reftr. v. 16. Mai 1857 (Bege VIII S. 168).

licher Personen hat der Kirchenvorstand das Nötige zu besorgen. Er hat dieselben auf Kündigung anzunehmen, Dienstverträge mit ihnen abzuschließen⁹⁾ und ihnen Dienstanweisungen zu erteilen¹⁰⁾.

§ 41. Wirkungsbereich des Kirchenvorstandes im Einzelnen.

7. Fürsorge für die äußeren kirchlichen Einrichtungen, insbesondere Kirchengebäude und Friedhöfe.

Zu § 38, 3. Der Kirchenvorstand hat dafür zu sorgen, daß die äußeren Einrichtungen, welche behuf der Haltung der Gottesdienste und religiösen Handlungen überhaupt erfordert werden, ordnungsmäßig vorhanden und im Stande sind, sowie tunlichst darauf zu sehen, daß sie ihrem Zwecke gemäß gebraucht und geachtet werden¹⁾.

1) Er hat namentlich das Kirchengebäude mit allen seinen Teilen und Zubehörungen sowie die dazu gehörigen Geräte und Ausstattungsgegenstände (§ 117) in Obhut zu halten, auf deren stetig gute Beschaffenheit und Vollständigkeit sein Augenmerk zu richten, Schädigungen und ungeeigneten Gebrauch fern zu halten²⁾. Als Gehülfen für diesen Teil seiner Tätigkeit hat er den Opferrmann (§ 102), und unter ihm, oder zufolge besonderer örtlicher Rechtsbildung neben ihm, andere zu den niederen Dienstleistungen angenommene Personen (§ 40, 3; § 104).

2) Er hat ferner nach Kräften für die ungestörte und würdige kirchliche Feier der Sonntage und Festtage sowohl durch allgemeine Anordnungen (Kirchenstuhlordnungen u. dgl. m.) als durch Unterstützung der Kirchendiener in einzelnen Fällen, Sorge zu tragen, vorkommendenfalls die Veranstaltung sonstiger kirchlicher Gemeindefeiern zu beschließen und hinsichtlich ihrer Außerlichkeiten vorzubereiten.

Zu Änderungen der am Orte bestehenden kirchlichen und liturgischen Ein-

⁹⁾ Derartige Dienstverträge bedürfen der Genehmigung des Konsistoriums, wenn ihre Ausführung eine dauernde Mehrbelastung der Kirchenkasse im Gefolge hat (Vgl. unten § 42, B. 9). Die Dienstverträge sind schriftlich abzuschließen. Kirchenges., die kirchlichen Geschäfte der Opferteute und Lehrer betr., v. 17. Febr. 1902 (Nr. 10) § 4.

¹⁰⁾ Die Dienstanweisungen dürfen nichts enthalten, was den Gesetzen zuwiderläuft oder das Wohl der Kirche gefährdet. Das Konsistorium ist befugt, sie daraufhin zu prüfen und nötigenfalls ihre Abänderung anzuordnen (R. V. G. § 51). Im Uebrigen bedürfen sie der Genehmigung des Konsistoriums nicht. Die Dienstanweisungen sind schriftlich zu erteilen. Kirchenges., die kirchlichen Geschäfte der Opferteute und Lehrer betr., v. 17. Febr. 1902 (Nr. 10) § 4.

¹⁾ R. V. G. § 24.

²⁾ Wegen der Bauten und Reparaturen am Kirchengebäude s. § 42.

richtungen, soweit solche nicht auf allgemeinen Anordnungen beruhen, bedarf es seiner Zustimmung³⁾ (§ 82).

3) Ebenso hat der Kirchenvorstand sich des kirchlichen Begräbniswesens anzunehmen, sein Augenmerk auf das Vorhandensein und die ordnungsmäßige Einrichtung der Friedhöfe, auf die Erhaltung der für die Begräbnisse erforderlichen Geräte (soweit diese nicht herkömmlich in anderer Hand liegt), sowie auf den Erlaß und die Handhabung der Friedhofs- und Begräbnisordnungen (§ 137) zu richten. Er hat ferner darüber zu befinden, ob begehrte kirchliche Ehrungen bei Begräbnissen (§ 89) zu gewähren sind, und darauf zu halten, daß anstößige und das kirchliche Gefühl der Gemeindeglieder verletzende Gebräuche bei Begräbnissen sowohl von Angehörigen der Landeskirche als von Andersgläubigen unterbleiben. Als Gehülfen für diesen Teil seiner Tätigkeit hat er den Opfermann (§ 102) und den Totengräber (§ 106).

4) Bei den kirchlichen Handlungen, zu welchen ihrem Wesen oder dem Herkommen nach die handelnde Mitwirkung oder die Gegenwart der Gemeinde erforderlich ist, hat er als deren Vertretung zu erscheinen⁴⁾; so namentlich

bei Kirchenvisitationen⁵⁾,

bei Einführung der Geistlichen⁶⁾ und übrigen Kirchendiener,

bei Konfirmation⁷⁾,

bei Übertritten zur Landeskirche⁸⁾.

§ 42. Wirkungskreis des Kirchenvorstandes im Einzelnen. d. Verwaltung des Kirchenvermögens.

Zu § 38, 4. Der Kirchenvorstand vertritt die Kirche, von deren Gemeinde er gewählt ist, in vermögensrechtlicher Hinsicht¹⁾, erwerbend wie verpflichtend²⁾.

³⁾ Diese ist also, wenn nicht der Antrag auf Genehmigung einer solchen Aenderung vom Kirchenvorstande selbst gestellt wird, nachzuweisen, bevor die Genehmigung des Konsistoriums erfolgen kann; der Genehmigung des letzteren aber bedarf es, wenn Abweichungen von den allgemein geltenden Vorschriften auf dem bezeichneten Gebiete beabsichtigt werden (§ 52).

⁴⁾ R. B. G. § 24, Abs. 3.

⁵⁾ Kirchenvisitationsordnung v. 6. Jan. 1873 (Nr. 4) § 7 und 8. Vgl. unten § 52).

⁶⁾ E. R. D. Th. II c. XVI (vgl. unten § 75).

⁷⁾ E. R. D. Th. I c. IX § 7 (vgl. unten § 86).

⁸⁾ Vgl. oben § 12, 4.

¹⁾ So ist die Zusage im § 218 der R. L. D. zur Ausführung gebracht, nach welcher eine „Mitwirkung des Vorstandes der Kirchengemeinden bei der Verwaltung des Vermögens der Kirchen“ u. s. w. durch Gesetz angeordnet werden sollte. — Der Kirchenvorstand vertritt aber nicht die Pfarre (s. unten § 113 und 123 vgl. auch das Min. Reskr. v. 1. Dez. 1864, Bege IX S. 292 ff.), oder die Opferei (s. unten § 113 und § 135), oder

Hinsichtlich ihres Vermögens hat er die Rechte und Pflichten eines guten Vermögensverwalters und trägt die Verantwortung eines solchen, mag seine Tätigkeit in der eigenen Vornahme von Verwaltungshandlungen, oder in der Beaufsichtigung der von ihm mit derselben beauftragten Personen bestehen³⁾. Als Gehülfe ist ihm hier der Rechnungsführer (§ 93) beigegeben, dessen Tätigkeit er mittelst der Aufstellung der Jahresvoranschläge und der Erteilung von Anweisungen zu leiten und in geeigneter Weise, namentlich auch mittelst Prüfung der Jahresrechnungen, zu beaufsichtigen hat.

Ausgeschlossen ist er von diesem Teile seines Wirkungskreises, wenn und insoweit die Herzogl. Kammer (§ 112) oder ein Kirchenpatron (§ 68) nach dem Herkommen die Verwaltung des Kirchenvermögens in Händen hat⁴⁾. Wie weit das stattfindet, ergeben die Umstände im einzelnen Falle⁵⁾.

Nicht zu verwechseln mit diesem Falle ist der, daß beim Mangel verfügbarer Geldmittel der Kirche die Unterhaltung gewisser kirchlicher Vermögensstücke, z. B. des Kirchengebäudes, nicht auf Kosten der Gemeinde, sondern eines Dritten geschieht. Dieser Umstand enthebt den Kirchenvorstand nicht der Verwaltung der fraglichen Vermögensstücke. Der zahlungspflichtige Dritte hat wegen dieser ihm obliegenden Verbindlichkeit nicht die Befugnis, die Verwaltung anstatt des Kirchenvorstandes zu übernehmen oder in dieselbe ein-

das Pfarrwittventum (s. unten § 113 und 122. Vgl. auch Min.-Reskr. v. 27. Mai 1873 in der Reskr.-Sammlg. des Konsist.) — Andere, neben der Kirche selbständig vorhandene milde Stiftungen kirchlichen Charakters hat er zu vertreten, wenn nicht die für dieselben getroffenen besonderen Bestimmungen ihn ausschließen (R. B. G. § 39); ohne besonderen Auftrag und ohne die Genehmigung des Konsistoriums hat er jedoch nicht das Recht zur Uebernahme und Besorgung einer neuen derartigen Vertretung (§ 112). Wird die Pfarre oder Opferei ganz oder zum Teil aus den Mitteln der Kirche unterhalten, so steht der Kirchenvorstand in Vertretung der letzteren als Zahlungspflichtiger den Vertretern der Pfarre oder Opferei gegenüber; diese werden dadurch aber nicht den ihnen obliegenden Verwaltungsbefugnissen enthoben und der Kirchenvorstand wird dadurch zu deren Uebernahme weder berechtigt noch verpflichtet. — Dient jedoch die Opferei zugleich als Schulhaus, so hat der Kirchenvorstand in Gemeinschaft mit dem Schulvorstande die Aufsicht darüber wahrzunehmen (unten § 136).

³⁾ Er belastet sie auch durch sein Verschulden. S. Zeit.chrift für Rechtspf. XXXVI, S. 6 ff.

³⁾ R. B. G. § 26. Zeitschrift f. Rechtspf. XXXIV, S. 108 ff.

⁴⁾ R. B. G. § 26. Vgl. § 113 Anm. 4. Auch dem Patrone gegenüber hat der Kirchenvorstand kein Aufsichtsrecht. Mängel in dessen Verwaltung des Kirchenvermögens, welche er bemerkt, hat er dem Konsistorium anzuzeigen, Wünsche, welche er bei dem Patrone verblich geäußert hat, gleichfalls beim Konsistorium vorzutragen. — Mit Genehmigung des letzteren kann er gegen einen Patron, dessen Handlungen die Vermögensinteressen der Kirche gefährden oder schädigen, namens der Kirche gerichtliche Klage erheben.

⁵⁾ Die Verpflichtung der Patrone der Kirchen von Sambleben und Brunkenjen zur Beistreuung aller sonst der Kirchenkasse und bei deren Unvermögen der Gemeinde obliegenden Ausgaben gründet sich ihrem Ursprunge nach ohne Zweifel auf den Umstand, daß sie das Kirchenvermögen unter sich haben: dasselbe ist aber nicht mehr kenntlich für sich vorhanden, sondern mit dem sonstigen Vermögen dieser Patrone ununterscheidbar verschmolzen (Diese Verpflichtung ist bei Brunkenjen übrigens bestritten).

zugreifen; aber er kann, wenn er meint, daß dieselbe ohne die unerläßliche billige Rücksicht auf sein finanzielles Interesse geführt wird, einestheils Beschwerde beim Konsistorium führen, anderenteils die Zahlung der vom Kirchenvorstande angeforderten Geldmittel verweigern und die Entscheidung im Rechtswege veranlassen⁶⁾ (Vgl. oben § 30). Ebenjowenig dürfen die Vertretungen der Ortsgemeinde wegen ihrer Verpflichtung, die bedürftige Kirchenkasse zu füllen, die Verwaltungsbefugnisse des Kirchenvorstandes an sich zu reißen oder in dieselben einzugreifen unternehmen; sie haben lediglich den oben im § 31 angegebenen Weg zur Wahrung ihrer Interessen zu beschreiten. Der Kirchenvorstand soll in der Regel mit dem zahlungspflichtigen Dritten oder mit der Vertretung der Ortsgemeinde, wenn es sich um die Kosten kirchlicher Bauten handelt, nicht direkt verhandeln, sondern die Angelegenheit beim Konsistorium anbringen. Konf.-Auschr. v. 10. Febr. 1877 (Reftr.-Samml. d. Konf.).

Eingeschränkt ist der Kirchenvorstand in seinen Befugnissen hinsichtlich der Verwaltung des Kirchenvermögens bei sämtlichen Kirchen — mit Ausnahme der sieben alten Stadtkirchen in der Stadt Braunschweig nebst den aus deren Bestände in neuer Zeit abgezweigten Kirchengemeinden (unten § 43) — durch die dem Konsistorium zustehende Oberaufsicht und Leitung.

A. Er hat den Anweisungen des Konsistoriums sowohl hinsichtlich der Geschäftsführung im Allgemeinen, als auch hinsichtlich der Eingriffnahme und Behandlung einzelner Sachen Folge zu leisten⁷⁾.

B. In bestimmten Fällen hat der Kirchenvorstand zu seinen Beschlüssen die Genehmigung des Konsistoriums einzuholen. Diese sind:

- 1) Neubauten kirchlicher Gebäude⁸⁾;
- 2) Reparaturen an kirchlichen Gebäuden im Kostenbetrage von mehr als 50 Mark durch das Jahr⁹⁾;
- 3) Erwerb und Veräußerung von Grundstücken¹⁰⁾;
- 4) Anleihen für die Kirche¹¹⁾, freiwillige Wiedereinhebung ausgeliehener

⁶⁾ R. B. G. § 31 Abs. 2.

⁷⁾ R. B. G. § 26 im vorletzten Absatz, § 51. — Gegen Anweisungen, welche ihm im Widerspruche mit den Gesetzen zu stehen oder das Wohl der Kirche zu gefährden scheinen, würde er Beschwerde beim Staatsministerium verfolgen können, vgl. oben § 8.

⁸⁾ R. B. G. § 26, 2. Wegen der Ausführung der Neubauten und Reparaturen s. unten § 116.

⁹⁾ E. R. D. Th. I c. XX § 9. R. B. G. § 26, 1 vgl. mit dem Kirchenges. die Erweiterung der Kompetenz der Kirchenvorstände betr., v. 8. Mai 1882 (Nr. 21). Also nicht nur zu einer Reparatur, welche für sich allein mehr als 50 Mk. kostet, sondern auch zu einer solchen, welche für sich allein weniger kostet. soll, wenn ihr innerhalb des Rechnungsjahres bereits eine andere vorausgegangen ist, mit deren Kosten zusammengerechnet mehr als 50 Mk. für Reparaturen herauskommen, die Genehmigung des Konsistoriums eingeholt werden. — Diese 50 Mark für Reparaturen werden in die 150 Mk. für einmalige Ausgaben (Anm. 16) nicht eingerechnet.

¹⁰⁾ E. R. D. Th. I c. XX § 6. R. B. G. § 26, 3. Vgl. unten § 113.

¹¹⁾ E. R. D. Th. I c. XX § 7. R. B. G. § 26, 4.

Kapitale der Kirche, Ausleihen von Kirchengeldern, soweit es nicht mittelst Ankaufes bestimmter, durch Gesetz zugelassener Wertpapiere (unten § 119) geschieht¹²⁾;

5) Führung von Prozessen, sofern es sich nicht um die Einflagung von Pachtgeldern, Kapitalzinsen, ständigen Gefällen oder Forderungen aus öffentlichen Versteigerungen handelt¹³⁾;

6) Abschluß von Pacht-, Miet- und Verdingungsverträgen, wenn die Verpachtung, Vermietung oder Verdingung nicht im Wege öffentlichen Meistgebotes oder Mindestgebotes geschieht¹⁴⁾; vgl. unten § 113.

7) Gewichtigere Maßregeln von größerer Tragweite betreffs der Verwaltung des Kirchenvermögens¹⁵⁾;

8) Ausgaben aus der Kirchenkasse, welche nicht schon in den vom Konsistorium genehmigten Voranschlag (10) eingestellt sind oder zu den ständigen gehören, falls sie entweder nicht aus den Jahreseinnahmen der Kirchenkassen (unter Hinzurechnung des im vorigen Jahre ersparten Überschusses) bestritten werden können, oder den Betrag von 150 Mk. im Rechnungsjahre übersteigen¹⁶⁾.

¹²⁾ E. R. D. Th. I c. XX § 11. R. B. G. § 26, 4. Ges. die Anlegung von Geld der Pfliegesehnenen u. f. w. betr., v. 13. Juni 1890 (Nr. 33) § 1 Nr. 4, B. G. B. § 1807, Ausführungsges. z. B. G. B. §§ 101–107. — Die Vorschrift des ang. § 26, daß auch von Ankäufen der zugelassenen Wertpapiere dem Konsistorium immer Anzeige gemacht werden soll, wird nicht durchweg befolgt; nicht selten geben erst die Kirchenrechnungen bei der Revision Kunde von derartigen Kapitalbelegungen.

¹³⁾ R. B. G. § 26, 5. In den angegebenen Ausnahmefällen ist der Rechnungsführer ohne weiteres kraft des Gesetzes der Vertreter des Kirchenvorstandes bzw. der Kirche (§ 93).

¹⁴⁾ R. B. G. § 26, 6. Erbpacht- oder Erbzinsverträge über Kirchengrundstücke hat schon die E. R. D. Th. I c. XX § 5 untersagt. Die Auffassung, als ob im Sinne des ang. § 26, 6 zum Begriffe der „öffentlichen Lizitation“ die Mitwirkung des Gerichtes oder eines Notares gehöre, wie sie z. B. das Konsist.-Reskr. v. 26. Nov. 1856 (Wege VIII S. 168) vertritt, scheint nicht unanfechtbar und ist in der neueren Praxis verlassen.

¹⁵⁾ R. B. G. § 26, 7. Nach dem Buchstaben des Gesetzes würde jede Verwaltungsmaßregel des Kirchenvorstandes der Genehmigung des Konsistoriums bedürfen: das Gesetz ist jedoch, wie das in seinen Worten gegebene Beispiel, „veränderte Benutzung von Grundstücken“ ersehen läßt, mit obiger Beschränkung zu verstehen. — Im Zweifel würde über die Frage, ob eine derartige Maßregel der Genehmigung des Konsistoriums bedürfe, dieses selbst zu entscheiden haben.

¹⁶⁾ R. B. G. § 26, 8 vgl. mit dem ang. Kirchenges. v. 8. Mai 1882 (Nr. 21). Der Genehmigung des Konsistoriums bedürfen demnach nicht:

a. Ausgaben, welche in den vom Konsistorium genehmigten Voranschlag eingestellt sind, vorausgesetzt, daß zu den mit ihnen zu befreienden Maßregeln nicht aus einem anderen Grunde, z. B. weil es sich um Kirchenreparaturen von größerer Erheblichkeit (oben 2) handelt, die Genehmigung des Konsistoriums erforderlich ist;

b. hergebrachte, ständige Ausgaben;

c. einmalige Ausgaben bis zum Belaufe von 150 Mk. jährlich.

Dagegen ist dieselbe einzuholen:

a. zu jeder Erhöhung der ständigen Ausgaben;

b. zu jeder einmaligen (nicht in den Voranschlag eingestellten) Ausgabe, welche für sich 150 Mk. übersteigt;

c. zu jeder (nicht in den Voranschlag eingestellten) Ausgabe, welche gemacht werden soll, nachdem im Rechnungsjahre bereits 150 Mk. für nicht vorhergesehene Ausgaben verwandt sind;

9) die Wahl des Rechnungsführers der Kirchenkasse, falls dazu ein anderer, als der Prediger (s. unten § 93) genommen werden soll; der Beschluß darüber, ob und welche Kaution von ihm zu bestellen, und welche Vergütung ihm zu zahlen sei¹⁷⁾.

10) die jährlichen Voranschläge der Kirchenkasse, welche dem Konsistorium allerdings nur auf besonderes Verlangen vorzulegen sind (§ 120)¹⁸⁾;

11) die Erinnerungen gegen die vom Rechnungsführer aufgestellten Rechnungen¹⁹⁾;

12) die Aufstellung eines Güterverzeichnisses der Kirche und Inordnungshaltung desselben²⁰⁾.

C. Der Kirchenvorstand hat sich gefallen zu lassen, daß das Konsistorium in gewissen Fällen ohne ihn zuvor zu hören, Verfügungen erläßt, welche in die örtliche Kirchenvermögensverwaltung eingreifen. Das findet statt:

- 1) bei Vorschrift und Durchführung allgemeiner Verwaltungsmaßregeln;
- 2) bezüglich einzelner Fälle der örtlichen Vermögensverwaltung, wenn Gefahr im Verzuge ist²¹⁾;

d. zu Ausgaben, behuf deren der Kapitalbestand der Kirche angegriffen oder ein Darlehen aufgenommen werden muß.

Darüber, zu welchen Zwecken Ausgaben aus den Kirchenkassen allein gemacht werden dürfen, vgl. unten § 120.

¹⁷⁾ R. V. G. § 26, 9. Die Worte des Gesetzes, „sowie den Betrag der von ihm zu bestellenden Kaution in Vorschlag zu bringen,“ dürfen nicht so verstanden werden, daß der Kirchenvorstand diesen Betrag auch zur Höhe von Null vorschlagen, d. h. von der Kautionsleistung ohne weiteres Abstand nehmen könne. Der Kirchenvorstand kann aber bei einer durchaus sicheren Persönlichkeit dem Konsistorium vorschlagen, daß sie von der Kautionsleistung dispensiert werden möge. Die Dispensation kann dann auf den Antrag des Konsistoriums durch landesfürstliche Verfügung erfolgen. Landesfürstl. Reskr. v. 22. Juli 1874 in der Reskr.-Sammlg. des Konsist.

¹⁸⁾ R. V. G. § 26, 10. — Die jährliche Aufstellung eines Einnahme- und Ausgabeüberschlages soll kein gut und sorgsam verwaltender Kirchenvorstand unterlassen. — Die Vorlegung von ins Einzelne ausgearbeiteten Voranschlägen wird vom Konsistorium regelmäßig da gefordert, wo die Mittel der Kirchenkasse zur Bestreitung der laufenden Ausgaben nicht hinreichen (Auschr. des Konsist. v. 11. Juli 1860 bei Bege IX S. 260), um die zeitige Heranziehung der Gemeinde oder des an ihrer Stelle Zahlungspflichtigen vorzubereiten; außerdem in Rücksicht auf besondere Verhältnisse einzelner Kirchenkassen und zur Klärung der Finanzlage derselben. In ersterem Falle hat sie fortdauernd alljährlich zu geschehen, in letzterem nach Vorschrift des Konsistoriums einmal oder einige Jahre hindurch.

¹⁹⁾ R. V. G. § 26, 11. — Diese Erinnerungen unterliegen der Prüfung des Konsistoriums bei Gelegenheit der Rechnungsrevision (unten § 93) selbst in dem Falle, daß der Rechnungsführer ihre Richtigkeit zugestanden haben sollte. —

²⁰⁾ R. V. G. § 26, 12. Vgl. unten § 112. — Da die Güterverzeichnisse für die meisten Kirchen ordnungsmäßig vorhanden sind, so wird die Tätigkeit des Kirchenvorstandes zu ihrer Herstellung nur ausnahmsweise in Anspruch genommen.

²¹⁾ R. V. G. § 26, im vorletzten Absätze. — Wenn Zeit genug ist, soll der Kirchenvorstand über die vom Konsistorium beschlossene Maßregel zuvor gehört werden: sein Widerspruch hindert aber das Konsistorium nicht, dieselbe ins Werk zu setzen.

3) bei der Bestellung von Vertretern der Kirchen und sonstigen vom Kirchenvorstande verwalteten geistlichen Stiftungen in Prozessen oder bei nicht streitigen Rechtsgeschäften²²⁾ insbesondere bei Expropriationen, Gemeinheitsteilungen²³⁾ und Ablösungen²⁴⁾

§ 43. Fortsetzung. Die Verwaltung des Kirchenvermögens in der Stadt Braunschweig.

Die Oberaufsicht über die kirchliche Vermögensverwaltung in der Stadt Braunschweig und das kirchliche Bauwesen daselbst, soweit sie sich auf die sieben alten Stadtkirchen (S. Martini, Katharinen, Ulrichi — Brüdernkirche —, Magni, Andreae, Petri und Michaelis) und deren Gemeinden sowie auf neue Kirchengemeinden der Landeskirche, welche durch Abzweigung aus dem Bestande jener alten Stadtkirchengemeinden in der Stadt Braunschweig entstehen (z. B. S. Johannis und Pauli), und auf deren Kirchen bezieht, wird nicht vom Konsistorium, sondern von dem „Kirchenkassen-Kollegium“¹⁾ wahrgenommen, dessen Beschlüsse von einem landesfürstlichen Kommissarius überwacht und, wenn dieser sie beanstandet, dem Landesfürsten zur Entscheidung unterbreitet werden²⁾.

Das Kirchenkassen-Kollegium besteht aus

- 1) dem Vorsitzenden des Stadtmagistrates oder, wenn dieser nicht der lutherischen Konfession angehört, einem vom Landesfürsten bestimmten lutherischen Magistratsmitgliede,
- 2) dem Stadtsuperintendenten,
- 3) einem geistlichen Mitgliede des Kirchenkonventes (§ 47) und
- 4) einem lutherischen Stadtverordneten.

²²⁾ R. B. G. § 26 im vorletzten Absätze.

²³⁾ Gef., die Ablösungsordnung betr., v. 20. Dez. 1834 (Nr. 1 im Jahrgang 1835) § 41 und 42.

²⁴⁾ Gef., die Ablösungsordnung betr., v. 20. Dez. 1834 (Nr. 20) § 21 und 22. — Die Gemeinheitsteilungsordnung und die Ablösungsordnung weisen die Betretung der Kirchen-, Pfarr- und Schulgüter bei den fraglichen Geschäften der „darüber gesetzten Aufsichtsbehörde“ zu. Daraus folgt ohne weiteres, daß der Kirchenvorstand zu dieser Vertretung nicht zuständig ist (auch wenn es im R. B. G. § 26 nicht ausdrücklich gesagt wäre); denn der Kirchenvorstand ist keine Aufsichtsbehörde.

¹⁾ Verordn. v. 14. Apr. 1814, die Verwaltung der kirchlichen Angelegenheiten betr. (Nr. 55), § 14 und 15. R. B. G. § 33. Gef. die Trennung des Kassenverbandes zwischen den Stadtkirchen zu Braunschweig und den milden Stiftungen das. betr., v. 9. Apr. 1864 (Nr. 18 § 3). Gef. die Anwendung des für das evang.-luther. Kirchenwesen der Stadt Braunschweig bestehenden besonderen Rechts auf neue aus dem Bestande der Stadtkirchengemeinden abgezweigte Gemeinden betr., v. 16. Mai 1893 (Nr. 25) und Verordnung das Inkrafttreten des vorgen. Gef. betr., v. 30. Mai 1893 (Nr. 27). Bekanntmachung des H. St. M. die Neuordnung des Kirchenwesens in der Stadt Braunschweig betr. v. 20. Aug. 1894 (Nr. 33). Vgl. wegen der früheren Verwaltung des Kirchenvermögens in Braunschweig durch die Provisoren die bei Bege IV S. 153 abgedruckte Instruktion).

²⁾ § 4 und 5 des ang. Gef. v. 1864.

Das unter 3 bezeichnete Mitglied wird vom Kirchenkonvente auf 3 Jahre, das unter 4 bezeichnete von der Stadtverordneten-Versammlung auf 2 Jahre gewählt; hört letzteres während dieser Zeit auf, Stadtverordneter zu sein, so findet für dasselbe eine Neuwahl statt. Von jeder Wahl ist dem Landesfürsten Anzeige zu machen.

Den Vorsitz im Kirchenkassen-Kollegium führt das unter 1 bezeichnete Mitglied; dessen Stimme gibt bei Stimmengleichheit den Ausschlag.

Das Kirchenkassen-Kollegium führt die Oberaufsicht über die Kirchenvorstände der einzelnen Kirchengemeinden hinsichtlich der Vermögensverwaltung namentlich dadurch, daß es

- a. die von denselben aufgestellten Jahresvoranschläge der Kirchenkassen prüft und festsetzt, und
- b. die Kirchenrechnungen superrevidiert.

Die Überschüsse der einzelnen Kirchenkassen fließen kraft des zwischen den bezeichneten Kirchen bestehenden Kassenverbandes alljährlich in die „Gemeine Kirchenkasse“. Diese ist bestimmt, „zu gunsten der verbundenen Kirchen, namentlich zur Bestreitung ihrer Bau- und Kultusbedürfnisse, wie zur Verleihung von etwa erforderlichen Zuschüssen zu dem Gehalte der Prediger und anderer Kirchendiener verwandt zu werden“³⁾. Sie wird verwaltet durch das Kirchenkassen-Kollegium. Über ihren Stand hat der Kommissar jährlich dem Landesfürsten Bericht zu erstatten. Reichen ihre Mittel nicht aus, so muß sich das Kirchenkassen-Kollegium wegen deren Ergänzung an den Stadtmagistrat wenden⁴⁾. Die von den städtischen Behörden bewilligten Zuschüsse zur Gemeinen-Kirchenkasse werden dann als eine Kirchsteuer ausgeschrieben und aufgebracht (§ 31). Ausgaben aus der Gemeinen-Kirchenkasse beschließt das Kirchenkassen-Kollegium und leitet die Verwendung, namentlich auch hinsichtlich der Bauarbeiten⁵⁾.

Die Verwaltung des Vermögens jeder einzelnen der bezeichneten Kirchen besorgt der Kirchenvorstand, bezw. ein Rechnungsführer (nötigenfalls mit einem vom Kirchenvorstande aus seiner Mitte gewählten Gehülfen), mit den Rechten und Pflichten, welche vor 1851 den Kirchenrepräsentanten und Provisoren zugestanden hatten⁶⁾. — Hinsichtlich der Ausgaben ist der Kirchen-

³⁾ § 2 des ang. Ges. v. 1864.

⁴⁾ § 6 des ang. Ges. v. 1864 und § 1 des Ges., die Aufbringung der Parochiallasten in den Städten betr., v. 26. Juni 1892 (Nr. 30).

⁵⁾ § 4 des ang. Ges. v. 1864.

⁶⁾ R. V. G. § 34. — Die einzelnen Bestimmungen des R. V. G. über die Befugnisse der Kirchenvorstände in der Vermögensverwaltung gelten also bei den bezeichneten 7 Kirchen in der Stadt Braunschweig nicht. Hier sind diese Befugnisse im Einzelnen vielmehr durch

vorstand gebunden an die vom Kirchenkasten-Kollegium genehmigten Jahresvoranschläge, die er nicht überschreiten darf, da er sonst die Mittel der Gemeinen-Kirchenkasse in unzulässiger Weise schmälern würde. Größere Ausgaben, denen die jährlichen Einnahmen der einzelnen Kirche nicht gewachsen sind, hat er beim Kirchenkasten-Kollegium behuf ihrer Bestreitung aus der Gemeinen-Kirchenkasse in Antrag zu bringen.

§ 44. Wirkungskreis des Kirchenvorstandes im Einzelnen.

e. Kirchliche Armenpflege.

Zu § 38, 5. Das Gebiet der kirchlichen Armenpflege ist, seitdem die Staats- und Gemeindearmenpflege ordnungsmäßig geregelt und daneben die öffentliche Fürsorge für Personen geringen Vermögens erheblich erweitert worden¹⁾, von diesen Einrichtungen vollständig geschieden (Anm. 6) und hat einen Teil seiner früheren Bedeutung verloren. Auf ihm liegt den Kirchenvorständen ob:

1) die Überwachung der für das Einsammeln der milden Gaben in den Kirchen bestimmten Einrichtungen²⁾;

2) die Verwaltung und Verrechnung der in die kirchliche Armenkasse fließenden Gelder sowie der für die Armen bestimmten kirchlichen Stiftungen³⁾ nach Maßgabe der hinsichtlich der Kirchenkasten geltenden Vorschriften und mit Hülfe der für diese bestellten Rechnungsführer (§ 42);

3) die Bewilligung und Anweisung der aus der kirchlichen Armenkasse zu zahlenden Unterstützungen⁴⁾;

4) die Abnahme der Rechnungen der kirchlichen Armenkasse, welche einen Anhang zu den Kirchenrechnungen zu bilden haben⁵⁾.

Die persönliche Beteiligung der Mitglieder des Kirchenvorstandes an der kirchlichen Armenpflege ist vom Gesetze nicht als Rechtspflicht vorgeschrieben,

besondere örtliche Vorschriften — Reglement v. 30. Okt. 1852 — oder durch das Herkommen geregelt. Über zweifelhafte Punkte ist vorkommendenfalls die Entscheidung des Landesfürsten einzuholen.

¹⁾ Städteordnung v. 1850 § 158 ff., v. 1892 § 193 ff.; Landgemeindeordnung v. 1850 § 103 ff., v. 1892 § 135 ff.; Bundesgesetz über den Unterstützungswohnsitz Nr. 511 v. 6. Juni 1870; Gef. die Ausführung des vorigen betr., v. 5. Juni 1871 (Nr. 39); Unfallversicherung; Krankenversicherung; Invaliditäts- und Altersversicherung.

²⁾ R. B. G. § 39. Ausschreiben vom 12. Jan. 1853 (Nr. 3) unter 2. Die Form und Art dieser Überwachung unter Beachtung der bezüglichlichen allgemeinen Bestimmungen (§ 121) zu ordnen ist ihm überlassen.

³⁾ R. B. G. a. a. O. Mit den erwähnten Stiftungen hat der Kirchenvorstand sich nur zu befassen, wenn in deren Statuten nicht andere Bestimmungen getroffen sind (vgl. § 42 Anm. 1 und § 119).

⁴⁾ Das ang. Ausschr. unter 5. Die Anweisung an den Rechnungsführer soll schriftlich geschehen.

⁵⁾ Nr. 5 Abf. 3 des ang. Ausschreibens.

das Gesetz spricht aber die Erwartung aus, daß sie werde geübt werden. Dabei wird der Rat erteilt, bei der kirchlichen Armenpflege tunlichst im Einvernehmen mit „den sonstigen Armenbehörden des Ortes“ zu handeln⁶⁾.

§ 45. Wirkungsbereich des Kirchenvorstandes im Einzelnen.

1. Fürsorge für das kirchliche Leben.

Zu § 38, 6. Der Kirchenvorstand soll dem Geistlichen in Förderung des kirchlichen Lebens der Gemeinde zur Hand gehen. Aufrechterhaltung von Zucht und Sitte, Beseitigung von Ärgernissen sowie Hindernissen der Wohlfart und des Friedens in der Gemeinde ist seine Aufgabe¹⁾. Die einzelnen ihm mit dieser Aufgabe gewiesenen Richtungen und Betätigungen seiner Wirksamkeit sind so mannigfaltig, als die Schädigungen, welche das kirchliche Leben der Gemeinde treffen können, und die Maßregeln zu deren Hebung.

Als Mittel zur Ausübung seiner Wirksamkeit auf diesem Gebiete bezeichnet das Gesetz das Gewicht des Wortes der Kirchenvorstandsmitglieder²⁾, und schreibt vor, daß sie sich desselben im Einverständnisse mit dem Prediger bedienen sollen. Besondere Fälle, in denen die Tätigkeit des Kirchenvorstandes gegenüber einzelnen, Anstoß erregenden Gemeindegliedern einzutreten und den Prediger in seinem Auftreten gegenüber den letzteren zu unterstützen hat, erwähnen:

§ 7 des Kirchengesetzes, die kirchliche Trauung und das kirchliche Aufgebot betr., v. 8. Dez. 1875 (Nr. 91); f. unten § 88; und

das Kirchenges. betr. die Verletzung kirchlicher Pflichten in Bezug auf Taufe, Konfirmation und Trauung v. 14. März 1889 (Nr. 10); f. unten § 84, 86 und 88.

Wie der Kirchenvorstand auf den Wandel der einzelnen Gemeindeglieder sein Augenmerk richten und ihn als Stimme der darunter leidenden Gemeinde rügen soll, so hat er insbesondere auf die Amtsführung und den Wandel der Kirchendiener zu achten und Verstöße, deren sich dieselben schuldig

¹⁾ R. B. G. § 39 — Nr. 3 und 4 des ang. Aussch. — Die älteren Vorschriften über die Teilnahme der Prediger an der (polizeilichen) Gemeinde-Armenpflege (S. Frederab. Stein. I S. 24 ff.) stehen nicht mehr in Geltung.

Übrigens soll die kirchliche Armenpflege nicht den „Ortsarmenverbänden die regelmäßige Armenunterstützung, welche ihnen nach dem Gesetze obliegt“ (ganz oder zum Teil) „abnehmen“. Refr. v. 20. Okt. 1883. in der Refr.-Sammlg. des Konsistoriums.

²⁾ R. B. G. § 23.

³⁾ Zwangsmittel auf diesem Gebiete kennt das Gesetz nicht. — Außer durch das Wort ist der Kirchenvorstand auch berufen, durch das Beispiel in tätiger Förderung aller Werke der christlichen Liebe (der inneren Mission im weitestem Umfange dieses Begriffes) zu wirken, soweit diese als Aufgaben der Gemeinde zu betreiben sind.

machen, als Organ der dadurch in ihren Interessen bedrohten Gemeinde bei dem Borgesetzten und, wenn das nicht zur Abhülfe führt, beim Konsistorium zur Anzeige zu bringen³⁾).

§ 46. **Kirchenvorstand.** gg. **Geschäftsordnung.** **Vorsitzender.**

Hinsichtlich der Geschäftsordnung des Kirchenvorstandes bestimmt das Gesetz Folgendes:

Den Vorsitz führt, wo nur ein Geistlicher zu den Mitgliedern gehört, dieser; wo mehrere geistliche Mitglieder sind, der Inhaber der ersten Pfarrstelle. Ist die Pfarrstelle vakant, oder deren Inhaber dauernd verhindert, so geht der Vorsitz, wenn ein zweiter Geistlicher im Kirchenvorstande vorhanden, auf diesen, sonst auf den vom Konsistorium bestimmten stellvertretenden Geistlichen (vgl. unten § 77) über¹⁾. — Wo in einem Pfarrbezirke mehrere Kirchenvorstände sind (oben § 34), führt der Geistliche den Vorsitz in jedem und hat die Sitzungen eines jeden an dem Orte zu halten, wo die betreffende Kirche liegt²⁾. Bei gemeinsamen Angelegenheiten des ganzen Pfarrbezirkes hat er die mehreren Kirchenvorstände desselben an dem Orte, wo die Pfarre liegt, zu gemeinsamer Beratung zusammentreten zu lassen³⁾.

Alle 3 Jahre, nachdem die neuen Kirchenverordneten eingetreten sind, wählt der Kirchenvorstand aus seiner Mitte einen stellvertretenden Vorsitzenden, dessen Person er dem Superintendenten, und wo dieser selbst der Vorsitzende ist, dem Generalsuperintendenten anzuzeigen hat⁴⁾.

Dieser Stellvertreter hat die Geschäfte des Vorsitzenden bei vorübergehender Verhinderung desselben zu übernehmen, mag die Verhinderung ihren Grund haben

- 1) in vorübergehenden persönlichen Umständen (Abwesenheit,) Krankheit oder
- 2) in der Beschaffenheit des zu behandelnden Gegenstandes. Diese schließt den Vorsitzenden von der Teilnahme an der Verhandlung der Sache aus

³⁾ R. B. G. § 23. Vgl. die Kirchenvisitationsordnung v. 6. Jan. 1873 (Nr. 4) § 8, worin vorgeschrieben ist, daß den Kirchenverordneten bei jeder Visitation Gelegenheit gegeben werden soll, sich über die Führung der Kirchendiener zu äußern (s. unten § 52). Selbstverständlich steht ihnen auch zu, derartige Äußerungen zu anderen Zeiten und in der Form schriftlicher Eingaben zu machen. Ihre bezüglichlichen Beratungen und Beschlüsse haben, wenn es sich um den Prediger handelt, ohne dessen Mitwirkung zu geschehen (vgl. § 46).

¹⁾ Kirchenges. über den Vorsitz im Kirchenvorstande v. 10. Okt. 1873 (Nr. 51) § 17.

²⁾ Für die Wege zu den Sitzungen, welche eine mit seiner Pfarre verbundene Last (unten § 130) bilden, hat er Tagegelder oder Reisekostenersatz nicht zu beanspruchen; der Geldbetrag der dafür jährlich zu machenden Auslagen kann aber im Pfarrkataster unter den Pfarrlasten berücksichtigt werden.

³⁾ R. B. G. § 48 und dessen Berichtigung in dem Ges. v. 24. Juni 1879 (Nr. 34).

⁴⁾ § 17, Abs. 2 des ang. Kirchenges. v. 1873. Das Gesetz erwähnt den Generalsuperintendenten nicht ausdrücklich; vgl. aber unten § 57, 6.

a. wenn er bei der letzteren persönlich beteiligt ist⁵⁾;

b. in bestimmten, durch Gesetz ausdrücklich bezeichneten Fällen⁶⁾.

Persönliche Beteiligung an einem Beratungsgegenstande schließt auch jedes andere Kirchenvorstandsmitglied von den bezüglichlichen Verhandlungen aus.

Das Vorhandensein einer Verhinderung des Vorsitzenden muß zweifellos sein, damit der Stellvertreter rechtmäßig sein Amt übernehmen kann; dann aber bedarf er dazu eines besonderen Auftrages vom Vorsitzenden nicht.

Der Vorsitzende hat die Versammlungen des Kirchenvorstandes zu berufen⁷⁾, zu eröffnen und zu leiten⁸⁾, bei Stimmengleichheit den Ausschlag zu geben⁹⁾, endlich die gefaßten Beschlüsse auszuführen¹⁰⁾. Hält er dafür, daß ein Beschluß „den Gesetzen zuwider laufe oder das Wohl der Kirche gefährde“, so kann er dessen Ausführung einstweilen aussetzen, muß davon aber binnen 8 Tagen nach Fassung desselben dem Konsistorium Anzeige machen¹¹⁾.

Er hat das Protokoll über die Verhandlungen zu führen¹²⁾ und die Kir-

⁵⁾ R. V. G. § 45, Abs. 2.

⁶⁾ § 17 des ang. Kirchenges. v. 1873: nämlich bei der Wahl und der Vokation der Prediger; Ges. v. 10. Mai 1862 (Nr. 25); vgl. unten § 71 und 72. — Mit Fällen dieser Art sind die Fälle nicht zu verwechseln, in denen der Vorsitzende die Verhandlungen zu leiten, aber nicht mit zu stimmen hat: Wahl der weltlichen Abgeordneten zur Inspektionsynode und zum Kirchenkonvente (oben § 26 und unten § 47); Wahl des Wahlmannes für die Wahlen zur Landessynode (oben § 19).

⁷⁾ R. V. G. § 43. Zeit: alle Vierteljahr, sonst nach Bedürfnis oder sobald zwei Kirchenverordnete es fordern; Ort: wo möglich „ein geistliches Gebäude“; daß alle Mitglieder geladen sind, bedingt die Gültigkeit der Beschlüsse: R. V. G. § 45. Zwei Dritteile der Mitglieder müssen erschienen sein und an der Abstimmung teilnehmen. Die Berufung soll schriftlich geschehen. R. V. G. § 43. Wo nicht zur Besorgung der Ladung ein Kirchendiener (unten § 104) vorhanden ist, hat der Vorsitzende die Wahl zwischen den sich dazu anbietenden Wegen; er soll unter denselben den amlichsst billigen wählen. Unvermeidliche Auslagen für die Ladung und für das Versammlungslokal muß die Kirchentasse erstatten. (oben § 38, unten § 120).

⁸⁾ R. V. G. § 44.

⁹⁾ R. V. G. § 45; übrigens entscheidet die Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Die Stimme des Vorsitzenden kann selbstverständlich nur dann den Ausschlag geben, wenn er mitstimmen darf. Für den Fall, daß Stimmengleichheit bei einer Abstimmung eintritt, bei welcher er nicht mitstimmen darf, hat das Gesetz keine Verfügung getroffen. — Für bestimmte Fälle hat das Gesetz Einstimmigkeit des Beschlusses gefordert (oben § 36 Anm. 8).

¹⁰⁾ R. V. G. § 46.

¹¹⁾ R. V. G. § 45. Vgl. oben § 38.

¹²⁾ R. V. G. § 46. Diese Mühewaltung kann jedoch durch Beschluß des Kirchenvorstandes mit Genehmigung des Konsistoriums einem anderen Kirchenvorstandsmitgliede übertragen werden. — Die Nichtbeachtung der Vorschrift, daß ein Protokoll geführt werden soll, macht die gefaßten Beschlüsse nicht ungültig; sie erschwert aber den Beweis derselben im Falle späterer Bestreitung und macht den zur Protokollführung Verpflichteten für die aus der Unterlassung folgenden Nachteile verantwortlich. Wegen der „Erfordernisse“ eines Kirchenvorstandsprotokolls (Erwähnung der geschehenen Ladung, namentliche Aufführung der erschienenen und nicht erschienenen Mitglieder, Bezeichnung des Beratungsgegenstandes, Angabe des Ergebnisses der Abstimmung unter Aufführung der Zahl der für und wider den Antrag abgegebenen Stimmen, Beglaubigung durch den Vorsitzenden und den Protokollführer) s. Aussch. v. 25. Juni 1859 (Wege VIII S. 179 ff.) Wegen der Einsicht der Protokolle bei Kirchenvisitationen vgl. unten § 52.

chenvorstandsakten bei der Pfarr-Registratur (§ 90) aufzubewahren. Urkunden hat er namens des Kirchenvorstandes unter Bezugnahme auf dessen Beschluß und, wo die Genehmigung des Konsistoriums erforderlich, unter Erwähnung dieser, zu vollziehen. Er vertritt den Kirchenvorstand nach außen¹³⁾.

Unter Beachtung obiger Vorschriften stellt der Kirchenvorstand seine Geschäftsordnung im Einzelnen selbst fest¹⁴⁾.

§ 47. c. **Kirchenkonvent.**

In Städten und Flecken, in denen sich mehrere Kirchengemeinden befinden, sind behuf der Behandlung der gemeinschaftlichen Angelegenheiten Kirchenkonvente eingerichtet¹⁾. Dieselben bestehen aus den sämtlichen geistlichen Mitgliedern der beteiligten Kirchenvorstände, und ebensoviel weltlichen Mitgliedern, welche in den einzelnen Kirchenvorständen unter Leitung ihrer Vorsitzenden, jedoch ohne Beteiligung derselben an der Stimmenabgabe, von den weltlichen Kirchenvorordneten aus deren Mitte nach der Zahl der geistlichen Mitglieder gewählt werden.

Der Wirkungskreis der Kirchenkonvente ist beschränkt auf die gemeinschaftlichen Angelegenheiten der in ihnen vertretenen Kirchen und Kirchengemeinden²⁾, innerhalb dieser Schranke aber dem eines einzelnen Kirchenvorstandes gleichartig. Den Vorsitz, jedoch ohne Stimmrecht, führen die Kirchenvisitatoren (Kirchenkommissarien, oben § 10) denen auch die Berufung des Kirchenkonventes zusteht. — Diese findet statt, wenn sie durch besonderen Anlaß geboten scheint, und soll, von Dringlichkeitsfällen abgesehen, acht Tage vor der Versammlung unter Angabe der zur Verhandlung bestimmten Gegenstände geschehen. Über die Geschäftsordnung hat im übrigen der Kirchenkonvent selbst weitere Bestimmung zu treffen³⁾. Die Beschlüsse der Kirchenkonvente sind für die einzelnen durch sie vertretenen Gemeinden verbindlich.

Die Kirchenkonvente in den Städten Braunschweig und Wolfenbüttel⁴⁾

¹³⁾ R. B. G. § 46.

¹⁴⁾ R. B. G. § 47.

¹⁾ § 11 des Kirchenges., die Inspektionsynoden und die Kirchenkonvente betr., v. 6. Jan. 1873 (Nr. 5) und R. B. G. § 49.

²⁾ Wegen der „allgemeinen kirchlichen Angelegenheiten“ der Stadt Braunschweig vgl. oben § 44 und unten § 48.

³⁾ Das Gesetz verweist bezüglich der Geschäftsordnung auf die Beachtung der §§ 46 und 47 des R. B. G. Die hiernach dem Vorsitzenden zugewiesenen Befugnisse und Verpflichtungen sind, soweit sie der Sache nach nicht von beiden Visitatoren gemeinschaftlich wahrgenommen werden können, von dem im Range Vorgehenden zu übernehmen, wenn nicht durch Uebereinkunft anderes bestimmt wird.

⁴⁾ An anderen Orten sind, soweit bekannt, Kirchenkonvente bisher nicht zusammengetreten. Die Möglichkeit dazu liegt noch vor in den Städten Helmstedt und Schöningen und dem Flecken Bodenburg.

vertreten zugleich die Stelle der Inspektionssynoden für diese Orte (§ 26). Wenn sie als solche zusammentreten, so erhalten sie eine Verstärkung durch die Zuziehung der auf Ansuchen zugelassenen Anstaltsgeistlichen und einer gleichen Zahl weltlicher Abgeordneter, welche von den Kirchenvorständen der Kirchen zu wählen sind, innerhalb deren Gemeindebezirk die Anstaltsgeistlichen wohnen⁵⁾).

Hinsichtlich der Aufsichtsführung über die Kirchenkonvente, die Aufhebung ihrer Beschlüsse und ihre Auflösung gilt, was wegen dieser Punkte im § 38 a. E. bezüglich der Kirchenvorstände gesagt ist. Gegen Verfügungen der Aufsichtsbehörden haben die Kirchenkonvente ein Beschwerderecht, wie dort angegeben.

§ 48. Anhang. Das geistliche Ministerium der Stadt Braunschweig.

In der Stadt Braunschweig besteht für die Beratung gewisser kirchlicher Angelegenheiten von einer über den Kreis der einzelnen Gemeinde hinausgehenden Bedeutung außer den Kirchenkonventen noch das „Geistliche Ministerium“, welches unter Leitung des Stadtsuperintendenten regelmäßige Versammlungen, „Colloquia“, hält. Dasselbe ist nicht eigentlich eine Gemeindevertretung, sondern wird gebildet durch die Geistlichen an den sieben Stadtkirchen (der Domprediger gehört nicht dazu); an ihrer Spitze steht der dem Dienstaltes nach Voranstehende als „Senior reverendi ministerii“.

Die Zuständigkeit des geistlichen Ministeriums ist auf Gegenstände beschränkt, welche außerhalb des Geschäftsbereiches des Kirchenkonventes (§ 47) liegen; sie bezieht sich vorzugsweise auf die Besprechung von Fragen aus dem Gebiete der Führung des geistlichen Amtes behuf der Verständigung über gleichmäßige praktische Behandlung derselben.

Das geistliche Ministerium hat gegenwärtig im Organismus der Landeskirche keine mit rechtlicher Bedeutung ausgestattete Stellung; insbesondere bildet es nicht die Vertretung eines Kirchenkreises. Seinen Beschlüssen wohnt eine rechtlich verbindende Kraft gegenüber seinen Mitgliedern im übrigen nicht bei¹⁾; nur sind sie gehalten, der Predigerwitwenkasse des Ministeriums (§ 111) beizutreten und in deren Angelegenheiten sich den Mehrheitsbeschlüssen zu fügen.

⁵⁾ § 3 des Kirchenges. v. 18. Dez. 1884 (Nr. 48).

¹⁾ Auch früher schon war seine rechtliche Geltung von geringem Belang und seine Stellung nicht ohne Unklarheit. S. z. B. die Erklärung v. 21. Aug. 1704 bei Frederbsd. Stein. I S. 363. — Die früher von dem geistlichen Ministerium mit den nach Braunschweig berufenen Predigern gehaltenen Colloquia sind seit 1814 in Wegfall gekommen. Wege III S. 259.

Fünfter Abschnitt.

Behörden und Beamte der Kirche. Disziplinarbehörden.

§ 49. Übersicht.

Zur Verwaltung der Angelegenheiten der Landeskirche sind Behörden und Beamte vorhanden. Die oberste Verwaltungsstelle, die Kirchenbehörde schlechtweg, bildet das Konsistorium. Neben ihm, jedoch unter Mitwirkung einzelner seiner Mitglieder, bestehen

- a. zur Aburteilung schwerer Disziplinarvergehen von Kirchendienern die „Entscheidenden Disziplinarbehörden für Kirchendiener“ (§ 54);
- b. zur Prüfung der Kandidaten der Theologie und des Predigtamtes die „Theologische Prüfungskommission (§ 55)“.

Unter ihm dienen der landeskirchlichen Verwaltung in den einzelnen Bezirken (Inspektionen § 24) die Generalsuperintendenten (§ 57) und Superintendenten (§ 56).

Die Verrichtung der Kirchenämter in den einzelnen Gemeinden (des Kirchendienstes, § 58) liegt den Geistlichen und Opferrännern, auch Kantoren und Organisten (§ 99) ob. Zu bestimmten Hilfsleistungen und Geschäften niederer Art werden untere Kirchendiener angenommen (§ 104).

§ 50. A. Das Konsistorium. 1. Seine Stellung im allgemeinen.

Das Konsistorium hat Anteil an der Regierung der Kirche und ist die Spitze der Verwaltung der Kirche. Es ist einerseits die zur Erteilung des Beirates und zur Mitwirkung bei Ausübung der Kirchengewalt berufene Behörde¹⁾, andererseits führt es die allgemeine Oberaufsicht über das gesamte evangelisch-lutherische Kirchenwesen im Herzogtume²⁾ und hat jede zu dem Zwecke notwendige behördliche Tätigkeit auszuüben, welche nicht ausdrücklich einer anderen Stelle überwiesen ist. Insofern ist das Konsistorium nicht Staatsbehörde, sondern Kirchenbehörde, d. h. es handelt nicht im Auftrage des Staates oder in Ausübung eines Teiles der Staatsgewalt, sondern im Auftrage des Landesfürsten als Trägers der Kirchengewalt (vgl. oben § 16) und in Ausübung der letzteren; insofern untersteht es der höchsten Staatsbehörde, dem Staatsministerium, nicht (vgl. oben § 8). Aber es ist

¹⁾ R. L. D. § 213 Vgl. oben § 16.

²⁾ Verordn. v. 14. Apr. 1814, die Verwaltung der kirchlichen und Schulangelegenheiten betr. (Nr. 55) § 1.

daneben staatsseitig nicht nur zur Mitwirkung bei der allgemeinen Ordnung des evangelisch-lutherischen Religionsunterrichtes in sämtlichen Schulen und Lehranstalten berufen, sondern mit der Beaufsichtigung und Leitung des gesamten evangelisch-lutherischen Volksschulwesens beauftragt³⁾. In soweit, als Schulbehörde, ist es auch eine dem Staatsministerium unterstellte Staatsbehörde mit allen Rechten und Pflichten einer solchen. Seine Mitglieder sind demnach auch als Staatsbeamte anzusehen und dem Zivilstaatsdienstgesetze unterworfen⁴⁾.

Seine Befugnisse bezüglich der verschiedenen kirchlichen Angelegenheiten sind bei der Erörterung der letzteren eingehend zu besprechen. Um hier auf einzelne Punkte hinzuweisen: f. hinsichtlich der Stellung des Konsistoriums

zum Landesfürsten oben § 16 und 17,

zum Staatsministerium oben § 8,

zu den Kirchendienern unten § 53, 58 ff.,

zur theologischen Prüfungskommission und den Kandidaten unten § 55, 63 ff.,

zur kirchlichen Vermögensverwaltung oben § 42, unten § 113,

zum Kirchenbauwesen unten § 116.

Dem Konsistorium liegt die Verwaltung der für landeskirchliche Zwecke bestimmten Fonds und Stiftungen ob; f. wegen des Emeritierungsfonds⁵⁾ unten § 108, wegen der Landes-Pfarrwitwen-Versorgungsanstalt⁶⁾ unten § 109, wegen des Pfarrbefoldungsfonds⁷⁾ unten § 111a.

Das Konsistorium ist berechtigt, mit allen Staatsbehörden in unmittelbare Beziehungen zu treten und dieselben in Sachen ihres Geschäftskreises um Auskunftserteilung und Unterstützung in Sachen seiner Zuständigkeit anzufragen; umgekehrt ist es verbunden, allen Staatsbehörden auf Ersuchen in

³⁾ § 1 der ang. Verordn. v. 1814. — § 21 des Gemeineschulgesetzes v. 8. Dez. 1851 (Nr. 53), § 24 der neuen Redaktion v. 27. Okt. 1898 (Nr. 54). § 4 des Gef. die Errichtung einer Oberschulkommission betr., v. 8. Apr. 1876 (Nr. 37).

In den der Oberschulkommission oder einem anderen staatlichen Organe unterstellten Schulen steht dem Konsistorium überdies die unmittelbare Ueberwachung des evangelisch-lutherischen Religionsunterrichtes zu, die es bei Gymnasien in geeigneten Fällen auch durch ein Mitglied des Kuratoriums ausüben lassen kann. § 5, 8 und 22 des ang. Gef. v. 1876 (Vgl. oben § 4).

⁴⁾ Gef. über den Zivilstaatsdienst v. 4 Apr. 1889 (Nr. 17).

⁵⁾ § 1 des Gef., das Ruheeinkommen der emeritierten Geistlichen betr., v. 1. Dez. 1882 (Nr. 45).

⁶⁾ § 2 des Gef., die Errichtung einer Landes-Pfarrwitwen-Versorgungsanstalt betr., v. 15. Apr. 1889 (Nr. 22).

⁷⁾ § 1 des Gef. das Einkommen der Geistlichen der ev.-luth. Landeskirche betr., v. 28. Juni 1902 (Nr. 27).

Sachen seines Geschäftskreises Auskunft und Unterstützung in Sachen ihrer Zuständigkeit zu gewähren.

Dem Konsistorium ist unbenommen, mit allen Kirchendienern in unmittelbare Beziehung zu treten und von ihnen unmittelbare Äußerungen zu fordern; dagegen nimmt es von denselben unaufgefordert abgefaßte Eingaben regelmäßig nur durch die Vermittelung des Vorgesetzten (Ortsgeistlichen, Superintendenten) an⁵⁾. Vgl. § 58 a. E.

§ 51. Konsistorium. 2. Besetzung. Geschäftliche Einrichtungen.

Das Konsistorium soll mit evangelischen Geistlichen und Laien besetzt sein¹⁾. Die Laien, welche selbstverständlich Angehörige der Landeskirche sein müssen, sind in der Mehrzahl Juristen; in Baufachen führt ein Bautechniker Sitz und Stimme. Die Zahl der Mitglieder richtet sich nach dem Bedürfnis. Zur Zeit besteht die Behörde aus 3 Geistlichen, 3 Juristen und einem Bautechniker; von den Geistlichen ist der eine ausschließlich mit dem Referat in den technischen Angelegenheiten des Volksschulwesens beauftragt²⁾.

Sämtliche Mitglieder (mit Ausnahme des bautechnischen, welches nur in Baufachen Stimmrecht besitzt) sind in allen vorkommenden Geschäften stimmberechtigt. Die letzteren sind nach der bestehenden Geschäftsordnung³⁾, wenn es sich um Sachen von geringfügiger Bedeutung handelt, vom Referenten zu entwerfen und vom Korreferenten und dem Präsidenten oder dessen Vertreter zu signieren, wenn es sich dagegen um Sachen von größerer Bedeutung handelt, von dem Referenten, in dessen Arbeitsfeld sie nach dem Geschäftsverteilungsplane gehören, den übrigen Mitgliedern in gemeinschaftlicher Sitzung vorzutragen und nach dem dort gefaßten Beschlusse zu erledigen. Die Beschlüsse werden nach Stimmenmehrheit gefaßt. Bei Gleichheit der Stimmen entscheidet die Stimme des Vorsitzenden. Bei Behinderung einzelner Mitglieder ist das Kollegium beschlußfähig, wenn drei gegenwärtig sind.

Den Vorsitz führt der Konsistorial-Präsident⁴⁾, bei seiner Verhinderung der

⁵⁾ Aussch. v. 11. Febr. 1888 (Amtsbl. S. 49 ff.)

¹⁾ R. L. D. § 213. — Schon die R. D. Z. (S. 263 ff.) schreibt die Besetzung mit geistlichen und weltlichen Mitgliedern und die kollegiale Behandlung der sämtlichen Geschäfte vor, dergestalt, daß das Referat in den *causae ecclesiasticae* und *scholasticae* den geistlichen, das in den *causae mixtae* und *mere politicae* den weltlichen Räten zustehen soll.

²⁾ Gemeinde-Schulgesetz v. 8. Dez. 1851 (Nr. 53) § 21, neue Redaktion v. 27. Okt. 1898 (Nr. 54) § 24.

³⁾ Dieselbe ist v. 18. Juni 1899; sie ist nur in einer beschränkten Anzahl von Exemplaren zum Gebrauche bei der Behörde selbst gedruckt.

⁴⁾ Zum Geschäftskreise des Vorsitzenden gehört die Beaufsichtigung und obere Leitung des ganzen, sehr umfangreichen Betriebes der Behörde, welche nicht sowohl theologisches Wissen, als Rechtskenntnisse und Beamtenschulung voraussetzt. Es entspricht daher der Natur

regelmäßig zu den geistlichen Mitgliedern gehörige Vize-Präsident, bei Verhinderung beider der an Dienstatler im Kollegium Voranstehende unter den anwesenden Räten.

Der Präsident, Vize-Präsident und die übrigen Mitglieder (Räte) des Konsistoriums werden nach eingeholtem Beirat des letzteren vom Landesfürsten mittelst Patent⁵⁾ angestellt⁶⁾. Ihren Gehalt nebst Wohnungsgeldzuschuß beziehen sie nach Maßgabe der neuen Gehaltsordnung⁶⁾ aus der Klosterreinertragskasse. Urlaub erhalten die Mitglieder des Konsistoriums bis zu vierzehn Tagen vom Präsidenten, darüber hinaus vom Staatsministerium; der Präsident selbst hat in jedem Falle den Urlaub beim Staatsministerium nachzusuchen⁷⁾.

Das Konsistorium besitzt die erforderlichen Beamten und Hilfsarbeiter, deren Zahl durch das Bedürfnis bestimmt wird. Zur Zeit sind vorhanden: ein Sekretär zu unmittelbaren Beaufsichtigung und Leitung des ganzen Geschäftsbetriebes und insbesondere des Expeditionswesens; ein Revisor mit dem Titel Sekretär zur Besorgung des Rechnungsrevisionswesens (§ 93); ein Registrator zur Besorgung des Registraturwesens; drei Registraturgehülfen mit dem Titel Registrator hauptsächlich zur Besorgung der Geschäfte der Expedition; ein Revisionsgehülfe mit dem Titel Revisor zur Aushülfe in den Geschäften der Revision; ein Kanzlist zur Aushülfe in den Geschäften der Registratur; ein Bedell.

Von diesen Beamten werden auf Vorschlag des Präsidenten der Konsistorialsekretär, Konsistorialrevisor und Konsistorialregistrator durch landesfürstliches Patent, die übrigen durch ministerielle Anstellungsurkunde angestellt. Bei ihrer Auswahl ist auf die Militäranwärter nach Maßgabe der Bekanntmachung vom 27. Dezember 1884 (1885 Nr. 1) Rücksicht zu nehmen. Die Verteilung der Geschäfte unter sie regelt der Präsident, im einzelnen besorgt sie nach seinen Anweisungen der Sekretär.

Die außer ihnen erforderlichen Hilfsarbeiter (Hilfschreiber, deren Zahl gegenwärtig drei beträgt), werden vom Präsidenten auf Kündigung angenommen.

Die genannten Beamten erhalten Gehalt und Wohnungsgeldzuschuß nach

der Sache, daß regelmäßig ein Jurist zum Vorsitzenden ernannt wird: in älterer Zeit der fürstliche Statthalter oder Kanzler (R. D. J. S. 263. — Anl. XIX des ersten Teils der E. R. D.), später ein Mitglied des Geheimrats-Kollegiums, noch später ein eigener Konsistorial-Präsident.

⁵⁾ § 5 des Gesetzes über den Zivilstaatsdienst v. 4. Apr. 1889 (Nr. 17). Vgl. oben § 17,7.

⁶⁾ Gef. betr. eine neue Gehaltsordnung für die Staatsbeamten v. 14. Jan. 1901 (Nr. 3).

⁷⁾ § 24 des ang. Gef. v. 1889.

Maßgabe der neuen Gehaltsordnung für die Staatsbeamten v. 14. Januar 1901 (Nr. 3), bezw. nach der Vereinbarung die Wohnungsgeldzuschüsse der Beamten betr. (Anlage D zum Landtagsabschiede vom 17/22. Okt. 1890 Nr. 59).

Die Hülfschreiber erhalten die Vergütung für die von ihnen verrichteten Schreibarbeiten nach dem geltenden Satze für den Bogen und, wenn sie über 21 Jahre alt sind, daneben monatlich eine bestimmte Summe für Kollationieren und ähnliche Verrichtungen, aus der Konsistorialkasse⁸⁾.

Die Geschäfte des Konsistoriums werden im allgemeinen ohne Erhebung von Gebühren besorgt⁹⁾. Dasselbe hat gegenwärtig seinen Sitz in Wolfenbüttel.

§ 52. **Konsistorium. 3. Beaufsichtigung des Kirchenwesens.** **Kirchenvisitation.**

Das Konsistorium hat das Kirchenwesen der Landeskirche in allen seinen Teilen unter Aufsicht zu halten, darauf zu achten, daß die zu dessen Regelung erlassenen Gesetze befolgt werden, und wahrgenommene Mängel nach Möglichkeit abzustellen. Es hat sich daher unter Benützung jeder sich bietenden Gelegenheit in tunlichst genauer Kenntnis von dem Zustande des kirchlichen Lebens und der kirchlichen Einrichtungen in den einzelnen Gemeinden zu er-

⁸⁾ Auf die Hülfschreiber wird der f. g. Kopialientarif für die Schreiber bei den Gerichten, Staatsanwaltschaften u. s. w., jedoch mit einzelnen durch die Verhältnisse beim Konsistorium gebotenen Abweichungen, zur Anwendung gebracht. Die beiden ältesten Hülfschreiber erhalten eine feste Remuneration.

⁹⁾ Der bei Wege IV S. 306 ff. abgedruckte Gebührentarif ist zum größten Teile nicht mehr anwendbar. Nur folgende Gebühren sind noch zu entrichten:

I. Bei Dispensationen vom gesetzlichen Alter behuf der Konfirmation (Konsistor.-Ausschr. v. 13. Febr. 1879).

1) für jeden Dispensionsantrag 0,25 M., welche nach Ministerialverfügung Nr. 5091 v. 30. Mai 1899 von der Konsistorialkasse vereinnahmt werden;

2) für jeden benutzten Formularbogen zum Verzeichnisse der dispensationsbedürftigen Konfirmanden 0,05 M., welche die Konsistorialkasse bezieht, die ihrerseits die Kosten des Druckes der Formularbogen bestreitet.

II. Bei theologischen Prüfungen 30 M. und bei Kolloquien 20 M. (§ 13 des Kirchengef., die theologischen Prüfungen betr., v. 27. Febr. 1889 (Nr. 7) Davon kommt den zu der Katechisation herangezogenen Waisenkindern 1 M. zu; der Rest der Konsistorialkasse.

III. Bei Bestellungen haben zu zahlen

1) Generalsuperintendenten und Superintendenten	4,50 M.
2) Prediger, Pfarradjunkte, Pfarrkollaboratoren, Pfarrverweser und Predikanten	4,00 M.
3) Rektoren und akademisch gebildete Lehrer	4,00 M.
4) Lehrer ohne akademische Bildung, Diakone und Organisten	3,00 M.

Diese Gebühren erhält die Konsistorialkasse.

Für die Einführungsaufträge haben zu zahlen, sämtliche vorbezeichnete Personen 0,75 M., welche die Konsistorialkasse bezieht, und für Stempel die unter 1 und 2 Bezeichneten 1 M., die unter 3 und 4 Bezeichneten 0,50 M.

IV. Bei der Revision der Kirchenrechnungen erhält die Konsistorialkasse den Ersatz der Kopialien und eine Gebühr aus den Kirchenkasfen, vgl. § 93.

halten. Als ein besonderes Mittel, seine Bekanntschaft mit den örtlichen Zuständen und Vorgängen in geordneter Weise herzustellen und regelmäßig zu erneuern, dienen ihm die Kirchenvisitationen¹⁾.

Als Zweck derselben ist im Gesetze bezeichnet:

1) die nähere Untersuchung

- a. über den kirchlichen und religiös-sittlichen Zustand der einzelnen Gemeinden sowie ganzer Inspektionsbezirke;
- b. über die Amtsführung und den Wandel des Geistlichen und der übrigen Kirchendiener, sowie über ihr Verhältnis zu einander und zu den Gemeinden;
- c. über die äußeren Verhältnisse und das Vermögen („die Temporalien“) der Kirchen, Pfarren und Opfereien.

2. Die kräftige Anregung des kirchlichen Lebens und namentlich auch die Belebung des Bewußtseins des innigen Zusammenhanges der einzelnen Gemeinden mit der gesamten Kirche²⁾.

Die Kirchenvisitationen sind der Regel nach „Spezialvisitationen“, d. h. jede einzelne betrifft einen einzelnen Pfarrbezirk oder einen Teil eines solchen³⁾. Die Vornahme von „Generalvisitationen“ d. h. Visitationen, welche von einer damit beauftragten Visitations-Deputation in sämtlichen Gemeinden des ganzen Landes oder eines größeren Kirchenbezirkes hintereinander gehalten werden, kann nur ausnahmsweise aus besonderen Gründen vom Landesfürsten nach vorgängiger Anhörung der Landes-Synode angeordnet werden⁴⁾.

Die Spezialvisitationen werden gehalten:

- a. durch geistliche Mitglieder des Konsistoriums bei den Kirchen der Generalsuperintendenten sowie der Stadtsuperintendenten zu Braunschweig und Wolfenbüttel und bei der Hof- und Domkirche in Braunschweig;
- b. durch die Generalsuperintendenten bei den Kirchen der Superintenden⁵⁾;

¹⁾ Kirchenvisitationsordnung v. 6. Jan. 1873 (Nr. 4). Dieselbe hat die seit alter Zeit gesetzlich bestehende, aber in Abgang gekommene Einrichtung der Visitationen wieder ins Leben gerufen und mit Rücksicht auf die veränderten Verhältnisse neu geordnet.

²⁾ Kirchenvisit.-Ordn. § 1.

³⁾ a. a. O. § 3. — Visitation kann und soll ebensowohl bei den Filialkirchen, als bei den Mutterkirchen gehalten werden.

⁴⁾ a. a. O. § 17 und 18.

⁵⁾ Da der Pastor prim. zu Lunsen einem Generalsuperintendenten nicht ständig untersteht, so hat auch kein solcher das Recht, bei der Lunsener Kirche Visitation zu halten. Soll diese stattfinden, so hat das Konsistorium dazu einem Generalsuperintendenten besonderen Auftrag zu erteilen.

- c. durch die Superintendenten bei den Kirchen der ihnen unterstellten Inspektion;
- (d. durch den Militär-Oberpfarrer des Armeekorps oder den Feldpropst der Armee bei den Militärkirchen^{5a)}).

Sie sind entweder ordentliche, d. h. in bestimmten, regelmäßig einen Zeitraum von vier Jahren umfassenden Zeitabschnitten nach der vom Visitator festgesetzten und vom Konsistorium genehmigten Reihenfolge wiederkehrende⁶⁾, oder außerordentliche, d. h. vom Konsistorium aus besonderen Gründen ohne Rücksicht auf jene Reihenfolge angeordnete⁷⁾).

An jeder ordentlichen Spezialvisitation, welche ein Superintendent hält, kann der Generalsuperintendent nach seinem Ermessen teilnehmen; ihm ist daher seitens des Superintendenten von jeder beabsichtigten Visitation zeitig vorher Anzeige zu machen⁸⁾. Ebenso kann der Inspektions-synodalausschuß sich dabei vertreten lassen (§ 26) und ist deshalb von jeder bevorstehenden Visitation in Kenntnis zu setzen⁹⁾. Die Teilnahme des weltlichen Visitators, sei es an einer ordentlichen, oder außerordentlichen Spezialvisitation, wird ausnahmsweise aus besonderen Gründen durch landesfürstliche Verfügung angeordnet¹⁰⁾.

Den Tag der ordentlichen Visitation bestimmt der Visitator und zeigt ihn dem Geistlichen vier Wochen vorher an. Der Geistliche hat von der bevorstehenden Visitation die Gemeinde durch Abkündigung am vorausgehenden Sonntage in Kenntnis zu setzen und zu derselben die Kirchendiener, die Kirchenverordneten, den Kirchenpatron und die Vorstände der zum Kirchenbezirke gehörigen Ortsgemeinden (Stadtmagistrate, Gemeindevorsteher) einzuladen¹¹⁾.

^{5a)} Publikation der Vereinbarung mit der Krone Preußen über die evangelischen militärkirchlichen Verhältnisse im Herzogtume Braunschweig v. 1. Sept. 1901 (Nr. 47) Art. 3 und 9. Von den wesentlichen Ergebnissen der Visitation macht der Feldpropst dem Konsistorium Mitteilung. Das Konsistorium kann sich an den durch den Feldpropst abgehaltenen Visitationen durch ein Mitglied beteiligen. Zu diesem Zwecke ist das Konsistorium rechtzeitig von jeder geplanten Visitation vorher zu benachrichtigen.

⁶⁾ a. a. O. § 3. Der dritte Absatz dieses Paragraphen ist nach der Bekanntmachung v. 28. Jan. 1873 (Nr. 8) zu streichen; der in demselben ausgesprochenen Ausschluß der Kirchen der Generalsuperintendenten von den ordentlichen Spezialvisitationen hat daher keine gesetzliche Geltung.

⁷⁾ a. a. O. § 14. Das Konsistorium kann mit der Vornahme einer außerordentlichen Visitation anstatt des zuständigen Superintendenten den Generalsuperintendenten oder eines seiner geistlichen Mitglieder, anstatt des zuständigen Generalsuperintendenten eines seiner geistlichen Mitglieder beauftragen.

⁸⁾ a. a. O. § 4 Abs. 3.

⁹⁾ Art. 1 des Kirchenges., betr. die Ergänzung der Kirchen-Visitations-Ordnung, vom 30. Juni 1893 (Nr. 37).

¹⁰⁾ Kirchengesetz v. 4. Jan. 1881 (Nr. 1) und Zusatz dazu in der Bekanntmachung v. 5. März 1881 (Nr. 12); f. auch § 14 der Kirchen-Visitations-Ordnung.

¹¹⁾ Kirchen-Visitations-Ordnung § 4. — So auch schon wegen des Patrons die landesherrlichen Privilegien v. 9. Apr. 1770 art. 2 (Steinacker Sammlg. S. 587).

Der Visitator fordert bei der Ansetzung der Visitation zugleich den Geistlichen zur Erstattung des sog. Parochialberichtes, d. h. eines Berichtes über die kirchlichen Zustände seines Pfarbezirkes auf, indem er ihm die vom Konfistorium festgestellten Visitationsfragen in zwei Exemplaren zuendet¹²⁾. Dieselben sind mit dem Berichte spätestens acht Tage vor der Visitation dem Visitator zurückzuschicken¹³⁾. Die Visitation soll regelmäßig an einem Sonntage gehalten werden. Sie beginnt mit einem öffentlichen Gottesdienste, in welchem die Predigt und eine Katechisation mit den Schulkindern vom Geistlichen gehalten und dieser sodann vom Visitator eine Religionsprüfung der Schulkinder und eine Ansprache an die Gemeinde angeschlossen wird¹⁴⁾. Nach dem Gottesdienste folgt eine Besichtigung des Kirchengebäudes und seiner Umgebung unter Zuziehung des Opferrannes und des Kirchenvorstandes¹⁵⁾. Hiernach findet eine Versammlung der beteiligten Geistlichen, Opferränner und Kirchenverordneten, vorkommendenfalls auch des Patronen und, wenn diese teilzunehmen wünschen, der Vorstände der Ortsgemeinden, unter Leitung des Visitators im Pfarrhause oder an einem anderen passenden Orte behuf Besprechung der kirchlichen Verhältnisse der Gemeinde und der Verhältnisse der vorhandenen kirchlichen Stiftungen insbesondere des Zustandes des Pfarrhauses und Pfarrgehöftes, der Opferei sowie des Friedhofes, nötigenfalls mit Besichtigung derselben, an der Hand des Parochialberichtes statt¹⁶⁾. Dabei gibt der Visitator nach zuvoriger Entfernung des Geistlichen den Versammelten Gelegenheit, sich über denselben und die übrigen Kirchendiener auszusprechen bezw. zu beschweren. Danach und nach Entlassung aller Übrigen bespricht der Visitator mit dem Geistlichen allein dessen amtliche Tätigkeit, seine Leistungen, seine Verhältnisse zu den anderen Kirchendienern und zur Gemeinde, seinen Lebenswandel u. s. w., fordert nötigenfalls auch die anderen

¹²⁾ Ausschr. v. 31. Jan. 1877. Das eine Exemplar ist für die Pfarrregistratur bestimmt und wird dem Geistlichen nach Durchsicht noch vor dem Visitationstage wieder zugestellt.

¹³⁾ Kirchen-Visitations-Ordnung § 5. Die Visitationsfragen sind als Formulare mit reichlichem leeren Raum gedruckt. Der Parochialbericht besteht regelmäßig nur in der Beantwortung der Fragen, welche in das Formular eingetragen wird.

¹⁴⁾ Den Text für die Predigt und den Gegenstand der Katechisation hat der Visitator dem Geistlichen bei Ansetzung der Visitation vorzuschreiben. Ebenso hat der Visitator bei den Kirchen, an welchen mehrere Geistliche angestellt sind, über deren amtliche Tätigkeit bei der Visitation Bestimmung zu treffen; a. a. O. § 5 und 6.

¹⁵⁾ a. a. O. § 7.

¹⁶⁾ a. a. O. § 8. Als Teilnehmer an dieser Besprechung sind in diesem § der Patron und die Gemeindevorstände nicht ausdrücklich genannt. Da sie aber nach § 4 Abs. 2 a. a. O. zur Teilnahme an den Visitations-Verhandlungen (nicht etwa nur am Visitationsgottesdienste) geladen werden, so können sie von der fraglichen Besprechung, als einem sehr wesentlichen Teile der Verhandlungen nicht ausgeschlossen werden. Wegen der Teilnahme der Vertreter des Synodalausschusses an den Verhandlungen s. Art. 1 des ang. Kirchengef. v. 1893.

Kirchendiener vor, um ihnen wegen ihres amtlichen oder außeramtlichen Verhaltens geeigneten Vorhalt zu machen¹⁷⁾. — Zum Schlusse überzeugt sich der Visitator vom Zustande und der Aufbewahrung der Pfarrregistratur, namentlich der Kirchenbücher, Kirchenvorstandsprotokolle (§ 46) und des Amtsblattes¹⁸⁾, wie vorkommendenfalls auch der Registratur der Superintendentur oder Generalsuperintendentur.

Vorkommende Anträge und Beschwerden, welche durch die Kirchendiener oder den Kirchenvorstand erledigt werden können, überweist der Visitator diesen zur Erledigung; andere bringt er an die zuständigen Behörden oder berichtet darüber an das Konsistorium. Diesem hat er außerdem einen ausführlichen Bericht über den Hergang und die Verhandlungen bei der Visitation unter Beifügung des Parochialberichtes und der am Visitationstage vom Geistlichen gehaltenen Predigt und mit Angabe seiner Beobachtungen und seines Urtheiles darüber binnen vier Wochen zu erstatten. Den Bericht hat er, wenn er Superintendent ist, dem vorgesetzten Generalsuperintendenten zur Einsicht und Weiterbeförderung an das Konsistorium zuzustellen¹⁹⁾. Das Konsistorium soll auf jeden Visitationsbericht besonderen Bescheid abgeben²⁰⁾.

Über das Verfahren, welches bei einer außerordentlichen Kirchenvisitation beobachtet werden soll, bestimmt im einzelnen Falle das Konsistorium. Die Ergebnisse derselben sind ohne Verzug dem Konsistorium einzuberichten.

Zu der Fahrt des Visitators behuf Vornahme der ordentlichen Spezialvisitation hat die Gemeinde der zu visitierenden Kirche die Fuhre zu stellen, sofern sie nicht nachweislich davon befreit ist, welchenfalls über die Kostentragung das Herkommen entscheidet²¹⁾.

Die Kosten der dem Geistlichen obliegenden Speisung des General- oder Spezialsuperintendenten oder Beider sowie der Vertreter des Inspektionssynodalausschusses am Visitationstage ersetzt mit je 5 M. die Kasse der visitierten Kirche; diese bestreitet auch die den Opferrännern und Organisten etwa zukommende Vergütung für die Mühewaltungen bei der Visitation²²⁾.

¹⁷⁾ Wegen der hierbei vom Visitator inne zu haltenden Grenzen vgl. unten § 53.

¹⁸⁾ a. a. D. § 10. — Bekanntmachung, die Herausgabe eines Amtsblattes des Konsistoriums betr., v. 1. Sept. 1887 (Amtsbl. S. 1 ff.)

¹⁹⁾ Ausschr. v. 31. Jan. 1877.

²⁰⁾ Kirchenvisitationsordng. §§ 11, 12, 13.

²¹⁾ a. a. D. § 19. 1 A. — Vgl. Visitationsreglement v. 1782 unter 2 (Frederbsd. Stein. II S. 37 ff. Steinacker Sammlg. S. 516 ff.) —

²²⁾ a. a. D. § 19, 1 c. vgl. mit Art. 2 des ang. Kirchenges. v. 30. Juni 1893 (Nr. 37). Der Regel nach wird eine solche Vergütung an den Opferrmann u. s. w. nicht gezahlt; ob und in welcher Höhe sie ausnahmsweise gefordert werden könne, bestimmt das örtliche Herkommen. Wegen der Reisekosten der Mitglieder des Inspektionssynodalausschusses vgl. § 26 Anm. 21.

Wegen der Vergütung welche die Generalsuperintendenten und Superintendenten zu beziehen haben, s. unten § 56 und 57. — Die Kosten ihrer Reisen zu Visitationen der Superintendenten erhalten die Generalsuperintendenten aus der Konsistorialkasse ersetzt. Diese trägt auch die Tagegelder und Reisekosten bei Reisen von Mitgliedern des Konsistoriums zu Visitationen, sowie auch bei außerordentlichen Visitationen die Reisekosten und Tagegelder der damit Beauftragten (6 M. für den Tag und für die Nacht 3 M., oder wenn sie in Braunschweig zugebracht ist, 6 M.)²³⁾).

Der Ausfall einer ordentlichen Spezialvisitation (sofern nicht vorher beim Konsistorium Dispensation erwirkt war) wird von dem, der ihn veranlaßt hat, mit einer Ordnungsstrafe von 15 M. gebüßt, welche in die Generalinspektions-Prediger-Witwenkasse einzuzahlen ist²⁴⁾).

§ 53. **Konsistorium. 4. Oberaufsicht über die Kirchendiener. Disziplinalgewalt.**

Dem Konsistorium steht die Führung der Oberaufsicht über sämtliche Kirchendiener zu¹⁾).

Es kann den Geistlichen bis zu zwei Monaten^{a)}, den übrigen Kirchendienern für noch längere Zeit, Urlaub erteilen (§ 59).

Als Organ seines Oberaufsichtsrechtes dienen ihm die Generalsuperintendenten und Superintendenten, wie auch die Pastoren; ein jeder wegen der ihm unterstellten Kirchendiener. Die Befugnisse dieser Organe beschränken sich gegenüber den Kirchendienern darauf, diese auf die Pflichten aufmerksam zu machen, welche ihnen ihr Dienst hinsichtlich ihres amtlichen wie außeramtlichen Verhaltens auferlegt, die ordnungswidrige Ausführung von Amtsgeschäften durch sie zu rügen und sie zu rechtzeitiger und ordnungsmäßiger Erledigung der letzteren zu ermahnen²⁾).

Wo diese Befugnis gegenüber einem Kirchendiener zur Abwehr drohender Unzuträglichkeiten oder zur Sühnung begangenen Unrechtes nicht ausreicht, haben die Aufsichtsorgane denselben dem Konsistorium zur Anzeige zu bringen, sie können überdies, wenn die Sache so liegt, daß nach ihrer Auffassung die vorläufige Dienstenthebung (Suspension) ohne Verzug geboten ist, dem Kirchen-

²³⁾ a. a. D. § 19, 1 B und 2.

²⁴⁾ a. a. D. § 20.

¹⁾ Kirchenges., die Oberaufsicht über die Kirchendiener betr., v. 1. Dez. 1890 (Nr. 71) § 2.

^{a)} Landesfürstl. Reskr. v. 1. Nov. 1902 (Konsistorialakten).

²⁾ a. a. D. § 4.

diener die Ausübung der Amtsverrichtungen einstweilen untersagen, haben aber darüber sofort an das Konsistorium zu berichten³⁾.

Dem Konsistorium stehen gegen die Kirchendiener Zwangsmittel und Disziplinarstrafen zu Gebote (vgl. unten § 58).

Die Zwangsmittel können angewandt werden, um die Erledigung von Amtsgeschäften herbeizuführen. Sie bestehen regelmäßig in Geldstrafen, welche bis zu einem Zwölftel des jährlichen Dienst Einkommens des Betroffenen steigen dürfen. Ihrer Anwendung muß Androhung, schriftlich⁴⁾ oder zu Protokoll, vorausgehen; ihre Einziehung erfolgt zu gunsten der Konsistorialkasse nach fruchtlosem Ablaufe der gesetzten Frist mittelst zwangsweiser Beitreibung im Verwaltungswege⁵⁾. — Das Konsistorium kann aber auch dazu schreiten, die Erledigung des verzögerten Amtsgeschäftes auf Kosten des Säumigen durch einen Anderen besorgen zu lassen, nachdem diese Maßregel zuvor fruchtlos angedroht worden⁶⁾.

Als Disziplinarstrafen sind zulässig die Ordnungsstrafen und die Dienstentlassung⁷⁾. Die Ordnungsstrafen sind Warnung, Verweis und Geldstrafe bis zum Betrage eines Zwölftels vom jährlichen Dienst Einkommen des Betroffenen. Geldstrafe kann mit Verweis verbunden werden. — Ordnungsstrafen verhängt das Konsistorium, ohne daß ein förmliches Disziplinarverfahren vorherzugehen hätte, jedoch nach zuvoriger Anhörung des Beschuldigten, schriftlich oder zu Protokoll, in mit Gründen versehener Entscheidung⁸⁾. Dem Betroffenen steht eine binnen vier Wochen von Zustellung der Strafverfügung schriftlich beim Konsistorium anzubringende Beschwerde an den Landesfürsten zu⁹⁾. Dasselbe Beschwerderecht hat auch der mit einem der obigen Zwangsmittel Bedrohte. — Die Geldstrafen werden zwangsweise im Verwaltungswege getrieben und fließen in die Konsistorialkasse (§ 107)¹⁰⁾.

Hält das Konsistorium die härtere Disziplinarstrafe der Dienstentlassung für angezeigt, so verfügt es die Einleitung des förmlichen Disziplinarverfahrens vor den entscheidenden Disziplinarbehörden¹¹⁾ (§ 54). In bestimmten Fällen

³⁾ a. a. D. § 16 Abs. 3. Eine Kürzung des Dienst Einkommens hat diese einstweilige Unterjagung nicht zur Folge. Vgl. § 97.

⁴⁾ Der mit der Feder geschriebenen steht selbstverständlich die gedruckte Androhung gleich, wie sie z. B. in einzelnen durch das Amtsblatt veröffentlichten Erlassen vorkommt.

⁵⁾ a. a. D. § 13; wegen der Einziehung § 6 des Ges., das Disziplinarverfahren gegen Kirchendiener betr., v. 15. Juni 1890 (Nr. 70) und Verordn. v. 30. Mai 1893 Nr. 30 a. E. — Vgl. oben § 6 Nr. 5. —

⁶⁾ In diesem Falle werden die entstandenen Kosten von dem Säumigen eingezogen.

⁷⁾ § 7 des ang. Kirchengesetzes v. 1890.

⁸⁾ §§ 11, 12 und 13 des ang. Kirchengesetzes v. 1890.

⁹⁾ a. a. D. § 14.

¹⁰⁾ Wegen ihrer Einziehung s. Anm. 5.

¹¹⁾ a. a. D. § 20.

(§ 23) hat dieser Verfügung ein in gemeinschaftlicher Sitzung des Konsistoriums und Synodalausschusses zu fassender Beschluß, welcher ausspricht, daß das fernere Verbleiben des Angeeschuldigten im Kirchendienste unzulässig sei, vorherzugehen¹²⁾. Nach der Einleitung des förmlichen Disziplinarverfahrens, oder wenn gegen einen Kirchendiener ein Strafverfahren wegen eines Verbrechens oder Vergehens eingeleitet ist, kann durch das Konsistorium dessen Suspension (§ 97 und 98) verfügt werden; dieselbe dauert sodann bis zur rechtskräftigen Entscheidung der Sache. Davon, daß sie verfügt worden, ist dem Staatsministerium (§ 9) Anzeige zu machen¹³⁾.

§ 54. B. Die entscheidenden Disziplinarbehörden für Kirchendiener.

Die entscheidenden Disziplinarbehörden im förmlichen Disziplinarverfahren gegen Kirchendiener sind

in erster Instanz die Disziplinkammer für Kirchendiener, welche aus fünf Mitgliedern,

in zweiter Instanz der Disziplinarhof für Kirchendiener, welcher aus sieben Mitgliedern besteht. Diese Behörden sind nicht Kirchenbehörden, sondern staatliche Behörden für die Kirche, welche in ihnen nur eine gesetzlich geregelte Vertretung findet.

In der Disziplinkammer müssen der Vorsitzende und zwei Beisitzer, im Disziplinarhofe der Vorsitzende und drei Beisitzer dem Oberlandesgerichte oder als Präsidenten oder Direktoren dem Landgerichte angehören, auch selbstverständlich Angehörige der Landeskirche sein. Von den übrigen zwei bzw. drei Mitgliedern der Disziplinkammer muß eins, von denen des Disziplinarhofes müssen zwei dem Konsistorium angehören; je ein Mitglied für jede der beiden Disziplinarbehörden wird dem Kreise der oberen Kirchenbeamten (Generalsuperintendenten und Superintendenten) oder der Synodalen entnommen. Von diesen zwei bzw. drei Mitgliedern muß je eins (in jeder Behörde) dem geistlichen Stande angehören. Wer im Konsistorium als Referent in einer Disziplinarsache gearbeitet, kann nicht in derselben als Mitglied der Disziplinkammer oder des Disziplinarhofes tätig werden. Wer als Mitglied der Disziplinkammer in einer Sache geurteilt hat, kann nicht in derselben Sache als Mitglied des Disziplinarhofes tätig werden.

¹²⁾ a. a. D. § 10.

¹³⁾ a. a. D. § 16.

Die Mitglieder der Disziplinarbehörden und für jedes ein gleich geeigneter Stellvertreter, werden für die Dauer der zur Zeit ihrer Ernennung von ihnen bekleideten Funktion (als Mitglied des Konsistoriums, als oberer Kirchenbeamter oder als Synodaler) vom Landesfürsten ernannt.

Der Sitz dieser Disziplinarbehörden ist Braunschweig. Die Mitglieder versehen die Geschäfte unentgeltlich; die auswärtigen erhalten Tagegelder und Reisekosten, wie Staatsdiener¹⁾.

Wegen des Verfahrens vor diesen Behörden vgl. die in der Anm. angeführten Gesetze und unten § 97.

§ 55. C. Theologische Prüfungs-Kommission.

Zur Abhaltung der erforderlichen theologischen Prüfungen von Angehörigen der Landeskirche (unten § 62) besteht am Sitze des Konsistoriums die theologische Prüfungs-Kommission. Dieselbe ist zusammengesetzt aus den drei geistlichen Räten des Konsistoriums und zwei vom Landesfürsten jedesmal auf die Dauer von drei Jahren aus der Zahl der Geistlichen der Landeskirche zu ernennenden Mitgliedern. Den Vorsitz führt der älteste geistliche Rat des Konsistoriums oder in seinem Auftrage einer der anderen geistlichen Räte¹⁾.

Der regelmäßige Wirkungskreis dieser Kommission beschränkt sich auf die Prüfung der ihr vom Konsistorium überwiesenen Kandidaten²⁾ und die Feststellung der Prüfungsergebnisse³⁾, während die Annahme und Beurteilung der eingehenden Meldungen zur Prüfung⁴⁾, die Erteilung bezw. Befürwortung etwaiger Dispensationen von den gesetzlichen Voraussetzungen der Zulassung zur Prüfung⁵⁾, die Erstreckung oder Verkürzung der dabei in Betracht kommenden Fristen⁶⁾, endlich die Mitteilung des Prüfungsergebnisses an die Geprüften⁷⁾ Sache des Konsistoriums ist. Letzteres stellt der Prüfungs-Kommission

¹⁾ § 9 des Ges., das Disziplinarverfahren gegen Kirchendiener betr., v. 15. Juni 1890 (Nr. 70); auch § 21 des Kirchenges., die Oberaufsicht über die Kirchendiener betr., v. 1. Dez. 1890 (Nr. 71). — Das Hülfspersonal und Lokal stellen nach Anordnung des Staatsministeriums für die Disziplinarkammer das Landgericht, für den Disziplinarhof das Oberlandesgericht in Braunschweig.

²⁾ Kirchenges., die theologischen Prüfungen betr., v. 27. Febr. 1889 (Nr. 7) § 2. — Früher nahmen die geistlichen Räte des Konsistoriums allein die Prüfungen vor.

³⁾ a. a. O. § 5.

⁴⁾ Verordnung, die Instruktion für die theologische Prüfungs-Kommission betr., v. 23. März 1889 (Nr. 15), § 8 und 9 der Instruktion. — Die Feststellungen der Kommission sind unanfechtbar. Die Verordnung ist ihrem Inhalte nach eine Kirchenverordnung (oben § 1), aber der Form nach nicht als solche gekennzeichnet.

⁵⁾ § 5 des ang. Kirchenges.

⁶⁾ § 4, 6 und 8 des ang. Kirchenges.

⁷⁾ a. a. O.

⁸⁾ § 9 der ang. Instruktion.

das Lokal und das erforderliche Hülfspersonal, und erhebt die Prüfungsgebühren für die Konsistorialkasse⁸⁾).

Die Mitglieder der Prüfungs-Kommission erhalten eine feste Vergütung⁹⁾; die nicht am Sitze der Kommission wohnhaften bei Reisen dahin in üblichem Maße Tagegelber und Ersatz der Reisekosten.

Außerordentlicherweise hat die Prüfungs-Kommission tätig zu werden, wenn das Konsistorium die Anstellung eines Kolloquiums mit einem inländischen Kandidaten beschließt¹⁰⁾; vgl. unten § 62.

Das Verfahren der Prüfungs-Kommission wird durch landesfürstliche Verordnung (Kirchenverordnung) geregelt¹¹⁾.

Prüfungen (sei es in der Form des Examens oder des Kolloquiums) von Geistlichen, welche der Landeskirche nicht angehören, hält die Prüfungs-Kommission ausnahmsweise im besonderen Auftrage des Konsistoriums ab (§ 61).

§ 56. D. Superintendenten.

Zur Beaufichtigung der kirchlichen Angelegenheiten in einem bestimmten kleineren Bezirke (Inspektion, Spezialinspektion, oben § 24), insbesondere der ihm angehörigen Kirchenbiener (§ 53), der daselbst vorhandenen kirchlichen Einrichtungen, sowie des kirchlichen Lebens in den dazu gehörigen Gemeinden sind die Superintendenten (Spezialsuperintendenten) eingesetzt, denen auf ihren Wunsch dabei die Inspektions-synodalausschüsse (§ 26) Unterstützung zu gewähren haben. Sie haben überdies diejenigen Geschäfte der kirchlichen Verwaltung zu besorgen, welche ihnen durch das Gesetz allgemein, oder durch das Konsistorium im einzelnen Falle übertragen sind. Namentlich:

1) die Spezialvisitationen der einzelnen Kirchen und Kirchengemeinden ihres Bezirkes (§ 52);

2) die Revisionen der Kirchenbücher und die Aufbewahrung der Duplikate der älteren (§ 91);

3) die Einziehung und Vorprüfung der kirchlichen Rechnungen (§ 93);

4) die unverzügliche Anzeige von eingetretenen Pfarrvakanzan beim Konsistorium, nach Todesfällen von Geistlichen unter Angabe darüber, ob der Verstorbene eine Witwe oder minderjährige Kinder nachgelassen hat¹⁾, bezüglich

⁸⁾ § 2 und 13 des ang. Kirchenges. — Vgl. oben § 51 Anm. 12. —

⁹⁾ § 2 des ang. Kirchenges. — Der Betrag derselben ist durch Ministerialreskript vom 29. Apr. 1889 auf 750 M. für den Vorsitzenden und je 600 M. für die übrigen Mitglieder festgestellt; die Zahlung erfolgt aus der Klosterreinertragskasse. Tagegelber werden den Mitgliedern nach der Praxis nicht gezahlt, können aber nach dem ang. Reskr. beansprucht werden.

¹⁰⁾ § 12 des ang. Kirchenges.

¹¹⁾ § 3 a. a. O. Zur Zeit gilt die ang. Verordn. v. 23. März 1889.

¹⁾ Ausschreiben v. 27. Juli 1853 (Bege VIII S. 140).

der Pfarrstellen, deren Verleihung Privatpatronen zusteht, auch bei Lehteren (§ 68);

5) die Ausstellung der behuf der Erhebung der Witwen- und Waisenpensionen älteren Rechtes (§ 99) erforderlichen Bescheinigungen²⁾; jährliche Berichterstattung über die Vermögensverhältnisse der Witwen der in ihrer Inspektion verstorbenen Geistlichen (§ 111);

6) die Anordnung derjenigen Einrichtungen, welche durch längere Beurlaubung oder Erkrankung eines Geistlichen (§ 59) oder durch eintretende Vakanz einer Pfarrstelle nötig werden (§ 77), vorbehältlich der Genehmigung des Konsistoriums, soweit diese erforderlich ist³⁾;

7) desgl. die Anordnung der durch eintretende längere Behinderung von Opfernännern oder Vakanz von Opfereistellen erforderlich werdenden Maßregeln;

8) die Erhebung der Stolgebührenrenten vakanter Pfarrstellen⁴⁾;

9) eine Mitwirkung bei der Wahl (§ 71) und der Vokation (§ 72) der Prediger;

10) die kirchliche Einführung der Prediger und eine Mitwirkung bei den dabei vorzunehmenden weltlichen Geschäften (§ 75);

11) die Anzeige vom Ableben der emeritierten Prediger und der Predigerwitwen beim Konsistorium, unter Angabe bei ersteren, ob eine Witwe oder minderjährige Kinder, bei letzteren, ob minderjährige Kinder nachgelassen sind⁵⁾;

12) die Abhaltung der Predigersynoden (unten § 79);

13) die Berufung, Eröffnung, Leitung und Schließung der Inspektions-synoden (oben § 26);

14) die Prüfung der Wahlen der Kirchenverordneten, und nötigenfalls die Erhebung von Einspruch gegen ihre Gültigkeit beim Konsistorium (oben § 36); Entgegennahme der Anzeige von der Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden in den Kirchenvorständen (oben § 46);

15) die Aufsichtsführung über die innerhalb der Inspektion sich aufhaltenden Kandidaten der Theologie und des Predigtamtes und die Erstattung der vorgeschriebenen Berichte darüber an das Konsistorium (§ 63);

16) die Zulassung von Studiosen der Theologie zum Halten von Predigten (§ 63);

²⁾ Auschr. v. 31. Aug. 1887 (Amtsblatt S. 4 ff.)

³⁾ S. z. B. § 4 des Kirchenvorstandsgesetzes (oben § 33 und 46).

⁴⁾ Auschr. v. 10. Okt. 1874 und v. 23. Mai und 20. Juni 1891 (Amtsblatt S. 39 und 46).

⁵⁾ S. wegen der Witwen die Aus schreiben v. 27. Juli 1853 (Bege VIII S. 140) und v. 20. Febr. 1867 (Bege IX S. 300).

17) die Aufstellung und Einsendung von Listen der bei Mobilmachungen für unabkömmlich zu erklärenden Geistlichen und Lehrer (§ 58);

18) die Erteilung von Urlaub, an Geistliche bis zu vierzehn Tagen, an Opferränner bis zu acht Tagen (§ 59);

19) die Erteilung der Dispensationen vom kirchlichen Aufgebote (§ 88);

20) die Prüfung der Kinder, welche der Geistliche nicht fähig zur Aufnahme in den Konfirmandenunterricht hält, sowie der dispensationsbedürftigen Konfirmanden, welche der Geistliche gegen den Schluß des Konfirmandenunterrichtes nicht genügend reif zur Konfirmation erachtet (§ 86);

21) eine Mitwirkung zur Erledigung aller an die Kirchenvisitatoren oder Kirchenkommissarien (oben § 10) gerichteten Aufträge des Konsistoriums. Soweit diese sich auf Angelegenheiten beziehen, deren Untersuchung und Behandlung ihrer Art nach vorwiegend zum Geschäftskreise des weltlichen Visitators und seiner technischen Hilfskräfte gehören, kann sich die Mitwirkung des Superintendents auf die Mitunterschrift der vom weltlichen Visitator verfaßten Eingaben und sonstigen Schriftstücke, gegebenen Falles unter Beifügung der eigenen, abweichenden Ansicht oder ergänzender Bemerkungen beschränken⁶⁾);

22) die Annahme, Durchsicht und Weiterbeförderung der von den Geistlichen an das Konsistorium gerichteten Eingaben. Der Superintendent soll diese prüfen, Anfragen, die er selbst erledigen kann, sofort erledigen, bezüglich der anderen zunächst für die erforderliche Vollständigkeit sorgen und sie dann mit seinem Gutachten oder Berichte dem Konsistorium einsenden⁷⁾);

23) Untersuchungen und Berichterstattungen, welche ihnen vom Konsistorium aufgetragen sind, oder zu welchen sie durch eigene Wahrnehmungen angeregt werden^{7a)}).

24) die Aufbewahrung und Weiterführung der Inspektionsregistratur einschließlich der Akten der Inspektionsynoden und Inspektionsynodalausschüsse (§ 26);

⁶⁾ Auschr. v. 20. Dez. 1881, in welchem darauf hingewiesen ist, daß die geistlichen Visitatoren, wenn sie, ohne daß es durch die Natur der Sache oder speziellen Auftrag geboten wäre, an Lokalterminen in Bausachen teilnehmen, dafür Tagegelde und Reisekostenersatz nicht beanspruchen können.

⁷⁾ Auschr. v. 11. Febr. 1888 (Amtsbl. S. 49 ff.) Schon die R. D. J. S. 235 schrieb vor, daß die Kirchendiener Alles, was sie in Kirchensachen zu klagen haben bei den Superintendents anbringen sollen; durch Ausschreiben v. 8. März 1834 (Bege IV S. 158) war die Beobachtung dieser Vorschrift eingeklärt.

^{7a)} Vgl. z. B. das Auschr. unangemeldete Besuche der Gottesdienste betr., v. 6. Dez. 1899 (Amtsbl. S. 67 f.)

25) Einweihung neuer Kirchen in der Inspektion im Auftrage des Konsistoriums (§ 117⁸⁾).

Die Vergütung für die Superintendentengeschäfte besteht im Bezuge gewisser jährlicher Gebühren aus den Kirchenkassen der Inspektion⁹⁾. Der anschlagsmäßige Jahresbetrag derselben wird seit 1885 da, wo er die Summe von 300 M. nicht erreicht, durch einen Zuschuß aus der Klosterreinertragskasse auf letzteren Betrag ergänzt¹⁰⁾. Bei den ordentlichen Spezialvisitationen erhält der Superintendent keine Tagegelder, aber freien Transport (oben § 52); bei anderen notwendigen Dienstreisen (vgl. Anm. 6) innerhalb seines Bezirkes hat er neben dem Erfasse der Reisekosten Tagegelder zu beanspruchen¹¹⁾. — Sachliche Ausgaben, welche ihm aus der Geschäftsführung erwachsen, werden theils auf die Kirchenkassen gelegt (so die Kosten des Haltens der Gesetzs- und Verordnungssammlung und der Registratureinrichtungen), theils von der Konsistorialkasse getragen (so das in Dienstangelegenheiten verausgabte Porto).

§ 57. E. **Generalsuperintendenten.**

Zur Wahrnehmung bestimmter kirchlicher Angelegenheiten größerer Bezirke sowie zur Beaufsichtigung der Superintendenten in diesen Bezirken, soweit dieselben nicht ausdrücklich ausgenommen sind¹⁾ (oben § 24) und der kirchlichen Einrichtungen wie des kirchlichen Lebens in den Pfarrbezirken der Superintendenten sind Generalsuperintendenten eingesetzt²⁾. Dieselben haben

1) für die Predigersynoden (§ 79) die Gegenstände der anzufertigenden schriftlichen Ausarbeitungen vorzuschreiben und sodann, wenn thunlich, diesen Synoden beizuwohnen. Ihnen ist

2) die Leitung der Generalinspektions-Vereinigungen und die Verwaltung der Generalinspektions-Bibliotheken (§ 80), sowie

3) die Leitung der Generalinspektions-Prediger-Witwen- und Sterbekassen (unten § 111) übertragen.

⁸⁾ Anlage zum Kirchenges. die liturg. Ordnung der Nebengottesdienste betr., v. 13. Aug. 1893 (Nr. 42).

⁹⁾ 6 M. an sog. Annum für die Abhaltung der Spezialvisitationen, Leitung der Predigersynoden (§ 79) und Inspektionsynoden sowie Monierung der Kirchenbücher (Kirchenvisitationsordnung v. 6. Jan. 1873 (Nr. 4 § 19 E.); und 3 M., oder nach besonderer Bestimmung des Konsistoriums bei unvernünftigen Kirchenkassen weniger, für die Monierung der Kirchenrechnungen (§ 93).

¹⁰⁾ S. die betr. Akten des Konsistor.

¹¹⁾ Zur Zeit 6 M. für den Tag und 6 M. für die Nacht. Vgl. die Refr. v. 11. Aug. und 25. Sept. 1880 in der Refr.-Sammlg. des Konsist. — Bei Reisen außerhalb seines Amtsbezirkes würde er für den Tag 9 M. Tagegelder erhalten.

¹⁾ Kirchenges., v. 4. Jan. 1881 (Nr. 1).

²⁾ Kirchenvisitationsordnung v. 6. Jan. 1873 (Nr. 4) § 1 und 2. — Wegen des Inhaltes und der Grenzen des Aufsichtsrechtes vgl. oben § 53.

4) Sie sind berechtigt, den Inspektionsynoden bei den ihnen unterstellten Superintendenten (oben § 26) und

5) den von diesen zu haltenden Kirchenvisitationen (oben § 52) beizuwohnen.

6) Sie haben im allgemeinen den Superintendenten und deren Pfarrstellen gegenüber die Stellung, welche diese den Pfarrern und ihren Pfarrstellen gegenüber einnehmen (§ 56³⁾). Insbesondere:

- a. die Visitationen;
- b. die Kirchenbuchsrevisionen;
- c. die Einziehung und Vorprüfung der kirchlichen Rechnungen⁴⁾;
- d. die Meldung der eingetretenen Bakanzen und die Verrichtung der im § 56 unter 4, 5, 6, 8 und 11 erwähnten Geschäfte;
- e. die Einführung (§ 74) und die Beforgung der sog. „Vorstellung“ der Superintendenten (§ 75);
- f. die Prüfung der Kirchenvorstandswahlakten aus den Pfarrbezirken der Superintendenten (§ 36); die Entgegennahme der Anzeige von der Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden in den Kirchenvorständen, deren Vorsitz die Superintendenten führen (§ 46);
- g. die Erteilung von Urlaub bis zu 14 Tagen an die Superintendenten;
- h. eine Mitwirkung zur Erledigung von Aufträgen des Konsistoriums an die Kirchenvisitatoren in den Angelegenheiten der Superintendenten, ihrer Gemeinden und Kirchen, als deren geistliche Visitatoren (vgl. § 10 und 56 unter 21).

7) Außerdem haben sie die Aufträge des Konsistoriums auszuführen, welche ihnen in Angelegenheiten der Generalinspektion erteilt werden⁵⁾.

8) Die Generalinspektionsregistratur haben sie in Ordnung zu halten und weiter zu führen.

Für die Generalsuperintendentengeschäfte bezieht der Generalsuperintendent gewisse jährliche Gebühren aus den Kirchenkassen der Generalinspektion oder einer einzelnen Inspektion⁶⁾, deren anschlagsmäßiger Jahresbetrag seit 1885,

³⁾ Visitationsreglement v. 12. Aug. 1782 § 8 (Steinacker Sammlg. S. 518).

⁴⁾ Von den Generalsuperintendenten (oder an ihrer Stelle von gewählten Rechnungsführern, § 93) geführte kirchliche Rechnungen sind unmittelbar an das Konsistorium einzusenden. — Vgl. die Verordn. v. 18. Mai 1746 unter II b 1 (Steinacker Sammlg. S. 510).

⁵⁾ Die Mitteilung von Ausschreiben an die unterstellten Superintendenten und Prediger, welche früher zu den regelmäßigen Obliegenheiten der Generalsuperintendenten gehörte, wird seit der Herausgabe des Amtsblattes nur selten noch von ihnen gefordert.

⁶⁾ a. aus jeder Kirchenkasse der Generalinspektion jährlich 3 M. für die Abhaltung der Spezialvisitationen, für die Teilnahme an den Visitationen der Superintendenten und der

wo er 300 M. nicht erreicht, auf diese Summe durch einen Zuschuß aus der Klosterreinertragskasse ergänzt wird.

Bei Abhaltung der ordentlichen Spezialvisitationen erhält der Generalsuperintendent keine Tagegelder, aber freien Transport (§ 52). Für andere nötige Reisen innerhalb der Generalinspektion erhält er Tagegelder und Ersatz der Reisekosten⁷⁾. Sachliche Ausgaben, welche ihm aus der Geschäftsführung erwachsen, werden teils aus den Kirchenkassen der Generalinspektion, teils aus der Konsistorialkasse (so das in Dienstfachen verausgabte Porto) bestritten.

Sechster Abschnitt.

Die Kirchendiener.

§ 58. A. Allgemeines. 1. Inhalt und Grund ihres Amtes. Stellung zum Gesetze und zur Kirchenregierung. Privilegien. Geschäftsformen.

Kirchendiener sind alle in Kirchenämtern der Landeskirche angestellten Personen¹⁾. Jeder Kirchendiener hat die Verpflichtung, das ihm übertragene Kirchenamt der Verfassung, den Gesetzen, sowie den Dienstvorschriften und Anweisungen entsprechend, gewissenhaft wahrzunehmen und durch sein Verhalten in und außer dem Amte der Achtung, die sein Beruf erfordert, sich würdig zu zeigen²⁾. Ein Kirchendiener, welcher die ihm obliegenden Pflichten verletzt, begeht ein Dienstvergehen und hat die Disziplinarbestrafung verwirkt³⁾.

Inspektions-synode, für die obere Leitung der Predigersynoden und für die Prüfung der Kirchenbücher der Superintenden ten (§ 19, 1 D der Kirchenvisitationsordnung v. 1873 (Nr. 4);

b. aus jeder Kirchenkasse der Pfarrbezirke der Superintenden ten jährlich 3 M., oder bei unvermögenden nach Verfügung des Konsistoriums weniger, für die Vorprüfung der Kirchenrechnungen der Superintenden ten;

c. für die j. g. Vorstellung eines Superintenden ten (§ 75) 1 M. aus jeder vermögenden Kirchenkasse in dessen Inspektion.

¹⁾ Zur Zeit 6 M. für den Tag und 6 M. für die Nacht. Vgl. Anm. 11 zu § 56.

²⁾ Kirchengesetz, die Oberaufsicht über die Kirchendiener und die Disziplinarverhältnisse derselben betr., v. 1. Dez. 1890 (Nr. 71) § 1. Die angestellten Kirchendiener werden im Gegenfaze zu dem auf Kündigung angenommenen Hülfspersonal, den „unteren Kirchendienern“ in diesem Sinne (§ 40, 3) als „obere Kirchendiener“ bezeichnet. Vgl. § 2 des Gef. v. 18. Juni 1864, die Parochiallasten in den Landgemeinden betr. (Nr. 30). Wo im Folgenden von Kirchendienern schlechtweg die Rede ist, sind die „oberen“ in dem angegebenen Sinne gemeint.

³⁾ a. a. D. § 3.

⁴⁾ a. a. D. § 5.

Jeder Kirchendiener wird zur Ausübung des Kirchenamtes innerhalb der Landeskirche berufen durch den ihm von dem Inhaber der Kirchengewalt (und namens desselben vom Konsistorium) erteilten Auftrag; dieser Auftrag ist der Grund seines Amtes⁴⁾. Da der Auftrag einen anderen Inhalt, als den, das Amt in Gemäßheit der von der Kirchengewalt erlassenen und noch zu erlassenden Bestimmungen zu verwalten, nicht hat und nicht haben kann, so handelt der Kirchendiener, der diesen Bestimmungen nicht nachkommt, dem erhaltenen und übernommenen Auftrage zuwider. Den rechtlichen Folgen solchen Widerstreites kann er sich nicht durch die Berufung darauf entziehen, daß der Begriff des von ihm verwalteten Amtes nach seiner Auffassung etwas mit sich bringe, was jenen Bestimmungen zuwiderlaufe, oder etwas anderes in sich halte, als jene Bestimmungen erschen lassen; denn er nicht ein nach abstrakter Theorie zu konstruierendes Amt, sondern ein konkretes Amt der Landeskirche mit den durch ihr besonderes Recht zugemessenen Befugnissen und Pflichten bekommen und übernommen. Ebenso wenig kann ihn die Berufung auf Gewissensbedenken gegen jene Rechtsfolgen decken; denn die unter diesem Schilde auftretende subjektive Meinung des Einzelnen hat dem Willen der Landeskirche in ihrer Gesamtheit, wie er im Kirchengesetze zum Ausdrucke kommt und in den Verfügungen der Kirchenregierung erschen werden muß, notwendig zu weichen⁵⁾. Richtete sich der Widerstreit gegen Bestimmungen,

⁴⁾ Dieses gilt gleichermaßen von den Geistlichen an Personalgemeinden und an Staatsanstalten (§ 32 II 1 und 2), auch wo dieselben staatsseitig angestellt werden. Sie können in der Ausübung ihres Amtes an Beschränkungen und Bedingungen gebunden sein, welche der Charakter der Personalgemeinde oder Zweck und Einrichtung der Staatsanstalt fordern (vgl. § 60), können auch in gewissen Beziehungen auswärtigen geistlichen Oberen (höheren Militärgeistlichen) oder braunschweigischen Staatsbehörden und Beamten unterstellt sein: allein sie sind hinsichtlich der Ausübung des geistlichen Amtes, soweit sie ihnen zusteht, den Vorschriften der Landeskirche unterworfen und der Kirchenregierung der Landeskirche untergeben. Die Einzelheiten, sowohl bezüglich jener Beschränkungen und Bedingungen, als auch dieser Unterordnungsverhältnisse werden, soweit erforderlich, durch Abkommen zwischen der Landesregierung und der Kirchenregierung geregelt. — Nicht im Pfarramt stehende Geistliche, welche an Privatanstalten beschäftigt sind, haben die Befugnis zur Ausübung der geistlichen Amtes nur, wenn und in dem Umfange, in welchem sie ihnen von der Kirchenregierung übertragen ist. Sie sind dabei in jeder Beziehung an die in der Landeskirche geltenden Vorschriften gebunden und den geistlichen Oberen des Bistums, in welchem die Anstalt liegt, unterstellt. — Vgl. § 138. — Vereinsgeistliche bekleiden kein geistliches Amt im eigentlichen Sinne und können daher amtliche Verrichtungen nur ausnahmsweise vornehmen, soweit ihnen das von der Kirchenregierung sei es allgemein, oder für den einzelnen Fall gestattet ist. — Selbstverständlich bedürfen die Geistlichen an Personal- und Anstaltsgemeinden oder Anstalten, sowie Vereinsgeistliche, vor ihrer Zulassung zu pfarramtlicher Tätigkeit innerhalb der Landeskirche der Ordination (§ 66), und haben die Unterschrift der symbolischen Bücher zu vollziehen (§ 66) sowie den Diensteid vor dem Konsistorium zu leisten (§ 73). Wegen der Art der Einführung derartiger Geistlicher in das Amt sind die besonderen Verhältnisse des letzteren maßgebend.

⁵⁾ Vgl. E. K. D. Th. I c. III § 3. — Selbstverständlich wird die Kirchenregierung etwa vorhandene Gewissensbedenken mit tunlichster Schonung zu behandeln geneigt sein.

welche zur Zeit des Dienstantrittes des Kirchendieners bereits in Geltung standen, so wäre im gegenüber außerdem auch darauf zu verweisen, daß die fraglichen Bedenken hätten rechtzeitig vom Eintritt in den Dienst abhalten sollen.

Gegen die einzelnen Verfügungen des Konsistoriums kann der Kirchen- diener Vorstellung beim Konsistorium, und wenn diese fruchtlos bleibt, oder auch ohne weiteres, Beschwerde an höherer Stelle (vgl. § 8) verfolgen⁶⁾. Führen derartige Schritte nicht zur Aufhebung oder Änderung der Verfügung, so hat er diese zu befolgen, widrigenfalls ihn Zwangsmittel oder Disziplinar- strafen (§ 53) treffen. Im Falle hartnäckigen Widerstandes hat er die Dienst- entlassung zu gewärtigen. Die letztere muß auch eintreten, wenn der Kirchen- diener einem Kirchengesetze oder einer allgemeinen Verfügung der Kirchen- regierung den Gehorsam beharrlich verweigert.

Die Kirchenlieder sind in ihren bürgerlichen Verhältnissen der weltlichen Obrigkeit unterworfen und haben für ihre Person im allgemeinen keine pri- vilegierte Stellung vor anderen Landeseinwohnern⁷⁾, Als Ausnahmen können folgende Bestimmungen gelten:

1) „Religionsdiener“ sollen nicht zum Amte eines Schöffen oder Geschwo- renen berufen werden⁸⁾.

2) Geistlichen und anderen Religionsdienern darf das Amt eines Standes- beamten oder die Stellvertretung eines solchen nicht übertragen werden⁹⁾.

3) Im Pfarramte stehende Geistliche werden zum Militärdienste mit der Waffe nicht herangezogen¹⁰⁾; sie werden im Falle des Bedarfes im Dienste der Krankenpflege und Seelsorge verwandt¹¹⁾. Außerdem dürfen sie für den Fall einer Mobilmachung oder notwendigen Verstärkung des Heeres hinter den ältesten Jahrgang der Landwehr zurückgestellt werden, wenn ihre Stellen selbst vorübergehend nicht offen gelassen werden können und eine geeignete Vertretung nicht zu ermöglichen ist¹²⁾, Das Verfahren wegen dieser Zurückstellung, das sog.

⁶⁾ E. R. D. a. a. D. — § 2 der Verordnung v. 14. Apr. 1814, die Verwaltung der kirchlichen und Schulanlagen betr. (Nr. 55).

⁷⁾ R. L. D. § 228. — E. wegen der öffentlichen Lasten und Abgaben § 112 a. E. Vgl. jedoch oben § 29, B wegen der Kirchensteuer. — Der frühere privilegierte Gerichts- stand und die frühere Steuerfreiheit (E. R. D. Th. I c. XIV § 2 und 4) sind hinweg- gefallen.

⁸⁾ Gerichtsverfassungsgezet v. 27. Jan. 1877 in der Fassung v. 20. Mai 1898 (Reichs- gesetzbl. S. 371 ff.) § 34 und 85.

⁹⁾ Reichsgesetz, die Beurkundung des Personenstandes betr., v. 6. Febr. 1875 § 3. — Die hier bezüglich der „andern Religionsdiener“ gegebene Vorschrift wird im Herzogtum auf Schullehrer, mit deren Stellen ein Kirchendienst verbunden ist, nicht angewandt.

¹⁰⁾ Reichsmilitärgezet v. 2. Mai 1874 § 65 Abs. 2.

¹¹⁾ Deutsche Wehrordnung 118, 5.

¹²⁾ Reichsmilitärgezet § 65 Abs. 1.

„Unabkömmlichkeitsverfahren“, darf nur zu gunsten solcher Geistlicher (und Volksschullehrer) eingeschlagen werden, welche einzeln stehen¹³⁾. Dasselbe wird kraft staatlichen Auftrages durch das Konsistorium geleitet. Dieses läßt die erforderlichen Nachrichten zeitig durch die Superintenden ten (bezw. Schulinspektoren) sammeln¹⁴⁾ und stellt dann für diejenigen Personen, bei denen eine geeignete Vertretung vorkommendenfalls nicht beschafft werden kann, die sog. Unabkömmlichkeitserklärung aus. Dieselbe wird der zuständigen militärischen Stelle für alle in Betracht kommende Personen in einer Liste, zum 1. Februar jeden Jahres und nötigenfalls in einer Nachtragsliste zum 1. Sept. jeden Jahres, mitgeteilt und gilt, wenn sie militärischerseits nicht beanstandet wird, für das nächste, mit dem 1. April beginnende, bezw. für das laufende Mobilmachungsjahr¹⁵⁾.

Volksschullehrer werden als solche, ohne Rücksicht auf die etwaige Verbindung ihrer Schulstellen mit einem Kirchendienste, nach kürzerer Einübungszeit, als für andere Dienstpflichtige vorgeschrieben ist, zur Reserve beurlaubt¹⁶⁾.

4) In einzelnen Fällen ist dem Geistlichen im Interesse der ungehemmten und wirksamen Leitung des Kirchenwesens der Rechtsweg gegen Verfügungen der Kirchenbehörden auch da abgeschnitten, wo dieselben sein finanzielles Interesse berühren: so bei bestimmten die Emeritierung betreffenden Maßregeln (§ 96), gegen die Festsetzung der Einkommenszuschüsse (§ 123), gegen die Festsetzung des Betrages des an den Pfarrbesoldungsfonds abzuführenden Überschusses (§ 111 a).

Kirchendiener, welche ihre amtliche Stellung dazu mißbrauchen, mündlich oder in Schriften Angelegenheiten des Staates in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise zum Gegenstande einer Verkündigung oder Eröffnung zu machen, unterliegen der besonders strengen Bestrafung nach § 130b des Strafgesetzbuches für das deutsche Reich¹⁷⁾.

Die Kirchendiener haben im amtlichen Verkehre die bestehende Stufenfolge der Kirchenämter zu beachten und ihre Anliegen regelmäßig dem nächsten Vorgesetzten (die Opferr Männer dem Geistlichen an der Kirche, bei welcher sie dienen, die Geistlichen dem Superintendenten der Inspektion, der sie angehören), vorzutragen oder zur Weiterbeförderung an das Konsistorium zu übergeben. Das Verlassen dieser Ordnung ist nur zulässig bei Stellenbewerbungen

¹³⁾ Deutsche Wehrordnung § 125. Vgl. Amtsbl. 1892 S. 13 ff.

¹⁴⁾ S. z. B. Amtsblatt 1890 S. 83. 1891 S. 68.

¹⁵⁾ Deutsche Wehrordnung § 126.

¹⁶⁾ Daj. § 9.

¹⁷⁾ Reichsgesetzblatt 1876 S. 63.

und bei Beschwerden über den nächsten Vorgesetzten, sowie bei gewissen ein für alle Mal bezeichneten Angelegenheiten von geringerem Belang, und wenn es im einzelnen Falle vom Konsistorium vorgeschrieben wird¹⁸⁾. Alle Eingaben der Kirchendiener an das Konsistorium sind auf Papier von vorschriftsmäßiger Größe¹⁹⁾ unter Beachtung gewisser Formen²⁰⁾ zu schreiben und portofrei einzusenden²¹⁾.

§ 59. Kirchendiener. 2. Arten und Rangstufen. Äußeres Verhalten in und außer dem Amte. Amtskleidung. Urlaub.

Die Kirchendiener zerfallen nach der Art ihrer Kirchenämter und nach den Voraussetzungen der Erwerbung derselben in die Klassen der Geistlichen und der Diakonen (Kantoren, Organisten, Küster); die ersteren sind die Inhaber des geistlichen Amtes, die letzteren die Inhaber des diesem untergeordneten Gehülfsamtes¹⁾.

Unter den Geistlichen sind nach dem Inhalte der ihnen übertragenen amtlichen Geschäfte zu unterscheiden

- 1) die Generalsuperintendenten (§ 57);
- 2) die Superintendenten (§ 56);
- 3) die Inhaber der Pfarrämter (Pfarrer, Pastoren, auch Prediger genannt);
- 4) die Hülfsgeistlichen, welche kein Pfarramt besitzen (Adjunkte, Kollaboratoren).

Die Generalsuperintendenten haben meistens, die Superintendenten immer außer ihren Ämtern als solche zugleich ein Pfarramt. In ihren rechtlichen Beziehungen zu diesen und zu den Gemeinden des dazu gehörigen Pfarrbezirktes stehen sie einander und den Pastoren gleich, während sie den letzteren, sowie die Generalsuperintendenten den Superintendenten, in den übrigen amtlichen Verhältnissen (wie in den §§ 56 und 57 dargestellt), vorgesetzt sind, im Range vorgehen. Die Generalsuperintendenten werden im Range als den Räten des Konsistoriums gleichstehend geachtet.

Mehrere Pastoren an derselben Kirche (oben § 27 XI, § 33) haben gleiches Recht und gleichen Rang, soweit nicht besondere Verfügung oder örtliche

¹⁸⁾ Ausfchr. v. 1. Febr. 1888 (Amtsbl. S. 49 ff.)

¹⁹⁾ Ausfchr. v. 16. Nov. 1887 (Amtsbl. S. 21 ff.)

²⁰⁾ Ausfchr. v. 4. Jan. 1888 (Amtsbl. S. 27).

²¹⁾ Ausfchr. v. 22. Dez. 1869 unter 4 (Bege IX S. 316). Wegen der vorgeschriebenen tunlichstesten Sparsamkeit in der Herausgabe des Porto s. Ausfchr. v. 11. Jan. 1888 (Amtsbl. S. 35).

¹⁾ Die Ämter der Mitglieder des Konsistoriums sind nicht reine Kirchenämter, ihre Inhaber daher nicht Kirchendiener im engeren Rechtsinne (vgl. § 50).

Rechtsbildung eine bevorzugte Stellung des einen gegenüber dem anderen geschaffen hat. Zweifel hierüber entscheidet die Kirchenregierung.

Die für die mehreren Pastoren vorkommenden Bezeichnungen als „erster“ und „zweiter“ Prediger, Pastor primarius und Pastor diaconus, Compastor u. dgl. m. haben in der Landeskirche keine bestimmte rechtliche Bedeutung.

Die Hülfsgeistlichen sind zur Aushülfe in einem Pfarramte, oder in mehreren angestellt (§ 25). — Von ihnen sind die nicht angestellten, sondern nur einstweilen im Pfarramte beschäftigten Pfarrverweser und Prädikanten (§ 78) zu unterscheiden. Diese sind nicht Kirchendiener im Rechtssinne²⁾; der Umfang ihrer Befugnisse, Verpflichtungen und Berechtigungen richtet sich nach dem ihnen von der Kirchenbehörde erteilten Auftrage und den ihnen dabei gegebenen Zusagen.

Sämtlichen Kirchendienern ist neben unsträflichem Wandel überhaupt und vorbildlicher Haltung hinsichtlich der Beobachtung der bestehenden Rechtsordnung³⁾ überdies ein zu den besonderen Aufgaben ihres Amtes passendes und mit Rücksicht auf diese selbst in an sich erlaubten Dingen vorsichtige Zurückhaltung übendes Verhalten zur Pflicht gemacht⁴⁾. Was diese allgemeine Vorschrift von ihnen im Einzelnen fordert, ist nach den jeweilig herrschenden Lebensgewohnheiten und Anschauungen zu beurteilen⁵⁾ und darum dem Wechsel unterworfen: entscheidend ist, daß sie mit ihrer Lebenshaltung und ihrem äußeren Auftreten keinen Anstoß geben dürfen. Verboten ist allen Kirchendienern die Ausübung der Jagd⁶⁾.

²⁾ Vgl. § 17 des Kirchenges. die Oberaufsicht über die Kirchendiener betr., v. 1. Dez. 1890 (Nr. 71).

³⁾ Aussch. v. 2. Juli 1766 bei Frederisd. Stein. I S. 360.

⁴⁾ E. R. D. Th. I c IV § 5. Der Geistliche, der durch sein Leben in der Gemeinde Argernis gibt, soll aus dem Pfarrdienste entfernt werden. — Instruction für Oepferränner v. 29. Nov. 1830 § 4. —

⁵⁾ Ein in Veranlassung eines landesfürstlichen Reskripts v. 23. Sept. 1823 erlassenes Ausschreiben des Konsistoriums v. 3. März 1824 (Bege III S. 262) verbietet den Geistlichen das Kartenspielen in öffentlichen Lokalen (außer in den als geschlossene Privatgesellschaften zu betrachtenden Klubs) und schreibt ihnen vor, auch außeramtlich schwarze „Unterkleider“ zu tragen. (Die E. R. D. hatte ihnen in T. I c XXV § 1 anbefohlen außeramtlich „schwarze Kleidung“ zu tragen). Dasselbe unterjagt den Schullehrern, ohne zu unterscheiden, ob sie Kirchendiener sind oder nicht, „das Besuchen der Wirtshäuser und das Kartenspielen in denselben“ und schreibt ihnen vor, bei Verrichtung des Kirchendienstes schwarze Kleidung zu tragen.

Den Kollegiaten (§ 64) ist die Teilnahme an geschlossenen Gesellschaften ohne besondere Erlaubnis der Seminardirektion unterjagt (Gesetze für die Mitglieder des Wolfenbüttelschen Predigerseminars — Anl. II des Reskr. v. 31. Dez. 1836, Nr. 2 in 1837 — § 2).

Der früher eine Zeit lang als anstößig betrachtete Vollbart gilt bei Geistlichen jetzt allgemein für zulässig; selbst der zeitweilig für unmöglich gehaltene Schnurrbart beginnt in Aufnahme zu kommen.

Ein besonderer Schnitt des Rockes für den außeramtlichen Verkehr ist den Geistlichen nicht vorgeschrieben.

⁶⁾ Auf Anordnung des Staatsministeriums erlassenes Konsistor. Aussch. v. 26. Nov.

Für die Amtshandlungen, sowohl in der Kirche als in Privathäusern, ist den Geistlichen das Tragen des Chorrockes („langen schwarzen Mantels“), den Opferrännern „geziemende Kleidung“ vorgeschrieben⁷⁾.

Ohne Urlaub darf kein Geistlicher sein Amt auf länger als 24 Stunden verlassen⁸⁾. Auch von beabsichtigter nur 24 stündiger Abwesenheit hat der Geistliche jedoch dem vorgesetzten Superintendenten bezw. Generalsuperintendenten unter Angabe der für seine Vertretung getroffenen Maßregeln Mitteilung zu machen, wenn während derselben voraussichtlich eine Amtshandlung zu verrichten ist. Den Urlaub hat er, wenn es sich um höchstens 14 Tage handelt^{9a)}, beim Superintendenten, der Superintendent beim Generalsuperintendenten nachzusuchen; handelt es sich um längere Zeit bis 2 Monate, so erteilt ihn das Konsistorium, für noch längere Zeit der Landesfürst (§ 17). Der Geistliche soll tunlichst vermeiden, von der Gemeinde zu einer Zeit abwesend zu sein, wo einzelne Mitglieder voraussichtlich seiner bedürfen, jedenfalls aber zuvor einen benachbarten Geistlichen um Vertretung in dringenden Fällen ersuchen. Über die wegen seiner Vertretung getroffene Fürsorge hat er in dem Urlaubsgesuche genaue Angaben zu machen⁹⁾. Etwaige Vertretungskosten trägt der Beurlaubte.

Der Opferrmann (bezw. Schullehrer) hat den Urlaub für eine Abwesenheit bis zu 3 Tagen bei dem vorgesetzten Geistlichen, von 4 bis 8 Tagen beim Superintendenten, für längere Zeit beim Konsistorium nachzusuchen¹⁰⁾. Der beurlaubte Opferrmann hat für geeignete dienstliche Vertretung unter Zustimmung des vorgesetzten Geistlichen auf eigene Kosten zu sorgen.

Will sich ein Geistlicher, ohne beurlaubt oder abwesend zu sein, im Gottesdienste vertreten lassen, so hat er hiervon dem Superintendenten, bezw., wenn er selbst Superintendent ist, dem Generalsuperintendenten zeitig vorher Mitteilung zu machen^{10a)}.

1871 (Bege VII S. 83); eingeschränkt durch Auschr. v. 11. Apr. 1888 (Amtsbl. S. 68). — Auch die Schullehrer ohne Kirchendienst waren in das Verbot eingeschlossen, bezüglich ihrer ist dasselbe aber für die Zeit der Ferien durch Minist.-Reskr. v. 22. Juni 1893 aufgehoben (Amtsbl. S. 64).

⁷⁾ E. K. D. L. I c XXV § 1. Als geziemende Kleidung des Opferrmannes („Amtstracht“, „Amtskleidung“ genannt in den §§ 27 und 31 der Dienstinstruktion v. 29. Okt. 1836) wird jetzt schwarze Kleidung ohne Rücksicht auf besonderen Schnitt angesehen.

⁸⁾ E. K. D. L. I c IV § 9. Ausschreiben vom 26. Mai 1860 in den Konsist.-Akten.

^{9a)} vgl. den Erlass, die Beurlaubung der Geistlichen betr., v. 10. Juli 1897 (Amtsbl. 1897 S. 51, 1898 S. 5, 6).

⁹⁾ E. K. D. a. a. D. und das ang. Ausschreiben. Dies gilt auch für den Fall, daß von dem Geistlichen Urlaub behuf einer militärischen Uebung nachgesucht wird.

¹⁰⁾ Dienstinstruktion vom 29. Okt. 1836 § 10.

^{10a)} Reskr. des Konsist. v. 2. Febr. 1900 (Amtsbl. S. 6). Diese Vorschrift bezweckt, die Durchführung des Auschr. v. 6. Dez. 1899, unangemeldete Besuche der Gottesdienste betr. (vgl. oben § 52 Anm. 7a) zu sichern.

Für erkrankte Geistliche und Opferrmänner haben nach Anweisung des Superintendenten die benachbarten Amtsbrüder der Inspektion den Dienst zu versehen¹¹⁾. Auf Vergütung haben sie dabei keinen Anspruch¹²⁾; jedoch muß ihnen der Erkrankte für unvermeidliche Auslagen (Reisefkosten, Porto u. a. m.) Ersatz leisten.

§ 60. B. Das geistliche Amt. 1. Begriff. Allgemeines.

Das geistliche Amt, Pfarramt, ist die Berechtigung und Verpflichtung zur Verwaltung der Predigt, der Sakramente, der anderen kirchlichen Handlungen, namentlich der Beichte („des Amtes der Schlüssel im engeren Sinne“), der Seelsorge und der Kirchenzucht in einem bestimmten Bezirke, dem Pfarrbezirke (§ 27, XI. § 32). Dasselbe kann in dem Pfarrbezirke einem oder mehreren Geistlichen zustehen (§ 59).

Geistliche an Anstalten (§ 32 II, 2) stehen hinsichtlich des Inhaltes ihrer amtlichen Berechtigungen und Verpflichtungen im allgemeinen den Inhabern der Pfarrämter gleich; bei der Ausübung derselben im einzelnen haben sie gewisse aus der besonderen Lage und Beschaffenheit des ihnen zugewiesenen Personenkreises sowie aus den Einrichtungen der Anstalten sich ergebende Verschiedenheiten und Einschränkungen zu beachten. Das Nähere wird durch die ihnen bei ihrem Eintritt in den Dienst der Anstalt oder später seitens der zuständigen Behörden erteilten Instruktionen festgesetzt. (Vgl. § 58 Anm. 4).

Der Geistliche darf in einem Pfarrbezirke, in welchem ihm das Pfarramt nicht zusteht, pfarramtliche Geschäfte nicht anders ausüben, als entweder nach zuvor erwirkter Zustimmung des Pfarrinhabers, oder im Auftrage des vorgesetzten Superintendenten bezw. des Konsistoriums (§ 59, § 77).

Innerhalb seines Pfarrbezirkes hat der Geistliche das Pfarramt auch an solchen Personen, welche nicht Mitglieder einer ihm unterstellten Kirchengemeinde sind, zu üben, sofern sie es wünschen und nicht etwa besondere Rechtsvorschriften im Wege stehen. (Vgl. wegen der Einzelheiten die §§ 81—89).

§ 61. 2. Vorbereitung auf das geistliche Amt. a. Allgemeine Voraussetzungen.

Die Voraussetzungen der Zulassung zur Erwerbung des geistlichen Amtes sind für (männliche) Angehörige der Landeskirche:

¹¹⁾ R. D. Z. S. 34.

¹²⁾ Refr. vom 6. Dezbr. 1880 in der Refr.-Samml. des Konsist.

- 1) die Zurücklegung des fünfundzwanzigsten Lebensjahres (vgl. oben § 15);
- 2) Unbescholtenheit;
- 3) das Bestehen der vorgeschriebenen Prüfungen¹⁾.

Ob und unter welchen Voraussetzungen Personen, welche der Landeskirche bisher nicht angehört haben, zu den Prüfungen zugelassen werden sollen, entscheidet im einzelnen Falle der Landesfürst (§ 17 Anm. 17).

Geistliche, welche der Landeskirche bisher nicht angehört haben, müssen, ehe sie zur Erwerbung eines Pfarramtes in derselben zugelassen werden, (was selbstverständlich nur möglich ist, wenn sie die oben im § 4 erwähnte Verpflichtung auf deren Bekenntnis auf sich zu nehmen bereit sind, vgl. § 66) nachweisen, daß bei ihnen die obigen Voraussetzungen in einer den hiesigen Anforderungen entsprechenden Weise erfüllt sind. Sie haben zu dem Zwecke dem Konsistorium tunlichst von urkundlichen Zeugnissen unterstützte Angaben über ihren Lebens- und Bildungsgang, sowie vorkommendenfalls über ihre bisherige amtliche Tätigkeit zu überreichen. Das Konsistorium zieht nach Befinden bei ihren bisherigen Vorgesetzten weitere amtliche Auskunft über ihr dienstliches und außerdienstliches Verhalten ein, läßt, wenn ihm die vorgelegten Prüfungszeugnisse nicht genügen²⁾, mit ihnen ein Examen oder ein Kolloquium abhalten (§ 55 und 62), und beschließt sodann, ihre Zulassung zum Pfarramte beim Landesfürsten zu befürworten oder zu widerraten.

Was die für Angehörige der Landeskirche geltenden Voraussetzungen betrifft, so

Zu 1. ist diese Vorschrift durch ein, dem Antrage des Konsistoriums gemäß zur Beseitigung vorhandener Rechtsunsicherheiten und Übelstände erlassenes landesfürstliches Reskript vom 18. Mai 1792³⁾ außer Zweifel gesetzt. Ihre Befolgung wird dadurch gesichert, daß jeder Kandidat bei der Meldung zur ersten wie zur zweiten Prüfung, das erste Mal unter Beifügung eines Taufscheines, sein Alter angeben muß⁴⁾. Von ihr kann der Landesfürst dispensieren (oben § 17, Nr. 16).

Zu 2. Nicht nur Verbrechen, sondern auch anstößiger Lebenswandel eines Kandidaten oder Charaktermängel desselben, welche eine gedeihliche Wirksamkeit im geistlichen Amte ausschließen, berechtigen und verpflichten die Kirchenbehörde, demselben den Eintritt in das letztere innerhalb der Landeskirche

¹⁾ Sachlich übereinstimmend schon R. D. Z. S. 188 ff.

²⁾ Die Zeugnisse von Prüfungsbehörden anderer deutscher Landeskirchen werden regelmäßig als vollgültig angesehen.

³⁾ S. die Konsistorialakten.

⁴⁾ Verordg., die Instruktion für die theologische Prüfungs-Kommission betr., v. 23. März 1889 (Nr. 15), § 10 und 18 der Instruktion.

zu versagen⁵⁾), indem sie ihn je nach Umständen von den Prüfungen zurückweist oder aus der Kandidatenliste streicht (vgl. auch § 59). Geschieht dies mittelst förmlichen Bescheides⁶⁾, so steht dem Betroffenen das Recht der Beschwerde an den Landesfürsten zu⁷⁾. Die Wiederaufhebung des Bescheides kann ihm aber, wenn auch die Zulassung zur Prüfung oder das Verbleiben in der Kandidatenliste, doch nicht den Anspruch auf die Verleihung eines Pfarramtes verschaffen, da ein solcher überhaupt Niemandem zusteht (vgl. § 67). — Auch dem vom Konsistorium nicht beanstandeten Bewerber um ein Pfarramt kann die Gemeinde wegen anstößigen Wandels die Vikation verweigern (§ 72).

Dem Konsistorium ist seitens der Kandidaten über ihr sittliches Verhalten bei den Meldungen zu den Prüfungen ein Zeugnis des Geistlichen ihres Heimatsortes oder Aufenthaltsortes vorzulegen⁸⁾. Es überwacht sodann auch fernerhin ihren Wandel (vgl. § 63). Aus dem Predigerseminar ausgeschlossenen Kandidaten ist die Nichtberücksichtigung bei Bewerbungen um das Pfarramt angedroht⁹⁾.

Körperliche Mängel und Gebrechen, sofern sie nicht an dem Bestehen der Prüfungen (§ 62) hindern¹⁰⁾, berechtigen nicht von vorn herein zur Zurückweisung vom geistlichen Amte. Sie können aber, wenn sie den Geistlichen hindern, sich der Gemeinde verständlich zu machen, oder bei derselben einen die Erbauung im Gottesdienste störenden Anstoß erregen, genügenden Anlaß bieten, daß ihm von dieser Gemeinde die Vikation wegen Mangels an Gaben mit Erfolg verweigert wird (§ 72).

§ 62. b. **Prüfungen. Kursus am Lehrerseminar. Kolloquium.**

Zu 3 (§ 61). Es sind zwei Prüfungen und, wenn es verlangt wird, noch ein Kolloquium zu bestehen. Dieselben finden vor der Theologischen Prüfungs-Kommission (§ 55) statt.

Die erste Prüfung, das sog. tentamen pro venia concionandi, setzt voraus, daß der zu Prüfende

⁵⁾ Vgl. E. R. D. I. c II § 3 und 7. — Kirchenges., die theologischen Prüfungen betr., v. 27. Febr. 1889 (Nr. 7) § 5.

⁶⁾ Bei den bereits durch die zweite Prüfung hindurch Gegangenen kann die Ausschließung vom geistlichen Amte auch stillschweigend dadurch geschehen, daß sie nicht zur Aufstellung in Vorschlag gebracht werden.

⁷⁾ § 11 der ang. Instruktion v. 1889.

⁸⁾ § 10 der ang. Instruktion v. 1889.

⁹⁾ E. auch § 3 und 18 der Verordnung, die Errichtung eines Predigerseminars betr., v. 2. Febr. 1836 (Nr. 4).

¹⁰⁾ E. § 7 des ang. Kirchenges. v. 27. Febr. 1889.

- a. die Reiseprüfung auf einem humanistischen Gymnasium bestanden und das Zeugnis der Reise daselbst erlangt¹⁾, und
- b. danach mindestens drei Jahre hindurch auf einer Universität Theologie studiert habe²⁾.

Wegen der beim Konsistorium einzureichenden Meldung zu dieser Prüfung und wegen des Verfahrens bei letzterer s. die §§ 5, 6 und 7 des ang. Kirchengesetzes v. 1899, und nähere Bestimmungen in der Verordnung, die Instruction für die theologische Prüfungs-Kommission betr., v. 23. März 1889 (Nr. 15).

Die zweite Prüfung, das examen pro ministerio, setzt voraus, daß

- a. nicht weniger als 2 und nicht mehr als 5 Jahre seit der ersten verstrichen sind, und
- b. daß der zu Prüfende einen mindestens sechswöchigen Kursus an einem Lehrerseminare des Herzogtums mit Erfolg durchgemacht habe³⁾. Ausgenommen von der Verpflichtung zu diesem Kursus sind die Kandidaten, welche ein Jahr lang der Schulabteilung des Prediger-Seminars in Wolfenbüttel (§ 64) angehört, und die, welche eine Lehrerstelle an einer öffentlichen Volksschule oder einer öffentlichen höheren Lehranstalt mindestens ein Jahr lang bekleidet haben.

Wegen der Meldung zur zweiten Prüfung und des Verfahrens bei letzterer f. § 10 des ang. Kirchengesetzes v. 1889 und die ang. Verordnung v. 23. März 1889.

Das Bestehen eines Kolloquiums vor der Prüfungs-Kommission soll nur nach Ermessen des Konsistoriums dann gefordert werden dürfen, wenn nach

¹⁾ Kirchenges., die theolog. Prüfungen betr., v. 27. Febr. 1889 (Nr. 7) § 4. Vgl. wegen der Reiseprüfungen die Ordnung für die Reiseprüfungen an den höheren Schulen v. 7. Jan. 1893 Nr. 5 — Daß der zu Prüfende ein humanistisches Gymnasium besucht habe, wird nicht erfordert; es ist ihm überlassen, wie er sich die Bildung und Kenntnisse verschafft, welche zum Bestehen der Reiseprüfung erforderlich sind. Vergl. § 16 der ang. Ordng. Daß die Reiseprüfung an einem braunschweigischen Gymnasium bestanden sei, wird gleichfalls nicht gefordert; vgl. jedoch Anm. 2 wegen der Nachprüfung im Hebräischen.

²⁾ Gefordert wird, daß die Reiseprüfung vor dem Beginne des akademischen Studiums bestanden sei; ihre Nachholung mit der Wirkung, daß die zuvor auf der Universität verbrachte Zeit als Studienzeit in Anrechnung gebracht werde, ist nicht gestattet. Nur die Reiseprüfung im Hebräischen darf nachgeholt werden; jedoch muß dies so zeitig geschehen, daß ihr noch mindestens fünf Studienhalbjahre folgen, und es muß die Reiseprüfung an einem braunschweigischen Gymnasium oder vor einer Prüfungskommission auf der Universität stattfinden. — Die Wahl der Universität für das theologische Studium ist ohne Beschränkung frei gelassen.

³⁾ § 9 des ang. Kirchenges. v. 1889. — Genauere Bestimmungen über den Seminar-kursus gibt das Ausschreiben vom 28. Sept. 1889 (Ges.- und Ver.-Sammlg. v. 1889 Nr. 46). Ueber die Benutzung des Kursus erteilt der Seminardirektor ein Zeugnis, nach dessen Ausfall das Konsistorium bestimmt, ob der Kandidat zur zweiten Prüfung zugelassen, oder zuvor zur Wiederholung des Kursus anzuweisen sei (§ 9 des Ausschr.).

der zweiten Prüfung mehr als 5 Jahre verstrichen sind, bevor der Kandidat zur ersten Anstellung gelangt¹⁾).

Für die Prüfungen und das Kolloquium sind gesetzlich festgestellte Gebühren an die Konsistorialkasse zu bezahlen²⁾).

Ob von Angehörigen der Landeskirche außerhalb des Herzogtums bestandene theologische Prüfungen für genügend anzusehen sind, die Prüfungen vor der Theologischen Prüfungs-Kommission der Landeskirche zu ersetzen, unterliegt der Beurteilung des Konsistoriums. Dasselbe hat, wenn es sie nicht für genügend anerkennt, zu entscheiden, ob sie durch ein förmliches Examen oder ein Kolloquium vor der Prüfungs-Kommission zu ergänzen sind. (Vgl. auch § 61).

§ 63. c. **Kandidaten der Theologie und des Predigtamts. Rechte und Pflichten.**

Das Bestehen der ersten Prüfung (§ 62) versetzt den bisherigen Studiosen der Theologie in die Reihe der Kandidaten der Theologie. Diese haben als solche die Berechtigung zur Vertretung der Geistlichen bei Abhaltung des öffentlichen Gottesdienstes, „im Predigen und Katechisieren“¹⁾).

Das Bestehen der zweiten Prüfung versetzt den Kandidaten der Theologie in die Reihe der Kandidaten des Predigtamtes. Diese haben die Berechtigung zur Bewerbung um geistliche Ämter²⁾).

Sämtliche Kandidaten unterstehen der Aufsicht der Kirchenbehörde. Halten sie sich außerhalb des Herzogtums auf, so übt das Konsistorium die Aufsicht unmittelbar aus³⁾, sind sie im Herzogtum, so läßt es dieselbe durch den Superintendenten, in dessen Inspektion sie sich aufhalten, ausüben⁴⁾. Im ersten

¹⁾ § 12 des ang. Kirchenges. v. 1889. — Durch diese Bestimmung ist an der Berechtigung des Konsistoriums, den von einer Pfarrstelle auf die andere zu versetzenden Geistlichen zunächst vor Einleitung des Rekursionsverfahrens zum Kolloquium zu laden (§ 67 a. G.), nicht geändert. Die Abhaltung des Kolloquiums in Fällen dieser Art ist aber nicht Sache der Prüfungs-Kommission, sondern des Konsistoriums selbst (§ 55).

²⁾ § 13 des ang. Kirchenges. v. 1889. Wegen der Höhe der Gebühren vgl. oben § 51 Anm. 10.

³⁾ Den Studiosen der Theologie fehlt diese Berechtigung. E. R. D. I c IV § 10. Ihnen darf das Halten einer Predigt in einer Kirche des Landes nur gestattet werden, wenn der Superintendent, in dessen Inspektion die Kirche belegen, nachdem er die zu haltende, ihm vorgelegte Predigt geprüft, die Genehmigung dazu erteilt hat. Ausfahr., die Beschäftigung und Beaufsichtigung der Kandidaten der Theologie und des Predigtamts betr., v. 2. Jan. 1861 (Nr. 5) § 2 Abs. 2.

⁴⁾ § 3 Abs. 2 des ang. Ausfahr. Eine Verpflichtung zur Uebernahme eines geistlichen Amtes in der Landeskirche besteht nicht (vgl. § 67).

⁵⁾ § 9 des ang. Ausfahr.

⁶⁾ Daj. § 5, vgl. § 3 des Ausfahr., den-Lehrerseminaraktus der Kandidaten der Theologie betr., v. 28. Sept. 1889 (Amtsbl. S. 136).

Fälle haben sie alljährlich im August dem Konsistorium über ihre Verhältnisse und Beschäftigungen unter Beifügung einer von ihnen ausgearbeiteten Predigt Bericht zu erstatten, auch alle zwei bis drei Jahre dem Berichte eine von ihnen verfaßte theologische Abhandlung beizugeben; im anderen Falle haben sie dem Superintendenten im Mai jedes Jahres über ihr Studium während des letztverflossenen Jahres zu berichten⁵⁾. Die im Herzogtum Lebenden haben sich ferner dem Superintendenten nach ihrer Niederlassung in seiner Inspektion baldigst persönlich vorzustellen, ihm über ihre Verhältnisse und Beschäftigungen die geforderte Auskunft zu geben, seinen Anweisungen Folge zu leisten und ihn von beabsichtigtem Aufenthaltswechsel in Kenntnis zu setzen⁶⁾. Sie haben überdies mindestens zweimal jährlich nach seiner Anordnung in einer Kirche seiner Inspektion zu predigen und zu katechisieren, ihm auch die gehaltenen Predigten zur Kritik über Inhalt und Vortrag (welchen der Superintendent selbst oder ein von ihm beauftragter Prediger anzuhören hat) vorzulegen⁷⁾.

Der Superintendent hat über Führung und Leistungen der ihm unterstehenden Kandidaten alljährlich im August an das Konsistorium zu berichten⁸⁾.

Kandidaten, welche obigen Vorschriften nicht nachkommen, können vom Konsistorium als nicht mehr vorhanden angesehen und in der Kandidatenliste gestrichen werden.

Den Superintendenten ist zur Pflicht gemacht, sich der Weiterbildung der Kandidaten durch Erteilung von Rat, Zuziehung zu den Lesegesellschaften, Predigersynoden und Pastorkonferenzen tunlichst anzunehmen⁹⁾. Von den Kandidaten wird erwartet, daß sie die damit ihnen gebotenen Mittel zur Weiterbildung sorgsam benutzen und überdies zur Leistung notwendiger Aushülfe im Pfarramte, sei es bei Pfarrvakanz, sei es in anderen Fällen, auf Anforderung des Superintendenten bereit sein werden¹⁰⁾.

Im Übrigen haben die Kandidaten, wiewohl sie zu den Kirchendienern nicht gehören, sich doch die für diese und namentlich für die Geistlichen geltenden Vorschriften (§ 59) hinsichtlich ihres Wandels und ihrer Haltung zur Richtschnur dienen zu lassen.

⁵⁾ § 7 des ang. Aussch. v. 1861.

⁶⁾ Das. § 5.

⁷⁾ Das. § 6. Bei Kandidaten, welche als Lehrer an öffentlichen Schulen beschäftigt sind, genügt die Haltung und Einreichung einer Predigt im Jahre.

⁸⁾ Das. § 8.

⁹⁾ Das. § 7.

¹⁰⁾ Das. § 6. Eine rechtliche Verpflichtung zu derartiger Aushülfe besteht für die Kandidaten nicht. Leisten sie dieselbe, so haben sie den Ersatz von Auslagen und Tagegelder unter den Voraussetzungen und in der Höhe zu beanspruchen, wie die im Amte stehenden Geistlichen.

§ 64. d. Weitere Ausbildung der Kandidaten.

aa. Prediger-Seminar.

Die weitere Vorbereitung und Ausbildung der Kandidaten für das geistliche Amt wird angestrebt

I. durch das Prediger-Seminar in Wolfenbüttel;

II. durch das Vikariat.

Das Prediger-Seminar in Wolfenbüttel ist bestimmt zur Aufnahme von 6 bis 10 mit dem Namen „Kollegiaten“ bezeichneten Mitgliedern¹⁾. Diese sollen, wenn tunlich, Kandidaten des Predigtamtes sein; jedoch ist in Ermangelung solcher auch die Aufnahme von Bewerbern aus der Zahl der Kandidaten der Theologie gestattet²⁾. Unter mehreren Bewerbern soll regelmäßig dem älteren³⁾ der Vorzug vor dem jüngeren gegeben werden. Die Gesuche um Aufnahme sind an das Konsistorium zu richten, welches darüber verfügt.

Zweck des Seminars ist die Weiterbildung der Kandidaten sowohl auf theoretischem Gebiete durch Vertiefung und Erweiterung ihres theologischen Wissens, als auf praktischem Gebiete durch Übung im Predigen, Katechisieren, Verrichten liturgischer Akte und Erteilen des Unterrichts in der Volksschule und im Lehrerseminar. Behuf der theoretischen Weiterbildung werden durch die Mitglieder des Direktoriums (s. unten) den Kollegiaten Vorträge gehalten und schriftliche Ausarbeitungen zugewiesen, es werden mit ihnen über wissenschaftliche Gegenstände Besprechungen angestellt, auch stehen ihnen Zeitschriften und eine Bibliothek⁴⁾ zur Verfügung. Behuf der praktischen Ausbildung haben sie unter Aufsicht und Kritik der Mitglieder des Direktoriums eine Anzahl von Gottesdiensten in der Stadt Wolfenbüttel zu halten, auszuhilfsweise für die dortigen Prediger einzutreten, auch eine Anzahl wöchentlicher Lehrstunden in den dortigen Volksschulen zu halten⁵⁾.

¹⁾ Verordnung, die Errichtung eines Prediger-Seminars zu Wolfenbüttel betr., v. 2. Febr. 1836 (Nr. 5) im Eingang und § 1. — Anfänglich war beabsichtigt, die Zahl der Kollegiaten bis auf 12 steigen zu lassen, später ist dieselbe jedoch aus finanziellen Rücksichten auf 10 beschränkt. Diese Zahl kann überschritten werden, wenn von einem Kollegiaten auf den Bezug der „Kompetenz“ Verzicht geleistet wird (§ 13 der ang. Verordnung). — Außer den wirklichen Mitgliedern können auch Kandidaten der Theologie als „Auskultanten“ zur Teilnahme an den Versammlungen und Studien des Seminars zugelassen werden. Auch ist die Zulassung von anderen „Hospitanten“ zu den Versammlungen gestattet (§ 15 des dem Reskripte v. 31. Dez. 1836 (Nr. 5 v. 1837) als Anl. I beigegebenen Studienplanes). Die Auskultanten unterstehen nach Maßgabe der bei ihrer Zulassung gestellten Bedingungen den Gesetzen für die Mitglieder des Seminars (§ 21 dieser als Anl. II dem ang. Reskripte beigegebenen Gesetze).

²⁾ § 16 der ang. Verordnung v. 2. Febr. 1836.

³⁾ Das Alter wird nach der Zeit des Bestehens der ersten Prüfung berechnet.

⁴⁾ § 6 der ang. Verordnung.

⁵⁾ § 11 das. Die Verpflichtung zur Erteilung von Schulstunden wird in Rücksicht auf

Außerdem sind die Kollegiaten verpflichtet, auf Anordnung des Konsistoriums Aushülfe im Pfarramte bei Geistlichen zu leisten, welche einer solchen zeitweilig bedürfen⁶⁾. Die Geistlichen haben einem solchen Gehülfen („delegierten Kollegiaten“) die Reise zu ihnen und zurück zu vergüten sowie Wohnung und Kost zu gewähren; außerdem haben sie für die Hülfe eine vom Konsistorium festzusetzende Summe an die Seminarkasse zu entrichten. Aus der letzteren bezieht der delegierte Kollegiat während der Dauer der Aushülfeleistung seine „Kompetenz“ mit einem vorgeschriebenen Abzuge weiter.

Unter den Kollegiaten werden zwei dazu geeignete zum „Senior“ und „Subsenior“ ernannt. Der Senior ist Gehülfe des Direktoriums in der Leitung und Verwaltung des Seminars, der Subsenior sein Stellvertreter⁷⁾. Ihnen beiden soll regelmäßig die Ordination erteilt werden⁸⁾; sie haben, jedoch mit Hülfe der übrigen Kollegiaten, den Dienst als Kollaboratoren der Geistlichen in der Stadt Wolfenbüttel zu versehen⁹⁾.

Die Kollegiaten erhalten eine bestimmte Summe zur Bestreitung der Kosten ihres Aufenthaltes in Wolfenbüttel, die sog. „Kompetenz“. Die Kompetenzen des Seniors und Subseniors sind höher, als die der übrigen.

Die Leitung des Seminars liegt unter der Oberaufsicht des Konsistoriums in den Händen eines Direktoriums, welches durch die geistlichen Mitglieder des Konsistoriums (§ 51) gebildet wird. Das Direktorium ist die den Kollegiaten unmittelbar vorgesetzte Stelle¹⁰⁾.

Jeder in das Seminar Aufgenommene hat demselben regelmäßig nicht länger, als zwei Jahre anzugehören¹¹⁾; der Senior und Subsenior können darin länger, bis zur Erlangung eines Pfarramtes, verbleiben¹²⁾.

das Interesse der Schule tatsächlich nicht allen, sondern bestimmten Kollegiaten auferlegt, welche ihr dann längere Zeit hindurch, in der Regel nicht unter ein Jahr, als Mitglieder der sog. zweiten Serie des Seminars zu genügen haben.

⁶⁾ § 12 der ang. Verordnung und § 16 der Ann. 1 ang. Gesetze.

⁷⁾ § 7 und 8 der ang. Verordnung.

⁸⁾ § 10 der ang. Verordnung. Ausnahmsweise können nach Beschluß des Konsistoriums auch andere Kollegiaten ordiniert werden; s. landesfürstl. Reskr. v. 5. Sept. 1837 in den Konsist. Akten, das Predigerseminar betr.

⁹⁾ § 9 der ang. Verordnung. Die hier erwähnte Verwendung der Kollegiaten als Prediger an der Gefangenen-Anstalt in Wolfenbüttel hat in Folge der Anstellung eines Anstaltsgeistlichen bei letzterer aufgehört.

¹⁰⁾ § 1 und 4 der ang. Verordnung. — Die hier vorgesehene Mitbeteiligung des Bürgerschul- und Lehrerseminardirektors an der Unterweisung der Kollegiaten findet nicht mehr statt; die Unterweisung im Volksschulwesen erteilt das mit der Bearbeitung des letzteren beauftragte geistliche Mitglied des Konsistoriums.

¹¹⁾ §§ 1 und 17 der ang. Verordnung. Diese Zeitbeschränkung hat den Zweck, möglichst vielen Kandidaten den Zutritt zum Seminar zu eröffnen.

¹²⁾ S. den ang. § 17.

Wegen Untüchtigkeit oder Unwürdigkeit kann das Konsistorium unter Bestätigung des Landesfürsten die Ausschließung eines Kollegiaten aus dem Seminare verfügen¹³⁾.

Wegen des Studienplanes und der Geseze des Seminares, auf welche jeder Kollegiat bei der Aufnahme verpflichtet wird¹⁴⁾, s. die in Anm. 1 angeführten Anlagen I und II des Refkr. v. 31. Dez. 1836, deren Bestimmungen in einzelnen Punkten allerdings außer Übung gekommen sind.

Wegen der Seminarasse und der Rechnungsführung bei derselben s. §§ 4 und 15 der ang. Verordnung. Die Kosten der Unterhaltung des Seminars, namentlich auch die Kompetenzen der Kollegiaten, trägt die Klosterreinertragsasse¹⁵⁾;

§ 65. Weitere Ausbildung der Kandidaten. bb. Vikariat.

II. Zur Einführung der Kandidaten in alle Zweige des praktischen Dienstes im Pfarramte ist ferner seit 1889¹⁾ die Einrichtung des Vikariats getroffen. Kandidaten des Predigtamtes (in Ermangelung solcher auch Kandidaten der Theologie), nicht mehr als vier gleichzeitig, werden auf ihren Antrag vom Konsistorium jeder einem besonders tüchtigen Geistlichen für bestimmte Zeit gegen eine Vergütung als Vikare beigegeben. In der Regel sollen sie im Vikariate zwei Jahre verbleiben; jedenfalls haben sie sich auf ein Jahr zu verpflichten. Sie haben alsdann nach Anweisung der Geistlichen, denen sie zugewiesen sind, als deren beauftragte Vertreter und unter deren Verantwortung die ihnen übertragenen Amtshandlungen zu verrichten und Dienstgeschäfte jeder Art zu besorgen. In unmittelbare rechtliche Beziehungen zu den Mitgliedern der Pfarrgemeinde (§ 27, XI) treten sie nicht.

Die Geistlichen haben den Vikaren Wohnung und Beföstigung zu gewähren, sich ihrer Anleitung nach Kräften anzunehmen und über ihre Beschäftigung und Leistungen halbjährlich an das Konsistorium zu berichten.

Die Kosten des Vikariates trägt die Klosterreinertragsasse; dieselben bestehen in der den Geistlichen für die Aufnahme der Kandidaten zu gewährenden Entschädigung und der den letzteren zugebilligten Vergütung²⁾.

¹³⁾ § 18 der ang. Verordnung.

¹⁴⁾ § 16 der ang. Verordnung.

¹⁵⁾ Art. 8 des Landtagsabschiedes v. 25. Mai 1835 (Nr. 42). — Die im § 13 der ang. Verordnung benannten Sätze der Kompetenzen sind später erhöht. Sie betragen zur Zeit 1500 M. für den Senior, 1350 M. für den Subsenior und 1200 M. für jeden der übrigen Kollegiaten. Der letztere Satz wird bei Delegierten auf 1050 M. herabgesetzt.

¹⁾ Vgl. Anl. 13a zu den Verhandlungen der sechsten ordentlichen Landesynode, v. 26. Okt. 1892 Kap. VII D. S. 46.

²⁾ Minist.-Refkr. v. 31. Mai 1890 Nr. 4324 in den Konsist.-Akten. Die Entschädigung

§ 66. Verpflichtung auf die symbolischen Bücher. Ordination.

Vor der Übernahme eines geistlichen Amtes in der Landeskirche muß jeder Kandidat, der den Voraussetzungen des § 61 genügt hat,

1) die Verpflichtung, an deren Bekenntnisse festhalten und ihm gemäß lehren zu wollen, mittelst eigenhändiger Eintragung und Unterschrift der im § 4 Anm. 2 angegebenen Gelöbnisformel in das dazu beim Konsistorium gehaltene Buch übernehmen: sog. Unterschrift der symbolischen Bücher; und

2) die Ordination empfangen.

Geistliche, welche nach außerhalb des Herzogtums erhaltener Ordination in der Landeskirche zur Erwerbung eines geistlichen Amtes zugelassen werden (§ 61), haben nur die unter 1 angegebene Verpflichtung in der beschriebenen Form auf sich zu nehmen¹⁾.

Die Ordination ist die feierliche Ermächtigung des Kandidaten zu der Verwaltung des geistlichen Amtes (§ 60), insbesondere des Predigtamtes, der Sakramente und des Amtes der Schlüssel im engeren Sinne, welche ihm durch einen höheren Kirchen-diener in Gegenwart mindestens zweier anderer ordinierten Geistlicher vor dem Altare im Angesicht der Gemeinde, nachdem er das Gelöbnis, „die Gemeinde zu weiden mit dem reinen Worte Gottes und zusehen, daß nicht Wölfe und Rotten unter die armen Schafe einreißen,“ sowie, „für seine Person züchtig und ehrlich zu leben, auch sein Haus, Weib, Kinder und Gesinde christlich zu halten und zu erziehen“, abgelegt hat, im Namen Gottes erteilt wird²⁾. Sie erfolgt, nachdem dem Kandidaten ein bestimmtes geistliches Amt verliehen und, wenn dieses ein Pfarramt in einer mit einem Kirchenvorstande versehenen Gemeinde (§ 32) ist, von dieser die Vokation erteilt worden³⁾; außerdem soll sie zwei Kollegiaten, regelmäßig dem Senior und dem Subsenior, erteilt werden (§ 64).

Erscheint ihre Erteilung ausnahmsweise noch in anderen Fällen wünschenswert und rätlich, so hat das Konsistorium die Genehmigung dazu beim Landesfürsten zu beantragen (§ 17, 7; vgl. auch § 64 Anm. 8).

Die Ordination verrichten die beiden mit dem Referat in den geistlichen Sachen beauftragten geistlichen Räte des Konsistoriums abwechselnd; nur bei

für den Geistlichen beträgt zur Zeit 600 M. jährlich, die Vergütung für den Vikar 500 M. jährlich.

¹⁾ Die Ordination, wiewohl sie formell über die Grenzen der Landeskirche, in der sie erteilt ist, hinaus Geltung nicht beanspruchen kann, wird in diesem Falle nicht wiederholt.

²⁾ E. R. D. L. II c. XV; Anl. des Kirchenges. v. 14. Aug. 1893 (Nr. 42). Der Inhalt des Ordinationsgelübdes wird hinsichtlich der Lehre näher bestimmt durch die Verpflichtung auf die symbolischen Bücher.

³⁾ E. R. D. L. I c. II § 3.

den Kandidaten, denen ein Pfarramt in der Stadt Braunschweig verliehen ist, findet eine Ausnahme statt; bei diesen verrichtet sie der dortige Stadtsuperintendent⁴⁾.

Die in der Ordination erteilte allgemeine Ermächtigung gilt für die Zeit des Verbleibens des Ordinierten im geistlichen Amte überhaupt, wird also beim Übergange aus einem Pfarramte in ein anderes nicht wiederholt. Ihre Wiederholung wird selbst dann nicht für erforderlich gehalten, wenn der Ordinierte, nachdem er in Folge des Überganges zu einem anderen Berufe, oder der Verabschiedung, oder der Emeritierung aus dem geistlichen Amte ausgeschieden ist, später wieder ein Pfarramt übernimmt⁵⁾. Sie gibt aber dem Ordinierten nicht die Befugnis, bestimmte einzelne Amtshandlungen vorzunehmen; diese erhält er vielmehr erst durch die Einführung in ein Pfarramt (§ 74) oder durch Beauftragung mit der Vornahme von Amtshandlungen in einem fremden Pfarrbezirke (§ 60). Umgekehrt kann, wo die Ordination nicht stattgefunden hat, kein Rechtsakt zur Vornahme der geistlichen Amtshandlungen ermächtigen, welche die Ordination dessen, der sie verrichtet, vorsehen, namentlich der Absolution, Verwaltung der Sakramente und benediktionalen Handlungen (Trauung, Konfirmation, Einweihungen). Die Vornahme dieser Amtshandlungen durch einen nicht Ordinierten würde diesen als eine Verletzung der kirchlichen Ordnung, an die er gebunden ist, disziplinarer Ahndung aussetzen⁶⁾.

Die in der Ordination erteilte Ermächtigung erlischt mit dem unfreiwilligen Verluste des geistlichen Amtes (Entlassung, Absetzung § 96 und 97)⁷⁾. Im Falle freiwilligen Ausscheidens aus dem geistlichen Amte (Verabschiedung, Übergang in einen anderen Beruf, Emeritierung) darf von ihr bis zu etwaigem Wiedereintritt in dasselbe kein Gebrauch gemacht werden, es sei denn nach eingeholter Erlaubnis des Konsistoriums⁸⁾.

⁴⁾ Vgl. § 6 der Verordng., die Verwaltung der kirchlichen Angelegenheiten betr., v. 14 Apr. 1814. — In der Regel ist einer der geistlichen Räte des Konsistoriums zugleich Generalsuperintendent der Generalinspektion Wolfenbüttel. Das oben Angegebene ist durch Wohnheitsrecht an die Stelle des im ang. § 6 vorgeschriebenen Verfahrens gesetzt.

⁵⁾ Vgl. § 17, 5 des Kirchenges., die Emeritierung betr., v. 1. Dez. 1882 (Nr. 46).

⁶⁾ Vgl. § 17 des Kirchenges., die Oberaufsicht über die Kirchendiener betr., v. 1. Dez. 1890 (Nr. 71).

⁷⁾ In diesem Falle muß die Ermächtigung als zurückgenommen angesehen werden. Einer Wiederverwendung des auf solchem Wege aus dem Kirchendienste Entfernten (wenn solche überhaupt möglich sein sollte) müßte daher eine abermalige Ordination vorausgehen.

⁸⁾ Bezüglich der Emeritierung (§ 96) ist zu beachten, daß diese nach § 1 und 3 des Kirchenges. v. 1. Dez. 1882 nur im Falle dauernder Unfähigkeit zur Fortführung des bekleideten Pfarramtes eintritt. (Vgl. aber § 17, 5 des ang. Kirchenges.).

§ 67. 4. Erwerbung des geistlichen Amtes; a. Bewerbung, Verleihung.

Auf die Zulassung zum geistlichen Amte überhaupt oder auf die Erlangung eines bestimmten Pfarramtes hat Niemand ein Recht; zum Eintritt in das geistliche Amt überhaupt oder in ein bestimmtes Pfarramt ist niemand verpflichtet.

Die Generalsuperintendenturen verleiht der Landesfürst an geeignete Inhaber von Pfarrstellen oder geistliche Räte des Konsistoriums, die Spezialsuperintendenturen an geeignete Inhaber von Pfarrstellen, ohne daß ein Zwang zur Annahme dieser Ämter bestände oder ein Rechtsnachteil mit deren Ablehnung verknüpft wäre.

Die Erwerbung eines bestimmten Pfarramtes setzt in der Regel^{*)} die Bewerbung um dasselbe, d. h. die vorgängig abgegebene Erklärung der Bereitwilligkeit zu seiner Übernahme, voraus. Dieselbe ist bei demjenigen anzubringen, welcher die mit dem Amte verbundene Pfründe (§ 125) zu verleihen hat, wegen der Pfarrstellen¹⁾, welche vom Landesfürsten verliehen werden, beim Konsistorium. Die Bewerbung hat sich regelmäßig auf eine bestimmte Pfarrstelle zu beziehen. Gleichzeitige Bewerbung um verschiedene benannte Pfarrstellen ist zulässig; allgemeine Bewerbung um nicht benannte Pfarrstellen dagegen unzulässig und wirkungslos.

Die Bewerbung gibt dem Bewerber keinen Anspruch auf Berücksichtigung. Unter mehreren Bewerbern steht dem Patrone (§ 68 ff.) und der wahlberechtigten Gemeinde (§ 71) die Wahl völlig frei; das Konsistorium hat unter mehreren gleich brauchbaren Bewerbern dem an Dienstalter Voranstehenden²⁾ den Vorzug zu geben (s. Anm. 3).

*) Eine Ausnahme ist für die bereits in einem bestimmten Pfarramte befindlichen Geistlichen durch § 11 des Kirchenges. das Einkommen der Geistlichen der ev. luth. Landeskirche betr. v. 28. Juni 1902 (Nr. 28) geschaffen: Ist die Frage der Notwendigkeit der Versetzung eines Geistlichen auf eine andere Pfarrstelle in einer gemeinschaftlichen Sitzung des Konsistoriums und des Synodalausschusses bejaht (vgl. oben § 23 Nr. 2 g), und hat der Geistliche die ihm nach § 11 Abs. 3 des angef. Kirchenges. gesetzte Frist zur Bewerbung um eine der zur Besetzung gelangenden Stellen unbenuzt verstrichen lassen oder mit seinen Meldungen keinen Erfolg gehabt, so kann er, wenn er der fernerer Aufforderung des Konsistoriums, sich für eine von drei ihm vom Konsistorium bezeichneten Stellen zu melden, innerhalb bestimmter Frist nicht nachkommt, vom Landesfürsten auf Antrag des Konsistoriums auf eine der drei ihm bezeichneten Pfarrstellen mit der rechtlichen Wirkung der Verleihung dieser Stelle versetzt werden. Auf Geistliche der Stadt Braunschweig und Wiltärpfarrer finden diese Vorschriften keine Anwendung (§ 13 des angef. Kirchenges.).

¹⁾ Das Wort Pfarrstelle begreift das Pfarramt und die Pfarrpfründe zusammengekommen in sich; in demselben Sinne wird auch das Wort „Pfarre“ gebraucht, welches aber mehrdeutig ist, da es auch in dem engeren Sinne von „Pfarrpfründe“ und in dem noch engeren von „Pfarrgehöft“ oder „Pfarrhaus“ vorkommt.

²⁾ E. R. O. Th. I c. II § 4. Verordnung v. 14. Apr. 1814, die Verwaltung der kirch-

Die Verleihung aller geistlichen Ämter (Pfarrämter) geschieht durch die Kirchenregierung; die Verleihung der mit denselben verbundenen Pfründen in einer Anzahl von Fällen durch einen Patron oder durch Wahl seitens einer Gemeinde. Der Patron oder die wählende Gemeinde verleiht nicht die Pfarrstelle (Anm. 1), sondern präsentiert zu derselben, d. h. bezeichnet mit maßgebender Bedeutung für die Kirchenregierung den Geistlichen, welchem sie verliehen werden soll.

Bei den Pfarrstellen, bezüglich deren ein Präsentationsrecht nicht besteht, bildet die Verleihung des Amtes und die der Pfründe einen untrennbaren Akt. Derselbe vollzieht sich mittelst eines landesfürstlichen Reskriptes, in welchem auf vorgängigen Vortrag des Konsistoriums über die Bewerber einer derselben³⁾ zum Inhaber der Pfarrstelle ernannt wird⁴⁾.

Bei den Pfarrstellen, zu welchen von Patronen oder wahlberechtigten Gemeinden präsentiert wird, geschieht die Verleihung der Pfründe durch eine Erklärung des Patronen oder der Gemeinde. Diese kann dem Beliehenen gegenüber in beliebiger Form erfolgen, muß aber mittelst der „Präsentation“ desselben dem Konsistorium mitgeteilt werden und wird als in letzterer stillschweigend mit enthalten angesehen, wenn sie nicht ausdrücklich ausgesprochen ist. Sie gibt dem Beliehenen das Anrecht auf die Pfründe nicht unbedingt, sondern unter der (stillschweigenden) Bedingung, daß von der Kirchenregierung die Verleihung des dazu gehörigen Pfarramtes werde beschlossen werden. Die Verleihung des Pfarramtes kann von der Kirchenregierung nicht versagt werden, wenn der Präsentierte die Voraussetzungen der Zulassung zum geistlichen Amte (§ 61) erfüllt⁵⁾. Ist das der Fall, so spricht das Konsistorium die Bestätigung

lichen und Schulangelegenheiten betr., (Nr. 55) § 4 Abs. 2. — Bei der Beurteilung der Brauchbarkeit eines Bewerbers ist auf die besonderen Verhältnisse der Pfarrstelle, um deren Besetzung es sich handelt, zu sehen. — Das Dienstalder der Bewerber läuft vom Tage des Bestehens der ersten theologischen Prüfung; bei danach Gleichstehenden ist der Tag des Bestehens der zweiten Prüfung, und endlich auch der Tag des ersten Eintrittes in das Pfarramt in Betracht zu ziehen. — Der letztgenannte Tag bestimmt den Anfang der für die Emeritierung in Betracht kommenden Dienstjahre (vgl. § 96).

³⁾ Wenn mehrere Bewerbungen um eine Pfarrstelle vorliegen, so pflegt das Konsistorium dem Landesfürsten drei geeignete Bewerber zu benennen und einen derselben vorzugsweise zu empfehlen. Der Landesfürst ist an den Vorschlag des Konsistoriums nicht gebunden, sondern kann, nachdem er dessen Rat gehört, einem der drei benannten oder einem anderen, den Voraussetzungen des § 61 entsprechenden Bewerber die Stelle zuwenden.

⁴⁾ Das Ernennungsrecht des Landesfürsten als „landesherrliches Patronatrecht“ zu bezeichnen (§ 120 Anm. 4), ist nicht empfehlenswert, da sein Inhalt von dem des Patronatrechtes im eigentlichen Sinne wesentlich verschieden ist. Im Gegensatz zum landesherrlichen Patronatrechte wird das Recht der Patrone wohl „Privatpatronatrecht“ genannt.

⁵⁾ Bei der Gemeindevahl (§ 71) oder bei beschränkter patronatsseitiger Präsentation (§ 68) ist dieser Umstand schon zuvor festgestellt; bei der unbeschränkten Präsentation seitens des Patronen bedarf es der nachfolgenden Prüfung.

der Präsentation und damit zugleich die Verleihung des Pfarramtes (diese häufig nicht mit ausdrücklichen Worten) aus⁶⁾.

Die landesfürstliche Ernennung oder (konsistoriale) Bestätigung gibt dem Bewerber, die landesfürstliche Versetzung dem Versetzten noch nicht das Recht, das Amt zu verwalten, sowie den Besitz und Genuß der Pfründe. Es muß noch vorhergehen

- 1) die Vakation seitens der Gemeinde (§ 72),
- 2) die Verpflichtung vor dem Konsistorium (§ 73),
- 3) die Einführung in das Amt und die Einweisung in die Pfründe (§ 74).

Überdies kann das Konsistorium von den Predigern, welche von einer Pfarrstelle auf eine andere versetzt werden sollen, das Bestehen eines Kolloquiums fordern. Dasselbe ist anzuordnen, bevor wegen der Erlangung der Vakation Verfügung getroffen ist, und wird vom Konsistorium selbst abgehalten. Besteht der Prediger nicht, so hat das Konsistorium darüber, wenn er vom Landesfürsten ernannt war, an diesen zu berichten und die Ernennung eines Anderen zu beantragen, wenn er von einem Patron oder einer Gemeinde präsentiert war, dieser wegen der Präsentation eines Anderen Eröffnung zu machen⁷⁾.

Zur vorübergehenden Beauftragung eines Geistlichen mit der Verwaltung eines Pfarramtes ohne Verleihung der damit verbundenen Pfründe ist das Konsistorium befugt (§ 77 und 78).

§ 68. b. Patronatrecht. aa. Inhalt und Ausübung.

Das Patronatrecht besteht, der Hauptsache nach, in (1) der Befugnis, eine bestimmte Pfarrpfründe^{a)} zu verleihen und den Beliehenen zu dem damit verbundenen Pfarramte zu präsentieren. Es gewährt daneben die Berechtigung, (2) an der Verwaltung der Angelegenheiten einer Kirchengemeinde, in welcher der Beliehene das Pfarramt verwaltet, auf bevorzugte Weise, insbesondere als Mitglied des Kirchenvorstandes oder durch Entsendung eines Vertreters

⁶⁾ Dieser Ausdruck erfolgt ohne zuvorige Befragung des Landesfürsten, welcher in Fällen der angegebenen Art, wo bei geeigneten Bewerbern keine Ablehnung erfolgen kann, die Entscheidung also gebunden erscheint, die ihm zuständige Bestätigung (vgl. R. D. § 226) ein für alle Mal durch das Konsistorium ausüben läßt. So ist die Angelegenheit bereits in der R. D. F. (S. 184) geordnet; vgl. auch wegen des danach ausgebildeten älteren Verfahrens in der Sache den Landtagsabschied v. 1601 (Anl. XVI zum ersten Teil der E. R. D.). — Hinsichtlich der Pfarrstellen in der Stadt Braunschweig, über welche der dortige Stadtmagistrat eine Art von Patronatrecht zu üben hat (§ 71), geschieht die Präsentation unmittelbar beim Landesfürsten und erfolgt dementsprechend die Bestätigung von diesem.

⁷⁾ Ausschreiben v. 20. Okt. 1858 (Nr. 60).

^{a)} In einzelnen Fällen kommt neben der Verleihung der Pfarrpfründe auch die Verleihung der Befugnis vor, zu gewissen Opferei- bzw. Schulstellen zu präsentieren. S. im § 100 die Fälle, wo Geistliche als Patrone von Schulstellen aufgeführt sind. — Mit Pfarrstellen, deren Inhaber vom Landesfürsten ernannt werden, ist das Recht zur Präsentation des Opferrannes seit 1747 — vgl. die bez. landesfürstl. Erlasse in den Konsistorialakten — nicht mehr verbunden.

in denselben mitzuwirken; (3) das Vermögen der Kirche dieser Kirchengemeinde entweder selbst zu verwalten, oder dessen Verwaltung in gewisser Weise zu beaufsichtigen, und ebenso eine gewisse Oberaufsicht über die Verwaltung der Pfarrpfünde zu führen; (4) besondere kirchliche Ehren zu beanspruchen.

Zu 1. Die Präsentation des Beliehenen beim Konsistorium muß bei Vermeidung des Verlustes des Rechtes für den vorliegenden Besetzungsfall binnen 6 Monaten nach eingetretener Erledigung¹⁾ der Pfarre geschehen. Von dem Eintritt der Erledigung (Vakanz) hat der Superintendent dem Patrone binnen 14 Tagen Anzeige zu machen²⁾. Eine Erstreckung der Frist kann aus gewichtigen Gründen auf Ansuchen des Patrons vom Konsistorium bewilligt werden³⁾. Das Recht zur Präsentation, d. h. das Vorhandensein des fraglichen Patronatrechtes überhaupt und die Befugnis zu dessen Ausübung in der Hand des Präsentierenden, muß seitens des Letzteren dem Konsistorium auf Erfordern nachgewiesen werden. Wird der Beweis innerhalb der Präsentationsfrist nicht erbracht, und letztere nicht erstreckt, so fällt das Präsentationsrecht für den in Frage stehenden Besetzungsfall hinweg⁴⁾.

Der Präsentierte muß den allgemeinen Voraussetzungen für die Zulassung zum geistlichen Amte genügen⁵⁾. (Vgl. § 61, besonders auch wegen Geistlicher, welche bisher der Landeskirche nicht angehört haben). Ist das nicht der Fall, so daß die Bestätigung der Präsentation (§ 67) versagt werden muß, oder ergeben sich sonstige Hindernisse seiner Zulassung zu der Pfarrstelle (z. B. Verweigerung der Vokation aus triftigen Gründen — § 72 — oder seiner Einführung in dieselbe, so kann der Patron binnen einer Frist von sechs Monaten einen anderen Bewerber präsentieren⁶⁾. Der Lauf dieser Frist beginnt mit dem die Versagung der Bestätigung oder den Eintritt des Hinder-

¹⁾ So schon der Landtagsabschied v. 1601, Anl. XVI zum T. I der E. K. D. — Der Umstand, daß die Pfarrpfünde zunächst im Besitze von Gnadenhalbjahrsberechtigten zu belassen ist (§ 132), hindert den Lauf der Frist nicht.

²⁾ Landtagsabschied v. 9. Apr. 1770 Art. 5 (Frederisd. Stein II S. 202. Steinacker Sammlg. S. 561); Gesamter Landschaft Privilegien v. 9. Apr. 1770 Art. 2 (Steinacker Sammlg. S. 587); ebenso schon die landschaftlichen Privilegien v. 1710 Art. 2 (Steinacker Sammlg. S. 528). — Die Sämigkeit des Superintendents in Erstattung der Anzeige hindert den Lauf der Frist nicht.

³⁾ E. K. D. T. I c. II § 2.

⁴⁾ Die Anerkennung eines Patronatrechtes oder der Befugnis zu dessen Ausübung würde der sie Beanpruchende gegen das sie verweigernde Konsistorium im Wege des Zivilprozesses durchzusetzen suchen müssen, ohne jedoch damit die Besetzung der erledigten Pfarrstelle durch die Kirchenregierung für das Mal hindern zu können. — Hinsichtlich der letzten Gesichtspunkte in Betreff der Anerkennung der Befugnis zur Ausübung des Patronatrechtes s. den Beschluß des Konsistoriums in Anl. 16 der Verhandl. der achten ordentl. Landesynode.

⁵⁾ Aehnlich schon die E. K. D. J. S. 184.

⁶⁾ Gesamter Landschaft Privilegien v. 1770 a. a. D.; ebenso schon der Landtagsabschied v. 1601 a. a. D.

nisses aussprechenden Beschlusse des Konsistoriums, welcher dem Patrone ungesäumt mitzuteilen ist⁷⁾.

Der Patron ist bei der Auswahl des zu Präsentierenden aus dem Kreis fähiger Bewerber im allgemeinen unbeschränkt. Ausnahmen treten ein:

- a. kraft Gesetzes für die Prälaten, indem sie gehalten sind, einen aus drei ihnen vom Konsistorium benannten Verwerbern zu präsentieren⁸⁾;
- b. aus gleichem Rechtsgrunde für den Stadtmagistrat in Braunschweig, indem dieser bei der Ausübung des ihm zustehenden Präsentationsrechtes zu bestimmten dortigen Pfarrstellen auf die Auswahl aus drei durch Gemeindewahl bezeichneten Bewerbern beschränkt ist (vgl. § 71);
- c. in Folge besonderer Übereinkunft zwischen dem Patron und dem Konsistorium. Alsdann bestimmt deren Inhalt die Art und das Maß der Beschränkung⁹⁾;
- d. wenn wegen zu geringer Erträge der von einem Patron zu verleihenden Pfarrpfünde (vgl. § 123) die Selbständigkeit des damit verbundenen Pfarramtes aufgehoben, und sein früherer Bezirk dauernd mit einem anderen Pfarrbezirke verbunden, die Kirche zur Filialkirche (kombinierten Mutterkirche, § 27,1) gemacht ist. In diesem Falle ist hier und da, wenn auch nicht häufig, die Bestimmung getroffen, daß dem Patron der eingegangenen Stelle das Recht verbleibt, zu deren Pfründe jedesmal den für die Pfarrstelle, mit welcher jene verbunden ist, ernannten Geistlichen zu präsentieren¹⁰⁾ („mit der Präsentation zu folgen“).

⁷⁾ Wie bei der ersten Präsentationsfrist (Anm. 2), so hängt auch bei der zweiten der Anfang ihres Laufes nicht von der erwähnten Mitteilung an den Patron ab.

⁸⁾ Landtagsabschied vom 11. Juli 1823 (Nr. 23) Art. 28. — Diese Beschränkung gilt jedoch nicht für das Stift Steterburg, dessen Patronatrechte hinsichtlich der Bestimmung des zu präsentierenden Geistlichen allerdings nicht von dem Propste allein, sondern mittelst einer Wahlhandlung im gesamten Convente gehandhabt werden; dabei ist die Auswahl unter sämtlichen Bewerbern freigelassen. — Liegen dem Konsistorium nur eine oder zwei Bewerbungen um eine dem Patronatrechte eines Prälaten unterstehende Pfarrstelle vor, so benennt es dem Letzteren nur diese Minderzahl; der Prälat muß sich alsdann begnügen, unter den zwei Benannten zu wählen, oder auch den einzigen Benannten zu präsentieren.

⁹⁾ Den Anlaß zu einer solchen Übereinkunft giebt nicht selten der Wunsch des Patrons, die Veretzung des von ihm beliebigen Geistlichen auf eine Pfarrstelle, deren Besetzung von der Kirchenregierung allein abhängt, zu erwirken. Das Konsistorium fordert solchenfalls grundsätzlich von dem Patron einen Revers, in welchem er auf das Präsentationsrecht für den nächsten Besetzungsfall vollständig Verzicht leistet, hat sich aber unter besonderen Umständen auch damit befriedigt erklärt, daß der Patron im nächsten Besetzungsfalle das Präsentationsrecht unter einer Beschränkung (z. B. nach dem unter a gegebenen Muster) auszuüben sich bescheidet.

¹⁰⁾ Bis dahin, daß etwa die eingegangene Pfarrstelle wieder hergestellt, ist ein derartiges Patronatrecht für die Pfarrbesetzung in Wahrheit bedeutungslos; es gewährt inzwischen aber die oben unter 2—4 angegebenen Befugnisse. Beispiele s. § 70.

In der Regel kann der Patron sein Präsentationsrecht in jedem Falle der Besetzung der Pfarre ausüben; ausnahmsweise, namentlich in Folge der Verbindung mehrerer früher selbständiger Pfarrbezirke zu einem, kommt vor, daß er nur im Wechsel mit einem anderen Patrone oder mit der Kirchenregierung zur Präsentation befugt ist (§ 70). Das Nähere über die einzuhaltende Reihenfolge eines jeden derartigen Falles (den „Turnus“) ergeben die bezüglich getroffenen besonderen Bestimmungen.

Für die Verleihung der Pfründe kann der Patron von dem Belichenen eine geringe Abgabe („Lehngeld“) verlangen, welche jedoch die deshalb mit dem Landtage vereinbarte Höhe nicht übersteigen darf¹¹⁾.

Wegen der Folgen der Forderung oder Annahme einer höheren Vergütung für die Verleihung oder die Präsentation vgl. § 69.

Zu 2. Wegen der Teilnahme des Patrons am Kirchenvorstande vgl. § 33. — Dem Patron ist besondere Nachricht von dem zur Kirchenvorstandswahl angesetzten Termine zu geben (§ 36). Er ist, mag er Kirchenverordneter sein oder nicht, zu jeder Kirchenvisitation im Bezirke der von ihm abhängigen Pfarre besonders einzuladen (§ 52, namentlich bei Anm. 11 und 16). Ebenso wird er herkömmlich zur Predigereinführung geladen (§ 74).

Zu 3. Der Umfang der Befugnisse des Patrons hinsichtlich der Verwaltung des Kirchenvermögens richtet sich im Einzelnen nach dem örtlichen Herkommen¹²⁾. Im Zweifel muß der Patron das von ihm behauptete Herkommen, sei es bezüglich der Verwaltung überhaupt, sei es bezüglich besonderer Akte derselben, beweisen. Allgemein wird dem Patron die Befugnis zugestanden,

- a. bei Veränderungen in der Substanz des Kirchenvermögens, welche nicht auf Notwendigkeit beruhen, sowie bei beabsichtigter dauernder Belastung der Kirchenkasse mit neuen Ausgaben (vgl. z. B. § 80 Anm. 3), gehört zu werden, ohne daß jedoch sein Widerspruch gegen eine vom Kirchenvorstande mit Genehmigung des Konsistoriums beschlossene Maßregel deren Ausführung zu hindern vermöchte, und
 - b. die Vorlegung der kirchlichen Rechnungen zur Einsicht zu fordern¹³⁾.
- Vgl. § 93.

¹¹⁾ E. R. D. Th. I c II § 6. Die letzte bekannte Vereinbarung ist im J. 1597 erfolgt; danach darf erhoben werden: von einer „guten, genügsamen“ Pfarre ein „Rosenobel“ (längst abgekommene Goldmünze im Werte von etwa 20 Mk.), von einer „mittelmäßigen“ 3 Th. und von einer „geringen“ 2 Th. Frederds. Stein. II S. 349.

¹²⁾ R. B. G. § 26 vgl. oben § 42.

¹³⁾ Gesamter Landschaft Privilegien v. 9. April 1770 Art. 2 Steinacker Sammlg. S. 588). — Der Patron kann nur die Vorlegung der Rechnungen im Geschäftszimmer des Rechnungsführers, nicht die Mitteilung einer Abschrift der Rechnung beanspruchen, Restr. v. 9. 9. Aug. 1878 in der Restr.-Sammlg. des Konsist. — Erinnerungen gegen Führung und Inhalt der kirchlichen Rechnungen hat er beim Konsistorium anzubringen.

Hinsichtlich der Verwaltung der Pfarrpfründe ist der Patron zu hören, wenn es sich um Veränderungen in deren Substanz handelt, welche nicht auf Gesetz oder Notwendigkeit beruhen. Gegen Maßregeln, welche sein Recht der Verleihung der Pfründe beeinträchtigen, indem sie die letztere ganz oder teilweise ihrer eigentlichen Bestimmung entziehen, hat er, sofern dieselben nicht auf allgemeinem Gesetze beruhen¹⁴⁾, ein Recht des Widerspruches.

Zu 4. Nach Ortsgewöhnheit wird des Patrons im Kirchengebete gedacht, ihm ein besonderer Kirchenstuhl und das Begräbniß im Gewölbe unter der Kirche (§ 89, 6 § 137) gestattet und ein Trauergeläute gewidmet¹⁵⁾.

Besondere Verpflichtungen sind durch die Landesgesetzgebung mit dem Besitze des Patronates nicht verbunden. Namentlich entscheidet bezüglich der kirchlichen Baulast nur das örtliche Herkommen darüber, ob und in wie weit der Patron als solcher (d. h. abgesehen von seiner etwaigen Verpflichtung, als Mitglied der in Betracht kommenden Kirchen- oder Pfarrgemeinde zu deren Parochiallasten beizutragen), zu ihrer Übernahme, sei es in erster Linie, sei es bei Erschöpfung der Kirchenkasse, heranzuziehen sei. (Vgl. § 115)¹⁶⁾.

§ 69. Patronatrecht. bb. Erwerb und Verlust.

Bestimmungen über die Entstehung neuer Patronatrechte enthält das braunschweigische Recht nicht, in dieser Hinsicht gilt unverändert das gemeine Recht.

Eine große Anzahl der vorhandenen Patronatrechte (§ 70) sind mit dem Bestande eines braunschweigischen Rittergutes untrennbar verbunden; sie werden deshalb mit dem Rittergute erworben, beseßen und verloren, sie können nicht ohne das Rittergut erworben, ebenso wenig aber, so weit sie Pflichten für den Patron mit sich bringen, ohne dasselbe aufgegeben werden. Hört das Rittergut in Folge gänzlicher Zerteilung auf zu bestehen¹⁾, so geht damit das Patronatrecht unter.

¹⁴⁾ So muß sich der Patron z. B. auf grund der Gesetze v. 31. Mai 1871 (Nr. 33) und v. 20. März 1886 (Nr. 15) die Verwendung der Stolgebührenrente einer von ihm zu verleihenden Pfarre zur Aufbesserung einer andern Pfarrstelle gefallen lassen; vgl. unten § 128.

¹⁵⁾ v. Liebhaver, Einleitung in das braunschw. Landrecht Bd. II S. 51. — Das mehrwöchige Trauergeläut, welches dem Landtagsabschiede v. 1682 gemäß (Anl. X zu Th. I der G. R. O.) nach dem Absterben eines Mitgliedes der Ritterschaft und seiner Familienangehörigen in dessen Patronatskirchen stattfinden sollte, ist nicht mehr üblich.

¹⁶⁾ Vgl. auch Zeitschr. f. Rechtspf. III S. 40 ff.; VI S. 83 ff.; XXIII S. 121 ff.
¹⁾ Die Frage, ob eine derartige Zerteilung stattgefunden habe, unterliegt der Beurteilung im einzelnen Falle und muß nötigenfalls durch richterliches Erkenntnis entschieden werden. Für die Entscheidung kann die Bestimmung im § 13 des mittelst Ministerialerlasses v. 19. Febr. 1891 genehmigten Statutes, die Verfassung der Ritterschaft des Herzogtums Braunschweig betr., durch welches die Bestimmungen in Anl. c. des Landtagsabschiedes v. 5. Sept. 1855 (Nr. 47) teils abgeändert teils näher bestimmt sind — vgl. den Landtags-

Der Verlust des Patronatrechtes tritt ein bei erwiesener Simonie des Patrons, d. h. wenn er für die Verleihung der Pfründe oder die Präsentation von dem Bewerber oder einem Anderen mehr, als das zulässige Lehngeld, an Geld oder Geldeswert genommen hat; hat der Patron von einem Bewerber unzulässige Bezahlung oder Vergütung gefordert, aber nicht erhalten, so verliert er das Präsentationsrecht für den vorliegenden Fall²⁾.

Ist der Verlust des Präsentationsrechtes für den vorliegenden Fall eingetreten (vgl. auch § 68 bei Anm. 1), so wird die Pfarrstelle von der Kirchenregierung für das Mal so besetzt, als ob das Patronatrecht nicht vorhanden wäre.

§ 70. cc. Die vorhandenen Patronate.

Bei folgenden Pfarrstellen wird das Präsentationsrecht durch die dabei benannten Inhaber des Patronatrechtes ausgeübt^{a)}:

Pfarrstellen:	Patrone:
Gr.-Dahlum mit Kl.-Dahlum,	Rgl. Preussische Regierung (für das Kloster S. Michaelis in Hildesheim).
Schlieftedt mit Warle,	Eigentümer des Ritterguts Schlieftedt (v. Adelebsen geb. Gräfin v. Schwichelbt).
Uehrde,	Eigentümer des Ritterguts Ludlum (Frerichs).
Rüblingen,	Propst von Marienberg ¹⁾ .
Gr.-Bahlberg mit Banskleben,	Eigentümer des Ritterguts Gr.-Bahlberg (v. Münchhausen).
Ampleben,	Eigentümer des Ritterguts Ampleben (Cramer v. Clausbruch).
Sambleben mit Aneitlingen,	Eigentümer des Ritterguts Sambleben (v. Santelmann).
Börßum ²⁾ ,	Rgl. Preussische Regierung (für das Kloster Wöltingerode).

abschied v. Sept. 1889 (Nr. 44) Art. 4, IV, Art. 14 und die dort ang. Anlagen — über den Verlust der Ritterguteigenschaft nicht ohne weiteres benutzt werden, da sie, wie das Statut überhaupt, sich nur auf die in diesem behandelten, speziell so benannten ritterschaftlichen Berechtigungen bezieht.

²⁾ E. R. D. I c II § 6. Vgl. oben § 68.

^{a)} Wegen des Patronatrechtes des Stadtmagistrates in Braunschweig über verschiedene dortige Kirchen s. auch § 71.

¹⁾ Der Propst hat für Rüblingen den von der Gemeinde Eikum gewählten Geistlichen zu präsentieren.

²⁾ Bormum, seit 1692 mit Börßum verbunden, verleiht die Kirchenregierung dem für Börßum Ernannten.

Pfarrstellen:

Rissenbrück mit Meindorf,

Gr.-Winnigstedt,

Destedt mit Hemkenrode,

Erferode mit Lucklum,

Exemlingen mit Schulenrode,

Al.-Stöckheim mit Meverode,

Beltheim a. d. Ohe,

Mascherode,

(Alvesse mit) Wierthe,

Beddingen mit Bleckenstedt,

Geitelde mit Stiddien,

Galchter mit Linden,

Röchingen mit Liedingen,

Delber am weißen Wege,

Lebenstedt,

Bruchmachterßen,

Patrone:

Zwei Mal der Eigentümer des Ritterguts Hedwigsburg (Graberg), das dritte Mal der Eigentümer des Ritterguts Meindorf (v. Löhneysen).

Abt von Riddagshausen.

Eigentümer des Ritterguts Destedt (v. Beltheim).

Eigentümer des Ritterguts Lucklum (Frerichs).

Eigentümer des Ritterguts Exemlingen (v. Beltheim).

Stift Steterburg abwechselnd mit dem Landesfürsten (für das Stift S. Blasii in Braunschweig).

Eigentümer des Ritterguts Beltheim a. d. Ohe (v. Beltheim).

Abt von Riddagshausen.

die Familie v. Schwarzkoppen einmal, das andere Mal findet Gemeindevahl statt (§ 71).

Stift Steterburg, abwechselnd mit der Kirchenregierung.

Stift Steterburg.

Stift Steterburg abwechselnd mit der Kirchenregierung.

die Familie v. Gramm, als Inhaberin des braunschweigisch. Erbkämmerei-lehens³⁾, abwechselnd mit der Kirchenregierung.

Eigentümer des Ritterguts Delber a. w. Wege (v. Gramm).

die v. Gadenstedt zu Gadenstedt.

Kgl. Preussische Regierung (für das Kloster Dorstadt).

³⁾ Die Ausübung dieses Patronatrechtes hängt davon ab, daß das präsentierende Mitglied der Familie v. Gramm sich als derzeitiger Besitzer des bezeichneten Lehens ausweist.

Pfarrstellen:

Patrone:

Rüningen,
Bortfeld,

die Familie v. Schwarzkoppen.
die Familie v. Cramm, zur Zeit deren
auf Delber a. w. Wege ansässige
Linie.

Lehndorf,

Propst zum Kreuzkloster in Braun-
schweig.

Bevenrode mit Bienrode und Waggum,

Abt von Niddagshausen, Graf v. Wal-
moden-Gimborn und Freiherr Grote
abwechsfeld.

Gr.-Brunrode.

Eigentümer des Ritterguts Gr.-Brun-
rode (v. Bülow).

Gordorf,

die v. Beltheim zu Harbke.

Niddagshausen (Querum),

Abt von Niddagshausen.

Sondelage,

Abt von Niddagshausen.

Meerdorf,

Abt von Niddagshausen.

Helmstedt S. Stephani, zweite Pre-
digerstelle,

Stadtmagistrat zu Helmstedt.

Wolksdorf mit Runstedt,

Propst von S. Lorenz in Schöningen
abwechsfelnd mit dem Landesfürsten
(für das Kloster S. Ludgeri in
Helmstedt).

Marienberg,

Propst zu Marienberg.

Marienthal mit Grasleben u. Barmke,

Abt von Marienthal.

Königslutter Stadt, mit Rottorf,

Abt von Königslutter.

Königslutter Stift, mit Sunstedt,

Abt von Königslutter.

Glentorf mit Voimstorf,

Eigentümer des Ritterguts Glentorf
(v. Beltheim-Bartensleben).

Belpke mit Wahrstedt,

Eigentümer des Gutes Bülstedt
(Rimpau).

Wolkmarisdorf,

Kgl. Preussische Regierung (für das
Stift Walbeck).

Nordsteinke⁴⁾,

Eigentümer des Ritterguts Nord-
steinke (Graf v. d. Schulenburg).

⁴⁾ Der Patron hat für Nordsteinke den für Wolkmarisdorf Ernannten zu präsentieren.

Pfarrstellen:

Saalsdorf mit Mackendorf,
 Gr.-Twülpstedt,
 Stadt Schöningen,
 Hoiersdorf m. S. Lorenz i. Schöningen,
 Söllingen,
 Dffleben mit Reinsdorf Esbeck,
 Esbeck,
 Wobed⁵⁾,
 Brunkenjen mit Hohenbüchen,
 Wolperode⁷⁾,
 Delligsen mit Raierde,
 Ortschaften mit Jerze,
 Schlewecke,
 Bodenburg S. Laurentii,
 Bodenburg S. Johannis,
 Volkersheim,
 Gittelde,
 Kirchberg mit Aldehausen,
 Alfefeld mit Wolfshagen,

Patrone:

Eigentümer des Ritterguts Altena
 (v. Davier).
 Eigentümer des Ritterguts Gr.-
 Twülpstedt (v. Strombeck).
 Propst von S. Lorenz in Schöningen.
 Propst von S. Lorenz in Schöningen.
 Propst von S. Lorenz in Schöningen.
 Abt von Ribdagshausen.
 Propst von S. Lorenz in Schöningen.
 Abt von Ribdagshausen.
 Eigentümer des Ritterguts Brun-
 fenzen (Graf v. Görz-Brisberg⁶⁾).
 Eigentümer des Ritterguts Wolpe-
 rode (Wendt).
 die Familie v. Cramm, zur Zeit deren
 auf Delber a. w. Wege ansässige
 Linie,
 Propst von Frankenberg.
 der jedesmalige Senior der Familie
 v. Salder.
 Eigentümer des Ritterguts Boden-
 burg (v. Steinberg).
 Eigentümer des Ritterguts Boden-
 burg (v. Steinberg).
 Eigentümer des Ritterguts Volkers-
 heim (v. Gadenstedt).
 die v. Gadenstedt auf Gadenstedt ab-
 wechselnd mit der Kirchenregierung.
 Eigentümer des Ritterguts Kirchberg
 (v. Petersdorff-Campen).
 Kgl. Preussische Regierung für das
 Stift S. Simonis und Judae in

⁵⁾ Der Patron hat für Wobed den von der Gemeinde Twiefelingen gewählten Geistlichen zu präsentieren.

⁶⁾ Brunfenzen wird von der braunschweigischen Ritterschaft als Rittergut nicht mehr anerkannt.

⁷⁾ Der Patron hat den für Gremshausen ernannten Geistlichen zu präsentieren.

Pfarrstellen:

Patrone:

Altendorf mit dem Diafonate zu Holz-
minden,

— Stadtolbendorf, Primariat,

— Stadtolbendorf, Diafonat mit Ar-
holzen und Braak,
Eschershausen, Primariat,

Kirchbraak,

Dielmissen,

Deensen,

Meinbregen,

— Negenborn mit Amelunxborn,
Ottenstein mit Grave,

Heyen,

Hehlen,

Halle,

Harderode mit Bremke,

Wisperode,

Bessingen,

Goslar zweimal, das dritte Mal
die Kirchenregierung.

der erste Prediger zu Holzminen u. der
Stadtmagistrat das gemeinschaftlich.
Abt von Amelunxborn.

Abt von Amelunxborn.

Kgl. Preussische Regierung (für den
Bischof von Hildesheim).

die Eigentümer der Rittergüter Kirch-
braak und Westerbraak (v. Grone) ab-
wechselnd.

das kgl. Konsistorium zu Münster zwei-
mal, dann einmal die v. Münch-
hausen.

Eigentümer des Ritterguts Deensen
(v. Campe).

Eigentümer des Ritterguts Mein-
bregen (v. Mansberg).

Abt von Amelunxborn.

Kgl. Regierung zu Hannover (für das
Stift S. Bonifacii in Hameln).

Kgl. Regierung zu Minden (für das
Stift Corvey).

Eigentümer des Ritterguts Hehlen
(Graf v. d. Schulenburg).

Eigentümer des Ritterguts Hehlen
(Graf v. d. Schulenburg).

Eigentümer des Guts Harderode
(v. Blum).

Eigentümer des Ritterguts Wisperode
(Vosß).

Eigentümer des Ritterguts Wisperode
(Vosß).

§ 71. c. **Wahlrecht der Gemeinde.**

Nur diejenigen Gemeinden sind befugt, der Kirchenregierung einen von ihnen gewählten Geistlichen behuf der Verleihung des Pfarramtes zu präsentieren, welche dieses Recht durch besondere Verleihung erworben haben oder kraft Herkommens besitzen. Das Vorhandensein des Rechtes muß die Gemeinde, wenn es bestritten wird, beweisen und seine Anerkennung nötigenfalls im Wege des Zivilprozesses durchzusetzen suchen.

Das Wahlrecht einschließlich der Präsentation des Gewählten ist binnen sechs Monaten nach der Erledigung der Pfarrstelle auszuüben; eine Erstreckung dieser Frist kann durch das Konsistorium bewilligt werden¹⁾. Die Wahl geschieht durch das aus dem Kirchenvorstande und besonders dazu gewählten Gemeindegliedern gebildete Wahlkollegium unter Leitung des stellvertretenden Vorsitzenden des Kirchenvorstandes (§ 40 1 a). Das Wahlkollegium (der „verstärkte Kirchenvorstand“) tritt zunächst nach Anordnung des Superintendenten zusammen, um sich über drei zur Wahlpredigt aufzufordernde Bewerber zu einigen; sind nur drei oder weniger Bewerber vorhanden, so können selbstverständlich nur diese zur Wahlpredigt ausersehen werden. Durch den Superintendenten werden die vom Wahlkollegium ausgewählten oder ohne Auswahl ausersehenen Bewerber dem Konsistorium angezeigt, welches deren Zulässigkeit prüft, in Bezug auf Geistliche, welche bisher der Landeskirche nicht angehört haben, die Entscheidung des Landesfürsten einholt (§ 61)²⁾ und darauf über die Zulassung der benannten Bewerber tunlichst bald Bescheid erteilt. Sodann hat der verstärkte Kirchenvorstand nach Anordnung des Superintendenten die Haltung der Wahlpredigten seitens der zugelassenen Bewerber zu veranlassen. Danach wird durch die beiden Kirchenvisitatoren³⁾ der Wahltermin angesetzt und nach zuvoriger Bekanntmachung mittelst kirchlicher Abkündigung an einem Sonntage im Anschlusse an den Vormittagsgottesdienst vor versammelter Gemeinde abgehalten. Die Wahl geschieht durch Stimmzettel; einfache Stimmenmehrheit entscheidet. Bei Stimmengleichheit wird der Wahlakt in näher bestimmter Weise wiederholt; tritt sie auch im zweiten Wahlgange ein, so entscheidet das Los⁴⁾.

¹⁾ Nr. 1 des auf grund des § 25 des R. B. G. erlassenen Ausschreibens des Konsistoriums v. 1. Nov. 1854, das Verfahren bei der Wahl der Prediger betr. (Bege VIII S. 154). — Diese Frist gilt nur für die Predigerwahlen in der Stadt Braunschweig. — Das Vorhandensein von Gnadenhalbjahrberechtigten hindert ihren Lauf nicht. (Regulativ v. 10. Mai 1885 — vgl. Ann. 7).

²⁾ Nr. 4 und 5 des ang. Ausschreibens.

³⁾ R. B. G. § 25 Abs. 3.

⁴⁾ Das Genauere über das Wahlverfahren s. in den Nummern 2 bis 9 des ang. Ausschreibens.

Der Gewählte wird dem Konsistorium in einer von sämtlichen Wählern zu unterschreibenden, mit dem Kirchensiegel zu versehenen und von den beiden Kirchenvisitatoren zu beglaubigenden Urkunde präsentiert. Die Kosten der Reisen der Visitatoren behuf des Wahlverfahrens und die Diäten der letzteren trägt die Kirchenkasse; etwaige sonstige Kosten des Wahlverfahrens werden mit Genehmigung des Konsistoriums aus der Pfarrvakanzkasse (§ 77) oder bei deren Unvermögen gleichfalls aus der Kirchenkasse bestritten⁶⁾.

Abweichende Bestimmungen gelten für die wahlberechtigten Kirchengemeinden in der Stadt Braunschweig⁷⁾. Nach diesen ist der Kirchenvorstand zunächst erforderlichenfalls durch Ergänzungswahlen auf die volle gesetzliche Mitgliederzahl zu bringen; sodann findet die Wahl der gleichen Zahl von Gemeindegliedern statt, welche ihn behuf der Predigerwahl zu verstärken haben (§ 40). Das so gebildete Wahlkollegium (der verstärkte Kirchenvorstand) wählt sodann unter den Bewerbern sechs aus, welche zur Wahlpredigt zugelassen werden sollen, und zeigt diese dem Stadtmagistrate und, durch Vermittelung der Kirchenvisitatoren, dem Konsistorium an. Sind darunter Geistliche, welche der Landeskirche bisher nicht angehört haben, so ist zunächst durch den Stadtmagistrat die Genehmigung des Landesfürsten zu ihrer Zulassung einzuholen. Wird dieselbe versagt, so kann der verstärkte Kirchenvorstand an Stelle der zurückgewiesenen andere Bewerber in Vorschlag bringen. Darauf verlost derselbe nach Anordnung des Stadtsuperintendenten die für die Sonntage, an denen die Wahlpredigten stattfinden sollen, vorgeschriebenen kirchlichen Texte (Perikopen) unter die zugelassenen Bewerber, fordert diese schriftlich zur Wahlpredigt auf und gibt davon dem Stadtmagistrate und den Kirchenvisitatoren Nachricht. Der Beginn der Wahlpredigten wird am Sonntage zuvor angekündigt. An dem auf die letzte Wahlpredigt folgenden Sonntage tritt der verstärkte Kirchenvorstand nach dem vom Stadtsuperintendenten unter Bezugnahme auf die bevorstehende Wahl gehaltenen Hauptgottesdienste in der Sakristei zur Wahl zusammen. Zwei Dritteile der Wähler müssen an der Wahlhandlung teilnehmen. In drei getrennten Wahlgängen wird durch Zettelwahl festgestellt, welcher Bewerber an erster, zweiter und dritter Stelle dem Stadtmagistrate zur Auswahl präsentiert werden soll. Die Wahl wird entschieden durch absolute Stimmenmehrheit. Ist diese bei der ersten Abstimmung nicht erreicht, so wird die Abstimmung wiederholt; ergiebt sich auch dann

⁵⁾ Nr. 10 das.

⁶⁾ Nr. 11 des ang. Ausschreibens. — Die Diäten betragen 6 M. für den Tag.

⁷⁾ Regulativ v. 10. Nov. 1855 (Mitsbl. 1894 S. 67). Die Domgemeinde, S. Petri-gemeinde und Kreuzklostergemeinde haben keine Wahlberechtigung.

keine absolute Mehrheit, so wird die Abstimmung unter Beschränkung auf die beiden Bewerber, welche die meisten Stimmen erhalten haben, wiederholt. Tritt dann Stimmengleichheit ein, so entscheidet das Los. Das Wahlergebnis wird unter Mitteilung des Wahlprotokolls den Kirchenvisitatoren angezeigt. Nachdem diese unter dem Protokolle die ordnungsmäßige Vornahme der Wahl bezeugt haben, werden die drei gewählten Bewerber vom verstärkten Kirchenvorstande dem Stadtmagistrate unter Beifügung des Wahlprotokolls zur Auswahl präsentiert.

Der Stadtmagistrat wählt aus den drei Präsentierten den einen aus, dem die Pfarrstelle verliehen werden soll, und präsentiert ihn unmittelbar dem Landesfürsten. Ist von diesem die Präsentation bestätigt, so setzt der Stadtmagistrat den Kirchenvorstand davon in Kenntnis; am nächsten Sonntage wird der ernannte Prediger durch Abkündigung der Gemeinde bekannt gemacht^{a)}.

Danach findet die Verpflichtung des Ernannten vor dem Konsistorium statt, welches sodann wegen seiner Einführung in das Pfarramt Verfügung erläßt.

Wird seitens der berechtigten Gemeinde das Wahlrecht binnen der gesetzten Frist nicht ausgeübt, so wird die erledigte Pfarre ohne Rücksicht auf dasselbe von der Kirchenregierung besetzt.

In der Stadt Braunschweig ist seit langer Zeit ein Recht tatsächlich ausgeübt, wonach die zweiten Prediger an den dortigen Stadtkirchen bei Erledigung der ersten Predigerstellen in diese ohne vorherige Wahl und Ernennung einrücken. Eine Verpflichtung des zweiten Predigers hierzu besteht nicht. Erklärt er binnen 4 Wochen nach der Erledigung der ersten Predigerstelle schriftlich dem Konsistorium, daß er in die erste Stelle einrücken wolle, so ist der Übergang des zweiten Predigers in die erste Stelle als mit dem Tage der Ausstellung der Erklärung vollzogen zu betrachten. Gibt er dagegen binnen 4 Wochen keine Erklärung ab, so wird angenommen, daß er die erste Stelle nicht übernehmen wolle. Die Kirchenvisitatoren sollen den beteiligten zweiten Prediger zur Abgabe einer schriftlichen Erklärung darüber, ob er in die erste Stelle einrücken wolle, auffordern und die erhaltene Erklärung an das Konsistorium einsenden (Amtsblatt 1894 S. 44).

Folgenden Gemeinden steht das Wahlrecht zu:

(Eigum^{b)}).

^{a)} Für die Johannisgemeinde und die Pauligemeinde steht dem Stadtmagistrate das Präsentationsrecht nicht zu, daher werden vom verstärkten Kirchenvorstande die gewählten drei Bewerber dem Landesherrn mittelst einer beim Konsistorium einzureichenden Eingabe präsentiert. Regulativ v. 10. Aug. 1894 (Amtsblatt S. 66)

^{b)} Die Gemeinde Rüblingen wählt nicht mit; vgl. § 70.

Al.-Winnigstedt.

Seinstedt.

Ulvesse; Gemeindewahl abwechselnd mit Präsentation seitens der Familie v. Schwarzkoppen, welcher das Patronatrecht über Bierthe zusteht (Vgl. § 70).

Lobmachterfen.

Zwießlingen⁹⁾.

Herrhausen, Gemeindewahl, abwechselnd mit Verleihung durch die Kirchenregierung wegen Engelade und Dannhausen. Diese Gemeinden nehmen an der Wahl nicht Teil.

Langelshelm¹⁰⁾.

Braunschweig S. Magni,

" S. Katharinen,

" S. Martini,

" S. Andreae,

" S. Ulrici,

" S. Michaelis,

" S. Johannis,

" S. Pauli.

§ 72. d. **Votation.**

Die Votation ist die namens der Kirchengemeinde oder der mehreren Kirchengemeinden im Bezirke der zu besetzenden Pfarre von dem Kirchenvorstande oder den mehreren Kirchenvorständen in urkundlicher Form mit Unterschrift aller beteiligten Kirchenverordneten und Beisetzung des Kirchensiegels abzugebende Erklärung, daß seitens der Gemeinde gegen Lehre, Wandel und Gaben des zu ihrem Prediger (durch Ernennung oder durch Bestätigung einer Präsentation oder durch Versetzung) bestimmten Geistlichen nichts erinnert werde, und daß man daher bereit sei, ihn als Prediger und Seelsorger aufzunehmen¹⁾. Diese Erklärung wird regelmäßig abgegeben, nachdem der bestimmte Geistliche auf Verfügung des Konsistoriums und nach näherer Anordnung der Kirchenvisitatoren²⁾ in der Kirche seiner künftigen Ge-

⁹⁾ Die Gemeinde Wobek wählt nicht mit; vgl. § 70.

¹⁰⁾ Bei einzelnen anderen Gemeinden ist ihr ursprüngliches Wahlrecht bei ihrer Verbindung mit einem andern Pfarrbezirke (§ 27, XI) erloschen und sie haben nur die Befugnis behalten, den vom Landesfürsten ernannten Geistlichen zu vocieren (§ 72). So bei Hallendorf (§ 25, II A V, 9).

¹⁾ Das Votationsrecht, begründet schon durch die R. D. Z. (S. 197 ff.) ist neu geordnet durch das Ausschreiben v. 22. Mai 1880 (Nr. 18). S. namentlich dessen § 1.

²⁾ Wo, wie z. B. in Wolfenbüttel bei der Hauptkirche B. M. V. die Mitwirkung des weltlichen Visitators durch das Herkommen ausgeschlossen ist, ordnet der geistliche Visitator allein das Erforderliche an.

meinde³⁾ einen Hauptgottesdienst mit Predigt gehalten hat; sie kann jedoch für bereits ordinierte Geistliche auch ohne weiteres unter Verzicht auf die Probepredigt ausgestellt werden⁴⁾. Die Urkunde, in welcher sie enthalten ist, heißt der „Vokationschein“.

Die Beratung des Kirchenvorstandes über die Ertheilung oder Verweigerung der Vokation folgt unter Leitung der Kirchenvisitatoren⁵⁾ dem Probegottesdienste. Bei Verweigerung der Vokation sind die Gründe derselben einzeln und genau anzugeben und in das von den Kirchenvisitatoren zu beglaubigende Protokoll aufzunehmen⁶⁾.

Mehrere Kirchenvorstände desselben Pfarrbezirkes haben zu gemeinschaftlicher Beratung wegen der Vokation am Pfarrorte unter Leitung des Vorsitzenden des dortigen Kirchenvorstandes zusammenzutreten⁷⁾. Den Vorsitz im Kirchenvorstande führt bei allen auf die Vokation bezüglichen Verhandlungen der stellvertretende Vorsitzende; der mit dem Voritze im allgemeinen beauftragte Geistliche hat sich jeder Tätigkeit bei dem Vokationsverfahren oder in Bezug auf dasselbe gänzlich zu enthalten⁸⁾.

Über das Ergebnis der Vokationsverhandlungen haben die Kirchenvisitatoren, falls der Vokationschein ausgestellt ist unter Beifügung desselben, an das Konsistorium zu berichten. Ist die Vokation verweigert, so prüft das Konsistorium unter Zuziehung des Synodalausschusses⁹⁾ die Angelegenheit. Hält es die Weigerung für begründet, so beantragt es beim Landesfürsten die Ernennung eines anderen Bewerbers oder veranlaßt den Patron zur Präsentierung eines solchen (§ 68); hält es sie nicht für begründet, so beantragt es beim Landesfürsten die Ergänzung der Vokation, d. h. die Abgabe der Erklärung, daß die Verweigerung der Vokation seitens der Gemeinde unbegründet sei¹⁰⁾, welche alsdann die Stelle der Vokation vertritt.

Die Reisekosten und Diäten der Kirchenvisitatoren tragen die beteiligten Kirchenkasfen¹¹⁾.

³⁾ Ob, wo mehrere Kirchengemeinden zu einem Pfarrbezirke vereinigt sind, der Probegottesdienst allein in der Kirche am Pfarrorte oder außerdem noch in einer anderen Kirche zu halten sei, bestimmt unter tunlichster Berücksichtigung des Herkommens das Konsistorium.

⁴⁾ § II des ang. Ausschreibens.

⁵⁾ R. B. G. § 25 Abs. 3.

⁶⁾ §§ III und IV des ang. Ausschreibens.

⁷⁾ R. B. G. § 48. — Vgl. oben § 34.

⁸⁾ Gef., die Abänderung des § 25 des R. B. G. betr., v. 10. Mai 1862 (Nr. 25); § VI des ang. Ausschreibens; vgl. oben § 46.

⁹⁾ Gef., die Errichtung einer Landessynode betr., v. 3. Mai 1871 (Nr. 34) § 27. — vgl. oben § 23.

¹⁰⁾ § VIII des ang. Ausschreibens.

¹¹⁾ § IX des ang. Ausschreibens. — Selbstverständlich hat der Geistliche, der die Vokation begehrt, sich auf seine Kosten behuf des Probegottesdienstes an Ort und Stelle zu begeben. Refsr. v. 23. Jan. 1879 in der Refsr.-Sammlg. des Konsist.

Die Vakation fällt weg:

- 1) wo die Präsentation auf Gemeindewahl erfolgt ist¹²⁾;
- 2) wo der Prediger auf eine andere Pfarrstelle an derselben Gemeinde, der er bisher gedient hat, versetzt wird¹³⁾;
- 3) bei Gemeinden ohne Kirchenvorstand (§ 32);
- 4) bei den Stellen der Stadtabjunkten in Braunschweig, da diese nicht als Pfarrämter für eine bestimmte Gemeinde anzusehen sind (§ 25 II B I);
- 5) bei einstweiliger Beauftragung eines Geistlichen mit der Versetzung eines Pfarramtes (§ 66 a. G.) ohne Verleihung der Pfründe¹⁴⁾.

Dagegen bleibt das Vakationsrecht der Gemeinde vorbehalten, wenn ein Geistlicher gemäß § 11 des Kirchenges. das Einkommen der Geistlichen der ev.-luth. Landeskirche betr., v. 28. Juni 1902 (Nr. 28) auf eine andere Pfarrstelle wider seinen Willen versetzt ist (§ 67 Anm. *). In diesem Falle kann der Geistliche, wenn er sich weigert, bei seiner Vakation mitzuwirken, durch landesfürstliche Verfügung seiner bisherigen Pfarrstelle ausdrücklich für verlustig und zugleich die neue Verleihung für unwirksam erklärt werden¹⁵⁾;

§ 73. e. **Verpflichtung auf das Amt. Bestellung. Amtspredigt.**

Die Verpflichtung des Geistlichen auf die besonderen Obliegenheiten des ihm verliehenen Amtes geschieht durch Abnahme des Dienstleides vor versammeltem Konsistorium, oder ausnahmsweise auch vor einem dazu beauftragten Mitgliede desselben. Sie erfolgt bei Geistlichen, welche der Vakation bedurften, nachdem der Vakationschein (§ 72) eingegangen und richtig befunden ist; bei gemeindefeitig gewählten Geistlichen (§ 71) nach erfolgter Bestätigung der Wahl, bei Geistlichen, welche ohne Wahl oder Vakation das Amt übernehmen (§ 72 a. G. 2, 3, 4 und 5) nach erfolgter Ernennung oder Beauftragungsverfügung. Sie unterbleibt herkömmlich:

- a. bei bereits im Pfarramte stehenden Geistlichen, wenn ihnen die einstweilige Verwaltung eines erledigten geistlichen Amtes übertragen wird (§ 77);
- b. bei ausländischen Geistlichen, welche einen braunschweigischen Kirchenbezirk zu verwalten haben (§ 27, XII).

¹²⁾ R. B. G. § 25 Abs. 2.

¹³⁾ So namentlich beim Uebergang eines Geistlichen von der zweiten auf die erste Predigerstelle an derselben Kirche.

¹⁴⁾ § I Abs. 1 des ang. Aussschr. — Wenn der einstweilen Beauftragte nachher wirklicher Inhaber der Pfarrstelle werden soll, so bedarf es dazu der Vakation.

¹⁵⁾ Abs. 5 und 6 des im Texte angeführten Gesetzesparagraphen.

Der Geistliche hat zur Verpflichtung in voller Amtstracht zu erscheinen. Der Inhalt des zu leistenden Dienstoides umfaßt:

1) Das Gelöbniß der Erfüllung der durch das verliehene Amt auferlegten Pflichten;

2) Die Zusage, in dem angewiesenen Wirkungskreise die Gesetze und die Landesverfassung beobachten zu wollen¹⁾.

Der Ableistung des Dienstoides hat die Ableistung des Erbhuldigungsoides²⁾ voranzugehen, falls der Geistliche diesen nicht etwa schon früher geleistet hat. Ihr zu folgen hat bei von Patronen Präsentierten die Ableistung des s. g. Simonieoides, d. h. der eidlichen Versicherung, daß der Patron, soweit der Schwörende wisse, zur Verleihung der Pfarre nicht durch Bestechung vermocht sei, und daß er (der Schwörende), dem Konsistorium Anzeige machen werde, wenn er späterhin noch in Erfahrung bringen sollte, daß der Patron bestochen sei³⁾ (vgl. § 68 unter 1, § 79 a. E.) Die Abnahme des Simonieoides findet herkömmlich nicht statt, wenn das Patronatrecht einer fremden Kirchen- oder Landesregierung zusteht.

Ist der zu Verpflichtende innerhalb der Landeskirche bereits in einem Amte mit gleichartigen Dienstpflichten, wie sie das zu übernehmende auferlegt, angestellt gewesen, so kann die Abnahme des Dienstoides durch die Verweisung auf den früher geleisteten Dienstoid ersetzt werden.

Mit der Verpflichtung ist Alles erfüllt, was behuf Übertragung und Übernahme des bestimmten geistlichen Amtes zu geschehen hatte. Die Erklärung der Kirchenbehörde, daß dem so sei, heißt die „Bestellung“. Sie erfolgt regelmäßig in der Form, daß dem Geistlichen nach der Verpflichtung mündlich eröffnet wird, er sei nunmehr zu dem zu übernehmenden Amte „bestellt“⁴⁾.

¹⁾ R. L. D. § 226. Das Eidesformular lautet: „Ich schwöre, die Pflichten des mir übertragenen Amtes eines (einzufügen: Generalsuperintendenten, Superintendenten, Predigers und Seelsorgers, Geistlichen an der . . . Anstalt, Pfarrkollaborators, Pfarrverweisers, Präbikanten u. dgl. m.) gewissenhaft zu erfüllen und in dem mir angewiesenen Wirkungskreise die Gesetze und die Landesverfassung genau zu beobachten, so wahr mir Gott helfe und sein heiliges Wort“.

²⁾ R. L. D. § 26 (vgl. auch E. R. D. I. c. III § 1). Die Form des Erbhuldigungsoides richtet sich nach dem Gesetze v. 12. Febr. 1886 (Nr. 9). Das Formular lautet: „Ich schwöre Treue und Gehorsam dem Regenten des Herzogtums sowie Gehorsam den Gesetzen“, so wahr u. s. w.

³⁾ Das Formular des Simonieoides lautet: „Ich schwöre einen Eid zu Gott und auf sein heiliges Evangelium, daß ich, um die Präsentation auf die Pfarre in zu erlangen, dem Patron oder Jemandem, der dazu hätte förderlich sein können, weder etwas gegeben, geleistet noch versprochen habe, auch daß solches, soviel mir bekannt ist, für mich von einem Anderen nicht geschehen sei, und daß ich, wenn ich davon in der Folge Kenntnis erhalten sollte, an das Herzogl. Konsistorium sofort darüber Bericht erstatten werde“, so wahr u. s. w.

⁴⁾ Wegen der Bestellungsgebühr s. § 51 a. E.

Der bestellte Geistliche ist verbunden, an dem auf die Bestellung folgenden Sonntage in der Hauptkirche B. M. V. zu Wolfenbüttel die s. g. „Amtspredigt“ zu halten, d. h. nicht nur zu predigen, sondern den ganzen Hauptgottesdienst zu verrichten. Das Konsistorium kann die Haltung der Amtspredigt aus eigenem Antriebe oder auf begründetes Ansuchen des Geistlichen erlassen⁵⁾.

§ 74. f. Umzug der Geistlichen zum Amtssitze.

Jeder Geistliche, dem ein Pfarramt im Herzogtum (außerhalb der Stadt Braunschweig*) verliehen worden, ist berechtigt zu verlangen¹⁾, durch seine künftige Gemeinde²⁾ von seinem bisherigen Wohnsitz innerhalb der Grenzen des Herzogtums mit seinem ganzen Hauswesen unentgeltlich an seinen Amtssitz geschafft zu werden. Wenn der Geistliche seinen Wohnsitz außerhalb der Landesgrenzen hat, so beschränkt sich die Verpflichtung der Gemeinde auf seine Verschaffung von der Landesgrenze an³⁾. Wo sich der Umzug nach den tatsächlichen Verhältnissen nicht wohl in zwei Teile (außerhalb und innerhalb des Herzogtums) zerlegen läßt, muß die Gemeinde einen nach Billigkeit zu bemessenden Teil der Gesamtkosten desselben übernehmen.

Als zum Hauswesen des Geistlichen gehörig sind Möbeln, Hausgerät und alle zur geschäftlichen wie häuslichen Einrichtung dienliche Gegenstände anzusehen, welche zur Zeit seines Umzuges nach der Pfarrstelle in seinem Eigen-

⁵⁾ Die Amtspredigt gibt dem Konsistorium Gelegenheit, von den praktischen Leistungen des Geistlichen Kenntnis zu gewinnen. Sie ist ihrer rechtlichen Bedeutung nach wesentlich verschieden von dem Kolloquium (§ 67 a. E.). Das letztere findet vor der Votation und Verpflichtung statt, und sein Bestehen ist Bedingung für die wirkliche Erwerbung des verliehenen Amtes; die erstere wird nach der Verpflichtung gehalten und ist nicht Bedingung für die Erwerbung des Amtes. Sollte indessen ein Geistlicher sich der vorgeschriebenen Haltung der Amtspredigt entziehen wollen, so würde das Konsistorium nicht nur Zwangsmittel (§ 53) gegen ihn anwenden, sondern auch den Auftrag zu seiner Einführung in das verliehene Amt bis zur Erfüllung jener Vorschrift zurückhalten können.

^{*)} Obwohl das Reglement von 1782 (Ann. 10) eine Ausnahme bezüglich der Stadt Braunschweig nicht macht, wird doch herkömmlich bei Versetzungen nach Braunschweig die Umzugskostenfrage nicht berührt. Die fragl. Berechtigung der Geistlichen scheint deshalb, wenigstens tatsächl., gegenüber den Gemeinden der Stadt Braunschweig nicht ausgeübt zu werden.

¹⁾ Nur vorübergehend mit der einstweiligen Verwaltung eines Pfarramtes Beauftragte haben dieses Recht nicht; ihnen werden die Reisekosten oder Umzugskosten nach billigem Ermessen des Konsistoriums, in der Regel aus Pfarrvakanzmitteln (vgl. jedoch § 64), vergütet. — War jedoch die Form einstweiliger Beauftragung nur gewährt, um die Versetzung der erledigten Pfarre durch den für sie bestimmten Geistlichen schon zu einer Zeit zu ermöglichen, wo noch nicht sämtliche die Einführung bedingende Rechtsakte vollzogen worden, so müssen nach der Absicht des Gesetzes, nachdem diese Rechtsakte geschehen, die Umzugskosten dann nachträglich von der Gemeinde getragen oder erstattet werden.

²⁾ Gemeinde im Sinn von Pfarrgemeinde; vgl. § 30. Ob und inwieweit einzelne Kirchengemeinden in einem Pfarrbezirke (z. B. weil sie früher einen selbständigen Pfarrbezirk für sich gebildet haben) sich von der Mittragung der Umzugskosten ausschließen können, entscheidet das Herkommen, dessen Inhalt nötigenfalls auf dem Wege des Rechtsstreites festgestellt werden muß; die Berufung auf den zu beginnenden oder bereits erhobenen Rechtsstreit befreit nicht von der Verpflichtung zu einstweiliger Uebernahme des streitigen Kostenanteils.

³⁾ Konf. Refr. v. 31. Okt. 1883 in der Refr. Sammlg.

tum oder im Eigentum der Personen, die in häuslicher Gemeinschaft mit ihm leben oder am neuen Amtssitze leben sollen⁴⁾, sich befinden und zur sofortigen Aufnahme in das dortige Pfarrhaus bestimmt sind. Größere Wirtschaftsvorräte und Heizmaterial gehören nur soweit dazu, als ihre Mitführung nach den besonderen Umständen des Falles ausnahmsweise für angemessen und üblich zu betrachten ist⁵⁾.

Die Verpflichtung beschränkt sich auf den eigentlichen Transport, d. h. was die Sachen anlangt, auf das Herauschaffen derselben aus den Räumen, in denen sie sich bisher befunden haben, und das Aufladen auf die Fuhrwerke, soweit beides durch das bei den Fuhren beschäftigte Personal geschehen kann⁶⁾, dann die Überführung an den neuen Wohnsitz und das Hineinschaffen in die dortige Wohnung des Geistlichen. Sie umfaßt dagegen nicht diejenigen handwerksmäßigen Arbeiten, deren es bedarf, um die fortzuschaffenden Gegenstände für den Transport herzurichten und gegen Beschädigung zu sichern, sowie um mit denselben die neue Wohnung einzurichten; ebensowenig Ausgaben, welche gelegentlich der Fortschaffung nötig werden, ohne eigentlich zu deren Kosten im engeren Sinne zu gehören⁷⁾, endlich auch nicht die Kosten an Nachtquartier und Zehrung der umziehenden Personen⁸⁾.

Die Wahl unter verschiedenen geeigneten⁹⁾ Transportmitteln steht der pflichtigen Gemeinde zu; wünscht der Geistliche in seinem Interesse ein anderes Transportmittel zu benutzen, als die Gemeinde stellen will, so muß er die dadurch etwa entstehenden Mehrkosten selbst tragen.

Die Verpflichtung der Gemeinde geht auf den Amtsvorgänger des neuen Geistlichen über:

⁴⁾ Also das Eigentum der Frau, der Kinder, der Hausdame, sonstiger Familiengenossen, Dienstboten u. s. w., auch wenn das Zusammenleben mit dem Geistlichen erst an dem neuen Pfarrsitz beginnen soll, und die Sachen sich daher an verschiedenen Orten befinden; dagegen nicht Sachen, welche der Geistliche erst nach geschehenem Amtsantritte anschafft; die Aussteuer der Braut des Geistlichen, wenn sie bei seiner Uebersiedelung nach dem neuen Amtssitz gleich seinen eigenen Sachen dorthin geschafft wird, nicht aber, wenn ihre Ueberführung dahin später für sich allein erfolgt.

⁵⁾ Das Brennholz, dessen Bezug zu den Einnahmen einer Pfarrstelle gehört, hat der Geistliche beim Verlassen derselben, soweit es nicht verbraucht oder veräußert ist, dort zurückzulassen und kann jedenfalls dessen Fortschaffung zu einer anderen Pfarrstelle auf Kosten von deren Gemeinde nicht verlangen. Konfist. Refr. v. 14. Sept. 1883 und 19. März 1884 in der Refr. Sammlg.

⁶⁾ Refr. v. 19. März 1884.

⁷⁾ z. B. Durchgangszoll (Refr. v. 10. März 1827 [Bege III S. 268]), Brückengelder, Versicherungsprämien u. dergl. m.

⁸⁾ Das ang. Refr. v. 19. März 1884.

⁹⁾ Die in früherer Zeit allgemein übliche Art der Transportmittel, nämlich von den Gemeindegemeinschaften gestellte Ackerwagen, kann wegen der dabei schwer vermeidlichen Beschädigung der wertvolleren Möbeln nach heutiger Anschauung nicht als geeignet angesehen werden.

1) wenn derselbe auf sein Ansuchen nach einer anderen Pfarrstelle versetzt und dadurch in seiner Dienstseinnahme verbessert ist, ehe noch 5 Jahre seit seiner Einführung in das verlassene Pfarramt verstrichen; er hat solchenfalls anstatt der Gemeinde die Umzugskosten des Nachfolgers allein zu tragen¹⁰⁾. Ist er mehr als 5 Jahre, aber noch nicht 20 Jahre im Dienste gewesen, so hat er für jedes an 20 fehlende Jahr ein Zwanzigstel der Umzugskosten des Nachfolgers zu tragen, bezw. der Gemeinde, welcher der Rest dieser Kosten obliegt zu erstatten. Erst wenn er nach mehr als 20 Jahren eine Versetzung mit Verbesserung erhält, ist er von der Verpflichtung zur Übernahme eines Teiles der fraglichen Kosten frei¹¹⁾.

2) Wenn der Amtsvorgänger die Pfarrstelle durch Entlassung oder Absetzung verloren hat; in diesem Falle hat er ohne Rücksicht auf die Zahl der im dortigen Pfarramte verbrachten Jahre allein, ohne Beitritt der Gemeinde, für die Umzugskosten des Amtsnachfolgers aufzukommen¹²⁾.

Der neu ernannte Geistliche hat sich mit der Gemeinde, und vorkommendenfalls mit dem Amtsvorgänger, wegen der Kosten und der Art seines Umzuges in Verhandlungen einzulassen und von dem Ergebnisse dem Konsistorium Anzeige zu machen¹³⁾. Das Konsistorium darf, ehe es diese Anzeige erhalten hat, den Auftrag zur Einführung nicht erlassen¹⁴⁾.

¹⁰⁾ Reglement v. 12. Aug. 1782 (Steinacker Sammlg. S. 520). Auschr. v. 13. März 1824 (Bege I S. 202 ff.) Nr. 3. — Wenn ein Prediger „ohne sein Ansuchen zu einer andern Gemeinde vociert wird“, so soll er nach Nr. 2 dieses Ausschreibens von der Verpflichtung zum Tragen der Kosten des Umzuges seines Amtsnachfolgers frei bleiben. Da die Vokation durch eine Gemeinde nach dem geltenden Rechte nicht erfolgen kann, wenn nicht eine Bemerkung des zu Vocierenden vorausgegangen (§§ 67 und 72), so erscheint die praktische Anwendbarkeit dieser Ausnahme zweifelhaft. — Ob durch die Versetzung eine Verbesserung in den Dienstseinnahmen erzielt sei, ergibt das Pfarrkataster (§ 123); nur muß bei der Entscheidung dieser Frage nicht allein der Zeitpunkt des Umzuges, sondern auch ein in bestimmter Aussicht stehender künftiger Vorteil (z. B. bereits abgeschlossene günstigere Verpachtung der Pfarrländerei, Wegfall einer Pfründenabgabe u. dgl. m.) mit in Betracht gezogen werden. — Der Ausdruck „durch fürstliches Konsistorium versetzt“ in Nr. 3 des Ausschreibens darf nicht so verstanden werden, als schließe er die Fälle der Versetzung in Folge der Präsentation seitens eines Patrons oder der Gemeindevahl aus. Dem widerspricht der umfassendere Wortlaut der Vorschrift im Reglement von 1782, zu der jenes Ausschreiben nur Ausführungsbestimmungen gibt, ohne sie in den Grundzügen ändern zu wollen. Der von ihr ausdrücklich hervorgehobene Grund, daß es den Kirchen und Gemeinden nicht zur Last fallen solle, wenn der Prediger eine Verbesserung durch Versetzung suche, fordert überdies entschieden ihre Anwendung auf die Fälle der Präsentation durch den Patron oder die wahlberechtigte Gemeinde, welche auch in der Praxis tatsächlich stattfindet. — Wenn dagegen die Versetzung auf eine andere Dienststelle, als ein Pfarramt, oder auf ein außerbraunschweigisches Pfarramt geschieht, so ist der Versetzte zur Tragung der Umzugskosten des Amtsnachfolgers nicht verbunden, Restr. v. 16. Dez. 1845 (Bege V S. 99).

¹¹⁾ Nr. 4 und 5 des ang. Ausschreibens.

¹²⁾ Ges. das Disziplinarverfahren gegen Kirchendiener betr., v. 15. Juni 1890 (Nr. 70) § 3 und 14. — Kirchenges., die Oberaufsicht über die Kirchendiener betr., v. 1. Dez. 1890 (Nr. 71) §§ 9 und 25.

¹³⁾ Nr. 6 des ang. Ausschreibens. — Die hier vorgeschriebene gerichtliche Beglaubigung der Erklärungen der Pflichten (an deren Stelle bei Gemeinden ohnehin die für Gemeinde-

Streitigkeiten über die Umzugskosten zwischen dem Umziehenden und den Pflchtigen bilden keinen Gegenstand des Zivilprozesses, sondern werden im Verwaltungswege entschieden¹⁵⁾. Finden sie unter Geistlichen allein statt, so entscheidet das Konsistorium und auf Beschwerde gegen dessen Verfügung das Staatsministerium. Kommen Gemeinden als Partei in Betracht, so sind für das Verfahren gegen sie die §§ 28 ff. des R. V. G. maßgebend (vgl. oben § 31); innerhalb der Gemeinde werden die Kosten nach Maßgabe der Bestimmungen über die Aufbringung der Parochiallasten eingezogen.

§ 75. g. Einführung in das Pfarramt. Pfarrübergabe.

Dem Beginne der Ausübung der Amtspflichten und des Genusses der Amtseinkünfte hat bei den Pfarrämtern und den Hilfspredigerstellen noch die Einführung in das Amt nebst der Einweisung in die Pfründe vorauszu-gehen. Die Einführung ist überdies rechtsbegründender Akt für den Anspruch der Geistlichen auf Teilnahme am Emeritierungsfonds (§ 108), an der Landes-Pfarrwitwen-Versorgungsanstalt (§ 109) und an den Generalinspektions-Predigerwitwenkassen (§ 111), bezw. auf die aus der Teilnahme an diesen Anstalten sich ergebenden Berechtigungen. Der bestellte Geistliche (§ 73) hat, wenn zuvor die Umzugskostenfrage geregelt worden (§ 74) ein Recht, die Vornahme der Einführung zu verlangen; die Bestimmung des Termins zu derselben hängt aber nicht von ihm, sondern von den Kirchenvisitatoren ab (§ 10, I), welche ihrerseits den Auftrag des Konsistoriums zur Einführung abzuwarten haben.

Die Einführung der Hilfsgeistlichen (§ 59, 4), und ebenso in der Regel die der Pfarrverweser und Prädikanten (§ 78) wird vom Konsistorium dem geistlichen Visitator (Superintendenten) allein aufgetragen¹⁾. Sie erfolgt bei Gelegenheit eines Gemeindegottesdienstes vor versammelter Gemeinde, in Eilfällen auch an einem Tage, wo Gottesdienst nicht stattfindet, in anderer geeigneter Form, z. B. durch Vorstellung des Einzuführenden im Kirchenvorstande.

urkunden in der Landgemeindeordnung vorgeschriebene Form zu treten hätte — L. G. Ordnung v. 1892 § 75 —) wird regelmäßig nicht mehr verlangt. Ubrigens braucht die Anzeige den Inhalt der Verhandlungsergebnisse im Einzelnen nicht mitzuteilen; es genügt, daß der Geistliche erklärt, er habe sich wegen des Umzuges mit dem Pflchtigen geeinigt. An Stelle dieser Anzeige wird auch die Erklärung des Geistlichen, er stehe für die Erzielung der Einigung dergestalt ein, daß er auf jede Anrufung des Konsistoriums wegen seiner Umzugskosten von vorn herein bündig verzichte, für genügend gehalten, um sodann den Einführungsauftrag zu erlassen.

¹⁴⁾ Nr. 13 des ang. Ausschreibens.

¹⁵⁾ Nr. 9 das.

¹⁾ Sollte sie ausnahmsweise mit der Einweisung in eine Pfründe verbunden sein, so kann die Teilnahme des weltlichen Visitators angeordnet werden.

Die Einführung in das Pfarramt (§ 60) wird vom Konsistorium beiden Kirchenvisitatoren²⁾ gemeinschaftlich aufgetragen³⁾. Durch dieselben wird regelmäßig der Patron von dem Einführungstermin in Kenntniss gesetzt. Die Fahrt der Visitatoren und der etwa zuzuziehenden Hilfsbeamten von ihrem Wohnsitze zum Orte der Einführung und zurück hat die Gemeinde zu besorgen oder zu vergüten (§ 30)⁴⁾. Nach vorausgegangener kirchlicher Abkündigung erfolgt die Einführung vor versammelter Gemeinde am Schlusse des Hauptgottesdienstes, den regelmäßig der Einzuführende, oder seltener ein assistirender Geistlicher hält, in der Kirche am Orte des Pfarrsitzes⁵⁾. In Filialen findet keine besondere Einführung statt, ob in kombinierten Mutterkirchen (§ 27 I), entscheidet das Herkommen. Die Einführung besorgt der Superintendent; wenn der Einzuführende selbst der Superintendent ist, der Generalsuperintendent; wenn er selbst der Generalsuperintendent ist, ein geistliches Mitglied des Konsistoriums⁶⁾. Mindestens ein assistirender Prediger ist bei derselben zuzuziehen⁷⁾.

Der Einführungsakt beginnt mit einer vor dem Altare zu haltenden Anrede des Einführenden an die Gemeinde; enthält die Eröffnung von der Bestellung des Einzuführenden zu dem fraglichen Pfarramte sowie die Ermahnung der Gemeinde, ihn demnach als ihren Prediger und Seelsorger zu achten und in allen sein Amt betreffenden Dingen ihm zu folgen, und wendet sich dann mit der Mahnung zu unsträflichem Wandel, amtlicher Treue und rechter Lehre an den Einzuführenden. Dieser hat das Gelöbniß, solcher Mah-

²⁾ Wo, wie in Wolfenbüttel bei der Hauptkirche B. M. V. die Mitwirkung des weltlichen Visitors durch das Herkommen ausgeschlossen ist, besorgt die Einführung einschließlich der dabei erforderlichen weltlichen Geschäfte der geistliche Visitor (Stadtsuperintendent) allein.

³⁾ Für den Erlaß dieses Auftrages des k. g. Introduktoriiums, hat der Einzuführende eine Gebühr an die Konsistorialkasse zu entrichten (§ 51 a. E.)

⁴⁾ Ausschreiben v. 3. März 1824 (Bege I S. 202 ff.) Nr. 8. Eine Ausnahme findet herkömmlich bei Lunen insoweit statt, daß die Kosten der Reise des geistlichen Visitors aus der Pfarrvakanzkasse bestritten werden. — Die Reise des Amtsvorgängers zur Einführung des Amtsnachfolgers bezahlt nicht die Gemeinde, sondern er bestreitet die Kosten selbst. Refr. v. 30. Juli 1834 (Bege IV S. 161). — Die Reisekosten der assistirenden Prediger trägt erforderlichenfalls die Pfarrvakanzkasse.

⁵⁾ In den seltenen Fällen, wo am Orte des Pfarrsitzes sich keine Kirche befindet (z. B. Querum, s. § 25 II B. IV 2), geschieht die Einführung in der Kirche, zu deren Bezirke der Ort des Pfarrsitzes gehört. — Daß der Einzuführende in der Kirche, wo die Einführung stattfindet, bereits zur Wahl oder behuf der Votation gepredigt hat, ist kein Grund, ihn von der Haltung des Gottesdienstes am Einführungstage zu befreien. Auschr. v. 20. Juli 1863 (Bege IX S. 274 ff.)

⁶⁾ E. R. D. I. II. c. XVI; statt deren jetzt Kirchenges. v. 14. Aug. 1893 (Nr. 42) in der Anlage.

⁷⁾ Regelmäßig werden zwei assistirende Prediger zugezogen, welche sich bei dem Einführungsakte zu beiden Seiten des Einführenden aufstellen, während der Einzuführende ihm gegenüber tritt. — In der Nähe auf dem Chore nehmen auch der weltliche Visitor, und wenn der Raum es gestattet, die Kirchenverordneten Platz.

nung nach Maßgabe seines Ordinationsgelübdes nachleben zu wollen, auf die Frage des Einzuführenden mit einem „Ja“ abzulegen, worauf er nach Gebet und Schriftverlesung unter Handauflegung zum Geistlichen der betreffenden Gemeinde geordnet und bestätigt wird. Nach Schluß des Gottesdienstes findet die Vorstellung des Kirchenvorstandes und Zuweisung desselben an den neuen Geistlichen statt. Danach werden auch der Opferrmann und sonstige Kirchendiener demselben verpflichtet. Daß der Einführungsakt stattgefunden habe, wird nachher vom geistlichen Visitator in den Kirchenbüchern vermerkt.

Auf den Einführungsakt folgt im Pfarrhause unter Leitung des weltlichen Visitators die Anweisung des Eingeführten zu den weltlichen Geschäften des Pfarramtes, insbesondere die Übergabe des Kircheninventars (§ 117), der Pfarrregistratur (§ 90) nebst den Kirchenbüchern (§ 91), und der kirchlichen Rechnungen (§ 93) nebst den vorhandenen Wertpapieren und Kassenbeständen⁹⁾: letztere unter besonderer Verpflichtung des Eingeführten auf die treue Verwaltung des ihm anvertrauten Vermögens der kirchlichen Stiftungen, mit Verweisung auf die Strafbestimmungen des Reichsstrafgesetzbuches gegen treulose Verwalter⁹⁾.

Zuletzt geschieht die Einweisung des Eingeführten in die Pfründe (§ 123), unter Zuziehung des Amtsvorgängers oder eines von ihm bezw. seinen Erben gehörig bevollmächtigten Vertreters. Diese besteht in der Nachweisung der zu nutzenden Vermögensstücke der Pfarre sowie der sonstigen Pfarreinkünfte an der Hand eines vom Konsistorium den Visitatoren mitgeteilten Auszuges aus dem Pfarrkataster (§ 123), nebst Übergabe der auf die Nutzung bezüglichen Urkunden, namentlich der Pachtverträge. An sie schließt sich die Auseinandersetzung wegen der Pfarreinkünfte, d. h. eine Berechnung dessen, was der Amtsvorgänger, bezw. seine Erben, von den Pfarreinkünften des laufenden Jahres¹⁰⁾ bereits erhalten haben, auf grund deren festgestellt

⁹⁾ Wo die Kirchenbuchführung oder die Kirchenrechnungsführung oder beides nicht zu den Geschäften des Geistlichen gehört, fällt dieser Teil der Anweisung natürlich hinweg. — Wo der Amtsvorgänger Rechnungsführer gewesen ist, sollen zur Vorbereitung der Einführungsverhandlungen er oder seine Erben die Abschlüsse der geführten Rechnungen 4 Wochen vor der Einführung dem Superintendenten einliefern (§ 2 des Regulativs, das Revisions- und Abnahmeverfahren betr., v. 25. Juni 1850 [Nr. 37]). — Die in dem Regulativ hier zugleich gegebene Vorschrift, daß der Superintendent die Rechnungen sogleich weiter an das Konsistorium senden solle, ist für gewöhnliche Fälle nicht zweckmäßig, und deshalb außer Übung gekommen. — Wegen der nötigenfalls zu schaffenden Sicherung der kirchlichen Kassen gegenüber dem früheren Rechnungsführer vgl. § 93.

⁹⁾ § 246 (Unterschlagung), § 266 (Untreue), § 350 und 351 (Unterschlagung und Fälschung im Amte).

¹⁰⁾ Als laufendes Jahr ist hinsichtlich der Einkünfte von den Grundstücken das f. g. kanonische Jahr oder Gntejahr, welches vom 1. Oktober bis zum 30. September des folgenden Kalenderjahres gerechnet wird, für andere Einkünfte das Kalenderjahr anzunehmen

wird, ob und was sie etwa noch zu fordern¹¹⁾, oder umgekehrt herauszuzahlen haben, sowie eine rechnungsmäßige Feststellung dessen, was von den Pfarreinkünften des Jahres auf die Vakanzzeit fällt und deshalb weder dem Amtsvorgänger, noch dem Nachfolger gebührt, sondern in die Pfarrvakanzkasse (§ 77) abzuführen ist. Diese erhält so viele Zwölftel der Jahreseinkünfte, als die Vakanz Monate umfaßt hat (§ 132)¹²⁾. Sobald diese Berechnung vom Amtsvorgänger oder dessen Erben, bezw. deren Vertreter einerseits, und von dem Eingeführten andererseits anerkannt und demnächst vom Konsistorium (wegen der Vakanzzeit) genehmigt ist, hat sie die rechtliche Natur und Geltung eines Vergleiches.

Endlich folgt noch die Auseinandersetzung wegen des Pfarrinventars, d. h. die Verhandlung über den Ersatz der sog. Pfarrmeliorationen oder der Aufwendungen auf Pfarrhaus und Pfarrgrundstücke, welche der Eingeführte dem Amtsvorgänger oder dessen Erben (oder auch der Pfarrvakanzkasse, wenn diese das Pfarrinventar übernommen hat — § 77 Anm. 4) zu leisten hat (§ 124, 125, 126). Haben die Beteiligten sich vor dem Einföhrungstermine bereits über die Angelegenheit geeinigt, so genügt es, den Inhalt der Einigung unter Beifügung eines Verzeichnisses des Inventars zu Protokoll zu erklären; anderenfalls haben die Kirchenvisitatoren zunächst die Abschätzung des Inventars herbeizuföhren¹³⁾ und sodann nötigenfalls eine Entscheidung abzugeben. Beruhigen sich die Beteiligten bei letzterer nicht, so entscheidet auf ihren Antrag das Konsistorium. Zugleich soll nachgesehen werden, ob der Amtsvorgänger oder seine Erben ihrer Pflicht, das Pfarrhaus in ordnungsmäßigem Zustande zu übergeben (§ 124) genügt haben, und ist die Abstellung etwaiger Mängel in dieser Beziehung ihnen von den Visitatoren aufzugeben¹⁴⁾.

(Vgl. E. K. D. L. I c. XVII). Es kommen jedoch einzelne auf örtliches Herkommen gegründete Ausnahmen von dieser Regel vor. Vgl. § 132.

¹¹⁾ Vgl. dazu § 93 a. E. wegen der für gewisse Fälle vorgeschriebenen Innebehaltung des von dem Amtsvorgänger oder seinen Erben Herauszuzahlenden.

¹²⁾ Obige Berechnung, die s. g. Auseinandersetzungsrechnung oder Teilungsrechnung, muß selbstverständlich auch dann vorgenommen werden, wenn von den Einnahmen der Pfarrvakanzkasse, den s. g. Vakanzgeldern (§ 77) nichts an die Konsistorialkasse abgeführt wird.

¹³⁾ Die Abschätzung geschieht regelmäßig durch einen von den Visitatoren zugezogenen Schätzer. Auf Verlangen der Beteiligten ist sie jedoch drei Schätzern zu übertragen, von denen die Parteien je einen, die Visitatoren den dritten ernennen. Auch ist auf Verlangen der Beteiligten die Schätzung der verschiedenen Arten der Inventarstücke (Hausinventar, Garteninventar u. s. w.) durch verschiedene Schätzer vorzunehmen.

¹⁴⁾ Reftr. v. 16. Febr. 1831 (Bege IV S. 147; auch mit der falschen Jahreszahl 1830 Bege III S. 277 und Bege Nachtr. S. 20). Dabei sind selbstverständlich besondere Umstände, welche, wie z. B. die Vornahme von Bauten am Pfarrhause während der Vakanz, jene Verpflichtung einschränken oder aufheben, angemessen zu berücksichtigen.

Auch ist darauf zu halten, daß sie sog. „Eiserne Inventarstücke“, d. h. Anlagen, welche ihnen mit der Verpflichtung zur Unterhaltung oder Ergänzung unentgeltlich übergeben sind, ordnungsmäßig und vollständig abliefern oder andernfalls Entschädigung leisten.

Nach Beendigung aller Geschäfte findet ein Festmahl statt, zu dessen Herichtung auf seine Kosten der eingeführte Prediger verpflichtet ist¹⁵⁾. Zu demselben sind jedenfalls zu laden: die Kirchenvisitatoren mit den von ihnen zugezogenen assistierenden Geistlichen und Hüfsbeamten, die Kirchenverordneten, die Opferrnänner (Organisten u. s. w.), der Patron; außerdem ist an den meisten Orten die Zuziehung der Spitzen der Gemeindeverwaltung üblich. Zum Ersatz der behuf dieses Mahles sowie der sonstigen Bewirtung der mitwirkenden Personen am Einführungstage zu machenden Ausgaben, den sog. Introduktionskosten, erhält der Eingeführte eine bestimmte Summe, welche je nach dem örtlichen Herkommen entweder die Gemeinde allein, oder die Kirchenkasse allein, oder beide zusammen zu den gleichfalls durch das Herkommen bestimmten Teilen zu tragen haben¹⁶⁾. Dieselbe ist 1782 auf 20 Tlr. (60 M.) festgesetzt¹⁷⁾ und seitdem nicht erhöht. Für die Gemeinde hat der Amtsvorgänger einzutreten, wenn und soweit er zur Übernahme der Umzugskosten des Amtsnachfolgers verpflichtet ist¹⁸⁾.

Die Einführungsverhandlungen sind von den Kirchenvisitatoren in einem Protokolle zusammenzufassen und dann unter Beifügung aller zur Erläuterung erforderlichen Anlagen mit einem Berichte, welcher zugleich die Anträge auf Bewilligungen aus der Vakanzkasse enthält, dem Konsistorium zur Bestätigung vorzulegen¹⁹⁾.

Die früher übliche sog. „freiwillige“ Einführungsgebühr, welche von dem Eingeführten ursprünglich jedem der beiden Visitatoren²⁰⁾, späterhin dem

¹⁵⁾ In den größeren Städten ist das Festmahl nicht überall Sitte; hier entscheidet sowohl wegen der Haltung desselben, als vorkommendenfalls wegen der Kostentragung, das örtliche Herkommen.

¹⁶⁾ Die Verpflichtung der Gemeinde bildet die Regel; sie tritt überall ein, wo nicht nachweislich diese Last ganz oder teilweise der Kirchenkasse obliegt. (Konsf. Reskr. v. 12. Apr. 1882 in der Reskr. Sammlg.) An einzelnen Orten wird die Gemeinde hinsichtlich derselben herkömmlich durch einen anderen, z. B. die herzogliche Kammer, vertreten.

¹⁷⁾ Reglement v. 12. Aug. 1782 unter 12 (Steinacker Sammlg. S. 519 ff.) — Eine Ausnahme findet herkömmlich bei Lunsen und Thedinghausen statt, indem hier die Kosten des Festmahles im vollen aufgewendeten Betrage zu $\frac{2}{3}$ aus der Lunsener und zu $\frac{1}{3}$ aus der Thedinghäuser Kirchenkasse getragen werden. — Auch die herzogl. Kammer hat in einzelnen Fällen, z. B. in Marienthal, einen höheren Kostenersatz bewilligt.

¹⁸⁾ Das ang. Reglement unter 14; Ausschr. v. 13. März 1824 (Wege I S. 202) Nr. 3 ff.

¹⁹⁾ Reskr. v. 19. Mai 1732 und 22. Febr. 1775 (Wege Nachtr. S. 21).

²⁰⁾ Reskr. v. 8. Apr. 1829 (Wege III S. 275).

geistlichen Visitator allein gegeben zu werden pflegte, ist gänzlich abgeschafft durch das Ausschreiben v. 25. Sept. 1880²¹⁾.

Weigert sich ein wider seinen Willen auf eine andere Pfarre versetzter Geistlicher (§ 67 Anm. *), bei der Einführung in die ihm durch die Versetzungsverfügung verliehene Pfarrstelle mitzuwirken, so kann er durch landesfürstliche Verfügung seiner bisherigen Pfarrstelle ausdrücklich für verlustig und zugleich die neue Verleihung für unwirksam erklärt werden²²⁾.

§ 76. h. Vorstellung der Generalsuperintendenten und Superintendenten.

Wenn das Amt eines Generalsuperintendenten oder Superintendenten zugleich mit einem Pfarramte verliehen ist, so beginnt die Befugnis und Pflicht zu seiner Verwaltung mit der Einführung in das letztere (§ 75); wenn jenes dagegen ohne gleichzeitige Ernennung seines Trägers für eine Pfarrstelle verliehen ist, sei es daß derselbe in seinem bisherigen Pfarramte verbleibt, oder daß er das Pfarramt überhaupt nicht bekleidet (§ 24), so beginnen diese mit der Verpflichtung (§ 73). Daß die Amtsführung des neuen Generalsuperintendenten oder Superintendenten begonnen habe, wird den ihm unterstellten Kirchendienern mittelst der sog. Vorstellung eröffnet. Diese besteht in einem Umlaufschreiben, auf welchem den beteiligten Geistlichen und Opferrännern unter Angabe des Namens des neuen Generalsuperintendenten oder Superintendenten aufgegeben wird, ihn als solchen zu ehren und zu achten, ihm schuldige Folge zu leisten und in allen zu seinem Geschäftsbereiche gehörigen Angelegenheiten sich an ihn zu wenden, die Empfänger aber sich schriftlich zu dienstlichem Gehorsam gegen ihn verpflichten müssen.

Die Vorstellung der Superintendenten besorgt der vorgesetzte Generalsuperintendent (§ 57), die der Generalsuperintendenten ein damit beauftragtes Mitglied des Konsistoriums; letzterenfalls wird von diesem je ein Umlaufschreiben an die einzelnen Superintendenten in der Generalinspektion gesendet, welche dasselbe, nachdem sie ihre eigene Verpflichtungserklärung („Obobdienzleistung“) darunter gesetzt, den Kirchendienern ihrer Inspektion zugehen lassen.

In welcher Weise dem neuen Generalsuperintendenten die Generalinspektionsbibliothek, die Generalinspektions-Predigerwitwenkasse und die General-

²¹⁾ Reftr. Sammlg. des Konsistoriums.

²²⁾ Kirchenges. das Einkommen der Geistlichen der ev.-luth. Landeskirche betr., v. 28. Juni 1902 (Nr. 28) § 11 Abs. 6.

inspektionsregistratur zu übergeben und die Verantwortung dafür unter Entlastung des dafür bisher Verantwortlichen zu übertragen sei, richtet sich nach den Umständen des einzelnen Falles. Dasselbe gilt hinsichtlich der Übergabe der Inspektionsregistratur an den neuen Superintendenten.

Abweichend wird bezüglich der vom Generalinspektionsverbande ausgenommenen (§ 24) Stadtsuperintendenten von Wolfenbüttel und Braunschweig verfahren. Die Vorstellung des Ersteren geht vom Konsistorium unmittelbar an die Wolfenbütteler Geistlichen und von diesen an die übrigen dortigen Kirchendiener. Der Stadtsuperintendent von Braunschweig dagegen wird durch ein damit beauftragtes Mitglied des Konsistoriums vor einer dazu geladenen Versammlung, welche aus dem Oberbürgermeister, den Mitgliedern des Stadtmagistrates, sämtlichen Kirchenverordneten in Braunschweig, sämtlichen evangelisch-lutherischen Geistlichen von den Stadtkirchen und vom Dome, den Stadtadjunkten, sowie dem Prediger vom Kreuzkloster und den Anstaltsgeistlichen in Braunschweig, ferner den Direktoren und Lehrern der evangelisch-lutherischen Schulen in der Stadt, endlich den Kantoren, Opferrännern und Organisten an den Stadtkirchen, dem Dome und dem Kreuzkloster besteht, regelmäßig in der Bräuerkirche öffentlich in sein Amt eingeführt und zu demselben angewiesen; eine schriftliche Vorstellung findet dann nicht statt. Ihm wird nach der Einführung durch das beauftragte Mitglied des Konsistoriums die Registratur der Stadtinspektion Braunschweig (wenn er zugleich auch Generalsuperintendent ist, auch der zu dessen Amte gehörige Bestand an Büchern und Papieren) übergeben und darüber ein Protokoll aufgenommen. Ist er zugleich Generalsuperintendent, so folgt dann die Vorstellung bei den Kirchendienern in der Generalinspektion.

Wegen der für die Vorstellung zu erhebenden Gebühren s. § 57 Anm. 6.

§ 77. i. **Anhang. Pfarrvakanz.** aa. **Allgemeines.** **Spezialvikare. Pfarrvakanzstellen.**

Wenn eine Pfarrstelle durch Tod, Versetzung oder sonstigen Wegfall ihres Inhabers erledigt („vakant“) ist, so haben die Geistlichen der Inspektion, zu der sie gehört, die Verpflichtung, die pfarramtlichen Geschäfte in ihr zu verrichten¹⁾. Die nötigen Anordnungen trifft der Superintendent (§ 56). Er verfügt das Erforderliche wegen der Verwahrung der in der Obhut des früheren

¹⁾ R. D. F. S. 235. E. R. D. I. c. II § 1. — Diese Verpflichtung kann nötigenfalls durch das Konsistorium auf die Geistlichen einer benachbarten anderen Inspektion ausgedehnt werden.

Geistlichen gewesenen Registratur²⁾, kirchlichen Geräte, Wertpapiere und Kassenvorräte, wegen der Weiterführung der kirchlichen Kassen, wegen Verwahrung der Kirchenbücher und einstweiliger Führung derselben³⁾, sowie wegen der Sicherung des Pfarrhauses und der Verwaltung des Pfarrvermögens⁴⁾. Er trifft ferner Fürsorge für die Verfehung der Gemeindegottesdienste⁵⁾, sowie wegen der übrigen pfarramtlichen Geschäfte, besonders der Verrichtung der Kasualien (geistlicher Amtshandlungen an einzelnen Gemeindegliedern) und der Ausübung der Seelsorge. Während die Gemeindegottesdienste gewöhnlich mehreren Geistlichen übertragen werden, welche in vom Superintendenten vorgeschriebener Reihenfolge damit abzuwechseln haben, werden die übrigen Geschäfte in der Regel einem benachbarten Geistlichen anvertraut: dem sog. Spezialvikar⁶⁾.

Von der eingetretenen Vakanz und den deshalb getroffenen Einrichtungen hat der Superintendent dem Konsistorium sofort Anzeige zu machen. Dieses prüft und bestätigt sie oder ordnet nötig erscheinende Abänderungen an, und bestimmt sodann den Geistlichen, welcher einstweilen stellvertretend den Vorsitz im Kirchenvorstande (§ 46) und Schulvorstande⁷⁾ führen soll⁸⁾. Von der

²⁾ Die Angehörigen eines verstorbenen Predigers haben dem Superintendenten den Schlüssel zum Registraturschrank auszuliefern (Auschr. v. 30. Mai 1748 [Frederdsb. Stein II S. 213]), vgl. unten § 90. Der Registraturschrank ist nach Entnahme der zur Fortführung der Geschäfte notwendigen Bücher und Papiere zu versiegeln (Auschr. v. 20. Aug. 1796 [Frederdsb. Stein II S. 426]).

³⁾ Auschr. v. 5. Okt. 1805 (Frederdsb. Stein II S. 21) unter 7; Reglement v. 10. Dez. 1814 unter I A 3 (Bege I S. 208).

⁴⁾ Regelmäßig werden alle bezeichneten Geschäfte einem der benachbarten Geistlichen übertragen; wo das nicht zweckmäßig erscheint, können einzelne derselben auch dem Lehrer am Orte der erledigten Pfarre oder einer anderen zuverlässigen Person übergeben werden. — Die Mitwirkung des weltlichen Visitators zur Regelung dieser Angelegenheit, welche nach älterer Vorschrift (z. B. Auschr. v. 26. Sept. 1750 bei Frederdsb. Stein II S. 231) eintreten soll, wird in gewöhnlichen Fällen nicht beansprucht. Sie tritt aber ein, wenn wegen ungewöhnlicher Länge der Vakanz ausnahmsweise die Auseinandersetzung der Vakanzkasse mit dem früheren Pfarrinhaber oder seinen Erben wegen des Pfarrinventares (§ 75) angeordnet wird, bevor die Pfarrstelle wieder besetzt ist.

⁵⁾ Damit wird meistens so verfahren, daß alle 14 Tage ein Geistlicher zur Haltung des Gottesdienstes abgeordnet wird, während an den dazwischen liegenden Sonntagen der Opfermann Lesegottesdienst zu halten hat.

⁶⁾ Sogenannt von der speziellen Verpflichtung zur amtlichen Fürsorge für den Bezirk der erledigten Pfarrstelle, mit der er neben der generellen (gesetzlichen) Verpflichtung zur Aushilfe in allen Pfarrbezirken der Inspektion durch den Auftrag des Superintendenten belastet wird. — Ist der Bezirk sehr ausgedehnt, so kann ausnahmsweise die Ernennung mehrerer Spezialvikare für Teile desselben erfolgen. — Wenn der eigene Pfarrbezirk des Spezialvikars klein und wenig arbeitsreich ist, so kann letzterem auch die Abhaltung der Gottesdienste in dem erledigten Bezirke ohne Zuziehung anderer Geistlicher auferlegt werden. — Die Geistlichen, welche zur Abhaltung der Gottesdienste in dem Bezirke der erledigten Pfarrstelle erscheinen, sind gehalten, auch die im Anschlusse daran oder doch an demselben Tage vorzunehmenden Kasualien zu verrichten.

⁷⁾ Gemeindefschulgesetz v. 8. Dez. 1851 (Nr. 53) in der Fassung v. 27. Okt. 1898 (Nr. 54) § 10.

⁸⁾ Gewöhnlich wird der Spezialvikar auch mit diesen Ämtern betraut.

gefügten Bestimmung macht es der staatlichen Verwaltungsbehörde Mitteilung⁹⁾ und fordert durch die öffentliche Bekanntmachung der Vakanz zur Bewerbung um die erledigte Pfarrstelle (§ 67) auf.

Den Gemeinden steht ein Widerspruchsrecht gegen diese Verfügungen nicht zu. Die Pfarrgemeinde des Bezirks der erledigten Pfarrstelle tritt für die Dauer der Vakanz zu dem Spezialvikar in die Stellung eines Filials. Daraus folgt namentlich

1) daß die dortigen Gemeindemitglieder, welche die amtliche Tätigkeit des Spezialvikars in ihrem Wohnorte oder in einer Kirche ihres Pfarrbezirkes an Tagen beanspruchen, wo er sich nicht ohnehin daselbst aufhält, für seine Fahrt dahin und zurück nach seinem Pfarrsitz zu sorgen, oder ihm die Kosten derselben zu erstatten haben¹⁰⁾;

2) daß die dortigen Konfirmanden sich zur Teilnahme an dem Konfirmandenunterricht im Pfarrbezirke des Spezialvikars zum Pfarrsitz des letzteren zu begeben haben¹¹⁾.

Von bestimmten im Recht festgestellten Ausnahmen abgesehen werden die Kosten der Verwaltung des erledigten Pfarramtes aus den reinen Einkünften¹²⁾ der Pfarrstelle während der Vakanzzeit bestritten, welche sämtlich¹³⁾ unter der Bezeichnung „Vakanzgelber“ in der f. g. „Pfarrvakanzkasse“ vereinnahmt und verrechnet werden. Die Führung der Pfarrvakanzkasse ist während der Vakanz Sache des Spezialvikars, ihre Weiterführung nach Beendigung der Vakanz und ihr Abschluß mittelst Vorlegung der Rechnung und Ablieferung des Überschusses ist Sache des neuen Predigers, sofern das Konsistorium nicht anders darüber verfügt hat. Zur Erledigung des Geschäftes

⁹⁾ Diese Mitteilung ist nicht durch Gesetz vorgeschrieben; das praktische Bedürfnis hat aber dahin geführt, sie regelmäßig zu machen, weil die Verwaltungsbehörden dienstlich mit den Vorständen der Kirchen- und Schulpfänden zu tun haben und daher deren Personen kennen müssen.

¹⁰⁾ Aussch. v. 30. Okt. 1715 bei Frederds. Stein II 231, Steinacher Sammlg. S. 401 Anm. — Vgl. auch unten § 81. —

¹¹⁾ Eine Ausnahme in der Richtung, daß der Spezialvikar den Konfirmandenunterricht an einem Orte des Bezirkes der erledigten Pfarre für die dortigen Konfirmanden allein erteilt, kann vom Konsistorium zugelassen werden, wenn

a. die sonstigen amtlichen Geschäfte des Spezialvikars das gestatten, und
b. die Pfarrgemeinde jenes Bezirkes für die zu dem Zwecke nötigen Fahrten des Spezialvikars zu sorgen, oder deren Kosten zu erstatten bereit ist. Vgl. Anl. 16 der Verhandlungen des 20. ordentlichen Landtags v. 29. Jan. 1890 S. 2.

¹²⁾ D. h. den Einkünften, welche nach Bestreitung der Pfarrlasten (§ 130) übrig bleiben.

¹³⁾ Eine Ausnahme machen auch nicht die für besondere Mühewaltungen des Geistlichen zu zahlenden Gebühren (§ 129); es entspricht dem geltenden Rechte nicht, sie unmittelbar dem Geistlichen, welcher die Amtshandlung verrichtet hat, zufließen zu lassen. Vgl. Refr. v. 14. Sept. 1859 (Bege VIII S. 180). — Das ältere Recht behandelte die Angelegenheit anders; vgl. z. B. das Aussch. v. 26. Sept. 1750 bei Frederds. Stein II S. 231.

setzt es dem neuen Prediger eine mit Rücksicht auf die Zeit der Fälligkeit der zu verrechnenden Einkünfte bemessene Frist.

Während des sog. Gnadenhalbjahres (§ 132) liegt den Gnadenhalbjahrsberechtigten ob,

- a. die gesamten Kosten der Verwaltung der Pfarrpfünde einschließlich des etwa nötigen Aufwandes für die Sicherung des Pfarrgutes oder anderer Teile des Pfarrvermögens zu bestreiten,
- b. die gesamten Pfarrlasten auf ihre Rechnung zu tragen¹⁴⁾,
- c. dem Spezialvikar und den übrigen aushelfenden (vikariirenden) Geistlichen, so oft sie zu amtlichen Verrichtungen am Orte der erledigten Pfarrstelle anwesend sind, Aufenthalt und Beföstigung im Pfarrhause zu gewähren¹⁵⁾.
- d. den Überschuß des Pfarreinkommens an den Pfarrbesoldungsfonds abzuführen¹⁶⁾ f. § 111a).

Ferner haben während des Gnadenhalbjahres die Gemeinden im Pfarrbezirke der erledigten Stelle für die Fahrten des Spezialvikars und der übrigen aushelfenden Geistlichen zu den Gottesdiensten (soweit deren Kosten nicht etwa den Gnadenhalbjahrsberechtigten obliegen, Anm. 14), zu den Kirchenvorstandssitzungen und Schulvorstandssitzungen, zur Erledigung von Aufträgen der Kirchenregierung und überhaupt zu allen Amtshandlungen, mit Ausnahme der Kasualien, für deren Kosten die Beteiligten aufzukommen haben, zu sorgen oder die dadurch entstehenden Kosten zu bezahlen¹⁶⁾. — Außerhalb des Gnadenhalbjahres haben die Geistlichen für ihre Fahrten zu den Vakanzgeschäften (soweit nicht die Beteiligten die Kosten zu tragen haben) selbst zu sorgen und die Kosten beim Konsistorium gegen die Pfarrvakanzkasse zu liquidieren¹⁷⁾.

¹⁴⁾ Dahin gehört z. B. die Heizung und Reinigung des Konfirmandenzimmers; die Stellung des Wagens für die Fahrten zum Filiale, wenn die Filialgemeinde nur verpflichtet ist, behuf derselben Pferde zu schicken; die Besorgung oder Bezahlung der Fahrten zum Filiale, wenn der verstorbene Geistliche verpflichtet war, dieselben auf eigene Kosten zu machen (vgl. § 81).

¹⁵⁾ Wenn die Gnadenhalbjahrsberechtigten das Pfarrhaus schon vor Ablauf des Gnadenhalbjahres verlassen, so haben sie wegen der Entschädigung der Geistlichen für den Wegfall dieser Leistungen mit denselben ein Abkommen zu treffen oder sich der Entscheidung des Konsistoriums hinsichtlich einer zu gebenden Entschädigung zu unterwerfen.

¹⁶⁾a) Kirchenges. das Einkommen der Geistlichen der ev.-luth. Landeskirche betr., v. 28. Juni 1902 (Nr. 28) § 9 Z. 2.

¹⁶⁾ Zur Vermeidung späterer Weiterungen sollen die Kirchenvisitatoren den Gemeinden zeitig im Voraus von den zu leistenden Fuhrn Mitteilung zugehen lassen und darauf sehen, daß wegen derselben eine feste Ordnung gemacht werde. Aussch. v. 4. Apr. 1868 (Bege IX S. 305).

¹⁷⁾ In diesem Punkte sind die Bestimmungen des Ausschreibens v. 30. Okt. 1715 (Friedersd. Stein II S. 231), welche hinsichtlich der Verpflichtung der Gemeinden zur Leistung der Vakanzfuhrn zwischen der Zeit des Gnadenhalbjahres und der Vakanzzeit mit erledigter Pfarrpfünde keinen Unterschied machen, durch Gewohnheitsrecht abgeändert.

Für die Vakanzarbeiten im Gnadenhalbjahre haben der Spezialvikar und die übrigen ausschelfenden Geistlichen weder Vergütungen noch Tagegelber zu beanspruchen. Für die Vakanzarbeiten außerhalb des Gnadenhalbjahres erhält der Spezialvikar eine nach deren Umfange und nach der Dauer der Vakanz^{17a)} vom Konsistorium festzusetzende Vergütung¹⁸⁾, und erhalten die übrigen ausschelfenden Geistlichen für jeden Tag ihrer Inanspruchnahme zu Vakanzgottesdiensten Tagegelber¹⁹⁾, aus der Pfarrvakanzkasse. Die Opferränner (Lehrer) in dem Bezirke der erledigten Pfarre erhalten, wenn sie in Folge der Vakanz mit außergewöhnlichen Geschäften belastet sind, eine nach deren Umfange und der Dauer der Vakanz (bei deren Bemessung das Gnadenhalbjahr nicht mitgerechnet wird) vom Konsistorium festzusetzende Vergütung, gleichfalls aus der Pfarrvakanzkasse²⁰⁾. Ebenso bekommen aus derselben andere zur Erhaltung und Verwaltung des Pfarrvermögens zugezogene Personen eine dem Umfange der von ihnen besorgten Geschäfte entsprechende Vergütung.

Die Summe der Vakanzgelber wird auf grund der bei der Einführung des neuen Geistlichen geführten Verhandlungen (§ 75) vom Konsistorium festgestellt; dasselbe weist auch die Ausgaben an, welche aus der Pfarrvakanzkasse geleistet werden sollen. Der Überschuf der letzteren, welcher sich ergibt, nachdem die sämtlichen Pfarrverwaltungs-kosten (zu denen auch die Kosten einer Predigerwahl kommen können, § 71) gedeckt und sonstige Ausgaben der erlassenen Anweisung gemäß geleistet sind, fließt in die Konsistorialkasse

^{17a)} Bei der Berechnung der Dauer der Vakanz für diesen Zweck zählt der Monat, in welchem die Einführung des Amtsnachfolgers stattgefunden hat, nicht mit, weil dessen Einkünfte vollständig dem Letzteren gehören (vgl. § 132).

¹⁸⁾ Als höchster Satz derselben gilt zur Zeit der Betrag von 600 Mk. für das Jahr (50 Mk. für den Monat), welcher in der Regel nur bewilligt wird, wenn der Spezialvikar Vakanzarbeiten in beträchtlicher Menge, namentlich während der arbeitsreichen Zeit des Kirchenjahres, zu verrichten gehabt und insbesondere die Gottesdienste ohne Inanspruchnahme anderer Prediger allein gehalten hat. — Reichen die Mittel der Pfarrvakanzkasse nicht aus, Vergütungen in der hier und in Anm. 20 angegebenen Höhe zu bewilligen, so werden die Vergütungen entsprechend niedriger bemessen. — Bis zur Höhe des Mindesteinkommens (1950 Mk. jährlich neben der Wohnung) (§ 123), werden die Vakanzmittel nötigenfalls durch Zuschuf aus der Klosterreinertragskasse ergänzt.

¹⁹⁾ Dieselben betragen zur Zeit 9 Mk. für den Tag, Aussch. v. 3. Okt. 1883. — Anstatt dieser Tagegelber kann auf Antrag des Superintendents auch für eine bestimmte Vakanz vom Konsistorium im voraus angeordnet werden, daß die vikariirenden Geistlichen Speisung auf Kosten der Pfarrvakanzkasse und daneben den Tagegelberatz von 6 Mk. erhalten sollen.

²⁰⁾ Dieselbe hält sich zur Zeit in den Grenzen von 10—25 Mk. monatlich. — Opferränner (und Lehrer) in einem Pfarrbezirke, dessen Pfarrstelle nicht erledigt ist, erhalten, wenn ihnen aus der Heranziehung des ihnen vorgelegten Geistlichen zu Vakanzarbeiten in einem anderen Pfarrbezirke Geschäftsvermehrungen erwachsen, dafür aus der dortigen Pfarrvakanzkasse keine Vergütung. Sofern das Maß der ihnen auferlegten außerordentlichen Geschäfte überhaupt eine Vergütung erforderlich erscheinen lassen würde, weil es über den Umfang der ihnen jederzeit obliegenden Pflicht zur Vertretung des Geistlichen (§ 102) beträchtlich hinausginge, hätte der Letztere selbst sie angemessen zu entschädigen.

und dient zur Bestreitung der Ausgaben der letzteren (§ 107); bleibt danach ein Rest, so wird dieser vom Konsistorium an den Emeritierungsfonds abgeführt²¹⁾. Andere Verwendungen der Vakanzgelder kann das Konsistorium nur nach Einholung der Genehmigung des Staatsministeriums verfügen (oben § 9, 2).

Wenn der Inhaber einer Pfarrstelle durch vorläufige Dienstenthebung (Suspension (§ 97) an der Verwaltung des Pfarramtes gehindert ist, so wird wegen der letzteren das Erforderliche unter Anwendung der bei erledigten Pfarrstellen geltenden Grundsätze vom Konsistorium angeordnet; dasselbe trifft zugleich die nötigen Verfügungen wegen Vereinnahmung und Verrechnung des während der Dauer der Suspension inne zu behaltenen Teiles vom Diensteinkommen des Suspendierten. Auch für diesen Fall gilt die Verpflichtung der Geistlichen, zunächst aus der Inspektion, zur Aushülfsleistung; jedoch haben sie Anspruch auf Vergütung bezw. Tagegelber wie in Vakanzfällen. Die Kosten einer solchen einstweiligen Amtsverwaltung sind zunächst von dem inne behaltenen Teile der Pfarreinkünfte zu bestreiten; reicht dieser dazu nicht aus oder ist der Suspendierte zur Kostentragung nicht verpflichtet, so übernimmt sie die Klosterreinertragskasse²²⁾.

Wegen der Vertretung des Geistlichen in anderen Fällen vorübergehender Verhinderung vgl. § 59 a. G.

§ 78. bb. **Pfarrverweser. Prädikanten.**

Ausnahmsweise kann die Verwaltung einer erledigten Pfarrstelle vom Konsistorium auch Geistlichen übertragen werden, welche noch nicht im Amte stehen. Der Umfang der in solchem Falle von dem beauftragten Geistlichen zu versehenden Geschäfte richtet sich nach den ihm vom Konsistorium erteilten Weisungen. Ist der Beauftragte ordiniert, so wird er zum „Pfarrverweser“ ernannt und hat als solcher in der Regel alle Geschäfte des Pfarramtes ohne Ausnahme zu verrichten. Ist er noch nicht ordiniert, so wird er zum „Prädikanten“ ernannt; dann bedarf es neben ihm eines zweiten Beauftragten für die Amtsgeschäfte, deren Beforgung nur durch einen Ordinierten geschehen kann (vgl. § 66).

²¹⁾ Auschr. v. 26. Sept. 1750 (Fredersb. Stein. II S. 231); Kirchenges., die Emeritierung betr., v. 1. Dez. 1882 (Nr. 45) § 15. — Die Geistlichen der Stadt Braunschweig beanspruchen auf grund einer tatsächlichen Ausübung die Befugnis, die gesamten Vakanzgelder, ohne daß ein Rest bleibt, für die Verwaltungskosten zu verausgaben, d. h. nach Bestreitung etwaiger sonstiger Vakanzausgaben unter einander zu verteilen, und zwar ohne Anweisung des Konsistoriums, dem auch die Vakanzkassenrechnung nicht vorgelegt wird.

²²⁾ § 16 des Gef., das Disziplinarverfahren gegen Kirchendiener betr., v. 15. Juni 1890 (Nr. 70); §§ 16 und 27 des Kirchenges., die Oberaufsicht über die Kirchendiener betr., v. 1. Dez. 1890 (Nr. 71).

Die Pfarrverweser und Prädikanten erhalten eine Vergütung¹⁾, welche aus der Pfarrvakanzkasse bezahlt wird, soweit nicht andere Pflichtige, insbesondere Gnadenhalbjahrsberechtigte oder die Kasse des Predigerseminars (§ 64) verbunden sind, die Kosten zu übernehmen²⁾.

Auch mit der Verwaltung der Pfarrstelle eines suspendierten Geistlichen kann ein Pfarrverweser oder Prädikant beauftragt werden. Hinsichtlich der Aufbringung der ihm zu zahlenden Vergütung gilt das bei Anm. 22 des § 77 Gesagte.

§ 79. 5. Weiterbildung der Geistlichen a. Predigersynoden.

Zu gegenseitiger Anregung und gemeinsamer Weiterförderung in der theologischen Wissenschaft sind die Predigersynoden¹⁾ bestimmt, regelmäßig wiederkehrende Versammlungen der Geistlichen einer Inspektion zu dem Zwecke, unter Leitung der Superintendenten wissenschaftliche Gegenstände zu besprechen. Dieselben sollen jetzt in allen Landinspektionen alle zwei Jahre stattfinden²⁾. Sie werden vorbereitet durch Erlasse der Generalsuperintendenten, in welchen diese mehrere Thesen und exegetische Aufgaben zur schriftlichen Bearbeitung durch die Geistlichen ihrer Generalinspektion aufstellen. Diese Erlasse haben vor Mitte Novembers des der Synode vorausgehenden Jahres an die Superintendenten zu erfolgen³⁾; die Superintendenten haben dieselben noch vor Weihnachten desselben Jahres den ihnen unterstellten Geistlichen mitzuteilen. Sämtliche Geistliche mit Ausnahme derer in den Städten Braunschweig und Wolfenbüttel und etwa sonst noch herkömmlich befreiter Stadtprediger⁴⁾, aber einschließlich der Hilfsgeistlichen (Kollaboratoren, Pfarrverweser, Prädikanten⁵⁾) haben sich der schriftlichen Bearbeitung der Thesen und sonstigen Aufgaben zu unterziehen und ihre Arbeiten bis zum nächsten Hagelfeiertage den Super-

¹⁾ Zur Zeit Erstere jährlich 1800 M., Letzterer 1500 M. einschließlich der zu 150 M. anzurechnenden Wohnung im Pfarrhause.

²⁾ Während des Gnadenhalbjahres (§ 132) fehlen, da die Pfarreinkünfte vollständig den Gnadenhalbjahrsberechtigten zufließen, die Mittel zur Unterhaltung eines Pfarrverwesers oder Prädikanten. Ein solcher kann daher nur ernannt werden, wenn die Gnadenhalbjahrsberechtigten bereit sind, ihrerseits dessen Vergütung zu zahlen. Wenn ein Mitglied des Predigerseminars ausnahmsweise als Pfarrverweser oder Prädikant verwandt wird, so ist die Angelegenheit seiner Vergütung in gleicher Weise, wie bei Entsendung eines Kollegiaten zu dienstlicher Unterstützung eines Predigers (§ 64) zu ordnen.

³⁾ Früher Kolloquia genannt; E. R. D. L. I c. IV § 4.

⁴⁾ § 1 des Kirchengesetzes, die Inspektionsynoden betr., v. 6. Jan. 1873 (Nr. 5).

⁵⁾ Erneuerte Verordnung, die jährlichen Synoden der Prediger auf dem Lande und in den Landstädten betr., v. 9. Okt. 1801 (Frederksb. Stein II S. 380 ff.)

⁴⁾ Die Befreiung des Stadtpredigers von Blankenburg ist anerkannt in Konsist.-Reskr. v. 18. Aug. 1860 und 24. Okt. 1863.

⁵⁾ E. wegen der Prädikanten Konsist.-Reskr. v. 16. Sept. 1882. Vgl. oben § 63 wegen der Kandidaten.

intendenden einzureichen⁶⁾. Der Säumige verfällt in eine an die Generalinspektions-Predigerwitwenkasse (§ 111) zu zahlende Ordnungsstrafe von 15 Mk.⁷⁾. Dispensation von der Bearbeitung der Synodalthesen ist beim Konsistorium vor dem Hagelfeiertage des Jahres der Predigersynode nachzusehen⁸⁾; sie wird erteilt, wenn der Antragsteller ein hohes Alter erreicht hat, sonst nur, wenn ihn besondere Hindernisse, welche seitens des Superintendenten als erheblich anerkannt werden, von der zeitigen Inangriffnahme oder Vollendung der Arbeiten abgehalten haben⁹⁾. Ebenso hat das Konsistorium darüber zu entscheiden, ob die bei verspäteter Ablieferung von Arbeiten verwirkte Ordnungsstrafe erlassen werden soll¹⁰⁾.

Der Superintendent setzt Tag und Stunde der Predigersynode fest und macht dem Generalsuperintendenten, der zur Teilnahme berechtigt ist, Mitteilung. Der Ort der Synode ist regelmäßig die Wohnung des Superintendenten, welcher auch für die erforderliche Bewirtung der Teilnehmer zu sorgen hat¹¹⁾. Wegen dieser erhält er für jeden erschienenen oder ohne rechtzeitige Entschuldigung ausgebliebenen Teilnehmer¹²⁾ 4,50 Mk.¹³⁾ aus den Kirchen-kassen der Inspektion; und zwar zahlt nach altem Herkommen jede Kirchen-kasse den Betrag, der auf den oder die Geistlichen ihres Pfarrbezirkes bezw. ihrer Pfarrbezirke entfällt; gehören mehrere Kirchen-kassen zu einer Parochie, so teilen sie sich in die auf diese Parochie entfallenden Kosten zu gleichen Teilen. — Auf der Synode unentschuldigt Fehlende zahlen 15 Mk. Ordnungsstrafe in die Generalinspektions-Predigerwitwenkasse¹⁴⁾. Die Fahrten der Geistlichen zu der Synode haben die Pfarrgemeinden (§ 30) zu beschaffen oder, wenn die Beschaffung den Geistlichen überlassen ist, zu vergüten¹⁵⁾.

Die Verhandlungen der Synode, über welche ein Protokoll zu führen ist, haben unter Leitung des Superintendenten in Anlehnung an die gelieferten

⁶⁾ Konsistorialerlaß v. 18. Mai 1850.

⁷⁾ Landesfürstl. Reskr. v. 23. März 1860.

⁸⁾ S. den ang. Erlaß v. 1850.

⁹⁾ S. die ang. Verordnung v. 1801.

¹⁰⁾ S. den ang. Erlaß v. 1850.

¹¹⁾ S. die ang. Verordnung v. 1801.

¹²⁾ Dabei werden der Superintendent selbst und der Generalsuperintendent mitgezählt. Konf.-Reskr. v. 7. Nov. 1874. Ohne rechtzeitige Entschuldigung ausgebliebene Prediger haben den für sie gezahlten Betrag zu erstatten.

¹³⁾ Minist.-Reskr. v. 26. Juni 1860 (Bege IX S. 259). — Für ein etwa erschienenen Mitglied des Konsistoriums, welches nicht Generalsuperintendent der betreffenden Inspektion ist, erhält er 4,50 Mk. aus der Konsistorialkasse.

¹⁴⁾ S. die ang. Verordnung v. 1801.

¹⁵⁾ Reglement v. 1750 (Frederb. Stein. II S. 379; Verordnung v. 3. Okt. 1801 unter III (daf. S. 380). Die Kosten der Reise des Generalsuperintendenten zu einer Predigersynode werden auf die Kirchen-kassen der Inspektion verteilt.

Ausarbeitungen die gestellten Thesen und Aufgaben zum Gegenstande. Sie werden unter Anschluß des Protokolls vom Superintendenten dem Konsistorium vor Schluß des Jahres, in dem die Synode gehalten worden, eingesandt¹⁶⁾.

Das Konsistorium kann aus besonderen Gründen einen Superintendenten von der Abhaltung einer Predigersynode dispensieren. Wegen des sog. Annum, welches der Superintendent unter anderm für die Leitung der Predigersynoden bezieht, s. oben § 56 Anm. 8.

§ 80. b. **Generalinspektions-Lesegesellschaften und Generalinspektions-Bibliotheken.**

In jeder Generalinspektion bilden die Superintendenten und Geistlichen einschließlich der Kollaboratoren unter Leitung des Generalsuperintendenten eine Lesegesellschaft, welche durch Umlauf von Büchern die Kenntnis bedeutender neuer litterarischer Erscheinungen, hauptsächlich, aber nicht ausschließlich, auf theologischem Gebiete, vermittelt¹⁾. Überdies besteht in jeder Generalinspektion eine Bibliothek, welche aus den im Umlaufe gewesenen Büchern, soweit diese nicht in das Privateigenthum von Teilnehmern übergehen (s. unten Anm. 4), gebildet wird. Verpflichtet zur Teilnahme an diesen Einrichtungen sind sämtliche Geistliche auf dem Lande und in den Landstädten einschließlich der Kollaboratoren, berechtigt außerdem die Kandidaten (§ 63).

Die Mittel zur Unterhaltung der Einrichtung, namentlich zum Ankaufe und Einbinden der Bücher, werden angeschafft:

1) durch ein jährliches Fixum aus der Klosterreinertragskasse, welches durch das Konsistorium auf die Generalinspektionen nach der Zahl der ihnen angehörigen Teilnahmepflichtigen verteilt wird²⁾;

2) durch jährliche Beiträge aus den Kassen bestimmter, dem Patronatrecht unterstehender Kirchen, welche denselben nach eingeholter Zustimmung der Patrone auferlegt sind³⁾;

¹⁶⁾ S. den Erlaß von 1850.

¹⁾ Das Reglement vom 5. Jan. 1803 (Frederiks. Stein. II S. 108 ff.), welches die Ausführungsbestimmungen zu den im Art. VII der Erneuerten Synodal-Verordnung v. 9. Okt. 1801 (das. S. 381 ff.) gegebenen Vorschrift der Errichtung der Lesegesellschaften und Bibliotheken enthält, bezeichnet „theologische, philosophische historische und andere vermischte Schriften“ als solche, auf welche das Augenmerk zu richten sei.

²⁾ Dieses Fixum ist ursprünglich bewilligt, um die Heranziehung der Kassen der dem f. g. landesherrlichen Patronate (§ 67 Anm. 4) und dem Patronate von Prälaten unterstehenden Kirchen zu vermeiden; s. § 2 des ant. Reglements von 1803.

³⁾ § 2 a. a. D.

3) durch jährliche Beiträge der Teilnehmer, welche nicht ein für alle Mal festgestellt sind, aber nicht unter 3 Mk. betragen sollen⁴⁾).

Der Umlauf der Bücher erfolgt innerhalb der einzelnen Spezialinspektionen nach Vorschrift des Generalsuperintendenten, die Kosten desselben tragen die Teilnehmer⁵⁾).

Säumigkeit in der Weiterbeförderung der umlaufenden Bücherbeutel wird mit Ordnungsstrafen von 3 bis 6 Mk. geahndet, welche der Generalsuperintendent zu Gunsten der Lesegesellschaftskasse einfordert⁶⁾. Die Rechnung der Lesegesellschaft führt der Generalsuperintendent und legt sie beim Konsistorium ab⁷⁾).

Die Benutzung der Generalinspektions-Bibliotheken regelt sich nach den in jeder Generalinspektion von dem Generalsuperintendenten zu treffenden besonderen Bestimmungen.

Den Generalinspektionslesegesellschaften in ihrer Eigenschaft als Körperschaften, welche auf Grund landesfürstlicher Verordnung kraft öffentlichen Rechtes bestehen, mit Zwang zum Beitritte für eine gewisse Personenklasse ausgestattet sind, Vermögensrechte haben und Eigentum besitzen, kommt das Recht juristischer Persönlichkeit zu.

§ 81. 6. Die einzelnen Einrichtungen des geistlichen Amtes.

a. Im Allgemeinen. Ort und Zeit. Zuständigkeit.

Pfarrrecht. Vertretung.

Der öffentliche Gemeindegottesdienst darf nur in dem dazu bestimmten Gebäude (Kirche, Kapelle) oder Gebäudeteile (Betsaale) gehalten werden. Die Benutzung eines anderen Raumes dazu kann nur aus besonderen Gründen¹⁾ vom Konsistorium gestattet werden. — Wegen der Fahrten des Geistlichen zu Kirchen außerhalb seines Wohnsitzes vgl. § 30 und 130.

Zum Orte für Taufen und Trauungen soll regelmäßig das für den öffentlichen Gottesdienst bestimmte Gebäude gewählt werden²⁾. Sind mehrere derartige Gebäude im Pfarrbezirke, so ist dasjenige zu wählen, in welchem

⁴⁾ Es steht jedem Teilnehmer frei, aus einer vom Generalsuperintendenten entworfenen Liste Bücher zum Umlaufe vorzuschlagen. Der Teilnehmer, der von dieser Befugnis Gebrauch macht, hat den Preis der von ihm gewählten Bücher als Beitrag für das laufende Jahr zu entrichten. Die Bücher werden ihm nach beendigtem Umlauf zugestellt und gehen damit in sein Eigentum über.

⁵⁾ Vgl. §§ 7—11 des ang. Reglements.

⁶⁾ Konsistor.-Reskr. v. 18. Sept. 1830.

⁷⁾ Konsistor.-Reskr. v. 27. Febr. 1858.

¹⁾ Z. B. Bauarbeiten an der Kirche; ungenügende Größe der Kirche für bestimmte Gelegenheiten u. a. m.

²⁾ E. K. D. L. I c. VIII § 2 und c. XXII § 4.

der Geistliche den regelmäßigen öffentlichen Gottesdienst für die Kirchengemeinde des Beteiligten hält: bei Bewohnern von Ortschaften ohne Kirchengebäude und von Ortschaften mit einer Kapelle (§ 27, I) die Kirche, an welche sie gewiesen sind; bei Bewohnern von Ortschaften mit Filialkirchen zum regelmäßigen Gottesdienste die Filialkirche. Es ist indessen bezüglich der Taufen durch Gewohnheitsrecht³⁾, bezüglich der Trauungen durch das Kirchengesetz vom 4. Jan. 1881 (Nr. 2) den Beteiligten zugestanden, die Handlung in der eigenen Wohnung oder einem anderen, geeigneten Lokale⁴⁾ vorrichten zu lassen, vorausgesetzt daß der Geistliche nicht durch anderweitige Dienstgeschäfte verhindert ist, sich von der Pfarre oder Kirche zu entfernen⁵⁾. Wer zu diesem Zwecke das Erscheinen des Geistlichen an einem Orte außerhalb des Ortes der Pfarre für einen Tag begehrt, an welchem derselbe behuf des öffentlichen Gottesdienstes sich dorthin zu begeben nicht verpflichtet ist, hat ihm geeignetes Fuhrwerk⁶⁾ für den Hinweg und Rückweg zu stellen oder ihm die Kosten der Fuhr zu vergüten. Die Frage nach der Stellung oder Vergütung der Fuhr ist, von Nothfällen⁷⁾ abgesehen, vorweg zu erledigen⁸⁾.

Für die Kommunion ist die Kirche, nach örtlichem Herkommen hier und da in gewissem Umfange auch eine Kapelle, der Ort; ein Privathaus nur bei körperlicher Unfähigkeit des Kommunikanten zum Besuche der Kirche⁹⁾, namentlich also im Falle der Krankheit oder des nahenden Todes¹⁰⁾. Bezüglich der Fuhrleistung gilt, was bezüglich der Fuhr zu Taufen und Trauungen gesagt ist¹¹⁾.

³⁾ Vgl. das Konsist.-Reskr. v. 31. Dez. 1823 (Bege I S. 202).

⁴⁾ Die Beschaffenheit desselben darf den kirchlichen Anstand nicht verletzen (§ 2 des ang. Kirchenges. unter c); die bezüglichlichen Anforderungen sind freilich in Eilfällen, besonders bei Taufen kranker Kinder, auf das Nöthigste zu beschränken. — Als geeignetes Lokal ist selbstverständlich auch eine Kapelle am Wohnorte des Beteiligten anzusehen.

⁵⁾ § 2 des ang. Kirchenges. unter a.

⁶⁾ Regelmäßig ist darunter ein geschlossener Wagen mit 2 Pferden zu verstehen. — Auch wo der Geistliche nach örtlichem Herkommen verbunden ist, für die Fuhr zu den Gottesdiensten den Wagen seinerseits zu halten, während die Transportpflichtigen nur die Pferde stellen (§ 29, VI), kann er doch der Regel nach für die Fuhr zu den Kasualien die Stellung vollständigen Fuhrwerkes, also der Pferde und des Wagens verlangen.

⁷⁾ Insbesondere darf im Falle der Schwachheit oder Krankheit von Kindern (für welchen schon die E. R. D. die Hausstufen zuließ bezw. vorschrieb. — T. I c. VIII, § 2 und 12) der Geistliche selbstverständlich sein Erscheinen behuf der Taufe wegen mangelnder Sicherheit hinsichtlich der Fuhr oder deren Vergütung nicht versagen oder verzögern.

⁸⁾ S. wegen der Haustrauungen ausdrücklich § 2 des ang. Kirchenges. unter b.

⁹⁾ E. R. D. T. I c. XI § 7. Neben dem Kranken dürfen auch seine gesunden Angehörigen an der Hauskommunion teilnehmen.

¹⁰⁾ E. R. D. T. I c. XII.

¹¹⁾ Selbstverständlich darf der Geistliche, wenn der das Abendmahl Begehrende in Todesgefahr schwebt, oder bei zweifelsohner körperlicher Unfähigkeit zum Besuche der Kirche zugleich notorisch mittellos ist, wegen mangelnder zuvoriger Regelung der Fuhrfrage sein Erscheinen nicht versagen oder verzögern.

Seelsorge hat der Geistliche zu üben, wo und wann sich die Gelegenheit bietet, und ungerufen (§ 83). Wird sein Kommen dazu ausdrücklich begehrt, so gilt hinsichtlich der etwaigen Fuhrenleistung, was bezüglich der Fuhren zu Krankencommunien gesagt ist. Auch in übrigens dem Zutritte verschlossene Räume soll er behuf der Seelsorge auf Begehren der Insassen zugelassen werden, so jedoch, daß er den deshalb getroffenen besonderen Anordnungen sich unterwirft¹²⁾.

Der Ort der Begräbnishandlungen wird durch den Platz, an welchem sich die Leiche befindet, und durch die Lage des zu benutzenden Friedhofes (§ 137) bestimmt. Wird behuf eines Begräbnisses die Anwesenheit eines Geistlichen an einem Orte außerhalb der Feldmark seines Wohnsitzes begehrt, so gilt hinsichtlich der Fuhrenleistung, was bezüglich der Fuhren zu Trauungen gesagt ist¹³⁾.

Ausgenommen von der Verpflichtung zur Stellung oder Vergütung der Fuhren sind die Bewohner solcher Orte, nach denen behuf der Kasualien sich auf eigene Kosten zu begeben der Geistliche kraft besonderen Rechtstitels gehalten ist. Das Bestehen einer solchen Ausnahme muß von demjenigen, der mit Berufung auf sie die Fuhrenleistung verweigert, bewiesen werden¹⁴⁾.

Die Zeit der öffentlichen Gottesdienste bestimmt bei jeder Kirche das Herren. Änderungen daran sind nur unter Zustimmung des Kirchenvorstandes (oben § 41) und nach erteilter Genehmigung des Konsistoriums zulässig¹⁵⁾.

Die Kasualien sollen sich, soweit die Art der vorzunehmenden Handlung nicht die Öffentlichkeit ausschließt, tunlichst dem öffentlichen Gottesdienste anschließen und vor versammelter Gemeinde geschehen¹⁶⁾. Es ist jedoch durch Gewohnheitsrecht nachgelassen, daß sie auch zu anderer Zeit und nicht öffent-

¹²⁾ Vgl. z. B. wegen der Abperrung bei Kinderpest § 20 der zur Ausführung des Reichsgesetzes v. 7. April 1869 unterm 9. Juni 1873 erlassenen Instruktion (Reichsgesetzblatt v. 1873 S. 152).

¹³⁾ Von Notfällen, welche den Geistlichen verpflichteten, ohne daß ihm Fuhrwerk gestellt oder der Kostenersatz für das von ihm selbst besorgte Fuhrwerk zugesagt wäre, auswärts zu Begräbnissen zu erscheinen, kann nicht die Rede sein, weil seine Mitwirkung beim Begräbnisse nicht notwendig ist.

¹⁴⁾ Diese Ausnahme findet sich nur bei einzelnen Gemeinden kombinierter Mutterkirchen (§ 27, 1) als eine ihnen bei ihrer Einfügung in einen anderen Pfarrbezirk in Rücksicht auf ihre bisherige rechtliche Lage (als Pfarrsitz) belassene Vergünstigung.

¹⁵⁾ Vgl. E. R. D. T. I c. XXV § 5.

¹⁶⁾ Vgl. wegen der Taufe R. D. T. S. 56 ff., E. R. D. T. I c. VIII § 1; wegen der Konfirmation E. R. D. T. I c. IX § 7 (vgl. unten § 86); wegen des Abendmahls R. D. T. S. 22 und 53, E. R. D. T. I c. XI § 7; wegen der Trauung R. D. T. S. 97, E. R. D. T. I c. XXII § 8. Wegen der letzteren geht die Vorschrift dahin, daß sie „publice in der Kirche“ geschehe.

lich vollzogen werden. Wird dies Verfahren gewählt, so beruht die Bestimmung der Zeit auf einer Vereinbarung zwischen dem Geistlichen und den Beteiligten, bei welcher zu beachten ist, daß Anstößiges oder wohlbegründeter Ortsitte Widersprechendes vermieden werde. — Bei Taufen in dringenden Fällen und bei Krankenkommunionen wird selbstverständlich die Zeit der Handlung durch die Lage des Falles bestimmt. Bei Begräbnissen sind überdies die bezüglich ihrer Zeit geltenden polizeilichen Vorschriften zu beachten (§ 89).

Die Form sowohl der öffentlichen Gottesdienste, als der Kasualien hat sich nach den dafür erlassenen Vorschriften, deren Zusammenstellung als „Agende“ bezeichnet wird, zu richten¹⁷⁾.

Zur Verrichtung aller in einem Pfarrbezirke vorzunehmenden Handlungen des geistlichen Amtes ist der für denselben angestellte Geistliche mit Ausschluß jedes Anderen zuständig: sog. Pfarrrecht (Vgl. wegen der entsprechenden Verpflichtung der Mitglieder der Pfarrgemeinde — Pfarrzwang — § 29, III). Ausgenommen von der Zuständigkeit des Geistlichen sind Verrichtungen, deren Vornahme dem Superintendenten vorbehalten ist (§ 56) oder nur im besonderen Auftrage des Konsistoriums geschehen darf.

Der Geistliche ist berechtigt, anderen Geistlichen der Landeskirche die Vornahme von Amtshandlungen innerhalb seines Pfarrbezirkes zu gestatten; vgl. wegen der Vertretung in Fällen vorübergehender Natur § 59. Wegen der Zulassung von Geistlichen, welche der Landeskirche nicht angehören, hat er beim Konsistorium anzufragen. Er ist ferner berechtigt, Gemeindegliedern zu gestatten, sich wegen der Verrichtung von Amtshandlungen, zu deren Vornahme er zuständig wäre, an einen anderen Geistlichen zu wenden („Dimissorials“ zu erteilen). Andererseits darf er in einem fremden Pfarrbezirke nicht ohne die Erlaubnis des diesem vorgesetzten Geistlichen Amtshandlungen verrichten, und für Personen, welche seiner Pfarrgemeinde nicht angehören, Amtshandlungen im allgemeinen nur vornehmen, wenn sie Dimissorials des zuständigen Geistlichen beibringen. Wegen der näheren Bestimmungen und der Ausnahmen vgl. die §§ 84—89.

§ 82 b. Im Einzelnen. aa. Gottesdienst. Hauptgottesdienste. Nebengottesdienste. Katechismuslehren. Festtage.

Eine mit Rechtszwang durchzusetzende Verpflichtung zum Besuche der Gottesdienste besteht im Allgemeinen nicht¹⁾. Nur für die eine Landschule

¹⁷⁾ Willkürliche Abweichungen davon untersagt schon die R. D. Z. S. 5.

¹⁾ Die besonderen Verhältnisse einzelner Personalgemeinden (§ 32 II, 1, z. B. der Militärgemeinden) oder Anstaltsgemeinden (§ 32 II, 2, z. B. der Strafanstalten) bringen es mit sich, daß ihren Mitgliedern der Besuch der Gottesdienste anbefohlen wird.

befuchenden Kinder ist die Teilnahme an den „in den Kirchen erteilten Kinderlehren“ mit der Drohung vorgeschrieben, daß die Versäumnis gleich der Versäumnis des Schulunterrichtes bestraft werden soll²⁾. Die konfirmierten Kinder sollen noch zwei bis drei Jahre die Sonntags-Kinderlehren (Katechismuslehren) besuchen³⁾; es fehlt aber an einer Strafbestimmung für den Fall der Versäumung dieser Pflicht.

Herkömmlich werden auch Personen, welche der Gemeinde nicht angehören, auch Andersgläubige (§ 11 II 1), zur Teilnahme am öffentlichen Gottesdienste zugelassen; jedoch kann der Kirchenvorstand mit Rücksicht auf die Raumverhältnisse der Kirche Beschränkungen anordnen.

Vorschriften, nach denen es gestattet wäre, Gemeindeglieder von der Teilnahme am Gottesdienste für immer oder für bestimmte Zeit auszuschließen, bestehen nicht. Es versteht sich aber von selbst, daß die Kirchendiener (§ 58) befugt sind, nötigenfalls mit Unterstützung des Kirchenvorstandes⁴⁾, Personen, welche durch unziemliches Auftreten im Gottesdienste dessen Würde und die Andacht der Gemeinde stören, für das Mal aus dem Gottesdienste fortzuweisen⁵⁾.

Die Geistlichen sollen ihre Predigten vollständig schriftlich abfassen⁶⁾ und nicht länger als höchstens drei Viertelstunden währen lassen⁷⁾. Im Übrigen haben sie hinsichtlich der Einrichtung der Gottesdienste sich nach den bestehenden Vorschriften⁸⁾ zu richten und dürfen keine willkürlichen Abweichungen davon machen.

²⁾ Gef., die Schulpflichtigkeit in den Landgemeinden betr., v. 23. April 1840 (Nr. 11) § 7. Da der Besuch der Kinderlehren hier unverkennbar als ein ergänzendes Zubehör des Schulunterrichtes in der Ortschule behandelt wird, so unterliegen der Verpflichtung, daran teilzunehmen, diejenigen Kinder nicht, welche von der Verpflichtung zum Besuche der Ortschule nach § 4 des ang. Gef. ausgenommen sind. — Wegen der Strafe der Versäumnis s. § 13 des Polizeistrafgesetzes v. 23. März 1899 (Nr. 27). — Auf den Besuch des Hauptgottesdienstes erstreckt sich die Vorschrift nicht (Reskr. v. 20. Okt. 1879 in der Reskr. Sammlg. des Konfist.)

³⁾ Konfist. Auschr. v. 3. Nov. 1790 (Fredersb. Stein. I S. 166).

⁴⁾ d. h. einzelner, mit der Unterstützung der Kirchendiener für dergleichen Fälle im voraus beauftragter Kirchenverordneter.

⁵⁾ Wegen der Bestrafung von Störungen des Gottesdienstes s. § 167 des Strafgesetzbuchs für das Deutsche Reich (Reichsgesetzblatt 1876 S. 72).

⁶⁾ E. K. D. T. I c. IV § 1. — Extemporieren soll nur im Notfalle stattfinden; vgl. Anl. II zum T. I der E. K. D. unter 7.

⁷⁾ E. K. D. T. I c. IV § 2.

⁸⁾ Wegen der Hauptgottesdienste s. Kirchenges., die Ordnung des Hauptgottesdienstes an den Sonn- und Festtagen, sowie am grünen Donnerstage, Charfreitage und Bußtage betr., v. 17. Jan. 1877 (Nr. 10), in kraft gesetzt durch die Verordnung v. 13. Mai 1879 (Nr. 29); vgl. Auschr. v. 18. Mai 1879. — Wegen der Nebengottesdienste s. Kirchengesetz, die liturgische Ordnung der Nebengottesdienste, der Hagelfeier, u. s. w. betr., v. 14. Aug. 1893 (Nr. 42) und Verordn., den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Kirchenges., v. 26. Juni 1895 (Nr. 39). Wegen der Verwendg. v. Kirchenchören im Gottesdienste s. Auschr. v. 14. Dez. 1889 (Amtsbl. S. 154). Für die Nachmittagsgottesdienste ist die Vorschrift der E. K. D. (T. II c. II § 28 und 36), wonach sie in den Städten

Hat der Geistliche mehrere Kirchen zu versehen, so bestimmt das Herkommen, ob er den Hauptgottesdienst an Sonn- und Festtagen in einer derselben, oder in mehreren nach einander, oder wechselnd bald in der einen, bald in der anderen zu verrichten hat, und ferner wie die Reihenfolge oder der Wechsel unter den mehreren Kirchen zu gestalten ist. Abweichungen von dem Herkommen und dem durch dasselbe im einzelnen bestimmten Verfahren sind (abgesehen von etwaigen durch Zwangslagen, wie dienstliche Verhinderung, Urlaub oder Krankheit des Geistlichen, Vakanz einer Pfarrstelle u. dgl. m. begründeten Ausnahmen) nur unter Zustimmung der beteiligten Kirchenvorstände (§ 41) und mit Genehmigung des Konsistoriums zulässig⁹⁾.

Die Katechismuslehren (Kinderlehren) am Nachmittage der Sonn- und Festtage sollen, wo der Geistliche mehrere Kirchen zu versehen hat, von ihm wechselnd bald in der einen, bald in der anderen gehalten werden¹⁰⁾. Über die dabei inne zu haltende Reihenfolge bestimmt das Herkommen. Auch am

Katechismuslehre und Epistelpredigt enthalten sollen, abgekommen. Sie enthalten auf dem Lande (nach § 37 der E. R. D. a. a. D.) nur Katechismuslehre, in den Städten nach örtlichem Herkommen entweder Katechismuslehre oder Epistelpredigt. Im übrigen ist die liturgische Ordnung für sie, wie für andere Nebengottesdienste, durch das ang. Kirchenges. v. 14. Aug. 1893 (Nr. 42), neu geregelt. Neue allgemeine Kirchengebete waren auf landesfürstliche Verfügung eingeführt mittelst Ausschreibens vom 20. Dez. 1851, verändert und erweitert mittelst der Ausschreiben vom 14. Juni 1871, 5. Nov. 1885 und 28. Apr. 1886; sie sind dann anderweitig festgestellt durch das ang. Kirchengesetz v. 14. Aug. 1893, welches auch die Kirchengebete für die einzelnen Festtage festsetzt.

Der zweite Jahrgang der Perikopen ist nach einem Beschlusse der Landesynode v. 23. Nov. 1872 (Anl. 21 der Verhandlungen) mittelst eines auf landesfürstliche Verfügung erlassenen Ausschreibens v. 24. Oktober 1874 eingeführt. Dabei ist den Geistlichen die Freiheit gewährt, sich bei besonderen Veranlassungen selbstgewählter Texte für ihre Predigten zu bedienen, auch von Zeit zu Zeit den Hauptpredigten statt der Evangelien die Episteln zu Grunde zu legen und die Evangelien dafür vor dem Altare zu verlesen.

Wegen des kirchlichen Gebrauchs der revidierten Lutherischen Bibelübersetzung s. Kirchenges. v. 20. Juli 1901 (Nr. 35).

Das sog. „Neue Gesangbuch“ ist eingeführt auf grund des landesfürstlichen Reskripts v. 21. Okt. 1779 im Laufe des Jahres 1780; ein Anhang dazu in Gemäßheit des Kirchengesetzes v. 13. Jan. 1887 (Nr. 1) und der Verordnung v. 7. März 1887 (Nr. 7) mit dem 1. Apr. 1887; an Stelle dieses Gesangbuches ist vom 15. April 1903 ab mit der Maßgabe, daß zunächst das bisherige Gesangbuch weiter benutzt werden kann, ein neues Gesangbuch getreten gemäß des Kirchenges. v. 31. Juli 1902 (Nr. 36) und der Kirchenverordg., den Termin der Einführung des neuen Gesangbuches für die ev.-luth. Landeskirche des Herzogtums betr. v. 23. März 1903 (Nr. 18).

Das Choralbuch (verfaßt von Selmar Müller) auf grund landesfürstlichen Reskripts v. 7. Jan. 1865 durch Ausschreiben v. 30. Nov. 1866 (Bege IX S. 298) mit dem Jahre 1867. Wegen Revision bezw. Ergänzung des Choralbuches s. Kirchenges. v. 31. Juli 1902 (Nr. 35) § 4.

Mit den neu bearbeiteten Teilen der Agende und mit dem Anhang zum Gesangbuche ist zugleich auch der für dieselben zu gebrauchende musikalische Satz vorgeschrieben. Bgl. wegen des Anhangs zum Choralbuche das Auschr. v. 14. Juli 1888 (Amtsbl. S. 93) und wegen des Melodienbuches das Auschr. v. 18. Aug. 1888 (Amtsbl. S. 125).

Wegen des Landes-Katechismus s. oben § 1.

⁹⁾ R. B. G. § 24.

¹⁰⁾ E. R. D. I II c. II § 38.

Freitage soll auf dem Lande statt der in der Kirchenordnung¹¹⁾ vorgeschriebenen Betstunde vom Geistlichen Katechismuslehre gehalten werden¹²⁾. Bei allen Katechismuslehren ist der vorgeschriebene Katechismus zum Grunde zu legen¹³⁾.

Die Wochenbetstunden soll der Geistliche regelmäßig halten, wenn es nicht durch gänzlichen Mangel an Teilnahme der Gemeindemitglieder unmöglich gemacht wird¹⁴⁾.

In Vertretung des Geistlichen hat der Opferrmann statt der Katechismuslehren, wie auch statt der Predigtgottesdienste, sog. Lesegottesdienste zu halten. Dabei hat er sich genau nach den Anweisungen des Geistlichen zu richten, sich selbstverfaßter Gebete oder Reden zu enthalten und auch die ihm vom Geistlichen zum Lesen vorgeschriebene Predigt nur mit den von diesem etwa angegebenen Änderungen vorzulesen¹⁵⁾. Die Auswahl der für die Lesegottesdienste zu benutzenden Bücher bedarf der Genehmigung des Konsistoriums¹⁶⁾. Nur auf besondere Ermächtigung durch das Konsistorium darf der Opferrmann ausnahmsweise auch Katechismuslehre halten¹⁷⁾.

Was die Festtage anbetrifft, welche kirchlich gefeiert werden sollen, so ist deren in der Erneuernten Kirchenordnung¹⁸⁾ angegebener Bestand später mehrfach geändert. 1755 wurde verordnet, daß die sechs Feste Epiphaniens, Mariä Lichtmeß, Mariä Verkündigung, Johannis des Täufers, Mariä Heimsuchung und Michaelis nicht mehr besonders, sondern am nächstfolgenden Sonntage mit gefeiert werden sollen¹⁹⁾. 1773 wurde die Feier des dritten Tages der drei hohen Feste (Weihnachten, Ostern, Pfingsten) abgeschafft²⁰⁾. 1825 wurde statt der bisherigen mehreren Bußtage ein solcher, und zwar auf den „Mittwochen in der Martiniwoche“ (d. h. in der

¹¹⁾ E. R. D. I. II c. VII.

¹²⁾ Landesfürstl. Reskr. v. 27. Febr. 1777 und Reglement v. 12. März 1777. — Nach dem Reglement sollen an dieser in der Kirche am Pfarrsitz zu haltenden Katechismuslehre alle Schulkinder des Pfarrbezirkes im Alter von mehr als 10 Jahren, sofern sie nicht über eine halbe Meile vom Pfarrsitz entfernt wohnen, und außerdem die Konfirmierten, welche im elterlichen Hause verblieben sind, während dreier Jahre nach der Konfirmation teilnehmen. In diesem Umfange bestehen die Freitagsschulstunden nicht mehr; sie sind beschränkt auf die älteren Schüler der Schule am Pfarrsitz. Daß sie gehalten werden sollen, ist wiederholt, z. B. durch Reskr. v. 29. Dez. 1855 (Bege VIII S. 26) eingeschärft. Vielfach findet ihre Haltung jetzt im Schulhause statt.

¹³⁾ E. R. D. I. I c. IV § 3. Verordnung v. 28. Dez. 1858 (1859 Nr. 1).

¹⁴⁾ E. das ang. Reskr. v. 1855.

¹⁵⁾ E. R. D. I. II c. II § 39 und 40.

¹⁶⁾ Die Form der Lesegottesdienste ist festgestellt durch das Kirchenges., die liturgische Ordnung der Nebengottesdienste betr., v. 14. Aug. 1893 (Nr. 42).

¹⁷⁾ Dienstinstruktion für Schullehrer und Opferrleute v. 29. Okt. 1836 § 30.

¹⁸⁾ E. R. D. I. II c. III, IV und V.

¹⁹⁾ Konsist.-Reskr. v. 10. Juni 1755 (bei Frederdsb. Stein. I S. 315); vgl. Landesf. Verordnung. v. 3. Sept. 1754 (daß.)

²⁰⁾ Landesfürstl. Verordnung. v. 21. Okt. 1773 (Frederdsb. Stein. I S. 315).

mit dem Sonntage beginnenden Kalenderwoche, in welche der 11. November, sei es als erster, letzter oder dazwischen liegender Tag fällt) angeordnet²¹⁾. Seit 1893 ist an dessen Stelle der allgemeine deutsche Bußtag (Mittwoch vor dem letzten Trinitatissonntage) getreten²²⁾. Ferner wurde 1825 das Hagelfeierfest auf den zweiten Montag im Juni, oder, wenn dieser in die Pfingstwoche fällt, auf den dritten Montag im Juni verlegt²³⁾. Das Erntedankfest ist am Sonntage nach dem Michaelistage, wenn dieser aber auf einen Sonntag fällt, am Michaelistage selbst zu feiern^{23a)}; das Reformationsfest an dem auf den 30. Oktober zunächst folgenden Sonntage²⁴⁾. 1877 ist das Totenfest eingeführt²⁵⁾, es wird am letzten Sonntage des Kirchenjahres gefeiert.

Die Einführung neuer öffentlicher Gottesdienste für die Landeskirche geschieht durch Kirchengesetz, die Anordnung einmaliger kirchlicher Feiern für die Landeskirche durch Ausschreiben des Konsistoriums auf Grund landesfürstlicher Ermächtigung²⁶⁾ (§ 17,6). Die Anordnung neuer Gottesdienste für einzelne Gemeinden erfolgt auf Antrag oder mit Zustimmung der Kirchenvorstände (§ 41,2) durch das Konsistorium, entweder für ein Mal (so bei Missionsfesten, Festen des Gustav-Adolf-Vereins u. dgl. m.), oder für eine unbestimmte Zahl wiederkehrender Fälle („bis auf Weiteres“; so bei Christvespern, Fastengottesdiensten u. dgl. m.)

Die früher üblich gewesene Vorlesung staatlicher Gesetze und Verordnungen von der Kanzel²⁷⁾ ist nicht mehr im Gebrauche. Dagegen kommen Bekanntmachungen, welche kirchliche Angelegenheiten betreffen, noch jetzt in der Form sog. kirchlicher Abkündigungen vor (s. z. B. § 36). Dieselben sollen nach der Predigt von der Kanzel geschehen²⁸⁾.

²¹⁾ Verordnung. v. 28. März 1825 (Nr. 5) § 10.

²²⁾ Kirchengesetz die Verlegung des Bußtages betr., v. 6. Mai 1893 (Nr. 22); Staatsgesetz von demselben Tage; in Kraft gesetzt mit dem 1. Juli 1893 durch Verordnung v. 6. Mai 1893 (Nr. 23).

²³⁾ § 11 der aug. Verordnung. Der von den Vertretern der landwirtschaftlichen Interessen wiederholt angeregten Verlegung des Hagelfeierfestes auf einen Sonntag ist kirchlicherseits entgegengetreten. S. die Verhandlungen der fünften Landesynode, Anl. 6 a v. 24. Okt. 1888 S. 11 ff., Amtsbl. 1889. S. 25 ff. und Verhandlungen der sechsten Landesynode, Anl. 30 v. 24. Apr. 1893.

^{23a)} Höchste Verordn. v. 3. Sept. 1754 (Amtsbl. 1895 S. 47).

²⁴⁾ Amtsblatt 1889 S. 3.

²⁵⁾ Ausschr. v. 14. Apr. 1877.

²⁶⁾ S. z. B. Amtsblatt 1888 S. 45. — In dem Ausschreiben wird auch über die bei Abhaltung des außerordentlichen Gottesdienstes zu beobachtende Form das Erforderliche bestimmt.

²⁷⁾ S. z. B. Zirk.-Ausschr. v. 9. Okt. 1824 (Bege I S. 204).

²⁸⁾ Ordnung des Hauptgottesdienstes (Anhang des Kirchengesetzes v. 17. Jan. 1877 Nr. 10) S. 57.

§ 83. bb. Seelsorge. Vereinswesen.

Der Geistliche soll auch außerhalb des öffentlichen Gottesdienstes in persönlichem Verkehr mit den Gemeindegliedern auf deren Wandel durch Ermahnungen und Vorstellungen einzuwirken bestrebt sein; ferner soll er denselben bei sich ereignenden Notfällen mit Rat, Trost und Ermahnungen beistehen, insbesondere auch den Kranken und Sterbenden. Zu dem Zwecke soll er sich zu ihnen begeben, auch ohne daß er gerufen ist¹⁾. Dieses sein Seelsorgeramt aber soll er nicht zu ungehöriger Einmischung in ihre weltlichen Streitigkeiten und Händel mißbrauchen²⁾.

Auf Mängel, welche im Wandel und Leben der Gemeinde merkbar sind, darf der Geistliche selbstverständlich auch in der Predigt hinweisen und auf ihre Abstellung auch mittelst Rüge und Ermahnung im öffentlichen Gottesdienste hinarbeiten; er darf dabei aber nicht einzelne Gemeindeglieder als mit diesen Mängeln behaftet benennen oder ohne Namensnennung kenntlich bezeichnen³⁾.

Über das, was er bei Ausübung der Seelsorge aus dem Leben und den Verhältnissen der Gemeindeglieder erfährt, hat er Stillschweigen zu beobachten⁴⁾. Anzeige von begangenen Verbrechen zu machen, von denen er dabei erfährt, ist er nicht verbunden⁵⁾.

Bestehen in der Gemeinde Einrichtungen oder Gewohnheiten, welche nach ihrer Art und Wirkung das kirchliche und sittliche Leben zu beeinträchtigen geeignet sind, so hat er auf deren Abstellung durch Ermahnungen und durch Inanspruchnahme der Tätigkeit des Kirchenvorstandes (§ 45) hinzuwirken; gelingt sie auf diesem Wege nicht, so hat er über die Angelegenheit an das

¹⁾ E. R. D. I. c. X § 9, c. XII. Die rechtliche Verpflichtung des Geistlichen zur Seelsorge ist keine unbedingte, sondern hört da auf, wo man ihn zurückweist. Mit ihr fällt auch die nur zu ihrer Erfüllung dem Geistlichen zustehende rechtliche Befugnis zum Betreten der Wohnungen seiner Gemeindeglieder hinweg. Aus diesem Grunde kann er sich, wenn er gegen Verbot des Berechtigten eine Wohnung betritt oder darin verweilt, gegen die Bestrafung nach § 123 des Strafgesetzbuches für das Deutsche Reich (Hausfriedensbruch) nicht durch die Berufung auf die durch sein Seelsorgeramt ihm auferlegten Pflichten decken.

²⁾ E. R. D. I. c. IV § 6 und 7, welcher letztere den Geistlichen noch ausdrücklich die Aufnahme und Aufertigung von Kontrakten oder leghwilligen Verfügungen für Gemeindeglieder untersagt. Vgl. Amtsbl. 1895 S. 58.

³⁾ E. R. D. I. c. V § 5; c. VI § 3; Reglement v. 18. Okt. 1770 Nr. 7 und 10 (Friedersb. Stein. II S. 225 ff.)

⁴⁾ Diese Verschwiegenheit ist ernste Berufspflicht des Geistlichen und beschränkt sich nicht auf das, was ihm als eigentliches Beichtgeheimnis mitgeteilt ist.

⁵⁾ Wegen beabsichtigter Verbrechen, von deren bevorstehender Verübung er hört, ist er in dem Umfange, wie jeder Andere, zur Anzeige verbunden; der Stand als Geistlicher oder das Beichtgeheimnis schützt ihn gegen die Anwendung des § 139 des Strafges. B. f. d. deutsche Reich und des § 13 des Reichsges. gegen den verbrecherischen Gebrauch von Sprengstoffen v. 9. Juni 1884 nicht.

Konfistorium zu berichten, welches seinerseits die etwa mögliche Abhülfe bei den staatlichen Behörden beantragt⁶⁾.

Soweit nicht staatlicherseits für die Seelsorge an den Gefangenen in Strafanstalten und Untersuchungsgefängnissen besondere Veranstellungen getroffen sind, haben sich die Geistlichen, in deren Pfarrbezirken jene Gebäude belegen sind, der Seelsorge darin anzunehmen, jedoch unter Beobachtung der Vorschriften und Beschränkungen, welche entweder allgemein, oder von dem Vorstände des Gefängnisses für den besonderen Fall getroffen sind⁷⁾. Gleiche Grundsätze gelten bezüglich der Wahrnehmung der Seelsorge in Krankenhäusern und ähnlichen Anstalten.

Um den Geistlichen von gewissen Fällen, welche seine seelsorgerische Tätigkeit in besonderer Weise beanspruchen, in Kenntnis zu setzen, ist vorgeschrieben:

1) daß von der vorläufigen oder definitiven Entlassung von evangelisch-lutherischen (reformierten und katholischen) Strafgefangenen, welche wegen eines Verbrechens oder eines Vergehens, oder wegen einer solchen Übertretung, die in einem Eingriffe in fremdes Eigentum besteht, sowie wegen Übertretung des § 361 Nr. 3, 4, 5, 6, 9 des Strafgesetzbuchs Freiheitsstrafen erlitten haben, dem inländischen Pfarramte, in dessen Bezirke sie zur Zeit des Antritts der Strafe ihren Wohnsitz gehabt haben, durch die Vorstände der Strafanstalten und Gefängnisse des Landes Mitteilung gemacht werde⁸⁾;

2) daß die Gerichtsschreiber der herzogl. Amtsgerichte in dem Falle, wenn Klagen auf Ehescheidungen erhoben oder Anträge auf Ehescheidung aus landesherrlicher Machtvollkommenheit gestellt worden sind, den inländischen Pfarrer des Wohnsitzes des evangelischen Ehemannes, oder wenn der Ehemann nicht dem evangelischen Glauben angehört, den inländischen Pfarrer der evangelischen Ehefrau, von dem Antrage auf Anberaumung eines Sühntermins sogleich benachrichtigen sollen⁹⁾.

Der Geistliche hat sich die Förderung des Vereinswesens, soweit es der Hebung des christlichen Sinnes und der christlichen Liebestätigkeit dient, an-

⁶⁾ Die einzelnen Vorschriften des ang. Reglements v. 1770 über das Verhalten des Geistlichen bei einem in der Gemeinde vorkommenden Vergernisse sind nicht mehr buchstäblich anwendbar.

⁷⁾ So als Grundsatz schon ausgesprochen in dem für die Stadt Braunschweig bestimmten landesherrlichen Reglement v. 27. Aug. 1697 Nr. 11 (Frederds. Stein I S. 363); ferner in der landesherrl. Resolution v. 21. Aug. 1704 Nr. 9 (das. S. 364).

⁸⁾ Minist.-Reskr. an den Ober-Staats-Anwalt v. 27. Febr. 1893 (Amtsbl. S. 10. — Zeitschr. f. Rechtspfl. XXXX S. 49). — Die angegebenen Nummern des § 361 betreffen: Bettelei, Trunksucht, gewerbsmäßige Unzucht, strafbare Vernachlässigung der Aufsicht über die Kinder.

⁹⁾ Minist.-Reskr. an den Landgerichts-Präsidenten v. 27. Febr. 1893 (Amtsbl. S. 10 ff. Zeitschr. f. Rechtspfl. XXXX S. 49 ff.)

gelegen sein zu lassen¹⁰⁾; über Maß und Art seines Wirkens auf diesem Gebiete sind im Rechte Bestimmungen nicht getroffen.

§ 84. cc. **Taufe.**

Allen der Landeskirche angehörigen Eltern liegt die kirchliche Verpflichtung ob, die Kinder ohne unnötigen Aufschub taufen zu lassen¹⁾. Gegen Versäumung oder Verweigerung dieser Pflicht wird zunächst durch seelsorgerischen Zuspruch seitens des Geistlichen einzuschreiten gesucht²⁾; bleibt das vergeblich, so tritt schriftliche Aufforderung des Kirchenvorstandes unter Setzung einer bestimmten Frist für die Vornahme der Taufe und Bedrohung mit den gesetzlichen Folgen der Unterlassung ein³⁾; bleibt diese Aufforderung ohne Erfolg, so treten auf Beschluß des Kirchenvorstandes jene Folgen (Verlust der Fähigkeit, ein kirchliches Amt zu bekleiden, des kirchlichen Wahlrechtes sowie des Rechtes zur Taufpatenschaft) ein⁴⁾. Die Taufe selbst kann nicht erzwungen werden.

Zuständig zur Taufe ist der Geistliche 1) bezüglich der innerhalb seines Pfarrbezirkes geborenen Kinder christlicher Eltern; sowie 2) der außerhalb desselben geborenen Kinder, deren Eltern oder uneheliche Mütter zur Zeit der Taufe die Mitgliedschaft in seiner Pfarrgemeinde besitzen (§ 28).

Zu 1. Eine Ausnahme machen Kinder katholischer Eltern oder uneheliche Kinder katholischer Mütter oder katholisch zu erziehende Kinder aus Mischehen. Ihre Taufe steht jedem im Herzogtume zu kirchlichen Amtshandlungen zugelassenen katholischen Geistlichen zu; nur an Orten, an denen kein katholischer Geistlicher seinen Sitz hat, kann die Taufe auf ausdrücklichen Antrag der Erziehungsberechtigten durch den zuständigen evangelischen Geistlichen vorgenommen werden⁵⁾. Zuwiderhandeln wird mit einer Geldstrafe von 30 Mk.

¹⁰⁾ Vgl. das Auschr. des Konfist. v. 18. Juni 1890 (Mtsbl. S. 41 ff.)

¹⁾ Gef., die Verabsäumung der sechswoöchigen Tauffrist betr., v. 25. März 1873 (Nr. 63) im Eingange. Reichsgefeß über die Beurkundung des Personenstandes v. 6. Febr. 1873 § 82. — Die für die Vornahme der Taufe früher gesetzten Fristen (E. R. D. T. I c. VIII § 3 drei bis vier Tage nach der Geburt; Verordn., die Verlängerung des Tauf-Termins betr., v. 3. Mai 1815 (Nr. 9) sechs Wochen nach der Geburt) nebst den für die Versäumung derselben angedrohten Geldstrafen sind nach § 1 des ang. Gef. v. 1873 weggefallen.

²⁾ Kirchenges., betr. die Verlegung kirchlicher Pflichten in Bezug auf Taufe u. s. w. v. 14. März 1889 (Nr. 10) § 1.

³⁾ Das. § 2.

⁴⁾ § 4 des ang. Kirchenges. — Der Beschluß des Kirchenvorstandes kann mittelst einer Beschwerde beim Konsistorium angefochten werden, welches darüber unter Zuziehung des Synodalausschusses endgültig entscheidet. § 16 des ang. Kirchenges. s. oben § 23 und § 15 V. — Außerdem ist im § 15 des ang. Kirchenges. ausgesprochen, daß bei der Beerdigung von Kindern, welche durch Schuld der Eltern ungetauft geblieben sind, die ehrende Mitwirkung der Kirche seitens der Angehörigen nicht beansprucht werden kann.

⁵⁾ § 2 des Gef. die Ordnung der kirchl. Verhältnisse der Katholiken betr., v. 29. Dez. 1902 (Nr. 2 de 1903).

geahndet. Abweichungen von diesen Vorschriften können nur mittelst landesfürstlicher Verfügung zugelassen werden⁶⁾.

Außerhalb des Pfarrbezirkes geborene Kinder von Eltern oder unehelichen Müttern, welche nicht Angehörige seiner Pfarrgemeinde sind, darf der Geistliche regelmäßig nur taufen, wenn ein Dimissoriale des zuständigen Geistlichen beigebracht wird; ausnahmsweise ohne dieses in Not- und Eilfällen, sowie wenn die Eltern oder unehelichen Mütter eines festen Wohnsitzes ermangeln⁷⁾.

In dem Pfarrbezirke befindliche Kinder in der frühesten Lebenszeit, deren Eltern verstorben oder unbekannt, hat der Geistliche zu taufen, wenn nicht feststeht, daß sie bereits getauft sind⁸⁾.

Die Rechtswirkungen der Taufe, namentlich in Bezug auf die Zugehörigkeit zur Landeskirche (§ 12) und auf die Konfirmation treten übrigens auch ein, wenn dieselbe von einem unzuständigen Geistlichen der Landeskirche oder einem Geistlichen einer anderen Kirche vollzogen ist.

Der Geistliche hat die Taufe nur auf Begehren der zur Vertretung des Kindes berechtigten Personen (Eltern, uneheliche Mütter, Vormünder), oder, in deren Ermangelung, der Ortsobrigkeit⁹⁾, vorzunehmen. Welcher christlichen Konfession die Eltern oder unehelichen Mütter angehören, macht dabei — abgesehen von dem obigen Ausnahmefall (zu 1) — keinen Unterschied, ist aber ihre Zugehörigkeit zum Christentum überhaupt nicht vorhanden oder zweifelhaft, so hat der Geistliche zunächst durch den Superintendenten die Entscheidung des Konsistoriums zu erwirken¹⁰⁾.

Wegen der Zeit und des Ortes der Taufe s. § 81.

Zu jeder Taufhandlung sind Taufzeugen (Taufpaten, Gevattern) erforderlich. Dieselben sollen der evangelisch-lutherischen Kirche¹¹⁾ angehören, müssen

⁶⁾ § 6 das.

⁷⁾ Wenn die Frage herantritt, ob einer dieser Ausnahmefälle vorliege, so hat der Geistliche im Zweifel dem an ihn gerichteten Begehren nach Taufe des Kindes zu entsprechen: wenn nur nicht Grund zu der Annahme gegeben ist, daß er gegangen wird, um den wohl erreichbaren zuständigen Geistlichen zu umgehen. — Für die Stadt Braunschweig besteht das besondere Recht, daß es den Eltern freigelassen ist, die Kinder durch einen anderen Geistlichen, als den, zu dessen Gemeinde sie gehören, taufen zu lassen. Hefte. v. 3. Mai 1815 (Bege III S. 254).

⁸⁾ S. wegen der Findlinge Bege I S. 212 unter b, 4 (aus dem Reglement, die Führung der Kirchenbücher betr., v. 10. Dez. 1814). Vgl. unten Anm. 20.

⁹⁾ Bege a. a. O.

¹⁰⁾ E. R. D. T. I c. VIII § 9. — Daß er wegen des Fehlens dieser Entscheidung die begehrte Taufe in Notfällen nicht versagen wird, ist selbstverständlich. Er hat alsdann über den Vorgang ohne Verzug an das Konsistorium zu berichten.

¹¹⁾ Dieser Satz wird in der Praxis nicht immer beachtet; er sollte aber insoweit unbedingt befolgt werden, daß nicht Personen als Taufzeugen bei Taufen lutherisch zu erziehender Kinder zugelassen werden, welche dem lutherischen Bekenntnisse feindselig gegenüberstehen.

nach Erreichung des vorschriftsmäßigen Alters zum Abendmahle zugelassen sein (§ 15 II, 1), und dürfen nicht des Rechtes zur Taufpatenschaft verlustig erklärt sein (§ 15, V)¹²⁾. Personen, welche diesen Erfordernissen nicht entsprechen, hat der Geistliche als Taufzeugen nicht zuzulassen. Wegen anderer Mängel oder besonderer Umstände¹³⁾ hat der Geistliche die zu Taufzeugen Vorgeschlagenen nicht nach eigenem Ermessen zurückzuweisen, sondern die Entscheidung des Konsistoriums einzuholen¹⁴⁾. Die Zahl der Gevattern ist unbeschränkt¹⁵⁾, allenfalls genügt auch ein Taufzeuge¹⁶⁾. Daß die Eltern selbst als Taufzeugen auftreten, entspricht dem eigentlichen Wesen des Taufzeugenamtes nicht¹⁷⁾ ist aber, wo die Heranziehung anderer Taufzeugen durch die Umstände ausgeschlossen oder beträchtlich erschwert ist, als Nothbehelf zuzulassen¹⁸⁾.

Behuf der Einladung zur Taufzeugenschaft auf Verlangen der Eltern Briefe zu schreiben (sog. Gevatterbriefe, bis zur Zahl von drei für jedes Kind) ist in einzelnen Gemeinden der Opfermann nach örtlichem Herkommen verpflichtet.

Die Taufe soll regelmäßig am unmündigen Kinde vollzogen werden¹⁹⁾. Hat sie nicht stattgefunden²⁰⁾, so kann sie am Erwachsenen geschehen. Als Erwachsener ist für diesen Zweck zu behandeln, wer das für die Konfirmation vorgeschriebene Alter erreicht und die nötige Unterweisung in der christlichen Lehre erhalten hat²¹⁾.

Vgl. z. B. das Konf.-Reskr. v. 12. Aug. 1882 in der Reskr. Sammlg., Baptisten betr. — Die Zugehörigkeit der Taufzeugen zur Landeskirche wird nicht gefordert.

¹²⁾ E. R. D. T. I c. VIII § 6.

¹³⁾ Z. B. sollten, wenn auch das Gesetz den Fall nicht behandelt, bei Taufen unehelicher Kinder jüngere, unverheiratete Personen als Taufzeugen nicht erscheinen.

¹⁴⁾ Verordnung v. 6. Jan. 1593 (Anl. XIX zu T. I der E. R. D., auch Frederseb. Stein. I S. 205 ff.) In Nothfällen wird er wegen Mangels dieser Entscheidung die Taufe nicht versagen oder verschieben können.

¹⁵⁾ Kirchenges., die Freigebung der Zahl der Gevattern betr., v. 15. Dez. 1876 (Nr. 119). Nach der E. R. D. T. I c. VIII § 5 sollten es nur 2, höchstens 3 sein.

¹⁶⁾ Konfist.-Reskr. v. 31. Dez. 1823 (Bege I S. 202).

¹⁷⁾ Die Taufzeugen sollen nach den Worten des Taufformulars „neben den Eltern“ oder „nächst den Eltern“ für die christliche Erziehung des Täuflings Sorge tragen. — Anl. zum Kirchenges., die liturgische Ordnung der Taufe betr., v. 27. Febr. 1889 (Nr. 9) S. 30 unten, S. 31 unten.

¹⁸⁾ Vgl. Konfist.-Reskr. v. 23. März 1833 (Bege IV S. 152).

¹⁹⁾ Sie darf nicht vorgenommen werden, bevor das Kind vollständig geboren ist, und nicht an totgeborenen Kindern E. R. D. T. I c. VIII § 13. Anl. zum ang. Kirchenges. v. 1889 S. 34 unter „Nottaufe.“

²⁰⁾ In Fällen, wo es bei Personen, die nicht mehr im ersten Kindesalter stehen, zweifelhaft erscheint, ob die Taufe überhaupt oder richtig stattgefunden, soll der Geistliche sie nicht nach eigenem Ermessen vornehmen oder wiederholen, sondern die Entscheidung des Konsistoriums auswirken. E. R. D. T. I c. VIII § 9. — Vgl. oben Num. 8.

²¹⁾ Anl. zum ang. Kirchenges. v. 1889 S. 37. — Kinder, die noch nicht erwachsen im

Das bei der Taufe sowohl der Kinder als der Erwachsenen zu beobachtende Verfahren nebst mehreren zur Auswahl verstellten Formularen ist vorgeschrieben durch das Kirchengesetz, die liturgische Ordnung der heiligen Taufe und der Konfirmation betr., v. 27. Febr. 1889 (Nr. 9). Willkürliche Abweichungen von diesen Vorschriften sind nicht gestattet; nur darf der Geistliche, wenn ein Kind zu schwach für den vollständigen Gebrauch des Taufformulars erscheint, die Taufhandlung unter Anwendung der erforderlichen Abkürzungen vollziehen²²⁾. — Aus den neuen Formularen ist die in den älteren Formularen²³⁾ vorgeschriebene Namengebung weggeblieben, weil das Kind die Namen schon früher durch Anzeige beim Standesbeamten²⁴⁾ bekommen haben kann. Nach dem Namen ist vielmehr vor Beginn der Taufhandlung zu fragen²⁵⁾; sind schon Namen in das Standesregister eingetragen, so dürfen nur dieselben Namen bei der Taufe gebraucht und in das Taufregister eingetragen werden²⁶⁾. Übrigens sind die Standesbeamten in Folge Ersuchens des Konsistoriums vom 27. Okt. 1877 staatsseitig angewiesen, auf die Namengebung bei der Meldung der Geburt nicht zu dringen, damit die kirchliche Sitte, wonach die Namen erst bei der Taufe beigelegt werden, erhalten bleibe.

Zur Taufe darf keine andere Flüssigkeit, als reines Wasser ohne jeden Zusatz genommen werden. Das Taufwasser soll sofort nach beendigter Taufe weggegossen werden²⁷⁾. Behuf der Taufe ist der Taufstein mit reinem Laken zu bekleiden²⁸⁾.

§ 85. Fortsetzung. Nottaufe. Einsegnung der Wöchnerinnen.

I. Wenn ein „neugeborenes“¹⁾ Kind in ernstster Todesgefahr und ein Geist-

obigen Sinne sind, aber dem Konfirmationsalter nahe stehen, sind mit der Kindertaufe zu taufen, sofern sie nicht widersprechen. (Beschluss der Eisenacher Konferenz v. J. 1888).

²²⁾ E. K. D. I. c. 33 ff. der ang. Anl.; f. g. Tauchtaufe.

²³⁾ E. K. D. I. II c. IX.

²⁴⁾ Reichsges. über die Beurkundung des Personenstandes v. 6. Febr. 1875 § 22.

²⁵⁾ Anl. zu dem ang. Kirchenges. v. 1889 E. 25.

²⁶⁾ Instruktion für die Kirchenbuchführer v. 29. Dez. 1875 § 2.

²⁷⁾ E. K. D. I. c. VIII § 8.

²⁸⁾ E. K. D. I. c. XXV § 2. Bei Haustaufen ist auf die würdige Herrichtung des Taufstuhles zu halten, soweit es die Umstände zulassen.

¹⁾ Auf diesen Fall beschränkt die liturgische Ordnung der Taufe (Anl. zum Kirchengesetz v. 27. Febr. 1889 [Nr. 9] E. 34) dem Buchstaben nach die Nottaufe und engt damit ihre Zulässigkeit scheinbar mehr ein, als die E. K. D. I. c. VIII § 11, welche von „schwachen Kindern“ in Todesgefahr spricht. Es ist indessen wohl nicht die Meinung, für den Fall, daß ein kräftig geborenes Kind nach einigen Tagen oder Wochen plötzlich und heftig erkrankt, so daß die zeitige Zuziehung des Geistlichen zur Taufe nicht mehr tunlich erscheint, die Nottaufe auszuschließen.

licher durchaus nicht zu erreichen ist²⁾, so darf jedes erwachsene Glied der Gemeinde dasselbe taufen. Vorzugsweise ist dazu der Vater berufen; es kann aber auch ein Anderer, Mann oder Weib, namentlich die Hebamme, die Taufe verrichten. Wenn irgend möglich sind bei derselben einige Zeugen zuzuziehen. Die Taufhandlung beschränkt sich dann darauf, daß der Taufende, nachdem er das Vaterunser laut gebetet hat, das Haupt des Kindes dreimal mit Wasser besprengt und dazu spricht: „Ich taufe dich im Namen des Vaters und des Sohnes und des heiligen Geistes“. Daß dem Kinde zugleich ein Name gegeben werde, ist nicht erforderlich.

Von der geschehenen Nottaufe ist dem zuständigen Geistlichen sobald als möglich Anzeige zu machen. Ist das Kind dann noch am Leben, so hat er durch genaue Befragung dessen, der die Nottaufe verrichtet hat, und der Zeugen festzustellen, ob dieselbe ordnungsmäßig verrichtet worden. Ergibt sich, daß dies der Fall, so bestätigt er in feierlicher Handlung, welche in Gegenwart dessen, der die Nottaufe verrichtet hat, und der Zeugen vorzunehmen ist, die Taufe mittelst vorgeschriebenen Aktes³⁾. Erst durch die Bestätigung erlangt die Nottaufe Rechtswirkung, namentlich in Bezug auf den Erwerb der Zugehörigkeit zur Landeskirche (§ 12) und die Zulassung zur Konfirmation (§ 86).

Setzt der Geistliche Zweifel daran, daß die Nottaufe ordnungsmäßig verrichtet worden, so hat er das Kind als ungetauft zu behandeln und wie jedes andere zu taufen.

Der Nottaufe gleich ist eine Taufe zu behandeln, welche von dem Geistlichen einer Sekte vollzogen ist.

II. An ehelichen Müttern ist, wenn sie es begehren, wo es die Umstände mit sich bringen im Anschluß an die Taufe, die Einsegnung zu vollziehen⁴⁾.

§ 86. dd. Konfirmation.

Alle Angehörige der Landeskirche, welche die Kindertaufe empfangen haben¹⁾

²⁾ Ist ein Geistlicher zeitig zu erreichen, so soll er geholt werden. E. K. D. L. I c. VIII § 12.

³⁾ Das Formular s. in der ang. Anlage 1889 S. 35.

⁴⁾ Anl. zum Kirchenges. v. 27. Febr. 1889 (Nr 3) S. 41 ff. — Als „gute Ordnung“ ist die schon in der E. K. D. L. S. 79 vorgeschriebene Einsegnung der Wöchnerinnen z. B. in der Taufordnung v. 1646 anerkannt und aufrecht erhalten (Frederick. Stein. II S. 41); so ferner das ihre allgemeine Wiedereinführung empfehlende Anschr. v. 1827 (Bege III S. 269).

¹⁾ Wer als Erwachsener getauft ist, wird, weil er das Taufgelübde selbst unter Bekenntnis des Glaubens abgelegt hat, nicht konfirmiert.

sollen, nachdem sie genügende Unterweisung in der christlichen Lehre erhalten haben, den christlichen Glauben vor der Gemeinde öffentlich bekennen, das Taufgelübde, welches die Taufzeugen abgelegt hatten, selbst auf sich nehmen, damit den Taufbund bestätigen, sodann als Glieder der Kirche anerkannt und zum Abendmahl zugelassen werden: Konfirmation. Nicht getaufte Kinder können selbstverständlich nicht konfirmiert werden. Die geschehene Taufe muß deshalb behuf der Zulassung zur Konfirmation nachgewiesen werden. Wo der Beweis nicht durch die Kirchenbücher des Pfarrbezirks des Geistlichen geliefert wird, ist er regelmäßig durch Vorbringung einer ordnungsmäßigen Bescheinigung der Taufe zu erbringen²⁾; wenn diese nicht anzuschaffen, durch eidliche oder an Eides Statt abgegebene Versicherung der bei der Taufe zugegen gewesenen Personen. Daß die Taufe von einem Geistlichen der Landeskirche vollzogen sei, wird nicht gefordert (§ 12, 2; § 84). Bei mangelndem Taufschein soll der Geistliche an das Konsistorium berichten und nach dessen Weisungen verfahren.

Um konfirmiert werden zu können, sollen die Kinder am 30. April des Kalenderjahres, in welches die Konfirmationshandlung fällt, das vierzehnte Lebensjahr erreicht haben³⁾, und müssen selbstverständlich die nötige religiöse Einsicht und sittliche Reife besitzen. Mängel in letzteren Beziehungen schließen sie ohne Rücksicht auf das Alter aus⁴⁾. Hinsichtlich der religiösen Einsicht dürfen jedoch bei schwachbegabten Kindern, welche das erforderliche Alter besitzen, die Anforderungen auf das denkbar geringste Maß beschränkt werden⁵⁾. Hält der Geistliche ein Kind wegen dieses Mangels für ungeeignet zur Konfirmation, so hat er dasselbe zur Prüfung an den Superintendenten zu verweisen und nach dessen Entscheidung zu verfahren; ist er selbst Superintendent, so hat er die Entscheidung des Konsistoriums einzuholen⁶⁾. — Kinder, die am 30. April des Konfirmationsjahres mindestens 13 Jahr 6 Monat alt sind, können mittelst Dispenses des Konsistoriums zur Konfirmation zuge-

²⁾ Vgl. das Reglement v. 10. Dez. 1814 unter I B c. 4 (Wege I S. 215), Auschr. v. 18. Jan. 1891 (Amtsblatt S. 10). — In der Stadt Braunschweig ist schon seit langer Zeit behuf der Konfirmation anstatt des förmlichen, teureren Taufscheins eine kürzere und billigere Taufbescheinigung erteilt (Landesf. Reftr. v. 16. Febr. 1815, Wege III S. 253). — Diese Einrichtung hat nach dem Kons.-Reftr. v. 15. Aug. 1840 für das ganze Land Geltung; die Taufbescheinigung für diesen Zweck kostet nur 25 Pfg.

³⁾ Auschr. v. 20. Jan. 1841 (Ges. u. Verordngs.-Sammlg. 1841 Nr. 4) Erlaß v. 2. Apr. 1889 (Ges. u. Ver.-Sammlg. 1889 Nr. 45).

⁴⁾ Reftr. v. 14. Apr. 1798 (Frederds. Stein. I S. 202).

⁵⁾ Reftr. v. 12. Jan. 1804 (Frederds. Stein. I S. 202) und v. 21. März 1827 (Wege III S. 268).

⁶⁾ E. R. D. T. I c. IX § 6. Erlaß, die Zulassung zur Konfirmation betr., v. 2. Apr. 1889 (Nr. 45) § 1.

lassen werden, wenn sie in ihrer Schulbildung das Ziel der einfachen Volksschule erreicht haben^{a)}, und erhebliche Gründe dafür sprechen. Sind sie in dessen an dem angegebenen Tage nicht mindestens 13 Jahre 9 Monate alt, so werden sie nach der festen Praxis des Konsistoriums nur dispensiert, wenn sie entweder das Ziel der Volksschule in hervorragender Weise erreicht haben, oder wenn ungewöhnlich dringende Gründe ihre (Entlassung aus der Schule und) Konfirmation fordern⁷⁾. Kinder, welche an dem angegebenen Tage das Alter von 13 Jahren und 6 Monaten noch nicht erreicht, können nur mittelst Dispenses vom Landesfürsten (§ 17, 16) zur Konfirmation zugelassen werden. — Wegen der für die Dispensation zu zahlenden Gebühren s. § 56 Anm. 12.

Der Konfirmation hat eine längere Unterweisung (Konfirmandenunterricht) durch den Geistlichen vorauszu gehen. Zu derselben soll der Geistliche nur solche Kinder zulassen, für welche eine Dispensation vom Alter entweder nicht erforderlich, oder nach seiner gewissenhaften Beurteilung des Falles voraussichtlich unschwer zu erreichen ist⁸⁾. Andere Kinder soll er von vornherein zurückweisen. Die Dispensation vom Alter ist vom Geistlichen erst gegen den Schluß des Konfirmandenunterrichtes⁹⁾ und nur für die Kinder zu beantragen, von welchen er die Überzeugung gewonnen hat, daß sie die erforderliche religiöse und sittliche Reife zur Konfirmation erlangt haben. Kinder, bei denen er wegen der religiösen Reife Bedenken trägt, hat er, wenn deren Eltern oder Angehörige auf der Konfirmation bestehen, an den Superintendenten zu nochmaliger Prüfung zu verweisen, und dann nach Maßgabe des von diesem schriftlich abzugebenden Gutachtens zu verfahren¹⁰⁾.

Zuständig zur Konfirmation ist der Geistliche¹⁰⁾, in dessen Pfarrbezirke das

^{a)} Darüber, wie diese Frage bei den einzelnen Bürgerschulen zu beurteilen ist, deren Endziel über das der einfachen Volksschule hinausgeht, sind vom Konsistorium nach Anhörung der Bürgerschuldirigenten zu Anfang des Jahres 1894 Vorschriften erlassen.

⁷⁾ § 2 des ang. Erlasses v. 1889, bei dessen Anwendung das Konsistorium die von der außerordentlichen Landessynode im Nov. 1890 aufgestellten Grundsätze befolgt (Vgl. Anl. 10 der Synodalverhandlungen und Amtsblatt 1893). Die Geistlichen in den Landgemeinden sollen alljährlich bis spätestens zum 8. Januar des Konfirmationsjahres ein Verzeichnis derjenigen Kinder, welche, obwohl sie bis zum 31. Juli desselben Jahres das 14. Lebensjahr noch nicht vollenden, von ihnen zum Konfirmandenunterricht zugelassen sind, dem Konsistorium einreichen, und zwar mit spezieller Angabe des Grundes der Zulassung bei jedem einzelnen Kinde. Wenn in einer Pfarochie Kinder, welche bis zum 31. Juli das 14. Lebensjahr noch nicht vollenden, überhaupt nicht zum Konfirmandenunterrichte zugelassen sind, so ist auch darüber bis zum 8. Januar zu berichten. Refr. des Konf. v. 2. Dez. 1893 (Amtsbl. S. 172) und v. 7. Nov. 1894 (Amtsbl. S. 83 84).

⁸⁾ § 2 bis 6 des ang. Erlasses v. 1889, wo das Nähere wegen des Verfahrens bezüglich der Dispensationen zu ersehen, und Amtsblatt 1893.

⁹⁾ „innerhalb der Wochen vom Sonntage Invocavit bis zum Sonntage Palmarum“ § 6 des ang. Erlasses v. 1889.

¹⁰⁾ § 5 des ang. Erlasses.

Kind entweder seinen Wohnsitz hat (§ 28, 3), oder dauernd die Schule besucht: andere Kinder darf er zur Konfirmation und zum Konfirmandenunterrichte nur annehmen, wenn der zuständige Geistliche Dimissorialen erteilt hat¹¹⁾. — In der Stadt Braunschweig ist jedoch den Eltern gestattet, unter den dortigen Predigern denjenigen, bei dem sie die Kinder wollen unterweisen und konfirmieren lassen, frei zu wählen¹²⁾. Im Übrigen ist ausdrücklich untersagt, Kinder kurz vor der Konfirmation zum Zwecke der letzteren an einen anderen Ort oder in eine andere Schule übergehen zu lassen¹³⁾. Mit den Konsistorien der an das Herzogtum angrenzenden Gebiete ist durch Übereinkunft festgestellt, daß die Geistlichen des einen Landes Kinder aus dem anderen Lande nicht ohne die Erlaubnis des Geistlichen, in dessen Pfarrbezirke sie ihren Wohnsitz haben, zur Konfirmation annehmen dürfen¹⁴⁾.

Der Konfirmandenunterricht soll in der Kirche oder im Pfarrhause erteilt werden¹⁵⁾. Die Benutzung der Kirche zu dem Zwecke verbietet meistens das Klima, es ist deshalb auf dem Lande regelmäßig und in einzelnen städtischen Gemeinden ein Zimmer des Pfarrhauses zum Konfirmandenunterrichte bestimmt; die Heizung und Reinigung desselben gehört zu den Pfarrlasten (§ 130). Wo ein solches Zimmer fehlt, oder das vorhandene wegen Erhöhung der Zahl der Konfirmanden seinem Zwecke nicht mehr genügt, muß seitens der Gemeinde für die erforderliche Vergrößerung des Pfarrhauses¹⁶⁾ oder für einen sonstigen geeigneten Unterrichtsraum gesorgt werden¹⁷⁾. In einzelnen, namentlich städtischen Gemeinden sind zu dem Zwecke besondere Konfirmandensäle gebaut, in anderen ist die Benutzung eines Schulklassenzimmers zugelassen: die Heizung und Reinigung derartiger außerhalb des Pfarrhauses belegener Räume für den Konfirmandenunterricht liegt der Gemeinde ob¹⁸⁾.

¹¹⁾ S. z. B. Konsist.-Auschr. v. 30. Juli 1721 (Frederb. Stein. I S. 202).

¹²⁾ Landesfürstl. Reskr. v. 8. März 1784 (Frederb. Stein. I S. 203).

¹³⁾ S. das ang. Auschr. v. 1721.

¹⁴⁾ Derartige Verträge sind in den Jahren von 1797 bis 1807 mit den beteiligten Konsistorien der Provinz Sachsen, des Herzogtums Anhalt, der Grafschaften Stolberg und Wernigerode und der Provinz Hannover abgeschlossen (Frederb. Stein. I S. 203), auch 1869 auf die Provinz Westfalen ausgedehnt (Auschr. v. 17. März 1869), und den Geistlichen durch Ausschreiben mitgeteilt. Dem wesentlichen Inhalte derselben wird von seiten dieser Konsistorien auf Ersuchen des hiesigen Konsistoriums noch jetzt Geltung verschafft. — Ausgenommen von obiger Bestimmung sind „die Kinder, welche von einem Einwohner des einen Landes an Kindes Statt angenommen oder bereits vor Jahr und Tag aus dem einen Lande in das andere übergegangen und nach der Konfirmation nicht wieder an den Wohnort der Eltern zurückzukehren gemeint sind.“

¹⁵⁾ Konsist.-Auschr. v. 12. Nov. 1746 (Frederb. Stein I S. 202).

¹⁶⁾ Vgl. Zeitschrift f. Rechtspf. XIII S. 185 und 199.

¹⁷⁾ Ob sie den Ersatz der hierdurch entstehenden Kosten von einem anderen, anstatt ihrer Verpflichtigen fordern kann, ist nach dem besonderen örtlichen Rechte zu entscheiden.

¹⁸⁾ Wo jedoch das vorhandene Konfirmandenzimmer im Pfarrhause genügt, muß der

Sämmtliche zum Konfirmandenunterrichte zugelassene Kinder haben sich zur vorgeschriebenen Zeit in dem bestimmten Raume einzufinden, auch wenn sie außerhalb des Pfarrortes wohnhaft sind¹⁹⁾. Zur Aufrechterhaltung der Zucht und Ordnung beim Konfirmandenunterrichte hat der Geistliche nöthigenfalls das Recht der körperlichen Züchtigung, jedoch mit denselben Beschränkungen, welche bei dessen Ausübung seitens der Lehrer zu beachten sind²⁰⁾. — Die Zeit, während welcher der Konfirmandenunterricht zu erteilen, ist durch örtliches Herkommen bestimmt; sie umfaßt regelmäßig die Wochen von Neujahr bis zum Palmsonntage, hier und da auch noch einige vorhergehende Wochen. Die Stunden für denselben bestimmt der Geistliche unter thunlichster Berücksichtigung der Ortsgeohnheit und der Interessen der Schule. Für die Stunden, welche der Konfirmandenunterricht und die um seinetwillen nöthigen Wege beanspruchen, sind die Kinder vom Besuche der Schule dispensiert²¹⁾. Nach dem Schlusse des Unterrichtes hat der Geistliche eine öffentliche Prüfung der Konfirmanden anzustellen. Dieselbe kann, zumal in kleineren Gemeinden, wenn die Zahl der Konfirmanden gering ist, mit der Konfirmationshandlung verbunden werden. — Die Konfirmationshandlung selbst soll nach am Sonntage zuvor geschehener Abkündigung vor versammelter Gemeinde²²⁾ im Hauptgottesdienste regelmäßig am Sonntage nach Ostern²³⁾ (Quasimodogeniti, weißem Sonntage) vorgenommen werden. Ob sie für den ganzen Pfarrbezirk in einem Akte, oder für die verschiedenen Kirchenbezirke desselben in getrennten Akten vorzunehmen ist, entscheidet das Herkommen. Letzterenfalls findet der Regel nach die Konfirmation im Pfarrsitze am Sonntage Quasimodogeniti, im Filialorte²⁴⁾ am Sonntage darauf (Misericordias domini)

Geistliche, wenn er dessen ungeachtet den Konfirmandenunterricht in einem Raume außerhalb des Pfarrhauses zu erteilen wünscht, denselben auf seine Kosten heizen und reinigen zu lassen (soweit beides um des Konfirmandenunterrichts willen nötig wird) bereit sein.

¹⁹⁾ Das gilt auch von den Kindern aus einer Ortschaft mit kombinierter Mutterkirche (§ 27 I), sowie von den Kindern aus einem Pfarrbezirke mit erledigter Pfarrstelle (§ 77 bei Anm. 11).

²⁰⁾ Zeitschr. f. Rechtspf. XXXIX S. 100. — Selbstverständlich ist von diesem Rechte mit Rücksicht auf den Charakter dieses Unterrichtes nur im äußersten Falle Gebrauch zu machen.

²¹⁾ Wo es (ausnahmsweise) hergebracht ist, daß die Kinder am Konfirmandenunterrichte während zweier Kurse, in dem der Konfirmation vorausgehenden Winter und in dem Winter vor letzterem, teilnehmen, haben sie die erforderliche Dispensation vom Schulbesuche während beider Kurse.

²²⁾ E. R. D. T. I c. IX § 7.

²³⁾ Konfist.-Auschr. v. 4. Nov. 1815 (Bege I S. 199)

²⁴⁾ Pfarrbezirke mit erledigten Pfarrstellen gelten für die Konfirmation als Filialorte des Spezialvikars (§ 77). Ob bei ihnen getrennte Konfirmation, und vorkommendenfalls an welchen Sonntagen sie zu halten, entscheidet nach Anhörung der Kirchenvorstände das Konsistorium.

statt. Soll sie an anderen Tagen, z. B. am zweiten Ostersfesttage oder am Palmsonntage, geschehen oder sollen sonstige Abweichungen vom örtlichen Herkommen eintreten, so bedarf es dazu des Beschlusses des Kirchenvorstandes und der Genehmigung des Konsistoriums²⁵⁾.

Die genaueren Vorschriften über die Konfirmationshandlung enthält die Anlage zu dem Kirchengesetze, die liturgische Ordnung der heiligen Taufe und der Konfirmation betr., v. 27. Febr. 1889 (Nr. 9) S. 46 ff.

Aus besonderen Gründen kann vom Konsistorium gestattet werden, daß für einzelne Kinder, welche behindert sind, an der öffentlichen Konfirmation teilzunehmen, eine besondere Konfirmation oder eine sog. Privatkonfirmation geschehe. Die besondere Konfirmation geschieht im Verlaufe des Hauptgottesdienstes, tunlichst an einem Sonntage, an welchem Abendmahlsfeier stattfindet; die Konfirmierten beteiligen sich dann an letzterer zusammen mit der Gemeinde. Bei der Privatkonfirmation sind an Stelle der versammelten Gemeinde geeignete Zeugen zuzuziehen.

Die Konfirmation ist Bedingung der Zulassung zum Abendmahle und zur Taufpatenschaft (§ 84); nicht konfirmierte Personen sind also von diesen Handlungen bis zur Nachholung der Konfirmation auszuschließen. Sie ist ferner Voraussetzung der Zulassung zur kirchlichen Trauung, zum kirchlichen Wahlrecht und zu kirchlichen Ämtern²⁶⁾; von dieser Voraussetzung würde nur nachgelassen werden können, wenn die Nachholung der Konfirmation ohne Verschulden des Beteiligten ausgeschlossen erschiene.

Wer ein unter seiner Gewalt stehendes Kind der Vorbereitung zur Konfirmation beharrlich entzieht oder in dessen Konfirmation nicht einwilligt, unterliegt dem Verfahren und zuletzt den Nachteilen, welche den Versäumer der Taufe treffen (§ 84)²⁷⁾.

Wegen des Übertrittes zur lutherischen Kirche und dessen Vollziehung in Form der Privatkonfirmation, s. oben § 12, 4.

§ 87. ee. Beichte und Abendmahl.

Eine rechtliche Verpflichtung zu Beichte und Abendmahl besteht nicht¹⁾.

²⁵⁾ Zirkularauschr. v. 11. Apr. 1838 (Nr. 17) und § 24 des K. B. G.
²⁶⁾ § 12 des Kirchenges., die Verletzung kirchlicher Pflichten betr., v. 14. März 1889 (Nr. 10) Vgl. oben § 15, II, 1. -- Eine Ausnahme findet nur in dem oben Anm. 1 erwähnten Falle statt, in welchem die Konfirmation hinwegfällt.
²⁷⁾ § 5 des ang. Kirchenges. Nr. 10 v. 1889.

¹⁾ Die älteren weltlichen Strafbestimmungen wegen Vernachlässigung des Abendmahls (z. B. v. 1585, Frederich. Stein. II S. 417) sind längst abgeschafft. Schon die E. K. D. Z. I c. XI § 2 enthält nur eine Ermahnung zum Gebrauche des Abendmahls, ohne Drohung

Dem Abendmahle soll die Beichte vorangehen²⁾. Es ist jedoch Niemand gezwungen, zur Privatbeichte beim Geistlichen zu kommen, sondern es genügt, daß man sich zur öffentlichen Beicht-handlung einfindet und an dieser be-teiligt³⁾. Wer an der öffentlichen Beichte und dem Abendmahle teilnehmen will, hat sich spätestens drei Tage zuvor beim Geistlichen oder Opferrmann zu melden⁴⁾. Über die Teilnehmer wird, soweit möglich, ein sog. „Konfitemen-terregister“ geführt⁵⁾.

Kein Gemeindeglied, welches konfirmiert oder als Erwachsener getauft ist (§ 86), darf durch den Geistlichen nach dessen eigenem Ermessen von Beichte und Abendmahl zurückgewiesen oder ausgeschlossen werden. Glaubt der Geist-liche, daß gewichtige Gründe für eine Zurückweisung oder Ausschließung vor-liegen, so hat er die Entscheidung des Konsistoriums einzuholen⁶⁾.

Der Gemeinde nicht angehörige Personen soll der Geistliche nicht ohne daß sie entweder eine Bescheinigung des Geistlichen, zu dessen Pfarrbezirke sie gehören, beigebracht, oder daß er sich von ihrer Berechtigung zur Zulassung selbst überzeugt hat, an Beichte und Abendmahl teilnehmen lassen⁷⁾. Sind sie bisher Katholiken gewesen, so daß also in der Teilnahme am lutherischen Abendmahle die Erklärung des Übertrittes vom Katholizismus zur evangelisch-lutherischen Kirche zu erblicken sein würde, so müssen zuvor die für den Über-

weltlicher Strafe; die Vorschrift des § 6 das., nach welcher gegen Personen, die nicht min-destens zweimal jährlich zu Beichte und Abendmahl kommen, mit kirchlichen Zuchtmitteln vorgegangen werden soll, ist nicht mehr in Geltung.

²⁾ E. R. D. T. I c. X § 2, c. XI § 5.

³⁾ Verordng. v. 5. März 1775 (Frederb. Stein. I S. 92). — Die öffentliche Beicht-handlung hat die Privatbeichte so vollständig verdrängt, daß die zur Vornahme der letz-teren bestimmten Beichtstühle aus der Kirche verschwunden sind. Wenn ausnahmsweise Privatbeichte begehrt wird, kann der Geistliche daher nicht umhin, die Vorschrift der E. R. D. T. I c. X § 14, wonach nur im Beichtstuhle Beichte gehört werden soll, außer Acht zu lassen. Dagegen hat er die Vorschrift des § 5 (daß Aufzählung der einzelnen vom Beichtenden begangenen Sünden nicht gefordert werden soll) und des § 12 (wegen Be-wahrung des Beichtgeheimnisses) zu beobachten. Vgl. auch das Reglement v. 18. Okt. 1770 (Frederb. Stein. II S. 224 ff.) und oben § 83. — Wegen des Beichtgeheimnisses vgl. § 83 Anm. 4 und 5.

⁴⁾ Verordng. v. 1775 a. a. D. E. R. D. T. I c. X § 9. Die Vernachlässigung dieser Pflicht darf der Geistliche nicht mit Zurückweisung der unangemeldet Erscheinenden ahnden.

⁵⁾ E. R. D. T. I c. X § 16.

⁶⁾ E. R. D. T. I c. X § 10. — Der Geistliche soll mit dem Berichte an das Konsi-storium oder den Superintenden (S 58 a. E.) nicht warten, bis der Auszuschließende sich zur Beichte und zum Abendmahl meldet, sondern soll die Angelegenheit, wenn sel-sorgerische Bemühungen die Beseitigung des gegebenen Ärgernisses nicht bewirkt haben, ungesäumt zur Entscheidung der Behörde bringen. — Vgl. wegen des Falles der Tauf-oder Trauungsverweigerung das Konsist. Refr. v. 11. Mai 1889 (Amtsbl. 1889 S. 82, wo überdies vorgeschrieben ist, daß in diesem Falle auch eine Erklärung des Kirchenvor-standes über die Frage, ob seiner Ansicht nach bei dem Weigernden eine Verachtung des Wortes Gottes vorliege, beigebracht werden muß.

⁷⁾ E. R. D. T. I c. X § 4. Die hier vorgeschriebene „Unterredung“ des Geistlichen mit dem „Fremden“ kann durch sonstige geeignete Auskunftsmittel ersetzt werden.

tritt geltenden Vorschriften (§ 12, 4) beobachtet werden. Ebenso muß bezüglich der Angehörigen anderer Religionsgesellschaften beachtet werden, daß sie nur, indem sie zugleich zur evangelisch-lutherischen Kirche übertreten, also unter den für diesen Schritt geltenden Voraussetzungen, am lutherischen Abendmahl teilnehmen können (§ 11 II 3).

Sich selbst darf der Geistliche das Abendmahl nicht reichen⁸⁾.

Die Form der Beicht-handlung und des Abendmahls ist vorgeschrieben durch das Kirchengesetz v. 5. Jan. 1881 (Nr. 6) eingeführt mit dem 1. Juni 1884 durch Verordnung v. 13. März 1884 (Nr. 9⁹⁾.

Zur Feier des Abendmahles soll der Altar mit „reinen Tüchern und anderem Ornat“ geziert und bekleidet sein, auch sollen, wo das hergebracht ist, zwei Lichter auf demselben brennen¹⁰⁾.

Die Anschaffung des Abendmahlsweins und der Oblaten (Hostien) geschieht, wo nicht durch örtliches Herkommen ein anderes Verfahren eingeführt ist, durch den Geistlichen auf Kosten der Kirchentasse¹¹⁾.

§ 88. ff. **Kirchliche Trauung und kirchliches Aufgebot.**

Soweit möglich sollen der Landeskirche angehörige Eheleute die kirchliche Trauung erhalten¹⁾. Wenn sie dieselbe zu begehren unterlassen, so ist auf sie zunächst durch seelsorgerischen Zuspruch des Geistlichen und Mahnung der Kirchenverordneten einzuwirken, sodann ihnen eine Frist zur Nachholung der Trauung schriftlich zu setzen, nach deren fruchtlosem Verlaufe aber sind sie durch Kirchenvorstandsbeschluß der Fähigkeit zur Bekleidung kirchlicher Ämter, des kirchlichen Wahlrechtes und des Rechtes zur Taufpatenschaft verlustig zu erklären²⁾. Die Eheleute sollen sobald als möglich nach³⁾ der bürger-

⁸⁾ Konfist.-Auschr. v. 18. Mai 1718 (Frederisd. Stein. I 1).

⁹⁾ Für die Krankencommunien ist ein besonderes Formular als Anhang zum Kirchengesetz, v. 14. Aug. 1893 (Nr. 42) gegeben, welches den Umständen nach noch gekürzt werden kann. — Ob öffentliche Beicht-handlung und Abendmahl in getrennten Akten an zwei aufeinander folgenden Tagen (was die Regel bildet), oder an einem Tage, sei es in fortlaufender Handlung, sei es mit dazwischen liegendem Hauptgottesdienste, vor sich gehen, bestimmt sich nach den Umständen.

¹⁰⁾ R. D. Z. S. 9, S. 53. E. R. D. Z. I c. XXV § 2. — Auch bei einer Kranken-kommunion soll — soweit es die Umstände zulassen — ein Tisch „rein ehrlich mit reinen Tüchern und Brot und Wein zu der Kommunion zubereitet“ werden. R. D. Z. S. 110; E. R. D. Z. II c. XIII. — Anl. z. Kirchengesetz v. 14. Aug. 1893 (Nr. 42) S. 287.

¹¹⁾ Die Kirchentasse vergütet für je 30 Kommunikanten den Preis eines Liters Wein mit 1,25 Mk. (Auschr. v. 10. Jan. 1880); bei Krankencommunien 20 Pf. für die Person (Auschr. v. 16. März 1882).

¹⁾ Reichsgesetz über die . . . Eheschließung v. 6. Febr. 1875 § 82, Bürgerl. Gesetzbuch § 1588. Kirchengesetz, kirchliche Trauung betr., v. 8. Dez. 1875 (Nr. 91) im Eingange. Wegen der Ehemündigkeit s. oben § 15 II 2.

²⁾ Kirchengesetz, die Verlegung kirchlicher Pflichten betr., v. 14. März 1889 (Nr. 10)

lichen Eheschließung zur kirchlichen Trauung kommen⁴⁾); sie haben daher zeitig vor jener das Erforderliche für diese vorzubereiten.

Zuständig zur Vornahme der kirchlichen Trauung ist, wenn einer oder beide Ehegatten Mitglieder der evangelisch-lutherischen Landeskirche sind, sowohl der Geistliche, zu dessen Pfarrgemeinde beide oder der eine der Eheleute bisher gehört haben, als der Geistliche, in dessen Gemeindebezirke das Ehepaar seinen Wohnsitz zu nehmen beabsichtigt⁵⁾); von der Wahl der Eheleute hängt es ab, bei welchem unter mehreren zuständigen Geistlichen sie die Trauung begehren wollen⁶⁾). Wünschen sie dieselbe durch einen nicht zuständigen Geistlichen verrichtet zu sehen, so darf dieser nur darauf eingehen, wenn von einem zuständigen Geistlichen bescheinigt ist, daß ihm Bedenken gegen die Gewährung der Trauung nicht bekannt seien⁷⁾).

Eheleute, welche beide keinem Pfarrbezirke der Landeskirche angehören, dürfen von einem Geistlichen derselben nur getraut werden, wenn sie das Dimissoriale eines zuständigen Geistlichen beibringen⁸⁾). Dieser Satz gilt sowohl für den Fall, daß die Eheleute außerbraunschweigischen Pfarrbezirken angehören, als auch für den Fall, daß sie innerhalb der Grenzen braunschweigischer Pfarrbezirke ihren Wohnsitz haben, aber beide der Landeskirche nicht angehören.

Von den vorstehenden Zuständigkeitsbestimmungen kann das Konsistorium in außerordentlichen Fällen Dispensation erteilen.

Der Trauung soll eine einmalige kirchliche Verkündigung der beabsichtigten

§ 1—5. Wegen des Rechtes zur Beschwerde über den Kirchenvorstandsbeschuß, über welche vom Konsistorium unter Zuziehung des Synodalausschusses endgültig entschieden wird, s. § 16 das. und ferner oben § 23 und 15, V.

³⁾ Geistliche, welche eine Trauung vornehmen, bevor ihnen nachgewiesen ist, daß die Ehe vor dem Standesbeamten geschlossen worden, werden mit Geldstrafe bis zu 300 Mk. oder mit Gefängnis bis zu 3 Monaten bestraft. § 67 des ang. Reichsgesetzes v. 1875. Ausgenommen ist der Fall einer lebensgefährlichen, einen Aufschub nicht gestattenden Erkrankung eines der Verlobten. Einführungsgef. z. Bürgerl. Gesetzbuch Art. 46 III.

⁴⁾ § 1 des ang. Kirchenges. v. 8. Dez. 1875. — Eine „geschlossene Zeit“, d. h. Tage, an denen die kirchliche Trauung nicht geschehen dürfte, gibt es nicht mehr. Aussch. v. 25. Juni 1889 (Amtsbl. S. 112 ff.)

⁵⁾ § 3 des ang. Kirchenges. v. 8. Dez. 1875.

⁶⁾ Für gemischte Ehen, in denen ein Teil katholisch ist, sind mit der Kopulation im Sinne des Gesetzes, die Ordnung der kirchlichen Verhältnisse der Katholiken betr., v. 10. Mai 1867 (Nr. 32) auch die Bestimmungen dieses Gesetzes über die Zuständigkeit der Geistlichen zur Trauung in Wegfall gekommen. Auch kann mit diesem Gesetze die Zuständigkeit von Geistlichen der Landeskirche zur Trauung katholischer Ehepaare nicht mehr begründet werden. Konsist.-Aussch. v. 1. Febr. 1888 (Amtsbl. S. 33, 1)

⁷⁾ § 3 Abs. 2 des ang. Kirchenges. v. 8. Dez. 1875. — Die Bescheinigung, welche kein Dimissoriale ist, kann von dem um sie angegangenen zuständigen Geistlichen nicht verweigert werden.

⁸⁾ § 3 Abs. 3 das.

Ehe mit Fürbitte im öffentlichen Gottesdienst (kirchliches Aufgebot) vorausgehen. Dieselbe findet an dem Orte statt, an welchem die Trauung geschehen soll; auf Wunsch der Brautleute auch an den übrigen Orten, an welchen das bürgerliche Aufgebot vorzunehmen ist. Dispensation von der kirchlichen Verkündigung kann der Superintendent des Pfarrbezirkes, in welchem die Trauung stattfinden soll, erteilen (§ 56, 9). Auf Wunsch der Eheleute kann die kirchliche Verkündigung dann unterbleiben, wenn die Trauung erst nach bereits geschehener Eheschließung beantragt wird⁹⁾.

Die kirchliche Trauung ist zu versagen:

1) wenn nicht beide Ehegatten der christlichen Kirche angehören¹⁰⁾. Damit ist, wie sich von selbst versteht, die Trauung Ungetaufter — z. B. auch ungetaufter Quäker (Ref. d. Konf. v. 15. Jan. 1900 Nr. 527) — verboten (vgl. oben § 12, 4). Personen, welche die Kindertaufe empfangen haben, aber nicht konfirmiert sind, würde, wenn sie ohne hinlänglichen Grund die zuvorige Nachholung der Konfirmation verweigern, die Trauung nach § 5 Abs. 3 des ang. Kirchenges. versagt werden können. Vgl. § 86.

2) wenn die geschlossene Ehe dem Evangelium zuwider ist¹¹⁾;

3) wenn nach den besonderen Umständen des Falles die Segnung als entwürdig angesehen werden mußte¹²⁾;

4) bei gemischten Ehen, vor deren Eingehung der evangelische Mann die Erziehung der Kinder in einer nicht evangelischen Religionsgemeinschaft zugefagt hat¹³⁾.

Ob die Trauung aus dem unter 2 aufgeführten Grunde (weil die Ehe dem Evangelium zuwider ist) zu versagen sei, entscheidet das Konsistorium, welchem der Geistliche jeden ihm bedenklich scheinenden Fall vorzulegen hat¹⁴⁾.

⁹⁾ § 4 des ang. Kirchenges. v. 8. Dez. 1875.

¹⁰⁾ § 5, 1 das. Der Geistliche der Landeskirche, der eine solche Ehe durch einen feierlichen Akt jegnet oder weicht, handelt gegen den Sinn des Kirchenges. v. 8. Dez. 1875 und unterliegt der Abndung als dessen Übertreter. Die Übertretung erscheint um so schwerer, je mehr er jenen Akt der Form der kirchlichen Trauung ähnlich gestaltet hat.

¹¹⁾ § 5, 2 das.

¹²⁾ § 5, 3 das.

¹³⁾ Kirchengesetz wegen Ergänzung des Kirchengesetzes, die kirchliche Trauung betr., v. 27. Febr. 1889 (Nr. 6).

Die bis 1875 geltenden kirchlichen Ehehindernisse geben nicht ohne weiteres Gründe, die Trauung zu versagen, ab, sondern nur, wenn sie unter einen der oben unter 2 und 3 aufgestellten Gesichtspunkte fallen, und nur unter Beobachtung der für das dann einzuschlagende Verfahren getroffenen Bestimmungen, durch welche die Angelegenheit der Entscheidung nach dem Ermessen des einzelnen Geistlichen entrückt ist. — Wegen der geschlossenen Zeit s. Anm. 4.

¹⁴⁾ Als ein Fall, welcher nach diesem Gesichtspunkte zu beurteilen sei, ist in der bisherigen Praxis namentlich die Wiederverheiratung einer nachweislich ohne schriftmäßigen Scheidungsgrund geschiedenen Person bei Lebzeiten des anderen Teiles behandelt.

Wenn der Geistliche der Ansicht ist, daß die Trauung aus dem unter 3 angeführten Grunde zu versagen sei, so hat er die Angelegenheit dem Kirchenvorstande vorzulegen. Stimmt dieser zu, so kann der Geistliche die Trauung versagen. Ist der Kirchenvorstand anderer Ansicht, so hat der Geistliche die Entscheidung des Konsistoriums einzuholen. Gegen die Versagung der Trauung seitens des Geistlichen haben die Beteiligten das Recht der Beschwerde beim Konsistorium; gegen die Entscheidung des Konsistoriums können die Beteiligten, und auch der Geistliche, wenn das Konsistorium eine Trauung verfügt hat, die er für unzulässig hält, Rekurs beim Landesfürsten ergreifen. Die Beschwerden und Rekurse müssen binnen 14 Tagen nach Eröffnung der anzusehenden Verfügung überreicht werden. Wegen ihrer Behandlung, insbesondere des dem Landesfürsten zu erstattenden Gutachtens des Synodalausschusses s. §§ 17, 20 und 23¹⁵⁾.

Angehörige der Landeskirche, welche eine Ehe geschlossen haben, der die Trauung versagt werden muß, sind der Fähigkeit zur Bekleidung kirchlicher Ämter sowie des kirchlichen Wahlrechtes und des Rechtes zur Taufpatenschaft verlustig zu erklären¹⁶⁾.

Die Form der kirchlichen Trauung ist vorgeschrieben in der Anlage zu dem angeführten Kirchengesetze vom 8. Dez. 1875. Über die dabei anzuwendenden äußeren Feierlichkeiten — Glockengeläut, Orgelspiel, Anzünden der Altarlichter u. dgl. m. — entscheidet das Herkommen. Dasselbe bestimmt sowohl, ob und welche dieser Feierlichkeiten überhaupt begehrt werden können, sowie ob und welche Bezahlung für einzelne derselben zu erfolgen hat, als auch ob und aus welchen Gründen dieselben dem sie Begehrenden versagt werden können oder müssen¹⁷⁾. Was in der einzelnen Gemeinde Herkommen sei, stellt in zweifelhaften Fällen der Kirchenvorstand fest.

Über den Vollzug der Trauung soll jedem Paare unmittelbar nachher unentgeltlich ein Trauschein verabfolgt werden, welcher das zur Befundung der kirchlichen Handlung Notwendige, mithin Vor- und Zunamen sowie Stand der Eheleute und Angabe des Ortes und Tages der Trauung enthält¹⁸⁾.

¹⁵⁾ §§ 6, 7, 8 und 9 des ang. Kirchenges. v. 8. Dez. 1875.

¹⁶⁾ § 6 des Kirchenges., die Verletzung kirchlicher Pflichten betr. v. 14. März 1889 (Nr. 10).

¹⁷⁾ Das Tragen des Brautkranzes bei fehlender Jungfrauschaft ist durch R. D. Z. S. 279 bestimmt untersagt; ein Gewohnheitsrecht, durch welches dieses landesgesetzliche Verbot allgemein oder für einzelne Orte abgeschafft wäre, ist nicht nachweisbar. (Vgl. Refr. v. 5. Juli 1845 [Bege V S. 101]). Den Wegfall des Orgelspiels und sonstiger ehrender Feierlichkeiten schreibt für den gleichen Fall die Verordnung v. 8. Dez. 1591 vor. (Frederb. Stein. I S. 22).

¹⁸⁾ Ausschr. v. 3. Febr. 1886.

§ 89. gg. **Begräbnis.**

Soweit nicht durch allgemeines Gesetz oder örtliche Rechtsbildung die Beaufsichtigung des Begräbniswesens einem Anderen übergeben ist¹⁾, hat der Geistliche die Wahrung der hinsichtlich desselben bestehenden Ordnung im Auge zu behalten, auf deren Befolgung seitens der ihm unterstellten Kirchendiener und Gehülfen sowie seitens der beteiligten Gemeindeglieder durch Befehl oder Rat und Ermahnung hinzuarbeiten und bei beabsichtigter Verletzung derselben seine Mitwirkung zu versagen. Diejenigen Vorschriften der bestehenden Ordnung, welche wesentlich polizeilicher Natur sind, durchzusetzen ist daneben Sache der Ortspolizeibehörde.

Insbefondere ist zu beachten:

1) Keine Beerdigung darf vor der Eintragung des Sterbefalles in das standesamtliche Sterberegister stattfinden²⁾.

2) Wo eine förmliche Leichenschau eingerichtet ist³⁾, darf keine Beerdigung vor Beibringung der Todesbescheinigung geschehen⁴⁾.

3) Keine Beerdigung darf vor Ablauf von 48 Stunden nach erfolgtem Tode geschehen⁵⁾.

4) Keine Beerdigung darf vor der Erteilung ausdrücklicher Erlaubnis der Staatsanwaltschaft oder des Amtsrichters stattfinden, sobald der Verdacht obwaltet, daß der Tod durch eine strafbare Handlung herbeigeführt ist⁶⁾.

5) Keine Beerdigung darf später, als im Sommer viermal 24 Stunden, im Winter fünfmal 24 Stunden nach erfolgtem Tode geschehen⁷⁾.

6) Keine Beerdigung darf an einem anderen Orte, als auf dem öffent-

¹⁾ Wegen der Mitwirkung des Kirchenvorstandes auf diesem Gebiete s. § 41, 3. — An einigen Orten sind dafür besondere Kommissionen des Kirchenvorstandes eingesetzt; an anderen, wo gemeinsame Friedhöfe für mehrere Kirchengemeinden angelegt sind, besondere Beamte oder Kollegien für das Begräbniswesen geschaffen.

²⁾ Reichsges. über die Beurkundung des Personenstandes v. 8. Febr. 1875 § 60. — Ausnahmen sind nur mit Genehmigung der Ortsbehörde zulässig.

³⁾ Für das Herzogtum im Ganzen besteht diese bisher nicht.

⁴⁾ Polizeistrafgesetz v. 23. März 1899 (Nr. 27) § 4, 2.

⁵⁾ Das. § 4, 1. Ausnahmen kann die Ortspolizeibehörde zulassen oder auch nach Begutachtung des Physikus anordnen. Vgl. Konfist.-Reskr. v. 13. Apr. 1822 (Bege I S. 238), Konfist.-Ausfchr., die Verhütung unzeitiger Beerdigungen betr., v. 25. Nov. 1840 (Nr. 32) unter 3.

⁶⁾ Polizeistrafgesetz § 4, 3. — Ob der Geistliche selbst den Verdacht teilt, oder nicht, ist für die Begräbnisfrage gleichgültig; sobald eine behördliche Untersuchung des Falles — die bei jedem ungewöhnlichen Todesfalle eintreten soll (Minist.-Reskr. v. 8. Okt. 1823 [Bege I S. 30 ff.]) — angeregt ist, muß die behördliche Erlaubnis zur Beerdigung abgewartet werden. Die Staatsanwälte und Amtsgerichte sind angewiesen, die „vorschriftsmäßige schriftliche Erlaubnis zur Beerdigung“ den Ortspredigern zuzustellen, welche dieselbe zu den Kirchenbuchsakten zu nehmen haben. Ausfchr. v. 15. Okt. 1881.

⁷⁾ Polizeistrafgesetz § 4, 4a. Ausnahmen (sofern sie nicht schon nach der Bestimmung unter 4 (oben) eintreten) kann die Ortspolizeibehörde zulassen.

lichen Friedhöfe oder in einem Familienbegräbnisse, dessen Anlegung von der Landespolizeibehörde und vom Konsistorium genehmigt ist, oder ausnahmsweise in einem Erbbegräbnisse unter der Kirche vorgenommen werden⁸⁾. Vgl. § 137.

Die wissentliche Nichtachtung dieser Vorschriften setzt den Geistlichen in den Fällen 2, 3 und 4, wenn der Friedhof unter seiner Aufsicht steht, der angedrohten Strafe (Geldstrafe bis zu 150 M. oder Haft) aus; in den übrigen Fällen bestimmt sich nach der Art seiner etwaigen Beteiligung bei dem unerlaubten Verfahren, ob er als Täter oder Mittäter einer Polizeistrafe verfällt, oder im Disziplinarwege zurechtzuweisen ist.

Ob der Geistliche bei der Begräbnishandlung selbst mitwirkt, hängt zunächst von den Beteiligten ab⁹⁾; er hat nur auf deren Ersuchen mitzuwirken, soll aber nach Kräften dahin arbeiten, daß dieses Ersuchen in keinem Falle unterbleibe¹⁰⁾. Diese Verpflichtung gilt zunächst in Bezug auf Mitglieder seiner Gemeinde, dann aber auch in Bezug auf Angehörige des evangelisch-lutherischen Bekenntnisses, welche ohne Mitglieder seiner Gemeinde gewesen zu sein, auf deren Friedhöfe bestattet werden; sie fällt dagegen weg bei Bestattung von Angehörigen eines anderen Bekenntnisses.

Auch die begehrte Mitwirkung des Geistlichen hat zu unterbleiben, wenn der Fall ein solcher ist, „bei dem die Kirche ihre ehrende Mitwirkung versagen muß“¹¹⁾. Eine Aufzählung dieser Fälle findet sich im geschriebenen Rechte nicht¹²⁾; der Geistliche hat gewissenhaft zu erwägen, ob der Ver-

⁸⁾ Das. § 4, 4b. — Das Bestatten in Gewölben unter den Kirchen ist nur noch für die Familien der Kirchenpatrone (§ 68, 4) und Rittergutsbesitzer nachgelassen.

⁹⁾ Das Erfordernis der Dispensation behuf Veranstaltung eines „stillen“ Begräbnisses (E. R. E. L. I c. XXIII § 3) ist weggefallen; es steht Jedem frei, ein solches, d. h. ein Begräbnis, bei dem weder Geläute, noch amtliche Mitwirkung des Geistlichen stattfindet (Vgl. Erlaß v. 18. Mai 1889 im Amtsblatt S. 105 ff.) zu veranstalten. Ebenso ist die frühere Beschränkung der stillen Begräbnisse auf die Abend- und Nachtstunden (vgl. Reskr. v. 17. Mai 1817, Bege III S. 256) hinweggefallen. — Im Sinne eines Begräbnisses in diesen Stunden, aber unter Mitwirkung des Geistlichen, wird der Ausdruck „stilles“ Begräbnis ausnahmsweise im § 13 des Gef., die Ordng. der kirchl. Verhältn. der Katholiken betr., v. 9. Dez. 1902 (Nr. 2 de 1903) gebraucht.

¹⁰⁾ Vgl. zum Kirchenges., die liturgische Ordng. des Begräbnisses betr., v. 7. Aug. 1888 (Nr. 40) S. 229. — Selbstverständlich kann er sich auch ohne ausdrückliches Ersuchen dann zur amtlichen Mitwirkung einfinden, wenn er genügenden Grund zu der Annahme hat, daß er willkommen ist, und daß das Unterlassen des Ersuchens nicht in der Absicht geschehen ist, ihn fern zu halten.

¹¹⁾ Das. S. 229.

¹²⁾ Dieselben fallen nicht unter allen Umständen zusammen mit den nach dem Kirchenges., die Verletzung kirchl. Pflichten in Bezug auf Taufe, Konfirmation und Trauung betr., v. 14. März 1889 (Nr. 10) zu behandelnden; vgl. §§ 84, 86 und 88. Es ist denkbar, daß die ehrende Mitwirkung der Kirche beim Begräbnisse versagt werden muß, wiewohl der Verstorbene jenem Gesetze nicht verfallen war, und daß umgekehrt ein jenem Gesetze Verfallener, wenn an seinem Wunsche, die begangene Pflichtverletzung gut zu machen, nicht

storbene sich unzweifelhaft und in solchem Grade feindselig der Kirche und ihren Einrichtungen gegenüber gestellt hat, daß die Bande zwischen ihr und ihm als völlig zerrissen (wenn auch nicht formell gelöst) zu betrachten sind, und die Kirche sich durch Mitfeier bei seiner Bestattung in den Augen der Gemeinde ungehörig herabsetzen und wegwerfen würde. In zweifelhaften Fällen hat der Geistliche das Gutachten des Kirchenvorstandes zu veranlassen (§ 41, 3)¹³⁾.

Für die Form der Mitwirkung des Geistlichen oder, wenn er verhindert ist, des Opfermannes (§ 102) sind nähere Bestimmungen in den Anlagen des Kirchenges. v. 7. August 1888, die liturgische Ordnung des Begräbnisses betr. (Nr. 40), in Kraft gesetzt durch Verordnung v. 8. Aug. 1888 (Nr. 41), gegeben¹⁴⁾. Wenn eine Rede gehalten wird, soll sie hinsichtlich der Persönlichkeit und des Lebenswandels des Verstorbenen sich des unwahren und ungehörigen Ruhmens enthalten¹⁵⁾.

Wenn unter dienstlicher Mitwirkung eines katholischen Geistlichen ein Begräbniß auf einem evangelischen Friedhofe stattfinden soll, so muß hiervon dem evangelischen Pfarrer zuvor Mitteilung gemacht und ihm nachgewiesen sein, daß der Beerdigung rücksichtlich der im § 4 des Polizeistrafgesetzes vom 23. März 1899 (Nr. 27) enthaltenen Bestimmungen keine Bedenken entgegenstehen. Handelt es sich um eine stille nächtliche Beerdigung, so muß ihm außerdem der Nachweis erbracht sein, daß die ortspolizeiliche Erlaubnis erteilt sei. Darüber, daß dem Vorstehenden genügt sei, hat der evangelische Geistliche eine Bescheinigung auszustellen^{16a)}.

Ein Anderer, als der Geistliche darf bei Beerdigungen nur mit dessen zuvor eingeholter Erlaubnis reden¹⁶⁾.

zu zweifeln ist, unter Mitwirkung der Kirche bestattet werde. Einen besonderen Fall regelt das Kirchenges., das Verhalten der Kirche beim Begräbniß von Selbstmördern betr., v. 3. Juni 1897 (Nr. 19).

¹³⁾ Analogie der Bestimmungen des Kirchenges. v. 8. Dez. 1875 (Nr. 91), der §§ 3 und 11 des Kirchenges. v. 14. März 1889 (Nr. 10) und des Aussch. v. 11. Mai 1889 (Amtsbl. S. 82). Vgl. oben § 84 und 86. — Fällt das Gutachten des Kirchenvorstandes für die Mitwirkung aus, so wird der Geistliche dieselbe unbedenklich eintreten lassen dürfen.

¹⁴⁾ Die Bestimmung der E. R. D. I. c. XXIII § 7 schließt bei Leichen von Kindern unter 14 Jahren nur die Haltung einer förmlichen Leichenpredigt von der Kanzel, nicht die Haltung einer Rede durch den Geistlichen aus.

¹⁵⁾ E. R. D. I. c. XXIII. § 8. — Das an dieser Stelle in der E. R. D. Gesagte gibt dem Geistlichen zugleich einen Fingerzeig für die Behandlung solcher Fälle, in denen ihm zweifelhaft gewesen, ob er seine Mitwirkung verjagen solle.

^{16a)} §§ 12 und 13 des Ges., betr. die Ordnung der kirchl. Verhältnisse der Katholiken, v. 29. Dez. 1902 (Nr. 2 de 1903). Der katholische Geistliche, der ohne die vorgeschriebene Bescheinigung des evangelischen Geistlichen bei einem Begräbniß mitwirkt, verfällt in eine Geldstrafe von 30 M.

¹⁶⁾ Aussch. v. 28. Okt. 1859 (Nr. 44 in der Ges.- und Ver.-Sammlung). Dies gilt auch für den Fall, daß der Geistliche seine Mitwirkung verjagt hat.

Die ehrende Mitwirkung der Kirche beim Begräbnisse besteht (abgesehen von dem amtlichen Handeln des Geistlichen) wesentlich in Geläut vor oder bei der Bestattung. Von diesem s. g. „Begräbnisgeläute“ ist zu unterscheiden das s. g. „Sterbeschauer“ oder „Sterbegeläute“, welches in zahlreichen Gemeinden herkömmlich geläutet wird, sobald dem Opferrmann direct, oder wenn die Meldung beim Geistlichen gemacht war, durch diesen, der Tod eines Gemeindegliedes angezeigt ist. Der Zweck des Sterbeschauers ist nicht eine Ehrenerweisung für den Verstorbenen, sondern eine an den Tod mahnende Mitteilung von seinem Ableben an die Gemeinde; es hat daher an den Orten, wo es üblich, auch bei Todesfällen solcher Personen stattzufinden, denen das Begräbnisgeläute versagt werden kann. — Das Sterbegeläute gehört regelmäßig zum Geschäftskreise dessen, der das Läuten zum Gottesdienste besorgt, und wird wie letzteres oder mit letzterem zusammen vergütet¹⁷⁾. Für das Begräbnisgeläute sind regelmäßig durch das örtliche Herkommen (oder durch eine Begräbnisordnung) festgestellte Gebühren an die Kirchenkasse zu entrichten; auch ist die das Geläute besorgende Person regelmäßig seitens der Beteiligten zu bezahlen¹⁸⁾. — Die Bestimmung darüber, ob bei Selbstmördern das Sterbegeläut wegfällt, ist der örtlichen kirchlichen Regelung überlassen. Selbstmörder sollen ein stilles Begräbnis auf dem gewöhnlichen Friedhofe erhalten¹⁹⁾. Das für den Fall zuständige Amtsgericht oder der Staatsanwalt haben die erforderliche Verfügung zu erlassen²⁰⁾.

Die Wiederausgrabung von Leichen — soweit sie nicht infolge gerichtlicher Anordnung geschieht — ist nur nach zuvoriger Genehmigung des Konsistoriums zulässig und hat mit Beobachtung der für den Einzelfall gegebenen Vorschriften der Landespolizeibehörde nach Anweisung und unter Aufsicht des Kirchenvorstandes zu geschehen²¹⁾.

¹⁷⁾ Etwaige auf örtlichem Herkommen beruhende Ausnahmen müssen nachgewiesen werden.

¹⁸⁾ Angebliche Ausnahmen von dieser Verpflichtung der Beteiligten, welchen dann die erweisliche Belastung eines Anderen mit der Verpflichtung zur Tragung der Kosten des Begräbnisgeläutes entsprechen müßte, bedürfen bestimmter Nachweisung.

¹⁹⁾ Kirchenges. v. 3. Juni 1897 (Nr. 19). — Jede schimpfliche Art der Bestattung von Selbstmördern ist ausgeschlossen, insbesondere ist denselben eine Grabstätte auf dem Friedhofe in der Lage und Form, wie sie sonst ortsüblich ist, nicht zu versagen. § 5 des angef. Ges. — Vgl. unten § 137 wegen der Denkmäler.

²⁰⁾ Bericht des Obergerichts v. 17. Sept. 1859 (Bege VIII S. 131 ff.) Vgl. die Ausführungen in der Zeitschr. f. Rechtspf. VI S. 163 ff. S. auch § 3 Abs. 2 des angef. Kirchenges. v. 1897.

²¹⁾ Mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse in der Stadt Braunschweig hat das Konsistorium bis auf Weiteres die dortigen Kirchenvisitatoren ermächtigt, in polizeilicherseits nicht beanstandeten und auch sonst unbedenklich scheinenden Fällen die von Angehörigen gewünschten Wiederausgrabungen zu genehmigen, und zwar auf den Antrag der Friedhofsdeputation, wenn die Ausgrabung auf dem Zentralfriedhofe, auf den Antrag des betreffenden Kirchenvorstandes, wenn sie auf einem der Gemeindefriedhöfe vorgenommen werden soll. Ausfchr. v. 26. Febr. 1890 (Amtsbl. S. 14).

§ 90. hh. **Pfarr-Registratur.**

Der Geistliche soll die bei der Pfarrstelle befindliche Pfarr-Registratur vollständig und in Ordnung erhalten. Zur Aufbewahrung derselben soll ein geeigneter verschließbarer Schrank vorhanden sein, dessen Anschaffung und Erhaltung der Kirchenkasse obliegt¹⁾.

Wesentliche Stücke der Pfarr-Registratur sind:

- 1) das Corpus Bonorum (§ 112),
- 2) die Kirchenbücher (§ 91), samt den dazu gehörigen Urkunden und Bescheinigungen,
- 3) das Kirchenrechnungshauptbuch (§ 93) nebst Belägen,
- 4) das Amtsblatt (§ 3 Anm. 6)²⁾,
- 5) der Pfarranschlag (§ 125)³⁾,
- 6) die Sitzungsprotokolle des Kirchenvorstandes (§ 46),
- 7) das Expeditionsbuch, worin jede eingehende Sache und deren Erledigung zu vermerken ist⁴⁾.
- 8) die Pfarrakten, d. h. die Sammlung der an den Geistlichen ergangenen amtlichen Verfügungen und sonstigen Schreiben und der Konzepte der von ihm ausgegangenen Berichte und sonstigen amtlichen Schriftstücke. — Die Art der Anlegung und Führung der Akten ist dem verständigen Ermessen des Geistlichen überlassen⁵⁾.

Von der Vollständigkeit und Ordnung der Pfarr-Registratur soll sich der

¹⁾ Konf.-Auschr. v. 30. Mai 1748 (Frederdsb. Stein. II S. 213, Bege Überj. S. 30 § 42); Konf.-Auschr. v. 5. Okt. 1805 unter Nr. 5 (Frederdsb. Stein. II S. 21); Reglement v. 10. Dez. 1814, II Nr. 5 ff. (Bege I S. 220).

²⁾ Amtsbl. 1888 Nr. 1 S. 2. Das Amtsblatt wird den Geistlichen für die Pfarrregistratur vom Konsistorium unentgeltlich geliefert.

³⁾ Auschr. v. 23. Mai 1883.

⁴⁾ Auschr. v. 11. Dez. 1765 (Frederdsb. Stein. I S. 301).

⁵⁾ Nach der E. R. D. L. I c. XIX § 14 sollten die „Rescripta und mandata consistorialia“ in ein Buch zusammengeheftet werden, in welchem sie sich dann also in chronologischer Reihenfolge, ohne Rücksicht auf den Inhalt, geordnet vorfinden: Das Reskriptenbuch. Zu dessen Ergänzung müßten dann die Konzepte der vom Geistlichen ausgehenden amtlichen Schriftstücke gleichfalls in ein Buch, das Expeditionsbuch in diesem Sinne, eingeleistet oder eingetragen werden. Dieses Verfahren sichert, wenn man es auf den amtlichen Verkehr des Geistlichen überhaupt ausdehnt, ganz wohl die Vollständigkeit der Akten, erschwert aber deren Benutzung für einen bestimmten praktischen Zweck, weil die für diesen verwendbaren Schriftstücke sich nicht an einer Stelle im Zusammenhange vereinigt vorfinden: ein Uebelstand, dem nur durch sehr sorgfältig gearbeitete Register einigermaßen würde abgeholfen werden können. Für den praktischen Gebrauch besser und meistens angewandt ist daher das Verfahren, die Reskripte und Konzepte, welche sich auf denselben Gegenstand beziehen, zu einzelnen, gesonderten Aktenheften zu verbinden, welches allerdings mehr Umsicht und Übung erfordert, als das obige. — Verwerflich und dem Gesetze zuwider ist es jedenfalls, die Originalaktenstücke, nachdem in ein f. g. Reskriptenbuch Abschriften derselben eingetragen sind, in Verlust geraten zu lassen, und ebenso tadelnswert, die Konzepte nicht aufzubewahren.

Superintendent bei Kirchenvisitationen (§ 52) und Predigereinführungen (§ 74) sowie beim Abgange der Geistlichen von den Pfarrstellen überzeugen, im letzteren Falle auch für die Sicherung der Registratur Sorge tragen (§ 77).

§ 91. ii. **Kirchenbuchführung.**

Zu den Amtspflichten der Geistlichen auf dem Lande gehört die Führung der Kirchenbücher¹⁾. In den Städten und Flecken liegt dieselbe je nach dem Herkommen den Geistlichen oder den Opfermännern²⁾ ob. Nach örtlichem Herkommen bestimmt sich, ob die Letzteren eine besondere Vergütung dafür zu beanspruchen haben³⁾. Wo die Kirchenbuchführung bisher dem Geistlichen obgelegen hat, kann sie dem Opfermann nicht gegen seinen Willen auferlegt werden. Für jede Ortsgemeinde wird regelmäßig ein besonderes Kirchenbuch geführt⁴⁾. Die Kirchenbücher werden aus Formularpapier⁵⁾ hergestellt, welches nach Maßgabe des Bedürfnisses auf Kosten der Kirchenkasse vom Konsistorium geliefert wird. Sie sind von dem Geistlichen oder Opfermanne eigenhändig mit deutscher Schrift, unter Schreibung der auf das Datum des zu bekundenden Falles bezüglichen Zahlen mit Buchstaben zu führen. Die Eintragungen sind so bald als tunlich nach dem zu bekundenden Vorgange, wo möglich noch am Tage desselben, vorzunehmen⁶⁾. Durchstreichungen oder Radierungen sind unzulässig, Berichtigungen vielmehr in besonderen Spalten einzutragen und für sich zu unterschreiben. Auf dem Titelblatte jedes Kirchenbuches hat der Kirchenbuchführer sich als solchen, unter Angabe der Zeit des Anfanges seiner Amtsführung als solcher zu bezeichnen; auf der letzten Seite der Kirchenbücher der Orte, welche Pfarrsitze sind, ist vom geistlichen Visitator Nachricht über die Ein-

¹⁾ Konsist. Ausschr. v. 5. Okt. 1805 unter Nr. 5 (Frederiks. Stein. II S. 21); Reglement, die . . . in tabellarischer Form zu führenden Kirchenbücher betr., v. 10. Dez. 1814 I A, 2 (Wege I S. 208).

²⁾ So in Braunschweig, Wolfenbüttel (mit Ausnahme der S. Johanniskirche), Helmstedt, Schöppenstedt, Schöningen (mit Ausnahme der Elusgemeinde), Stadtholendorf, Holzminden, Blankenburg, Hasselfelde; ferner Calvörde, Vorsfelde und Thedinghausen. In Sandersheim ist die Kirchenbuchführung dem Opfermanne nur vorübergehend übertragen. Wegen Braunschweig s. Regulativ, die Errichtung einer Centralstelle für die Kirchenbuchführung in der Stadt Br. betr., v. 10. Aug. 1894 (Amtsbl. S. 65 und 71).

³⁾ In der Mehrzahl der unter 2 aufgeführten Fälle ist die Vergütung für die Führung der Kirchenbücher in dem Opfermannsgehalt ununterscheidbar mit enthalten. In Sandersheim erfolgt vorübergehend die Vergütung für den Opfermann aus der Stadtkasse. Vgl. § 35 Abs. 2 der neuen Redaktion des Gemeindefschulges. v. 27. Okt. 1898 (Nr. 54).

⁴⁾ S. hierzu im Allgemeinen die Abschnitte I A und B a des angeführten Reglements v. 1814.

⁵⁾ Führung in „tabellarischer Form“ ist angeordnet im § 1 der Verordnung, die Aufhebung der bisher geführten Zivilstandsregister und die an deren Stelle vorgeschriebene Führung der Kirchenbücher betr., v. 15. Februar 1814 (Nr. 32).

⁶⁾ Instruktion, die vom 1. Jan. 1876 an zu führenden Kirchenbücher betr., v. 29. Dez. 1875 § 3.

führung der Geistlichen einzutragen. Nicht lediglich zur Bekundung des Falles gehörige Notizen sind aus den Kirchenbüchern wegzulassen⁷⁾. Die Kirchenbücher sind mit alphabetischen Namensregistern zu versehen⁸⁾.

Bis zum Schlusse des Jahres 1875 enthielten die Kirchenbücher⁹⁾ (deren Führung schon in der R. D. Z. S. 78 vorgeschrieben war):

- a. Verzeichnisse der Geborenen und Getauften,
- b. Verzeichnisse der Konfirmierten,
- c. Verzeichnisse der Proklamierten und Kopulierten,
- d. Verzeichnisse der Verstorbenen und Begrabenen.

Sie dienten also hinsichtlich der in ihnen aufgeführten Personen zur Beurkundung der Geburten, Eheschließungen und Todesfälle und haben auch fernerhin zu urkundlichem Nachweise dieser Vorgänge, soweit dieselben vor dem 1. Jan. 1876 eingetreten sind, zu dienen. Seitdem aber infolge des Reichsgesetzes vom 6. Febr. 1875 die Beurkundung des Personenstandes und der Eheschließung staatlichen Standesbeamten übertragen ist, welche zu dem Zwecke die Zivilstandsregister zu führen haben¹⁰⁾, werden die Kirchenbücher nur zur Verzeichnung kirchlicher Akte, nämlich der Taufen^{10a)} der Konfirmation, der Trauungen und der Begräbnisse¹¹⁾ gebraucht; (vgl. die in Anm. 6 ang. Instruktion). Sie dienen nunmehr nur noch den Interessen der Landeskirche, sowie der einzelnen Kirchengemeinden (mit Einschluß solcher Personen, welchen ohne daß

⁷⁾ Vgl. das Reglement v. 1814 unter I B b 21, c. 8, e 13.

⁸⁾ Das. I B. f.

⁹⁾ S. wegen der Einzelheiten das ang. Reglement, und vgl. wegen des Geburtsregisters E. R. D. Z. I c. VIII § 10, wegen des Konfirmandenregisters E. R. D. Z. I c. IX § 4, wegen des nachher von den Kirchenbüchern getrennten Konfidentenregisters (§ 87) E. R. D. Z. I c. X § 16.

¹⁰⁾ Seitdem haben die Geistlichen, soweit es sich um die Kirchenbücher aus der Zeit nach 1875 handelt, Auszüge und Verzeichnisse aus denselben für staatliche Zwecke nicht mehr zu liefern. Vgl. wegen des früheren Rechtes und der Kirchenbücher bis 1875 z. B. Bege Uebers. S. 34 ff.

^{10a)} Die Namen der Taufpaten sind auf Verlangen ins Kirchenbuch einzutragen, auch wenn die betreffenden Taufpaten selbst bei der betreffenden Taufe nicht anwesend sind. Meßfr. d. Konf. v. 20. Dez. 1898 Nr. 11277.

¹¹⁾ Der Kirchenbuchführer hat alle auf dem Friedhofe, der unter der Verwaltung des Kirchenvorstandes steht, vorgehenden Begräbnisse zu vermerken. In das Kirchenbuch hat er jedoch nur die Begräbnisse von Personen, welche der lutherischen Kirche angehören, unter der Angabe, ob das Begräbniß still oder öffentlich geschehen ist (Mitschl. 1889 S. 105 ff.) einzutragen; die übrigen Begräbnisse werden von ihm in einem neben dem Kirchenbuche zu führenden besonderen Register (§ 2 unter 4 in der ang. Instruktion v. 1875) verzeichnet. — Wird der Friedhof von mehreren Kirchengemeinden gemeinschaftlich benutzt, so hat der einzelne Kirchenbuchführer mit obiger Unterscheidung die Bestattung aller Personen, welche innerhalb des Bezirkes seiner Kirche verstorben sind, in deren Kirchenbuche oder besonderem Begräbnisregister zu vermerken. Eine Ausnahme besteht für die Stadt Braunschweig, wo nach dem Konfist.-Meßfr. v. 17. Sept. 1887 die auf dem Zentralfriedhofe bestatteten Personen nicht mehr in die Kirchenbücher (Begräbnisregister) bei den einzelnen Kirchen eingetragen werden sollen.

sie Mitglieder sind, auf Begehren Teilnahme an deren Einrichtungen gewährt wird), während sie zuvor im staatlichen Interesse auch für Personen gebraucht werden mußten, welche der Landeskirche nicht angehörten und Teilnahme an deren Einrichtungen nicht beanspruchten¹²⁾. Seitdem haben die Kirchenbuchführer, soweit die bei den Eintragungen in Betracht kommenden Umstände durch Bescheinigungen der Standesbeamten bekundet werden, sich nach diesen zu richten¹³⁾. Sie können auch, soweit das im amtlichen Interesse notwendig wird, Einsicht in die Standesregister gebührenfrei beanspruchen¹⁴⁾. Die den Eintragungen zum Grunde gelegten standesamtlichen Bescheinigungen und sonstigen Urkunden sind in der Pfarr-Registratur (§ 90) aufzubewahren¹⁵⁾.

Die Kirchenbücher haben über das, was sie ihrem Zwecke nach enthalten sollen, volle Beweiskraft, und den von dem Geistlichen oder sonst mit der Führung Beauftragten in gehöriger Form¹⁶⁾ angefertigten Auszügen soll gleichfalls so lange volle Beweiskraft beigemessen werden, bis ihre Falschheit nachgewiesen ist¹⁷⁾. Auszüge aus den Kirchenbüchern, „Kirchenzeugnisse“, werden auf Antrag erteilt; sie sind mittelst der Unterschrift des Kirchenbuchführers und der Beifügung des Kirchensiegels zu beglaubigen. Für ihre Ausstellung

¹²⁾ S. wegen des früheren Rechtes: namentlich die Verordnung, das zeitige Anmelden der Geburts- und Sterbefälle, behuf Eintragung in die Kirchenbücher betr., v. 20. Jan. 1815 (Nr. 1); ferner bezüglich der Legitimationen unehelicher Kinder das Reskr. v. 22. Jan. 1817 (Bege I S. 230); bezüglich der Katholiken an den Orten, wo geschlossene katholische Kirchengemeinden nicht bestehen, das Ges., die kirchl. Verhältnisse der Katholiken betr., v. 10. Mai 1867 (Nr. 32); bezüglich der Dissidenten das Ges., die Verhältnisse der Dissidenten betr., v. 25. März 1873 (Nr. 62) nebst der Ausführungsverordng. v. 11. Nov. 1873 (Nr. 64).

¹³⁾ § 15 vgl. mit § 65 und 66 des ang. Reichsgef. v. 1875; § 2 der ang. Instruktion v. 1875.

¹⁴⁾ § 11 des Bundesratsbeschlusses v. 22. Juli 1875, veröffentlicht als Anlage der Bekanntmachung v. 9. Sept. 1875 zur Ausführung des Reichsgef. v. 6. Febr. 1875 (Nr. 74 der Ges.- und Verordn.-Sammlg.)

¹⁵⁾ § 4 der ang. Instruktion v. 1875.

¹⁶⁾ S. wegen derselben § 5 der ang. Instruktion.

¹⁷⁾ § 4 der in Num. 5 ang. Verordn. v. 15. Febr. 1814 (Nr. 32). Bis 1875 also beweisen die Kirchenbücher außer der Vornahme kirchlicher Akte auch Geburten, Eheschließungen, Legitimationen unehelicher Kinder und Todesfälle; Nachträge und Berichtigungen in ihnen dürfen die Kirchenbuchführer, da ihnen seit 1876 die staatliche Ermächtigung zur Beurkundung des Personenstandes fehlt, nicht mehr machen, sondern haben deshalb an das Konsistorium zu berichten (Reskr. v. 18. Febr. 1891. Amtsbl. S. 16.) Seit 1876 dagegen beweisen die Kirchenbücher nur noch Taufen, Konfirmationen, Trauungen und Begräbnisse. Die Richtigkeit etwa eingetragener Bemerkungen über Vorkommnisse, welche mit dem vom Kirchenbuchführer zu bekundenden Vorgange nicht in rechtl. Zusammenhang stehen, wird durch das Kirchenbuch nicht erwiesen. — Die Beweiskraft der vorchriftsmäßig geführten Kirchenbücher aus der Zeit des Königsreichs Westfalen ist, unter genauer Regelung ihres Verhältnisses zu den nach dem französischen Rechte angelegten Urkunden des Personenstandes (Zivilstandsregistern) anerkannt in der Verordnung v. 19. Okt. 1838 (Nr. 41).

sind die herkömmlichen Gebühren zu bezahlen¹⁸⁾; dagegen unterliegen sie der Stempelpflicht nicht¹⁹⁾.

Die Kirchenbücher sind mit einem haltbaren Einbände zu versehen und in dem Pfarr-Registraturschranke (§ 90), oder wo der Opfermann Kirchenbuchführer ist, in einem dazu bestimmten besonderen Schranke unter Verschluss aufzubewahren²⁰⁾.

Alljährlich werden die Kirchenbücher einer Revision¹²⁾ durch die Superintendenten unterzogen, denen sie zu dem Zwecke von den Geistlichen zuzusenden sind; die von dem Superintendenten geführten gehen zu gleichem Zwecke an die Generalsuperintendenten. Die Kosten der Übersendung trägt die Kirchenkasse²²⁾. Die aufgestellten Erinnerungen werden den Kirchenbuchführern zur Beantwortung mitgeteilt und dann mit letzterer dem Konsistorium vorgelegt, wo sie geprüft werden. Das Konsistorium sendet sie sodann mit den nötigen Entscheidungen und Verfügungen den Superintendenten und Generalsuperintendenten wieder zu.

¹⁸⁾ § 5 des Ges., die Aufhebung der Stolgebühen betr., v. 31. Mai 1871 (Nr. 33). Die hier in Aussicht gestellte Verordnung wegen der Höhe der Gebühren ist nicht erschienen; über dieselbe entscheidet daher das Herkommen. § 5 der ang. Instruktion v. 1875. — Gebührenfrei sind:

die bei der Trauung zu erteilenden Trauscheine (§ 88);

die Bescheinigungen der geschehenen Konfirmation (nach Analogie der f. g. Beichtscheine. E. R. D. I. c. X § 4);

die Geburtscheine für militärische Zwecke (Verordng. v. 1. März 1869 [Nr. 17]); Formulare dazu: Verordng. v. 25. Mai 1870 (Nr. 56);

Scheine für Zwecke der Alters- und Invaliditätsversicherung, § 140 des Reichsges. v. 22. Juni 1889, jetzt ersetzt durch § 171 des Invalidenversicherungsgef. v. 13. Juli 1899 (Reichsgesetzblatt S. 524); Ausschr. v. 19. Nov. 1890 (Amtsbl. S. 95). Auch für Scheine zu Zwecken der Unfall- und Krankenversicherung würde vorkommendenfalls Gebührenfreiheit gelten; f. z. B. Reichsges. v. 6. Juli 1884 (neue Fassung v. 30. Juni 1900), § 102; Reichsges. v. 15. Juni 1883 (neue Fassung v. 10. Apr. 1892), § 78.

Notizen, welche die Kirchenbuchführer den Standesbeamten auf Wunsch zu erteilen haben; Ausschr. v. 5. Mai 1877, Amtsbl., 1888 (87) S. 18.

Unentgeltlich, wenn auch mit Vorbehalt der Gebührenliquidation gegen die betreffende Person, sind in Untersuchungs- und Strafsachen Kirchenbuchsauszüge auf Erfordern des Gerichtes oder des Staatsanwaltes zu liefern (Amtsbl. 1888 S. 27 ff.)

¹⁹⁾ Ges., die Aufhebung der von den Bescheinigungen der Kirchenbuchführer zu entrichtenden Stempelabgabe usw. betr., v. 27. Dez. 1875 (Nr. 93).

²⁰⁾ Reglement v. 10. Dez. 1814 II, 5 ff. (Bege I S. 220). Die früher vorgeschriebene Anfertigung von Duplikaten der Kirchenbücher — Verordng. v. 15. Febr. 1814 (Nr. 33) § 2 und 3, das ang. Reglement II § 9—18 (Bege I S. 221 ff.) — hat in Folge des Refstr. v. 20. Dez. 1876 aufgehört. Die bis dahin gelieferten Duplikate bewahrt der Superintendent, die von dem Superintendenten als Kirchenbuchführer gelieferten der Generalsuperintendent.

²¹⁾ Die abweichenden Bestimmungen im Abschnitt III des Reglements v. 10. Dez. 1814 sind schon durch Verfügungen aus den Jahren 1816 (Bege I S. 230) und 1818 geändert. Dagegen sind die Bestimmungen über die Revision der Kirchenbücher von der Instruktion v. 29. Dez. 1875 nicht berührt.

²²⁾ Vgl. das ang. Reglement II § 9. — Was hier über die Verpflichtung zur Tragung der Kosten der Versendung der Duplikate gesagt ist, gilt auch bezüglich der Versendung der Originale selbst.

Als Hilfsmittel bei der Kirchenbuchführung ist den Geistlichen das Werk von Müller (Karsten) „Kirchenbuchführung im Herzogtum Braunschweig“ durch Ausschreiben des Konsistoriums v. 24. Juni 1868²³⁾ mit der Bestimmung empfohlen, daß dasselbe auf Kosten der Kirchenkasse angeschafft werden darf und dann ins Inventar der Kirche aufgenommen werden soll.

§ 92. kk. **Kirchliche Statistik.**

Die Geistlichen haben über die verschiedenen Äußerungen des kirchlichen Lebens in den ihnen unterstellten Kirchengemeinden sorgfältig Aufzeichnungen zu machen, deren ziffermäßige Ergebnisse alljährlich in ein ihnen zu dem Zwecke mitgeteiltes Formular (sog. Statistischer Fragebogen II) einzutragen und dieses sodann bis zum 15. März jedes Jahres an das Konsistorium einzusenden¹⁾. Die Aufzeichnungen beziehen sich auf

Geburten und Taufen von Kindern evangelischer Eltern, unter besonderer Hervorhebung der Kinder aus Mischehen und der unehelichen Kinder von evangelischen Müttern;

Eheschließungen und Trauungen von Evangelischen unter besonderer Hervorhebung der Mischehen;

Sterbefälle und Beerdigungen unter besonderer Hervorhebung der Beerdigungen unter Mitwirkung der Kirche;

Konfirmationen, unter besonderer Hervorhebung der Kinder aus Mischehen;

Teilnahme am Abendmahle mit Unterscheidung des Geschlechtes der Kommunikanten und besonderer Hervorhebung der Privatkommunionen;

Jugendgottesdienste, sowohl für Konfirmierte, als für Nichtkonfirmierte, unter besonderer Hervorhebung der Sonntagschulen;

Übertritte zur evangelischen Kirche und Austritte aus derselben, unter besonderer Hervorhebung der Juden und Katholiken.

Aus den eingesandten Fragebogen stellt das Konsistorium eine Tabelle zusammen, welche die erwähnten Verhältnisse und Zahlen für die ganze Landeskirche übersehen läßt, und sendet diese an die von der Eisenacher Konferenz (§ 5) bezeichnete Stelle zur Bearbeitung einer kirchlichen Statistik der sämtlichen deutschen Landeskirchen²⁾.

²³⁾ Bege IX S. 306.

¹⁾ Auschr. v. 17. Dez. 1890 (Amtsblatt S. 124 ff.)

²⁾ Dieses Verfahren ist durch Auschr. v. 22. Nov. 1880 geordnet. Mit seiner Einführung sind die durch Ausschreiben v. 5. Jan. 1878 geordneten jährlichen Erhebungen zur Feststellung der in Beziehung auf Taufen und Trauungen hervortretenden Folgen des Reichsgef. v. 6. Febr. 1875 in Wegfall gekommen.

Andere Erhebungen in Betreff der in den einzelnen Kirchengemeindebezirken vorhandenen kirchlichen Einrichtungen (Tabelle I oder sog. Statistischer Fragebogen I des Ausschreibens v. 17. Dez. 1890) sind zu machen, wenn es vom Konsistorium besonders vorgeschrieben wird³⁾.

§ 93. 11. Kirchenrechnungsführung.

Der Geistliche hat die Verpflichtung, die kirchlichen Rechnungen zu führen¹⁾, wo nicht besondere örtliche Rechtsbildung oder Herkommen Ausnahmen begründet hat²⁾. Wenn er zur ordnungsmäßigen Erfüllung dieser Verpflichtung außer Stande ist³⁾, so hat der Kirchenvorstand einen anderen Rechnungsführer zu wählen und dem Konsistorium zur Bestätigung in Vorschlag zu bringen. Dabei ist festzustellen, ob und welche Kaution der gewählte Rechnungsführer zu leisten habe (§ 42). Liegt die Unfähigkeit des Geistlichen zur Besorgung der Rechnungsführung in Umständen, welche ihm selbst zur Schuld anzurechnen sind, so muß er die Kosten, welche durch die Annahme eines anderen Rechnungsführers der Kirchenkasse entstehen, erstatten⁴⁾.

Der Rechnungsführer hat Einnahmen und Ausgaben der ihm übergebenen kirchlichen Kassen⁵⁾ in einem besonderen Buche (Journal)^{6a)} für jede⁶⁾ sorgfältig zu buchen und die vollständigen Beläge für jene wie für diese anzuschaffen und zu sammeln⁷⁾. Zu Anfang eines jeden Jahres⁸⁾ hat er sodann die Rechnung über

³⁾ Das geschieht auf Anregung der Eisenacher Konferenz regelmäßig in längeren Zwischenräumen.

¹⁾ E. R. D. L. I c. XIX § 18; Verordng. die Verwaltung der kirchl. Angelegenheiten betr., v. 14. Apr. 1814 (Nr. 55) § 14; R. B. G. § 26, 9.

²⁾ Solche Ausnahmen bestehen z. B. für die im Kassenverbande stehenden städtischen Kirchen in Braunschweig (oben § 43) und für die Hauptkirche B. M. V. in Wolfenbüttel.

³⁾ Ob der Fall anzunehmen, hat im Zweifel das Konsistorium zu entscheiden. Werden die Gründe, um derenwillen der Geistliche die Befreiung von der Rechnungsführung beantragt, nicht für ausreichend erachtet, so kann dieselbe nur mit Zustimmung des Kirchenvorstandes und unter der Bedingung angeordnet werden, daß er (der Geistliche) die daraus der Kirchenkasse erwachsenden Kosten trage. Aussch. v. 21. Aug. 1851 (Bege VII S. 75).

⁴⁾ S. das ang. Aussch. a. E.

⁵⁾ Es sind das regelmäßig die Kirchenkasse und die kirchliche Armenkasse (§ 121); daneben häufig Kassen des Pfarrwitwenfonds (§ 122) und von Verwaltungen bestimmter Teile des Pfarrvermögens (§ 127), Opfer- oder Schulvermögens; zuweilen auch Kassen besonderer Stiftungen, welche neben dem Kirchenvermögen der Verwaltung des Kirchenvorstandes unterstellt sind.

^{6a)} Aussch. v. 25. Apr. 1900 (Amtsbl. S. 15).

⁶⁾ Nr. 7 des ang. Aussch. Hier ist zugleich auf die Notwendigkeit völligen Getrennthalte der verschiedenen Kassen von einander und von der eigenen Kasse des Rechnungsführers ernstlich hingewiesen und auf die Folgen hingedeutet, welche der (wenn auch nur vorübergehend beabsichtigte) Verbrauch der Kassenvorräte im eigenen Interesse für den Rechnungsführer haben kann. Vgl. Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich § 246 (Unterschlagung), § 350 (Unterschlagung im Amte), § 266 (Untreue), § 351 (Rechnungsfälschung durch Beamte).

⁷⁾ Auf die Notwendigkeit vollständiger Beläge für alle Ausgaben weist schon die E. R.

das vorige Kalenderjahr unter Beobachtung der dafür erlassenen Vorschriften aufzustellen⁹⁾, in das Rechnungshauptbuch einzutragen, die nötigen Abschriften herzustellen¹⁰⁾, und die Rechnung (Hauptbuch und Abschriften nebst den Belägen) dem Kirchenvorstande so zeitig vorzulegen, daß deren Prüfung durch diesen bis zum 31. März beendet sein kann¹¹⁾. Darüber, daß die Prüfung stattgefunden, hat der Kirchenvorstand eine Bescheinigung zu erteilen¹²⁾. Mit der letzteren und den Belägen sowie etwaigen Erinnerungen des Kirchenvorstandes hat der Rechnungsführer sodann eine Abschrift der Rechnung bis zum 15. April an das Konsistorium einzusenden und gleichzeitig die für den Superintendenten bestimmte Rechnungsabschrift diesem zuzustellen. Der Superintendent hat die Rechnung baldmöglichst durchzusehen und etwaige Einwendungen gegen dieselbe schnelligst dem Konsistorium mitzuteilen. — Gesuche um Verlängerung der erwähnten Fristen sind unter Angabe der Gründe zeitig beim Konsistorium einzubringen. Versäumung der Fristen ohne dessen Genehmigung zieht Geldstrafe von nicht unter 15 Mk. nach sich¹³⁾.

Für die Rechnungsführung und alle damit zusammenhängenden Arbeiten erhält der Geistliche jährlich eine geringe Vergütung aus der Kirchenkasse, welche den Satz von 3 Mk. regelmäßig nicht übersteigen soll¹⁴⁾. Eine Erhöhung dieses Satzes ist nur wegen außergewöhnlicher Ausdehnung oder Schwierigkeit der Rechnung auf Beschluß des Kirchenvorstandes unter Genehmigung des Konsistoriums zulässig. Außerdem erhält der Geistliche für die Rechnungsabschriften

D. L. I c. XX § 8 hin. S. wegen der Ausgabebeläge für die kirchliche Armenkasse das Aus Schr. v. 22. Okt. 1890 (Amtsbl. S. 94 ff.)

⁹⁾ Regulativ, das bei Revisionen der Kirchenrechnungen zu beobachtende Verfahren betr., v. 25. Juni 1850 (Nr. 37) unter 1; f. auch Aus Schr. v. 30. Jan. 1861 (Bege IX S. 262 ff.) Aus Schr. v. 25. Apr., 11. Mai, 26. Nov. 1898 (Amtsbl. S. 11, 21, 72).

¹⁰⁾ Das für die Rechnungsaufstellung zu benutzende Formular ist durch Aufschreiben v. 26. Mai 1790 vorgeschrieben, inzwischen aber in einzelnen Teilen nach Maßgabe der veränderten Verhältnisse umgestaltet. Einsicht der Vorrechnungen und der Monitoren gibt Auskunft über das zur Zeit zu Beobachtende.

¹¹⁾ Eine für das Konsistorium, eine für den Superintendenten, und, wo es vom Kirchenvorstande verlangt wird, eine für diesen. S. das in Anm. 3 ang. Aufschreiben unter Nr. 5, das Aus Schr. v. 30. Juni 1852 (Bege VII S. 84) unter 4 und das Aus Schr. v. 17. Mai 1893 (Amtsbl. S. 49 ff.) § 1.

¹²⁾ R. B. G. § 11 (oben S. 42).

¹³⁾ Dieselbe soll nicht auf die Rechnung selbst, sondern auf einen besonderen Bogen geschrieben werden, und muß von mindestens einem Mitgliede des Kirchenvorstandes, welches nicht Rechnungsführer ist, unterschrieben sein. Sie soll zugleich bezeugen, daß die Abschriften der Rechnungen mit dem Hauptbuche übereinstimmen. § 2 des ang. Aus Schr. v. 1893.

¹⁴⁾ §§ 3, 4 und 5 das ang. Aus Schr. v. 1893. Aus Schr. v. 11. Mai 1898 (Amtsblatt S. 21).

¹⁵⁾ Visitationsordng. v. 28. Mai 1746 unter I c. (Frederisd. Stein. II, 37. Steinacker Sammlg. S. 507).

Kopialien vergütet¹⁵⁾ und eine jährliche Entschädigung für Papier¹⁶⁾), beides aus der Kirchenkasse. Sonstige unvermeidliche Ausgaben, welche die Beforgung der Geschäfte der Rechnungsführung mit sich bringt, werden zu ihrem nachgewiesenen Betrage aus der Kirchenkasse erstattet¹⁷⁾. — Wenn die Rechnungsführung durch einen Anderen, als den Geistlichen, besorgt wird, so ist der Betrag der ferner dafür zu gewährenden Vergütung und zu erstattenden Auslagen durch Übereinkunft zwischen ihm und dem Kirchenvorstande unter Genehmigung des Konsistoriums festzustellen (oben § 42).

Der Superintendent erhält für die ihm bezüglich der Kirchenrechnungen obliegende Tätigkeit 3 Mk. jährlich aus jeder Kirchenkasse seiner Inspektion¹⁸⁾ mit Ausnahme derjenigen, bei welcher er selbst Rechnungsführer ist; überdies für Papier 50 Pfg. jährlich aus denselben.

Die Revision und Abnahme der kirchlichen Rechnungen (mit Ausnahme von denen der im Kassenverbande stehenden braunschweigischen Stadtkirchen [§ 43]) geschieht beim Konsistorium¹⁹⁾ unter Berücksichtigung der vom Kirchenvorstande und vom Superintendenten aufgestellten Erinnerungen. Das Revisionsergebnis wird dem Rechnungsführer direkt in einer Verfügung mitgeteilt, welche die gegen die Rechnungen zu erhebenden Erinnerungen (monita) enthält und zugleich unter Voraussetzung ihrer Erledigung oder Befolgung die Angelegenheit für abgemacht erklärt (das liberatorium erteilt)²⁰⁾. Der Rechnungsführer hat die Erinnerungen dem Kirchenvorstande vorzulegen²¹⁾ und vorkommendenfalls seine oder des Kirchenvorstandes Einwendungen im Wege der Vorstellung binnen 4 Wochen (bei Vermeidung des Verlustes) beim Konsistorium vorzubringen, welches darüber auf Vortrag eines Referenten nach eingehender

¹⁵⁾ Der früher geltende Satz, 25 Pf. für den Bogen (Reskr. v. 21. Mai 1863 [Bege IX S. 274]) ist durch Konsist.-Reskr. v. 13. Jan. 1872 auf 30 Pf. erhöht.

¹⁶⁾ Dieselbe wird vom Konsistorium nach den Umständen auf mindestens 50 Pf. bis höchstens 2 Mk. bemessen.

¹⁷⁾ Ausgaben, welche vermieden werden konnten (z. B. die Kosten von Reisen des Geistlichen zu persönlicher Beforgung von Geschäften, die sich schriftlich mittelst der Post hätten erledigen lassen) werden nicht erstattet. Bei unvermeidlichen Reisen werden nicht feste Tagelöhner gezahlt, sondern nur nachgewiesene mäßige Auslagen ersetzt.

¹⁸⁾ Reglement v. 12. Aug. 1782 (Steinacker Sammlg. S. 517; Fredersb. Stein. II 36) unter 5. — Vgl. Anm. 9 zu § 56.

¹⁹⁾ S. des ang. Regulativ v. 25. Juni 1850. Im Konsistorium sind mit dieser Arbeit zwei Beamte ständig beschäftigt (vgl. § 51). — Die früher übliche Abnahme der Kirchenrechnungen durch die herzogl. Renter als weltliche Kirchenvisitatoren hat nach § 23 des Gef. über die Organisation der Landesverwaltungsbehörden v. 19. März 1850 (Nr. 26) aufgehört.

²⁰⁾ Diese Verfügung wird vom Revisor abgefaßt und nach zuvoriger Durchsicht durch den Präsidenten ohne Beratung im Kollegium erlassen. Eine Abschrift von ihr erhält der Superintendent. § 6 des Ausfchr. v. 1893.

²¹⁾ S. das ang. Ausfchr. v. 1852 (Bege VII S. 84) unter 4; § 6 des ang. Ausfchr. v. 1893.

Prüfung der Sache entscheidet²²⁾). Für die beim Konsistorium zu verrichtenden Rechnungs-, Prüfungs- und Abnahmearbeiten werden die vorgeschriebenen Gebühren und Auslagevergütungen aus den Kirchenkassen in die Konsistorialkasse gezahlt²³⁾.

Dem Kirchenpatron ist jederzeit auf Verlangen Einsicht in die Kirchenrechnungen zu gewähren (§ 68)²⁴⁾.

Der Rechnungsführer hat nach Anweisung der vorgesetzten Stelle²⁵⁾ die Einnahmen der kirchlichen Kasse zu erheben und die Ausgaben zu leisten. Er hat jedoch, was die laufenden Einnahmen anbetrifft, bei eigener Haftung dafür zu sorgen, daß dieselben pünktlich und vollständig eingehen²⁶⁾, zu welchem Zweck ihm das Recht eingeräumt ist, selbst ohne Beschluß und Bevollmächtigung des Kirchenvorstandes namens der Kirche Klage zu erheben²⁷⁾. Ebenso hat er ohne den Beschluß des Kirchenvorstandes oder Konsistoriums abzuwarten, bei eigener Haftung dafür zu sorgen, daß die in den kirchlichen Kassen entbehrliehen Vorräte verzinslich ausgeliehen werden, widrigenfalls er die den Kassen entgangenen Zinsen ersetzen muß²⁸⁾. Zur Leistung aller regelmäßig wiederkehrenden oder im Kassenvoranschlage (Etat) vorgesehenen Ausgaben bedarf er keiner besonderen Beschlüsse der vorgesetzten Stelle²⁹⁾. Andere Ausgaben darf er nur

²²⁾ Auf diese Weise ist die Bestimmung des ang. Regulativs von 1850, wonach zunächst dem Rechnungsführer nur die Erinnerungen mitgeteilt werden, und erst nachdem er dieselben vollständig beantwortet hatte, Entscheidungen auf die Beantwortung nebst der Erteilung des liberatoriums erfolgen sollten, seit 1862 in einzelnen Fällen, seit 1867 allgemein abgeändert und damit das Verfahren vereinfacht. Vgl. auch § 6 des ang. Ausfchr. v. 1893.

²³⁾ § 4 des ang. Regulativs v. 1850. Die Gebühren sind:

a. die f. g. „Revisionsgebühr“, welche schon vor 1850 beim Konsistorium erhoben wurde;
b. die f. g. „Abnahmegebühr“, welche früher dem weltlichen Visitator entrichtet werden mußte und erst durch das ang. Regulativ der Konsistorialkasse zugewiesen ist. Beide werden der Höhe nach vom Konsistorium mit Rücksicht auf die Vermögenslage der Kirchenkassen festgestellt; die erstere ist unermöglichten Kirchenkassen häufig ganz erlassen, die letztere beträgt durchschnittlich 3 Mk. (vgl. § 9 des ang. Reglements v. 1782).

²⁴⁾ Die in der Visitt.-Ordnung v. 1746 II b 1 (Steinader Sammlg. S. 509, Frederdsb. Stein. II, S. 27) und in dem Reglement v. 1782 § 3 (Steinader Sammlg. S. 517, Frederdsb. Stein. II S. 38) überdies vorgesehene Teilnahme des Patrons an den Rechnungsabnahmeverhandlungen vor den herz. Ämtern ist mit der Ersetzung des früheren Abnahmeverfahrens durch das obige (Anm. 19) in Wegfall gekommen.

²⁵⁾ des Kirchenvorstandes innerhalb seiner Zuständigkeit (§ 42 Anm. 1) sonst des Konsistoriums.

²⁶⁾ C. R. D. I. c. XX § 4; Visitt.-Ordnung v. 1746 II b 2 a (Steinader Sammlg. S. 511, Frederdsb. Stein. II S. 27); Ausfchr. v. 21. Aug. 1851 unter 1 (Bege VII S. 73). Die Meinung, daß die Kirche als Vermögenssubjekt eine besondere Rücksicht gegen ihre Schuldner üben müsse, findet im Rechte weder Begründung, noch Anerkennung.

²⁷⁾ R. B. G. § 25, 5 (vgl. oben § 42, B, 5).

²⁸⁾ C. R. D. I. c. XX § 11; Visitt.-Ordnung v. 1746 II b 2 b (Steinader Sammlg. S. 511, Frederdsb. Stein. II S. 27); Ausfchr. v. 21. Aug. 1851 unter 3 (Bege VII S. 73).

²⁹⁾ Die Beauftragung mit dieser ist als ein Teil des mit der Annahme zum Rechnungsführer erteilten allgemeinen Auftrages anzusehen, sofern nicht ausdrücklich anderes bestimmt ist.

auf zuvorige Anweisung machen. Die Anweisung des Kirchenvorstandes befreit ihn jedoch nur dann von der eigenen Verantwortung für dem Rechte zuwider gemachte Ausgaben der Kassenkasse, wenn er nicht in der Lage war, deren Ausführung vorläufig auszusetzen und die Entscheidung des Konsistoriums einzuholen: macht er von einer ihm hierzu gesetzlich eingeräumten Befugnis³⁰⁾ keinen Gebrauch, so ist er für die Leistung der Ausgabe haftbar. — Bei den kirchlichen Kassen, an deren Verwaltung der Kirchenvorstand keinen Teil hat, ist der Rechnungsführer allein verantwortlich für die Ausgaben und hat zu den nicht regelmäßigen oder im Voranschlage nicht vorgesehenen zuvor die Genehmigung des Konsistoriums einzuholen³¹⁾. Auf die erfolgten Genehmigungsreskripte hat er in der Rechnung zu verweisen³²⁾, wie er überhaupt alle besonderen Verfügungen genau zu bezeichnen hat, nach denen er bei Aufstellung der Rechnung verfahren ist.

Beim Ausscheiden aus seiner Stellung hat der Rechnungsführer die Rechnungen bis zum Tage des Ausscheidens abzuschließen und so nebst Belägen, Wertpapieren und Kassenvorräten zu übergeben. Dieselbe Verpflichtung liegt nach seinem Ableben seinen Erben ob. — Es ist vorgeschrieben, daß den kirchlichen Kassen zur Deckung für ihre Forderungen an den früheren Rechnungsführer dasjenige, was derselbe aus einer Auseinandersetzung mit dem Amtsnachfolger (§ 74) wegen der Pfarreinkünfte oder des Pfarrinventars zu fordern hat, überwiesen werden soll; wenn zur Zeit der Auseinandersetzung zweifelhaft ist, ob dergleichen Forderungen der kirchlichen Kassen bestehen, so soll die Zahlung der dem früheren Rechnungsführer auf grund der Auseinandersetzung gebührenden Summe bis zur Hebung des Zweifels ausgesetzt werden³³⁾.

§ 94. 7. Beendigung der Amtsführung. a. Übersicht.

Die Führung des geistlichen Amtes wird für dessen Inhaber beendet:

- a. durch den Tod¹⁾;
- b. durch Verabschiedung (§ 95);
- c. durch Emeritierung (§ 96);
- d. durch Dienstentlassung (§ 97);
- e. durch Absetzung (§ 98).

³⁰⁾ Diese Befugnis hat jeder Rechnungsführer, welcher zugleich Vorsitzender des Kirchenvorstandes ist, nach § 45 Abs. 2 des Kirchenvorstandsgesetzes (vgl. oben § 46). Anderen Kirchenrechnungsführern ist sie im Gesetze nicht beigelegt.

³¹⁾ S. z. B. Auschr. v. 21. Aug. 1851 unter 2 (Bege VII S. 73).

³²⁾ S. das ang. Auschr. v. 1851 unter 6.

³³⁾ Auschr. v. 10. März 1838 (Ges.- u. Ver.-Samml. Nr. 18).

¹⁾ Vgl. wegen der Beendigung des Nutzungsrechtes an der Pfarrpfunde § 132.

§ 95. b. Verabschiedung.

Dem Geistlichen steht frei, jeder Zeit unter Verzicht auf seine Pfründe und auf weitere Versorgungsansprüche für sich oder die Seinigen beim Landesfürsten die Enthebung von seinem Amte, Verabschiedung, nachzusuchen¹⁾. Die Verabschiedung wird nur versagt, wenn und solange der Geistliche über die ihm obliegende Verwaltung der Rassen von Stiftungen, deren Rechnungsführer er gewesen (§ 93), nicht Rechnung abgelegt hat²⁾.

Eine schwebende strafrechtliche Untersuchung hindert einerseits die Verabschiedung nicht und wird anderseits von derselben nicht berührt. Dagegen fällt die Verhängung von Ordnungsstrafen (§ 53) weg, die Einleitung eines förmlichen Disziplinarverfahrens ist ausgeschlossen, und ein bereits schwebendes Disziplinarverfahren muß eingestellt werden, sobald von dem angeschuldigten Geistlichen die Verabschiedung nachgesucht wird³⁾.

Gründe für sein Gesuch um Verabschiedung braucht der nachsuchende Geistliche nicht anzugeben. Beabsichtigt er jedoch, in eine andere dienstliche Stellung überzugehen, so hat er dazu, wenn er sich die Anrechnung der im Dienste der Landeskirche verbrachten Jahre für den etwaigen Fall seines späteren Rücktrittes in denselben sichern will, die Genehmigung des Landesfürsten nachzusuchen⁴⁾.

Die Verabschiedung wird wirksam mit dem in der landesfürstlichen Verfügung für ihren Eintritt benannten Tage; ist kein Tag benannt, mit dem der Zustellung der Verfügung. Mit diesem Zeitpunkte hört, wie die Verpflichtung und Berechtigung zu Amtshandlungen, so der Anspruch auf das Dienst Einkommen und auf weitere Versorgung auf, auch wenn der Verzicht auf diese Vermögensvorteile in dem Gesuche um Verabschiedung nicht ausdrücklich geleast war.

§ 96. c. Versetzung in den Ruhestand (Emeritierung).

Geistliche, welche durch Alter, Krankheit oder infolge eines körperlichen oder geistigen Gebrechens zur weiteren Versetzung ihres Pfarramtes dauernd

¹⁾ Eine rechtlich wirksame Form der Niederlegung des Amtes durch einfache Erklärung des Geistlichen gibt es nicht. Der Versuch, mittelst einer solchen aus dem Amte zu scheiden, würde, wenn er von tatsächlichem Verlassen des Amtes begleitet wäre, nach Abs. 3 des § 9 des Kirchengesetzes, die Disziplinarverhältnisse der Kirchendiener betr., v. 1. Dez. 1890 (Nr. 71) zur Dienstentlassung führen können (§ 97).

²⁾ Vgl. § 109 Abs. 2 des Zivilstaatsdienstgesetzes v. 4. Apr. 1889 (Nr. 17).

³⁾ § 15 und 23 des ang. Kirchenges. v. 1. Dez. 1890.

⁴⁾ § 5 Abs. 3 des ang. Kirchenges., die Emeritierung betr., v. 1. Dez. 1882 (Nr. 46). Vgl. § 96.

unfähig geworden sind¹⁾, werden unter Enthebung von ihrer Pfarrstelle²⁾ in den Ruhestand versetzt (emeritirt). Das Vorhandensein der Unfähigkeit muß in geeigneter Weise nachgewiesen sein; die Erhebung der Beweise ist Sache des Konsistoriums. Bestreitet der Geistliche seine Unfähigkeit, oder weigert er sich ungeachtet ihres Vorhandenseins seine Emeritierung zu beantragen, oder ist er unfähig, die von ihm geforderte Erklärung über seine Emeritierung abzugeben, so veranlaßt das Konsistorium wegen derselben eine gemeinschaftliche Beratung und Beschlußfassung mit dem Synodalausschusse (§ 23)³⁾. Die Emeritierung erfolgt auf Antrag des Konsistoriums durch landesfürstliche Verfügung, sie erhält Wirkung mit dem in der letzteren angegebenen Tage⁴⁾.

Mit dem Eintritt der Emeritierung hört die Befugnis des Emeritierten zur Vornahme geistlicher Amtshandlungen auf, und er kann diese fernerhin weder in dem früheren eigenen Pfarrbezirke, noch in einem fremden (als Vertreter des dortigen Pfarrers) mit rechtlicher Gültigkeit verrichten. Nur durch die Erlaubnis des Konsistoriums für einzelne Fälle, oder durch landesfürstliche Verfügung allgemein und für die Dauer, erhält er die Ermächtigung und Befugnis zu Amtshandlungen wieder (vgl. § 66 a. E.).

Eine Anfechtung der die Emeritierung aussprechenden Verfügung durch Prozeß mit der Wirkung, daß die Kirchenregierung gezwungen werden könnte, den Geistlichen im Amte zu belassen, ist ausgeschlossen⁵⁾; dagegen muß sie in dem Sinne zugelassen werden, daß die Kirchenregierung bei nachgewiesenem Mangel eines gesetzlichen Emeritierungsgrundes durch richterliches Urteil gezwungen werden kann, dem Emeritierten für den ihm durch die Emeritierung zugefügten Vermögensnachteil Entschädigung zu leisten⁶⁾.

¹⁾ Eine bestimmte Altersgrenze, bei deren Erreichung der Geistliche die Emeritierung beanspruchen könnte oder sich ohne weiteres gefallen lassen müßte, ist nicht gesetzt. — Einen anderen Emeritierungsfonds gibt es nicht. S. Anl. 7a S. 10 ff. und Anl. 19 der Synodalverhandlungen von 1880 (dritte ordentl. Landessynode).

²⁾ Das Kirchenges., die Emeritierung betr., v. 1. Dez. 1882 (Nr. 46) hebt im § 1 als Wirkung der Emeritierung die Enthebung von der Pfarrstelle ausdrücklich hervor, um von vornherein keinen Zweifel darüber zu lassen, daß die zuvor geltende Art der Emeritierung, nach welcher der emeritirte Geistliche zwar aus dem Amte schied, aber das Recht auf den Genuß seiner bisherigen Pfründe mit der Verpflichtung, einen bestimmten Teil davon einem Stellvertreter im Amte, dem sog. Adjunkten, zu überlassen, abgeschafft sein solle. — Vgl. den Schlußsatz des ang. § 1. — Dieses ältere Recht kann ausnahmsweise noch bei einzelnen Geistlichen zur Anwendung kommen, welche sich zur Teilnahme am Emeritierungsfonds nicht bereit erklärt haben. Vgl. § 19 des ang. Kirchenges.

³⁾ § 3 des ang. Kirchenges. v. 1882. — Unterläßt der Geistliche die Abgabe der geforderten Erklärung, so wird er so behandelt, als habe er seine Zustimmung zur Emeritierung verweigert. — § 27, 3 des Ges., die Errichtung einer Landessynode betr., v. 31. Mai 1871 (Nr. 34).

⁴⁾ Vgl. wegen der Zahlung der Pfründenabgabe § 108.

⁵⁾ Vgl. § 3 des ang. Kirchenges. v. 1882 mit § 9 des Ges., das Ruheeinkommen der emeritirten Geistlichen betr., v. 1. Dez. 1882 (Nr. 45).

⁶⁾ Vgl. Zeitschr. für Rechtspf. II S. 97 ff.

Der Emeritierte erhält ein Ruheeinkommen aus dem Emeritierungsfonds (§ 108)⁷⁾. Die Höhe desselben richtet sich nach der Höhe seines bisherigen Dienst- einkommens und der Zahl seiner Dienstjahre; sie beträgt, wenn die Versetzung in den Ruhestand während des ersten Dienstjahres eintritt, 40 Prozent des Dienst- einkommens und steigt mit jedem begonnenen folgenden Dienstjahre um ein Prozent bis zu höchstens 80 Prozent des Dienst- einkommens. Dieser höchste Satz wird schon mit dem Ende des vierzigsten Dienstjahres erreicht⁸⁾. Würde nach dieser Rechnung das Ruheeinkommen weniger als 1500 Mf. jährlich betragen, so wird es auf diese Summe erhöht⁹⁾. Eine vorübergehende Verrin- gerung des Ruheeinkommens kann bei Zahlungsunfähigkeit des Emeritierungs- fonds vom Konsistorium angeordnet werden¹⁰⁾. Als Anfang der Dienstjahre gilt der erste Tag des Monats, in welchem die Einführung des Emeritierten in das erste von ihm bekleidete Pfarramt in einer Gemeinde der Landeskirche statt- gefunden hat. Hinzugerechnet werden die Jahre, während welcher der Geist- liche vor dem Eintritt in das Pfarramt im braunschweigischen Staatsdienste, an öffentlichen Schulen und Lehranstalten innerhalb des Herzogtums, oder im Dienste einer auswärtigen evangelischen Landeskirche mit dem Anrechte auf einen Ruhegehalt oder eine Altersversorgung tätig gewesen ist¹¹⁾. Geht der Geist- liche mit landesfürstlicher Genehmigung aus dem Dienste der Landeskirche in eine andere dienstliche Stellung über, so wird ihm beim Rücktritt in den ersteren die Zwischenzeit in die Dienstjahre eingerechnet¹²⁾. Die während der Dienst- jahre oder der diesen hinzuzurechnenden Jahre im Militärdienste zugebrachte Zeit wird mit eingerechnet¹³⁾.

Als Dienst- einkommen gilt die Summe, von welcher der Emeritierte vom Zeitpunkte der Emeritierung zurückgerechnet mindestens ein Jahr lang die Bei- träge zum Emeritierungsfonds (§ 108) bezahlt hat¹⁴⁾.

⁷⁾ Vorausgesetzt, daß er Beiträge zu demselben gezahlt hat, wozu alle seit dem 1. Jan. 1883 in ein Pfarramt der Landeskirche eingeführten Geistlichen verpflichtet sind (vgl. § 108), während andere innerhalb des Herzogtums beschäftigte Geistliche durch landesfürstliche Ver- fügung zur Erwerbung des Anspruches auf ein Ruheeinkommen mittelst Zahlung von Bei- trägen in den Emeritierungsfonds zugelassen werden können (§ 2 des ang. Kirchenges. v. 1882).

⁸⁾ Kirchenges., die Abänderung des Kirchenges. v. 1. Dez. 1882 (Nr. 46) betr., v. 24. Nov. 1890 (Nr. 68) Art. 1.

⁹⁾ § 4 Abs. 2 des ang. Kircheng. v. 1882.

¹⁰⁾ § 10 Abs. 2 daf.

¹¹⁾ § 5 Abs. 1 des ang. Kirchenges. — Mit besonderer landesfürstlicher Genehmigung kann auch die Zeit angerechnet werden, während welcher der Emeritierte in anderen, als den oben bezeichneten Stellungen, als Geistlicher oder Lehrer gewirkt hat. Abs. 2 daf.

¹²⁾ § 5 Abs. 3 daf. Ob die Stellung, die er inzwischen eingenommen hat, als eine „dienst- liche“ im Sinne des Gesetzes (i. Abs. 1 und 2 des § 5) anzusehen sei, ist im Zweifel durch landesfürstliche Verfügung zu entscheiden.

¹³⁾ Der ang. § 5 a. E.

¹⁴⁾ § 6 daf. Tritt die Emeritierung während des ersten Dienstjahres ein, so richtet die

Das Recht zum Bezuge eines Ruheeinkommens beginnt mit dem Zeitpunkte, in welchem das Recht auf den Bezug eines Diensteinkommens aufhört (§ 132)¹⁵⁾. — Der Anspruch auf Ruheeinkommen kann nur soweit mit rechtlicher Wirkung abgetreten, verpfändet oder sonst übertragen werden, als er der Pfändung unterliegt¹⁶⁾. Derselbe erlischt¹⁷⁾

1) mit dem Tode des Emeritierten. Das Ruheeinkommen für den Sterbemonat wird jedoch an die Erben¹⁸⁾ voll ausbezahlt. Hinterläßt der Emeritierte eine Witwe oder Kinder, so erhalten diese, die Kinder jedoch nur, wenn sie entweder das fünfundzwanzigste Lebensjahr noch nicht vollendet und eine Versorgung noch nicht erlangt haben, oder wenn sie auch nach Erreichung des fünfundzwanzigsten Lebensjahres wegen körperlicher oder geistiger Schwäche einer Unterstützung bedürftig sind, das Ruheeinkommen noch für die beiden auf den Sterbemonat folgenden Monate, die sog. Gnadenmonate¹⁹⁾.

2) wenn der Emeritierte zu Zuchthausstrafe verurteilt ist, oder wenn ihm im Strafverfahren die bürgerlichen Ehrenrechte oder die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter aberkannt worden²⁰⁾;

3) wenn der Emeritierte ohne Bewilligung des Konfistoriums Aufträge für auswärtige Staaten oder Kirchenregierungen übernimmt²¹⁾;

4) wenn derselbe ohne Erlaubnis des Konfistoriums seinen Wohnsitz an einem außerhalb des deutschen Reiches belegenen Orte nimmt²²⁾;

5) wenn er sich weigert, ein seinen Kräften angemessenes, seiner früheren Stelle ähnliches und mit nicht geringerem Einkommen ausgestattetes Amt im

Höhe des Ruheeinkommens sich nach dem Diensteinkommen, welches der Geistliche in diesem Jahre zu beziehen gehabt haben würde, wenn er bis zu dessen Ablaufe im Dienste verblieben wäre.

¹⁵⁾ § 7 des ang. Kirchenges. v. 1882 (Nr. 46).

¹⁶⁾ § 5 des ang. Ges. v. 1882 (Nr. 45). — Nach § 749 (§ 850 der Fassung v. 17. Mai 1898) der Zivilprozeßordnung (Abs. 1 unter 8 vgl. mit Abs. 2) ist der Pfändung nur der dritte Teil desjenigen Betrages vom Ruheeinkommen unterworfen, um welchen es die Summe von 1500 Mk. jährlich übersteigt.

¹⁷⁾ § 17 des ang. Kirchenges. v. 1882.

¹⁸⁾ Dies gilt auch, wenn neben einer Witwe und bedürftigen Kindern, oder neben einer Witwe allein, oder neben bedürftigen Kindern, noch andere Erben zur Erbschaft des Emeritierten gelangen: das Recht auf das Ruheeinkommen aus dem Sterbemonat bildet als ein aus der Person des Verstorbenen hergeleitetes einen Bestandteil seines Nachlasses und folgt dessen Schicksale auch z. B. im Falle, daß die Erbschaft ausgeschlagen wird.

¹⁹⁾ § 17, 1 des ang. Kirchenges. v. 1882. Vgl. wegen der Gnadenmonate der Witwe und Kinder bei Emeritierungen nach früherem Rechte das landesfürstl. Refr. v. 27. März 1869 (Bege IX S. 310 ff.). Die Entscheidung über die Zulassung von Kindern zu den Gnadenmonaten steht dem Konfistorium zu. — Witwen und Kinder erhalten die Gnadenmonate als ein ihnen für ihre Person zustehendes Recht, einerlei, ob sie Erben des Emeritierten geworden sind, oder nicht.

²⁰⁾ § 17, 2 das.

²¹⁾ § 17, 3 das.

²²⁾ § 17, 4 das.

Dienste der Landeskirche wieder anzunehmen²³⁾. — Bei Übernahme eines neuen Amtes mit Dienst Einkommen durch den Emeritierten wird das Ruhe Einkommen soweit gekürzt, als sein Betrag, zusammengerechnet mit dem neuen Dienst Einkommen, den Betrag des früheren Dienst Einkommens des Emeritierten übersteigt²⁴⁾.

§ 97. d. **Dienstentlassung. Förmliches Disziplinarverfahren. Suspension.**

Wegen schwererer Verletzung der Amtspflichten (§ 59), welche nach der Auffassung des Konsistoriums durch leichtere Disziplinarstrafen (Ordnungsstrafen § 53) nicht geküht werden kann¹⁾, tritt die Dienstentlassung ein. Erscheint die Annahme einer derartigen Vergehung begründet, so kann bei Gefahr im Verzuge der nächste Vorgesetzte des Geistlichen demselben ohne weiteres die Ausübung seiner Amtsverrichtungen vorläufig untersagen, hat aber darüber sofort an das Konsistorium zu berichten. Eine Kürzung des Dienst Einkommens hat diese Maßregel nicht zur Folge.

Die Dienstentlassung wird eingeleitet durch die Verfügung des Konsistoriums, daß ein förmliches Disziplinarverfahren stattzufinden habe²⁾. Dasselbe besteht in schriftlicher Voruntersuchung und mündlicher Verhandlung. Es wird eröffnet durch einen Antrag des Konsistoriums, der im Falle der Geistliche der Verbreitung religiöser Irrlehre verdächtig oder eines mit seinem Amte unvereinbaren Verhaltens beschuldigt ist, auf Grund eines in gemeinschaftlicher Sitzung mit dem Synodalausschusse gefaßten Beschlusses (oben § 23) und unter Bezugnahme auf diesen gestellt werden muß³⁾. Der Antrag wird an den Oberstaatsanwalt gerichtet, der unter Bestätigung des Staatsministeriums die Rolle des Klägers führt; in demselben sind die Vergehen, deren der Geistliche beschuldigt wird, anzuführen. Der Oberstaatsanwalt veranlaßt sodann den Vorsitzenden der Disziplinkammer (§ 54), einen Richter evangelisch-lutherischer Konfession mit der Führung einer schriftlichen Voruntersuchung zu beauftragen⁴⁾.

Sobald die Einleitung des förmlichen Disziplinarverfahrens erfolgt ist, kann das Konsistorium die vorläufige Enthebung des Geistlichen vom Amte

²³⁾ § 17, 5 das.

²⁴⁾ § 18 das.

¹⁾ § 10 des Kirchenges., die Disziplinarverhältnisse der Kirchendiener betr., v. 1. Dez. 1890 (Nr. 71).

²⁾ § 5 des Ges., das Disziplinarverfahren gegen Kirchendiener betr., v. 15. Juni 1890 (Nr. 70) und § 16 des ang. Kirchenges.

³⁾ § 4 des ang. Ges. (Nr. 70) und § 10 das ang. Kirchenges. (Nr. 71).

⁴⁾ § 8 des ang. Ges. und § 20 des ang. Kirchenges.

(Suspension) verfügen und hat davon dem Staatsministerium Anzeige zu machen⁵⁾). Während der Dauer der Suspension wird dem Geistlichen vom Ablauf des Monats an, in welchem diese verfügt ist, die Hälfte seines Dienst Einkommens innebehalten; jedoch kann das Konsistorium im Falle der Bedürftigkeit des Geistlichen die Innebehaltung auf ein Viertel des Dienst Einkommens beschränken. Das Konsistorium trifft die erforderlichen Maßregeln zur Inbesitznahme und Verwaltung des inne zu behaltenden Teiles und ist berechtigt, die zu dem Zweck erforderlichen Anträge an die Staatsbehörden⁶⁾ zu stellen. Das Innebehaltene ist vorläufig zur Deckung der Kosten, welche durch die Stellvertretung des Angeschuldigten verursacht werden, der etwaige Rest zur Deckung der Untersuchungskosten zu verwenden. Einen weiteren Beitrag zu den Stellvertretungskosten zu leisten ist der Geistliche, auch wenn die Entlassung erfolgt, nicht verpflichtet. Der zu den Stellvertretungskosten und Untersuchungskosten etwa nicht verwandte Teil des Innebehaltenen wird dem Geistlichen in jedem Falle zurückgezahlt; auf Verlangen ist ihm dabei ein Nachweis über die Verwendung zu erteilen⁷⁾).

Nach Beendigung der Voruntersuchung teilt der Voruntersuchungsbeamte dem Konsistorium die Akten mit. Dasselbe beschließt darüber, ob die Untersuchung noch zu ergänzen sei⁸⁾, oder ob das Verfahren (vorkommendenfalls unter Verhängung einer Ordnungsstrafe gegen den Angeschuldigten) einzustellen sei, (wovon dem Oberstaatsanwalt, der Disziplinar-kammer und dem Angeschuldigten, diesem unter Angabe der Gründe, Mitteilung zu machen), oder es stellt dem Oberstaatsanwälte die Akten zur Erhebung der Anklage zu⁹⁾).

Auf erhobene Anklage des Oberstaatsanwaltes, der sich während der Voruntersuchung stets, in der mündlichen Verhandlung bei Verhinderung, durch einen Staatsanwalt vertreten lassen kann¹⁰⁾, findet dann die mündliche Verhandlung vor der Disziplinar-kammer, in zweiter Instanz vor dem Disziplinarhofe (§ 54) statt¹¹⁾).

⁵⁾ § 5 des ang. Ges. und § 16 des ang. Kirchenges.

⁶⁾ Der ang. § 5 in Verbindung mit § 85 des Zivilstaatsdienstges. v. 27. März 1889 (Nr. 17).

⁷⁾ Der ang. § 5 in Verbindung mit § 85 und 86 des Zivilstaatsdienstges.

⁸⁾ § 9 des ang. Ges., § 21 des ang. Kirchenges.

⁹⁾ § 10 des ang. Ges., § 22 des ang. Kirchenges.

¹⁰⁾ § 8 des ang. Ges. § 20 des ang. Kirchenges.

¹¹⁾ § 9 des ang. Ges., § 21 des ang. Kirchenges. Wegen des Verfahrens s. § 13 Abs. 1 des ang. Ges. und § 24 Abs. 1 des ang. Kirchenges. Die hier angezogenen Paragraphen des Zivilstaatsdienstgesetzes sind auch im Amtsblatte (1890 S. 110 ff.) abgedruckt. — Die entscheidenden Disziplinarbehörden sind nicht befugt, die erhobene Anklage ohne zuvorige mündliche Verhandlung abzuweisen, Minist.-Reskr. v. 10. Okt. 1893 Nr. 9432.

Die Entscheidung der Disziplinarbehörden kann auf Dienstentlassung, auf Freisprechung oder auf eine Ordnungsstrafe lauten¹²⁾. Lautet sie auf Freisprechung, so ist dem Geistlichen der infolge der etwa angeordneten Suspension innebehaltene Teil des Dienst Einkommens vollständig nachzuzahlen. Lautet sie auf eine Ordnungsstrafe, so ist dem Geistlichen das Innebehaltene insoweit nachzuzahlen, als es nicht zur Bezahlung der Untersuchungskosten und vorkommendenfalls der Geldstrafe erforderlich ist; ein Abzug wegen Stellvertretungskosten findet in diesem Falle nicht statt¹³⁾. Lautet sie auf Dienstentlassung, so tritt mit ihrem Erlasse die Suspension, wenn dieselbe nicht schon eher verfügt war, kraft Gesetzes ein und dauert bis zur rechtskräftigen Entscheidung der Sache¹⁴⁾.

Der Entlassene verliert Titel und Rang seines Amtes, und sein Dienst einkommen wird ohne Berücksichtigung seiner Dienstjahre auf ein Fünftel herabgesetzt (vgl. § 132). Auch dieses Fünftel fällt weg, wenn auf Dienstentlassung erkannt ist, weil der Entlassene sein Amt ohne Berechtigung mit der Absicht, dasselbe aufzugeben, oder so, daß seine unberechtigte Abwesenheit über zwei Monate dauert, verlassen hat. Im Gnadenwege kann durch den Landesfürsten dem Entlassenen mehr, jedoch höchstens der Betrag des Ruhe einkommens (§ 96) bewilligt werden¹⁵⁾. Die Zahlung sowohl des gesetzlich als auch durch Gnade dem Entlassenen zugewiesenen Einkommens erfolgt aus der Klosterreinertragskasse¹⁶⁾. Wegen der Kosten des Umzuges des Amtsnachfolgers eines Entlassenen s. oben § 74 Anm. 12. Die Kosten der Stellvertretung des Entlassenen sowie des förmlichen Disziplinarverfahrens werden endgültig mittelst des infolge der Suspension innegehaltenen Teils seines Dienst einkommens gedeckt; soweit dieser dazu nicht ausreicht, trägt sie die Klosterreinertragskasse. Diese tritt auch ein, wenn und soweit das Innebehaltene dem Angeschuldigten bei nicht erfolgender Dienstentlassung zurückgegeben werden muß¹⁷⁾.

¹²⁾ § 13 des ang. Gef., § 24 des ang. Kirchenges.

¹³⁾ § 5 des ang. Gef., § 16 des ang. Kirchenges., in Verbindung mit § 87 des Ziv.-Staatsdienstges. — Die im förmlichen Disziplinarverfahren verhängten Geldstrafen fließen nicht in die Konsistorialkasse (§ 53), sondern, wenn erkannt von der Disziplinar-kammer, in die Sportelkasse des herzogl. Landgerichts, wenn erkannt vom Disziplinarhofe, in die Sportelkasse des herzogl. Oberlandesgerichtes. Verordng. v. 30. Mai 1893 (Nr. 30) II, 1.

¹⁴⁾ Die ang. §§ 5 und 16 in Verbindung mit § 82 des Ziv.-Staatsdienstges.

¹⁵⁾ § 3 des ang. Gef., § 9 des ang. Kirchenges. — Der Teilnahme an der Landes-Pfarr-witwenversorgungsanstalt geht der Entlassene nicht verlustig. § 11 des Gef., die Errichtung einer Landes-Pfarrwitwen-Versorgungs-Anstalt betr., v. 15. Apr. 1889 (Nr. 22). Vgl. unten § 109.

¹⁶⁾ § 7 des ang. Gef.

¹⁷⁾ § 16 des ang. Gef., § 25 des ang. Kirchenges. in Verbindung mit § 87 des Ziv.-Staatsdienstges.

Die Einziehung und Ablieferung der im förmlichen Disziplinarverfahren entstehenden Kosten geschieht durch herzogl. Staatsanwaltschaft¹⁸⁾.

§ 98. c. **Absetzung. Suspension im Strafverfahren.**

Wenn gegen den Geistlichen im Strafverfahren auf Zuchthausstrafe, auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte oder der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter erkannt ist, sowie in Fällen, in welchen nach dem Reichsstrafgesetzbuche gegen einen Beamten auf den Verlust des von ihm bekleideten Amtes oder der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter zu erkennen gewesen wäre, hat nach beendetem Strafverfahren die Absetzung einzutreten¹⁾.

Behuf ihrer Herbeiführung ist auf grund des strafgerichtlichen Erkenntnisses vom Konsistorium das förmliche Disziplinarverfahren zu verfügen, in welchem jedoch nach Lage der Sache²⁾ von einer Voruntersuchung abgesehen werden kann. Einer zuvorigen Beratung mit dem Synodalausschusse bedarf es nicht, da die Absetzung als notwendige Rechtsfolge der geschehenen strafgerichtlichen Verurteilung einzutreten hat^{3a)}. Die Absetzung zieht den Verlust des gesamten Dienst Einkommens, und damit des Anspruches auf ein Ruheeinkommen (§ 96) sowie auf Versorgung der Witwe und Kinder (§ 109, 133 ff.) nach sich. — Wegen der Kosten des Verfahrens gilt dasselbe, wie bei der Entlassung (§ 97)³⁾; wegen der Kosten des Transportes des Amtsnachfolgers f. § 74 Anm. 12.

Sobald gegen einen Geistlichen ein Strafverfahren wegen eines Verbrechens oder Vergehens verfügt wird, kann seine Suspension vom Konsistorium verhängt werden, welches davon dem Staatsministerium Anzeige zu machen hat⁴⁾. Im gleichen Falle kann auch bei Gefahr im Verzuge der nächste Vorgesetzte dem Geistlichen die Ausübung der Amtsverrichtungen vorläufig untersagen, hat aber darüber sofort an das Konsistorium zu berichten, welches die erforderlich scheinende weitere Verfügung erläßt. Die Suspension tritt kraft Gesetzes ein, sobald im gerichtlichen Strafverfahren die Verhaftung des Geist-

¹⁸⁾ Verordnung, betr. die Kosten des Disziplinarverfahrens v. 30. Mai 1893 (Nr. 30) unter I, 2.

¹⁾ § 14 des Gef., das Disziplinarverfahren gegen Kirchendiener betr., v. 15. Juni 1890 (Nr. 70), § 25 des Kirchenges., v. 1. Dez. 1890 (Nr. 71). — Vgl. § 31, 33 und 35 des Reichsstrafgesetzbuches, sowie § 358 desselben.

²⁾ So oft nämlich Tatsache und Grund der strafgerichtlichen Verurteilung attennmäßig feststeht.

^{3a)} Bestritten wegen § 27 Z. 3 des Gef., die Errichtung einer Landesynode und eines Synodalausschusses für die ev.-luth. Kirche des Landes betr., v. 31. Mai 1871 (Nr. 34).

³⁾ § 16 des ang. Gef. und § 27 des ang. Kirchenges.

⁴⁾ § 5 des ang. Gef. und § 16 des ang. Kirchenges.

lichen beschlossen oder gegen ihn ein noch nicht rechtskräftig gewordenen Urteil erlassen ist, welches, wenn es gegen einen Staatsbeamten erlassen wäre, den Verlust des Amtes kraft des Gesetzes nach sich ziehen würde⁵⁾. Sie dauert, wenn das Konsistorium sie verhängt hat, bis zur rechtskräftigen Entscheidung der Sache und, falls das Urteil auf Freiheitsstrafe lautet, bis zum Schlusse der Vollstreckung dieser; wenn sie kraft des Gesetzes eingetreten ist, bis zum Ablaufe des zehnten Tages nach Wiederaufhebung des Verhaftungsbeschlusses oder nach eingetretener Rechtskraft desjenigen Urteils höherer Instanz, durch welches der Geistliche zu einer den Verlust des Amtes nicht mit sich bringenden Strafe verurteilt ist: falls jedoch das Urteil auf Freiheitsstrafe lautet, bis zum Ende der Vollstreckung dieser. — Wegen der Wirkungen der Suspension f. § 97.

§ 99. C. Der Opfereidienst. 1. Begriff und Voraussetzungen.

Neben dem Geistlichen muß an jeder Kirche mindestens ein zweiter Kirchendiener zur Verrichtung gewisser für die Vernehmung des geistlichen Amtes nötigen Hilfsgeschäfte angestellt sein¹⁾. Derselbe führt nach den verschiedenen Zweigen seiner Tätigkeit verschiedene Benennungen, namentlich: Opfermann, von dem jetzt im allgemeinen abgeschafften Einsammeln der Opfergaben (§ 121); Kantor von der Leitung des kirchlichen Gemeinde- und Chorgesanges²⁾; Organist von der Handhabung der Orgel; Küster (custos) von der Sorge für die Sicherheit und Sauberkeit des Kirchengebäudes. Im Folgenden wird der Ausdruck „Opfermann“ (Opferei, Opfereistelle, Opfereidienst) zur Bezeichnung des zweiten Kirchendieners, seiner Stelle und seines Amtes schlechthin gebraucht³⁾.

An Kirchen größerer Gemeinden sind die einzelnen Zweige des Opfereidienstes öfter verschiedenen Personen übertragen und infolge dessen mehrere kirchliche Hilfsbeamte vorhanden, welche dann nach ihrem Hauptgeschäfte verschiedene Benennungen (Kantor, Organist, Küster u. s. w.) führen. Vgl. wegen ihrer Geschäfte § 102.

⁵⁾ § 5 des ang. Ges. und § 16 des ang. Kirchenges. in Verbindung mit § 81 des Ges. über den Civ.-Staatsdienst v. 4. Apr. 1889 (Nr. 17).

¹⁾ Eine Ausnahme findet an der S. Johanniskirche zu Wolfenbüttel insofern statt, als dort das fragliche Hilfsamt nicht von einem angestellten Kirchendiener, sondern von den Mitgliedern des s. g. Hauptseminars versehen wird (Num. 6).

²⁾ Der Titel „Kantor“ wird älteren Opfermännern vom Konsistorium verliehen.

³⁾ Der an sich sehr geeignete und bezeichnende Ausdruck „unterer Kirchendienst“ im Gegensatz zu dem geistlichen Amte als dem „oberen Kirchendienste“ ist für die Opferei im Herzogtum nicht verwendbar, weil er durch dessen Gesetzgebung in der Rechtsprache eine andere Bedeutung erhalten hat (§ 58 und 104).

Voraussetzungen der Zulassung zur Erlangung des Opfereidienstes sind:

- 1) Zurücklegung des fünfundzwanzigsten Lebensjahres,⁴⁾
- 2) Unbescholtenheit.

Zu 1. Bei denjenigen Opferr Männern, welche dem einheimischen Lehrstande angehören⁵⁾, erledigt sich die Frage nach dem Lebensalter dadurch, daß daselbe bei ihrem Eintritte in das Lehrerseminar oder spätestens bei ihrer Schulumtsprüfung ermittelt ist. Vor der Annahme anderer Personen zu einem Opfereidienst muß ihr Alter nachgewiesen werden. Landesherrliche Dispensation von der angegebenen Vorschrift wegen des Anstellungsalters ist zulässig.

Zu 2. Hinsichtlich der Ermittlung der Unbescholtenheit bedarf es bei den im hiesigen Schulumte bereits Angestellten besonderer Nachweise nicht; von anderen Personen werden Zeugnisse über ihr bisheriges dienstliches und außerdienstliches Verhalten gefordert.

Besondere Lehranstalten zur Vorbereitung auf den Opfereidienst bestehen nicht. Denjenigen, welche die Lehrerseminare besuchen, wird dort der nötige Unterricht in der Musik erteilt, und sie müssen durch die Schulumtsprüfung dartun, wie weit sie auf diesem Gebiete gefördert sind. Bewerber um eine Stelle mit Organistendienst, welche die Schulumtsprüfung nicht bestanden haben, müssen sich über ihre musikalische Bildung anderweitig, wenn es vom Konsistorium gefordert wird auch durch eine besonders angeordnete Prüfung, ausweisen. Wegen der übrigen Zweige des Kirchendienstes wird einige Anweisung in den Lehrerseminaren nebenbei erteilt, ein besonderer Befähigungsnachweis aber nicht verlangt⁶⁾.

Selbstverständlich muß der Opferrmann der Landeskirche angehören⁷⁾.

§ 100. Opfereidienst. 2. Erwerbung. Verleihung. Einführung.

Zum Eintritt in den Opfereidienst besteht keine Verpflichtung; der Erwer-

⁴⁾ S. z. B. Aussch. v. 23. Nov. 1797 (Frederdsb. Stein. II S. 198).

⁵⁾ Daß dieser Fall die Regel bildet, beruht schon auf der R. D. Z., welche (S. 310 ff.) vorschreibt, daß zu Küstern Personen angenommen werden sollen, welche zum Unterrichte der Jugend tauglich seien, und daß diesen das Schulhalten übertragen werden soll; eine Vorschrift, welche in der E. R. D. I. c. XVIII § 2 wiederholt ist.

⁶⁾ Eine Art von praktischer Schulung erhalten die jungen Lehrer, welche dem s. g. Hauptseminare zu Wolfenbüttel (im Waisenhaus) angehören, dadurch, daß sie die Funktionen des Opfereid- und Organistendienstes in der Kirche S. Johannis daselbst versehen müssen. — Regelmäßig wird zum Opferrmann, auch da wo die Opfereidstelle nicht mit einem Schulumte ständig verbunden ist, ein Lehrer gewählt. Die Schuhmacherinnung in Helmstedt wählt jedoch zum Opferrmann (Küster) an der S. Walpurgiskirche herkömmlich einen Schuhmachermeister.

⁷⁾ Von dieser Voraussetzung ist in einzelnen Fällen bei Besetzung solcher Organistenämter, mit denen keine andere dienstliche Verpflichtungen, als Spiel und Wartung der Orgel verbunden sind, abgesehen.

bung einer Opfereistelle muß die Bewerbung um dieselbe vorausgehen. Diese aber kann in allen Fällen, in welchen der Opfereidienst mit einem Schulamte dauernd verbunden ist, stillschweigend geschehen: hier wird angenommen, daß die Meldung zu dem Schulamte die Bewerbung um den dazu gehörigen Kirchendienst mit enthalte.

Die Verleihung der Opfereistellen erfolgt in verschiedener Weise, je nachdem sie selbständig für sich bestehen¹⁾, oder mit Schulämtern dauernd verbunden sind.

a. Selbständige Opfereistellen. Steht die Besetzung derselben einem Patron zu, so hat er die von ihm ausgewählte Person dem Konsistorium binnen der gesetzlichen Frist zu präsentieren, und das Konsistorium bestätigt die Präsentation, wenn der Präsentierte die erforderlichen Eigenschaften besitzt²⁾. Liegt ein Patronatrecht nicht vor, so hat der Kirchenvorstand unter Vorbehalt der Bestätigung des Konsistoriums den Opfermann zu wählen (oben § 40, 2). Wo weder ein Patron das Präsentationsrecht hat, noch ein Kirchenvorstand vorhanden ist (§ 32), da wird die Stelle auf Vorschlag des Konsistoriums durch den Landesfürsten verliehen.

b. Mit Schulämtern verbundene Opfereistellen. Wo das Recht der Verleihung einem Patrone zusteht, hat dieser so zu verfahren, wie unter a. angegeben, das Konsistorium aber den Präsentierten dem Landesfürsten zur Ernennung in Vorschlag zu bringen³⁾. Wegen der Besetzung durch gemeinschaftliche Wahl der Gemeindevertretungskörper⁴⁾ und wegen der Besetzung durch landesfürstliche Verleihung s. oben § 40, 2.

Die Verpflichtung auf das Amt und die Bestellung zu demselben findet regelmäßig mit Eidesleistung vor dem Konsistorium statt; der Ableistung des

¹⁾ Ein Verzeichnis dieser Stellen mit Angabe der Art ihrer Besetzung s. in Anl. A.

²⁾ Das Patronatrecht an einer Opfereistelle besteht nur in der Befugnis, eine bestimmte Opfereipfründe zu verleihen und den Beliehenen zu dem damit verbundenen Opfereidienste zu präsentieren, ohne jedoch von ihm ein Lehngeld fordern zu können, sowie in dem Rechte, bei Veränderungen in der Substanz der Opfereipfründe, welche nicht auf Gesetz oder Notwendigkeit beruhen, gehört zu werden. Wegen seiner Ausübung kommt das in den §§ 68 und 69 Gesagte analog zur Anwendung: so namentlich was die Präsentationsfrist, die dem Patrone von der Erledigung der Stelle zu machende Anzeige, die Befähigung Präsentierter zu dem Amte und den vom Patrone auszustellenden Revers behuf der Veretzung eines von ihm präsentierten Opfermannes durch das Kirchenregiment oder die Landesherrschaft betrifft; ebenso wegen seines Erwerbes und Verlustes.

³⁾ R. V. G. § 25 in Verbindung mit § 25 des Gemeindeschulgesetzes v. 8. Dez. 1851 (Nr. 53) — § 28 der neuen Redaktion v. 27. Okt. 1898 (Nr. 54) — und dem zu dessen Auslegung erlassenen Ministerialreskripte v. 10. Jan. 1877 (Reskr.-Sammlg. des Konsistoriums). Ein Verzeichnis der von Patronen zu verleihenden Schulstellen mit Kirchendienst (mit Schulämtern verbundenen Opfereien) s. in Anl. B.

⁴⁾ Ein Verzeichnis der durch Gemeindevahl zu besetzenden Schulstellen mit Kirchendienst (mit Schulämtern verbundenen Opfereien) s. in Anl. C.

Dienstweides hat die des Erbhuldigungseides voranzugehen, wenn der Anzustellende diesen nicht schon früher geschworen hat⁵⁾. Ausnahmsweise kann der mit der Einführung in das Opfereiamt beauftragte Geistliche auch ermächtigt werden, den Einzuführenden zu beeidigen. Wegen der Gebühren s. § 51 a. E.

Die Einführung der Opferr Männer mit allen dabei vorkommenden Geschäften besorgt der vorgesezte Superintendent (bezw. bei mit Schulämtern verbundenen Stellen der Schulinspektor) oder auch auf grund besonderen Auftrages des Konsistoriums der unmittelbar vorgesezte Geistliche; Ort, Zeit und Form derselben sind nicht durch allgemeine Vorschriften bestimmt, sondern werden den Umständen und Erfordernissen des einzelnen Falles angepaßt. Wo der Opferrmann ausnahmsweise mit der Führung kirchlicher Rechnungen (§ 93) oder mit der Kirchenbuchführung (§ 91) beauftragt ist, muß seine besondere, regelmäßig eidliche Verpflichtung auf diese Geschäfte geschehen, und eine förmliche Übergabe der Kassen, Rechnungen, Wertpapiere und sonstigen dazu gehörigen Schriftstücke oder der Kirchenbücher samt dazu gehörigen Akten stattfinden⁶⁾. In jedem Falle ist der Opferrmann auf die bestehende Dienstinstruktion für (Schullehrer und) Opferr Männer ausdrücklich zu verweisen⁷⁾. Wo eine Pfründe bei der Opfereistelle vorhanden ist⁸⁾, hat ferner die Einweisung in dieselbe und eine Auseinandersetzung wegen ihrer Einkünfte zwischen dem Amtsvorgänger oder dessen Erben und dem Amtsnachfolger sowie der Vakanzkasse⁹⁾ stattzufinden. Ebenso muß, wo sie erforderlich, eine Auseinandersetzung wegen vorhandenen Haus- und Garteninventares vorgenommen werden¹⁰⁾.

Die Einziehung von Vakanzgeldern zur Konsistorialkasse findet nicht statt ¹⁾.

⁵⁾ Die Fassung des Dienstweides ist: „Ich gelobe, die Pflichten des mir übertragenen Amtes eines (Schullehrers, Opferrmannes, Organisten u. s. w.) nach Maßgabe der jetzigen und künftigen Geseze gewissenhaft zu erfüllen und in dem mir angewiesenen Wirkungskreise die Landesverfassung genau zu beobachten, so wahr mir Gott helfe und sein heiliges Wort“. — Wegen des Erbhuldigungseides s. oben § 73 Anm. 2. — Die Abnahme des Dienstweides kann durch Verweisung auf den früher bereits geleisteten Dienstweid ersetzt werden.

⁶⁾ Der Opferrmann (Küster) zu S. Walpurgis wird, besonderem Herkommen nach, von beiden Kirchenvisitatoren eingeführt.

⁷⁾ Zur Zeit gilt die Dienstinstruktion v. 29. Okt. 1836. Vgl. wegen derselben, insbesondere wegen ihres Vorhandenseins bei jeder Schulstelle, das Ausschreiben v. 14. Nov. 1891 (Amtsbl. S. 76). Erlaß v. 10. Jan. 1894 (Amtsbl. S. 2).

⁸⁾ Das ist nicht der Fall, wo der Kirchendiener nur aus der Kirchenkasse bezahlt wird. Dies kann bei reinen Organistenstellen (s. Anl. A) vorkommen, während Opfereistellen mit allen oder einigen der regelmäßigen Bestandteile einer Pfründe (§ 135), mindestens mit einer Stolgebühenrente ausgestattet zu sein pflegen.

⁹⁾ Diese wird aus den Einkünften der erledigten Stelle gebildet und vom Kirchenvorstande, oder wenn die Stelle mit einem Schulamte verbunden, vom Schulvorstande verwaltet.

¹⁰⁾ Wegen des über die Einführungsverhandlungen zu erstattenden Berichtes s. Amtsbl. 1888 S. 91.

¹¹⁾ Dieselbe war früher Rechtsens, ist aber seit langer Zeit in Abgang gekommen.

Was an solchen vorhanden, wird zur Deckung der durch die Vakanz entstandenen Vertretungskosten mit Genehmigung des Konsistoriums¹²⁾ verwandt. Wenn die Stelle mit einem Schulamte verbunden ist, so werden die Vakanzgelder auf Vorschlag des Schulinspektors durch das Konsistorium der Schulkasse zur Vergütung der während der Vakanz erforderlich gewesenenen Vertretung im Kirchen- und Schuldienste, sowie nach deren Bestreitung für bestimmte sonstige Schulzwecke überwiesen.

Die Anordnung der erforderlichen Vertretung in Vakanzfällen ist bei den mit Schulämtern verbundenen Stellen Sache des Konsistoriums¹³⁾, bei den übrigen Stellen Sache des Kirchenvorstandes, oder, wo ein solcher fehlt, des Geistlichen.

Anlage A zu § 100.

Opfereistellen ohne ständige Verbindung mit Schulämtern.

I. Opfereistellen (Rantorate) mit Einschluß des Organistenamtes:

- 1) an der Kreuzlosterkirche in Braunschweig¹⁾ (§ 32 Anm. 3),

II. Opfereistellen (Rantorate) ohne Organistenamt:

- 1) an der S. Magnifikirche in Braunschweig,
- 2) an der S. Katharinenkirche das.,
- 3) an der S. Martinikirche das.,
- 4) an der S. Andreaskirche das.,
- 5) an der S. Ulricikirche das.,
- 6) an der S. Petrikirche das.,
- 7) an der S. Michaeliskirche das.²⁾,
- 8) an der Hof- und Domkirche das.³⁾,
- 9) an der Hauptkirche B. M. V. in Wolfenbüttel⁴⁾,
- 10) an der S. Stephanikirche in Helmstedt⁵⁾,
- 11) an der S. Walpurgiskirche das.⁶⁾.

¹²⁾ Bei den Stellen an den Kirchen der Stadt Braunschweig (mit Ausnahme des Doms und des Kreuzlosters) wird die Genehmigung des Konsistoriums nicht eingeholt.

¹³⁾ In der Regel geschieht die Vertretung im erledigten Kirchendienste ohne weiteres durch den mit der Vernehmung der erledigten Schulstelle beauftragten Lehrer.

¹⁾ Besetzung durch den Landesfürsten.

²⁾ Die Stellen II, 1—7 fallen mit dem Zeitpunkte weg, wo der jetzige Inhaber der betreffenden Stelle aus dem Amte scheidet (Höchster Erlaß v. 10. Aug. 1894, abgedruckt im Amtsblatt 1894 S. 56).

³⁾ Besetzung durch den Landesfürsten.

⁴⁾ Wahl durch den Kirchenvorstand.

⁵⁾ Der Stadtmagistrat das. hat das Patronatrecht.

⁶⁾ Die Schuhmacherinnung das. hat das Patronatrecht.

III. Organistenstellen:

- 1) an der S. Magnifikirche in Braunschweig,
- 2) an der S. Katharinenkirche das.,
- 3) an der S. Martinikirche das.,
- 4) an der S. Andreaskirche das.,
- 5) an der S. Utrichkirche das.,
- 6) an der S. Petrikirche das.,
- 7) an der S. Michaeliskirche das.⁷⁾,
- 8) an der Hof- und Domkirche das.⁸⁾,
- 9) an der Hauptkirche B. M. V. in Wolfenbüttel⁹⁾,
- 10) an der S. Stephanikirche in Helmstedt¹⁰⁾,
- 11) an der S. Walpurgiskirche das.)¹¹⁾,
- 12) an der S. Bartholomäikirche in Blankenburg¹²⁾.

Anlage B zu § 100.

Mit Schulämtern verbundene Opfereistellen, deren Verleihung einem Patrone zusteht¹⁾.

Schulstellen (Opfereien):	Patrone:
Gr.-Dahlum,	der Geistliche.
Al.-Dahlum,	der Geistliche zu Gr.-Dahlum.
Schlieftedt,	Eigentümer des Rittergutes (v. Ude- leben, geb. Gräfin v. Schwickelt).
Rüblingen,	Eigentümer des Rittergutes (v. Wan- genheim, geb. Gräfin v. Schwickelt) u. Superintendent gemeinschaftlich.

⁷⁾ Bei III 1—7 Wahl durch den Kirchenvorstand.

⁸⁾ Besetzung durch den Landesfürsten.

⁹⁾ Wahl durch den Kirchenvorstand.

¹⁰⁾ Der Stadtmagistrat das. hat das Patronatrecht.

¹¹⁾ Die Schuhmacherinnung das. hat das Patronatrecht.

¹²⁾ Wahl durch den Kirchenvorstand. — Die Opfereistelle (das Kantorat) daselbst ist mit einem dortigen Schulamte verbunden.

¹⁾ Wegen der mit Schulämtern nicht verbundenen Opfereien, welche von Patronen verliehen werden, s. Anl. A. — Der Besitzer des Patronatrechtes an einer Schulstelle eines Ortes ist deshalb nicht auch Patron der anderen etwa dort befindlichen Schulstellen. — Das Patronatrecht der Geistlichen an Opfereistellen bezw. Schulstellen beruht auf Verleihung durch den Patron der betr. Pfarrstelle. Es ruht daher in den Fällen, in welchen die letztere dem Inhaber nicht durch Präsentation seitens eines Patrons oder durch Gemeindevahl, sondern durch landesherrliche Ernennung zu Teil geworden ist. Vgl. § 68 Anm. 1a. Eine Ausnahme von dieser Regel findet nur selten aus besonderen Gründen statt: so bei Hallendorf. Vgl. Anm. 10 zu § 71.

Schulstellen (Opfereien):

Gr.-Bahlberg,
 Bamsleben,
 Ampleben,

 Samleben,

 Kneitlingen,

 Borkum, erste Schulstelle,
 Rissenbrück, erste Schulstelle,

 Reindorf,

 Destedt,

 Ludlum,
 Erferode,
 Gremlingen,

 Beltheim a. d. Dhe,

 Steterburg,
 Linden,
 Alvesse,
 Hallendorf,
 Röchingen,
 Delber am weißen Wege,
 Lobmächtersen,
 Lebenstedt,
 Bruchmächtersen,
 Rüningen,
 Bevenrode,
 Waggum,
 Gr.- und Al.-Brunskrode,

Patrone:

der Geistliche.
 der Geistliche zu Gr.-Bahlberg.
 Eigentümer des Rittergutes (Cramer
 v. Clausbruch).
 Eigentümer des Rittergutes (v. Hantelmann).
 Eigentümer des Rittergutes Samb-
 leben.
 der Geistliche.
 Eigentümer des Rittergutes Hedwigs-
 burg (Löbbecke).
 Eigentümer des Rittergutes (v. Löhn-
 eyfen).
 Eigentümer des Rittergutes (v. Belt-
 heim).
 Eigentümer des Rittergutes (Frerichs).
 Eigentümer des Rittergutes Ludlum.
 Eigentümer des Rittergutes (v. Belt-
 heim).
 Eigentümer des Rittergutes (v. Belt-
 heim).
 Stift Steterburg.
 der Geistliche zu Halchter.
 der Geistliche.
 der Geistliche zu Engelnstedt.
 der Geistliche.
 Eigentümer des Rittergutes (v. Gramm).
 der Geistliche.
 der Geistliche.
 der Geistliche.
 Stadtmagistrat zu Braunschweig.
 der Geistliche.
 der Geistliche zu Bevenrode.
 der Geistliche und der Eigentümer
 des Rittergutes (v. Bülow) gemein-
 schaftlich.

Schulstellen (Opfereien):	Patrone:
Gordorf,	der Geistliche.
Essinghausen,	Eigentümer der Domäne in Dutten- stedt.
Rottorf,	Eigentümer des Rittergutes (Gerecke).
Glentorf,	Eigentümer des Rittergutes (v. Belt- heim).
Belpfe,	Eigentümer des Rittergutes Büstedt (Rimpau).
Wahrstedt,	Eigentümer des Rittergutes Büstedt (Rimpau).
Nordsteimke,	Eigentümer des Rittergutes (Graf v. d. Schulenburg).
Maackendorf,	Eigentümer des Rittergutes Altena (v. Davier).
Brunkenfen,	Eigentümer des Rittergutes (Graf v. Görz-Brisberg).
Coppengrave,	Eigentümer des Rittergutes Brunken- fen.
Bodenburg, erste Schulstelle mit der Opferei zu S. Johannis,	Eigentümer des Rittergutes (v. Stein- berg).
Bodenburg, zweite Schulstelle mit der Opferei zu S. Laurentii,	Eigentümer des Rittergutes (v. Stein- berg).
Bolkersheim,	Eigentümer des Rittergutes (v. Ga- denstedt).
Ofer, erste Schulstelle,	das Kommunionbergamt.
Kirchberg,	Eigentümer des Rittergutes (v. Pe- tersdorff-Campen).
Isdehausen,	Eigentümer des Rittergutes Kirchberg.
Scharfholdendorf,	der Pastor prim. zu Eschershausen.
Holtensen,	der Pastor prim. zu Eschershausen.
Lüerdissen,	der Pastor prim. zu Eschershausen.
Kirchbraak,	Eigentümer des Rittergutes (v. Grone).
Deensen, erste Schulstelle,	Eigentümer des Rittergutes (v. Campe).
Meinbrexer,	Eigentümer des Rittergutes (v. Mans- berg).
Sehlen, erste Schulstelle,	Eigentümer des Rittergutes (Graf v. d. Schulenburg).

Schulstellen (Opfereien):

Garderode,
 Bisperode,
 Bessingen,

Patrone:

Eigentümer des Rittergutes (v. Blum).
 Eigentümer des Rittergutes (Boß).
 Eigentümer des Rittergutes Bisperode.

Das Patronatrecht über sämtliche Schulstellen an der Schule zu Neu-
 Delsburg übt die Direktion der Elseher Hütte aus. Mit diesen Schulstellen
 ist Kirchendienst nicht verbunden.

Anlage C zu § 100.

**Mit Schulämtern verbundene Opfereistellen, deren Verleihung
 durch Gemeindewahl erfolgt¹⁾.**

Eigum,	Al.-Denkte,
Al.-Biewende,	Sottmar,
Timmern,	Raänsen,
Gr.-Winnigstedt,	Ammenßen,
Al.-Winnigstedt,	Wenzen,
Melverode,	Eimen,
Immendorf,	Mahlum,
Calbecht und Engerode,	Ortshausen,
Schandelah,	Schlewecke bei Seesen,
Wolsdorf,	Harlingerode (erste Schulstelle),
Emmerstedt (erste Schulstelle),	Langelshiem (erste Schulstelle),
Esbeck,	Ustfeld (erste Schulstelle),
Offleben,	Wolfschagen (erste Schulstelle),
Hoiersdorf,	Gittelbe (erste Schulstelle),
Twiefelingen,	Herrhausen,
Beierstedt,	Engelade,
Pabstorf (fog. Töchterschulstelle),	Dannhausen,
Velm,	Ellerode,
Nieseberg,	Wangelnstedt,
Bornum bei Königsutter,	Bornwohle,
Volkmarßdorf,	Dielmissen,
Erzhausen,	Lobach,
Garleshen und Jppenßen,	Golmbach (erste Schulstelle),

¹⁾ Aus dem Bestehen des Wahlrechtes bezüglich einer Schulstelle eines Ortes folgt nicht die Geltung desselben auch für die anderen etwa dort befindlichen Schulstellen.

Mhlshausen,
 Rittierode,
 Alt-Gandersheim,
 Gremshheim,
 Adenhausen,
 Gehrenrode,
 Oppperhausen (erste Schulstelle),
 Olzheim,
 Brunfen,
 Delligfen (erste Schulstelle),
 Raierde,
 Barrigfen,

Heinade,
 Boffzen (erste Schulstelle),
 Derenthal,
 Dölme,
 Heyen,
 Halle a. d. Weser,
 Dohnfen,
 Linfe,
 Remnade,
 Ottenstein (erste Schulstelle),
 Lichtenhagen.

Auch wegen der zweiten, dritten und vierten Schulstelle in Vangelshheim, der Schulstelle in Breitenkamp und der Schulstelle in Glesse besteht das Gemeindewahlrecht; mit diesen Schulstellen ist jedoch kein Kirchendienst verbunden.

§ 101. **Opfereidienst. 3. Amtspflichten. Allgemeines.**

Vgl. wegen der Amtspflichten der Kirchendiener überhaupt die §§ 53, 54, 58 und 59.

Die Opferrnänner find dem Geiftlichen, an beffen Kirche fie dienen, unmittelbar unterftellt; fie find ihm Ehrerbietung und in amtlichen Angelegenheiten Gehorfam fchuldig. Befchwerden gegen beffen Weifungen, welche letzteren übrigens, fofern fie ihrem Inhalte nach ungefäumte Ausführung fordern, nach fruchtlofer Gegenvorftellung in Vollzug zu fetzen find, müffen bei dem nächften Vorgefetzten des Geiftlichen (Superintendent, Generalfuperintendent) angebracht werden¹⁾.

Was der Opferrnann dem Geiftlichen vorzutragen hat, foll er ihm der Regel nach in Perfon mündlich vortragen. Wegen der für den Gottesdienft erforderlichen Anweifungen hat der Opferrnann fich zeitig zuvor bei dem Geiftlichen perfönlich einzufinden²⁾. So oft der Geiftliche ihn behuf amtlicher Gefchäfte oder amtlicher Mitteilungen zu fich befcheidet, hat er fich pünktlich einzufinden³⁾.

¹⁾ Instruktion für Opferrnänner v. 29. Okt. 1836 § 4. — Konfift.-Ausfchr. v. 11. Febr. 1888 (Amtsbl. S. 51).

²⁾ § 27 der ang. Instruktion. Auch der Opferrnann am Filialorte hat diefer Vorfchrift nachzukommen und darf fich nur im Falle „ernftlicher“ Verhinderung anderer Mittel bedienen, um die Anordnungen des Geiftlichen für den folgenden Sonn- oder Fefttag einzuholen: felbftverftändlich, wenn diefe Anordnungen nicht ein für alle Mal im voraus getroffen find und feftftehen. Reftr. v. 13. Nov. 1877.

³⁾ § 4 der ang. Instruktion.

Regelmäßig hat der Opfermann den Dienst nur an der Kirche seines Wohnortes zu versehen. Es kommt jedoch vor, daß der Opfermann am Orte der Mutterkirche zugleich Opfermann an einer Filialkirche ist, und zwar entweder so, daß er an der letzteren den Dienst allein versieht, oder so, daß ein Teil des Dienstes, namentlich diejenigen Amtsverrichtungen, welche ohne Beisein des Geistlichen zu besorgen sind, nicht ihm, sondern dem Lehrer im Filiale obliegt. Das Nähere wird durch örtliches Herkommen bestimmt. — Die Aufhebung derartiger Verhältnisse (Trennung bestehender Opfereivereine) kann nur mittelst landesfürstlicher Verfügung (§ 17, 11) geschehen.

Wenn der Opfermann der Mutterkirche mit dem Geistlichen zusammen Geschäfte im Filialorte zu verrichten hat, so muß ihn derjenige, welcher die Fahrt des Geistlichen dorthin zu stellen hat (§§ 30, 81, 130), mit diesem hin und zurück schaffen. Eine Verpflichtung, den Opfermann allein, ohne den Prediger, zum Filiale zu schaffen, besteht für die Gemeinden oder die einzelnen Gemeindeglieder nicht.

§ 102. Opfereidienst. 4. Die einzelnen Dienstverrichtungen.

Wo, wie auf dem Lande in der Regel, der gesamte Opfereidienst in der Hand einer Person ist, umfaßt derselbe folgende Geschäftsverrichtungen:

1) Unausgesetzte Anwesenheit in der Kirche bei allen vom Geistlichen gehaltenen Gottesdiensten; Beaufsichtigung der Schulkinder während derselben¹⁾.

2) Die Vertretung des Geistlichen in der Haltung von Gottesdiensten (§ 82 Anm. 15). Dabei hat der Opfermann nicht die Kanzel oder den Altar, sondern ein besonderes Lesepult zu benutzen. Dieser Vertretung hat er sich zu unterziehen, so oft der Geistliche oder der Superintendent das anordnet. Ferner die Vertretung des Geistlichen bei Begräbnissen nach dessen Anordnung. Ferner die Vertretung desselben in der Haltung kirchlicher Kinderlehren nach zuvoriger Genehmigung des Konsistoriums (§ 82)²⁾.

3) Die Leitung des Gesanges beim Gottesdienste³⁾ mit der Stimme, wie mit der Orgel; Gefangleitung und Spiel der Orgel bei Kasualien, wo das

¹⁾ Dienstinstruktion für die Schullehrer und Opferleute auf dem Lande v. 29. Okt. 1836, §§ 29 und 31.

²⁾ § 30 der ang. Dienstinstruktion. — Zusatz zu der liturgischen Ordnung des Begräbnisses, Anhang zum Kirchenges. v. 7. Aug. 1888 (Nr. 40) S. 238.

³⁾ Dabei hat sich der Opfermann nach dem zur Zeit geltenden Landeschoralbuche zu richten (§ 28 der ang. Dienstinstruktion; vgl. oben § 32 Anm. 8), welches bei jeder Kirche vorhanden sein und auf Kosten der Kirchenkasse angeschafft und gehalten werden muß. — Wenn er nicht im Stande ist, geeignete Vor- und Nachspiele frei zu erfinden, so muß er sich passende Vorlagen ebenso aus eigenen Mitteln anschaffen, wie der Geistliche die ihm unentbehrlichen oder wünschenswerten wissenschaftlichen Werke aus eigenen Mitteln anzukaufen hat.

hergebracht ist oder ausdrücklich begehrt wird⁴⁾; Wartung und Beaufsichtigung der Orgel⁵⁾.

4) Begleitung und Unterstützung des Geistlichen bei Taufen, Abendmahl, Trauungen und Begräbnissen, sowohl in als außer der Kirche; darin begriffen: das Herbeiholen und Fortschaffen des Taufwassers, Auflegen des Handtuches, Aufstellen und Fortschaffen des Taufständers; das Tragen der heiligen Gefäße, des Weines und der Oblaten von ihrem Aufbewahrungsorte zur Kirche oder dem Orte der Privatkommunion und zurück; das Aufstellen und Fortschaffen der Kniebank u. dgl. m.⁶⁾.

5) Die Vorbereitung des Gottesdienstes durch Öffnen der Kirche, Zurichtung des Altares und der Kanzel, Auflegen und Fortschaffen der Paramente, Abholen und Anschreiben oder Anstecken der Gesangsnummern, Aufstellen, Anzünden und Auslöschen der Altarkerzen, Aufstellen und Besorgen der Opferschöcke, Armenbecken, Sammelsteller bei Kollekten⁷⁾.

6) Beaufsichtigung der Glocken und des Geläutes⁸⁾, wobei darauf zu achten, daß es nicht von „ungeeigneten Personen“, z. B. von Schulkindern, besorgt werde; Beforgung des Anschlagens und Läutens der Betglocke und des Geläutes bei Kasualien: letzteres jedoch nur, wenn dafür von den Beteiligten eine besondere Vergütung gegeben wird.

7) Die Wartung der Turmuhr⁹⁾; jedoch nicht das Ausbrennen oder Reparieren derselben, was vielmehr durch einen Uhrmacher vorgenommen werden soll¹⁰⁾.

8) Die Beaufsichtigung des Kirchengebäudes unter Oberleitung und nach

⁴⁾ Letzterenfalls kann eine Vergütung nur gefordert werden, wo sie vor 1871 als Nebengebühr üblich gewesen und durch die Stollgebührenablösung nicht beseitigt ist (§ 4 des Gef. v. 31. Mai 1871 Nr. 33); vgl. unten § 128 und 135).

⁵⁾ § 28 der ang. Dienstinstruktion. — Häufig ist außerdem ein Orgelbauer verpflichtet, das Orgelwerk jährlich durchzusehen und zu stimmen.

⁶⁾ § 31 der ang. Dienstinstruktion. — Die daselbst erwähnte „Antstracht“ (Mäntelchen) ist an vielen Orten abgekommen; es wird da nur anständige schwarze Kleidung gefordert. — Vgl. oben § 59 Anm. 5.

⁷⁾ § 27 der ang. Dienstinstruktion. — Auch die Beforgung der Altarkerzen, des Weines und der Oblaten unter Aufsicht und nach Anweisung des Geistlichen ist Sache des Opfermannes, wo sie nicht nach örtlichem Herkommen dem Rechnungsführer der Kirchenkasse obliegt.

⁸⁾ § 26 der ang. Dienstinstruktion. — Die frühere Verpflichtung des Opfermannes zum Glockenläuten, und zwar zu allem Läuten mit Ausnahme des Anschlagens oder Läutens der Betglocke, also auch zum Läuten in Fällen öffentlicher Gefahr, sog. Sturmkläuten, ist aufgehoben; § 39 Abs. 3, 4, 5 der neuen Redaktion des Gemeindefschulges. v. 27. Okt. 1898 (Nr. 54). Die Beaufsichtigung des Geläutes ist Recht und Pflicht des Opfermannes, auch wenn die Glocken, wie z. B. beim Sturmkläuten, auf Anordnung der Obrigkeit gezogen werden.

⁹⁾ Abs. 5 des ang. § 39 des Gef. v. 27. Okt. 1898.

¹⁰⁾ Reftr. v. 18. Febr. 1832 (Bege IV S. 151).

Anweisung des Kirchenvorstandes (§ 41)¹¹⁾; die Sorge für Lüftung desselben und für Ordnung und Reinlichkeit in ihm; die Beaufsichtigung des zur Reinigung der Kirche angenommenen Hülfspersonals¹²⁾; die Beaufsichtigung der Kirchenheizung.

9) Die Sorge für Reinhaltung der Kirchengeräte und des Kirchenkleinens einschließlich des Putzens und Waschens dieser Gegenstände¹³⁾; die Aufbewahrung derselben in Filialen.

10) Die Beaufsichtigung des Kirchhofes und des Begräbnisplatzes unter Oberleitung und nach Anweisung des Kirchenvorstandes¹⁴⁾. (§ 41). Für die Beaufsichtigung des Begräbnisplatzes steht dem Opfermann der Regel nach die Grasnutzung auf demselben zu (§ 137).

11) In Filialen das Bestellen des Fuhrmannes zum Abholen des Geistlichen.

Wo an derselben Kirche mehrere Hülfsbeamte als Kirchendiener angestellt sind, ergeben die Umstände des einzelnen Falles, insbesondere die mit den einzelnen abgeschlossenen Dienstverträge oder ihnen erteilten Dienstanweisungen, welche von den obigen Geschäften einem Jeden obliegen. Im Zweifel ist die Entscheidung des Konsistoriums einzuholen.

Wegen der Übertragung eines Teiles der obigen Geschäfte auf eine zu den Kirchendienern im Rechtsinne nicht gehörige Person vgl. § 104. Derartige Personen stehen unter unmittelbarer Aufsicht des Opfermannes.

Durch das R. G., die kirchlichen Geschäfte der Opferleute und Lehrer betr., v. 17. Februar 1902 (Nr. 10), laut der Kirchenverordnung vom gleichen Tage (Nr. 11) seit dem 1. April 1902 in Kraft, ist vorgeschrieben, daß eine bestimmte Anzahl der genannten Geschäfte (§ 1 des R. G., vgl. unten § 104 Anm. 1) von den Amtsobliegenheiten des Opfermanns abgetrennt und anderen Personen, die er zu beaufsichtigen hat, übertragen werden sollen. Die Abtrennung soll bei der nächsten auf das Inkrafttreten des R. G. folgenden Erledigung der einzelnen Opfereinstellen ausgeführt werden (§ 2 des R. G.). Jedoch kann sie auf Antrag des beteiligten Opfermanns nach Beschluß des

¹¹⁾ § 24 der ang. Dienstinstruktion.

¹²⁾ Die frühere Verpflichtung der Opfermänner zum eigenhändigen Reinigen der Kirche ist aufgehoben. § 39 Abs. 3 des ang. Ges. von 1898.

¹³⁾ § 24 der ang. Dienstinstruktion. Refr. v. 24. Jan. 1878 in der Refr.-Sammlung des Konsist.

¹⁴⁾ G. R. D. L. I c. XVIII § 4; § 24 der ang. Dienstinstruktion. — Der etwaige Mangel besonderer Vorschriften des Kirchenvorstandes entschuldigt den Opfermann nicht, wenn er hinsichtlich der Sorge um Ordnung und Sauberkeit in der Kirche und auf dem Friedhofe irgend etwas unterläßt, was zu tun in seinem Vermögen steht, oder von vorhandenen Uebelfänden, deren Abstellung außer seiner Macht liegt, dem Kirchenvorstande Anzeige zu machen versäumt.

Kirchenvorstandes schon zu einem früheren Zeitpunkte geschehen. Weist der Kirchenvorstand den Antrag zurück, so steht dem beteiligten Opferrmann der Beschwerdeweg an das Konsistorium offen, bei dessen Entscheidung es sein Bewenden hat. Zu allen nach § 1 R. G. nicht abgetrennten Geschäften, darunter z. B.:

- 1) zur Aufsicht über das Kirchengebäude und den Friedhof,
 - 2) zur Besorgung des Abendmahlsweins und der Oblaten an Filialorten,
 - 3) zum Befördern der heiligen Gefäße, auch des Taufbeckens, des Kommunionweins und der Oblaten von ihrem Aufbewahrungsorte zur Kirche oder dem Orte von Privatkommunionen oder Haustaufen und zurück, bezw. zur Begleitung des Geistlichen zu Privatkommunionen und Haustaufen,
 - 4) zur Zurichtung des Altars, der Kanzel und der Taufvorrichtung, auch der heiligen Gefäße und des Taufbeckens zu den betreffenden gottesdienstlichen Handlungen, und zum Auflegen und zur Abnahme der Altar- und Kanzelbekleidungen,
 - 5) zum Aufstellen, Anzünden und Auslöschen der Altarkerzen,
 - 6) zur Sauberhaltung der heiligen Gefäße und des Taufbeckens, sowie der Altar- und Kanzelbekleidungen, wo sie der Opferrmann aufzubewahren hat, und zum Waschen des Kirchenleinenes,
 - 7) zur Annahme der Anmeldungen zu geistlichen Amtshandlungen und zu deren Weiterbeförderung an den Geistlichen,
- soll der Opferrmann, wenn jene Geschäfte bisher nach dem allgemeinen oder örtlichen Herkommen zu den dienstlichen Obliegenheiten desselben gerechnet sind — worüber im Zweifel endgültig das Konsistorium zu entscheiden hat — auch fernerhin verpflichtet sein (§ 5 R. G.). Auf die Opferrleute bei den Kirchen der Stadt Braunschweig finden diese Bestimmungen keine Anwendung (§ 7 R. G.).

§ 103. 5. Beendigung der Amtsführung.

Die Verwaltung des Opfereidienstes wird für dessen Inhaber beendetigt:

- a) durch den Tod¹⁾;
- b) durch Verabschiedung;
- c) durch Emeritierung;
- d) durch Dienstentlassung;
- e) durch Absetzung.

¹⁾ Vgl. wegen der Beendigung des Nuzungsrechtes an der Opfereipfründe § 135.

Zu b. Wegen der Verabschiedung der Opferr Männer gilt analog, was in § 95 von der Verabschiedung der Geistlichen gesagt ist. Wenn eine Opfereinstelle ständig mit einem Schulamte verbunden ist, so hat die Verabschiedung aus letzterem das gleichzeitige Ausscheiden aus der ersteren zur notwendigen Folge.

Zu c. Eine Emeritierung der Opferr Männer, deren Stellen nicht mit Schulämtern verbunden sind, findet nicht statt. Legen sie bei eintretender Dienstunfähigkeit ihr Amt nicht freiwillig nieder, so werden sie desselben auf Antrag des Kirchenvorstandes vom Konsistorium, oder wo ein Kirchenvorstand nicht besteht, vom Landesherrn auf Vorschlag des Konsistoriums enthoben (vgl. § 100 unter a). — Wenn sie jedoch neben dem Kirchendienste ein mit demselben nicht ständig verbundenes Schulamt bekleidet haben, so kann bei ihrer Versetzung in den Ruhestand, falls sie gleichzeitig aus dem Kirchendienste ausscheiden, (was nicht notwendig eintritt) mit Zustimmung des Kirchenvorstandes und unter Genehmigung des Konsistoriums ein Teil des ihnen als Lehrer gebührenden Ruhegehaltes auf die Einkünfte der Kirchendienststelle übernommen, oder ihnen aus den letzteren eine Beihilfe neben dem gesetzlichen Ruhegehalt bewilligt werden²⁾. — Dagegen haben die Opferr Männer, deren Stellen mit einem Schulamte ständig verbunden sind, als Lehrer den Anspruch auf Versetzung in den Ruhestand mit Bezug eines Ruhegehaltes, und können bei eintretender dauernder Dienstunfähigkeit sowie nach Erreichung des 70. Lebensjahres oder 50. Dienstjahres auch wider Willen durch die Landesregierung in den Ruhestand versetzt werden³⁾. Die Versetzung in den Ruhestand aus dem Schulamte hat ihr gleichzeitiges Ausscheiden aus dem Kirchendienste zur Folge, auch wenn diese Folge nicht ausdrücklich ausgesprochen sein sollte.

Zu d und e. Hinsichtlich der Dienstentlassung und Absetzung sowie der Suspension gilt analog, was in den §§ 97 und 98 über die Dienstentlassung, Absetzung und Suspension der Geistlichen ausgeführt ist. — Wenn ein Opferrmann, dessen Stelle mit einem Schulamte ständig verbunden ist, des letzteren durch Dienstentlassung oder Absetzung verlustig geht, so verliert er infolge dessen ohne weiteres auch die Opfereinstelle⁴⁾.

²⁾ § 23 des Gef., die anderweite Regulierung der Gehalts- und Pensionsverhältnisse der Lehrer an den Gemeindeschulen betr., v. 17. Apr. 1873 (Nr. 21). § 51 der neuen Redaktion des Gemeindeschulgef. v. 27. Okt. 1898 (Nr. 54).

³⁾ § 21 und 22 des ang. Gef. v. 1873). § 49 der neuen Redaktion des Gemeindeschulgef. v. 27. Okt. 1898 (Nr. 54).

⁴⁾ § 26 des Kirchenges. die Oberaufsicht über die Kirchendiener betr., v. 1. Dez. 1890 (Nr. 71). — Nach § 18 des Gef., die Oberaufsicht über die Lehrer an denjenigen Schulen, welche nicht Staatsanstalten sind, betr., v. 13. Juni 1890 (Nr. 28) tritt auch umgekehrt der Verlust des Schulamtes ohne weiteres ein, wenn sein Inhaber ein mit demselben ständig verbundenes Kirchenamt durch Dienstentlassung oder Absetzung verliert.

§ 104. D. Der untere Kirchendienst. 1. Kirchendiener im engeren Sinne. Kirchenvogt.

Zu verschiedenen für das Kirchenwesen notwendigen Einrichtungen, welche nach ihrer Beschaffenheit oder nach der Auffassung der heutigen Zeit außerhalb des Geschäftskreises des Geistlichen und des Opferrmannes liegen, müssen Hilfskräfte zugezogen werden. So namentlich, je nachdem das örtliche Bedürfnis es erheischt,

- 1) zum Glockenläuten (vgl. § 102 Nr. 6),
- 2) zum Bälgetreten,
- 3) zum Reinigen der Kirche (vgl. § 102 Nr. 8),
- 4) zum Heizen der Kirche, der Sakristei und des Konfirmandenzimmers, wo dieses nicht im Pfarrhause befindlich ist,
- 5) zu Botengängen für den Geistlichen und den Kirchenvorstand.

Überdies können einzelne Geschäfte des Opferrmannes, insbesondere das Öffnen, Schließen und Lüften der Kirche, das Zurichten des Altars und der Kanzel, das Herbeiholen und Fortschaffen der Paramente sowie der Abendmahls- und Taufgeräte, ebenso der Kniebank, das Aufschreiben oder Aufstecken der Gesangsnummern, ferner das Betglockenschlagen und das Geläut bei Kasualien, die Wartung der Uhr und möglicherweise auch die Beaufsichtigung des Kirchengebäudes, anderen Personen (zum Teil unter Umständen auch Personen weiblichen Geschlechtes) übertragen werden¹⁾. Ob das geschehen soll, beschließt der Kirchenvorstand; so weit damit eine dauernde Vermehrung der Ausgaben der

¹⁾ Die Geschäfte dieser Art werden wohl als „niedere Küsterdienste“, im Gegensatz zu den eine höhere Wertschätzung beanspruchenden Geschäften des Vorlesens, Vorsingens und Orgelspielens, bezeichnet. Im R. G., die kirchlichen Geschäfte der Opferleute und Lehrer betr., v. 17. Febr. 1902 (Nr. 10) sind als solche Geschäfte, die von den Amtsobliegenheiten des Opferrmanns abgetrennt und anderen Personen übertragen werden sollen (vgl. oben § 102 a. G.), die folgenden bezeichnet:

- 1) das Anschlagen der Betglocke,
- 2) das Läuten bei Sterbefällen, Beerdigungen, Taufen und Trauungen,
- 3) das Sturmläuten,
- 4) die Wartung der Turmuhr,
- 5) das Abholen des Taufwassers und das Auflegen des Handtuches,
- 6) das Aufstellen oder Fortschaffen der Kniebank oder des Kniekissens,
- 7) die Begleitung des Geistlichen zu Haustrauungen und bei Begräbnissen, soweit nicht der Lehrer bei diesen als Vorjänger oder zur Beaufsichtigung der Schulfinder mitzuwirken hat,
- 8) das Öffnen, Schließen und Lüften der Kirche,
- 9) das Ausschmücken der Kirche bei festlichen Gelegenheiten,
- 10) das Abholen der Gesangsnummern vom Geistlichen und das Aufschreiben oder Aufstecken derselben,
- 11) das Anzünden und Auslöschen der Kirchenbeleuchtung (mit Ausnahme der Altarkerzen),
- 12) das Aufstellen und Fortschaffen der Opferstöcke und Armenbecken, sowie der Sammelsteller bei Kollekten,

Kirchenkasse verbunden ist, hat er die Genehmigung des Konsistoriums einzuholen.

Wegen der Annahme und Dienstanweisung derartiger Hilfskräfte s. oben § 40, 3. Die Hilfskräfte unterstehen regelmäßig dem Opfermanne; im übrigen bestimmen der Dienstvertrag und die Dienstanweisung das Nähere über ihre dienstlichen Obliegenheiten. Für alle gilt, daß sie nicht Kirchendiener im Rechtsinne sind, sondern nur die Stellung gedungener Lohnarbeiter einnehmen.

Wenn einem solchen Gehülfen eine größere Menge der oben bezeichneten Geschäfte auferlegt ist, so pflegt er wohl die Bezeichnung „Kirchenvogt“ oder auch „Kirchendiener“ zu führen²⁾.

§ 105. 2. Altaristen.

Für die Beforgung gewisser, zur Vorbereitung der Feier des Abendmahles und der bei dieser vorkommenden kirchlichen Geschäfte¹⁾ werden in einzelnen Gemeinden sog. Altaristen angenommen. Dieselben werden vom Kirchenvorstande gewählt²⁾; die Festsetzung ihrer Vergütung aus der Kirchenkasse oder dem Kirchenvermögen³⁾ unterliegt, da es sich um eine ständige Ausgabe handelt, der Genehmigung des Konsistoriums⁴⁾.

Geschäfte, welche in das Gebiet der Rechte und Pflichten des Kirchenvorstandes gehören, namentlich solche, die mit der Verwaltung des Vermögens der Kirche und der kirchlichen Kassen zusammenhängen, dürfen den Altaristen nicht zugewiesen werden⁵⁾.

Übrigens wird auf allmähliche tunlichste Beseitigung der Altaristen mittelst Übertragung ihrer Geschäfte auf den Opfermann oder eine geeignete Hilfskraft Bedacht genommen.

13) das Reinigen der Kirchengeräte einschließlich des Putzens und Waschens dieser Gegenstände (mit Ausnahme der heiligen Gefäße, des Taufbeckens, der Altar- und Kanzelbefeidigungen und des Kirchenleinsens),

14) an Filialorten die Bestellung des Fuhrmanns zum Abholen des Geistlichen.

²⁾ Das Wort „Kirchendiener“ wird für ihn dann in einer von dem Rechtsinne abweichenden engeren Bedeutung gebraucht. — Nur ausnahmsweise kommt im Herzogthume die in anderen Gegenden gebräuchliche Benennung „Küster“ vor.

¹⁾ Insbesondere: Anzünden der Altarkerzen, Vorhalten eines Tuches bei der Spendung des Weines an die Kommunikanten u. a. m.

²⁾ R. B. G. § 24 a. E. verglichen mit dem Ausschreiben vom 30. Juni 1852 unter 3 (Bege VII S. 84).

³⁾ Es kommt vor, daß die Vergütung in der Ueberlassung eines Kirchengrundstückes zur unentgeltlichen Nutzung besteht.

⁴⁾ R. B. Nr. 2 des ang. Auschr.

⁵⁾ Diesen Sinn hat die im § 56 des R. B. G. ausgesprochene Abschaffung der Altaristen, welchen in älterer Zeit neben den vorerwähnten Geschäften eine gewisse Mitwirkung bei der Verwaltung des Vermögens der Kirche zustand, und die Vorschrift, daß die früher zu ihrer Befolgung bestimmten Schalte oder Naturalumkungen der Kirchenkasse zu anderweitiger freier Benutzung zurückzugeben seien. Vgl. § 24 des R. B. G. und die Nr. 1, 2 und 3 des ang. Auschr.

§ 106. 3. Totengräber.

Zur Anfertigung der Gräber soll für jeden Friedhof ein Totengräber vorhanden sein¹⁾. Derselbe wird vom Kirchenvorstande auf Kündigung angenommen²⁾. Er hat den Weisungen des Kirchenvorstandes, insbesondere seines Vorsitzenden, bezüglich der Einrichtungen und der Ordnung auf dem Friedhofe Folge zu leisten (§ 41, 3); ob er dem Opferrmann (§ 102) unterstellt ist (was die Regel bildet), oder nicht, entscheidet örtliches Recht (Dienstinstruktion, Herkommen)³⁾.

Der Totengräber wird mit den für das Begräbniswesen geltenden polizeilichen Vorschriften (§ 137, vgl. auch § 89) durch die Landesverwaltungsbehörde bekannt gemacht, von dieser auch regelmäßig auf sein Amt beeidigt⁴⁾. Mit den Bestimmungen der örtlichen Friedhofsordnung (§ 137) macht ihn der Kirchenvorstand bekannt, versieht ihn auch mit der förmlichen Instruktion, wo eine solche vorhanden ist.

Regelmäßig hat der Totengräber die zur Herstellung der Gräber, zum Versenken der Särge und zum Zuschütten der Gräber einschließlich des Aufwerfens des Grabhügels erforderlichen Gerätschaften (Hacken, Spaten, Seile, Balken und Bretter) auf eigene Kosten selbst zu halten⁵⁾. Ob er auch andere zu Bestattungen dienliche Gegenstände zu halten, oder wenigstens unter seiner Obhut zu verwahren hat, entscheidet örtliches Recht (Dienstinstruktion, Herkommen).

Der Totengräber erhält für seine Arbeit bei Herstellung der Gruft und des Grabhügels von den zur Tragung der Begräbniskosten Verpflichteten eine Gebühr, deren Höhe durch örtliche Festsetzung (Begräbnisordnung) oder Herkommen bestimmt ist. Danach entscheidet sich auch, welche Bezahlung er zu beanspruchen hat, wenn er auf Verlangen der Beteiligten weitere Mühewal-

¹⁾ Refsr. des Staatsminist. v. 13. Mai 1842 (Wege IV S. 220, V S. 94). Die bis dahin, ungeachtet schon die E. R. D. das Vorhandensein ordnungsmäßig bestellter und verpflichteter Totengräber voraussetzt — s. den Eid der Totengräber T. I S. 159 — vielfach aufrecht erhaltene Sitte, daß Angehörige oder Freunde des Verstorbenen die Gruft herstellen, sollte damit gänzlich abgeschafft werden, ist aber tatsächlich noch an einzelnen Orten nicht verschwunden.

²⁾ R. B. G. § 25 (oben § 40). Durch diese Bestimmung ist die Bestimmung des ang. Minist.-Refsr., wonach die Annahme der Totengräber von der Landesverwaltungsbehörde unter Zustimmung des Konsistoriums geschehen sollte, abgeändert.

³⁾ Ist er dem Opferrmann nicht unterstellt, so hat dieser, falls der Totengräber gegen die Friedhofsordnung handelt oder Ungehörigkeiten auf dem Friedhofe begeht, dem Kirchenvorstande davon Anzeige zu machen.

⁴⁾ Dieselbe besitzt zu dem Zweck eine f. g. Normalinstruktion, auf Grund deren die eidliche Verpflichtung vorgenommen wird, wenn nicht der Kirchenvorstand die Verpflichtung auf andere Bestimmungen beantragt.

⁵⁾ Das Bestehen einer Ausnahme von dieser Regel, namentlich in der Richtung, daß die Kirche zur Haltung einzelner dieser Geräte verpflichtet wäre, muß bewiesen werden.

tungen, z. B. Bepflanzen des Grabhügels und Abwarten der Bepflanzung übernimmt. Ob er daneben noch eine feste Vergütung in Geld, sei es aus der Kirchenkasse, oder etwa einer Friedhofskasse, oder aus der Gemeindekasse zu beziehen, oder andere Vermögensvorteile, z. B. die Wohnung in einem Totengräberhause, zu beanspruchen hat, entscheidet der Dienstvertrag, der auch feststellt, ob und welche andere, nicht notwendig mit dem Totengräberdienst verbundene Einrichtungen, z. B. bezüglich der Wartung des Friedhofes und der darauf befindlichen Gebäude u. a. m. dem Totengräber obliegen sollen.

Siebenter Abschnitt.

Vermögensrechtliche Stellung der Kirche und der einzelnen kirchlichen Stiftungen.

§ 107. A. Landeskirche. (Kloster- und Studienfonds). Konistorialkasse. Stiftungen in der Verwaltung des Konistoriums oder für weitere Kirchentreise.

Die Landeskirche als Gesamtheit besitzt tatsächlich kein Vermögen¹⁾, wiewohl ein rechtliches Hindernis, sie als mit juristischer Persönlichkeit bekleidetes Subjekt eines Vermögens zu denken, oder sie mit Vermögen auszustatten, nicht besteht.

¹⁾ Einen Anlaß zur Schaffung eines Landeskirchenvermögens machte der Herzog Julius, als er (R. D. J. S. 259 ff.) anordnete, daß im Bereiche eines jeden „Gerichtes“ und jeder Stadt aus dem Vermögen aller neben den Pfarrpründen dort etwa vorhandenen „Präbenden, Caplaneien und Vikariate, Caland, Pründen und anderen Gefällen, so der Kirchen gehörig“ „Gemeine Kirchenassen“ zur Bestreitung der kirchlichen Bedürfnisse des Bezirkes einschließlich der Vermehrung der Einnahmen der Kirchendiener eingerichtet werden sollten. Diese, von dem Vermögen der einzelnen kirchlichen Stiftungen unterschiedenen „Gemeinen Kirchenassen“ hätten, unter der nahe liegenden Verallgemeinerung ihres Zweckes dahin, daß sie zur Bestreitung der kirchlichen Bedürfnisse des Landes zu dienen bestimmt seien, ein Vermögen der Landeskirche bilden können. Allein die Einrichtung ist entweder (wegen Mangels der bezeichneten Vermögensstücke in einzelnen Bezirken) nicht zu Stande gekommen, oder (im Wege ihrer Verschmelzung mit einzelnen Kirchenassen) längst wieder verschwunden.

Die gelegentlich aufgestellte Behauptung, daß der s. g. Kloster- und Studienfonds der Landeskirche gehöre, scheitert in dem Sinne, als stehe derselbe im Eigentume der Landeskirche, an der Unmöglichkeit des Nachweises rechtsbegründender Thatfachen, durch welche die Landeskirche das Eigentum an der Gesamtheit des genannten Fonds oder an den einzelnen Vermögensmassen oder Vermögensstücken, aus denen er besteht, könnte erworben haben; in dem Sinne aber, als stehe dem Rechte nach die Verwaltung des Fonds der Landeskirche zu, widerspricht sie seiner Geschichte und der Landesverfassung. Sie ist in Wahrheit nur der energische Ausdruck des Wunsches, daß die Landeskirche mit diesem, in seinem ursprünglichen Bestande aus kirchlichen Stiftungen herrührenden Vermögen

Zur Bestreitung der Kosten der Geschäftsverwaltung beim Konsistorium²⁾ dient die Konsistorialkasse. Ihre Einnahmen bestehen in

- 1) den in Anm. 10 des § 51 aufgeführten Gebühren;
- 2) den etwa gegen Kirchendiener im Disziplinarwege verhängten Geldstrafen (§ 53, vgl. jedoch § 97 Anm. 13);
- 3) den Überschüssen der Pfarrvakanzkassen (§ 77).

Ein etwa eintretendes Defizit wird durch entsprechenden Zuschuß aus der Klosterreinertragskasse gedeckt. Aus der Konsistorialkasse sind zu bestreiten

- 1) die Heizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume des Konsistoriums;
- 2) die Anschaffung und Erhaltung des Inventars und aller für den Geschäftsbetrieb nötigen Gegenstände;
- 3) die Kosten der Herstellung der Drucksachen (Amtsblatt, Formulare verschiedener Art), der Schreibmaterialien und des Lohnes der Hülfschreiber (§ 51);
- 4) die Diäten und Reisekosten der Mitglieder und Beamten des Konsistoriums sowie der vom Konsistorium mit Geschäften außerhalb ihres Amtes beauftragten Personen; ferner die Diäten und Reisekosten der General-

unter Einräumung freier Verfügung über dasselbe ausgestattet werden möge. — Der Kloster- und Studienfonds ist dem geltenden Rechte nach selbständiges, für gewisse Zwecke, unter denen auch kirchliche sich befinden, bestimmtes Stiftungsvermögen (er soll „für Kirchen, Bildungsanstalten und wohltätige Zwecke verwendet werden“), in staatlicher Verwaltung, dessen privatrechtliches Eigentum noch jetzt als den einzelnen Stiftungen (Klöstern) zustehend angesehen werden muß. R. L. D. § 219–225. Vgl. die Verhandlungen der vierten ordentlichen Landesynode, namentlich Prot. 7 v. 12. Dez. 1884 bei V.

Die in der Klosterreinertragskasse zusammenfließenden Reineinnahmen des Fonds reichen bei weitem nicht aus, die auf ihn angewiesenen Ausgaben zu bestreiten; das jährliche beträchtliche Defizit trägt die Staatskasse. Neue Ausgaben für kirchliche Zwecke können der Klosterreinertragskasse daher nur auferlegt werden, wenn der Staat gleichzeitig die Verpflichtung übernimmt, ihr die entsprechenden Mittel zuzuführen. So ist es z. B. geschehen im § 2 des Ges., das Ruheeinkommen der emeritierten Geistlichen betr., v. 1. Dez. 1882 (Nr. 45).

Für kirchliche Zwecke erfolgen aus der Klosterreinertragskasse:

- die Kosten der Landesynode (§ 22),
- die Gehalte der Mitglieder und Beamten des Konsistoriums (§ 51),
- nötigenfalls Zuschüsse zur Konsistorialkasse,
- Zuschüsse zu den Besoldungen der Generalsuperintendenten und Superintendenten (§ 56 und 57),
- Zuschüsse zum Einkommen der Geistlichen auf den geringst dotierten Pfarrstellen (§ 123),
- Alterszulagen der Geistlichen (§ 123),
- die Stolzgebührenrenten (§ 128),
- Zuschüsse zum Emeritierungsfonds (§ 108),
- die Einnahmen entlassener Kirchendiener (§ 97), in gewissem Umfange die Kosten der Suspendierung von Kirchendienern und des Disziplinarverfahrens gegen dieselben.

²⁾ Das Gebäude, welches zur Zeit für die Geschäftsführung des Konsistoriums benutzt wird, ist Eigentum des Klosterfonds.

superintendenten bei Teilnahme an Inspektionsynoden (§ 26), sowie die Kosten der Reisen der Generalsuperintendenten zu ordentlichen Kirchenvisitationen und der Superintendenten zu außerordentlichen (§ 52);

5) die Portoauslagen der Superintendenten (§ 56)³⁾.

Unter der Verwaltung des Konsistoriums stehen verschiedene Fonds, welche besonderen, selbständigen Stiftungen angehören, aber zur Befriedigung gewisser Bedürfnisse der Landeskirche bestimmt sind, nämlich:

der Emeritierungsfonds zur Bestreitung der Kosten der Emeritierung der Geistlichen (§ 108);

die Landes-Pfarrwitwen-Versorgungsanstalt zur Aufbringung der Kosten der Pensionen für Witwen und Waisen der Geistlichen (§ 109);

die Konsistorial-Prediger-Witwenkasse zur Unterstützung besonders bedürftiger Predigerwitwen (§ 110);

der Pfarrbesoldungsfonds zur Bestreitung der den Inhabern gering dotierter Pfarrstellen zu leistenden Zuschüsse (§ 111a).

In gewissem Sinne kann hierher auch der gleichfalls unter der Verwaltung des Konsistoriums stehende Wäterlingsche Legatenfonds gerechnet werden, der in erster Linie zur Unterstützung bedürftiger Schullehrerwitwen bestimmt ist⁴⁾, aber jährlich eine feststehende Summe (§ 110) an die Konsistorial-Prediger-Witwenkasse abgibt.

§ 108. 1. Emeritierungsfonds.

Der Emeritierungsfonds ist auf Grund des Kirchengesetzes, die Emeritierung der Geistlichen betr., v. 1. Dez. 1882 (Nr. 46), gebildet und hat durch das Gesetz, das Ruheeinkommen der emeritierten Geistlichen betr., v. 1. Dez. 1882 (Nr. 45), juristische Persönlichkeit, „die Rechte und Vorzüge einer milden Stiftung“, erhalten. Seine Verwaltung liegt in den Händen des Konsistoriums; bei der Abnahme der Rechnungen und vorkommendenfalls bei der Anlegung von Kapitalen leistet diesem das Finanz-Kollegium Hülfe. Die Buch- und Kassenführung sowie die Rechnungsaufstellung besorgt die für diesen Zweck dem Konsistorium unterstellte Haupt-Finanz-Kasse. Dieselbe empfängt sämtliche Einnahme- wie Ausgabeanweisungen vom Konsistorium; sie legt diesem monat-

³⁾ Da die Konsistorialkasse auch Zwecken der staatlichen Obergewalt über das Schulwesen, namentlich das Volksschulwesen dient (§ 50), so ist sie keine rein kirchliche Kasse, sondern wird unter den aus ihren besonderen Verhältnissen sich ergebenden Einzelbestimmungen im wesentlichen wie die Kasse einer Staatsbehörde behandelt.

⁴⁾ S. z. B. das bei Bege VIII S. 164 ff. abgedruckte Ausschreiben v. 26. Jan. 1856.

liche Geschäftsübersichten (sog. Situations-Etats) und die Jahresrechnungen vor. Die Revision und Abnahme der letzteren erfolgt beim Finanz-Kollegium¹⁾.

Der Emeritierungsfonds hat folgende regelmäßige Einnahmen:

- 1) die dauernden Pfarrbeiträge,
- 2) die Eintrittsgelder,
- 3) die zeitweiligen Pfründenabgaben,
- 4) die Überschüsse der Pfarrvakanzgelder bezw. der Konsistorialkasse²⁾ (vgl.

§ 77),

und kann an außerordentlichen beziehen:

- 5) die Zinsen und Einkünfte ihm gehöriger Kapitale und sonstiger Vermögensstücke,
- 6) ihm durch Schenkung, Legat oder in anderer Weise gemachte Zuwendungen,
- 7) die ihm staatsseitig bewilligten Zuschüsse oder sonst überwiesenen Einnahmen³⁾.

Zu 1. Zu dauernden Beiträgen vom Dienst Einkommen (Pfarrbeiträgen) sind verpflichtet alle mit dem Anspruche auf ein Ruheeinkommen aus dem Emeritierungsfonds versehene Geistliche, also

- a. die Pfarrgeistlichen, nachdem sie in das Pfarramt eingeführt sind. Ihre Verpflichtung beginnt mit dem ersten Tage des Monats, in welchem die Einführung stattgefunden hat.
- b. Andere Geistliche, denen, während sie nach dem Staatsdienstgesetze⁴⁾ einen Anspruch auf Pensionierung nicht haben, durch den Landesfürsten gestattet ist, das Anrecht auf ein Ruheeinkommen aus dem Emeritierungsfonds zu erwerben⁵⁾. Ihre Verpflichtung beginnt mit dem Tage, den die landesfürstliche Verfügung bestimmt hat; hat sie ihn nicht bestimmt, mit dem ersten Tage des Monats, in welchem ihnen die Verfügung zugestellt ist.

Die Pfarrbeiträge, deren Festsetzung durch das Konsistorium geschieht, ohne daß Anfechtung im Rechtswege zugelassen wäre⁶⁾, betragen jährlich⁷⁾

bei einem Dienst Einkommen von nicht mehr als 2700 Mk. $\frac{1}{2}$ Prozent desselben,

¹⁾ § 1 des ang. Gef. (Nr. 45).

²⁾ § 15 des ang. Kirchenges. (Nr. 46).

³⁾ § 9 des ang. Kirchenges.

⁴⁾ Gef., über den Zivilstaatsdienst v. 4. Apr. 1889 (Nr. 17).

⁵⁾ § 1 und 2 des ang. Kirchenges. v. 1882 (Nr. 46).

⁶⁾ Vgl. §§ 11, 12 und 13 des ang. Kirchenges. (Nr. 46) mit § 6 des ang. Gef. v. 1882 (Nr. 45).

⁷⁾ § 10 des ang. Kirchenges.

bei einem solchen zwischen 2701 und 3900 Mf. 1 Prozent,
 bei einem solchen zwischen 3901 und 4500 Mf. 1½ Prozent, und
 bei einem solchen von mehr als 4500 Mf. 2 Prozent.

Als Diensteinkommen gelten nach im Rechtswege nicht anfechtbarer Festsetzung des Konsistoriums

- a. die Einkünfte der Pfarrstelle nach Maßgabe des Pfarrkatasters (§ 123),
- b. die Zuschüsse zur Ergänzung des Minimaleinkommens (§ 123),
- c. die Alterszulagen (§ 123) und andere auf die Amtsdauer verlichene persönliche Zulagen,
- d. beigelegte Stolgebührenrenten (§ 128),
- e. Einnahmen von der Generalsuperintendentur und Superintendentur (§§ 56 und 57), sowie vom Schulinspektorat und ähnlichen Ämtern, wenn dieselben für die Amtszeit des Geistlichen mit der Pfarrstelle verbunden sind⁸⁾. — Auch Gnadenhalbjahrsberechtigte und Pfarrvakanzkassen haben die Pfarrbeiträge nach Festsetzung des Konsistoriums zu entrichten⁹⁾. Im Falle außerordentlichen Bedürfnisses können auf Anordnung des Konsistoriums Zuschläge zu den Pfarrbeiträgen in der Höhe von höchstens der Hälfte der letzteren erhoben werden¹⁰⁾.

Zu 2. Eintrittsgelder zur Höhe von 2 bis 5 Prozent des Diensteinkommens je nach landesfürstlicher Verfügung, werden von denen erhoben, welchen durch Bewilligung des Landesfürsten die Teilnahme am Emeritierungsfonds außerordentlicher Weise gestattet (s. oben zu 1) oder die Einrechnung von Dienstjahren behuf Berechnung des Ruheeinkommens außerordentlicher Weise vergönnt ist (§ 96 Anm. 11)¹¹⁾.

Zu 3. Die Pfarrstelle, von welcher ein Geistlicher emeritiert wird, hat vom ersten Tage des auf die Emeritierung folgenden Monats an acht Jahre lang die Hälfte dessen, was sie mehr als das Minimaleinkommen einbringt, an den Emeritierungsfonds abzugeben. Die Höhe dieser Abgabe, der s. g. Pfründen-Abgabe, wird nach Maßgabe des Pfarrkatasters durch das Konsistorium festgesetzt; eine Anfechtung der Festsetzung im Rechtswege ist ausgeschlossen. Um

⁸⁾ § 11 des ang. Kirchenges. (Nr. 46) vgl. mit § 6 des ang. Ges. (Nr. 45). Beim Konsistorium wird ein Buch geführt und stets in Ordnung erhalten, welches für jeden Geistlichen die Höhe des gesamten Diensteinkommens und der einzelnen oben bezeichneten Bestandteile desselben, sowie die Höhe der von ihm jährlich an den Emeritierungsfonds zu leistenden Zahlungen ersehen läßt.

⁹⁾ § 12 des ang. Kirchenges.

¹⁰⁾ § 10 Abs. 2 des ang. Kirchenges.

¹¹⁾ § 13 des ang. Kirchenges. — Nach der Eröffnung des Emeritierungsfonds mußten zunächst sämtliche schon im Amte stehende Geistliche, welche ihm freiwillig beitraten, ein Eintrittsgeld von 2 Prozent ihres Diensteinkommens entrichten. § 19 das.

den Betrag der Pfründenabgabe vermindert sich während der acht Jahre das Einkommen des Amtsnachfolgers von der Pfarrstelle. Eine Verlängerung der Zahlung über die acht Jahre hinaus findet nicht statt, auch wenn während des Ablaufes derselben die Emeritierung des Amtsnachfolgers nötig werden sollte¹²⁾.

Die Pfarrbeiträge sind in vier Terminen, die Pfründenabgaben in zwei Terminen jährlich, die Eintrittsgelder zusammen mit der zunächst fälligen Pfarrbeitragsrate zu entrichten¹³⁾. Rückstände werden nötigenfalls mittelst der Zwangsvollstreckung im Verwaltungsverfahren eingezogen¹⁴⁾.

Zu 5. Dafür, daß in den ersten Jahren der Tätigkeit des Emeritierungsfonds die Ansammlung eines Kapitalbestandes stattfinden könne, war durch die Bestimmung gesorgt, daß ihm 7 Jahre lang bestimmt bemessene Zuschüsse ohne Beschränkung auf den Bedarf staatsseitig gegeben werden sollten¹⁵⁾.

Zu 7. Nach Ablauf der ersten 7 Jahre seit Eröffnung des Emeritierungsfonds zahlt der Staat demselben einen jährlichen Zuschuß nach Maßgabe des dem Staatsministerium durch das Konsistorium mittelst alljährlicher Überreichung eines Voranschlages für das folgende Jahr nachzuweisenden Bedürfnisses, jedoch im Höchstbetrage von 33000 Mk. Die Zahlung erfolgt durch Vermittelung der Klosterreinertragskasse¹⁶⁾.

Der Emeritierungsfonds hat den Emeritierten nach Anweisung des Konsistoriums das Ruheeinkommen zu zahlen und diese Zahlungen in vierteljährlichen Raten vom Beginne des dritten Monats eines jeden Quartals zu leisten¹⁷⁾ (Vgl. oben § 96). Andere Ausgaben, abgesehen von etwaigen durch die Geschäftsverwaltung unvermeidlich entstehenden Nebenkosten, hat er nicht zu leisten¹⁸⁾.

§ 109. 2. Landes-Pfarrwitwen-Versorgungsanstalt.

Durch Vereinigung des angesammelten Kapitalvermögens der bei den einzelnen Pfarren gegründeten örtlichen Pfarrwitwentümer (§ 122) zu einem Fonds¹⁾ ist der Grund zu der Landes-Pfarrwitwen-Versorgungsanstalt gelegt,

¹²⁾ Vgl. § 14 des ang. Kirchenges. (Nr. 46) mit § 6 des ang. Ges. (Nr. 45).

¹³⁾ Auschr. v. 29. März 1893 (Amtsbl. S. 31 ff.)

¹⁴⁾ § 4 des ang. Ges. (Nr. 45). Wegen der Zwangsvollstreckung s. das Ges., betr. das Verwaltungsverfahren wegen Beitreibung von Geldbeträgen, v. 9. Apr. 1888 (Nr. 16) abgeändert durch Ges. v. 12. Juni 1899 (Nr. 43)

¹⁵⁾ § 3 des ang. Ges. (Nr. 45).

¹⁶⁾ § 2 des ang. Ges. (Nr. 45).

¹⁷⁾ § 7 des ang. Kirchenges. (Nr. 46).

¹⁸⁾ Die Verwaltung und Rechnungsführung wird durch die oben bezeichneten Behörden kostenfrei besorgt. § 1 des ang. Ges. (Nr. 45); vgl. § 6 oben.

¹⁾ Ges., die Errichtung einer Landes-Pfarrwitwen-Versorgungsanstalt betr., v. 15. Apr.

welche den Zweck hat, den Witwen und Waisen der Geistlichen der Landeskirche, unter Beseitigung der ihnen nach dem früheren Rechte aus jenen örtlichen Stiftungen und daneben namentlich aus den Pfarreinkünften zu reichenden Versorgung (§ 133), angemessene Pensionen zu gewähren²⁾. Der Anstalt sind die Rechte und Vorzüge einer milden Stiftung beigelegt³⁾. Wegen ihrer Verwaltung und wegen der Rechnungsführung gilt dasselbe, was hinsichtlich der Verwaltung usw. beim Emeritierungsfonds angegeben ist (vgl. § 108).

Die Anstalt besitzt einen Grundstock und einen Reservefonds. Der erstere ist zunächst aus dem Kapitalvermögen der vorhandenen örtlichen Pfarrwitwenthümer sowie den für die letzteren beim Klosterkapitalfonds (§ 127) belegten Geldern gebildet und soll durch Kapitalisierung seiner Überschüsse tunlichst bald auf die Höhe von 2 500 000 Mk. gebracht werden. Er ist in seinem Bestande unantastbar und darf nie zur Bestreitung laufender Ausgaben der Anstalt verwandt werden⁴⁾. Die Einnahmen der Anstalt bilden

die Zinsen des Grundstockes,

die Überschüsse der bestehen bleibenden örtlichen Pfarrwitwenhaus- oder Pfarrwitwentumschaften, und

die laufenden Beiträge der Teilnehmer der Anstalt⁵⁾.

Der Reservefonds wird aus der einmaligen Abgabe eines Zwölftels vom Diensteinkommen der Teilnehmer gebildet und durch seine Zinsen bis zur Höhe von 100 000 Mk. gebracht. Hat er diese erreicht, und so lange er nicht unter diesen Betrag sinkt, werden seine Einnahmen mit den laufenden Einnahmen der Anstalt verbunden. Der Reservefonds ist bestimmt, bei außergewöhnlichem Bedarf der Anstalt für deren Ausgaben mit verwandt zu werden. Ist er erschöpft, so tritt behuf Bestreitung der Ausgaben nach Verfügung des Konsistoriums eine Erhöhung der Beiträge der Teilnehmer bis zur Hälfte ihres regelmäßigen Beitrages ein; genügt auch das nicht, so werden durch das Konsistorium die sämtlichen Pensionen bis zur Begleichung des Fehlbetrages herabgesetzt⁷⁾.

Hat der Grundstock die erwähnte Höhe erreicht, so werden seine Einkünfte nach Verfügung des Konsistoriums zum Teil zur Erhöhung der Pensionen,

1889 (Nr. 22) § 1 und 4. S. wegen des Zeitpunktes der Eröffnung der Anstalt — 1. Aug. 1889 — die Verordng. v. 26. Juni 1889 (Nr. 32).

²⁾ § 1 und 5 das. ang. Ges.

³⁾ § 2 das.

⁴⁾ § 4 und 9 das.

⁵⁾ § 6 das.

⁶⁾ § 7 das.

⁷⁾ § 8 das.

sowie zur Ermäßigung der Beiträge der Teilnehmer in der Form von Rückzahlungen verwandt⁸⁾).

Zur Teilnahme an der Anstalt sind verpflichtet

- a. alle Pfarrgeistliche, mit Ausnahme derjenigen, bei deren Stellen Privatstiftungen behuf der Witwenversorgung bestehen, welche außer Verbindung mit der Landes-Pfarrwitwen-Versorgungsanstalt geblieben sind⁹⁾; soweit diese den Witwen die gesetzliche Pension sichern¹⁰⁾.
- b. Andere Geistliche, denen durch Verfügung des Landesfürsten die Teilnahme an der Anstalt gestattet ist¹¹⁾.

Bei den Pfarrgeistlichen beginnt die Verpflichtung zur Teilnahme mit dem ersten Tage des Monats, in welchem sie in das Pfarramt eingeführt sind; bei den anderen Teilnehmern an dem in der landesfürstlichen Verfügung gesetzten Termine oder, wenn ein solcher nicht gesetzt ist, am ersten Tage des Monats, in welchem ihnen die landesfürstliche Verfügung zugegangen ist¹²⁾. Sie erlischt bei Pfarrgeistlichen, wenn sie aufhören, ein inländisches Pfarramt zu bekleiden; bei anderen, wenn sie aus der Stellung ausscheiden, in welcher ihnen die Teilnahme ausnahmsweise gestattet war¹³⁾. Sie überdauert diesen Zeitpunkt bei Geistlichen, welche emeritiert oder entlassen sind, bis zu deren Ableben; emeritierte oder entlassene Geistliche jedoch, welche zu Zuchthausstrafe oder zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte oder der Fähigkeit öffentlicher Ämter verurteilt sind, gehen der Teilnahme an der Anstalt verlustig¹⁴⁾.

Geistlichen, welche aus dem Pfarramte in ein kirchenregimentliches Amt oder in den Staatsdienst übergehen, kann auf Antrag durch das Staatsministerium nach Anhörung des Konsistoriums gestattet werden, Teilnehmer an der Anstalt zu bleiben und um deswillen die Beteiligung an der Beamten-

⁸⁾ § 9 das.

⁹⁾ d. h. solche Stiftungen, welche nachweislich aus Rechtsakten von Privatpersonen herühren und bis zum Erlaß des ang. Gef. v. 1889 ohne Beziehung zu Pfarrwitwentumslassen selbständig verwaltet waren. Dergleichen bestehen namentlich bei der Pfarrstelle zu S. Petri in Braunschweig. Vgl. aber auch § 111 Anm. 7 und 8.

¹⁰⁾ Soweit sie dieselbe nicht decken, muß der Geistliche die Ergänzung auf den gesetzlichen Betrag aus der Landes-Pfarrwitwen-Versorgungsanstalt durch verhältnismäßige Beiträge an diese (3½ Mk. jährlich für 24 Mk. zu sichernder Pension) sicher stellen. § 10 Abs. 1 und 2 das., vgl. unten Anm. 15.

¹¹⁾ § 10 Abs. 6 das. — In den Absätzen 3, 4 und 5 des § 10 finden sich die Uebergangsbestimmungen wegen der beim Erlasse des Gesetzes bereits im Pfarramte angestellten und der bereits bei der Beamten-Witwen- und Waisen-Versorgungsanstalt beteiligten Geistlichen (§ 133).

¹²⁾ § 10 des ang. Gef.

¹³⁾ § 11 das.

¹⁴⁾ § 11 das.

Witwen- und Waisen-Versorgungsanstalt abzulehnen. Sie bleiben alsdann so lange zur Teilnahme an der ersteren verpflichtet, als sie andernfalls hätten der letztern angehören müssen. Eine Zurückzahlung der an die Anstalt gegenseitig geleisteten Abgaben und Beiträge findet nicht statt¹⁵⁾.

Die Teilnehmer haben an die Anstalt zu entrichten:

- a. eine einmalige Abgabe von einem Zwölftel ihres gesamten Dienst-einkommens;
- b. laufende Beiträge, welche regelmäßig, d. h. abgesehen von der oben erwähnten Erhöhung in Notfällen, $3\frac{1}{2}$ Prozent des Dienst-einkommens jährlich betragen¹⁶⁾.

Die Pflicht zur Leistung der Abgabe und der Beiträge von einem bestimmten Einkommen beginnt mit dem ersten Tage des Monates, in welchem der Teilnehmer den Anspruch auf dieses Einkommen (auf ein Dienst-einkommen in dieser Höhe) erworben hat¹⁷⁾. Die Höhe des Dienst-einkommens wird vom Konsistorium in gleicher Weise, wie für den Emeritierungsfonds, und mit Rücksicht auf die nämlichen Einnahmearten festgestellt¹⁸⁾. Gegen diese Feststellung steht den Teilnehmern eine Beschwerde beim Staatsministerium zu. Bei Rückgang des Dienst-einkommens ist der davon Betroffene berechtigt, die Beiträge nach Maßgabe des früheren höheren Dienst-einkommens weiter zu zahlen und dadurch den Hinterbliebenen den entsprechenden höheren Pensionsanspruch zu wahren¹⁹⁾.

Die Entrichtung der einmaligen Abgabe hat binnen 12 Monaten, nachdem der Anspruch auf das Einkommen oder den Teil desselben, von dem sie gezahlt werden muß, erworben war, zu geschehen; die laufenden Beiträge werden in vierteljährlichen Raten am Ende jedes Quartales gezahlt. Abgabe und Beiträge unterliegen der Beitreibung durch Zwangsvollstreckung im Verwaltungswege²⁰⁾.

¹⁵⁾ § 11 daf.

¹⁶⁾ Wenn nur ein Teil der Pension zu sichern ist (Anm. 10), erfolgen die Abgabe und die Beiträge nur von dem verhältnismäßigen Teile des Dienst-einkommens. § 22 des ang. Ges. — Wer früher Teilnehmer an der Beamten-Witwen- und Waisen-Versorgungsanstalt gewesen ist, zahlt die einmalige Abgabe nur von dem Betrage des Dienst-einkommens, von welchem er sie noch nicht an jene Anstalt entrichtet hat. — Entlassene oder Emeritierte zahlen nach erlangter Wiederanstellung die Abgabe nur von demjenigen Teile ihres neuen Dienst-einkommens, um welchen dieses das frühere Dienst-einkommen übersteigt.

¹⁷⁾ § 22 des ang. Ges.

¹⁸⁾ § 23 des ang. Ges. — Beim Konsistorium wird ein Buch geführt, welches für jeden Geistlichen und sonstigen Teilnehmer an der Anstalt die Höhe seines Dienst-einkommens und der Bestandteile desselben erheben läßt und zugleich den Betrag der ihm obliegenden Zahlungen an die Landes-Pfarrwitwen-Versorgungsanstalt angibt.

¹⁹⁾ § 23 des ang. Ges.

²⁰⁾ § 24 des ang. Ges.

Bei Emeritierten werden die Beiträge nur von dem Ruheeinkommen erhoben, während der Pensionsanspruch ihrer Hinterbliebenen sich nach ihrem letzten Dienst Einkommen richtet; Entlassene müssen die Beiträge vom vollen früheren Dienst Einkommen zahlen²¹⁾.

Die Beiträge sind auch von dem Betrage der einmaligen Abgabe sowie von den Einkünften des Sterbemonats und des Gnadenhalbjahrs, ferner von den beiden Gnadenmonaten der Erben eines Emeritierten (§ 96) zu bezahlen.

Wenn Emeritierte oder Entlassene später wieder in ein Amt eintreten, so zahlen sie die Beiträge von dem neuen Dienst Einkommen, insoweit dieses die Summe übersteigt, von der sie zuvor beigetragen haben²²⁾.

Für die Belegung der Gelder der Landes-Pfarrwitwen-Versorgungsanstalt gelten die für die Belegung von Kirchengeldern bestehenden Vorschriften (§ 119) mit der Abweichung, daß dem Konsistorium gestattet ist, aus dem Grundstocke an Kirchen, Pfarren, Pfarrwitwentumschaften und Opfereien bezw. Schulen zur Bestreitung von Ausgaben, denen ihre laufenden Einnahmen nicht gewachsen sind, sowie an Gemeinden zur Bestreitung der Kosten von kirchlichen Bauten oder Schulbauten, auch ohne Hypothekbestellung Darlehen zu geben²³⁾.

§ 110. 3. Konsistorial-Predigerwitwenkasse.

Das Konsistorium verwaltet einen gegen 24 000 Mk. haltenden, durch Gaben sowohl von Landesfürsten, als von Privatpersonen, zum Teil schon im 16. und 17. Jahrhundert, zusammengebrachten Fonds, dessen Zinsen bestimmt sind, zu Unterstützungen bedürftiger Witwen von Geistlichen der Landeskirche verwandt zu werden, die Konsistorial-Predigerwitwenkasse¹⁾. Demselben werden überdies jährlich zur Vermehrung seiner Einkünfte Summen aus den Überschüssen des gleichfalls beim Konsistorium verwalteten Wäterlingschen Legatenfonds (§ 107) überwiesen²⁾.

Aus diesem Fonds erhalten³⁾ jährlich 18 Predigerwitwen feste, ihnen ein für alle Mal zugebilligte Unterstützungen, sog. Kompetenzen. Zehn der Kompetenzen (die sog. erste Klasse) betragen 45 Mk. jährlich, die acht anderen (sog. zweite Klasse) 36 Mk. jährlich. So oft durch Absterben einer Witwe eine

²¹⁾ § 24 Abs. 5 vgl. mit § 12 Abs. 2 des ang. Ges.

²²⁾ § 24 des ang. Ges.

²³⁾ § 4 Abs. 6 des ang. Ges.

¹⁾ S. wegen des Ursprungs und der früheren Einrichtung dieser Kasse den Aufsatz des Konsistorial-Präsidenten v. Knuth in St. 33 des Braunschweigischen Magazins v. 1802 S. 511 und den Nachtrag dazu auf S. 701 ff. desselben Jahrganges. Vgl. § 111 Anm. 2.

²⁾ In neuerer Zeit regelmäßig 300 Mk. jährlich.

³⁾ auf Grund eines Konsistorialbeschlusses v. 15. März 1882.

Kompetenz erledigt ist, wird sie einer anderen Witwe durch Beschluß des Konsistoriums neu verliehen⁴⁾. Von den nach Bestreitung der Kompetenzen übrig bleibenden Einkünften des Fonds werden nach Ostern jedes Jahres bedürftigen Predigerwitwen, welche nicht im Genuße einer Kompetenz sind, außerordentliche Unterstützungen, in neuerer Zeit regelmäßig zu 30 Mk., durch Beschluß des Konsistoriums bewilligt⁵⁾. Diese Unterstützungen haben den Charakter einmaliger Gaben; sie können aber denselben Empfängerinnen mehrere Jahre nach einander zugewandt werden; nur muß über die Zuwendung in jedem Jahre von neuem beschlossen werden.

Damit das Konsistorium die Vermögenslage der Predigerwitwen übersehen könne, sind die Superintendenten angewiesen, zu Anfang eines jeden Jahres sich über die Verhältnisse der Witwen der in ihrer Inspektion verstorbenen Geistlichen eingehend zu äußern⁶⁾. Sie bekommen zu dem Zwecke vom Konsistorium Formulare zugesandt, die sie mit den verlangten Angaben über die persönlichen, Vermögens- und Familienverhältnisse der Witwen auszufüllen haben. Auch wird seitens des Staatsministeriums dem Konsistorium jährlich ein Verzeichnis der aus der Klosterreinertragskasse Predigerwitwen bewilligten Unterstützungen mitgeteilt.

Die Kassen- und Rechnungsführung bei der Konsistorial-Predigerwitwenkasse besorgt ein damit beauftragter Beamter des Konsistoriums, regelmäßig der Sekretär; mit der Revision und Abnahme der Rechnungen wird ein anderer Konsistorialbeamter beauftragt.

§ 111. 4. Generalinspektions-Predigerwitwenkassen.

Zur Ausführung einer Vorschrift der E. R. D¹⁾ sind unter Leitung und Aufsicht des Konsistoriums in den verschiedenen Generalinspektionen Predigerwitwenkassen gegründet²⁾. Ihnen ist gemeinsam, daß:

¹⁾ Die früher übliche Erteilung von Anwartschaften auf diese Kompetenzen findet nicht mehr statt.

²⁾ In den letzten Jahren haben regelmäßig 13 solcher Unterstützungen gewährt werden können.

³⁾ Ausfchr. v. 29. Apr. 1882 in der Restr.-Sammlg. des Konsistoriums.

⁴⁾ E. R. D. L. I c. XVI § 8. Dieselbe knüpfte an Einrichtungen an, welche, bereits im 16. Jahrhundert durch Herzog Julius begonnen, in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts durch Herzog August erneuert und gefördert waren.

⁵⁾ Dieselben sind an die Stelle des „fiscus viduaram“ getreten, welcher nach Vorschrift des Herzogs Julius beim Konsistorium verwaltet und einestheils durch die Zinsen gestifteter Kapitale, anderenteils durch Jahresbeiträge der Pfarrgeistlichen unterhalten werden sollte. Nachdem schon früh die Beiträge der Geistlichen aufgehört hatten, ist gewissermaßen als Nachdem schon früh die Beiträge der Geistlichen aufgehört hatten, ist gewissermaßen als Nachdem schon früh die Beiträge der Geistlichen aufgehört hatten, ist gewissermaßen als Die Rest der Einrichtung die jetzige Konsistorial-Predigerwitwenkasse übrig geblieben. — Die Ausschreibung aus dem Generalinspektionsverbande (§ 24) hat zur Folge, daß die der Stadtinspektion Braunschweig angehörenden Geistlichen (mit Ausnahme des Generalsuperinten-

- 1) alle Pfarrgeistlichen der betreffenden Generalinspektion verpflichtet sind, sich zu beteiligen und Jahresbeiträge von dem Pfarrreinkommen zu leisten, auch unter Umständen (§ 79) Strafgebelber an sie zu zahlen;
- 2) auch von den vakanten Pfarrstellen für die Zeit der Vakanz Beiträge für sie erhoben werden³⁾;
- 3) desgleichen von den vermögenden Kirchen nach Anweisung des Konsistoriums Jahresbeiträge an sie zu leisten sind;
- 4) daß sie die rechtliche Stellung mit juristischer Persönlichkeit ausgestatteter Stiftungen besitzen und nach den Grundsätzen über die Verwaltung der pia corpora zu leiten sind; daß ferner
- 5) die Leitung dem Generalsuperintendenten unter Mitwirkung eines von den Teilnehmern der Kasse aus ihrer Mitte gewählten Vorstandes oder Ausschusses obliegt;
- 6) daß den Witwen und Waisen eines verstorbenen Mitgliedes sofort nach dem Tode des Letzteren Sterbegelder⁴⁾, und dann jährliche sog. Kompetenzen gezahlt werden.

Im Übrigen bestimmen über die Einzelheiten der Einrichtung die Statuten der verschiedenen Kassen, welche unter Genehmigung des Konsistoriums (zum Teil früher auch des Staatsministeriums⁵⁾) erlassen sind⁶⁾.

Das Konsistorium hat die Oberaufsicht über den gesamten Betrieb dieser Kassen, bestimmt auch insbesondere darüber, ob und wie viel Beitrag die einzelnen Kirchenkassen je nach den wechselnden Umständen ihrer Vermögenslage

haben) der Generalinspektions-Predigerwitwenkasse nicht angehören. Die Geistlichen der Stadtinspektion Wolfenbüttel sind dagegen Teilnehmer der dortigen Generalinspektions-Predigerwitwenkasse geblieben.

³⁾ Die allgemeine Verpflichtung der Pfarrgeistlichen und der Pfarrvakanzkassen ist ausdrücklich ausgesprochen in dem landesfürstlichen Reskripte v. 9. Juni 1750 (in den Konsist.-Akten, Projekte zur Errichtung einer allgemeinen Predigerwitwenkasse betr.), in welchem unter einstweiliger Zurückhaltung des damals aufgetauchten Projektes einer allgemeinen Predigerwitwenkasse für das ganze Land Vorschriften wegen der Weiterführung der bestehenden Generalinspektions-Predigerwitwenkassen gegeben wurden.

⁴⁾ Diese Sterbegelder werden aufgebracht durch außerordentliche Beiträge der Mitglieder, die sog. Sterbeteiler, welche, so oft ein Mitglied stirbt, erhoben und dann zur Auszahlung bei dem nächsten Sterbefalle bereit gehalten werden.

⁵⁾ Die rechtliche Natur der Generalinspektions-Prediger-Witwenkassen als einer rein kirchlichen Einrichtung ist auf den Bericht des Konsistoriums v. 21. Nov. 1885 anerkannt in dem wegen der neuen Statuten der Helmstedt-Schöninger Kasse erlassenen Ministerialreskripte v. 23. Nov. 1886 Nr. 8189 (Akten des Konsist.)

⁶⁾ Zur Zeit gilt

in der Generalinspektion	Wolfenbüttel ein Statut von 1806,
" "	" Braunschweig ein Statut von 1824,
" "	" Gandersheim ein Statut von 1842,
" "	" Holzminden ein Statut von 1848,
" "	" Blankenburg ein Statut von 1857,
" "	" Helmstedt (und Schöningen) ein Statut von 1886.

leisten sollen. Die regelmäßige Revision und Abnahme der Jahresrechnungen ist dem in den Statuten damit beauftragten Organe überlassen.

In der Stadt Braunschweig besteht für die vom Generalinspektionsverbande ausgenommenen Mitglieder des geistlichen Ministeriums (§ 48) eine gut dotierte Witwenkasse, der beizutreten sie verpflichtet sind. Die Teilnahme an derselben wird benutzt, um die Mitglieder von der Teilnahme an der Landes-Pfarrwitwen-Versorgungsanstalt in entsprechendem Maße zu befreien⁷⁾. Im Übrigen ist sie der Einwirkung des Konsistoriums tatsächlich entzogen.

In einzelnen Spezialinspektionen, namentlich Zerzheim und Barum, bestehen besondere zu Anfang des 18. Jahrhunderts gegründete Predigerwitwenkassen, welche als reine Privatunternehmungen behandelt sind und keine Beziehungen zum Konsistorium haben. Die Teilnahme an ihnen ist freiwillig⁸⁾.

§ 111a. 5. Der Pfarrbesoldungsfonds.

Der Pfarrbesoldungsfonds ist durch das Kirchenges., das Einkommen der Geistlichen der ev. luth. Landeskirche betr., v. 28. Juni 1902 (Nr. 28) gebildet und hat durch das Ges., das Einkommen der Geistlichen der ev. luth. Landeskirche betr., v. 28. Juni 1902 (Nr. 27) die Rechte einer juristischen Person und zwar einer milden Stiftung erhalten. Er wird vom Konsistorium aktiv und passiv vertreten und verwaltet. Die Buch- und Kassenführung liegt der Haupt-Finanzkasse ob, und diese hat die Jahresrechnung dem Konsistorium einzureichen. Die Revision und Abnahme der Rechnung erfolgt beim Finanzkollegium¹⁾.

In den Pfarrbesoldungsfonds fließen:

- 1) die Überschüsse der Pfarreinkommen,
- 2) die Zinsen und die Einkünfte der ihm gehörigen Kapitalien,
- 3) die ihm durch Schenkung, letztwillige Verfügung oder in anderer Weise gemachten Zuwendungen²⁾.

Zu 1. Sobald eine der in die Neuordnung einbezogenen Pfarrstellen (s. unten § 123) nach dem Ausscheiden des bei Inkrafttreten des Kirchenges.³⁾ darauf sitzenden Inhabers neu besetzt wird, ist, falls das dem Geistlichen je-

⁷⁾ § 10 des Ges. v. 15. Apr. 1889 (Nr. 22); vgl. oben § 109 Anm. 9. Die Teilnahme an den Generalinspektions-Predigerwitwenkassen begründet eine derartige Befreiung nicht, da sie nicht „bei Pfarrstellen bestehende Privatstiftungen“ zur Pfarrwitwenversorgung sind.

⁸⁾ Die Berufung auf die Teilnahme an ihnen würde die entsprechende Befreiung von der Teilnahme an der Landes-Pfarrwitwen-Versorgungsanstalt zur Folge haben können.

¹⁾ § 1 des Ges. Nr. 27.

²⁾ § 3 des Kirchenges. Nr. 28.

³⁾ 1. Okt. 1902. Verordnung. v. 26. Sept. 1902 (Nr. 40), § 13 des Kirchenges. Nr. 28.

weilig aus der Pfründe zufließende Diensteinkommen den tarifmäßigen Satz (§ 123) übersteigt, der Mehrbetrag als Überschuß an den Pfarrbesoldungsfonds abzuführen und bei diesem zu vereinnahmen⁴⁾. Die Verpflichtung zur Abführung des Überschusses beginnt für den Geistlichen mit dem ersten Tage des Monats, in dem seine Einführung in das Pfarramt stattgefunden hat, und dauert so lange, wie er das Einkommen dieser Stelle bezieht. Bei Versetzungen in ein anderes Pfarramt ist diese Bestimmung entsprechend anzuwenden⁵⁾. Die Pflicht zur Abführung des Überschusses erlischt mit dem Verlust auf den Genuß der Pfründe, und zwar

- 1) bei Versetzung nach Maßgabe des § 7 des Kirchenges.,
- 2) beim Tode des Geistlichen mit dem letzten Tage des Sterbemonats; wenn und solange jedoch Gnadenhalbjahrsberechtigte sich im Genuße der Pfarrpfründe befinden, mit dem Ende des Gnadenhalbjahrs,
- 3) bei der Emeritierung oder Verabschiedung mit dem letzten Tage des Monats, in dem der Geistliche aus dem Amte scheidet,
- 4) im Falle der Entlassung oder Absetzung mit dem letzten Tage des Monats, in dem das den Amtsverlust aussprechende Erkenntnis rechtskräftig wird⁶⁾.

Während der Pfarrvakanz findet, abgesehen von dem oben zu 2 erwähnten Falle, eine Ablieferung des Überschusses nicht statt⁷⁾.

Die Höhe der an den Pfarrbesoldungsfonds abzuführenden Überschüsse wird nach zuvor eingeholter Genehmigung des Staatsministeriums vom Konsistorium bestimmt⁸⁾. Der Rechtsweg gegen diese Entscheidung findet nicht statt⁹⁾. Die Festsetzung des Betrages des Pfarreinkommens, welche die Grundlage bildet für die Bestimmung der Höhe des Überschusses, geschieht unter Mitwirkung des Kirchenvorstandes ebenfalls durch das Konsistorium, und auch gegen diese Festsetzung ist der Rechtsweg nicht gegeben¹⁰⁾. Maßgebend für die Festsetzung des Betrages des Pfarreinkommens ist das Pfarrkataster (§ 123). Zu den reinen Einkünften der Pfarre und bei vereinigten Stellen der mehreren vereinigten Pfarren werden behufs Ermittlung des Diensteinkommens hinzugerechnet:

- 1) Stolgebührenrenten, die der Pfarrstelle, wenn auch nur für die Dauer

⁴⁾ § 4 des Kirchenges. Nr. 28.

⁵⁾ § 7 des Kirchenges. Nr. 28.

⁶⁾ § 9 des Kirchenges. Nr. 28.

⁷⁾ § 4 Abs. 2 des Kirchenges. Nr. 28. In denjenigen Vakanzfällen, wo Gnadenhalbjahrsberechtigte nicht vorhanden sind, kommen die oben § 77 angeführten Bestimmungen über die Verwendung der Überschüsse der Pfarrvakanzkassen auch ferner zur Anwendung.

⁸⁾ § 6 Abs. 5 des Kirchenges. Nr. 28.

⁹⁾ § 6 des Ges. Nr. 27.

¹⁰⁾ § 6 Abs. 5 des Kirchenges. Nr. 28, § 6 des Ges. Nr. 27.

der Amtsführung des derzeitigen Inhabers, beigelegt sind, bis zu dem Zeitpunkte, in dem diese Renten an die ursprüngliche Stelle zurückfallen¹¹⁾,

- 2) Einnahmen von Schulämtern und anderen Ämtern, wenn diese mit der Pfarre dauernd verbunden sind, sowie aus Vermächtnissen und Stiftungen; ob und inwieweit ausnahmsweise diese Einnahmen nicht anzurechnen sind, bleibt der Entscheidung im Einzelfalle überlassen.

Die Einnahmen von kirchenregimentlichen Ämtern (General-Superintendenturen, Superintendenturen) und Schulaufsichtsämtern sind nicht hinzuzurechnen.

Der so ermittelte Gesamtbetrag des Dienst Einkommens wird zum Zwecke der Berechnung der Überschüsse auf eine durch 10 teilbare Marksumme nach unten abgerundet¹²⁾.

Von diesem Gesamteinkommen ist derjenige Betrag als „Überschuß“ an den Pfarrbesoldungsfonds abzuführen, um den das Gesamteinkommen größer ist als das dem Geistlichen nach seinem Dienstalter zukommende Gehalt (§ 123).

Als Anfang der Dienstjahre gilt der erste Tag des Monats, in welchem die Einführung des Geistlichen in das erste von ihm bekleidete Pfarramt oder die erste ihm verliehene Kollaboratur in einer Gemeinde des Herzogtums stattgefunden hat. Der danach ermittelten Zahl von Dienstjahren werden die Jahre hinzugerechnet, während deren der Geistliche im Staatsdienst oder an öffentlichen Schulen innerhalb des Herzogtums oder im Dienste einer auswärtigen evangelischen Landeskirche des deutschen Reiches fest angestellt gewesen ist¹³⁾. Dem Ermessen des Landesfürsten ist es überlassen, nach Anhörung des Konsistoriums zu bestimmen, ob und unter welchen Bedingungen einem Geistlichen auch die Zeit hinzugerechnet werden soll, während deren er in anderen als den oben bezeichneten Stellungen als Geistlicher oder Lehrer gewirkt hat¹⁴⁾. Wenn ein Geistlicher mit Genehmigung des Landesfürsten aus dem Dienste der Braunschweigischen Landeskirche in eine andere dienstliche Stellung übergegangen ist, wird ihm bei seinem etwaigen Rücktritte in den ersteren die Zwischenzeit in die Dienstjahre eingerechnet. Ebenso wird die Zeit eingerechnet, die er nach der Einführung in das Pfarramt oder die Kollaboratur oder während der nach Obigen den Dienstjahren hinzuzurechnenden Zeit im Militärdienste zubringen genötigt gewesen ist¹⁵⁾.

¹¹⁾ vgl. auch § 3 Abs. 2 des Ges. Nr. 27.

¹²⁾ § 6 des Kirchenges. Nr. 28.

¹³⁾ § 8 Abs. 1 des Kirchenges. Nr. 28.

¹⁴⁾ § 8 Abs. 2 des Kirchenges. Nr. 28.

¹⁵⁾ § 8 Abs. 3 des Kirchenges. Nr. 28.

Aus dem Pfarrbesoldungsfonds sollen, wenn die erforderlichen Mittel angeammelt sind, von einem gesetzlich zu bestimmenden Zeitpunkte an die nach § 5 des Kirchenges. Nr. 28 den Inhabern gering dotierter Pfarrstellen vorläufig aus der Klosterreinertragskasse zu leistenden Gehaltszuschüsse (§ 123) gezahlt werden¹⁶⁾.

Über den jeweiligen Stand des Pfarrbesoldungsfonds ist jedem ordentlichen Landtage und jeder ordentlichen Landessynode Mitteilung zu machen¹⁷⁾.

Die Überschüsse, die an den Pfarrbesoldungsfonds abzuführen sind, unterliegen der Beitreibung durch Zwangsvollstreckung im Verwaltungswege¹⁸⁾.

Alle Verwaltungs- und Rechnungsangelegenheiten des Fonds werden von den dabei mitwirkenden Behörden kostenfrei besorgt¹⁹⁾.

§ 112. B. Die einzelnen Kirchen und kirchlichen Stiftungen.

1. Allgemeines. Verwaltung. Vertretung. Corpus Bonorum. Privilegien.

Sämtliche Kirchen, Pfarren, Pfarrwitwentümer (§ 122) und Opfereien (Schulen) werden als selbständige, mit juristischer Persönlichkeit ausgestattete Stiftungen angesehen. Sie selbst sind daher Vermögenssubjekte, Eigentümer des Kirchen-, Pfarr-, Pfarrwitwentums- und Opferei-Vermögens¹⁾, und zwar eine jede bezüglich des ihr zugehörigen Vermögens für sich allein²⁾.

„Das Vermögen dieser Stiftungen darf nie seiner ursprünglichen Bestimmung entzogen werden; soll dasselbe zu einem anderen, als dem bestimmten Zwecke verwendet werden, so muß dieser ein ähnlicher sein, und die Verwendung

¹⁶⁾ § 2 Abs. 4 des Ges. Nr. 27, § 5 Abs. 2 des Kirchenges. Nr. 28.

¹⁷⁾ § 1 Abs. 5 des Ges. Nr. 27, § 2 des Kirchenges. Nr. 28.

¹⁸⁾ § 4 des Ges. Nr. 27.

¹⁹⁾ § 1 Abs. 4 des Ges. Nr. 27.

¹⁾ E. R. D. T. I c. XIX § 14, c. XX §§ 1 und 6. — Visitationenordnung v. 1746 IIa. (Steinader-Sammlg. S. 508). R. L. D. § 217. R. B. G. § 26. Ges., die Befreiung der Kirchen und übrigen frommen Stiftungen von der Grundsteuer betr., v. 20. Apr. 1855 (Nr. 22) Ueberschrift vgl. mit § 1. E. wegen der Kirchen, Pfarren und Pfarrwitwentümer auch Restr. v. 13. März 1878 und wegen der Opfereien (Schulen) Restr. v. 5. Dez. 1878 in der Restr.-Sammlg. des Konsist. Vgl. ferner wegen der Pfarren Zeitschr. f. Rechtspf. V S. 90, VI S. 60. — Die von Steinader, Partik. Privatrecht des Herz. Braunschweig § 67 geäußerte Ansicht, daß die Kirchengüter in der Regel Eigentum der Gemeinden seien, findet weder in dem älteren, noch in dem jetzt geltenden braunschweigischen Rechte eine Bestätigung. Vgl. auch die Erklärung des Herzogl. Staatsministeriums vom 1. Febr. 1864 in dem Kommissionsberichte vom 12. Apr. 1864 S. 7 (Anl. 1 zu 30 der Landtagsverhandlungen). — Wegen einzelner im Privateigentum des Fiskus stehender Kirchen s. § 139 Anm. 2.

²⁾ Es ist daher unrichtig, die Bestimmungen über die Verwaltung der einen dieser Stiftungen ohne weiteres auf die Verwaltung der anderen anwenden zu wollen. Z. B. darf man dem Kirchenvorstande, weil er die Verwaltung des Vermögens der Kirche führt, deshalb nicht auch Verwaltungsbefugnisse hinsichtlich des Vermögens der Pfarre oder des Pfarrwitwentums beimessen (oben § 42).

kann nur mit Zustimmung der beteiligten Privatpersonen und Gemeinden, und sofern Anstalten, welche das ganze Land angehen, in Betracht kommen, mit Zustimmung der Landstände geschehen³⁾.“

Unter Aufsicht des Konsistoriums⁴⁾ führen die Verwaltung dieser Stiftungen bei den Kirchen die Kirchenvorstände⁵⁾, bei den Pfarren (und Pfarrwitwentümern — § 122 —) die Geistlichen, bei den mit Schulstellen verbundenen Opfereien, soweit es sich nicht um die dem Opfermanne zur Nutzung überwiesenen fruchttragenden Grundstücke handelt, die Schulvorstände⁶⁾, bei anderen Opfereien und bei den zur persönlichen Nutzung durch den Opfermann bestimmten fruchttragenden Grundstücken die Opfermänner.

Die Aufsicht des Konsistoriums äußert sich

- 1) in seiner Befugnis, jederzeit von der verwaltenden Stelle Rechenschaft über jeden Verwaltungsakt zu fordern und danach Abstellung für ungeeignet befundener Maßregeln anzuordnen und herbeizuführen⁷⁾;
- 2) in der Gebundenheit der Vermögensverwalter an die Prüfung und Genehmigung ihrer Beschlüsse durch das Konsistorium bei Maßregeln von größerer Bedeutung⁸⁾;
- 3) in der Berechtigung des Konsistoriums, auch seinerseits bezüglich der einzelnen Verwaltung aus eigenem Antriebe Anordnungen zu treffen. Über solche Anordnungen sollen, soweit es sich um die Vermögensverwaltung der Kirchenvorstände und Schulvorstände handelt, diese Ver-

³⁾ R. L. D. § 217. Wenn in diesem § buchstäblich von dem „bestimmten, bei der Stiftungsurkunde ausgedrückten Zwecke“ die Rede ist, so darf das nicht dahin gedeutet werden, daß die Stiftungen, deren Stiftungsurkunden nicht nachgewiesen werden können (was von der Mehrzahl der Kirchen und Opfereien [Schulen] gilt), des verfassungsmäßigen Schutzes ihres Zweckes verlustig sein sollten. Sie genießen denselben vielmehr in gleichem Maße wie die mit Stiftungsurkunden versehenen, sobald ihr Zweck anderweitig bestimmt, d. h. zweifellos erwiesen ist.

⁴⁾ Ausgenommen von der Aufsicht des Konsistoriums ist die Verwaltung des Vermögens der geistlichen Stiftungen bei den Stadtkirchen in der Stadt Braunschweig (§ 43).

⁵⁾ R. B. G. § 26. — Eine Ausnahme machen hier einzelne Klosterkirchen, deren Vermögen, ungeschieden von dem übrigen Vermögen des betr. Klosters, von der herzoglichen Kammer, Direktion der Domänen, verwaltet wird, sowie einige Kirchen, deren Vermögen der Patron unter sich hat (Sambleben; § 42 Anm. 4). In diesen Fällen hat der Kirchenvorstand den Beruf, die Ansprüche der Kirche nötigenfalls gegen den Verwalter ihres Vermögens zu vertreten.

⁶⁾ Gef. über die Gemeindeschulen v. 8. Dez. 1851 (Nr. 53) § 13 Nr. 7. Neue Redaktion v. 27. Okt. 1898 (Nr. 54) § 14 Nr. 8.

⁷⁾ Vgl. wegen der Befugnis des Konsistoriums zur Aufhebung von Kirchenvorstandsbeschlüssen oben § 38.

⁸⁾ Vgl. wegen der Kirchenvorstände § 42. Die dort angegebenen Bestimmungen gelten auch für die Schulvorstände. — Wegen des Pfarrvermögens s. § 124 ff.; wegen der Pfarrwitwentümer § 122.

tretungskörper gehört werden, wenn nicht Gefahr im Verzuge ist; ihrer Zustimmung bedarf es jedoch nicht⁹⁾;

- 4) in der Vertretung der kirchlichen Stiftungen nach außen. Das Konsistorium ist befugt, deren Rechte und Interessen gegen Jedermann (z. B. auch gegen den zur unmittelbaren Verwaltung ihres Vermögens Berufenen) wahrzunehmen und für sie sowohl zur Prozeßführung, als zur Erledigung von nicht streitigen Rechtsfachen Vertreter zu bestellen¹⁰⁾.

Einen Nachweis über den Bestand des Vermögens jeder kirchlichen Stiftung zu liefern, ist deren Güterverzeichnis, *Corpus Bonorum*, bestimmt. Die Anfertigung solcher Verzeichnisse liegt dem Verwalter der Stiftung, bei Kirchen also dem Kirchenvorstande ob (§ 42 B, 12). Sie hat nach Anweisung des Konsistoriums und in der Weise zu geschehen daß diejenigen, deren Verpflichtung gegenüber der Stiftung in dem Güterverzeichnis bekundet wird, diese zu demselben anerkennen; etwaige Beweisurkunden sind in Abschrift beizufügen¹¹⁾.

Änderungen in den Güterverzeichnissen sind nur nach Vorschrift des Konsistoriums, dieser entsprechend aber pünktlich und genau zu machen¹²⁾.

Der Grundbesitz der Kirchen, Pfarren, Pfarrmitwenthümer und Opfereien (Schulen) soll, soweit er 1832 von den ordentlichen Steuern befreit war¹³⁾, nicht mit Staatslasten beschwert werden¹⁴⁾; er ist daher frei von der Grund-

⁹⁾ R. B. G. § 26 Abs. 3. Daß zur Anordnung der über die Interessen der einzelnen Verwaltung hinausgreifenden „allgemeinen Verwaltungsmaßregeln“ durch das Konsistorium nicht die zuvorige Befragung der Kirchenvorstände erfordert wird, versteht sich von selbst; überdies spricht es die angeführte Gesetzesstelle ausdrücklich aus.

¹⁰⁾ R. B. G. § 26 Abs. 3. — Vgl. wegen der Ablösungen die §§ 21 und 22 der Ablösungsordnung v. 20. Dez. 1834 (Nr. 20); wegen der Gemeinheitsteilungen § 41 und 42 der Gemeinheitsteilungsordnung v. 20. Dez. 1834 (Nr. 21; Stück 1 in 1835).

¹¹⁾ E. R. D. T. I c. XX § 2. R. B. G. § 26, 12. — Die vorher mangelhaft befolgte Vorschrift wegen Anlegung der Güterverzeichnisse wurde durch die Visitationsordnung v. 1746 unter IIa (Steinacker Sammlung S. 508; Frederds. Stein. II S. 26) eingeschärft und dann mit großem Nachdruck durchgeführt, so daß bald darauf die Güterverzeichnisse für den bei weitem größten Teil der kirchlichen Stiftungen vollendet waren. Sie sind je in 4 Exemplaren, eins für das Konsistorium, eins für den Superintendenten, eins für den weltlichen Visitator und eins für die Pfarrregistratur angefertigt. Aufgestellt sind sie durch die Ortsgeistlichen, geprüft und beglaubigt durch die Kirchenvisitatoren, ergänzt und berichtigt, wenn und so oft das erforderlich war, nach Anweisung des Konsistoriums. Die so entstandenen und weiter geführten Corpora Bonorum sind noch jetzt im Gebrauch. — Wegen ihrer Beweiskraft s. z. B. Zeitschr. f. Rechtspf. VI, 94.

¹²⁾ Ausschr. v. 13. Dez. 1888 (Amtsblatt S. 166 ff.) Der Geistliche, welcher eigenmächtig Änderungen oder Zusätze im Corpus Bonorum macht, unterliegt einer Strafe von 15 M.

¹³⁾ Für die Steuerfreiheit desselben spricht die Vermutung, da schon die R. D. J. S. 218 sie allgemein vorgeschrieben hatte.

¹⁴⁾ Vdt.-Abschied v. 3. Juni 1597 Art. 25 (Frederds. Stein. II S. 212); Refr. v. 14. Juli 1684, als Anl. VIII dem ersten Teile der E. R. D. angehängt (auch Frederds. Stein. II S. 19); E. R. D. T. I c. XIV § 5 und 6, c. XVI § 2 und 4. R. L. D. § 39.

steuer¹⁵⁾. Er ist überdies befreit von der Wegebausteuer¹⁶⁾. Ferner ist der Grundbesitz der Kirchen, Pfarrmitwientümer und Opfereien (Schulen), nicht aber der der Pfarren, regelmäßig frei von den Kreisabgaben¹⁷⁾ sowie von den Kommunalabgaben¹⁸⁾. Endlich ist der Grundbesitz der Pfarren, Pfarrmitwientümer und Opfereien, nicht aber der Kirchen, frei von den Parochiallasten¹⁹⁾. Diese Befreiungen gelten jedoch nur für diejenigen Grundstücke, welche sich beim Erlaß der in den Ann. 14 bis 18 angeführten Gesetze bereits im Besitze der Steuerfreiheit befunden hatten, und vorkommendenfalls für solche, welche „bei einer Auseinandersetzung“ einer kirchlichen Stiftung „an Stelle steuerfreier Grundstücke zugeteilt werden“²⁰⁾.

Kirchen, Pfarren und Opfereien (Schulen) sind sportelfrei²¹⁾; sie haben aber Kopialien und sonstige Auslagen zu erstatten²²⁾. Ferner werden Gebühren nicht erhoben für die gerichtlichen Verhandlungen in Angelegenheiten der Kirchen, Pfarren, Pfarrmitwientümer und Opfereien (Schulen)²³⁾, und dieselben Verhandlungen sind der Stempelsteuer nicht unterworfen²⁴⁾. Für die Außerkurs-

¹⁵⁾ Ges., die Befreiung der Kirchen und übrigen frommen Stiftungen von der Grundsteuer betr., v. 20. Apr. 1855 (Nr. 22) § 1.

¹⁶⁾ § 26, 2 und 3 der Wegeordnung v. 29. Juni 1899 (Nr. 56). Diese Befreiung be- greift jedoch die Kosten der Feld- oder Wannenwege, Holzabfuhrwege und Privatwege nicht in sich.

¹⁷⁾ § 11, 2 der Kreisordnung v. 5. Juni 1871 (Nr. 35).

¹⁸⁾ Ges. die Abänderung des Gemeindeabgabenges. v. 11. März 1899 Nr. 12 betr., v. 10. Dez. 1900 (Nr. 64) § 1 Ziffer 6, 7, 9; Gemeindeabgabenges. § 28.

¹⁹⁾ Ges., die Aufbringung der Parochiallasten in den Landgemeinden betr., v. 18. Juni 1864 (Nr. 30) § 4; vgl. auch § 2 des Ges., die Aufbringung der Parochiallasten in den Städten betr., v. 26. Juni 1892 (Nr. 30). — Der Grundbesitz der Kirchen hat die Mittel zu den Ausgaben der Kirchenassen in erster Linie zu liefern; die Einkünfte von ihm werden also für die Ausgaben der Kirchenasse, welche erforderlichenfalls durch parochiale Besteuerung gedeckt werden müssen, vorweg in Anspruch genommen; deshalb können sie als Objekt der erst nach Erschöpfung der Mittel der Kirchenasse eintretenden parochialen Besteuerung nicht angesehen werden (s. § 30).

²⁰⁾ Nämlich von der mit solchen Auseinandersetzungen (Gemeinschaftsteilungen, Ablösungen) staatsseitig beauftragten Stelle. Die Steuerfreiheit tritt also nicht ein für Grundstücke, welche eine kirchliche Stiftung im Wege eines privaten Tauschgeschäftes erwirbt. Umgekehrt kann der Erwerber eines bisher steuerfrei gewesenen Grundstücks einer kirchlichen Stiftung nicht beanspruchen, daß dasselbe in seiner Hand steuerfrei bleibe, mit dem Ausscheiden des Grundstücks aus dem Eigentum der kirchlichen Stiftung geht dessen Steuerfreiheit vielmehr unter. Vgl. § 1 des in Ann. 14 ang. Ges. v. 1855.

²¹⁾ Fürstl. Regierungs-Kommission Verfügung, die Gerichtsporteln betr., v. 9. Febr. 1814 (Nr. 30) § 10.

²²⁾ Zirkularreskript des Staatsministeriums v. 15. Dez. 1855 (Nr. 59); Minist.-Reskr. v. 19. Jan. 1875 in der Reskr.-Sammlg. des Konfist.

²³⁾ § 1 des Ausführungsgesetzes zum deutschen Gerichtskostengesetze v. 11. Juli 1879 (Nr. 40).

²⁴⁾ Verordnung, die Stempelsteuer betr., v. 29. Okt. 1821 (Nr. 10). § 11, 4. — Bei zweiseitigen Kontrakten ist die Kirche stempelfrei, nicht aber um deswillen auch der andere Kontrahent; dieser hat daher den halben Betrag der Stempelsteuer zu entrichten (wenn er nicht für seine Person stempelfrei ist). Auschr. v. 28. Dez. 1859 (Wege VIII S. 182 ff.) Vgl. Amtsbl. 1894 S. 96 ff. Ebenso Ges., die Stempelsteuer betr., v. 23. Mai 1903 (Nr. 31) § 5 3 1 c, d, e, g, 3. 3, 4, 5.

setzung und Inkurssetzung von Wertpapieren haben diese Stiftungen nur die geringe Gebühr von 25 Pfg. für das Stück zu entrichten²⁵⁾.

Die aus dem Kirchen-, Pfarr- und Schulverbande entspringenden, an Kirchen, Pfarren und Opfereien (Schulen), oder an Kirchen-, Pfarr-, Opferei- und Schuldiener zu entrichtenden Abgaben und Leistungen werden zu den „gemeinen Lasten“ gerechnet, welche der Eintragung im Grundbuche nicht bedürfen. Im Zweifel wird angenommen, daß die an die kirchlichen Stiftungen („geistlichen Institute“) oder deren Diener zu entrichtenden Abgaben und Leistungen aus dem Kirchen-, Pfarr- und Schulverbande entspringen, wenn die Grundstücke, auf welchen sie ruhen, zu diesem Verbande gehören²⁶⁾.

Persönliche Befreiungen der Kirchendiener für sich, ihre Familien und ihr Vermögen von den öffentlichen Lasten und Abgaben, wie solche das ältere Recht kennt²⁷⁾, gibt es nicht mehr²⁸⁾. Insbesondere können sie auch die Sportelfreiheit in Sachen, welche nicht die Stiftung selbst, sondern lediglich das persönliche Interesse des Nutznießers betreffen, nicht beanspruchen²⁹⁾.

§ 113. 2. Im Einzelnen.

a. Das Kirchenvermögen. aa. Grundstücke; insbesondere fruchttragende.

Alle Gegenstände, welche als Bestandteile eines Privatvermögens vorkommen, können auch Teile des Vermögens einer Kirche bilden. Insbesondere also Grundstücke¹⁾. Diese sind entweder solche, bei denen der Zweck, welchem sie dienen, Beschränkungen in der Art ihrer Benutzung mit sich bringt, (Kirchengebäude, Kirchhöfe), oder solche, bei denen das nicht der Fall (Äcker, Wiesen, Forsten u. dgl. m.). Bezüglich der letzteren hat die Kirche als Eigentümerin freies Verfügungsrecht, soweit nicht die folgenden Vorschriften sie einschränken oder dessen Ausübung regeln.

²⁵⁾ Konfist.-Regstr. v. 1. März 1856 (Bege VIII S. 165). Nach Art. 176 des Einführungsgef. zum Bürgerl. Gesetzbuche findet die Ankerkursorsetzung von Schuldverschreibungen auf den Inhaber seit 1. Januar 1900 nicht mehr statt.

²⁶⁾ Gef., über den Eigentumserwerb und die dingliche Belastung der Grundstücke v. 8. März 1878 (Nr. 10) § 18. Ausführungsgef. z. Bürgerl. Gesetzbuch v. 12. Juni 1899 (Gef. und Verordng.-Sammlg. 1899 Nr. 36) § 38.

²⁷⁾ C. R. D. T. I c. XIV § 4.

²⁸⁾ R. L. D. §§ 39 und 40. — Städteordnung v. 1892 § 157 und 158. — Landgemeindeordnung v. 1892 §§ 105 und 106. Vgl. oben § 58 Anm. 6. Gemeindeabgabengef. v. 11. März 1899 (Nr. 12) §§ 27, 34.

²⁹⁾ S. das in Anm. 21 ang. Regstr. v. 1875.

¹⁾ Eine gesetzliche Beschränkung hinsichtlich des Erwerbes von Grundstücken besteht für die Kirche nicht. Ueber den Erwerb beschließt der Kirchenvorstand unter Genehmigung des Konsistoriums (§ 42).

1) Veräußerungen sind außer dem Falle des Zwanges und der Not nur zulässig, wenn sie der Kirche einen sehr beträchtlichen Vorteil gewähren²⁾. Zu einer vom Kirchenvorstande beabsichtigten freiwilligen Veräußerung ist nach vorgängiger Prüfung und Bewilligung der Sache durch das Konsistorium die Genehmigung des Staatsministeriums (§ 9) einzuholen³⁾. Soweit aber die Veräußerung nach gesetzlicher Vorschrift nicht abgelehnt werden kann, namentlich also bei Gemeinheitsteilungen und Zwangse enteignungen, bedarf es der Genehmigung des Staatsministeriums nicht: dagegen ist auch zu solchen Veräußerungen von seiten des Kirchenvorstandes die Genehmigung des Konsistoriums zu beantragen (§ 42).

2) Zur Verpfändung von Kirchengrundstücken bedarf es der Genehmigung des Konsistoriums⁴⁾.

3) Hinsichtlich der Art der Nutzung ist ein jedes Verfahren ausgeschlossen, welches die Kirche auf unbestimmte Zeit aus der Verfügungsgewalt über das Grundstück setzen würde; Verleihungen auf Lebenszeit oder Erbleihen jeder Art sind daher untersagt. Verpachtung auf bestimmte Jahre soll die Regel bilden⁵⁾, wo nicht eigene, unmittelbare Fruchtziehung seitens der Kirche üblich und angemessen ist⁶⁾. Geschieht die Verpachtung zu gewöhnlicher wirtschaftlicher Nutzung des Grundstücks und im Wege des öffentlichen Meistgebotes, so hat der Kirchenvorstand allein sie zu beschließen und auszuführen⁷⁾ (§ 42); geschieht sie zu anderen Zwecken⁸⁾ oder in anderer Form, so bedarf sie der Genehmigung des Konsistoriums.

Wo mit dem Besitze von Grund und Boden noch gewisse Berechtigungen

²⁾ E. R. D. I. I c. XX § 6. — Ferner z. B. das Minist.-Reskr. v. 3. Juni 1834 (Bege IV S. 160).

³⁾ Die Stellung des Landesfürsten als Inhabers der Kirchengewalt (§§ 16 und 17), welche ihn nach älterer Rechtsanschauung zur Entscheidung über Veräußerungen von Kirchengut berief, tritt für diese Frage nach jetziger Anschauung zurück hinter seine Stellung als Staatsoberhaupt. Das staatliche Oberaufsichtsrecht über die kirchliche Verwaltung aber wird nicht vom Landesfürsten persönlich, sondern vom Staatsministerium ausgeübt. — Ob die Veräußerung im Wege des Verkaufes, des Tausches oder eines andern Rechtsgeschäftes geschieht, macht hinsichtlich der einzuholenden Genehmigung des Staatsministeriums keinen Unterschied. — Zur Belastung eines Kirchengrundstückes mit einer Servitut genügt die Genehmigung des Konsistoriums.

⁴⁾ E. R. D. I. I c. XX § 7.

⁵⁾ E. R. D. I. I c. XX § 5. Die hier gegebene Vorschrift, daß die Verpachtung auf mehr als 6 Jahre geschehen soll, ist in Abgang gekommen. — Vgl. § 118.

⁶⁾ Diese findet regelmäßig bei den Kirchenforsten statt, indem die Gewinnung des Holzes unter Leitung des zuständigen Forstbeamten auf Kosten der Kirchenkasse vorgenommen und dann das geschlagene Holz verkauft wird. Vgl. E. R. D. I. I c. XX § 13.

⁷⁾ Wegen der schriftlichen Form, der Kosten und des Stempels bei solchen Kontrakten j. Auschr. v. 28. Dez. 1859 (Bege VIII S. 182). Vgl. auch § 113.

⁸⁾ Z. B. zur Gewinnung von Steinen, Kies, Sand, Ton, Torf u. dgl. m. aus dem Boden, oder zum Anbau von Spargeln, Beerenfrüchten u. dgl. m., oder behuf Erzeugung der Wiesenkultur durch Ackerkultur und umgekehrt.

verbunden sind, insbesondere die Teilnahme an den Nutzungsrechten einer Gemeinheit (Interessenschaft), hat auch die Kirche, regelmäßig nach dem Verhältnis des Wertes ihres Grundbesitzes zu dem Werte des Grundbesitzes der übrigen Gemeinheitsgenossen, an dem Ertrage Teil; so namentlich an dem Ertrage der Jagdpacht¹⁾. (Vgl. auch § 118).

§ 114. bb. **Kirchengebäude. Benutzung. Kirchenstühle.** **Beaufsichtigung.**

Die Kirchengebäude stehen mit dem Grund und Boden, auf welchem sie errichtet sind, im Eigentume der betreffenden kirchlichen Stiftung. Dies Eigentum ist aber, so lange der Zweck des Gebäudes, zum Gottesdienste zu dienen, besteht, durch denselben eingeschränkt, da er nicht nur jede Veräußerung oder Verpfändung, sondern auch jede mit ihm nicht wohl vereinbare Art der Benutzung ausschließt²⁾. Ob und in wie weit etwa ausnahmsweise Teile des Kirchengebäudes, welche nicht unmittelbar für den Gottesdienst gebraucht werden³⁾, für eine andere Benutzung, als die, zu der sie zunächst hergerichtet sind, eingeräumt werden sollen, entscheidet der Kirchenvorstand unter Genehmigung des Konsistoriums. Einnahmen, welche aus einer solchen besonderen Benutzungsart zu erzielen sind, fließen in die Kirchenkasse⁴⁾.

Der Besuch des Kirchengebäudes behuf der Teilnahme am Gottesdienste steht unter Beobachtung der dafür durch örtliches Herkommen oder Beschluß des Kirchenvorstandes festgestellten Bestimmungen⁴⁾ jedem Gemeindegliede (vgl. § 82) ohne Unterschied frei. Jedoch kann auch ein Teil des zum Gottesdienste bestimmten Raumes, die Kirchenstühle (Kirchenplätze, Kirchenstühle) zu gunsten der Kirchenkasse verwertet werden, indem die ausschließliche Benutzung desselben

¹⁾ § 6 des Ges. über die Ausübung des Jagdrechtes v. 16. Apr. 1852 (Nr. 23).

²⁾ So auch die Benutzung des Innern der Kirche zur Aufbewahrung von Gegenständen, welche außer Beziehung zum Gottesdienste sind. S. z. B. das Verbot des Aufhängens der Totenkranze oder Leichenkronen in den Kirchen, Minist.-Reskr. v. 5. Apr. 1834 (Bege IV S. 159); desgl. das Verbot der Aufbewahrung von Leichen in den Kirchen: Reskr. v. 15. Sept. 1841 (Bege IV S. 163).

³⁾ Z. B. die Teile des Turmes, welche zum Aufhängen und Läuten der Glocken, oder zur Aufstellung der Uhr, oder zur Aufnahme der Begräbnisgerätschaften bestimmt sind.

⁴⁾ Die Vermietung der Kirchenböden zu landwirtschaftlichen Zwecken soll in der Regel nicht stattfinden. Reskr. v. 20. Mai 1826 (Bege III S. 266).

⁵⁾ Z. B. Verweisung der beiden Geschlechter in verschiedene Teile des Gebäudes, Beschränkung der Schulkinder auf bestimmte Plätze u. dgl. m. Wer durch Verletzung der bezüglichlichen Ordnungen Anstoß erregt, ist vom Kirchenvorstande zurechtzuweisen (§ 82), unterliegt auch möglicherweise der gerichtlichen Bestrafung nach § 167 des Reichsstrafgesetzbuches. — Wegen Offenhaltens der Kirche zu stiller Andacht s. Reskr. Herzogl. Konsist. v. 14. Apr. 1894 (Amtsbl. S. 25).

beim öffentlichen Gottesdienste⁵⁾ bestimmten Personen gegen Zahlung einer Geldsumme zugestanden wird. Erfolgt die Überlassung des Stuhles gegen einmalige Zahlung auf Lebenszeit, so wird das Geschäft, wenn gleich mit Unrecht und mißverständlich, wohl als „Kauf“ bezeichnet⁶⁾; erfolgt sie gegen jährlich wiederkehrende Zahlung je auf ein Jahr, so nennt man es zutreffender „Stuhlmiete⁷⁾“. Verboten ist die Einräumung des Stuhlnutzungsrechtes über den Tod des Erwerbers hinaus⁸⁾, zulässig jedoch, den Descendenten des Erwerbers eine Art von Nacherrecht an den Kirchenstühlen, d. h. die Befugnis zuzugestehen, das Nutzungsrecht an den erledigten Stühlen binnen einer bestimmten Frist zu ermäßigten Preisen (durch Zahlung eines sog. Weinkaufsgeldes, Sühne- oder Söhnegeldes) auf Lebenszeit wieder zu erwerben⁹⁾.

Das Recht an dem Kirchenstuhle ist seiner Natur nach nur ein bedingtes. Wie es nur eingeräumt wird an einer im Interesse des Gottesdienstes für die Kirchengemeinde von der zuständigen kirchlichen Stelle geschaffenen oder zugelassenen¹⁰⁾ Einrichtung, so fällt es hinweg, wenn diese Einrichtung durch Beschluß der zuständigen kirchlichen Organe¹¹⁾ aufgehoben wird, sei es, daß der in Betracht kommende Stuhl beseitigt wird, sei es daß andere Maßregeln hinsichtlich der Benutzung des Kirchenraumes, z. B. Einführung der sog. Stuhlfreiheit, für die ganze Kirche oder für den in Betracht kommenden Teil derselben, im kirchlichen Interesse der Gemeinde getroffen werden¹²⁾.

⁵⁾ Darauf ist das Stuhlnutzungsrecht beschränkt. Es gibt nicht die Befugnis zu einer anderen Art der Benutzung, ist auch nicht in dem Sinne ausschließlich, daß es den kirchlichen Organen verböte, die Plätze, auf die es sich bezieht, für die Dauer eines Gottesdienstes Anderen zuzuweisen, sobald feststeht, daß sie für diesen Gottesdienst von dem Berechtigten nicht benutzt werden, und gibt ferner dem Letzteren nicht die Befugnis, irgend welche Vorrichtungen oder Aenderungen an dem Stuhle zu machen. Verordnung v. 1617 (Frederb. Stein. II S. 34).

⁶⁾ Vgl. die ang. Verordnung. v. 1617.

⁷⁾ G. R. D. L. I c. XX § 14.

⁸⁾ Vgl. die ang. Verordnung. v. 1617.

⁹⁾ Die sehr häufige Einräumung und Anwendung dieser Befugnis hat in Landgemeinden tatsächlich dahin geführt, daß einzelne Kirchenstühle durch Jahrhunderte in der Hand der Besitzer bestimmter Höfe geblieben sind. Es ist jedoch unrichtig, daraus zu folgern, daß sie als Zubehörungen der fraglichen Höfe anzusehen seien, und als solche mit denselben auch dann verbunden bleiben müßten, wenn der Besitzwechsel sich anders, als durch Erbgang vollzieht und der Hofsnachfolger nicht zu den Descendenten des Vorbesizers gehört. — Auch wo die Angelegenheit sich mißbräuchlich so gestaltet hat, daß der Uebergang des Kirchenstuhls auf den Hofsnachfolger tatsächlich ohne Zahlung des Weinkaufs und ohne Beschränkung auf die Descendenten des Vorbesizers stattgefunden hat, ändert doch dieser Umstand die rechtliche Natur des Stuhlnutzungsrechtes nicht und hebt die aus dieser zu ziehenden Folgerungen nicht auf.

¹⁰⁾ Es kommen ausnahmsweise Kirchenstühle vor, welche mit Erlaubnis der kirchlichen Organe auf Kosten einzelner Gemeindeglieder hergestellt sind. Bei ihnen pflegt der Uebergang auf die Descendenten des Vorbesizers ohne Weinkauf zugelassen zu werden.

¹¹⁾ Kirchenvorstand unter Genehmigung des Konsistoriums. Vgl. Zeitschr. f. Rechtspf. XXXIII S. 66 ff.

¹²⁾ So gehen bei Umbauten oder Neubauten des Kirchengebäudes die bisherigen Stuhl-

Von der Überlassung an einzelne Mitglieder der Gemeinde ausgeschlossen sind diejenigen Kirchenstühle, welche kraft öffentlichen Rechtes bestimmten kirchlichen Organen oder Behörden zustehen¹³⁾. Derartige Plätze müssen bei einer Änderung der vorhandenen Einrichtungen in geeigneter Weise wieder hergestellt und angewiesen werden.

Die Aufsicht über das Kirchengebäude steht dem Kirchenvorstande unter Oberaufsicht des Konsistoriums zu. Das Konsistorium hat auch die Aufgabe, aus eigenem Antriebe seinerseits auf den Zustand der Kirchengebäude sein Augenmerk zu richten¹⁴⁾. Es läßt daher dieselben einerseits regelmäßig bei den Kirchenvisitationen durch die Superintendenten¹⁵⁾, anderseits, so oft ein besonderer Anlaß es fordert oder die Gelegenheit sich bietet, durch seine Mitglieder oder die Kirchenvisitatoren unter Zuziehung von Bautechnikern nachsehen. Auf Grund der so erhaltenen Mitteilungen erläßt es die erforderlichen Verfügungen zur Abstellung der vorhandenen Mängel, soweit nicht Gefahr im Verzuge ist nach zuvoriger Anhörung des Kirchenvorstandes¹⁶⁾. Auch die Anregung zum Neubau von Kirchen kann ebensowohl, wie vom Kirchenvorstande, vom Konsistorium selbst ausgehen.

Die Veräußerung eines Kirchengebäudes mit dem Grund und Boden, auf welchem es steht¹⁷⁾, kann nur mit landesfürstlicher Ermächtigung geschehen,

nutzungsrechte unter und ergreifen keineswegs von selbst das neue Gestühl oder das Gestühl in dem neuen Kirchengebäude. Es muß vielmehr ein neues Uebereinkommen mit dem Kirchenvorstande geschlossen werden und eine neue Ueberweisung seitens des Letzteren stattfinden, wenn den früheren Stuhlnutzungsberechtigten wieder Kirchenstühle eingeräumt werden sollen. — Aber auch der Einführung der Stuhlfreiheit stehen die Stuhlnutzungsrechte nicht entgegen; selbst den Inhabern lebenslänglich eingeräumter Kirchenplätze kann ein Widerspruchrecht dagegen nicht zugestanden werden, da ihr Privatrecht dem öffentlichen Interesse der Kirchengemeinde notwendig weichen muß. Ob sie möglicherweise einen Teil des für die Stühle gezahlten Preises zurückfordern können, ist Sache der richterlichen Beurteilung.

¹³⁾ Kirchenvorstände, s. R. V. G. § 19; Geistlicher, Dyferrmann; das Konsistorium in bestimmten Kirchen, Kirchenpatrone (§ 68); hier und da auch staatliche Organe, Forstbeamte, Domänenpächter, auch wohl Organe der Ortsgemeinden. — Gutsherren, welchen das Patronatrecht nicht zusteht, haben an und für sich kein Anrecht auf einen besonderen Kirchenstuhl oder auf unentgeltliche Benutzung eines solchen, sondern müssen, wenn sie daselbe behaupten, sein Vorhandensein nachweisen. Aber auch ihr erwiesenes Recht unterliegt denselben Beschränkungen, wie das der Stuhlnutzungsberechtigten überhaupt.

¹⁴⁾ E. R. V. T. I c. XX § 1. — Verordnung, die Verwaltung der kirchlichen Angelegenheiten betr., v. 14. Apr. 1814 (Nr. 55) §§ 14. und 15. R. V. G. § 26. Ausgenommen von der Aufsicht des Konsistoriums sind die kirchlichen Gebäude in der Stadt Braunschweig (§ 43).

¹⁵⁾ Kirchenvisitationsordnung v. 6. Jan. 1873 (Nr. 4) §§ 7 und 11.

¹⁶⁾ R. V. G. § 26 Abs. 3.

¹⁷⁾ Der Verkauf einer Kirche auf den Abbruch, d. h. richtiger die Verdingung des Abbruches mit Überlassung des dabei zu gewinnenden Materials an den Unternehmer, behuf der Ausführung eines Kirchenneubaus auf derselben Stelle bedarf nur der Genehmigung des Konsistoriums. Der wirkliche Verkauf eines Kirchengebäudes, mit der Absicht daselbe als Gebäude in das Eigentum des Erwerbers übergehen zu lassen, bedarf zuvor der landesfürstlichen Verfügung, daß das Gebäude aufhören solle Kirche, und als solche dem privatrechtlichen Verkehre entzogen zu sein.

auch wenn ihr Anlaß dadurch gegeben ist, daß für die Gemeinde eine neue Kirche auf einem anderen Platze erbaut worden. Ergreift die Veräußerung zu Bestattungen benutzten Grund und Boden, so sind bei ihr überdies die bezüglich der Begräbnisplätze geltenden besonderen Rechtsätze (§ 137) zu beachten.

§ 115. (Fortsetzung.) **Kirchenbaupflicht. Kirchenbaulaß.**

Aus der Notwendigkeit, daß für die Befriedigung der kirchlichen Bedürfnisse eines jeden Teiles der Landeskirche gesorgt werde, ergibt sich für die Kirchenregierung die Befugnis, den Bau von Kirchen, auch wo solche bisher nicht vorhanden gewesen sind, sowie die Erweiterung vorhandener Kirchen, anzuordnen¹⁾. Träger der Verpflichtung, dem festgestellten Bedürfnisse auf Anforderung der Kirchenregierung mittelst Erbauung einer neuen Kirche abzuhelpen, ist, wo nicht nachweisbare Mittel dazu in einer kirchlichen Stiftung vorhanden sind, die Gemeinde²⁾. Das Konsistorium hat die Gemeinde unmittelbar oder durch den Kirchenvorstand (vgl. § 42) um die erforderlichen Geldmittel anzufragen. Bei ihrem Widerspruche wird die Frage, ob der Bau notwendig sei, d. h. ob ein kirchlicher Notstand (ein dringendes kirchliches Bedürfnis) ihn fordere, mittelst des oben im § 31 erörterten Verfahrens, zuletzt durch den Landesfürsten selbst, entschieden. Vgl. wegen neuer Pfarren § 124 und wegen neuer Pfarrspründen § 123 Anm. 6.

Daneben besteht selbstverständlich die rechtliche Verpflichtung zur Erhaltung der vorhandenen Kirchen, nötigenfalls durch Aufführung von Grund aus neuer Gebäude an Stelle völlig abgängig gewordenen³⁾. Träger dieser Verpflichtung ist in erster Linie die einzelne Kirche selbst⁴⁾. Sie hat mit ihrem Vermögen, soweit dasselbe dazu reicht, die Baukosten zu bestreiten. Als hin-

¹⁾ K. B. G. § 26 im vorletzten Absätze; § 27. Die Befugnis des Konsistoriums, „in Beziehung auf das kirchliche Bauwesen Verfügungen zu erlassen“, „um das Interesse der Kirche zu sichern“ (§ 26), und „Bauten zu beschließen“ (§ 27) ist nicht auf Verfügungen wegen bereits vorhandener Gebäude beschränkt. Sie in so engem Umfange verstehen zu wollen, heißt eine verhängnisvolle Lücke in das bestehende Recht hineininterpretieren.

²⁾ Die Kirchenregierung selbst besitzt keine Geldmittel für den Zweck; ihre Tätigkeit für ihn ist mit der Anordnung der Maßregel und der Durchsetzung ihrer Ausführung abgeschlossen.

³⁾ Allgemeine Landesordnung v. 1647 Art. 103 (Frederiks. Stein. I S. 67 ff.), Ei K. D. T. I c. XX § 1. — Der Umstand, daß die vorhandene Kirche in der Art ihres Baues oder in ihrem Umfange über das wirkliche Bedürfnis der an sie gewiesenen Gemeinde hinausgeht, befreit den Pflichtigen nicht von ihrer Unterhaltung, so lange diese ausführbar ist; er kann nur ein Motiv abgeben, einer baupflichtigen Gemeinde mit Rücksicht darauf, daß sie wesentlich zur Unterhaltung eines aus historisch-ästhetischen Rücksichten beachtenswerten Bauwerkes, also im öffentlichen Interesse, bedeutende Lasten zu tragen hat, diese durch Beihilfen aus öffentlichen Mitteln zu erleichtern.

⁴⁾ Vgl. Zeitschr. f. Rechtspf. III S. 37 ff.

reichend ist dasselbe anzusehen, wenn nach Bezahlung der augenblicklichen Baukosten soviel gesicherte Einkünfte übrig bleiben, daß mittelst derselben die regelmäßigen laufenden Ausgaben der Kirchenkasse einschließlich der Verzinsung und ordnungsmäßigen Tilgung etwaiger Anleihen bestritten werden können. Ob die Lage der Kirchenkasse so sei, daß sie den nötigen Bau allein zu bestreiten vermöge, wird nötigenfalls, wenn es die Gemeinde im Widerspruche gegen die kirchlichen Organe behauptet, durch das Verwaltungsverfahren (§ 31) entschieden. Als verwendbares Vermögen der Kirche kommt in Betracht:

- 1) ihr angesammelter Kapitalbestand;
- 2) ihr Kredit, der mittelst der Aufnahme von Anleihen, nötigenfalls unter Verpfändung ihrer fruchttragenden Grundstücke, bis zu der Grenze ihrer Fähigkeit zur Zins- und Abtragszahlung angespannt werden darf;
- 3) die ihr behuf Erleichterung ihrer Baupflicht eingeräumten Berechtigungen. Als solche sind von Bedeutung
 - a) bei nicht wenigen Kirchen, namentlich in der Harzgegend, die Berechtigung zum unentgeltlichen Bezuge des Bauholzes aus bestimmten Forsten, oder zum Bezuge desselben zu ermäßigtem Preise⁵⁾; auch zum Bezuge anderer Baumaterialien ohne Entgelt oder zu ermäßigtem Preise;
 - b) die Berechtigung, welche sämtlichen Kirchen auf dem Lande gegenüber den an sie gewiesenen Landgemeinden zusteht, aber auch in einigen Städten gilt, von den Gemeinden die Leistung aller für den Bau nötigen Fuhren und Handarbeiten (d. h. solcher Arbeiten, welche keine technische oder handwerksmäßige Schulung voraussetzen) in jedem Falle, ohne Rücksicht auf den Umfang der Mittel der Kirchenkasse zu beanspruchen. Diese Verpflichtung der Gemeinden, welche sich übrigens auf die Fuhren und Handarbeiten beim Bau von Pfarrhäusern und Opfereigebäuden mit erstreckt, beruht schon auf der allgemeinen Vorschrift der R. D. J. S. 441; sie ist daher landesrechtlicher Natur. Eine Gemeinde, welche ihr nicht zu unterliegen behauptete, würde den Beweis ihrer rechtmäßig erworbenen Freiheit davon führen müssen. Die Leistung der Fuhren und Handarbeiten erfolgt jetzt nicht mehr

⁵⁾ Wo eine derartige Bauholzberechtigung besteht, hat der Kirchenvorstand sorgsam auf die Befolgung der für ihre Geltendmachung erlassenen Vorschriften zu achten, damit nicht aus deren Vernachlässigung Schaden für die Kirchenkasse erwachse. Vgl. das Reglement v. 5. März 1835 (Bege IV S. 62 ff.)

durch die Gemeindegengenossen persönlich, sondern durch auf Gemeindegengenossen (§ 31) Gebungene⁶⁾.

Reicht das verwendbare Vermögen der Kirche nicht aus, so ist die Gemeinde wegen der Aufbringung der erforderlichen Geldmittel in Anspruch zu nehmen⁷⁾. Die völlige Freiheit der Gemeinde von dieser Last ist, weil sie der unerlässlichen Forderung dauernd gesicherten Bestandes der für jene bestehenden kirchlichen Einrichtungen widerspräche, undenkbar; sie kann daher auch durch den Umstand, daß die Gemeinde bis dahin tatsächlich noch nie zum Kirchenbau gesteuert hat, nicht begründet werden. — Neben der Gemeinde, in deren Ortsbezirk die Kirche liegt, sind regelmäßig auch die übrigen an die Kirche gewiesenen Gemeinden zu deren Unterhaltung verpflichtet. Diese Verpflichtung wird der Regel nach für eine Außengemeinde dadurch nicht aufgehoben oder beschränkt, daß sie eine Kapelle, d. h. ein nur ausnahmsweise zu gottesdienstlichen Handlungen dienendes Gebäude (§ 27 I) besitzt. Dagegen sind eigentliche Filialgemeinden, d. h. solche, welche eine eigene Kirche besitzen, in der regelmäßig Gottesdienst und Kasualien verrichtet werden, der Regel nach von Beiträgen zur Erhaltung der Mutterkirche befreit. Gemeinden einer kombinierten Mutterkirche, (§ 27 I) haben selbstverständlich nicht die Verpflichtung, zur Unterhaltung der fremden Mutterkirche, mit der sie zu einem Pfarrbezirk verbunden sind, beizusteuern. Vgl. übrigens § 31.

Der zur Besteuer herangezogenen Ortsgemeinde steht es frei, sich ihrerseits an derjenigen Person, von welcher sie behauptet hinsichtlich der Kirchenbaulast vertreten werden zu müssen, schadlos zu halten; sie kann deshalb aber die vorläufige Aufbringung der geforderten Leistung weder verweigern, noch verschieben⁸⁾. Als Träger der Kirchenbaulast anstatt der Gemeinde kommen vor

- a) Kirchenpatrone, jedoch nur in seltenen Fällen⁹⁾. Die Gemeinde muß im Streitfalle den Beweis der Verpflichtung des Patrons erbringen.

⁶⁾ Gef., die Aufbringung der Parochiallasten in den Landgemeinden betr., v. 18. Juni 1864 (Nr. 30) § 3; Gef., die Aufbringung der Parochiallasten in den Städten betr., v. 26. Juni 1892 (Nr. 20) § 3.

⁷⁾ Allgemeine Landesordnung a. a. O. (Ann. 3); R. V. G. § 27. — Der an dieser Stelle erwähnte Fall, daß Gemeinden „ohne Rücksicht auf die Mittel der Kirchenkasse“ zur Uebernahme von Kirchenbaukosten verpflichtet sind, umfaßt einerseits die im Eingange des gegenwärtigen § erwähnte Verpflichtung, andernteils die Leistung der Führen und Handarbeiten, außerdem aber auch die durch örtliche Rechtsbildung hier und da entstandene Verpflichtung von Gemeinden zur Erhaltung bestimmter mit dem Kirchengebäude in Verbindung gebrachter Gegenstände, wie Glocken, Orgel u. dgl. S. § 117.

⁸⁾ R. V. G. § 31.

⁹⁾ Der Eigentümer des Ritterguts Sambleben wegen der Kirche daselbst; der Eigentümer des Rittergutes Brunkensen wegen der Kirche daselbst; jedoch nicht ohne entschiedenen Widerspruch. Die in der anonymen Abhandlung „Bemerkungen über das Verhältnis des Patrons zur Kirche nach gemeinem und Braunschweig-Wolfenbüttelschem Recht“, Hildes-

- b) die Herzogliche Kammer, Direktion der Domänen, als Vertreterin sowohl einzelner Bestandteile des Kammergutes als einer Anzahl von Stifts- und Klostergütern wegen der auf Kosten derselben gegründeten und zu unterhaltenden Kirchen. Neben der Baulast bezüglich der Kirche tragen diese Güter häufig auch die Baulast bezüglich der zu der Kirche gehörigen Pfarre und Opferei (Schule)¹⁹⁾.
- c) die Klosterreinertragskasse, in dieser Beziehung durch die herzogliche

heim 1801, aufgestellte Behauptung, daß der Patron bei ungenügenden Kirchenmitteln in erster Linie, also vor der Gemeinde, haupflichtig sei, ist nicht erweislich. Der Verfasser der Abhandlung folgert daraus überdies nicht, daß der Patron in dem angegebenen Falle zur Uebernahme der Kirchenbaukosten gezwungen werden könne, sondern nur, daß er bei fortgesetzter Weigerung, die Kirche zu reparieren, des Patronatrechtes verlustig gehe; seine Auffassung würde also in der Praxis nicht dahin führen, die Gemeinde von der Kirchenbaulast zu befreien.

¹⁹⁾ Domkirche in Braunschweig — auch Pfarrhaus, Domkantorhaus und Friedhof — (Stift S. Blasii).

Kirche des Kreuzklosters in Braunschweig — auch Opfereigebäude — (Kreuzkloster); desgl. Pfarre in Lehnborn.

Kirche — auch Schule — in Steterburg (Kloster Steterburg).

Kirche in Melverode (dass.)

Pfarre in Delsburg (Domäne Lichtenberg).

Kirche — auch Schule — in Riddagshausen (Kloster Riddagshausen); desgl. Pfarre in Quernum.

Kirche — auch Pfarre — in Hondelage (dass.)

Kirche in Sophiental (Gut Fürstenau in Gemeinschaft mit der Gemeinde).

Kirche — auch Pfarre — in Gr. Winnigstedt (Kloster Riddagshausen).

Kirche — auch Pfarre und zwei Schulhäuser — in Stift Königs-Lutter; die Schulhäuser in Gemeinschaft mit der Gemeinde).

Kirche in Süpplingenburg (Konturrei Süpplingenburg).

Kirche — auch Pfarre und Schule — in Mariental — (Kloster Mariental).

Kapelle — auch Schule — in Barmke (dass.)

Kirche in Grasleben (dass.)

Kirche — auch Pfarre — in Marienberg (Kloster Marienberg).

Kirche zu S. Lorenz in Schöningen (Kloster S. Lorenz daselbst).

Pfarrhaus in Hoiersdorf (dasselbe in Gemeinschaft mit der S. Stephanskirchenkasse in Schöningen [§ 27 Anm. 8] und der Gemeinde Hoiersdorf).

Kirche zur Claus in Schöningen (Domäne Schöningen).

Kirche in Dfleben (Klostergut das., jedoch nur nach Erschöpfung der gut dotierten Kirchenkasse); auch Pfarre das. in Gemeinschaft mit der Kirchenkasse.

Kirche — auch Primariatspfarre, Rektorwohnung, Knabenschule und Lehrerwohnung — in Gandersheim (Stift Gandersheim).

Kirche zur Elus bei Gandersheim (Stiftsgut Elus), Kapelle in Dankelsheim (dass.)

Kirche in Amelunborn (Kloster Amelunborn) — auch Pfarre in Regenborn — (dass.)

Kirche in Kemnade (Kloster Kemnade).

Oberpfarre in Blankenburg (Domäne Blankenburg).

Kirche — auch Pfarre — in Walkenried (Stift Walkenried).

Kirche — auch Schule — in Neuhoß (dass.)

Kirche — auch Glockenhaus und Pfarre — in Wieda (dass.) *unt.*

Kirche — auch Glockenhaus und Pfarre — in Zorge (dass.)

Kirche — auch Pfarre — in Hohegeiß (dass.)

Kirche — auch Schule — in Michaelstein (Kloster Michaelstein).

Betfaal und Schule in Vangeleben wird unterhalten durch die Kammer, Dir. der Forsten.

Vgl. Landdomänenamt v. 30. 11. 27 - Nr. B IV 3 gen.
- Abdr. in P (IV) 472

Baudirektion vertreten, wegen verschiedener erst in neuerer Zeit staatsseitig gegründeter Kirchen und Kapellen¹¹⁾.

Dem Konsistorium ist unbenommen, anstatt der Gemeinde die für sie baupflichtige Stelle unmittelbar in Anspruch zu nehmen¹²⁾.

§ 116. (Fortsetzung). **Ausführung der Kirchenbauten.**

Beratung und Beschlußfassung über Bauarbeiten an den ihm unterstellten Gebäuden sowie über Neubauten derselben hat der Kirchenvorstand für sich, ohne Zuziehung der zahlungspflichtigen Person oder Stelle, vorzunehmen. Diese ist wegen der nötigen Geldmittel erst anzugehen, nachdem die Genehmigung des Bauplans durch das Konsistorium erteilt worden¹⁾.

Für die weiteren Vorbereitungen zu den beschlossenen Kirchenbauten, insbesondere die Herstellung der Pläne und Anschläge dazu, hat der Kirchenvorstand zu sorgen. Die Genehmigung derselben steht dem Konsistorium zu²⁾.

Die Ausführung der genehmigten Bauten hat der Kirchenvorstand nach Anweisung des Konsistoriums zu besorgen³⁾. Soweit jedoch die Staatskasse (Kammergut, Klosterreinertragskasse) die Bauten bezahlt, liegt die Sorge für

¹¹⁾ Die Beträge und Schulhäuser, in denen sie enthalten sind, zu Neuwerk, Altenbrak und Treseburg, sowie Schornborn. Wegen Altenbrak s. jetzt Art. 15 des Landtagsabschlusses v. 14. Sept. 1899 (Nr. 83).

¹²⁾ R. B. G. § 31 Abs. Dies Verfahren ist üblich zwischen dem Konsistorium einerseits und der herzoglichen Kammer sowie der herz. Baudirektion andererseits in den Fällen, in welchen die Verpflichtungsfrage selbst nicht bestritten ist. Um dasselbe in einen regelmässigen Gang zu bringen, ist in Veranlassung von Verfügungen des Staatsministeriums durch Ausschreiben v. 17. Okt. 1877 angeordnet, daß die örtlichen Vertretungen der in Betracht kommenden Kirchen (auch Pfarren und Pfrerien, bezw. Schulen) zu Anfang eines jeden Jahres an das Konsistorium berichten sollen, was ihrer Ansicht nach während des nächstfolgenden Jahres oder der nächsten zweijährigen Finanzperiode für die fraglichen Gebäude an Bau- und Reparaturarbeiten erforderlich ist. Darauf wird eine Prüfung dieser Anträge durch die Baudirektion (§ 8 des Ges. v. 15. Okt. 1832 (Nr. 31) angeordnet und nach den dabei, sowie anderweitig aus der Beobachtung der fraglichen Gebäude gewonnenen Ergebnissen eine Zusammenstellung derjenigen Anforderungen angefertigt, welche hinsichtlich der Bauarbeiten an diesen Gebäuden für das nächstfolgende Jahr oder für die nächste Finanzperiode an die Kammer, Direktion der Domänen, gerichtet werden müssen, und der letzteren zugestellt. Auf den Antrag der Kammer stellt sodann das Staatsministerium die einzelnen Beträge fest, welche für den bezeichneten Zweck innerhalb des nächsten Jahres oder der nächsten Finanzperiode verwandt werden sollen. — Würden bei diesem Verfahren die Geldmittel für einen notwendigen Bau an einer Kirche ganz, oder zur Zeit, oder in dem erforderlichen Umfange verweigert, so stände selbstverständlich der Vertretung der Kirche der Rechtsweg gegen die Kammer offen.

¹⁾ Ausschreiben v. 10. Februar 1877. — Abweichungen von dem obigen förmlichen Verfahren sollten gegenüber den Vertretungen der Ortsgemeinde nur dann vorkommen, wenn deren wesentliche Uebereinstimmung mit dem Kirchenvorstande in der fraglichen Angelegenheit von vorn herein zweifellos ist.

²⁾ R. B. G. § 26, 2.

³⁾ R. B. G. § 26, 2. Bedient er sich dabei der Hilfe der staatlichen Baubeamten, so haben diese dafür Vergütung zu fordern; (Ges., die Organisation der herz. Baudirektion betr., v. 15. Okt. 1832 (Nr. 31) § 27), ihre Liquidationen sind nach dem Reglement v. 19. Sept. 1835 durch die Baudirektion festzustellen.

deren Ausführung der herz. Baudirektion in soweit ob, daß sie dieselbe leitet und beaufsichtigt⁴⁾).

Wegen der Art der Ausführung enthalten die vom Konsistorium unterm 6. Mai 1863 veröffentlichten „Allgemeinen Grundsätze, welche bei dem Baue evangelischer Kirchen zu berücksichtigen sind⁵⁾“, maßgebende Bestimmungen.

Über das Verfahren zur Einleitung der Ausführung und bei dieser selbst sind wiederholt Instruktionen erlassen⁶⁾), ohne daß damit Zweifel über die Behandlung der einzelnen Sache ausgeschlossen wären; vorkommendenfalls ist die Entscheidung des Konsistoriums einzuholen, welches dann die erforderlichen besonderen Bestimmungen für den vorliegenden Fall erläßt.

Wegen der Einweihung einer vollendeten Kirche sind Bestimmungen in der Anlage zum Kirchengesetze, die liturgische Ordnung der Nebengottesdienste betr.⁷⁾, enthalten. Dieselbe darf nur auf Anordnung des Konsistoriums und durch den von diesem damit Beauftragten⁸⁾ vorgenommen werden. Sie hat zu geschehen, sowohl wenn ein vollständiger Neubau des Kirchengebäudes geschehen ist, als auch, wenn nur ein Umbau des Innern, unter Berührung des Altars, der Kanzel oder des Taufsteins, und dergestalt ausgeführt ist, daß der Gottesdienst in der Kirche hat für längere Zeit ausgesetzt werden müssen.

Um eine etwa begehrte staatliche Beihilfe zu den Baukosten hat die Gemeinde, welche dieselben hat tragen müssen, unter Nachweis von deren Höhe und mit Darlegung ihrer Vermögensverhältnisse beim Staatsministerium nachzusehen. Vor der Entscheidung wird regelmäßig das Konsistorium und die betreffende Kreisdirektion über die Angelegenheit gehört. Die Beihilfen erfolgen aus dem von der Landesversammlung dem Staatsministerium seit längeren Jahren stets zur Verfügung gestellten „Fonds zur Unterstützung der Gemeinden bei Kirchen- und Schulbauten⁹⁾“.

⁴⁾ § 8 Abs. 1 und 2 des ang. Gef. v. 1832.

⁵⁾ Abgedr. Bege IX S. 283 ff.

⁶⁾ Z. B. unterm 27. März 1880.

⁷⁾ Vom 14. Aug. 1893 (Nr. 42).

⁸⁾ So ist der in der ang. Anlage gebrauchte Ausdruck „auf kirchenregimentliche Anordnung“ und „durch den vom kirchenregimentlichen Beauftragten“ zu verstehen (vgl. § 16 Anm.) — Beauftragt wird regelmäßig der Superintendent. — Reisekosten und Diäten des Beauftragten (§ 56) trägt die Kirchencasse bei der einzuweihenden Kirche. — Wegen Anliegen betr. Teilnahme des Landesfürsten an Einweihungen s. Ausfchr. v. 9. Mai 1898 (Amtsbl. S. 19).

⁹⁾ Z. B. Landtagsabschied v. 1890 (Nr. 59) Unteranl. zu Anl. A Nr. 1 (S. 266); Landtagsabschied v. 1892 (Nr. 61) Unteranl. zu Anl. A Nr. 1 (S. 536); Ein Fonds zur unmittelbaren Unterstützung bedürftiger Kirchencassen ist nicht vorhanden. Seit 1896 werden die von einzelnen Gemeinden oder von den Kreisdirektionen gestellten Anträge auf Bewilligung von Beihilfen vom Konsistorium gesammelt und in der Zeit vom 1. Februar bis 21. März jedes Jahres dem Staatsministerium in tabellarischer Form und unter Beifügung des nötigen Materials mit den Vorschlägen des Konsistoriums vorgelegt.

§ 117. cc. **Bewegliche Sachen. Kircheninventar.**

A. Das Kirchengebäude muß mit allen den Einrichtungen versehen sein, und es müssen in oder bei dem Kirchengebäude alle die Gegenstände sich finden, deren Vorhandensein zur ordnungsmäßigen Verrichtung der Gottesdienste erfordert wird. Die Anschaffung und Unterhaltung dieser Sachen liegt der Kirchenkasse (§ 120) und bei deren Unvermögen der Gemeinde (§ 30) ob. Das Eigentum an denselben steht der Kirche zu. Dahin gehören:

1) Mindestens eine Glocke zum Läuten¹⁾. Eine Mehrzahl von Glocken ist erwünscht, aber nicht notwendig. — Eigentum der Ortsgemeinde an den Glocken besteht nicht, wenn sie gleich auch bei öffentlicher Gefahr auf Anordnung der Gemeindeobrigkeit geläutet werden müssen. In wie weit dies einzutreten hat, bestimmt bei Bränden der Ortsgebrauch²⁾.

2) Ein Kruzifix auf dem Altare.

3) Zwei Leuchter für den Altar und die Kerzen dazu (§ 87)³⁾.

4) Die Abendmahlsgeräte⁴⁾, sowie die zur Feier des Abendmahles nötige Menge von Wein⁵⁾ und Oblaten.

5) Altarbekleidungen nebst den nötigen Leinwanddecken (§ 84 und 87), Kanzel- und Lesepultbekleidungen⁶⁾.

6) Taufgeräte nebst den nötigen Leinwandtüchern.

7) Tafeln nebst Zubehör zum Aufschreiben oder Anstecken der Gesangsnummern.

8) Becken oder Büchse zur Aufnahme der für die Armen bestimmten Gaben der Gemeindeglieder nach dem Gottesdienste sowie der Kollektengelder⁷⁾ (§ 121).

¹⁾ Das Läuten zu den Gottesdiensten, wie auch das f. g. Vesperläuten an den Vorabenden der Sonn- und Festtage ist schon bestimmte Vorschrift der K. D. Z. Vgl. das. 3. B. S. 7, 9, 38, 46, 50, 87.

²⁾ Gei., das Feuerhülfswesen betr., v. 2. Apr. 1874 (Nr. 16) § 32.

³⁾ Die Kerzen sollen erneuert werden, so oft sie bis auf sechs Zoll herabgebrannt sind. Reskr. des Konfist. v. 27. Nov. 1847 (Bege VI S. 128). Der Ueberrest wird nicht für die Kirchenkasse verwertet, sondern fällt je nach örtlichem Herkommen, entweder dem Opfermann allein, oder dem Opfermann und dem Geistlichen zusammen zu.

⁴⁾ Dieselben sollen gleich dem Taufbecken aus geeignetem Metall hergestellt sein. Daß sie aus edlem Metall bestehen, ist wünschenswert, aber nicht notwendig.

⁵⁾ Als verbrauchter Wein darf in der Kirchenrechnung bei den öffentlichen Abendmahls-handlungen auf 30 Abendmahls Gäste ein Liter Wein angesetzt und zu 1,25 Mk. berechnet werden. Bei Privatkommunionen und Krankenberichtungen sind für den Wein 20 Pfg. auf die Person in der Rechnung zu verausgaben.

⁶⁾ Notwendig ist das Vorhandensein einer solchen Bekleidung, wünschenswert, daß drei verschiedene, eine für die gewöhnlichen Sonntage, eine für die Fasten- und Passionszeit, eine für die hohen Feste, gebraucht werden können.

⁷⁾ Wiewohl die Beceingelder in der Regel der kirchlichen Armenkasse, und die Kollektengelder immer der Stelle, für welche sie gesammelt werden, zufließen, ist die Haltung der Vorrichtungen zu ihrer Einsammlung doch Sache der Kirchenkasse.

9) Einrichtungen zur Erleuchtung der Kirche, wo diese herkömmlich stattfindet⁸⁾.

10) Einrichtungen zur Heizung der Kirche⁹⁾.

11) Einrichtungen und Sachen zum Reinigen der Kirche.

12) Bestimmte Bücher zum amtlichen Gebrauche des Geistlichen und des Opferrmannes¹⁰⁾ sowie des Kirchenvorstandes¹¹⁾.

B. Häufig werden noch andere bewegliche Gegenstände oder Einrichtungen in und am Kirchengebäude angebracht, welche nicht zu dessen unbedingt nötiger Ausstattung gehören. Insbesondere:

1) Kirchenorgeln¹²⁾. Das Eigentum an der Orgel geht mit ihrer Aufstellung in dem Kirchengebäude vermöge der festen Verbindung mit letzterem auf die Kirche über.

2) Turmuhren. — Das Interesse der Kirche am Vorhandensein einer Uhr auf dem Kirchengebäude ist so gering, daß die Kirchentasse zur Anschaffung und Unterhaltung derselben nur eintritt, soweit ein besonderer Verpflichtungsgrund oder das Herkommen sie dazu zweifellos verbindet. In den übrigen Fällen ist beides Sache der Gemeinde, der, wo sie die Anschaffung und Unterhaltung der Uhr ohne Mitwirkung der Kirchentasse besorgt, auch das Eigentum

m. Hanpe
1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12.
⁸⁾ Wo bisher Gottesdienste bei erleuchteter Kirche nicht stattgefunden haben, kann die Abhaltung derselben als unbedingtes kirchliches Bedürfnis nicht angesehen werden. Die Einführung derselben ist daher nur dann möglich, wenn entweder die Mittel der Kirchentasse zweifellos zur Uebernahme der Beleuchtungskosten hinreichen (§ 120), oder die Gemeinde sich mit der Beleuchtung ausdrücklich einverstanden und zur Deckung der Kosten für den Fall des Unvermögens der Kirchentasse bereit erklärt hat.

⁹⁾ Auch die Heizung der Kirche kann nicht als ein Bedürfnis angesehen werden, dessen Befriedigung im Wege des Zwanges gegen die zur Uebernahme der Kosten nicht bereite Gemeinde durchzusetzen wäre. Es gilt von ihr, was in Anm. 8 wegen der Einführung der Beleuchtung gesagt ist. *A. M. Preuss. Gesetz (Hft. 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12.)*.

¹⁰⁾ Vgl. E. R. D. T. I c. XIX § 9. — Dahin gehören: Bibel, Gesangbuch, Agende (§ 82; vgl. Amtsblatt 1889, S. 104); Sammlungen von Predigten für die Lesegottesdienste (§ 82); das Landeschoralbuch nebst dem Orgelsage für die liturgischen Stücke des Gottesdienstes (§ 82, vgl. auch § 102 Anm. 3); Müller-Karstens Kirchenbuchführung (§ 91). Daß die E. R. D. vorhanden sein und erforderlichenfalls auf Kosten der Kirchentasse angeschafft werden muß, ist eingeschärft in dem nach Veranstaltung eines Neudruckes derselben erlassenen Ausschreiben v. 13. Sept. 1862 (Bege IX S. 277).

¹¹⁾ Exemplare des Kirchenvorstandsgegesetzes; andere für die kirchliche Verwaltung wichtige Gesetze; Sammlungen solcher oder andere Werke nur, wenn es der Kirchenvorstand beschließt und die Kirchentasse die erforderlichen Mittel besitzt. — Wegen des Amtsblattes s. § 90 Anm. 2.

¹²⁾ Der Gebrauch der Orgel beim Gottesdienste ist im allgemeinen nicht notwendig, wenn gleich sehr wünschenswert. Daher kann, wo bisher eine Orgel nicht vorhanden gewesen, die Kirchentasse deren Anschaffung und Unterhaltung nur übernehmen, wenn entweder sie reichliche Mittel dazu besitzt, oder die Gemeinde zustimmt und nötigenfalls mit Geldmitteln einzutreten bereit ist. Wo jedoch eine Orgel herkömmlich gebraucht wird, ist ihr Vorhandensein als ein kirchliches Bedürfnis dieser einzelnen Gemeinde anzusehen, so daß ihre Erhaltung und Erneuerung nötigenfalls erzwungen werden kann. S. Zeitschr. f. Rechtspf. IX S. 39. — Die älteren Beschränkungen des Gebrauches der Orgel beim Gottesdienste sind seit 1829 hinweggefallen. S. Refr. v. 3. Jan. 1829 (Bege II S. 198).

an der Uhr ungeachtet der Aufstellung derselben im Kirchengebäude nicht abzusprechen ist. — Wegen der Wartung der Turmuhr durch den Opferrmann s. oben § 102. Die Beaufsichtigung der Uhr ist daneben häufig einem Techniker übertragen, der sie nach Maßgabe des mit ihm abgeschlossenen Verdingkontraktes von Zeit zu Zeit durchzusehen und zu reparieren hat. Hinsichtlich der Zahlung des Verdinggelbes gilt, was bezüglich der Unterhaltungskosten gesagt ist. — Mit der Turmuhr ist nicht selten ein Betglockenanschlagewerk verbunden. Anschaffung und Unterhaltung desselben auf Kosten der Kirchenkasse findet regelmäßig nicht statt¹³⁾.

3) Begräbnisgeräte¹⁴⁾.

Die Gesamtheit der der einzelnen Kirche gehörigen beweglichen oder mit dem Kirchengebäude zu bestimmtem kirchlichen Gebrauche verbundenen Gegenstände bildet das sog. Kircheninventar¹⁵⁾. Über dasselbe ist ein Verzeichnis seitens des Geistlichen, oder, wo ein besonderer Kirchenrechnungsführer angestellt ist, (§ 93) seitens des letzteren, zu führen und etwa alle fünf Jahre als Anhang der Kirchenrechnung¹⁶⁾ dem Konsistorium zur Einsicht vorzulegen. Auch ist am Schlusse jeder Rechnung zu bemerken, welche Gegenstände im Rechnungsjahre zum Kircheninventare hinzugekommen sind.

Die Veräußerung von Stücken des Kircheninventars ist, soweit sie dem kirchlichen Gebrauch dienen, durch diesen Zweck ausgeschlossen; nachdem sie auf gehört haben, ihm zu dienen, sollen sie von dem Kirchenvorstande nicht ohne

¹³⁾ Die Anschaffung der Betglockenanschlagewerke erscheint häufig im Interesse des Schulfunktes oder der Person des Lehrers erwünscht. Die Kosten sind demnach der Regel nach, wie andere Ausgaben zum Vorteil der Schule, von der Gemeinde zu bestreiten, ausnahmsweise sind sie auch mittelst einer für die Schulstelle abgeschlossenen Anleihe aufgebracht. Die oben im Texte B 2 vertretene Ansicht wird bekämpft von Hampe, Braunschw. Privatrecht, 2. Aufl. (1901) S. 99 Anm. 34.

¹⁴⁾ Diese werden von der Kirche regelmäßig nur dann gehalten, wenn für ihre Benutzung Abgaben an die Kirchenkasse erfolgen. Im Uebrigen ist ihre Beschaffung Sache des Totengräbers (§ 106), oder eines Unternehmers (Leichenwagen), oder der Gemeinde (Wahren). Ob da, wo die Kirche dergleichen Geräte besitzt, die Gemeindeglieder verbunden sind, sich derselben mit Ausschluß gleichartiger im Eigentume eines Anderen stehender zu bedienen, ist nach örtlichem Rechte zu entscheiden.

Zur Aufbewahrung einzelner dieser Geräte dient häufig, auch wo sie nicht im Eigentum der Kirche stehen, nach dem Herkommen ein Vorbau am Kirchengebäude (die Turmhalle). Uebrigens ist es Sache des Eigentümers, für ihre Unterbringung zu sorgen. — Sind bei der letzteren besondere „Wahrenhäuser“ vorhanden (zu deren Anlegung, wenn sie auf Grund und Boden der Kirche oder auf dem Friedhofe geschehen soll, die Zustimmung des Kirchenvorstandes und die Genehmigung des Konsistoriums erforderlich ist), so hat die Gemeinde die Kosten von deren Unterhaltung zu tragen.

¹⁵⁾ Die Sitze für die Kirchenbesucher sind in der Regel mit dem Kirchengebäude fest als Teile desselben verbunden: Kirchengestühl (§ 114). Soweit sie beweglich sind, gehören sie zum Kircheninventar, ebenso, wie die Einrichtung der Sakristei, soweit diese beweglich ist. — Ob ein mit dem Kirchengebäude verbundener Gegenstand als Gebäudeteil oder als Stück des Inventars anzusehen sei, kann unter Umständen zweifelhaft erscheinen.

¹⁷⁾ Konsist.-Ausfchr. v. 5. Okt. 1805 Nr. 6 (Frederds. Stein. II S. 21).

Genehmigung des Konfistoriums veräußert werden, damit Zerstörung oder Verschleppung geschichtlich oder kunstgeschichtlich merkwürdiger Gegenstände kirchlichen Eigentums verhütet werden¹⁷⁾.

§ 118. dd. Rechte verschiedener Art.

Zum Kirchenvermögen können nutzbare Rechte mannigfacher Art gehören¹⁾. Insbesondere:

1) Dingliche Rechte an Grundstücken, welche geschichtlich ihren Ursprung größtenteils in der Überlassung von Eigentum der Kirche an Andere zu dauernder, der Zeit nach nicht beschränkter Nutzung (Verleihung zu Erbenzinsrecht, zu Meierrecht u. dgl. m.)²⁾ gehabt haben. Diese Rechte sind zur Zeit durchgehends im Wege der Ablösung beseitigt oder in der Ablösung begriffen.

2) Anteil an der Jagdpacht nach Maßgabe des Grundbesitzes der Kirche auf der zur Jagd verpachteten Feldmark.

3) Teilnahmerechte an Gemeinheiten, namentlich an Weide, Holzmast und Holznutzung (vgl. § 126). Bei der Teilnahme an den Gemeinheiten ist die Kirche regelmäßig frei von den für die übrigen Teilnehmer mit dem Teilnahmerechte verbundenen Verpflichtungen und Lasten. — Das Weiderecht pflegt so geübt zu werden, daß die Kirche die Befugnis zum Austreiben der Zahl von Kühen oder von anderem Vieh, welche ihr zugestanden ist, im Ganzen, oder in einzelnen Teilen verpachtet³⁾. Hier und da sind die so begründeten Pachtrechte (sog. Kirchenkühe) im Laufe der Zeit zu dauernden, mit dem Besitze gewisser Häuser oder Höfe verbundenen Berechtigungen umgewandelt, für welche die Kirche nichts mehr, als einen geringen Zins erhält; in diesen Fällen wird zur Zeit auf die Ablösung des Zinses (Kirchenkuhzinnes) Bedacht genommen. — Die Teilnahmerechte sind größtenteils bereits gegen Entschädigung aufgehoben oder werden der Aufhebung infolge der Gemeinheitsteilungen bald unterliegen.

4) Gebühren bei kirchlichen Handlungen, z. B. für Glockengeläut, für Benutzung der Begräbnisgeräte u. dgl. m.⁴⁾.

¹⁷⁾ Ausfchr. v. 10. Nov. 1888 (Amtsblatt S. 149 ff.) Trotz des Verbotes ohne Genehmigung des Konfistoriums gezeichnete Veräußerungen würden um deswillen zivilrechtlich nicht ungültig sein, aber disziplinarisch am Kirchenvorstande, insbesondere seinem Vorsitzenden, geahndet werden. Vgl. auch Konfist.-Reskr. v. 8. Aug. 1894 (Amtsbl. S. 43).

¹⁾ Es gibt kein Gesetz, welches die Kirche vom Besitze bestimmter nutzbarer Rechte ausschließt.

²⁾ Die Ueberlassung der Kirchengrundstücke zu derartiger Nutzung, welche in älterer Zeit sehr gebräuchlich war, ist später verboten. § 113 Anm. 5.

³⁾ Vgl. Verordnung. v. 1696 bei Fredersb. Stein. II S. 30.

⁴⁾ S. § 3 des Ges., die Aufhebung der Stollgebühren betr., v. 31. Mai 1871 (Nr. 33).

Die Frage, ob und welche derartige Berechtigungen einer bestimmten Kirche zustehen, ist nur nach örtlichem Rechte zu entscheiden.

§ 119. ee. **Kirchenkapitale.**

Bares Geld, welches in der Kirchenkasse vereinnahmt wird und nicht zu rascher Wiederverausgabung bereit gehalten werden muß, soll schleunigst nutzbringend angelegt werden. Vgl. § 93 Anm. 28. Über die Art der Anlegung hat der Kirchenvorstand zu beschließen¹⁾. Sie geschieht entweder gegen Hypothek (bezw. Grund- oder Rentenschuld) nach eingeholter Genehmigung des Konsistoriums (s. jedoch § 131 Anm. 6) oder, ohne daß es der letzteren bedürfte, mittelst Ankaufes von Wertpapieren, welche als zulässig für diesen Zweck durch Gesetz oder durch besondere Verfügung des Staatsministeriums bezeichnet sind.

Nach dem Gesetze sind zulässig:

- 1) verbrieftte Forderungen gegen das Reich oder einen Bundesstaat, sowie Forderungen, die in das Reichsschuldbuch oder in das Staatsschuldbuch eines Bundesstaats eingetragen sind;
- 2) verbrieftte Forderungen, deren Verzinsung von dem Reiche oder einem Bundesstaate gewährleistet ist;
- 3) Landes-, Leihhauslandes- oder Kammererschuldverschreibungen;
- 4) Schuldverschreibungen, die ein Kreiskommunalverband oder eine Stadt des Herzogtums ausgegeben hat;
- 5) Schuldverschreibungen des ritterschaftlichen Kreditvereins,
- 6) sonstige Schuldverschreibungen und Sparkassen, die das Staatsministerium unter Zustimmung des Ausschusses der Landesversammlung zur Anlegung von Mündelgeld für geeignet erklärt²⁾.

Kleinere Beträge (bis 200 Mk.) können bei den Leihhaussparkassen belegt werden³⁾.

Eine Anlegung in Prämienanleihen ist nicht gestattet.

¹⁾ R. B. G. § 26, 4. — Bezüglich des Ankaufes der ein für alle Mal zugelassenen Wertpapiere pflegen die Rechnungsführer durch allgemeine Ermächtigung der Notwendigkeit, in jedem einzelnen Falle einen Beschluß des Kirchenvorstandes herbeizuführen, überhoben zu sein.

²⁾ § 103 des Ausführungsgef. zum Bürgerl. Gesetzbuche v. 12. Juni 1899 (Nr. 36). Nach diesem Gef. bedarf der Kirchenvorstand zum Ankaufe von Wertpapieren nicht der Genehmigung des Konsistoriums. Insofern ist § 26, 4 R. B. G. abgeändert. Dagegen ist die Bestimmung dieses Paragraphen, daß dem Konsistorium die geschehene ordnungsmäßige Kapitalbelegung angezeigt werden soll, in dem Ausfchr. v. 30. Nov. 1897 (S. 73) wiederholt und dahin präzisiert, daß die Anzeige 14 Tage nach dem Erwerbe des Wertpapiers zu erstatten und derselben die Hinterlegungsbescheinigung beizufügen sei.

³⁾ Ausführungsgef. zum Bürgerlichen Gesetzb. § 103 Abs. 1.

Kann die Anlegung den Umständen nach nicht in der oben bezeichneten Weise erfolgen, so ist das Geld bei der Reichsbank oder bei einer vom Staatsministerium unter Zustimmung des Ausschusses des Landesversammlung für geeignet erklärten Bank im Herzogtume anzulegen⁴⁾.

Sämtliche auf den Inhaber lautende Wertpapiere der Kirche sind bei dem zuständigen herzoglichen Leihhause zu hinterlegen⁵⁾, wofür eine Gebühr bezahlt werden muß⁶⁾.

Hinsichtlich des Zweckes und der Verwendung der Kirchenkapitale ist ein Unterschied nach der Art ihrer Entstehung zu machen. Bilden sie den Ersatz für veräußerte Grundstücke oder aufgehobene Berechtigungen der Kirche, so sollen sie bezüglich ihrer Weggabe ähnlich behandelt werden, wie die Grundstücke (§ 113); ihre Verausgabung darf daher nur im wirklichen Notfalle geschehen, wenn sie nicht etwa zum Wiedererwerbe von Grundstücken erfolgen soll⁷⁾. Um den Bestand derartiger Kapitale, insbesondere der Ablösungskapitale, übersehen und kontrollieren zu können, ist vorgeschrieben, daß ein Verzeichnis derselben, gefondert und kenntlich hervorgehoben aus dem übrigen Vermögensbestande, jeder Kirchenrechnung angehängt werden soll⁸⁾.

Diejenigen Kapitale dagegen, welche durch Ansammeln der Jahreseinkünfte entstanden sind, dürfen je nach den obwaltenden Bedürfnissen unter Genehmigung des Konsistoriums⁹⁾ wieder eingezogen und zu den der Kirchentasse obliegenden Ausgaben verwandt werden.

Den Kirchenkapitalen gleich hinsichtlich der Anlegung werden Gelder behandelt, welche von Privaten für eine Kirche, einen kirchlichen Zweck oder ein Werk der christlichen Liebe mit der Bestimmung gestiftet sind, daß sie von dem Geistlichen oder dem Kirchenvorstande verwaltet und verwendet werden sollen (vgl. § 42 Anm. 1). Über die Annahme derartiger Aufträge entscheidet das Konsistorium nach dem Gesichtspunkte, daß eine zu weit gehende Belastung des Geistlichen oder Kirchenvorstandes mit derartigen außerordentlichen Geschäften vermieden werden soll, und die Möglichkeit der Inanspruchnahme der

⁴⁾ Bürgerliches Gesetzb. § 1808, Ausführungsgef. § 102.

⁵⁾ Gef. über das Hinterlegungsweisen v. 12. Juni 1899 (Nr. 40), §§ 3, 11, 23—32, 41—44, Ausführungsgef. z. B. G. §§ 104—107.

⁶⁾ Gef. über das Hinterlegungsweisen § 58, Bekanntmachung v. 3. Juli 1899 (Nr. 53).

⁷⁾ Vgl. Ausfchr. v. 7. Febr. 1891 (Amtsbl. S. 14 ff.)

⁸⁾ Ausfchr. v. 17. Mai 1848 (Gedruckt).

⁹⁾ R. B. G. § 26, 4. — Das Konsistorium hat bezüglich hinterlegter Wertpapiere eine Ermächtigung zur Wiederaushändigung, bezüglich außer Kurs gesetzter überdies eine Ermächtigung zur Wiederinkurserklärung zu erteilen. Wegen der Notwendigkeit der Beibringung dieser Ermächtigungsurkunden müssen die Kirchenrechnungsführer beim Konsistorium auch in dem Falle eintreffen, daß infolge der Auslösung von Wertpapieren die Wiedereinhebung der darin angelegten Summen geschehen muß.

Kirchenkasse für die Zwecke einer Privatstiftung ausgeschlossen bleiben muß. Für die Verwendung der gestifteten Gelder sind die Vorschriften des Stifters maßgebend; ihre Verrechnung geschieht regelmäßig in einem Anhange zur Kirchenrechnung.

§ 120. ff. Die Ausgaben der Kirchenkasse.

Aus den Kirchenkassen dürfen keine anderen Ausgaben gemacht werden, als solche, welche ihnen nach Vorschrift der Gesetze und Verordnungen oder nach dem Herkommen, sei es allgemeines, sei es örtliches, obliegen.

A. Das dem stiftungsmäßigen Zwecke der Kirchenkassen entsprechende allgemeine Herkommen beschränkt die Ausgaben auf folgende:

1) Ausgaben, welche die bauliche Erhaltung oder Herstellung der Kirchengebäude, Pfarren und Opfereien betreffen (§ 115, 124, 135, 30).

2) Ausgaben, welche bestimmt sind, die Kosten der Gottesdienste und des Kultus zu bestreiten. Zu diesen sind jedoch regelmäßig (vgl. unten Anm. 4) nicht die Kosten des Lebensunterhaltes des Geistlichen und Opfermannes zu rechnen, da dieser mittelst der dazu besonders gewidmeten Güter (Pfründen, Stellendotationen (§ 123 ff., 135) aufgebracht werden soll (vgl. auch § 30). Was der Geistliche und der Opfermann aus den Kirchenkassen beziehen, hat (von seltenen Ausnahmen abgesehen, welche theils auf örtlichem Herkommen, theils auf spezieller Genehmigung der Kirchenregierung beruhen), mehr den Charakter einer Erstattung von Auslagen oder einer geringen Vergütung besonderer Dienstleistungen. Wohl aber gehören hierher die Löhne des für die Kirche nötigen Hülfspersonals zum Lüften, Heizen und Reinigen des Kirchengebäudes und zum Glockenläuten, die Kosten der Instandhaltung der Glocken und Läutevorrichtungen, der Orgel, der Altar- und Taufgeräte, der Decken und Laken sowie der sonstigen beim Gottesdienste zu verwendenden beweglichen Sachen, einschließlich der Becken und Büchsen für Armenopfer und Kollekten, der Anschaffung des Abendmahlsweins, der Oblaten, der Altarkerzen, der Beschaffung der Beleuchtung der Kirche, auch in einzelnen Fällen die Kosten der Erhaltung der Turmuhr. — Vgl. § 117 und 102¹⁾.

3) Ausgaben, welche zur Fortführung der örtlichen kirchlichen Verwaltung unvermeidlich sind, wie Kosten der dienstlichen Korrespondenz (§ 38) u. dgl. m.

¹⁾ Einzelne dieser Ausgaben liegen hier und da nach örtlichem Herkommen der Gemeinde oder einem anderen Pflichtigen unmittelbar, ohne Rücksicht auf die Mittel der Kirchenkasse ob. Wo das der Fall, darf die Kirchenkasse sie ebensowenig leisten, wie Ausgaben, die überhaupt außerhalb ihres Zweckes liegen.

B. Durch Gesetze oder Verordnungen sind den Kirchenkassen verschiedene Ausgaben, namentlich auch für Zwecke der kirchenregimentlichen Verwaltung aufgelegt. So:

- die Erstattung von Auslagen der Kirchenverordneten (§ 38);
- die Kosten des Vokationsverfahrens (§ 72 Anm. 11);
- die Kosten des Predigermahlverfahrens (§ 71);
- die Kosten des Festmahles bei der Predigereinführung (§ 74);
- die Kosten der Revision und Abnahme der kirchlichen Rechnungen (§ 93);
- die Kosten des Transportes der Kirchenbücher zur Revision (§ 91 Anm. 22);
- die Kosten der Bewirtung bei den Predigersynoden (§ 79);
- die Kosten der Spezialvisitationen (§ 52 Anm. 21);
- die Kosten der Inspektionsynoden (§ 26 Anm. 12) und der Inspektions-synodalausschüsse;
- die Gebühr für die Vorstellung der Generalsuperintendenten und Superintendenten (§ 57 Anm. 6);
- Beiträge zur Unterstützung der Generalinspektions-Vesegesellschaften (§ 80 Anm. 3).
- Beiträge zu den Generalinspektions-Predigerwitwenkassen (§ 111);
- das jährliche Fixum, sog. Annuum der Superintendenten (§ 56 Anm. 9);
- desgl. die Entschädigung derselben für die Registratureinrichtung (§ 56 a. E.).
- das jährliche Fixum der Generalsuperintendenten (§ 57 Anm. 6).
- desgl. Entschädigung derselben für die Registratureinrichtung;
- aber auch
- die Kosten des Reinigens der Schornsteine in den Pfarrhäusern auf dem Lande (§ 124)²⁾.

C. Daneben kommen bei einzelnen, namentlich den wohlhabenderen Kirchenkassen kraft besonderen Herkommens Ausgaben verschiedener Art vor, deren Leistung, ungeachtet sie nicht in dem Bereiche der unter A und B aufgeführten liegen, jetzt nicht mehr abgelehnt werden kann³⁾.

²⁾ Konsist.-Auschr. v. 10. Aug. 1729 (Wege, Nachtr. S. 30), erlassen, um damit die vielfach vernachlässigte Maßregel der ordnungsmäßigen Schornsteinreinigung behuf der Vermeidung von Bränden zu fördern; vgl. Konsist.-Reskr. v. 19. Juli 1845 (Wege V S. 101).

³⁾ Uebrigens ist dem Konsistorium durch Art. 5 des Landtagsabschiedes vom 12. Okt. 1832 (Nr. 21) gegenüber dem § 217 der N. L. O. (§ 112 Anm. 3) das Recht gewährt, „mit Genehmigung der Landesregierung die zur Erhaltung ärmerer Patronatsparren des Landesfürsten (§ 67 Anm. 4) oder der Klöster erforderliche Anshülfe soweit thunlich auf die eutbehrlichen Ueberschüsse solcher Kirchen“ anzuweisen. Von dieser Befugnis ist, ungeachtet ihre fortdauernde Geltung, die in Wahrheit mit dem R. V. G. schwer vereinbar ist, durch Minist.-Reskr. v. 16. Sept. 1852 (Wege VII S. 87) anerkannt war, tatsächlich seitdem kein Gebrauch gemacht; in neuerer Zeit haben Einkommenszuschüsse und Alterszu-

Jede außerhalb des durch A, B und C bezeichneten Bereiches liegende Ausgabe aus der Kirchenkasse ist den örtlichen Verwaltungen unterlagt und würde nur mit Genehmigung des Konsistoriums zulässig sein, welches die Genehmigung aber nur nach zuvor eingeholter Einwilligung des Staatsministeriums erteilen dürfte⁴⁾.

Der Kirchenvorstand soll über die Einnahmen und Ausgaben des folgenden Jahres zeitig im Vorjahre einen Überschlagn machen und danach dem Rechnungsführer wegen der regelmäßigen und vor auszusehenden Ausgaben Anweisung erteilen. Die Aufstellung eines vollständigen Voranschlages hat er vorzunehmen, wo das vom Konsistorium vorgeschrieben wird (§ 42 Anm. 18). Derselbe ist sodann im Oktober jedes Jahres anzufertigen und dem Konsistorium zur Genehmigung einzusenden.

Wegen der Befugnis des Kirchenvorstandes, Ausgaben aus der Kirchenkasse zu beschließen und auf dieselbe anzuweisen, sowie wegen der Schranken derselben vgl. § 42 B, 8.

Reichen die Mittel der Kirchenkasse nicht aus, um die ihr obliegenden Ausgaben zu decken, so hat die Gemeinde einzutreten; es gilt hier, was im § 115 wegen des Eintretens bei der Kirchenbaupflicht gesagt ist. Die Gemeinde braucht nur für Ausgaben aufzukommen, welche notwendig sind⁵⁾. Das bringt mit sich, daß die Verwaltung jeder Kirchenkasse, welche nicht so reiche Mittel besitzt, daß sie nach vernünftiger Rechnung nie in die Lage kommt, die Aushilfe der Gemeinde zu beanspruchen, die Pflicht hat, sich der möglichsten Sparsamkeit zu befleißigen, auf die Ansammlung größerer Kapitalbestände zur Bestreitung umfanglicherer Reparaturen oder Neubauten mit Sorgsamkeit zu halten und Ausgaben, deren Notwendigkeit überhaupt oder in dem beabsichtigten Umfange sich anfechten läßt, nur nach zuvor erklärtem Einverständnisse der Organe der Ortsgemeinde zu machen, damit nicht später Weiterungen wegen derselben ent-

lagen (§ 123 Anm. 6) und Beilegung von Stolzgebührenrenten (§ 128) sie entbehrlieh gemacht. — Vgl. übrigens das Protokoll der Landesversammlung v. 24. Okt. 1851 (Nr. 203), wonach in dem Art. 5 des Landtagsabschiedes v. 1832 das Wort „Patronatpfarren“ auf einem Redaktionsfehler beruht und durch das Wort „Patronatkirchen“ ersetzt werden muß. In dem Schreiben der Landesregierung (Anl. 1 zu Prot. 211) v. 5. Nov. 1851 ist dies als richtig zugestanden. In den § 26 des R. B. G. am Ende hat man diese Defflation aufzunehmen unterlassen.

⁴⁾ Vgl. § 9, 2. — In Reskr. v. 14. Aug. und 26. Okt. 1883 hat das Staatsministerium darauf hingewiesen, daß seine Genehmigung zu Ausgaben, welche außerhalb des eigentlichen Zweckes der Kirchenkassen und sonstigen kirchlichen Kassen, namentlich der Pfarrwitwenkassen liegen, hinfort nicht erteilt werden, und daß deshalb die Kirchenvorstände von Anträgen auf Zulassung derartiger Ausgaben zurückzuhalten seien. — Ausschr. des Konsist. v. 5. Dez. 1883.

⁵⁾ R. B. G. §§ 27 und 28.

stehen. — Bei einer Weigerung der Gemeinde, den erforderlichen Zuschuß zu leisten, findet das im § 31 dargestellte Verwaltungsverfahren statt“).

§ 121. gg. **Kirchliche Armenkasse. Kirchenkollekte.**

Ein Teil der Einkünfte der Kirche ist der kirchlichen Armenpflege gewidmet, nämlich diejenigen Beträge, welche bei öffentlichen Gottesdiensten oder bei anderen kirchlichen Handlungen seitens der Gemeindeglieder für milde Zwecke gespendet werden, die sog. Beckengelder¹⁾. Eine andere Verwendung dieser Gelder ist nur auf Grund einer Ermächtigung der Kirchenregierung zulässig^{a)}. Eine solche kann erfolgen entweder in Veranlassung des Antrages eines Kirchenvorstandes für diesen allein, oder für sämtliche Kirchenvorstände allgemein.

Der letztere Fall tritt bei der Bewilligung allgemeiner Kirchenkollekten für einen bestimmten Zweck (Heidenmission, Gustav-Adolf-Verein, Marienstift u. a. m.) ein. Da durch die Verwendung der Beckengelder des bezeichneten Sonn- oder Festtages für diesen Zweck eine Schmälerung der Mittel der örtlichen kirchlichen Armenpflege eintritt, so wird die Veranstaltung der allgemeinen Kirchenkollekte in jeder einzelnen Gemeinde stets von der Zustimmung des Kirchenvorstandes abhängig gemacht. Wo diese erfolgt, werden dann die Beckengelder des bezeichneten Sonn- oder Festtages als „Kollektengelder“ in der kirchlichen Armenkasse in Einnahme und Ausgabe gestellt.

Der Kirchenvorstand hat nicht die Befugnis, nach eigenem Ermessen Kirchenkollekten zu veranstalten oder sonst die Beckengelder zu einem anderen Zwecke, als dem der kirchlichen Armenpflege in der Gemeinde zu verwenden.

⁶⁾ In diesem Verfahren könnte zwar die Ortsgemeinde sich der Anschaffung augenblicklich notwendiger Geldmittel nicht durch die Berufung darauf entziehen, daß die kirchliche Verwaltung es früher an Sparsamkeit habe fehlen lassen und daher selbst die Schuld an dem eingetretenen Geldmangel trage. Allein diese Angabe, wenn erweislich richtig, müßte dahin führen, daß die Verwaltung des betreffenden Kirchenvorstandes von da an unter besonders scharfer Kontrolle gestellt würde.

¹⁾ Das Auschr. v. 23. Okt. 1844 (Nr. 48), welches die Sammlungen mit dem Klingbeutel abschaffte, ist aufgehoben durch den in Anl. 12 der Verhandlungen der 8. ordentl. Landesynode S. 70 abgedruckten Erlaß, welcher bestimmt: „Die Kirchenvorstände können den Klingbeutel zulassen; er darf aber nicht während der Predigt, während der Vorlesungen oder während der Verrichtung der Liturgie oder der in dem Gottesdienste vorkommenden Gebete und Danksgungen herumgehen.“ Vgl. im Uebrigen oben § 44. — Die bei Gelegenheit der Kasualien von den Beteiligten zu milden Zwecken zu spendenden Gaben sind bei der Ablösung der Stolzgebühren (§ 128) nicht abgeschafft, sondern nach § 3 vgl. mit § 7 des Gef. v. 31. Mai 1871 (Nr. 33) bestehen geblieben. Andere ständige Einnahmen, als die Beckengelder, haben die kirchlichen Armenkassen im allgemeinen nicht; als außerordentliche fließen ihnen nach dem ang. § 7 die Opfer zu, welche bei Gelegenheit von Kasualien gegeben werden, auch wenn der Spender dieselben den Kirchendienern zugedacht haben sollte (§ 128).

^{a)} Nur in seltenen Ausnahmefällen ist eine andere Verwendung durch Herkommen eingeführt. So in Wieba, Borge und Hohegeiß, wo die Beckengelder zur Hälfte in die Kirchenkasse fließen.

Außer den Beceingeldern sind in den einzelnen kirchlichen Armenkassen die sonstigen, der kirchlichen Armenpflege in den einzelnen Gemeinden, namentlich aus örtlichen Stiftungen (§ 44, 2) zur Verfügung gestellten Mittel zu vereinnahmen.

Wegen der Vereinnahmung der Beceingelder und der Kontrolle des Kirchenrechnungsführers bezüglich derselben hat der Kirchenvorstand geeignete Vorkehrungen zu treffen (§ 44) und nötigenfalls solche nach Vorschrift des Konsistoriums zu machen. Über die Herausgabe der Mittel der kirchlichen Armenkasse für ihren eigentlichen Zweck, Unterstützung der Armen, sind Beläge beizubringen²⁾; ebenso über die Abführung der Kollektengelder³⁾.

§ 122. b. **Örtliche Pfarrwitwentümer.**

Zur Versorgung der Pfarrwitwen nach älterem Rechte (§ 133) sind in den meisten Pfarrbezirken örtliche Stiftungen, sog. „Pfarrwitwentümer“, entstanden. Das Vermögen derselben bestand je nach den örtlichen Verhältnissen aus Häusern, kleinen fruchttragenden Grundstücken, Gerechtsamen verschiedener Art und den aus den Nutzungen dieser Vermögensstücke angesammelten Kapitalen¹⁾. Die vermögensrechtliche Vertretung dieser Stiftungen stand dem Konsistorium zu; unter seiner Leitung hatte der Ortsgeistliche die unmittelbare Verwaltung des Stiftungsvermögens (ohne Mitwirkung des Kirchenvorstandes — § 42 Anm. 1 —) zu besorgen und darüber jährlich Rechnung abzulegen. Bei der Verwaltung und Rechnungsführung hatte er die bezüglich des Kirchenvermögens geltenden Vorschriften als maßgebend zu beachten²⁾.

Diese Pfarrwitwentumsstiftungen hat das Gesetz vom 15. April 1889, die Errichtung einer Landes-Pfarrwitwenversorgungsanstalt betr., (Nr. 22) nicht grundsätzlich aufgehoben. Abgesehen davon, daß eine Anzahl von ihnen während einer längeren Übergangszeit noch mit ihren Einkünften, wie früher, unmittelbar zur Versorgung vorhandener Predigerwitwen zu dienen hat³⁾, haben sie durch jenes Gesetz die veränderte Bestimmung erhalten, ihre frei verfüg-

²⁾ Auschr. v. 22. Okt. 1890 (Amtsbl. S. 94 ff.)

³⁾ Auschr. v. 19. Aug. 1891 (Amtsbl. S. 61 ff.)

¹⁾ E. R. D. T. I c. XVI §§ 1, 2, 3, 7. Vgl. Anl. 13 b zu den Verhandlungen der fünften ordentlichen Landesynode (1889) S. 2 ff.

²⁾ Die Kasse der Pfarrwitwentumsstiftung hieß, so lange ein Pfarrwitwenhaus vorhanden war, ihre Einkünfte also in erster Linie zu dessen Erhaltung zu dienen hatten, regelmäßig Pfarrwitwenhauskasse, wo kein Pfarrwitwenhaus vorhanden gewesen oder das vorhandene veräußert war, Pfarrwitwentumskasse. An einzelnen Orten kam auch neben der Pfarrwitwenhauskasse eine davon gesonderte Pfarrwitwentumskasse vor, in der die Einkünfte von Vermögensstücken verrechnet wurden, welche zur Pfarrwitwenversorgung, aber nicht zur Unterhaltung des Pfarrwitwenhauses bestimmt waren.

³⁾ §§ 26 und 27 des aug. Ges. v. 1889.

baren Kapitale sowie fernerhin ihre reinen Einkünfte an die Landes-Pfarrwitwen-Versorgungsanstalt abzuführen⁴⁾. Genauere Bestimmungen darüber sind mittelst Ausschreibens vom 5. Nov. 1889 (Amtblatt S. 141 ff) erlassen, welches ergänzt und abgeändert ist durch die Anweisung, die Ablieferung der Überschüsse der örtlichen Pfarrwitwentumschaften betr., v. 29. Mai 1895 (Amtsbl. 1895 S. 37, 1896 S. 8). Nach denselben sind im Laufe jedes Jahres die Einkünfte, wenn sie 100 Mk. oder eine durch 100 Mk. teilbare Summe erreichen, nach dem Schlusse jedes Jahres aber die Kassenvorräte in durch 10 Mk. teilbaren Summen bei der Kreiskasse einzuzahlen, welche sie sammelt und in größeren Posten der Anstalt zugehen läßt. Im übrigen ist die Verwaltung und Verrechnung des Vermögens der Pfarrwitwentümer nach den bisherigen Vorschriften weiter zu führen (vgl. § 112).

Wo das Vermögen des Pfarrwitwentums nach dem Verkaufe des Pfarrwitwenhauses nebst sonstigen Pfarrwitwentumsgrundstücken und Zubehörungen ausschließlich in Kapitalen bestand, ist es durch Überführung dieser Kapitale in den Grundstock der Landes-Pfarrwitwen-Versorgungsanstalt (§ 109) von dieser gänzlich aufgesogen; das örtliche Pfarrwitwentum hat damit aufgehört zu existieren. Mittelst des nämlichen Prozesses (Verkauf der Grundstücke, Verschmelzung der Kapitale mit dem Grundstocke der Anstalt) werden in Zukunft noch einzelne örtliche Pfarrwitwentumsstiftungen aufgehoben werden.

§ 123. c. **Pfarrpfründen.** aa. **Allgemeines. Mindesteinkommen. Pfarrkataster. Pfründenrecht. Veräußerungen.**

Die Gesamtheit der Einkünfte, welche mit einer Pfarrstelle verbunden sind, bildet die Pfarrpfründe. Den Hauptteil der Pfarrpfründe bilden die Vermögensstücke, deren Eigentum den einzelnen Pfarrstellen in ihrer Eigenschaft als selbständigen Stiftungen zusteht. Ihre Bestimmung ist, außer den etwaigen Kosten der Erhaltung und Verwaltung die Mittel zum Unterhalte des Geistlichen, dem die Stelle verliehen ist, zu liefern¹⁾. Zur Pfründe gehören aber außer-

⁴⁾ §§ 4, 6 und 28 des ang. Ges. — Die frühere Verpflichtung der Pfarrgeistlichen, Teile ihrer Amtseinkünfte zur Versorgung der Witwe eines Amtsvorgängers herzugeben, hört mit ihrem Zutritt zur Landes-Pfarrwitwen-Versorgungsanstalt auf. Ebenso hört von da an die hier und da nach örtlichem Herkommen begründet gewesene Verpflichtung der Kirchenchaften, Patrone, Gemeinden, Interessentchaften sowie des Kammergutes und der Staatskasse auf, zur Predigerwitwenversorgung beizutragen. § 28 daf. — Dagegen sind diejenigen Verpflichtungen ungeändert bestehen geblieben, welche nicht sowohl vorübergehend gegenüber einer vorhandenen Pfarrwitwe, als vielmehr ständig gegenüber der Pfarrwitwentumsstiftung selbst galten.

¹⁾ Teile des Pfarrstellenvermögens, welche diese Bestimmung überhaupt nicht hätten, gibt es nicht. Wohl aber können durch besondere Verfügungen einzelne Teile dem Genuße

dem meistens noch Anrechte auf gewisse Leistungen der Gemeindemitglieder, welche ebenfalls als Teile des Vermögens der Pfarrstelle angesehen werden müssen, da sie der Regel nach von jedem Stelleninhaber, und bei Vakanz der Stelle namens derselben vom Konsistorium, angefordert werden können. Bestandteile der Pfründe sind regelmäßig:

- 1) Pfarrhaus und Pfarrgehöft²⁾;
- 2) Fruchttragende Grundstücke, als: Gärten, Äcker, Wiesen, Anger, Forsten;
- 3) Kapitale;
- 4) Stolgebührenrente;
- 5) Gefälle verschiedener Art.

Die Pfründe kann mit Verpflichtungen belastet sein, deren Erfüllung einen Teil der Einkünfte beansprucht (§ 130).

Das Diensteinkommen des Geistlichen soll nach altem Rechte unter Einrechnung der Wohnung zu 150 Mk.³⁾ nicht unter 2100 Mk., nach fünf Dienstjahren nicht unter 2400 Mk., nach 10 Dienstjahren nicht unter 2700 Mk., nach 15 Dienstjahren nicht unter 3000 Mk. jährlich betragen. Erreichen die reinen Einkünfte seiner Pfründe, bei richtiger Ausnutzung der von ihr gebotenen Mittel (§ 125 Anm. 1) und vorkommendenfalls unter Einrechnung etwa beigelegter fremder Stolgebührenrenten (§ 128)⁴⁾, diese Beträge nicht, so werden sie durch Einkommenszuschüsse bis zu 2100 Mk. und durch Alterszulagen bis auf die dem Dienstalter entsprechende Höhe ergänzt. Die dazu erforderlichen Geldmittel liefert tatsächlich die Klosterreinertragskasse⁵⁾, ohne daß jedoch eine Verpflichtung derselben oder des Staates dazu anerkannt wäre⁶⁾.

des Stelleninhabers zeitweilig entzogen sein; so die zur Witwenversorgung nach älterem Rechte bestimmten Pfarrgrundstücke, Kapitale, welche zum Bau und zur Reparatur des Pfarrhauses angesammelt werden sollen u. a. m. — Durch das Ges. und das Kirchenges., das Einkommen der Geistlichen der ev.-luth. Landeskirche betr., v. 28. Juni 1902 (Nr. 27 und 28) ist der bisherige Zustand wesentlich verändert worden. S. unten.

²⁾ Auf dem Lande sind sämtliche Pfarren mit Wohnhäusern versehen; in den Städten bei weitem die meisten.

³⁾ Den Geistlichen in der Stadt Braunschweig wird auf ihren Antrag behuf vorteilhafterer Gestaltung ihrer Beziehungen zum Emeritierungsfonds und zur Landes-Pfarrwitwen-Versorgungsanstalt der Wert der Dienstwohnung höher berechnet; zur Zeit zu 600 Mk.

⁴⁾ Bei einigen Pfarren, namentlich Oker, ist das Anfangseinkommen ausnahmsweise höher festgestellt: es wird also durch den Einkommenszuschuß bis auf diesen höheren Betrag ergänzt. Anderen, namentlich den Pfarren im Harze, sind fremde Stolgebührenrenten ständig beigelegt; bei ihnen bleibt der Betrag dieser Renten bei der Feststellung des Einkommenszuschusses außer Rechnung.

⁵⁾ Landtagsabschied v. Dez. 1883 (Nr. 44) Art. 2, D 1. — Wegen der Einkommensaufbesserung über 3000 Mk. hinaus s. § 128.

⁶⁾ Tatsächlich sind aus der Klosterreinertragskasse Einkommenszuschüsse an die Geistlichen auf den geringst dotierten Stellen seit 1835 gezahlt (S. Art. 14 des Landtagsabschiedes v. Mai 1835 (Nr. 42)), Alterszulagen seit 1882. — In älterer Zeit wurde, wenn die Einkünfte einer Pfarrstelle zu gering zur Bestreitung des Lebensunterhaltes eines Geist-

Die für das einzelne Jahr und die einzelne Finanzperiode zu Einkommenszuschüssen und Alterszulagen erforderliche Summe wird vom Konsistorium berechnet und sodann auf Vorschlag der Landesregierung von der Landesversammlung bewilligt.

Durch das Gef. Nr. 27 und das Kirchenges. Nr. 28, das Einkommen der Geistlichen der ev. luth. Landeskirche betr., v. 28. Juni 1902 ist für alle Geistlichen mit Ausnahme derjenigen, deren Pfarrsitze nicht innerhalb der Landesgrenzen liegen, sowie der Geistlichen der Stadt Braunschweig, der Inhaber von Gemeindevahlstellen, der Kollaboratoren, der Militärpfarrer und der Inhaber von solchen Patronatsstellen, zu denen nicht von geistlichen Prälaten präsentiert wird, festgesetzt, daß sie außer freier Wohnung eine nach dem Dienstalter steigende Besoldung erhalten sollen, nämlich

im	1. bis einschließlich	3. Dienstjahre	2400 Mk.,
"	4. "	6. "	2700 "
"	7. "	9. "	3000 "
"	10. "	12. "	3300 "
"	13. "	15. "	3800 "
"	16. "	18. "	4300 "
"	19. "	21. "	4800 "

Der Betrag von 4800 Mk. bildet bis auf weiteres für die Inhaber derjenigen Pfarrstellen, welche ein geringeres Einkommen gewähren, das Höchstgehalt, während der Inhaber einer besser dotierten Stelle vom 22. Dienstjahre ab das Mehreinkommen, das seine Stelle gewährt, insoweit als Besoldung erhält, daß er

vom	22. bis einschließlich	24. Dienstjahre	höchstens 5300 Mk.,
"	25. "	27. "	5700 "
"	28. ab	"	6000 "

bezieht^{a)}.

Es ist in Aussicht genommen, durch Gehaltszuschüsse die Inhaber geringen waren, damit geholfen, daß man sie eingehen ließ, ihre Einkünfte mit denen einer benachbarten Pfarrstelle verband und ihren bisher selbständigen Bezirk dem Bezirke dieser anderen als dessen Teil beilegte (§ 68 unter d). — Die Verpflichtung der Gemeinden, nötigenfalls die Einnahmen des Geistlichen von der Pfründe zu ergänzen oder zu erhöhen, ist landesgesetzlich nicht geregelt (vgl. § 30). Bei Neugründungen von Pfarren in neuerer Zeit ist tatsächlich davon abgesehen, die Gemeinden zu Beiträgen für den Unterhalt des Geistlichen heranzuziehen; soweit der letztere nicht aus vorhandenen Stiftungsmitteln geschafft werden konnte, ist er mittelst Einkommenszuschusses aus der Klosterreinertragskasse bestritten. — Wegen der Gemeinen Kirchenkasse in Braunschweig s. § 43. — Nur ausnahmsweise und mit besonderer Genehmigung des Konsistoriums werden Zuschüsse zum Gehalte des Geistlichen aus Kirchenkassen gezahlt (§ 120).

^{a)} §§ 1 und 5 des angef. Kirchenges. Nr. 28; vgl. auch oben § 111a.

dotierter Stellen allmählich bis 1908 den Inhabern gut dotierter Stellen im Gehalte gleichzustellen^{b)}).

Die Inhaber der — im übrigen nicht in die Neuordnung einbezogenen — Patronatsstellen, zu denen nicht geistliche Prälaten präsentieren, der Gemeindevahlstellen und der Kollaboraturen sollen zur Ergänzung des Mindesteinkommens sowie als Alterszulagen nach Maßgabe der obigen Gehaltskala Zuschüsse aus der Klosterreinertragskasse bis zum Einkommenssage von 3000 Mk. erhalten^{c)}).

Diejenigen Zuschüsse, die den Inhabern der in die Neuordnung einbezogenen gering dotierten Stellen gewährt sind, werden aus der Klosterreinertragskasse gezahlt solange, bis dem Pfarrbesoldungsfonds (s. oben § 111a) die Zahlung durch Gesetz auferlegt werden wird^{d)}. Die Zahlung der Zuschüsse erfolgt vierteljährlich im voraus^{e)}. Die Zuschüsse, die auf Grund des Landtagsabschiedes vom 21/27. Dez. 1883 (Nr. 44) Art. 2 D 1 zur Ergänzung des Mindesteinkommens und als Alterszulagen gezahlt sind, fallen weg^{f)}.

Der Betrag der Zuschüsse wird auf Antrag des Konsistoriums vom Staatsministerium festgesetzt^{g)}. Der Rechtsweg gegen diese Festsetzung findet nicht statt^{h)}).

Das Dienst Einkommen der Geistlichen kann nicht abgetreten, verpfändet oder sonst übertragen werden, soweit es der Pfändung nicht unterliegtⁱ⁾.

Die Gehaltsverhältnisse der Geistlichen in der Stadt Braunschweig sind neu geregelt durch die vom Kirchen-Kassen-Kollegium mit Zustimmung der Stadtgemeinde erlassene neue Ordnung vom 3. April 1901. Danach beträgt das Gehalt der Stadtprediger neben freier Wohnung, bezw. 1000 Mk. Wohnungsentschädigung, und 200 Mk. Vergütung für Dienstzimmer bei der ersten Anstellung im Stadtpredigtamte 4100 Mk. und steigt durch Zulagen von 300 Mk., die nach je 3 Jahren (laufend vom 1. April des Einführungsjahres, wenn die Einführung in den ersten 9 Monaten des Kalenderjahres stattgefunden hat, sonst vom 1. April des folgenden Kalenderjahres) fällig werden,

^{b)} § 2 Abs. 3 des angef. Ges. Nr. 27.

^{c)} § 2 Abs. 5 des Ges. Nr. 27, § 5 Abs. 1 des Kirchenges. Nr. 28.

^{d)} § 5 des Kirchenges. § 2 Abs. 1 und 4 des Ges.

^{e)} § 2 Abs. 2 des Ges. Nr. 27.

^{f)} § 2 Abs. 1 des Ges. Nr. 27.

^{g)} § 2 Abs. 7 des Ges. Nr. 27.

^{h)} § 2 des Ges. Nr. 27.

ⁱ⁾ § 5 des Ges. Nr. 27; nach § 850 Abs. 1 Z. 8 und Abs. 2. Der Zivilprozeßordnung ist nur der dritte Teil des 1500 Mk. übersteigenden Dienst Einkommens der Pfändung unterworfen. Ausnahmen bestehen zu Gunsten der unterhaltsberechtigten Verwandten, Ehegatten und unehelichen Kinder nach Abs. 4 cit.

bis 5900 Mk. Soweit die Mittel einer Pfarrstelle zur Gewährung dieses Gehaltes nicht ausreichen, werden aus der Gemeine-Kirchen-Kasse Einkommenszuschüsse und Alterszulagen gezahlt, und zwar monatlich im voraus. Bei Feststellung der Höhe der Einkünfte der einzelnen Pfarrstellen bleibt die Einnahme an Gebühren für Haustaufen, Haustrauungen und Leichenpredigten unberücksichtigt.

Sowohl wegen der Berechnung der Einkommenszuschüsse als wegen der Regelung der Verhältnisse der Geistlichen zum Emeritierungsfonds (§ 108), zur Landes-Pfarrwitwenversorgungsanstalt (§ 109) und zum Pfarrbefoldungsfonds (§ 111a) ist eine genaue Verzeichnung der Einkünfte einer jeden Pfarrpfründe nötig. Diese ist eingetragen in das beim Konsistorium geführte Pfarrkataster⁷⁾, dessen Angaben und Wertansätze fortwährender Kontrolle unterliegen, damit sie jederzeit der Wirklichkeit tunlichst entsprechen. Die Geistlichen sind angewiesen, von vorkommenden Änderungen des Einkommens dem Konsistorium Anzeige zu machen⁸⁾. Das Konsistorium berücksichtigt aber auch ohne solche Anzeige von Amtswegen jede zu seiner Kenntnis kommende Änderung im Einkommen einer Pfarrstelle. Das Einkommen wird berechnet als Reineinkommen, d. h. unter Abzug der auf dem Vermögen der Pfarrstelle ruhenden Lasten (§ 130)⁹⁾, welche ebenso wie die Einnahmeposten, im Pfarrkataster einzeln und mit tunlichster Genauigkeit aufgeführt werden.

Das Einkommen der Pfarrstelle, soweit es nicht durch die Pfarrlasten geschmälert wird, darf dem Inhaber derselben weder ganz, noch zum Teile vor-enthalten oder entzogen werden (vgl. wegen der Wirkungen der Suspension §§ 97 und 98). Eine Ausnahme macht die Stolgebührenrente insofern, als sich der Pfarrnutznieder gefallen lassen muß, daß sie ihm unter gewissen Umständen von vorn herein nicht mit überwiesen, oder aber auf Grund eines bei der Verleihung der Stelle gemachten Vorbehaltes später abgenommen wird.

⁷⁾ Das Pfarrkataster (auch wohl, aber nicht ganz zutreffend, Pfarranschlagsbuch genannt) mit dem Zwecke, stets Auskunft über das wirkliche Einkommen jeder Pfarrstelle zu erteilen, ist an die Stelle der noch in dem Kirchenges., die Emeritierung der Geistlichen betr., v. 1. Dez. 1882 (Nr. 46) § 11 vorausgesetzten Pfarranschläge getreten, deren Zweck nur der war, eine für die nächste Zeit annähernd zutreffende ungefähre Uebersicht über das Einkommen einer einzelnen Pfarrstelle zu gewähren. Die für seine Anlegung und Führung maßgebenden Grundsätze gibt das Auschr. v. Jan. 1883 an.

⁸⁾ Auschr. v. 23. Mai 1883. — Nur wegen einer Änderung im Werte von weniger als 10 Mk. jährlich wird die Anzeige nicht gefordert.

⁹⁾ Wegen der Ungewißheit, ob ein wesentlicher Teil der Einnahmen aus der Pfründe, nämlich die Pachtgelder, vollständig und rechtzeitig eingeht, ist nachgelassen, daß im Pfarrkataster unter den Pfarrlasten ein mäßiger Posten für „Pachterhebungskosten und Ausfälle“ aufgenommen wird; zu den Pfarrlasten im eigentlichen Sinne ist derselbe nicht zu rechnen.

(§ 128.) Eine fernere Ausnahme ist durch das Gef. Nr. 27 und das Kirchenges. Nr. 28, das Einkommen der Geistlichen der ev. luth. Landeskirche betr., v. 28. Juni 1902 getroffen, insofern als die Geistlichen danach zur Abführung von Überschüssen an den Pfarrbesoldungsfonds verpflichtet sind (§ 111a).

Bezüglich sämtlicher Bestandteile der Pfründe gilt, daß der jeweilige Pfarrnutznießer an denselben nur das Pfründenrecht, d. h. das nach Analogie des Nießbrauches zu beurteilende und zu behandelnde Recht des Gebrauches, sowie des Bezuges der während seiner Amtszeit (§ 132) entfallenden Früchte und Nutzungen oder Leistungen, und der Verfügung über diese, nicht aber die Befugnis der Verfügung über das Pfründenvermögen selbst hat. Letztere steht vielmehr der Kirchenregierung, oder in bestimmten Punkten an deren Stelle dem Konsistorium zu. Verlust von Pfründenvermögen oder Pfründengerechtsamen durch ordentliche Verjährung tritt daher nicht ohne Vorwissen des Konsistoriums ein¹⁰⁾.

Sinsichtlich der Pfarrgrundstücke, ihrer Veräußerung und Nutzung gelten im Allgemeinen die wegen der Kirchengrundstücke im § 113 unter 1, 2 und 3 angegebenen Grundsätze; wegen der Einzelheiten vgl. §§ 124, 125 und 126.

Die vermögensrechtliche Vertretung der Pfarren, so auch die Prozeßführung über die Substanz der Pfründen, steht dem Konsistorium zu, welches sich dabei der jeweiligen Pfarrnutznießer als seiner Beauftragten unter Erteilung besonderer Anweisungen zu bedienen pflegt. Ohne seinen Auftrag haben die Pfarrnutznießer die Vermögensangelegenheiten der Pfarren nur soweit ihr Nutzungsrecht reicht zu vertreten (§ 131 Anm. 4). Sie haben aber die Pflicht, alles, was in ihren Kräften steht, zu tun, um die Vermögenslage der Pfarre zu bessern und Nachteile von ihr abzuwenden, zu dem Zweck aber alle in Betracht kommenden Umstände und Vorgänge dem Konsistorium ungefäulmt mitzuteilen, damit dieses zu rechtzeitiger Ergreifung der erforderlichen Maßregeln in den Stand gesetzt werde.

§ 124. bb. Die einzelnen Bestandteile der Pfründen.

a. Pfarrhaus. Pfarrgehöft. Pfarrhausinventar.

Das Pfarrhaus muß die nötigen Räume zum standesmäßigen Wohnen für den Geistlichen und seine Familie bieten. Was in Größe, Zahl und Einrichtung der Räume für nötig zu halten, wird, wenn darüber Streit mit dem Baupflichtigen (s. unten) entstehen sollte, in dem durch § 28 des R.

¹⁰⁾ Zeitschr. f. Rechtspf. VII, 175; XXVI, 158; XXXX, 93.

B. G. angeordneten Verwaltungsverfahren (oben § 31) auf Antrag des Konsistoriums festgestellt¹⁾.

Bei Pfarren auf dem Lande und in den kleineren Stadtgemeinden ist auf das Vorhandensein eines für den Konfirmandenunterricht geeigneten Zimmers Bedacht zu nehmen (§ 86).

Der Geistliche hat das Recht der freien Nutzung des Pfarrhauses innerhalb der durch den Zweck des letzteren gezogenen Grenzen. Er kann demnach auch Räume desselben Personen zum Bewohnen überlassen, welche nicht zu seiner Familie gehören, sei es unentgeltlich, sei es gegen Entgelt: vorausgesetzt nur, einestheils, daß diese Personen die überlassenen Räume ordnungsmäßig als Wohnräume benutzen, und anderenteils, daß durch die Überlassung der ordnungsmäßige Gebrauch der für den kirchlichen Dienst bestimmten Räume (Amtszimmer des Geistlichen, Pfarr-Registratur, Konfirmandenzimmer) nicht beeinträchtigt wird.

Zu Änderungen an dem Bau des Pfarrhauses und dessen wesentlichen Einrichtungen sind die Geistlichen nicht befugt; sie haben von notwendigen Bauarbeiten an demselben dem Konsistorium behuf Anordnung des Erforderlichen zeitig Anzeige zu machen²⁾ und wünschenswerte Verbesserungen bei diesem zu beantragen. Das Konsistorium kann aber auch ohne ihren Antrag die Abstellung vorhandener Mängel in die Hand nehmen, sei es, daß dieselben bei Gelegenheit einer Kirchenvisitation (§ 52), oder auf andere Weise zu seiner Kenntnis gelangen.

Kleinere Anlagen und Einrichtungen im und am Hause, zu deren Herstellung der Baupflichtige nicht herangezogen werden kann³⁾ (Anm. 1), darf der Geistliche auf eigene Kosten⁴⁾ vornehmen. Sind dieselben beim Übergange

¹⁾ Bestimmte Vorschriften über Größe und Einrichtung der Pfarrhäuser fehlen; es kommt darauf an, was nach den jeweiligen Zeitanfichten, welche sich im Verlaufe der Jahrzehnte und Jahrhunderte merklich ändern können, für unerlässlich zum anständigen Leben des Geistlichen gehalten wird. — Daß die Wohnungen frei von gesundheitsgefährlichen Mängeln sein müssen, versteht sich von selbst. — Anlagen zur besonderen Bequemlichkeit des Pfarrnuznießers (z. B. Glockenzüge, Vorrichtungen für Fenstervorhänge u. dgl. m.) oder zu dessen besonderer Sicherung (Vergitterung von Fenstern, Fensterladen u. dgl. m.) können regelmäßig vom Baupflichtigen nicht gefordert werden.

²⁾ Die ungeäumte Ergreifung der unerlässlichen Sicherungsmaßregeln bei Gefahr im Verzuge neben der Anzeige beim Konsistorium ist selbstverständlich nicht nur Recht, sondern Pflicht des Geistlichen. — Der Geistliche soll nicht direkt mit dem Baupflichtigen oder der Baubehörde wegen der Pfarrhausreparaturen unterhandeln, sondern die Angelegenheit beim Konsistorium anbringen. Analogie des Konsist. Ausschr. v. 10. Febr. 1877 (§ 42).

³⁾ Läßt der Geistliche auf eigene Kosten am Pfarrhause etwas bauen oder vorrichten, wozu der Baupflichtige hätte herangezogen werden können, so hat er keinen Anspruch auf Kostenersatzung gegen den Amtsnachfolger; gegen den Baupflichtigen nur insoweit, als die Sätze von der Geschäftsbeforgung ohne Auftrag (negotiorum gestio) Anwendung finden.

⁴⁾ Zu derartigen Anlagen Mittel der Kirchentassen zu verwenden, ist ausdrücklich verboten. E. R. D. T. I c. XX § 10.

der Pfarre auf einen anderen Geistlichen noch vorhanden und als nützlich anzusehen⁵⁾, so hat ihren Wert, nach einer in Ermangelung freien Übereinkommens nötigenfalls durch die Kirchenvisitatoren anzuordnenden Schätzung (§ 74) der Amtsnachfolger bei der Pfarrübergabe zu vergüten⁶⁾. Anlagen, welche als nützlich nicht anzusehen sind, braucht der Amtsnachfolger nicht zu vergüten; wegen ihrer haben der abziehende Geistliche oder seine Erben nur die Befugnis, sie wieder wegzunehmen, sofern das ohne wesentliche Schädigung des Gebäudes tunlich ist, unter der Verpflichtung, nach der Wegnahme den davon berührten Gebäudeteil in den früheren ordnungsmäßigen Stand setzen zu lassen.

Die vom Nachfolger zu vergütenden Anlagen im und am Pfarrhause bilden das sog. Pfarrinventar (Hausinventar). Ein Verzeichnis desselben nebst Angabe des Preises, der vom Nachfolger für die einzelnen Gegenstände gezahlt ist, muß nach jeder Pfarrübergabe dem Konsistorium eingereicht werden. Gegenstände, deren durch den Amtsnachfolger geschehene Übernahme bei einer Pfarrübergabe das Konsistorium nicht beanstandet hat, sind auch bei den folgenden Übergaben seitens der Amtsnachfolger unweigerlich zu übernehmen, ohne daß die Frage, ob sie zu den nützlichen zu rechnen, noch zugelassen würde⁷⁾.

Der Geistliche hat für die Instandhaltung des Pfarrhauses als guter Hausvater Sorge zu tragen. Sog. kleinere Reparaturen, d. h. die Unterhaltung und Herstellung derjenigen Stücke von Gebäuden, welche ihrer Beschaffenheit nach durch den täglichen Gebrauch abgängig oder im täglichen Gebrauche leicht beschädigt werden (z. B. Schlösser und Riegel, Griffe und Beschläge an Türen und Fenstern, Fensterseiben, Griffe und Rosten der Feuerungsanlagen, kleine Schäden an Tapeten u. dgl. m.), hat der Geistliche aus eigenen Mitteln zu bezahlen, sofern die Kosten der einzelnen sich

⁵⁾ Nützlich nach objektivem Maßstabe, nicht nach der subjektiven Auffassung oder den individuellen Verhältnissen des Amtsnachfolgers. Streitigkeiten über die Frage, ob eine derartige Anlage nützlich sei oder nicht, entscheidet das Konsistorium.

⁶⁾ Dahin ist die dem Buchstaben nach allgemein lautende Bestimmung der in Num. 4 ang. Stelle der E. K. O., daß der Amtsnachfolger zur Erstattung der Kosten der vom Vorgänger gemachten Anlagen nicht verbunden sei, durch die Praxis in Uebereinstimmung mit gemeinrechtlichen Grundsätzen erläutert und beschränkt.

⁷⁾ Durch Verfügungen des Konsistoriums ist in früherer Zeit zuweilen ausnahmsweise angeordnet worden, daß Anlagen, deren Herstellung eigentlich dem Baupflichtigen obgelegen hätte, als Pfarrinventarstücke behandelt werden sollen. Derartige Verfügungen werden von der jetzigen Praxis, weil mit den Rechtsgrundsätzen über die Baupflicht und die Pflicht zur Inventarübernahme nicht wohl im Einklange stehend, vermieden. — Die Verpflichtung zur Vergütung des Pfarrinventars liegt allein dem Amtsnachfolger ob; nur ausnahmsweise bei außergewöhnlich langer Dauer der Vakanz ist vom Konsistorium zugelassen, daß dem früheren Pfarrinhaber oder seinen Erben der Wert des Inventars noch vor der Wiederbesetzung der Pfarre aus Mitteln der Pfarrvakanzkasse ausbezahlt ist, welche sich ihn dann ihrerseits vom Amtsnachfolger erstatten läßt.

nicht höher, als 3 Mk. belaufen⁹⁾). Ohne diese Preisbeschränkung liegt dem Geistlichen ob, für das Weißen der Zimmerdecken Sorge zu tragen⁹⁾; er hat dieselben dem Amtsnachfolger frisch geweißt zu übergeben. Ebenso hat er selbstverständlich die Fußböden in sauberem Zustande zu erhalten und zu übergeben¹⁰⁾. Ofen und Herde hat er reinigen zu lassen und gereinigt zu übergeben. Die Kosten des Schornsteinfegens in den Pfarrhäusern auf dem Lande tragen die Kirchentassen (§ 120 Anm. 2).

Sowohl die Herstellung des Pfarrhauses bei Neugründung von Pfarren nach Schaffung neuer Pfarrbezirke (§ 30), als die Erhaltung und Erneuerung der Pfarrhäuser bei den vorhandenen Pfarren liegen in erster Linie dem Kirchenvermögen, subsidiär den Pfarrgemeinden ob (§ 30)¹¹⁾. Behauptet eine Gemeinde, daß zur Tragung dieser Last oder eines Theiles derselben ein Dritter verbunden oder daß hinreichendes Kirchenvermögen vorhanden sei¹²⁾, so hat sie, wenn der dritte seine Verpflichtung oder die Kirchentasse das Vorhandensein hinreichender Mittel bestreitet, ihre Forderung dem dritten bezw. der Kirchentasse gegenüber im Prozeßwege durchzusetzen, ohne sich mit der Berufung darauf von der einstweiligen Aufbringung und Erlegung der nötigen Mittel für den Pfarrhausbau befreien zu können. — Verweigert sie die vom Konsistorium für nötig gehaltenen Mittel für denselben, so findet das im § 31 angegebene Verwaltungsverfahren statt.

Außer dem Wohnhause muß das Pfarrgehöft auch die zur Führung des ordnungsmäßigen Haushaltes, zur Ausrichtung der Amtsgeschäfte (Räume zur Unterbringung des unentbehrlichen Fuhrwerkes), und zur Bewirtschaf-

⁹⁾ Landesfürstl. Verordng. v. 2. Juli 1772 (Restr.-Sammlg. des Konsist.) — Schon die K. O. J. (S. 229) hatte verordnet, daß die Kirchendiener für die gewöhnliche Abnutzung ihrer Wohnhäuser aufzukommen und die kleinen Unterhaltungskosten zu tragen haben. — Bezüglich der Fenster Scheiben nimmt z. B. ein Konsistorialreskript v. 22. März 1851 diejenigen aus, welche durch einen Zufall zerstört sind. Daß diese Ausnahme vorliege, muß der Geistliche, da ihm in der ang. Verordng. die Pflicht zum Ersatze zerbrochener Fenster Scheiben allgemein auferlegt ist, nachweisen; insoweit nicht er, seine Familie und sein Gesinde nachweislich außer allem Zusammenhange mit dem Ereignis sind, durch welches die Fenster Scheibe zerstört ist, muß er dieselbe auf seine Kosten ersetzen lassen.

¹⁰⁾ Die Herstellung und Erhaltung gemalter Zimmerdecken wird von ihm nicht verlangt.

¹¹⁾ Wo gemalte Fußböden sind, wird ihm die Erhaltung des Anstriches und die Uebergabe derselben mit frischem Anstrich zur Pflicht gemacht.

¹²⁾ E. K. O. L. I c. XVI § 10. Zeitschr. f. Rechtspf. III, 137; XIII, 187, ff. Hampe, Braunschw. Privatrecht, 2. Aufl. (1901) S. 108 Anm. 85. — Die eingepfarrten Ortschaften und Filialgemeinden haben ebensowohl zum Bau des Pfarrhauses bei der Mutterkirche beizutragen als die dortige Gemeinde (Zeitschr. f. Rechtspf. X, 141; XII, 134 ff.); nach welchem Fuße, entscheidet das Herkommen (Zeitschr. f. Rechtspf. XXXIII, 177 ff.); nötigenfalls tritt Festsetzung durch den Kreisbeschluß nach § 29 des K. B. G. ein (§ 31 Anm. 9). — Die Gemeinden kombinierter Mutterkirchen sind regelmäßig von der Verpflichtung zu Beiträgen für den Bau der Pfarre, welcher sie angeschlossen sind, frei.

¹³⁾ Es kommt vor, daß die herzogl. Kammer in Betretung von Kammer-, Stifts- oder Klostergütern (§ 118 Anm. 11) oder der Patron die Baupflicht ganz oder zum Teil trägt.

tung der Pfarrgrundstücke erforderlichen Wirtschaftsgebäude umfassen. Vorhandene Gebäude dieser Art kann der Geistliche nicht nur für die eigene Wirtschaft, sondern z. B. auch durch Verpachtung zu einem innerhalb ihres Zweckes liegenden Gebrauche, nutzen¹³⁾. Die Baupflicht bezüglich der Wirtschaftsgebäude ist ebenso geregelt, wie die Baupflicht bezüglich des Pfarrhauses¹⁴⁾.

Wünscht die Gemeinde von der Herstellung und Unterhaltung der nur zum landwirtschaftlichen Betriebe bestimmten Gebäude auf dem Pfarrgehöfte vor der Hand befreit zu bleiben, so wird unter Umständen, welche darauf schließen lassen, daß der Prediger in absehbarer Zeit nicht selbst werde Landwirtschaft treiben wollen, von seiten des Konsistoriums in die Niederlegung solcher Gebäude eingewilligt, nachdem die Gemeinde sich durch besondere Urkunde¹⁵⁾ verpflichtet hat, dieselben auf Verlangen des Konsistoriums in gleichem Umfange wieder aufzuführen.

Zur vollständigen Einrichtung des Pfarrgehöftes gehört endlich dessen ordnungsmäßige sichernde Einfriedigung. Ihre Haltung und Erhaltung liegt gleichfalls der baupflichtigen Gemeinde oder dem diese vertretenden Baupflichtigen ob. — Als seltene Ausnahme kommt vor, daß die Unterhaltung der Befriedigung oder eines Theiles derselben der Pfarre oder deren Inhabern auferlegt ist. Das Vorhandensein einer solchen Ausnahme muß von der Gemeinde, welche sich darauf beruft, nötigenfalls bewiesen werden. Wo die Ausnahme besteht, wird die Befriedigung mit ihrer Unterhaltung entweder als Pfarrlast behandelt (§ 130), oder sie bildet ein Stück des Pfarrinventars.

§ 125. *β. Fruchttragende Grundstücke. Feld- und Garteninventar.*

Der Geistliche kann die fruchttragenden Grundstücke der Pfarrstelle nach seinem Belieben persönlich nutzen, oder Anderen zur Nutzung überlassen¹⁾. Da ihm aber die Nutzung nur so lange zusteht, als er im Besitze der Pfarrstelle ist, zu der die fragliche Pfründe gehört, so kann er ein Recht auf die

¹³⁾ B. B. Refr. v. 30. Okt. 1877 in der Refr.-Sammlg. des Konsist.

¹⁴⁾ Zeitschr. f. Rechtspfl. X, 141.

¹⁵⁾ Wegen der dieser Urkunde zu gebenden Form s. die Landgemeindeordnung v. 1892 § 75.

¹⁾ Ob gegen Entgelt oder unentgeltlich, ist seine Sache, und ebenso ersterenfalls ob mittelst eines gewöhnlichen Pachtvertrages oder eines anderen Vertrages. — Nur bezüglich derjenigen Geistlichen, welche Einkommenszuschüsse (§ 123) beziehen, hat die Kirchenregierung der Landesregierung gegenüber die Verpflichtung übernommen, dafür Sorge zu tragen, daß ihre Pfarrgrundstücke so vorteilhaft wie möglich, regelmäßig also durch öffentliche Ver-

Nutzung einem Anderen nur bis zum Ende seiner Amtsführung auf der Stelle (§ 94 und 132) einräumen. Soll das Recht des Anderen diesen Zeitpunkt jedenfalls oder möglicherweise überdauern, so muß der Vertrag mit dem Anderen namens der Pfarre selbst abgeschlossen werden. Dazu bedarf es der Genehmigung (häufig Garantie genannt) des Konsistoriums (§ 123 a. E.), welche nur nach Prüfung und Billigung des Vertragsentwurfes erteilt wird²⁾. Der Amtsnachfolger bekommt dann die Stelle mit der Auflage überwiesen, seinerseits den Vertrag auszuhalten.

Das Recht des Geistlichen zur Nutzung beschränkt sich auf die herkömmliche Benutzungsart; will er diese ändern³⁾, so bedarf er dazu der Genehmigung des Konsistoriums. Ebenso darf er Nutzungsweisen, welche über die Gewinnung der Jahresfrüchte hinausgehen, indem sie die Substanz des Grundstückes selbst angreifen⁴⁾, nur mit Genehmigung des Konsistoriums und nach dessen Vorschriften eintreten lassen. Dabei hat das Konsistorium Sorge zu tragen, daß diejenigen Nutzungen, welche die verbrauchte Substanz des Grundstückes darstellen⁵⁾, nicht von dem jeweiligen Geistlichen für sich bezogen und verzehrt, sondern für die Pfarre verwertet, und in Pfarrkapitale (§ 127) umgewandelt werden, so daß der Geistliche auf den Genuß der Zinsen davon beschränkt bleibt.

Die Kosten der regelmäßigen Bewirtschaftung der Pfarrgrundstücke trägt selbstverständlich der Geistliche⁶⁾. Außerordentliche Aufwendungen zur Erhaltung, Einrichtung oder dauernden Verbesserung⁷⁾ der Pfarrgrundstücke können

pachtung auf Meistgebot, genutzt werden. Durch diese Uebereinkunft ist das formelle Recht des Geistlichen, über die Nutzung der Grundstücke anders zu verfügen, nicht aufgehoben; er muß sich jedoch, wenn er davon ohne ausdrückliche Genehmigung des Konsistoriums Gebrauch macht, gefallen lassen, daß ihm behuf der Bemessung des Einkommenszuschusses die Einnahme von den Grundstücken so hoch angerechnet wird, als sie mittelst deren Verpachtung auf Meistgebot hätte erzielt werden können. — Auschr. v. 21. Okt. 1882 in der Reftr.-Sammlg. des Konsist.

²⁾ S. das ang. Auschr. v. 1882.

³⁾ Z. B. Acker in Garten, Wiese in Acker verwandeln, Acker aufforsten u. dgl. m.

⁴⁾ Z. B. Anlegung von Torfstichen (vgl. Zeitschr. f. Rechtspf. XII, 228), Thon-, Sand-, Lehm-, Mergelgruben, Steinbrüchen, Bergwerken u. dgl. m.

⁵⁾ Also z. B. der Reinertrag aus den gewonnenen Mineralien bei eigenem Betriebe des Unternehmens, oder die für die Ueberlassung des Betriebes an Andere gezahlte (Pacht-) Summe.

⁶⁾ Soweit sie nicht nach einem Vertrage (z. B. Pachtvertrage) einem Anderen obliegen. Soweit sie nicht ihm selbst, sondern dem Amtsnachfolger zu gute kommen (z. B. Düngung, Bestellung), kann er von diesem Erstattung fordern. Die Höhe der zu zahlenden Entschädigung wird nötigenfalls durch Schätzung unter Leitung der Kirchenvisitatoren ermittelt (§ 74). — Ältere Bestimmungen, durch welche z. B. für Dünger im Acker u. a. m. feste Entschädigungssätze von vornherein festgestellt waren (i. z. B. Bege III S. 255 ff.) sind nicht mehr in Kraft.

⁷⁾ Als „dauernd“ sind solche Verbesserungen anzusehen, deren Wirkung nicht erfahrungsmäßig nach einer bestimmten Zeit wieder aufhört.

mittelfst Aufnahme einer Pfarrschuld (§ 131) bestritten werden. Sonstige Anlagen und Verbesserungen (Meliorationen), welche der Geistliche an denselben vornimmt, kann er vom Amtsnachfolger ersetzt verlangen, so weit ihr Wert bei der Pfarrübergabe noch vorhanden ist⁸⁾. Sie bilden die sog. Pfarr-Meliorationen, das (Pfarr-)Garteninventar, (Pfarr-)Feldinventar. (Wegen der Annahme des Inventars vgl. § 124 Anm. 7).

§ 126. (Fortsetzung.) **Gärten; Äcker und Wiesen; Forsten.**

Wer die Verpflichtung zur Haltung der Einfriedigung der Pfarrgärten hat, (soweit diese nicht einen Teil der Einfriedigung des Pfarrgehöftes (§ 124 a. E.) bildet), bestimmt das Herkommen. Ist nach diesem das Bestehen einer darauf bezüglichen Verpflichtung eines Anderen nicht nachweisbar, so ist es Sache des Geistlichen, die ihm geeignet scheinende Einfriedigung der Gärten auf seine Kosten herstellen zu lassen und zu unterhalten. Dieselbe bildet dann einen Teil des Garteninventars.

Das letztere begreift ferner alle in dem Garten gepflanzten Bäume, Sträucher und sonstige Gewächse, desgleichen alle übrigen Anlagen, welche den Frucht-ertrag des Gartens oder seine Nutzbarkeit für die Zwecke des Geistlichen und seines Hausstandes zu erhöhen geeignet sind¹⁾. Hinsichtlich der Übernahme derartiger Anlagen seitens des Amtsnachfolgers kommen die in § 124 wegen des Hausinventars entwickelten Grundsätze zur Anwendung²⁾.

Auch bei den etwa auf den Äckern und Wiesen usw. oder auf dem Pfarrhofe gemachten Anlagen finden die nämlichen Grundsätze Anwendung³⁾.

Bezüglich der Bewirtschaftung der eigenen Forsten der Pfarre unterliegen die Geistlichen den Beschränkungen, welche die gesetzlich bestehende Aufsicht des Staates über die Privatforsten mit sich bringt⁴⁾. — Hinsichtlich der forst-

⁸⁾ Der vorhandene Wert wird nötigenfalls durch Schätzung unter Leitung der Kirchenvisitatoren ermittelt (§ 74).

¹⁾ E. R. D. T. I c. XVII § 7. Die hier wegen der Weiden im Garten gemachte Ausnahme, daß diese nämlich nicht nach Schätzung, sondern nach einer gesetzlichen Taxe angenommen werden sollen, ist nicht mehr in Geltung.

²⁾ Gerichtlich wird das Garteninventar von den Beteiligten zuweilen als „Eigentum“ des Pfarrmügnießers angesehen. Es bildet vielmehr eine Zubehörung des Grundstückes, mit dem es verbunden ist, und unterliegt nur solange der Verfügung des Pfarrmügnießers, als diesem das Nutzungsrecht an dem Grundstücke selbst zusteht. Nach dessen Beendigung hat er kein Recht an dem Inventar mehr, sondern nur eine Forderung an den folgenden Mügnießer auf Ersatz des Wertes desselben in dem angegebenen (§ 124) Umfange.

³⁾ Wegen dauernder Verbesserungen s. § 125 Anm. 7. — Ältere Bestimmungen, welche feste Sätze für die Bezahlung gewisser Inventarstücke vorschrieben (z. B. Frederbsd. Stein. II S. 493 ff.) sind nicht mehr in Geltung.

⁴⁾ Gef., die Ausübung der Forsthoheit und Forstaufsicht über Privatforsten betr., v. 30. Apr. 1861 (Nr. 26).

lichen Nutzungen gilt, daß die regelmäßigen Jahresnutzungen dem Pfarrnutznießer zukommen, von welchem umgekehrt die regelmäßigen Forstaufsichts- und Forstwirtschaftskosten getragen werden⁵⁾. Wenn jedoch der Forstwirtschaftsplan zur Folge hat, daß in Perioden wiederkehrend, längere Jahre hindurch von der Forst nur geringe Nutzungen entfallen, darauf aber in einem Jahre die sog. Hauptnutzung eintritt, worauf dann erheblichere Kosten durch die Wiederaufforstung entstehen, so ist vom Konsistorium in geeigneter Weise dafür Sorge zu tragen, daß der Wert der Hauptnutzung den verschiedenen Pfarrinhabern aus der Zeit der Nutzungsperiode gleichmäßig zu gute kommt und daß die Aufforstungskosten auf sie gleichmäßig verteilt werden⁶⁾.

Wegen der Anfuhr des Holzes s. § 129.

§ 127. 7. **Pfarrkapitale. Klosterkapitalfonds. Renten aus der Gemeindefasse.**

Kapitale können zur Pfarrpfünde gehören

- 1) auf Grund von Stiftungen, sei es der ursprünglichen Pfarrstiftung, sei es später hinzugekommener Zuwendung¹⁾;
- 2) als Ersatz veräußerter Pfündenbestandteile.

Ist die Veräußerung eine freiwillige gewesen, also geschehen durch einen unerzwungenen Privatvertrag über einen Bestandteil der Pfünde, oder durch Verbrauch eines Teiles der Substanz derselben (§§ 125 und 126), so ist das dafür aufgekommene Kapital nach Maßgabe der Bestimmungen über Kirchenkapitale für die Pfarre zu belegen. Die Verrechnung erfolgt dann regelmäßig in einem Anhang zur Kirchenrechnung; dem Pfarrnutznießer gebühren die jährlichen Zinsen nach Abschlag der Verwaltungskosten.

⁵⁾ S. z. B. Ausfchr. v. 6. Okt. 1751 (Frederiks. Stein. II S. 227).

⁶⁾ Diese notwendige Ausgleichung wird aus Zweckmäßigkeitsgründen, wenn während der Forstnutzungsperiode ein Wechsel in der Person des Pfarrnutznießers eintritt, nicht auf den Zeitpunkt der forstlichen Hauptnutzung verschoben, sondern bei der Pfarrübergabe dergestalt vorgenommen, daß der neue Pfarrnutznießer dem Vorgänger oder dessen Erben einerseits die von ihnen getragenen Aufforstungskosten unter Abschlag des auf ihre Pfarrnutzjahre zu rechnenden Teiles derselben erstattet, und andererseits ihnen von dem durch sachmännische Schätzung zu ermittelnden Werte der bevorstehenden Hauptnutzung den auf ihre Pfarrnutzungsjahre zu rechnenden Teil, unter Abschlag eines angemessenen Betrages wegen der Vorauszahlung, herausgibt. Die gezahlten Beträge erhält er, wenn er nicht zur Hauptnutzung gelangt, vom Amtsnachfolger erstattet. — Außerordentliche Nutzungen aus der Forst, welche als Verbrauch eines Teiles der Substanz erscheinen, müssen für die Pfarre kapitalisiert werden. Vgl. Reskr. v. 18. Juni 1843 (Bege V S. 97).

¹⁾ Derartige Zuwendungen kommen auch in der Form vor, daß einer Kirche ein Kapital mit der Auflage zugewandt wird, dessen Zinsen (oder einen Teil derselben) dem an ihr angestellten Geistlichen zur Vermehrung seiner Dienstentnahmen auszusahlen. In diesem Falle gehört zur Pfünde nicht das Kapital, sondern der Anspruch auf die Zinsen.

Auf Verfügung des Konsistoriums allein werden sie überdies zur Deckung der nach Feststellung der Landes-Ökonomie-Kommission von der Pfarre zu übernehmenden Kosten des Verfahrens in Ablösungs- und Gemeinheitsteilungssachen verwandt¹⁰⁾.

Die Ablösung derjenigen (Parochial-)Abgaben, zu welcher die Mitglieder einer Kirchengemeinde als solche, mithin die Inquilinen ebensoviel, als die Hausbesitzer verpflichtet sind, soll nicht durch Kapitalzahlung seitens der einzelnen Pflichtigen, sondern durch Umwandlung der Abgabe in eine, deren jährlichen Ertrag nach bestimmten Regeln darstellende Geldrente geschehen, welche letztere jährlich aus der Gemeindefasse gezahlt wird¹¹⁾. Der Pfarrnutznießer empfängt die Rente anstatt der Abgabe. Wird die Rente später abgelöst¹²⁾, so geht das Ablösungskapital in den Kloster-Kapitalfonds.

§ 128. d. Stolgebührenrente.

Die früher vorgeschriebenen oder üblichen Gebühren (Stolgebühren) und Opfer bei geistlichen Amtshandlungen (insbesondere bei Taufen, Einsegnungen der Wöchnerinnen, kirchlichen Aufgeboten, kirchlichen Trauungen, Abendmahl und Begräbnissen) sind abgeschafft. Sie können auf Grund keines Rechtstitels fernerhin gefordert noch in irgend einer Art wieder eingeführt werden. Das Opfern bei diesen Amtshandlungen ist untersagt; geschieht es dennoch, so wird der Betrag der kirchlichen Armenkasse überwiesen (§ 121 Anm. 1). Damit jede Umgehung dieser Bestimmungen verhütet werde, ist den Kirchendienern verboten, in Bezug auf Amtshandlungen Geschenke anzunehmen¹⁾.

An Stelle der weggefallenen Gebühren und Opfer erhält der Geistliche eine jährliche Rente, die sog. Stolgebührenrente, welche dem durchschnittlichen Betrage²⁾ jener gleichkommt³⁾. Dieselbe erfolgt aus dem zu diesem Zwecke mit

¹⁰⁾ § 2 des ang. Gef. v. 1867

¹¹⁾ § 5, 1 des Gef., die Ablösung der auf dem Kirchen-, Pfarr- und Schulverbande beruhenden Abgaben und Dienste betr., v. 23. Apr. 1867 (Nr. 19). — Es handelt sich dabei hauptsächlich um das früher nach allgemeinem Landesrechte in jeder Gemeinde von jedem konfirmierten Mitgliede derselben zu entrichtende Bierzeitengeld.

¹²⁾ § 11 des ang. Gef. Nr. 19 v. 1867.

¹⁾ Gef., die Aufhebung der Stolgebühren und Opfer betr., v. 31. Mai 1871 (Nr. 33) § 1, 2 und 7. — Die in der E. K. D. T. I c. XV § 4 ausgesprochene Mahnung, daß ein Jeder „gegen seinen Seelforger sich dann und wann mit einer freiwilligen Gabe, so viel seine Hand vermag, erkenntlich zu zeigen unvergeffen sein solle“, wird, wie sie bei ihrem Erlasse außer Zusammenhang mit den im vorhergehenden § behandelten Stolgebühren stand, durch deren Aufhebung nicht berührt. Nur darf die freiwillige Gabe nicht in erkennbarem Zusammenhange mit einer bestimmten Amtshandlung des Geistlichen stehen, sonst müßte dieser sie nach § 7 des ang. Gef. v. 1871 zurückschicken.

²⁾ Der Durchschnitt ist berechnet nach dem Ertrage an Gebühren und Opfern, welchen die Jahre 1867, 1868 und 1869 ergeben hatten (§ 12 des ang. Gef.); derselbe ist in der durch die §§ 13 bis 18 daf. bestimmten Weise ermittelt und festgestellt.

³⁾ § 8 des ang. Gef.

einem entsprechenden Kapitale neu ausgestatteten Kloster- und Studienfonds und wird in vierteljährlichen Raten zu Anfang eines jeden Quartals voraus bezahlt⁴⁾).

Berechtigt zum Empfange der Stolgebührenrente ist der seitens des Konsistoriums dem Finanz-Kollegium namhaft gemachte Inhaber der Pfarrstelle, bei vakanten Stellen der Superintendent⁵⁾ auf Rechnung der Pfarrvakanzkasse.

Die Stolgebührenrente einer mit ertragreicher Pfründe ausgestatteten Pfarrstelle kann mittelst landesfürstlicher Verfügung von dieser nach eingetretener Vakanz abgetrennt und zur Aufbesserung einer wenig einträglichen Pfarrstelle verwandt werden⁶⁾. Genauere Bestimmungen über die Anwendung dieses Satzes enthält das Gesetz, das Einkommen der Geistlichen der ev. luth. Landeskirche betr., v. 28. Juni 1902 (Nr. 27) § 3. Danach kann die Abtrennung nur erfolgen, wenn die Pfarrstelle nicht zu den in die Neuordnung der Einkommensverhältnisse einbezogenen (s. § 123) gehört, und nur, wenn, oder insofern daß dem Stelleninhaber ein Dienst Einkommen von 4500 Mk. außer der Wohnung verbleibt. Mittelst abgenommener Stolgebührenrenten aufgebessert werden sollen nur solche Pfarrstellen, die gleichfalls nicht in die Neuordnung einbezogen sind, und mit der Maßgabe, daß durch die Zulegung das Dienst Einkommen des betr. Geistlichen außer der Wohnung den Betrag von 3600 Mk. nicht übersteigt.

Die zur Aufbesserung verwandten Stolgebührenrenten werden einstweilen als Teil der Pfründe der damit aufgebesserten Pfarrstelle behandelt⁷⁾.

§ 129. e. Gefälle und Einnahmen verschiedener Art. Teilnahme an Gemeinheiten.

1) Von der Aufhebung der Stolgebühren sind ausgenommen, also bestehen geblieben, die schon vor 1871 an einzelnen Orten für besondere, nicht zum Wesen des kirchlichen Aktes gehörige Mühewaltungen neben der eigent-

⁴⁾ Diese Art der Zahlung ist mit Genehmigung des Staatsministeriums in der Praxis eingeführt. Nach dem ang. Gesetze (§ 10) würde die Zahlung nur in halbjährlichen Raten am Schlusse des Halbjahrs gefordert werden können.

⁵⁾ Ausschreiben v. 9. Mai und 20. Juni 1891 (Amtsbl. S. 37 und 46). — Auch während des Gnadenhalbjahrs hat der Superintendent die Stolgebührenrente zu erheben und den Gnadenhalbjahrsberechtigten zu behändigen.

⁶⁾ § 9 des ang. Ges. v. 1871.

⁷⁾ Es versteht sich nach dem Zwecke der Aufbesserung mittelst der Stolgebührenrenten von selbst, daß dieselbe durch den Genuß einer Alterszulage (§ 123), in dem sich der Inhaber der aufzubessernden Pfarrstelle bereits befindet, nicht ausgeschlossen wird und daß diese Alterszulage um der Stolgebührenrente willen nicht wieder hinwegfällt. Andererseits aber versteht sich ebenso von selbst, daß bei der Frage, ob Alterszulage einzutreten habe, die einer Pfarrstelle beigelegten Stolgebührenrenten mitgerechnet werden. — Minist.-Reskr. v. 24. März 1885 in der Reskr.-Sammlg. des Konsist.

lichen Gebühr (der „Taxe des Falles“) herkömmlich gezahlten besonderen Vergütungen. Dergleichen sind namentlich für die Leichenbegleitung oder für die Leichenreden hier und da in Übung¹⁾.

2) Ebenso sind nach wie vor zu erheben die für Ausstellung von „Kirchenzeugnissen“, d. h. Auszügen aus den Kirchenbüchern, herkömmlich zu zahlenden Gebühren²⁾ (§ 91 Anm. 18).

3) Die große Menge der früher auf Grund des Pfarrverbandes von den Gemeindemitgliedern zu entrichten gewesenen Abgaben, als

Vierzeitengeld, Quartalsgeld, Umgänge u. dgl. m.,

Eier, Renneier, Oftereier,

Getreide, ausgedroschen nach Maß oder auch in Garben (Markgarben),

Bröte, Würste, Flachs usw.³⁾

ist abgelöst (§ 29). An ihre Stelle sind Kapitale getreten, deren Zinsen der Geistliche bezieht, oder Renten, welche ihm aus der Gemeindefasse verabfolgt werden (§ 127).

4) Ebenso sind die Abgaben, welche der Geistliche früher für zu erblichem Besitz ausgetane Pfarrgrundstücke zu beziehen hatte (Erbenzinse, Meierzinse, Laffzinse, Rauchhühner u. dgl. m.) nach Maßgabe der Ablösungsordnung v. 20. Dez. 1834 (Nr. 20) überall beseitigt⁴⁾ und an ihre Stelle Ablösungskapitale getreten.

5) Dagegen bestehen für sehr viele Pfarren noch Naturaleinnahmen an Brennholz, welche nicht Nutzungen aus eigener Forst (§ 126) darstellen. Sie beruhen entweder auf Teilnahmerecht an einer Genossenschaftsforst: dann richtet sich ihr jährlicher Wert nach dem Ertrage der Waldung und überdies muß die Pfarre regelmäßig zu den Bewirtschaftungskosten der Genossenschaftsforst nach Maßgabe ihres Anteiles an dieser beitragen; oder sie sind

¹⁾ Gef., die Aufhebung der Stolzgebühren und Opfer betr., v. 31. Mai 1871 (Nr. 33) § 4. — Die hier in Aussicht gestellte Verordnung wegen des Betrages dieser besonderen Vergütungen ist nicht erschienen; es gilt wegen desselben also das Verkommen; dieses ist aus den beim Konsistorium aufbewahrten Deklarationen der Geistlichen zu ersehen, die 1871 im Amte waren. Ausschr. v. 28. Mai 1896. Amtsbl. S. 27).

²⁾ Die Einnahme der Geistlichen von diesen Gebühren ist, da an Stelle eines großen Teiles der Kirchenzeugnisse Auszüge aus den Standesregistern treten, im Schwinden begriffen.

³⁾ Wegen der rechtlichen Natur der Verpflichtung zu diesen Abgaben vgl. § 29.

⁴⁾ Nur als zufällig oder aus besonderer Rücksicht auf örtliche Verhältnisse einstweilen unberührt gebliebene Reste des früheren Zustandes kommen noch in seltenen Fällen einzelne der unter 3 und 4 im Texte erwähnten Abgaben vor.

Deputate, d. h. auf einer fremden Forst ruhende Realberechtigungen: dann ist ihr jährlicher Wert (Menge und Beschaffenheit des zu liefernden Holzes) Jahr aus Jahr ein gleich und wird durch den wirklichen Umfang und die Beschaffenheit des Ertrages der belasteten Forst regelmäßig nicht beeinflusst, auch trägt in diesem Falle die Pfarre zu den Bewirtschaftungskosten regelmäßig nicht bei⁵⁾.

6) Sowohl beim Bezuge des Holzes aus eigener Forst und aus Anteilen an Genossenschaftsforsten, als bei Deputaten kommt es vor, daß seitens der Gemeinde oder einzelner Gemeindeglieder das Holz auf den Pfarrhof geschafft (gefahren) werden muß (§ 20)⁶⁾. Dies hat seitens der Pflchtigen entweder unentgeltlich, oder gegen eine dem Pfarrnutznießer obliegende Gegenleistung (meist in Verabreichung von Essen und Trinken bestehend) zu geschehen; das Genauere bestimmt das örtliche Herkommen. Die Verpflichtung zu den Holzfuhrten ist, wo sie nur für einzelne Gemeindeglieder besteht, als eine auf deren Höfen, d. h. auf der Gesamtheit aller Hofszubehörungen ruhende dingliche Last anzusehen.

7) Ähnlich verhält es sich mit der an zahlreichen Orten den Gemeindegliedern oder einzelnen unter ihnen obliegenden Verpflichtung zu landwirtschaftlichen Diensten, als: Düngerefahren, Düngerstreuen, Pflügen, Eggen, Mähen, Einfahren usw., sowie mit den hier und da von dem Pfarrnutznießer deshalb zu machenden Gegenleistungen. Auch bezüglich ihrer entscheidet wegen aller Einzelheiten das örtliche Herkommen. Als Träger der Verpflichtung gilt der ganze Hof mit sämtlichen Zubehörungen, wenn sie nicht nachweislich nur auf bestimmten Hofsteilen oder einzelnen Hofzubehörungen ruht.

Die Mehrzahl dieser landwirtschaftlichen Dienste ist gegen Dienstrenten, welche nur zur Auszahlung kommen, wenn der Geistliche eigene Wirtschaft führt, abgelöst⁷⁾. Die Ablösung der Holzabgaben und Holzfuhrten (und ebenso der Fuhrten zur Verrichtung des geistlichen Amtes (§ 29) kann dagegen nicht gefordert⁸⁾, sondern nur im Wege freier Vereinbarung mit Genehmigung des Konsistoriums herbeigeführt werden, und wird nur ausnahmsweise zu-

⁵⁾ Es kommt vor, daß die Pfarre für das Deputatholz die sog. Hauer- und Rückerlöhne, d. h. die Kosten des Schlagens des Holzes und seiner Hinschaffung zum Abfuhrplatze, bezahlen muß. — Die gelegentlich von den Pflchtigen, aber auch zuweilen von den Pfarrnutznießern beantragte Umwandlung von Holz-Deputaten in andere Holzarten ist nur mit Zustimmung der Beteiligten, und wenn sie über die Amtszeit eines Pfarrnutznießers hinaus Geltung haben soll, mit Genehmigung des Konsistoriums zulässig.

⁶⁾ Daß die Verpflichtung besteht, ist nötigenfalls von der Pfarre zu beweisen.

⁷⁾ § 5, 2, § 8–12 des Gef., die Ablösung der auf dem Kirchen-, Pfarr- und Schulverbande beruhenden Abgaben und Dienste betr., v. 23. Apr. 1867 (Nr. 19).

⁸⁾ § 2 daf.

gelassen, wenn sie mit erheblichen Vorteilen für die Pfarre verbunden ist.

8) Die Pfarren pflegten früher an allen Berechtigungen der sog. Reihewohner auf Benutzung der gemeinen Weide in Wald und Feld, der Holzmast u. a. m. gleich einem Ackermann (Bollspanner) teilzunehmen, waren dabei aber vom Hirtenlohne wie von der Verpflichtung⁹⁾ zum Halten des Samenviehes oder der Mittragung der Kosten desselben befreit. Diese Berechtigungen sind im größten Teile des Herzogtums durch die Gemeintheilungen beseitigt. Wo sie sich noch vorfinden, sind sie hinsichtlich der Einzelheiten nach dem örtlichen Herkommen zu beurteilen.

9) Wo die Jagd auf der Gemeindefeldmark verpachtet ist, erhält die Pfarre nach dem Verhältnisse ihres Grundbesitzes zu dem verpachteten Reviere Anteil an den Pachtgeldern.

§ 130. 5. Pfarrlasten.

Aus den Einkünften der Pfarrpfünde sind vorweg zu bestreiten die Pfarrlasten, d. h. die auf derselben ruhenden Verbindlichkeiten verschiedener Art¹⁾. Der Geistliche erhält die Pfünde nur mit den Lasten und hat von deren Einkünften nur so viel für sich zu beanspruchen, als nach Erfüllung aller jener Verbindlichkeiten übrig bleibt. Während seiner Amtsführung können der Pfarrstelle — außer im Wege der Gesetzgebung oder zur Ausführung bestehender Gesetze — neue Lasten nur mit seiner Zustimmung auferlegt werden. (Vgl. jedoch § 131 wegen der Pfarrschulden).

Als vorkommende Pfarrlasten sind namentlich folgende aufzuführen:

1) Die Kosten des Transportes zu den öffentlichen Gottesdiensten und sonstigen Amtsverrichtungen (§ 46 Anm. 3), wie auch zu den Kasualien, soweit sie nicht den beteiligten Gemeinden oder deren einzelnen Mitgliedern (§ 30, § 29, VI, 2); obliegen. — Ob dem Geistlichen die Fuhrn zu den öffentlichen Gottesdiensten außerhalb seines Amtswohnsitzes zu stellen sind, oder ob er für das Fuhrwerk auf seine Kosten zu sorgen hat, bestimmt lediglich das Herkommen. Das Herkommen entscheidet ferner darüber, ob die bestehende Verpflichtung, ihm Fuhrwerk zu stellen, als eine Last der Kirchengemeinde, zu der er sich begibt, oder nur einzelner Mitglieder derselben (z. B. der Besitzer der sog. Reihenhöfe, oder der Bespannten, u. a. m.) anzusehen ist; sowie darüber, ob die Verpflichtung die Stellung des Wagens mit be-

⁹⁾ R. D. J. S. 219, Verordnung v. 15. Nov. 1656 (Fredersb. Stein. II S. 33); vgl. Zeitschr. f. Rechtspf. I 62; V, 90.

¹⁾ Die Pfarrlasten müssen auch getragen werden, wenn die Pfarrstelle nicht besetzt ist, gehören also zu den Verpflichtungen der Batanzkassen (§ 74 Anm. 14).

gegen außergewöhnliche Gefahren¹⁾, für ihre ordnungsmäßige Einrichtung²⁾, für dauernde Verbesserungen, auch solche von bestimmt begrenzter, aber längerer Dauer³⁾, Kosten von Prozessen über die Substanz des Pfarrvermögens⁴⁾, Kosten von Ablösungen und Gemeinheitsteilungen und ähnliche Ausgaben, welche nicht zu den Kosten der laufenden Verwaltung und Bewirtschaftung der Pfarrpfründe gehören, braucht der Pfarrnutznießer nicht selbst zu tragen. Die Mittel zur Beschaffung derselben werden vielmehr auf seinen Antrag unter Genehmigung des Konsistoriums für die Pfarrstiftung selbst angeliehen, dergestalt, daß der Pfarrnutznießer nur die Zinsen und die vorgeschriebenen jährlichen Abträge zu leisten hat. Die Feststellung der jährlichen Abträge geschieht vom Konsistorium; maßgebend ist dabei für Anlagen von bestimmbarer Dauer der Gesichtspunkt, daß zu dem Zeitpunkte, an welchem voraussichtlich der Nutzen der gemachten Aufwendung aufhört, die Anleihe getilgt sein soll⁵⁾. Der Pfarrnutznießer hat die Zinsen und jährlichen Abträge auf die vorhandenen Schulden aus den Pfarreinkünften vormweg zu entrichten; sie bilden eine Pfarrelast (§ 130, 5); neue Schulden können, soweit es nicht zur Erfüllung gesetzlicher Verpflichtungen oder zur Erhaltung der Pfarrpfründensubstanz notwendig ist, für die Pfarre nur mit seiner Zustimmung gemacht werden.

Für Anleihen, welche den Pfarren aus kirchlichen Kassen oder aus dem Grundstocke der Landes-Pfarrwitwen-Versorgungsanstalt gewährt werden, wird Hypothekenbestellung mit den Pfarrgrundstücken nicht gefordert⁶⁾.

§ 132. cc. Dauer des Nutzungsrechtes an den Pfarrpfründen. Nicht vollendete Nutzungsjahre. Gnadenhalbjahr.

I. Das Recht auf den Genuß der Pfründe entsteht mit dem Tage, an

¹⁾ Uferbauten, Schutzdämme, Befriedigungen u. a. m., soweit es sich nicht um die laufende Unterhaltung derartiger vorhandener Anlagen handelt. — Die Versicherung der Pfarrgebäude gegen Feuer ist Sache des Baupflichtigen.

²⁾ Vermessung, Versteinung, Wege und Gräben, Kanäle, Brücken u. dgl.

³⁾ Planierungen, Wasserleitungen, Bewässerungen, Entwässerungen Drainierungen u. dgl.

⁴⁾ Prozesse über fällige Posten der Pfarreinkünfte hat der Pfarrnutznießer auf eigene Kosten zu führen (§ 123 a. E.)

⁵⁾ So werden Anleihen zu Drainagen regelmäßig in 20 Jahren, Anleihen zur Herstellung von Brücken und Kanälen je nach deren Bauart in 10 bis 25 Jahren getilgt. Für Prozeßkosten, Ablösungs- und Gemeinheitsteilungskosten dagegen wird Tilgung in 50 oder selbst mehr Jahren nachgelassen.

⁶⁾ E. § 109 a. E. — Wegen der kirchlichen Kassen (namentlich Kirchen- und Pfarrwitwentumskassen) beruht diese Ausnahme von dem sonst geltenden Rechte auf einer sehr alten Praxis, welche in der Oberaufsicht des Konsistoriums über die Verwaltung des Vermögens aller kirchlichen Kassen mit Recht eine genügende Sicherung der letzteren gegen Schädigung durch derartige Darlehnsgeschäfte erblickt.

welchem die Einführung in das Pfarramt, zu dem die Pfründe gehört, stattfindet. Behuf der Teilung der für längere Zeiträume geltenden Einnahmen und Lasten unter mehrere auf einander folgende Nutznießer, wie für andere Zwecke wird dasselbe nachher aber als bereits mit dem ersten Tage des Monates, in welchem die Einführung stattgefunden hat, entstanden angesehen¹⁾ und auf diesen zurückdatiert. Dasselbe erlischt für den Geistlichen oder seine Erben:

- a. Bei Versetzung des Geistlichen mit dem letzten Tage des Monates, welcher dem Monate vorausgeht, in dem seine Einführung in das neue Amt stattfindet.
- b. Beim Tode des Geistlichen mit dem letzten Tage des Sterbemonates.
- c. Bei der Emeritierung mit dem letzten Tage des Monates, in welchem der Geistliche aus dem Amte scheidet²⁾.
- d. Im Falle der Entlassung (§ 97) oder Absetzung (§ 98) mit dem letzten Tage des Monates, in welchem das den Amtsverlust aussprechende Erkenntnis rechtskräftig wird.

II. Von den für ein Jahr zu rechnenden Einkünften haben der Geistliche oder seine Erben so viele Zwölftel zu beanspruchen, als das Recht jenes auf den Pfründengenuß Monate des Jahres hindurch gewährt hat. Unter „Jahr“ ist bei dieser Berechnung derjenige Zeitraum von 12 Monaten zu verstehen, für welchen der in Frage kommende Einnahmeposten bestimmt ist. Das kann sein

- a. das Kalenderjahr. Dieses gilt für die Stolgebührenrenten, die Kapitalzinsen³⁾ und sonstige Geldrenten mit Ausnahme der Dienstrenten (§ 129, 7);
- b. das sog. kanonische Jahr oder Erntejahr, welches vom 1. Oktober bis 30. September läuft. Dieses gilt für die Einnahmen von den Grundstücken, mögen diese in eigener Bewirtschaftung des Pfarrnutznießers, oder verpachtet sein; ferner von den Dienstrenten und den Nutzungen von Gemeinheiten;
- c. andere Rechnungsjahre kommen hier und da nach örtlichem Her-

¹⁾ Vgl. § 1, 5 und 10 des Kirchenges., die Emeritierung betr., v. 1. Dez. 1882 (Nr. 46); § 10 Abs. 3 und § 22 Schlußsatz des Ges., die Errichtung einer Landes-Pfarrwitwen-Versorgungsanstalt betr., v. 15. Apr. 1889 (Nr. 22).

²⁾ § 12 Abs. 1 und § 14 Abs. 1 des ang. Kirchenges. v. 1882. — Mit Rücksicht auf diesen Umstand pflegt der Uebergang eines Geistlichen in den Ruhestand auf den Schluß eines Monates verlegt zu werden.

³⁾ Auch für die Zinsen der Ablösungskapitale, wenn gleich die durch die Ablösung bezeugten Naturalgefälle für ein anderes, als das Kalenderjahr gegolten haben. Denn durch eine Stückzinsenzahlung, welche am Schluß des Kalenderjahres, in dem die Einzahlung des Ablösungskapitales erfolgt ist, stattgefunden hat, ist für jedes einzelne Ablösungskapital die Zinsenverpflichtung zu einer für das Kalenderjahr geltenden gemacht.

kommen für das Holz⁴⁾ vor. Wenn indessen das Herkommen nicht zweifellos etwas anderes festgesetzt hat, so ist das Holz als Einnahme desjenigen kanonischen Jahres zu rechnen, innerhalb dessen es geliefert ist oder hätte geliefert werden müssen.

Früher bei anderen Naturalabgaben an einzelnen Orten üblich gewesene Berechnungsweisen (z. B. das Jahr für die Eierlieferung vom 1. Apr. bis 30. März) sind mit der Ablösung dieser Abgaben verschwunden.

III. Auch die Pfarrlasten sind behuf der Lösung der Frage, wie viel davon der einzelne von mehreren auf einander folgenden Pfarrnutznießern zu tragen habe, nach Zwölfteln zu verteilen, so daß jeder die der Zahl der Monate seines Pfründengenußes entsprechende Zahl von Zwölfteln derselben zu übernehmen hat. Sie sind regelmäßig als für das Kalenderjahr geltende Verpflichtungen anzusehen; jedoch werden solche, welche mit der Bewirtschaftung und Verbesserung der Pfarrgrundstücke zusammenhängen, auch wohl als Schmälerungen des Ertrages der letzteren behandelt und danach als für das kanonische Jahr geltende Verpflichtungen betrachtet.

IV. Über die Dauer seines Nutzungsrechtes hinaus kann der Geistliche hinsichtlich der Pfründe nicht verfügen. Zu Verfügungen, welche ihrem Zwecke nach für längere Zeit ohne Rücksicht auf die Person des Pfarrnutznießers Geltung haben sollen, bedarf es der Zustimmung des Konsistoriums; diese bewirkt, daß die fraglichen Verfügungen als namens der Pfarrstiftung selbst vorgenommen gelten. Alsdann ist der folgende Pfarrnutznießer an sie gebunden, da ihm das Recht an der Pfründe nur unter den näheren Beschränkungen und Bestimmungen verliehen wird, welche jene Verfügungen mit sich bringen (vgl. § 125).

V. Das Nutzungsrecht des Geistlichen an der Pfründe wird über seinen Tod hinaus auf die Dauer des sog. Gnadenhalbjahres erstreckt, wenn er eine Witwe, oder Kinder unter 25 Jahren, welche eine Versorgung noch nicht erlangt haben, hinterläßt⁵⁾. Auch Kinder über 25 Jahre können ausnahmsweise zum Genuße des Gnadenhalbjahres zugelassen werden, wenn sie „wegen körperlicher oder geistiger Schwäche einer Unterstützung bedürftig sind.“ Ob das der Fall, wird im Verwaltungswege, zunächst von den Kirchenvisitatoren, entschieden. — Die Witwe kommt, wenn gnadenhalbjahrsberechtigte

⁴⁾ Z. B. das sog. Brennjahr, welches vom 1. Apr. bis 30. März, oder auch vom 1. Juli bis 30. Juni läuft; dabei kommt überdies vor, daß das im Winter gelieferte Holz erst für das nach dessen Ende beginnende Brennjahr gilt.

⁵⁾ E. R. D. L. I c. XVII. Deklaration v. 11. Mai 1840 (Nr. 18). — Schon die R. D. J. S. 219 hatte das Gnadenhalbjahr der Witwen und Kinder eingeführt.

handlungen erfolgen (z. B. für Hagelfeierpredigten), demjenigen, welchem der Pfründengenuß zu der Zeit, wo diese Amtshandlungen verrichtet wurden, zustand¹⁰⁾. An Einkünften, welche für einen längeren Zeitraum, als ein Jahr gelten¹¹⁾, muß jeder innerhalb dieses Zeitraumes im Pfründengenuße Gewesene nach Maßgabe der Dauer seines Nutzungsrechtes teilnehmen.

§ 133. dd. **Anhang. Fürsorge für Witwen und Waisen der Geistlichen α nach dem älteren Rechte.**

Nach dem Rechte der Zeit vor 1889 bestand eine Fürsorge für mutterlose Waisen eines Geistlichen überhaupt nicht¹⁾. Die Witwen der Geistlichen (Predigerwitwen, Pfarrwitwen) aber hatten als sog. Witwentum:

1) Das Recht, eine Wohnung im Pfarrwitwenhause oder in Ermangelung eines solchen eine Mietentschädigung zu verlangen. Mit dem Pfarrwitwenhause war der Regel nach ein Garten oder ein anderes fruchttragendes Grundstück von geringerem Umfange verbunden²⁾. Zur Herrichtung und Haltung der Pfarrwitwenhäuser waren die Gemeinden verpflichtet³⁾, welche auch vorkommendenfalls die Mietentschädigung zu zahlen hatten⁴⁾, soweit diese nicht aus den Zinsen dazu angesamelter Kapitale bestritten werden konnte⁵⁾.

2) Das Recht auf einen halben Adermannsteil an den gemeinen Nutzungen (Weide, Mast, Holz u. dgl.)⁶⁾, bezw. den Genuß der an dessen Stelle bei Ablösungen und Gemeinheitsteilungen getretenen Entschädigungen in Grundstücken oder Kapital; daneben an einzelnen Orten das Anrecht auf bestimmte Leistungen der Gemeinde oder der Kirche oder der herzogl. Kammer, welche nur auf örtlicher Rechtsbildung beruhten und nach dieser zu beurteilen waren.

¹⁰⁾ Dies gilt auch für den Fall, daß der Nutznießer der Pfründe die fraglichen Amtshandlungen nicht selbst verrichtet hat oder verrichten konnte (Gnadenhalbjahrsberechtigte; Pfarrvakanzkasse). Die etwaige Vergütung des Stellvertreters (§ 77), durch den dieselben besorgt sind, wird nicht durch Ueberlassung jener besonderen Einkünfte geleistet, sondern vom Konsistorium auf die in der Pfarrvakanzkasse angesammelten Mittel angewiesen.

¹¹⁾ Holznutzungen, welche in Perioden von mehreren Jahren erfolgen, Jagdpacht, wo dieselbe nicht alljährlich, sondern für mehrere Jahre auf ein Mal bezahlt wird.

¹⁾ S. wegen des älteren Rechtes die Ausführungen in Anl. 13a zu den Verhandlungen der fünften ordentlichen Landes Synode 1888 und 1889.

²⁾ E. R. D. T. I c. XVI § 7.

³⁾ R. D. Z. S. 219. E. R. D. T. I c. XVI §§ 1 und 10.

⁴⁾ E. R. D. T. I c. XVI § 6.

⁵⁾ Zur Ansammlung von Kapitalen für diesen Zweck boten die Pfarrwitwenhauskassen, in welche die von den Pfarrwitwenhäusern zu erzielenden Einkünfte flossen, wenn keine Witwe vorhanden war (E. R. D. T. I c. XVI § 3), und noch mehr die Pfarrwitwentumskassen, welche zur Verwaltung der aus dem Verfaufe der Pfarrwitwenhäuser gelösten Gelder eingerichtet wurden, Gelegenheit. Der Verkauf der Pfarrwitwenhäuser wurde um die Mitte des neunzehnten Jahrhunderts begonnen und gegen den Schluß bis auf seltene Ausnahmen zu Ende geführt.

⁶⁾ E. R. D. T. I c. XVI § 2, vgl. mit dem Aussch. v. 1. Aug. 1710 (Friedersb. Stein. II S. 234). S. auch Zeitschr. f. Rechtspf. XXVI, 157.

3) Das Recht auf den zehnten Teil der Pfarrgrundstücke von der Stelle des verstorbenen Ehemannes, welcher zum Zwecke der Witwenversorgung ausgeschieden und den Pfarrinhabern, so lange die Witwe eines auf der Pfarrstelle verstorbenen Geistlichen vorhanden war, vorenthalten wurde⁷⁾).

4) Als Ersatz dieser verschiedenen Bezüge, wo es an denselben aus besonderen Gründen überhaupt mangelte⁸⁾ oder doch zur Zeit wegen der entgegenstehenden Rechte einer älteren Witwe nicht daran zu kommen war, sowie nötigenfalls zur Ergänzung ihres Wertes auf den Betrag von 16 Prozent, und späterhin von 24 Prozent, des Einkommens des verstorbenen Geistlichen eine Pension zur Höhe des Fehlenden aus der Beamten-Witwen- und Waisen-Versorgungsanstalt, welche der Verstorbene durch entsprechende Abgaben und Beiträge an diese Anstalt hatte sichern müssen⁹⁾.

Diese Versorgung gilt noch für diejenigen Predigerwitwen, welche beim Inkrafttreten des Gesetzes v. 15. April 1889 (Nr. 22)¹⁰⁾, die Errichtung einer Landes-Pfarrwitwen-Versorgungsanstalt betr., bereits im Genuße eines Witwentums sich befunden haben; ebenso für diejenigen, welche zwar erst nach diesem Zeitpunkte zum Genuße eines Witwentums gelangt, deren verstorbene Ehemänner aber nicht Teilnehmer an der Landes-Pfarrwitwen-Versorgungsanstalt (§ 109) geworden sind, wenn nicht beim Beginn ihrer Berechtigung auf das Witwentum die Pfarrstelle sich im Besitze eines Teilnehmers an dieser Anstalt befindet. Sie erhalten jedoch an Stelle der ihnen aus der früheren örtlichen Pfarrwitwentums- oder Pfarrwitwenhauskasse (oben Anm. 5; § 122) gebührenden Summe den gleichen Betrag aus der Landes-Pfarrwitwen-Versorgungsanstalt. Wenn beim Beginne ihrer Berechtigung auf das Witwentum die Pfarrstelle im Besitze eines Teilnehmers an der genannten Anstalt ist, so erhalten sie aus letzterer eine dem Werte des Pfarrwitwentumes entsprechende jährliche Rente. Die Höhe derselben wird durch das Konsistorium,

⁷⁾ Auschr. v. 3. März 1717 (Frederdsb. Stein. II S. 232). — Die Früchte dieser Grundstücke für das Erntejahr (Oktober bis September), in dem die Witwe verstorben war, gehörten ihr oder ihren Erben zu soviel Zwölfteln, als sie noch Monate dieses Jahres (den Sterbemonat als voll mitgerechnet) gelebt hatte. Auschr. v. 1775 (Frederdsb. Stein. S. 233).

⁸⁾ Es war z. B. tatsächlich nicht überall zum Bau von Pfarrwitwenhäusern oder zur unbeschränkten Festsetzung einer genügenden Mietentschädigung anstatt der fehlenden Wohnung gekommen.

⁹⁾ § 2 des Ges., die Beamten-Witwen- und Waisen-Versorgungsanstalt betr., v. 18. Juli 1837 (Nr. 31); Ges., die Teilnahme der Prediger an der Beamten-Witwen- und Waisen-Versorgungsanstalt betr., v. 6. Juli 1853 (Nr. 43); Ges., die Beamten-Witwen- und Waisen-Versorgungsanstalt betr., v. 22. März 1876 (Nr. 30). — Die Älteste wegen der Erhebung dieser Pensionen seitens der Witwen hatten die Superintendenten auszustellen (oben § 56).

¹⁰⁾ 1. Aug. 1889; f. Verordng. v. 26. Juni 1889 (Nr. 32).

vorbehältlich einer an das Staatsministerium zu richtenden Beschwerde feststellt¹¹⁾).

Das Recht auf das Witwenthum oder die an dessen Stelle getretene Rente währt bis zum Ableben der Witwe, wenn sie sich nicht wieder verheiratet; letzterenfalls erlischt es mit der Schließung der neuen Ehe.

§ 134. *β. Nach dem Gesetze vom 15. April 1889.*

Nach dem im § 133 ang. Gesetze v. 15. Apr. 1889 erhalten die Witwen und Waisen der Teilnehmer an der Landes-Pfarrwitwen-Versorgungsanstalt (§ 109) aus dieser eine Pension in der regelmäßigen¹⁾ Höhe von 24 Prozent desjenigen jährlichen Einkommens, wovon die Beiträge an die Anstalt zuletzt, bei Emeritierten zuletzt vor dem Ausscheiden aus dem Amte, geleistet sind²⁾. Der Anspruch auf Pension tritt mit dem Zeitpunkte ein, zu welchem der Bezug des Dienst Einkommens³⁾ oder des Ruheeinkommens⁴⁾ aufhört⁵⁾.

Die Pensionsberechtigten haben zunächst etwaige Rückstände des Verstorbenen bei der Anstalt zu berichtigen⁶⁾, auch, wenn derselbe die einmalige Abgabe und die Beiträge für mindestens ein Jahr von der bei der Bestimmung der Pension zum Grunde zu legenden Summe noch nicht entrichtet haben sollte, das Fehlende einzuzahlen. Sodann sind die Pensionen in vierteljährlichen, im dritten Monat eines jeden Quartals zahlbaren Raten zu erheben. Sie können nach allen im Deutschen Reiche belegenen Orten bezogen werden, nach Orten außerhalb des Reiches nur mit Genehmigung des Konsistoriums und unter den von ihm gestellten Bedingungen⁷⁾.

Der Anspruch auf die Pension kann mit rechtlicher Wirkung nur insoweit abgetreten, verpfändet oder sonst übertragen werden, als er der Pfändung unterliegt⁸⁾.

¹¹⁾ §§ 26 und 27 des ang. Ges. v. 15. Apr. 1889 (Nr. 22).

¹⁾ Vgl. § 8 des ang. Ges. wegen außerordentlicher Erhöhung oder Herabsetzung der Pension.

²⁾ § 12 des ang. Ges. Im dritten Absatz Bestimmung wegen des Falles der Wiederanstellung eines Emeritierten oder Entlassenen.

³⁾ Sechs Monate nach dem Ablaufe des Sterbemonats (§ 132).

⁴⁾ Zwei Monate nach dem Ablaufe des Sterbemonats (§ 96).

⁵⁾ § 13 des ang. Ges.

⁶⁾ Auch wenn sie dessen Erben nicht geworden sind. § 13 des ang. Ges. — Die Pension gehört nicht zur Erbschaft des Verstorbenen.

⁷⁾ §§ 13 und 14 das.

⁸⁾ § 15 des ang. Ges. — Nach der Zivil-Prozessordnung, § 749 Abs. 1 Nr. 7 (§ 850 Nr. 7 der Fassung v. 17. Mai 1898) vgl. mit Abs. 2, unterliegt der Pfändung nur der dritte Teil desjenigen Betrages der Pension, um welchen diese die Summe von 1500 Mf. jährlich übersteigt.

Pensionsberechtigten sind:

- 1) die Witwe des Anstaltsteilnehmers, und zwar bis zu ihrem Ableben, sofern sie sich nicht wieder verheiratet, welchenfalls sie ihres Anrechtes verlustig geht;
- 2) die ehelichen Kinder desselben bis zum vollendeten einundzwanzigsten Lebensjahre; Töchter, sofern sie sich nicht früher verheiraten, welchenfalls sie ihres Anrechtes verlustig gehen.

Das Anrecht der aus der Ehe der Witwe mit dem verstorbenen Teilnehmer stammenden Kinder wird erst wirksam nach dem Erlöschen des Anrechtes der Witwe.

Die Pensionen werden bis zum Schlusse desjenigen Monats ausgezahlt, in welchem das Anrecht auf sie erloschen ist⁹⁾.

Das Anrecht der Witwe geht auf die volle Pension, wenn neben ihr pensionsberechtigte Kinder aus früheren Ehen des verstorbenen Teilnehmers nicht vorhanden sind; auf zwei Drittel derselben, wenn und so lange ein solches Kind vorhanden ist, auf die Hälfte, wenn und so lange mehrere solche Kinder vorhanden sind, falls die Witwe eigene pensionsfähige Kinder nicht hat. Hat sie dagegen solche Kinder, so erhält sie zunächst die Hälfte der Pension; die andere Hälfte wird auf sämtliche pensionsfähige Kinder aus den verschiedenen Ehen nach Köpfen verteilt und die Anteile der eigenen Kinder werden der Witwe als Vermehrung ihrer Pension überwiesen. Was die Witwe von der vollen Pension nicht erhält, bekommen die Kinder aus der früheren Ehe oder den früheren Ehen und teilen es nach Köpfen¹⁰⁾. Sind, weil eine Witwe nicht vorhanden oder des Anspruches auf die Pension verlustig gegangen ist¹¹⁾, Kinder allein pensionsberechtigt, so erhalten sie, einerlei, ob sie aus einer Ehe oder verschiedenen Ehen des Erblassers stammen, bei drei oder mehreren die volle Pension, bei zweien zwei Drittel derselben; ist nur ein Kind vorhanden, so erhält es die Hälfte der vollen Pension. Was mehrere Kinder an Pension erhalten, teilen sie nach Köpfen¹²⁾.

Erledigte Pensionsteile von Kindern fallen den übrigen Kindern bis zur Erreichung des Höchstbetrages ihrer Pension zu; den etwaigen Rest, oder wenn andere Kinder nicht vorhanden sind, den ganzen erledigten Teil, erhält die Witwe. Fällt die Witwe hinweg, so erhalten die Kinder deren Pensionsteil bis zum Höchstbetrage ihrer eigenen Pensionsberechtigung¹³⁾.

⁹⁾ § 17 des ang. Ges.

¹⁰⁾ § 18 des ang. Ges.

¹¹⁾ B. B. auch durch Wiederverheiratung.

¹²⁾ § 19 des ang. Ges.

¹³⁾ § 20 des ang. Ges.

Wenn eine Ehe durch richterliches Urtheil geschieden und der Mann für den schuldigen Theil erklärt ist, so behalten die geschiedene Ehefrau und die Kinder aus der getrennten Ehe ihre bisherigen Pensionsansprüche; schreitet in diesem Falle der Mann zur zweiten Ehe, so bleiben die zweite Ehefrau und die Kinder aus der zweiten Ehe so lange und soweit von der Pension ausgeschlossen, als diese der geschiedenen Ehefrau und den Kindern aus der getrennten Ehe zufließt. Ist dagegen die Ehefrau im Erkenntnisse für den schuldigen Theil erklärt, oder die Ehe durch landesherrliche Machtvollkommenheit geschieden, so verliert die Ehefrau den Anspruch auf Pension, die Kinder aus der getrennten Ehe aber haben ihn so, als sei die Mutter verstorben¹⁴⁾.

§ 135. d. **Opfereipfründen.**

aa. **Selbständige Opfereistellen (§ 100 Aul. A.).**

Auch die Opfereistellen sind meistens mit einer Pfründe, einem Vermögen ausgestattet, welches den Zweck hat, die Mittel zum Lebensunterhalt des Kirchendiener zu liefern. Als Bestandteile dieses Vermögens können die bei den Pfarren angegebenen vorkommen (vgl. § 124—129). Auf dieselben finden im allgemeinen und namentlich auch, was ihre rechtliche Vertretung und ihre Nutzung betrifft, die für die Pfarrpfründen geltenden Rechtsätze Anwendung, jedoch mit den folgenden näheren Bestimmungen und Beschränkungen.

1) Es gibt keinen gesetzlichen Mindestbetrag für die Einnahmen der Opferr Männer¹⁾, dementsprechend auch keine Einkommenszuschüsse oder Alterszulagen für sie und kein Kataster der Einnahmen. Wenn das Bedürfnis dazu eintritt, läßt das Konsistorium eine Veranschlagung der Einkünfte einer Opfereistelle, sei es durch deren Inhaber selbst, sei es durch die Kirchenvisitatoren, vornehmen. Demnach besteht auch eine Pflicht zur Anzeige eintretender Änderungen in den Dienst-einnahmen für Opferr Männer nicht.

2) Die Opferr Männer als solche haben weder Anspruch auf ein Ruhe-einkommen für ihre Person, noch auf Pension für ihre Witwen und Waisen²⁾. Es besteht aber für die Witwen und Waisen eine Gnadenzeit an der Opfereipfründe; dieselbe beträgt 3 Monate nach Ablauf des Monats, in welchem der Opferr Mann verstorben ist³⁾.

¹⁴⁾ § 21 des ang. Ges.

¹⁾ Eine Art von Ausnahme, welche bei der Verbindung von Opfereistellen mit Schulstellen vorkommt, s. § 136.

²⁾ Wegen der mangelnden Berechtigung zu Witwenpension s. § 4 des Ges., die Verhältnisse der Beamten-Witwen- und Waisen-Versorgungsanstalt betr., v. 22. März 1876 (Nr. 30).

³⁾ Konsistorialausf. v. 26. Okt. 1764 und 15. März 1766 (Frederick. Stein. II S. 361); Deklaration, das den Witwen und Kindern verstorbenen Prediger zukommende Gnaden-

3) Hinsichtlich der Behandlung und Nutzung der einzelnen Teile der Opfereipfründen gilt, soweit es nach den Verhältnissen Anwendung finden kann, was wegen der Pfarrpfründen gesagt ist. Jedoch ist eine allgemeine Verpflichtung der Kirchenkassen zur Tragung der Kosten des Reinigens der Schornsteine in den Opfereihäusern nicht begründet.

4) Die Pflicht zum Bau und zur Unterhaltung der Opfereihäuser liegt der Gemeinde oder den Gemeinden ob, denen zu dienen der Opferrmann berufen ist (vgl. § 30). Das Verhältnis, in welchem mehrere Gemeinden dazu beizutragen haben, steht in der Regel durch Herkommen fest; wenn nicht, so muß durch den Kreisausschuß eine einstweilige Feststellung erfolgen⁴⁾. Vorbehalten bleibt dabei die durch besonderen Titel oder örtliche Rechtsbildung begründete Verpflichtung eines Anderen, welche nötigenfalls im Prozeßwege geltend gemacht werden muß, ohne daß die Gemeinde sich durch Berufung darauf von der Verbindlichkeit, zunächst ihrerseits die zur Unterhaltung des Gebäudes erforderlichen Mittel zu gewähren, befreien könnte⁵⁾.

5) Wegen der Verpflichtung der Opferrmänner zur Beschaffung und Bezahlung der sog. kleinen Reparaturen gelten die bezüglich der kleinen Reparaturen an Schulhäusern erlassenen Bestimmungen (§ 136).

6) Die Belegung beim Klosterkapitalfonds geschieht mit Kapitalen, welche Opfereistellen zugehören, unter denselben Voraussetzungen, wie mit Pfarrkapitalen (§ 127). Andere zur Opfereipfründe gehörige Kapitale werden in der Regel vom Kirchenrechnungsführer verwaltet und in einem Anhang zur Kirchenrechnung verrechnet.

7) Eine Abnahme der Stolgebührenrenten der einen Opfereistelle zum Zwecke der Aufbesserung einer anderen findet nicht statt.

8) An den Berechtigungen der Reihewohner (Gemeinheiten) war der Opferrmann des Ortes regelmäßig gleich einem Kotsassen beteiligt⁶⁾. Von der Ablösung dieser Berechtigungen gilt, was wegen derartiger Berechtigungen der Pfarren im § 129 gesagt ist.

9) Auch Lasten der Opfereistellen können vorkommen, namentlich die im § 130 unter 3, 4 und 5 erwähnten. Ihre Behandlung, sowie die Behandlung

halbjahr betr., v. 11. Mai 1840 (Nr. 18) § 6. Die Witwen und Waisen der Opferrmänner in der Stadt Braunschweig haben Anspruch auf Sterbe- und Gnadenquartal. Letzteres beginnt mit dem Ende des Kalendervierteljahres, in dem der Opferrmann gestorben ist. Keisr. des Konfist. v. 9. Mai 1860 Nr. 2325 (Akten der Stadtsuperintendentur in Braunschweig).

⁴⁾ § 29 des R. B. G.

⁵⁾ Wegen der Besichtigung der Opfereigebäude bei den Kirchenvisitationen s. oben § 52.

⁶⁾ Verordnungen v. 2. Nov. 1699 und 1. März 1700 (Frederiks. Stein. II S. 33); wegen der Last besonders G. R. D. T. I c. XVIII § 3.

der behuf Bestreitung der durch sie entstehenden Kosten etwa gemachten Schulden ist nach den in den §§ 130 und 131 angegebenen Grundsätzen zu regeln.

§ 136. bb. **Opfereidienst in Verbindung mit Schulämtern.**

Die bei weitem meisten Opfereistellen sind dauernd mit Schulämtern verbunden (§ 98 ff.) Infolge dessen tritt bei ihnen in mehrfacher Hinsicht eine von den Angaben des § 135 abweichende Behandlung des zur Opfereipfründe gehörigen Vermögens ein. Dasselbe wird nämlich in diesen Fällen als eine mit dem Schulvermögen einstweilen untrennbar verbundene Masse angesehen und demnach bezüglich der Beaufsichtigung und Verwaltung im wesentlichen dem Schulvermögen gleich behandelt.

1) Das Schulgebäude untersteht da, wo es zugleich Opfereihaus ist und als Wohnung des Opfermannes dient, der zugleich ein Lehramt an der Schule bekleidet, der gemeinschaftlichen Aufsicht des Schulvorstandes und Kirchenvorstandes¹⁾, welche für diesen Zweck zu einem Kollegium zusammentreten. — Wegen der Verpflichtung zur Übernahme der sog. kleinen Reparaturen finden für den Nugnießer der Opferei- und Schulstelle die Bestimmungen des Regulativs über die herrschaftlichen Wohnungen v. 13. Febr. 1835 Anwendung. Danach hat der Nugnießer auf seine Kosten das Reinigen der Schornsteine, Weißen der Zimmerdecken und Wände, Reinigen, Schwärzen und Vermalen der Feuerungsanlagen, sowie die Reparaturen an Fenstern und Türen und an den Schmiede- und Schlosserarbeiten zu besorgen, welche jede für sich nicht mehr als 3 Mk. kosten²⁾.

2) Die Einkünfte von der Opfereipfründe werden sämtlich zunächst mit den Einkünften der Schulstelle zusammen geschägt und im Schulanschlagsbuche mit verzeichnet. Von dem Gesamtbetrage der Opferei- und Schulstelleneinkünfte werden sodann 200 Mk. abgesetzt und dem Opfermann (Lehrer) als Vergütung für den Kirchendienst neben dem Lehrergehalte belassen, welcher letztere nötigenfalls durch Zuschüsse aus der Gemeindefasse auf den gesetzlichen Mindest-

¹⁾ Ges., über die Gemeindefschulen v. 6. Dez. 1851 in der Fassung v. 27. Okt. 1898 (Nr. 54) § 12 Abs. 3, § 14 Abs. 3. — Es kann dabei vorkommen, daß der Kirchenvorstand eine aus mehreren Ortsgemeinden bestehende Kirchengemeinde vertritt, welche an der Opferei interessiert ist, während der Schulvorstand nur eine Ortsgemeinde vertritt, für welche allein das Gebäude zugleich als Schulhaus dient. In solchem Falle versteht sich von selbst, daß die Schulgemeinde in höherem Maße zuzusteuern hat, als die andern. Die Beiträge der an der Schule als solcher nicht interessierten fremden Ortsgemeinden zur Erhaltung der Opferei müssen, wo sie nicht infolge örtlicher Rechtsbildung feststehen, nötigenfalls unter Anwendung des § 29 des Kirchenvorstandesgesetzes vom Kreisauschusse nach billigem Ermessen festgesetzt werden.

²⁾ Refr. v. 16. Febr. 1850 (Bege VII S. 71).

betrag ergänzt wird³⁾). Hat der Opferrmann nicht allsonntäglich Kirchendienst, so wird die ihm dafür zu belassende Vergütung vom Konsistorium auf einen geringeren Betrag als 200 Mk. festgestellt⁴⁾).

3) Wegen des Interesses, welches die zur Ergänzung der Schulstelleneinkünfte auf den Betrag des gesetzlichen Mindesteinkommens verpflichtete Gemeinde⁵⁾ an dem Betrage der Opfereinkünfte hat, muß die Verwertung der Opfereipfründe, namentlich der dazu gehörigen Grundstücke, so vorteilhaft als möglich geschehen. Bei Meinungsverschiedenheit zwischen der Gemeinde, dem Schulvorstande und dem Lehrer über den Ertragswert eines Opfereipfründenbestandtheiles tritt endgültige Schätzung und Feststellung desselben durch den Kreisauschuß ein⁶⁾). Das Ergebnis derselben wird in das Schulanfslagsbuch eingetragen, und der Opferrmann (Lehrer) muß dessen Ansaß gegen sich gelten lassen, auch wenn derselbe über den Betrag an Einnahmen hinausgehen sollte, welche er aus dem fraglichen Vermögensstücke tatsächlich erzielt.

4) Die Opferrmänner, welche im Schuldienste angestellt sind, müssen der Beamten-Witwen- und Waisen-Versorgungsanstalt beitreten⁷⁾); sie erwerben dadurch ihren Witwen und Waisen den Anspruch auf eine Pension zur Höhe von 24 Prozent ihres Dienst Einkommens. Außerdem haben die Witwen und Kinder den Anspruch auf drei Gnadenmonate vom ganzen Dienst Einkommen des Verstorbenen⁸⁾).

Achter Abschnitt.

Das Friedhofswesen.

§ 137. Kirchhöfe; Friedhöfe, Begräbnisplätze; Begräbnisse außerhalb der Friedhöfe; Gebäude auf den Friedhöfen.

Das Kirchengebäude ist in der Regel von einem freien Platze umgeben, der in früherer Zeit zu Begräbnissen zu dienen pflegte, heutzutage aber diese Bestimmung meistens verloren hat. Derselbe steht regelmäßig als ursprüng-

³⁾ Neue Redaktion des Gemeindefschulgef. §§ 35, 39; 15, 25; 64; Gef. v. 8. März 1902 (Nr. 9).

⁴⁾ § 39 Abs. 2 des angef. Gef. v. 27. Okt. 1898, Gef. v. 8. März 1902 (Nr. 9).

⁵⁾ Neue Redaktion des Gemeindefschulgef. §§ 4, 5, 6, 13, 16, 44.

⁶⁾ § 15 Abs. 4 und 5 der neuen Redaktion des Gemeindefschulgef. v. 27. Okt. 1898 (Nr. 54).

⁷⁾ § 4 des Gef., die Verhältnisse der Beamten-Witwen- und Waisen-Versorgungsanstalt betr., v. 22. März 1876 (Nr. 30). § 59 des angef. Gef. v. 1898.

⁸⁾ § 12 des Gef., die anderweitige Regulierung der Gehaltsverhältnisse der Lehrer betr., v. 17. Apr. 1873 (Nr. 21).

licher Bestandteil der Kirchenstiftung im Eigentum der Kirche¹⁾, unter Aufsicht und Verwaltung des Kirchenvorstandes²⁾, und ist als Zugang zur Kirche auf Kosten der Kirchenkasse in ordnungsmäßigem und würdigem Zustande zu erhalten³⁾. Der Kirchenvorstand hat dafür zu sorgen, daß jede Benutzung dieses Platzes, des „Kirchhofes“ im eigentlichen Sinne, für Zwecke des Gewerbes oder der Haushaltung, welche den Zugang zur Kirche beeinträchtigt, die Ruhe und den Frieden der Kirche stört oder mit deren Würde unvereinbar ist, unterbleibt⁴⁾. Benutzung des Kirchhofes zur Fruchtziehung, mit Ausnahme der Gewinnung von Baumobst in geringerem Umfange⁵⁾, ist ausgeschlossen; die Nutzung des Grasmuchses ist gestattet, jedoch darf der Kirchhof nicht zum Weiden von Vieh benutzt werden. Die Nutzung kommt der Kirchenkasse zu, wo nicht ein bestimmtes Herkommen entgegensteht; durch ein solches ist sie häufig dem Dpferrmann⁶⁾, in seltenen Fällen dem Prediger zugewiesen.

Zu den Begräbnisplätzen (Friedhöfen, Kirchhöfen im uneigentlichen Sinne), welche heutzutage regelmäßig nicht in unmittelbarer Nähe der Kirche, sondern außerhalb der Ortschaften angelegt werden, haben die Ortsgemeinden⁷⁾ den erforderlichen Grund und Boden herzugeben oder anzuschaffen. Nachdem festgestellt worden, daß der Benutzung des gewählten Platzes landespolizeiliche Bedenken nicht im Wege stehen, und die Genehmigung des Konsistoriums er-

¹⁾ Vgl. Landesfürstl. Reskr. v. 13. Okt. 1766 (Fredersb. Stein. II S. 41).

²⁾ Es kommt jedoch namentlich in Städten vor, daß der Platz die rechtliche Natur eines öffentlichen Platzes angenommen hat; dann ist er Eigentum der Gemeinde, steht unter der Verwaltung der Gemeindebehörden und ist gleich anderen öffentlichen Plätzen auf Kosten der Gemeindefasse zu unterhalten.

³⁾ So lange der Platz als Begräbnisplatz dient oder als früherer Begräbnisplatz geschont werden muß, hat die Gemeinde die Verpflichtung, ihn einzufriedigen und die Einfriedigung zu unterhalten.

⁴⁾ Wo sein Wort nicht hilft, hat er die Hülfe der Ortspolizei und nötigenfalls der Landespolizeibehörde in Anspruch zu nehmen.

⁵⁾ Eine Reihe von Obstbäumen am Rande des Kirchhofes ist zulässig; Konsist.-Auschr. v. 6. Aug. 1834. Diese Erlaubnis ist nur für die noch zu Begräbniszwecken dienenden Kirchhöfe zurückgenommen, Auschr. v. 5. März 1888 (Amtsbl. S. 68), gilt also für die übrigen.

⁶⁾ Auch in Fällen, wo der Kirchhof nicht mehr als Begräbnisplatz gebraucht wird.

⁷⁾ Minist.-Reskr. v. 29. Febr. 1836 (Wege V, 51). — Die Ortsgemeinden haben einzutreten nicht nur als Träger der finanziellen Verbindlichkeiten der Kirchengemeinden, sondern auch weil das ortspolizeiliche Interesse obwaltet, daß die Leichen sämtlicher innerhalb des Ortsgemeindebezirktes verstorbenen Personen, auch wenn diese der dortigen Kirchengemeinde nicht angehört haben, ordnungsmäßig bestattet werden. Dieses polizeiliche Interesse würde freilich auch durch die Anlegung eines außer Verbindung mit den Organen der kirchlichen Verwaltung verbleibenden (sog. kommunalen) Friedhofes befriedigt werden können; die Ortsgemeinde würde sich aber mit der Ausführung dieser Maßregel von ihrer auf altem Gewohnheitsrecht beruhenden Verbindlichkeit, der Kirchengemeinde den Begräbnisplatz zu schaffen, nicht lösen. — Gegen andere religiöse Gemeinschaften, als die Kirchengemeinden der Landeskirche, haben die Ortsgemeinden diese Verpflichtung nicht; den Leichen ihrer Angehörigen muß aber die Grabstelle auf dem Friedhofe der Landeskirchengemeinde gewährt werden, wenn sie nicht besondere Friedhöfe besitzen (§ 11, II 5).

folgt⁸⁾), auch die Einfriedigung des Plazes⁹⁾ sowie nötigenfalls die Schaffung eines brauchbaren Weges zu ihm und der unentbehrlichen Wege auf ihm geschehen ist, findet die „Überweisung desselben zum kirchlichen Gebrauche“ statt¹⁰⁾. Diese geschieht durch einen Rechtsakt, der zwischen dem Vertreter der Ortsgemeinde (z. B. dem Gemeinderate) und dem Kirchenvorstande verläuft und ordnungsmäßig durch ein Protokoll beglaubigt wird¹¹⁾. Mit diesem Akte geht die Verwaltung und Nutzung des Plazes auf den Kirchenvorstand über¹²⁾ und hört jede Mitwirkung der Ortsgemeinde dabei auf¹³⁾. Der Kirchenvorstand hat auf dem Lande zum Gehülfen für diese Verwaltung den Opferrmann (§ 102) und unter diesem den Totengräber, welche nach seinen Weisungen die unmittelbare Aufsicht auf dem Friedhofe zu üben haben; in den Städten ist wegen der letzteren das Erforderliche in der Regel durch örtliche Ordnung bestimmt.

Der neue Friedhof gewinnt alsdann mit der ersten Leichenbestattung, welche auf ihm vorgenommen wird¹⁴⁾, die Eigenschaft einer dem gewöhnlichen Geschäftsverkehr entzogenen Sache (*res extra commercium*)¹⁵⁾.

⁸⁾ S. z. B. Reftr. des Geh. Rats-Kolleg. v. 25. Sept. 1823 (Bege II S. 194), Minist.-Reftr. v. 10. Dez. 1850 (Bege VII, 82). — Der landespolizeilichen Genehmigung der Anlage hat erforderlichenfalls eine eingehende Prüfung der Bodenverhältnisse unter Zuziehung des Physikus vorauszugehen.

⁹⁾ E. R. D. L. I c. XVIII § 4 (vgl. auch R. D. J. S. 119).

¹⁰⁾ Konfist.-Auschr. v. 20. Dez. 1862 (1863 Nr. 4; Bege IX, 280).

¹¹⁾ Bevor zur Überweisung geschritten wird, pflegt das Konsistorium von der Ortsgemeinde den Nachweis zu verlangen, daß ihr das Eigentum an dem zu überweisenden Grundstücke zusteht.

¹²⁾ Ausnahmeweise, namentlich wo, wie in Braunschweig und Wolfenbüttel, gemeinschaftliche Friedhöfe für mehrere Kirchengemeinden angelegt sind, wird die Verwaltung oder ein bestimmter Teil derselben nicht vom Kirchenvorstande, sondern von einem besonderen Organe (Friedhofs-Verwaltung, Friedhofs-Kommission), geführt, dessen Zusammensetzung und geschäftliche Befugnisse wie Verpflichtungen durch vom Konsistorium und so weit erforderlich, von der Landesregierung genehmigte örtliche Ordnungen geregelt sind.

¹³⁾ Vgl. z. B. das Reftr. v. 12. Juni 1822 (Bege III 261).

¹⁴⁾ Mit der ersten Leichenbestattung soll regelmäßig eine Einweihung des Plazes zum Friedhofe (Gottesacker) verbunden werden. Kirchenges., die liturgische Ordnung der Nebengottesdienste betr., v. 14. Aug. 1893 (Nr. 42). Jedoch ist nicht diese, sondern die Leichenbestattung, als die rechtswirkende Tatsache anzusehen, mit welcher der neue Friedhof aus dem Geschäftsverkehre ausscheidet.

¹⁵⁾ Er wird damit nicht Eigentum der Kirche, für deren Gemeinde er bestimmt ist; dazu würde in dem regelmäßigen Falle, wo das Eigentum an dem Grund und Boden zu vor der Ortsgemeinde zugestanden hat, die gerichtlich oder notariell beurkundete Einigung über den Eintritt der Uebertragung erforderlich sein (§ 48 des Ausführungsges. z. Bürgerl. Gesetzb. v. 12. Juni 1899 (Nr. 36), § 1 der Verordng., betr. die Ausführung der Reichsgrundbuchordng. v. 12. Juni 1899 (Nr. 50), §§ 90 und 91 der Reichsgrundbuchordng. v. 24. März 1897). Aber er wird als Begräbnisplatz dem Privatverkehrsverkehr entzogen. Damit hört er nicht auf, Eigentum der Ortsgemeinde zu sein, wenn er es zuvor gewesen war, namentlich wenn er im Grundbuche auf ihren Namen eingetragen ist. Allein das Eigentum ist in diesem Falle auf unbestimmte Zeit seiner Wirkungen völlig entkleidet. Es gewinnt auch nie wieder Bedeutung, wenn der Friedhof so groß angelegt ist, daß er unausgesetzt im Gebrauche als solcher behalten werden kann, und ein sonstiger Anlaß, ihn diesem Gebrauche zu entziehen, nicht eintritt. Nur wenn er endgültig geschlossen ist, so daß seine Bestimmung als Begräbnisplatz für immer aufhört, kann nach Ablauf der noch zu

Hinsichtlich der Fruchtziehung auf den Friedhöfen gilt, was oben wegen der Kirchhöfe gesagt ist, mit der Einschränkung, daß Obstzucht auf ihnen vollständig ausgeschlossen ist¹⁶⁾. Die Grasnutzung, wo nicht durch nachweisbare örtliche Rechtsbildung anders darüber bestimmt ist, steht dem Opfermann zu.

Die Bestattungsweise, namentlich die Anlegung der Grabstellen und deren Verzierung, richtet sich an den meisten Orten nach Statuten (Friedhofsordnungen, Begräbnisordnungen), welche von den Kirchenvorständen entworfen und nach erfolgter Genehmigung des Konsistoriums erlassen sind. Diese Statuten bestimmen über Erbbegräbnisse, Familienbegräbnisse, vorbehaltene Grabstellen, die Bedingungen der Zulassung von Ausmauerung der Gräber, die Zulässigkeit der Verzierung der Gräber durch Einfassungen, Anpflanzungen, Denkmäler u. dgl. m., insbesondere auch über die Höhe der für dergleichen Anlagen zu entrichtenden Gebühren.

Wo statutarische Bestimmungen über diese Punkte nicht gemacht sind, entscheidet bezüglich derselben das Herkommen, in Ermangelung eines solchen aber für den einzelnen Fall der Beschluß des Kirchenvorstandes und auf Rekurs gegen diesen das Konsistorium. Sowohl bei derartigen Einzelentscheidungen, wie bei der Abfassung von Friedhofs- und Begräbnisordnungen sind die folgenden allgemeinen Vorschriften zu beachten.

Die Gräber sind so herzustellen, daß über die obere Fläche des Sargdeckels eine Erdschicht von mindestens 3 Fuß Stärke zu liegen kommt, den Grabhügel nicht mitgerechnet.

Die Gräber sollen in Reihen, und zwar so, daß für Erwachsene und für Kinder besondere Reihen dienen, angelegt werden¹⁷⁾. Leichensteine, Denkmäler, Grabkreuze dürfen nicht eher gesetzt werden, als nachdem die darauf anzubringenden Inschriften dem Geistlichen vorgelegt und von ihm gebilligt sind¹⁸⁾.

beachtenden Schonzeit jenes eingetragene Eigentum wieder Wirkung äußern, aber auch dann nur nach zuvor eingeholter Verfügung des Landesfürsten, durch welche der Wiedereintritt des Plazes in den gewöhnlichen Rechtsverkehr ausgesprochen wird. — Vgl. das in Anm. 1 ang. Refr. v. 1766 und Min.-Refr. v. 10. Jan. 1875 in der Refr.-Sammlg. des Konsist. — Die Begräbnisplätze, als dem Rechtsverkehr entzogene Sachen, sind von dem Eigentume der Kirchen einerseits und dem Eigentume der Gemeinden anderseits unterschieden z. B. im § 178, 4 der Städteordnung v. 1892 und § 103 der Landgemeindeordnung v. 1892.

¹⁶⁾ Ausschr. v. 5. März 1888 (Amtsbl. S. 68). — Ob und welche andere Bäume auf dem Friedhofe zu dulden sind, entscheidet örtliches Statut (Friedhofsordnung) oder Herkommen, in deren Ermangelung Beschluß des Kirchenvorstandes.

¹⁷⁾ Minist.-Refr. v. 13. Mai 1842 (Bege IV, 220; V, 94). Willkürliche Ausnahmen von dieser Regel sind nicht zulässig, auch nicht zu Gunsten der Ortsgeistlichen oder ihrer Familien. Refr. v. 27. Juli 1844 (Bege V, 98).

¹⁸⁾ Ausschr. v. 16. Sept. 1829 (Bege II S. 199); Ausschr. v. 28. Dez. 1862 (1863 Nr. 4 und Bege IX, 280); Ausschr. v. 10. Dez. 1888 (Amtsbl. S. 162 ff.). Die Grab-

— Wegen der Verpflichtung des Totengräbers auf die Beachtung dieser Vorschriften, sowie auch auf die Beachtung der Bestimmungen der örtlichen Friedhofs- und Begräbnisordnung f. § 106.

In den Friedhofsordnungen pflegt ferner festgesetzt zu sein, ob und in welcher Weise über die Bestattungen auf dem Friedhofe besondere Register (abgesehen von den durch die Kirchenbuchführer zu führenden Begräbnis-Registern (§ 91 Anm. 11) angelegt werden sollen¹⁹⁾). Sodann ist in denselben regelmäßig auch Verfügung getroffen über die bei Benutzung des Begräbnisplatzes zu erlegenden Gebühren. Solche kommen vor:

- a. für die Grabstelle selbst. Jedoch wird für Grabstellen gewöhnlicher Größe und Beschaffenheit in der Regel nichts bezahlt; dagegen werden regelmäßig Gebühren erhoben für vorbehaltene Grabstellen in der Reihe oder außer der Reihe, (Familiengrabstellen) und für Ausmauerung der Gräber²⁰⁾;
- b. für zierende Anlagen an und bei den Gräbern, wie Einfassungen, Einfriedigungen, Denkmäler verschiedener Art²¹⁾, Anpflanzungen²²⁾;
- c. für im Auftrage des Kirchenvorstandes an den Gräbern angebrachte Nummernsteine²³⁾;
- d. für Bauten auf dem Begräbnisplatze, insbesondere Erbbegräbnisse²⁴⁾.

Die Gebühren fließen in die Kirchenkasse²⁵⁾. Nur in wenigen Ausnahmefällen ist eine Abweichung davon aus besonderen Gründen zugelassen, nament-

stellen von Selbstmördern (vgl. § 89), bei deren Begräbnis die äußeren kirchlichen Auszeichnungen versagt wurden, sollen nur mit einfachen Denksteinen oder Tafeln versehen werden, die keine weitere Inschrift als die Angabe des Namens, der Herkunft, des Standes, Geburts- und Sterbetages und -Jahres aufweisen. Waren dagegen beim Begräbnisse die kirchlichen Auszeichnungen nicht versagt, so soll nur das Auffallende und Bruchende in Grabmälern und Inschriften vermieden werden. Kirchenges., das Verhalten der Kirche beim Begräbnisse von Selbstmördern betr., v. 3. Juni 1897 (Nr. 19).

¹⁹⁾ Solche sind z. B. vorgeschrieben durch die Wolfenbüttelsche Begräbnisordnung v. 1886 und die braunschweigische v. 1887.

²⁰⁾ Für letztere, welche tunlichst vermieden werden soll, pflegt in Rücksicht auf die beträchtliche Erschwerung, welche sie der späteren Wiederbenutzung der Stelle bereitet, eine sehr hohe Gebühr festgesetzt zu werden. Vgl. Reskr. v. 27. Juli 1853 (Bege VIII, 140 ff.)

²¹⁾ Die Gebühren für dergleichen Anlagen pflegen einerseits nach dem Raume, den sie beanspruchen, andernteils nach den Kosten ihrer Herstellung in verschiedenen Abstufungen festgesetzt zu sein.

²²⁾ Die Anpflanzungen auf oder an den Gräbern pflegen nur unter Beschränkung auf bestimmte Gewächse oder Klassen von Gewächsen zugelassen zu werden; damit nicht weitreichende Baumwurzeln der Herstellung der Gräber hinderlich werden.

²³⁾ Diese deuten auf die Nummern des ausgesetzten Gräber kenntlich. damit die einzelnen nicht weiter ausgezeichneten Gräber kenntlich.

²⁴⁾ Auf größeren Friedhöfen pflegt für die Anlegung von Erbbegräbnissen und Familiengrabstellen, die ihrem Zwecke nach eine längere Schonung fordern, als die gewöhnlichen Reihengräber, ein besonderer Platz angewiesen zu sein.

²⁵⁾ Vgl. das ang. Auschr. v. 1862 (Anm. 18).

lich in der Richtung, daß die Gebühren in einer sog. Friedhofskasse getrennt von der Kirchenkasse zu dem Zwecke vereinnahmt werden, daraus in erster Linie die Anlagen des Begräbnisplatzes und seine Einfriedigung zu erhalten, und die Gemeinde dazu erst nach Erschöpfung dieser Mittel heranzuziehen. Die Genehmigung zu derartigen Ausnahmen ist beim Konsistorium nachzusuchen.

Wenn die übliche Schonzeit (in der Regel mindestens 30 Jahre²⁶⁾ verstrichen ist, so kann der Platz von neuem zu Begräbniszwecken verwendet werden. Dabei dürfen jedoch die Gräber nicht berührt werden, für welche Angehörige der Bestatteten eine längere Schonzeit ausgewirkt haben, was nach einzelnen Friedhofsordnungen beim Setzen von Denkmälern gegen eine Gebühr zugelassen wird. — Grabdenkmäler, deren Schonung nicht mehr gefordert werden kann, hat der Kirchenvorstand entfernen zu lassen; wenn sie noch leserliche Inschriften haben, sind sie an einem passenden Orte außerhalb der Kirche aufzubewahren²⁷⁾. Auch vor Ablauf der Schonzeit kann der Kirchenvorstand Grabdenkmäler oder andere Anlagen, deren schlechter Zustand Gefahr droht oder Ärgernis gibt, entfernen lassen²⁸⁾.

Wenn ein Friedhof geschlossen und seit der letzten Bestattung die vorgeschriebene oder übliche Schonzeit verstrichen ist, so kann er durch landesfürstliche Verfügung dem freien Rechtsverkehre zurückgegeben werden. Damit kann das im Grundbuche eingetragene oder sonst nachweisbare Eigentum einer Gemeinde (oder eines Anderen) an dem Friedhofe wieder wirksam zu werden beginnen. Ist Eigentum an dem Friedhofe nicht eingetragen, so konnte nach dem bis 1. Januar 1900 geltenden Rechte der Kirchenvorstand dasselbe durch Fortsetzung seines bis dahin von ihm mit Ausschluß Anderer geübten Nutzungs- und Aufsichtsrechtes an dem Platze für die Kirche erwerben²⁹⁾.

²⁶⁾ S. z. B. Landesfürstliches Refr. v. 19. Juni 1769 (Bege Nachtr. S. 5). — Durch die Friedhofs- und Begräbnisordnung für den Zentralfriedhof bei Braunschweig v. 7. Mai 1887 ist die Schonzeit auf diesem zu nur 25 Jahren bestimmt, vorausgesetzt, daß binnen dieser Frist nach dem Ergebnisse einer anzustellenden Untersuchung die Verwesung eingetreten sein wird.

²⁷⁾ Konsist.-Refr. v. 25. Jan. 1826 (Bege III, 265) und 5. Jan. 1828 (Bege III, 271).

²⁸⁾ Eine zuvorige Aufforderung etwaiger Angehöriger des Bestatteten, dem das Denkmal gesetzt ist, zur Herstellung des letzteren ist nach dem Rechte nicht notwendig; nach dem Rechte hat derjenige, der auf dem Friedhofe ein Denkmal hat errichten lassen, kein Eigentum an demselben, aber ebensovienig eine Verpflichtung zu seiner Unterhaltung. — Die letztere kann für den Kirchenvorstand dadurch begründet werden, daß Jemand der Kirche eine Summe zuwendet mit der Bestimmung, daß von deren Zinsen zunächst die Unterhaltung eines Grabes oder eines Denkmals während bestimmter Zeit bestritten werden soll. Wäre die Zeit nicht bestimmt, so endete sie mit der Rückgabe des Friedhofes in den Rechtsverkehr, welche durch eine derartige Verfügung nicht gehindert wird. — Dasselbe gilt hinsichtlich der Endigung der Unterhaltungspflicht, wenn sie für einen Anderen durch einen besonderen Rechtsakt begründet ist; ihr sonstiger Inhalt ist alsdann nach diesem Rechtsakte festzustellen und zu beurteilen.

Zur Anlegung von Familienbegräbnissen oder Erbbegräbnissen außerhalb der Friedhöfe (§ 89, 6) ist die Genehmigung sowohl der Landespolizeibehörde als des Konsistoriums erforderlich. So lange derartige Anlagen Begräbniszwecken dienen, sind sie vom Privatrechtsverkehr ausgeschlossen (*extra commercium*) in dem Sinne, daß sie jeder mit diesem Zwecke nicht vereinbaren Verfügung auch desjenigen, welchem der Grund und Boden, auf dem sie errichtet sind, zuvor gehörte, entzogen sind. Das Privateigentum an ihnen hört aber damit nicht auf; sie können vererbt und vorbehaltlich ihres Zweckes³⁰⁾ veräußert werden. Dem letzteren können sie nur unter Zustimmung der Landespolizeibehörde und des Konsistoriums wieder entnommen werden. Ist diese erteilt, so fällt die inzwischen bestehende Beschränkung der Verfügung über sie hinweg.

Das Bestatten der Leichen in den Kirchen, im allgemeinen schon durch landesfürstliche Reskripte aus der zweiten Hälfte des 18. Jahrh. (Frederisd. Stein. I 89) untersagt, ist nur ausnahmsweise den Kirchenpatronen und Eigentümern der Rittergüter gestattet³¹⁾. Sie soll aber in Erbbegräbnissen unter dem Kirchengebäude geschehen, welche ausgewölbt sein müssen und keinen unmittelbaren Zugang vom Innern der Kirche aus haben dürfen. Zur Neuanlegung eines derartigen Erbbegräbnisses ist die Genehmigung des Konsistoriums nach Anhörung des Kirchenvorstandes erforderlich.

Wegen der Bahnhäuser auf den Friedhöfen s. § 117 Anm. 14. — Auch zur Anlegung anderer Gebäude auf den Friedhöfen (Leichenhäuser, Leichenhallen, Friedhofskapellen, Totengräberwohnungen) bedarf es der Genehmigung des Konsistoriums, bei oder vor deren Erteilung das Erforderliche wegen der Rechtsverhältnisse, denen die Gebäude unterstehen sollen, festgestellt wird.

²⁹⁾ Vgl. das in Anm. 1 ang. Reskr. v. 1766; § 1, 6 und 7 des Ges. über den Eigentumserwerb v. 8. März 1878 (Nr. 10). — Was in dem ang. Reskr. bezüglich der Bauung eines früheren Friedhofes gesagt ist, gilt auch bezüglich jeder anderen durch den Zweck des Friedhofes bisher ausgeschlossen gewesenen Benutzungsart oder Verfügung.

³⁰⁾ Darunter ist hier ihre Bestimmung, zur Leichenbestattung zu dienen, überhaupt und allgemein zu verstehen. Die Einschränkung, welche diese Bestimmung regelmäßig durch die Bezeichnung eines Personentreibes erhält, dessen Leichen allein in der Anlage Aufnahme erhalten sollen, kann durch spätere Rechtsakte Änderungen erleiden.

³¹⁾ Landt.-Absh. v. 1770 Art. 51 (Frederisd. Stein. I 228).

Neunter Abschnitt.

Vereine und Privatanstalten zur Förderung kirchlicher Zwecke.

§ 138. Kirchenrechtliche Stellung der Vereine und Privatanstalten zur Förderung kirchlicher Zwecke.

Die im Gebiete der Landeskirche vorhandenen Vereine und Privatanstalten zur Verfolgung der Aufgaben der christlichen Liebestätigkeit¹⁾ stehen im allgemeinen nicht in organischer Verbindung mit der Kirchenregierung oder dem geistlichen Amte.

Eine Ausnahme bildet die Diaconissenanstalt Marienstift in Braunschweig (§ 32 Anm. 6), welche die Bestimmung hat, lutherische Christinnen zum Diaconissenamte auszubilden und dieselben zum Besten des braunschweigischen Landes und im Dienste der Landeskirche zu verwenden. Sie ist auf den Wunsch des Vaterländischen Frauenvereins, von welchem sie im Jahre 1870 gegründet war, durch landesfürstliches Reskript v. 27. Febr. 1881²⁾, indem sie zugleich mit den Rechten einer Korporation und milden Stiftung ausgestattet wurde, der Aufsicht des Konsistoriums unterstellt. Dem Konsistorium ist daher seitens des Vorstandes jährlich über den gesamten Verlauf des Lebens und Wirkens der Anstalt während des verflossenen Jahres ausführlich Bericht zu erstatten. Daneben ist das Konsistorium befugt, jederzeit von dem Vorstande über Vorgänge in der Anstalt Bericht zu fordern und die Anstalt durch Abgeordnete aus seiner Mitte oder durch den Stadisuperintendenten von Braunschweig visitieren zu lassen. Allen Verfügungen und Anordnungen des Konsistoriums hat der Vorstand Folge zu leisten. Es steht ihm indessen dagegen ein binnen vier Wochen beim Staatsministerium zu verfolgender Refkurs zu. Bis zur Entscheidung des Staatsministeriums bleibt die Angelegenheit in dem Stande, in welchem sie sich vor der angefochtenen Verfügung des Konsistoriums befand³⁾. Von der Zusammensetzung des Vorstandes ist bei jedem Wechsel der Mitglieder und jeder Änderung in der Verteilung der Vorstandsämter dem Konsistorium Anzeige zu machen⁴⁾. Dasselbe stellt dem Vorsitzenden und dessen Stellvertreter

¹⁾ Vgl. wegen derselben die den Landesynoden vorgelegten Mitteilungen über die Zustände und Verhältnisse der Landeskirche; zuletzt in Anl. 12 der Verhandlungen der achten ordentlichen Landesynode (1901).

²⁾ Akten des Konsist. Vgl. Anl. 6a zu den Verhandlungen der vierten ordentl. Landesynode (1884) S. 62 ff.; Bekanntmachung v. 9. März 1881 (Nr. 14).

³⁾ § 9 der mittelft des ang. Reskr. v. 1881 genehmigten Statuten.

⁴⁾ § 6 Abj. 5 der Statuten.

die zur gültigen Vollziehung von Urkunden für die Anstalt nötigen Legitimationen aus⁵⁾). Ihm steht die Bestätigung der durch den Vorstand vorzunehmenden Wahlen des Anstaltsgeistlichen und der Oberin zu⁶⁾). Im November jeden Jahres sind ihm die Voranschläge der Einnahmen und Ausgaben für das folgende Jahr zur Prüfung und Feststellung vorzulegen; ferner sind ihm die vom Schatzmeister aufgestellten Jahresrechnungen, nachdem sie der Vorstand geprüft hat, zur Superrevision einzusenden⁷⁾). Zu Änderungen der Statuten, sowie zu allen wichtigen Verfügungen bezüglich des Vermögens der Anstalt⁸⁾ ist die Genehmigung des Konsistoriums einzuholen. Außer dieser ist auch noch die Genehmigung des Staatsministeriums erforderlich

zur Änderung der Statuten;

zur Errichtung neuer und zur Erweiterung der vorhandenen Anstaltsgebäude, sowie überhaupt zur Ausdehnung des Wirkungskreises der Anstalt auf ein neues Arbeitsfeld;

zum Ankauf oder zur Veräußerung von Grundstücken und Berechtigungen;

endlich zur Ausleihung von Kapitalen in anderer Weise, als solche den Verwaltern milder Stiftungen hinsichtlich der Stiftungskapitale gesetzlich gestattet ist (§ 119)⁹⁾). Der Geistliche am Marienstifte ist hinsichtlich seines Amtes als Prediger und Seelsorger (§ 32 Anm. 6) der Aufsicht des Stadtsuperintendenten in Braunschweig unter Oberaufsicht des Konsistoriums unterstellt (§ 58 Anm. 4)¹⁰⁾.

Ebenso ist der Vorsteher der Idiotenanstalt Neu-Exterode, so lange er die seelsorgerische und pfarramtliche Behandlung der Pfleglinge und des in den Anstaltsgebäuden wohnhaften Verwaltungs- und Dienstpersonales der Anstalt mit Genehmigung der Kirchenregierung kommissarisch besorgt (§ 32 Anm. 6), in Bezug auf die Wahrnehmung der damit verbundenen Befugnisse und Verpflichtungen nach Analogie eines im Pfarramte stehenden Geistlichen zu behandeln und insoweit gleich letzterem der Aufsicht des Superintendenten unter Oberaufsicht des Konsistoriums unterworfen (§ 58 Anm. 4).

⁵⁾ § 10 Abs. 2 daf.

⁶⁾ § 9 Abs. 2 daf.

⁷⁾ § 14 daf.

⁸⁾ Zu im Voranschlage nicht vorgesehenen Ausgaben bedarf es der Genehmigung des Konsistoriums, wenn sie 500 Mk. übersteigen; § 14 Abs. 3 der Statuten.

⁹⁾ § 16 daf.

¹⁰⁾ Minist.-Reskr. v. 8. Juni 1877 in den Konsist.-Akten.

§ 139. Anhang. Klöster. Prälaturen.

Einzelne der früher dem jetzigen Gebiete des Herzogtums angehörigen Klöster und geistlichen Stiftungen¹⁾ sind aufgehoben; ihr Vermögen ist theils noch jetzt mit dem herzoglichen Kammergute verbunden²⁾, theils durch Veräußerung in das Eigentum von Privatpersonen übergegangen. Die anderen bestehen noch als selbständige Stiftungen im vermögensrechtlichen Sinne (vgl. § 107), theils mit einem Konvente³⁾, theils ohne ihn⁴⁾. Auch die mit einem Konvente besetzten sind nach ihrer jetzigen tatsächlichen Verfassung als „Anstalten mit christlichen Gemeinschaftszwecken“ oder als „geistlichen oder kirchlichen Zwecken dienende Institute“ nicht anzusehen und deshalb der Oberaufsicht des Konsistoriums nicht unterstellt⁵⁾. Sie unterstehen vielmehr hinsichtlich ihrer äußern Ordnung der herzogl. Kammer, Direktion der Domänen; diese vertritt ihre vermögensrechtlichen Interessen und hat insbesondere auch

¹⁾ Vgl. wegen derselben Stübner, Historische Beschreibung der Kirchenverfassung in den herzogl. Braunsch.-Lüneb. Landen T. 2 Abschnitt 8.

²⁾ So Stift S. Blasii und Stift S. Cyriaci zu Braunschweig, Comturrei Süplingen-burg, Stift Gandersheim, Kloster Elus, Kloster Walkenried. — Die zu diesen Klöstern und Stiftungen gehörigen Kirchen unterstehen, wie alle übrigen Kirchen, dem Kirchenvorstande und dem Konsistorium. Das zivilrechtliche Eigentum an ihnen bildet ein Stück des Kammergutes, ist aber durch ihren Zweck, soweit dieser es fordert, eingeschränkt.

³⁾ So Steterburg, Kreuzkloster und S. Egidien zu Braunschweig, Marienberg, Bruns-hausen, Frankenberg, zur Ehre Gottes in Wolfenbüttel. — Diese Klöster tragen tatsächlich den Charakter von Versorgungsanstalten für Jungfrauen; zum Teil (Steterburg) unter Beschränkung der Aufnahmefähigkeit auf einen bestimmten, engen Personenkreis. Die Aufnahme erfolgt (abgesehen von den für Steterburg geltenden besonderen Bestimmungen) auf Grund einer landesfürstlichen Verfügung, welcher die rechtliche Natur einer freien Gnaden-erweisung zukommt. Dieses gilt auch von dem Kloster Marienberg, da den Konventualinnen desselben die Verpflichtung, an den daselbst betriebenen Arbeiten auf dem Gebiete der Krankenpflege, des Erziehungs- und Schulwesens usw. (vgl. Anl. 13a der Verhandlungen der sechsten ordentlichen Landessynode, S. 66 ff.) sich wirklich zu beteiligen, durch die landesfürstliche Verleihung ihrer Stellen nicht auferlegt ist. — Allerdings müssen die Konventualinnen der meisten genannten Klöster nach der Verleihung ihrer Stellen einen Kebers unterzeichnen, in welchem sie angeloben, nach etwa erfolgnder Vorschrift der Landesregierung bei Werken der Jugenderziehung sich tätig erweisen zu wollen; es liegt jedoch auf der Hand, daß von dieser formellen rechtlichen Verbindlichkeit bei der üblichen Art der Verleihung der Klosterstellen kein praktischer Gebrauch gemacht werden kann.

⁴⁾ So Hiddagshausen, Königslutter, Marienthal, S. Lorenz bei Schöningen, Amelungsborn, Michaelstein. — Aus männlichen Mitgliedern bestehende evangelische Klosterkonvente gibt es im Herzogtum nicht.

⁵⁾ Reskr. des Staatsministeriums v. 17. Jan. 1882 in der Reskr.-Sammlg. des Konsist. — Neue Konventsmitglieder werden in einzelnen dieser Klöster durch einen bestimmten Geistlichen höhern Ranges (in Steterburg regelmäßig durch den Generalsuperintendenten, in der Stadt Braunschweig durch den Stadtsuperintendenten, im Kloster zur Ehre Gottes durch den Propst) mittelst eines kirchlichen Aktes eingeführt. Ist die Stelle des Geistlichen unbesetzt, so beauftragt das Konsistorium auf Ersuchen der herzogl. Kammer, Direktion der Domänen, einen anderen Geistlichen mit der Vornahme des Einführungsaktes. Eine Ordnung für diese kirchliche Feier ist, was Steterburg anlangt, vom Konsistorium auf Veranlassung des Staatsministeriums 1880 verfaßt; in den anderen Klöstern wird mit tünlichster Ansehung an die zum Teil veralteten Bestimmungen des Kap. I Titel XV der Klosterordnung des Herzogs August von 1655 verfahren.

die Beaufsichtigung der Gebäude behuf deren ordnungsmäßigen Erhaltung wahrzunehmen, soweit sie nicht als Gemeindefkirchen zum gottesdienstlichen Gebrauche bestimmt sind.

Die Prälatenwürden, Titel der Vorsteher bestimmter Klöster, mit denen eine Rangeshöhung nebst sehr geringen Einkünften⁶⁾ und meistens das Patronatrecht über gewisse Pfarren (§ 68) verbunden ist, werden vom Landesfürsten verliehen (§ 17 Anm. 7); so in neuerer Zeit namentlich die Titel: Abt von Marienthal, Abt von Niddagshausen, Abt von Amelunghorn und Propst von Marienberg, während die früher gleichfalls übliche Verleihung der Abtstitel von Michaelstein und von Königsutter, sowie der Propstitel vom Kreuzkloster und von S. Lorenz bei Schöningen seit längerer Zeit nicht stattgefunden hat. Eine Mitwirkung bei der Verwaltung des Klostervermögens wird den auf diese Weise ernannten Prälaten nicht zugestanden; auch sind andere, mit ihrer Würde verbundene amtliche Funktionen (abgesehen von der Ausübung der erwähnten Patronatrechte) nicht nachweisbar. Dem entsprechend ist die früher übliche feierliche Einführung in ihr Amt (Kap. I T. XV der ang. Klosterordnung) abgekommen.

Zum Propste des Klosters zur Ehre Gottes in Wolfenbüttel wird seit längerer Zeit stets der erste Prediger an der dortigen Hauptkirche Beatae Mariae Virginis ernannt. Derselbe hat in dem Betsaale des Klosters bestimmte Wochengottesdienste für den Konvent zu halten.

Den Propst des Kloster („adligen freiweltlichen Stifts“) Steterburg wählt der dortige Konvent aus der Zahl der adeligen Rittergutsbesitzer des Herzogtums und präsentiert den Gewählten dem Landesfürsten zur Bestätigung. Derselbe hat bestimmte Verrichtungen weltlicher Natur (Mitwirkung bei den Beratungen des Konventes über die Ausübung der ihm zustehenden Rechte, Vertretung des Konventes in bestimmten Beziehungen) nach Maßgabe der geltenden Stiftsstatuten wahrzunehmen.

⁶⁾ Auch das Recht zur Benutzung eines Zimmers in den jetzt meistens als Wohnung des Pächters des Klosterhaushaltes dienenden ehemaligen Klostergebäuden ist zuweilen mit der Prälatenwürde verbunden.

Sachregister.

(Die Zahlen beziehen sich auf die Seiten.)

A.

Abendmahl 232 ff.
 " Ort 214.
 " Teilnahme von Katholiken 233.
 Abendmahlsgeräte 309.
 Abendmahlswein 234. 309.
 " Versorgung 274.
 Abgabe, " einmalige, zur Landes-Pfarrwitwen-Versorgungsanstalt 287.
 Abgeordnete, zur Inspektionssynode 78 ff.
 " " Landes-synode, Wahl 49.
 " " " Ernennung 49.
 " " " Gelöbniß 58.
 " " " Urlaub 53.
 " " " Diäten 54.
 Abfindungen, " kirchliche 220.
 Ablösung von Abgaben u. Diensten 95. 132.
 Ablösungskapitale 95. 314.
 Ablösungsrenten 95.
 Absetzung der Geistlichen 193. 203. 260. 288.
 " der Opferr Männer 275.
 Abtswürde, Verleihung 46. 360.
 Agenda, deren Teile 216 ff.
 Altar, Zurichtung 274. 309.
 Altarbekleidung 309.
 Altaristen 277.
 Altarkerzen, Anzünden, Besorgen 274. 309.
 Altarleuchter 309.
 Alter, Bedeutung im Kirchenrechte 40 ff.
 Alterszulagen der Geistlichen 321. 334.
 Altertümer, kirchliche 312.
 Amlunxborn, Kloster 360.
 Amt, geistliches, s. auch Kirchenamt und Pfarramt:
 Voraussetzungen 165 ff.
 Zulassung Fremder 166.
 Erwerb 176 ff.
 Niederlegung 253.
 Verlust 252 ff.
 Ämter, kirchliche, Gründung, Aufhebung 47.
 Amtsblatt des Konsistoriums 13. 148.
 Amtshandlungen, geistliche, Führen dazu, s. auch Führen 213 ff.
 " Ort 213 ff.
 " Zeit 215 ff.
 Amts predigt 193.
 Amtstracht der Geistlichen 164.

Amtstracht der Opferr Männer 164. 272.
 Amtsverschwiegenheit 221.
 Andersgläubige, Verhältnis zur Landeskirche 27 ff.
 Angelegenheiten, geistliche 21.
 " weltliche 21.
 Anmelungsprotokoll, bei der Landes-synode 58.
 Annum der Superintenden ten 156. 212.
 Anstaltsgeistliche 159. 165. 358 ff.
 " an der Strafanstalt zu Wolfenbüttel 172.
 Anstaltsgeistliche, Teilnahme an Inspektionssynoden 78.
 Anstaltsgemeinden 84. 88. 105.
 " Mitgliedschaft 92.
 Anstoß und Ärgernis 135 ff.
 Anzeigen, Braunschweigische, Veröffentlichung der Kirchengesetze 2.
 Anzeigepflicht der Geistlichen 221.
 Armenkaffe, kirchliche 134. 318.
 Armenpflege, kirchliche 134. 318.
 Aufgebot, kirchliches 235.
 Auseinanderetzung wegen der Pfarreinkünfte 200.
 Auseinanderetzung, Befriedigung der kirchlichen Kassen dabei 252.
 Auseinanderetzung wegen der Opfereinkünfte 264.
 Ausgaben für kirchliche Zwecke, notwendige 101. 315 ff.
 " der Kirchenkasse; Genehmigung des Konsistoriums 130. 315 ff.
 Auskultanten im Predigerseminar 171.
 Aus schreiben des Konsistoriums 4.
 Austritt aus der Landeskirche 36 ff.

B.

Bahrenhaus 311. 357.
 Baucats, für die Finanzperioden 307.
 Bauholz berechtigung der Kirchen 304.
 Baulast, kirchliche 100. 303 ff. 328.
 " des Patrons 182. 305.
 Bau sachen, " Mitwirkung der Superintenden ten 155.
 Beamten-Witwen- und Waisen-Versorgungsanstalt 345 ff. 351.
 Bedengelder 318.

Beerdigung, Zeit 238 ff., s. auch Begräbnis.
 Bege, Repertorium 12.
 " Übersicht 11.
 Begräbnis 238 ff.
 " stilles 239.
 " kirchliche Ehren 127. 239 ff.
 " unter der Kirche 239.
 " Ort 215.
 " Reden dabei 240.
 Begräbnisgebühren 355.
 Begräbnisgeläut 241.
 Begräbnisgeräte 127. 278. 311.
 Begräbnisordnungen 3. 127. 278.
 Begräbnisplätze 351 ff.
 " Anschaffung 352.
 " Baumpflanzung darauf 354.
 " Beaufsichtigung 127. 273.
 " Eigentum daran 354.
 " Einweihung 353.
 " Grasnutzung 273. 354.
 " Schonzeit 356.
 " kommunale 352.
 Begräbnisregister 355.
 " getrennt vom Kirchenbuche 244.
 Beichte 232 ff.
 Beichtgeheimnis 221. 233.
 Beichtschrein 245.
 Beihilfen, staatliche, für die Ortsgemeinden 19. 305.
 Beiträge zum Emeritierungsfonds s. Pfarrbeiträge.
 Beiträge zur Landes-Pfarrwitwen-Versorgungsanstalt 285 ff.
 Bekenntnis, nicht Gegenstand der Gesetzgebung 2. 15.
 " unabhängig vom Landesfürsten 43.
 " Verpflichtung darauf 174.
 Beschwerden gegen das Konsistorium 23. 48.
 " an die Landes Synode 56.
 Bestätigungsregister 355.
 Bestätigung, der Nottaufe 227.
 Bestellung der Geistlichen 194.
 " der Opferr Männer 264.
 Bestellungsgebühr 144.
 Betglöckchenanlagewerke 311.
 Betglöckchenlagen 272.
 Bestunden s. Wochenbestunden.
 Bezirke, kirchliche 48.
 Blankenburg, Stadt, kirchliche Einteilung 77.
 Braunschweig, Stadt, kirchliche Einteilung 69.
 " Stadt, Freiheit von Pfarrzwang bei Taufe und Konfirmation 224. 230.
 " Stadtmagistrat, Patronatrecht 180. 190.
 Brautkranz 237.
 Brennholz, Transport beim Umzuge der Geistlichen 196.

Brennjahr 342.

Brot- und Wurst-Abgabe 95. 336.

Brunshausen, Kloster 360.

Bücher, im Besitze der Kirchen 310.

Bußtag 219.

C.

Casualien s. Amtshandlungen.

Choralbuch 218. 271.

Chorrock 164.

Colloquium 153. 168. 195.

" bei Verzeigung eines Geistlichen 178.

Colloquia s. Predigersynoden 210.

" des geistlichen Ministeriums in Braunschweig 139.

Compastor 163.

" in Thedinghausen 71.

Corpus Bonorum, s. auch Güterverzeichnis 26. 131. 242. 294.

Corpus Doctrinae Julium, Verpflichtung auf dasselbe 15. 174.

Custos s. auch Küster 261.

D.

Deputatholz s. Holzdeputat.

Diäten s. Tagegelder.

Dienste, zur Bewirtschaftung der Pfarrgrundstücke 95. 337.

Dienstleid der Geistlichen 194.

" der Opferr Männer 263.

Dienst Einkommen der Geistlichen 255. 292. 320 ff.

" der Geistlichen, Festsetzung 283. 287.

" der Opferr Männer 264. 348 ff.

Dienstenthebung der Kirchendiener 149 ff.

Dienstentlassung der Kirchendiener 149 ff. 257 ff. 274 ff.

" wegen Irrlehre 16. 61.

Dienstinstruktion für Opferr Männer 264. der Totengräber 278.

Dienstjahre der Geistlichen, Berechnung 255. 293.

Dienstrenten 337.

Dienstverträge mit unteren Kirchendienern 126.

Dimissorialen 216. 224.

Direktorium des Predigerseminars 172.

Disziplinarbehörden, entscheidende, für Kirchendiener 27. 151 ff.

Disziplinarergewalt über Kirchendiener 149 ff.

Disziplinarhof für Kirchendiener 151.

Disziplinarhammer für Kirchendiener 151.

Disziplinarstrafen 150.

Disziplinarverfahren, förmliches 257 ff. Kosten 258 ff.

" Dispensation vom Alter behuf der Konfirmation 229.

Dispensation vom Aufgebote 236.
 " von Bearbeitung der Syno-
 daltreffen 211.
 " von den Bestimmungen über
 die Zuständigkeit zur Trau-
 ung 235.
 " von Kirchengesetzen 47.
 Dispensationsgebühren wegen Zulassung
 zur Konfirmation 144.
 Dissidenten, Gesetz 8.
 " Kirchensteuer vom Grundbesitz
 103.
 Domizil, juristisches 91.
 Duplikate der Kirchenbücher 246.

E.

E. A. D., — erneuerte Kirchenordnung 6.
 Egidienkloster 360.
 Ehen, gemischte 235. 31 ff.
 Ehehindernisse, kirchliche 236.
 Ehemündigkeit 41.
 Ehecheidung, Anzeige von Anträgen auf ...
 beim Geistlichen 222.
 Ehecheidungsgründe, schriftmäßige 236.
 Ehre Gottes, Kloster zur 360.
 Ehren, kirchliche, beim Begräbnisse 127, 239 ff.
 bei Trauungen 237.
 Ehrenmitglieder im Kirchenvorstande 109.
 Ehrenrechte, bürgerliche 112. 286.
 Erbschaft 95. 336.
 Einführung der Geistlichen 198 ff.
 " " Reisekosten 199.
 " " Opfermänner 264.
 Einführungsakt 199.
 Einführungsauftrag 197. 198.
 Einführungsgebühr 202.
 Einführungsgekölnis 199.
 Einführungsstellen 202.
 Einführungsmahl 202.
 Einführungsstermin 199.
 Eingaben an das Konsistorium 155. 161.
 Einkommenszuschüsse der Geistlichen 321 ff.
 Einrichtungen, kirchliche, deren Aenderung
 126.
 Einsegnung, der Wöchnerinnen 227.
 Eintrittsgeld beim Emeritierungsfonds 283.
 Einweisung in die Pfarrpfünde 200.
 Eisenacher Konferenz s. Kirchenkonferenz.
 Emeritierung der Geistlichen 253 ff.
 " Mitwirkung des Synodalauss-
 schusses 62.
 " der Lehrer 274 ff.
 " der Opfermänner 274 ff.
 Emeritierungsfonds 281 ff.
 Emeritierte, deren Ableben 154.
 Entlassung der Kirchendiener s. Dienstent-
 lassung.
 Entlassung von Gefangenen, Anzeige beim
 Geistlichen 222.
 Erbgräbnisse 354. 357.

Erbenzinse, der Pfarren 336.
 Erblichheit, an Kirchengrundstücken verboten
 312.

Erbhuldigungszeit 194. 264.
 Erlasse, allgemeine, s. Ausschreiben.
 Erleuchtung der Kirchen 310.
 Erntejahr 200. 341. 345.
 Erwachsenentaufe 225 ff.
 Etat der kirchlichen Kassen 251.
 Examen, der Kandidaten der Theologie 152.
 166 ff.
 Exhumierung s. Wiederausgrabung.
 Expéditionsbuch 242.

F.

Familiengrabstellen 354 ff.
 Festtage 219.
 Festtagsruhe 20.
 Filial 83.
 " Kirchenvorstand 110.
 Filialfuhren 95.
 " Bestellung 273.
 Filialgemeinde 83.
 " kirchliche Baupflicht 305.
 Filialkirche 83.
 Filiae vagantes 90. 102.
 Finanz-Kollegium, Mitwirkung bei der Ver-
 waltung des Emeritierungs-
 fonds 281.
 " Mitwirkung bei der Ver-
 waltung der Landes-Pfarr-
 wittwen-Verorgungsanstalt
 285.
 " Mitwirkung bei der Ver-
 waltung d. Pfarrbesoldungs-
 fonds 291.
 Fiscus viduarum 289.
 Flachsabgabe an die Pfarren 336.
 Frankenberg, Kloster 360.
 Fredersdorf, Promtuarium 11.
 Friedhof, s. Begräbnisplatz.
 Friedhofstafel 358.
 Friedhofstasse 279. 356.
 Friedhofsordnung 3. 127. 355 ff. 278.
 Fuhren der Geistlichen, zu Amtshandlungen
 95. 214. 215. 337.
 " " " zum Filiale 95. 99.
 337. 338.
 " " " während des Gnaden-
 halbjahres 207.
 " " " während der Pfarr-
 vakanz 205 ff.
 Fuhrenleistung bei kirchlichen Bauten 104.
 304.

G.

Garantie des Konsistoriums bei Pachtver-
 trägen des Geistlichen 330. 342.
 Gebühren für Kirchendiener 96.

Gebühren für Kirchendiener wegen besonderer
Wühewaltungen b. Casualien 335.
" für Kirchencaffen 97. 313 ff.
" beim Konfiftorium 144. 280.
" neue, vom Kirchenvorstande nicht
einzuführen 123.
Geurtsregister 244.
Geurtscheine 245.
Gefäße, heilige 272.
Geistliche, f. auch Kirchendiener u. Kandidaten.
" Abfchneidung d. Rechtsweges 161.
" Amtshandlungen i. fremden Pfarr-
bezirken 165.
" Amtshandlungen an nicht zur
Gemeinde Gehörigen 165.
" Mitgliedschaft im Kirchenvorstande
106 ff.
" deren Wahl 124.
" emeritierte, deren Ableben 154.
Geld bei Casualien 272.
Gelder der Landes-Pfarrwitwenversorgungs-
anstalt, Belegung 288.
Geldrenten der Pfarren aus den Gemeinde-
caffen 333.
Geldstrafen als Ordnungsstrafen 150. 280.
" im förmlichen Disziplinaver-
fahren 259.
Gemarkungen, Befiedelung, Beilegung zu
Ortsbezirken, kirchliche Zugehörigkeit 86 ff.
Gemeinde, Begriff 83 ff.
" ohne Kirchenvorstand 105.
" Beihilfen zu Kirchen- und Schul-
bauten 308.
" f. auch Kirchengemeinde und
Pfarrgemeinde.
Gemeindeabgaben, Befreiung von 93.
Gemeindegenossen 84. 90.
Gemeindeglieder, Rechte und Pflichten 92 ff.
Gemeindefasse, Ausgaben f. kirchliche Zwecke
104.
" Renten der Pfarre 334.
Gemeinderegistratur, Aufbewahrungsort der
Gesetz- und Verordnungs-Sammlung 2.
Gemeindeschule, evangelisch-lutherische 39.
" Schulpflicht 39.
" Leitung, Oberbehörde 20.
" 46. 141.
Gemeindeversammlung 89. 105. 121.
Gemeindevwahl, der Prediger 188. 190.
" Opferränner 263. 269 ff.
Gemeine-Kirchencaffe in Braunschweig 133.
Gemeine-Kirchencaffen, nach der R. D. J. 279.
Gemeine Zusage für kirchliche Zwecke 103.
Gemeinheitssteilungen 132. 312. 338.
Generalinfpektionen, 63. 64 ff.
Generalinfpektionsbibliotheken 203. 212.
Generalinfpektions-Gesellschaft 212.
Generalinfpektions-Predigerwitwencaffen
203. 289 ff.
Generalinfpektions-Registratur 157.

Generalsuperintendent 63 ff. 156 ff.
" Gebühren 157.
" Rang 162.
" Vorftellung 203.
" in Wolfenbüttel 175.
Generalsuperintendentur, Verleihung 176.
Generalvifitationen 145.
Gerichte, Entscheidungen aus dem Gebiete
des Kirchenrechtes, 13.
Gerichtsftand, privilegierter, der Geistlichen
[160].
Gesangbuch 218.
Gefangnummern, Abholen, Aufschreiben,
Anftecken 272.
Gefchworenenamt 160.
Gefetze, f. Kirchengefetze und Staatsgefetze.
Gefetzgebung, kirchliche, Mitwirkung der
Landesynode 55.
" Schranken derselben 20 ff.
Gefetz- " **Verordnungsammlung** 2. 11.
" Kosten 156.
Gebatterbriefe 225. "
Gewohnheitsrecht 4.
Glocken 309.
Glockenläuten, Beaufsichtigung 272.
Gnadenhalbjahr 26. 207 ff. 210. 342 ff.
Gnadenhalbjahrsberechtigzte 283. 342.
Gnadenmonate vom Ruheeinkommen der
Geistlichen 256.
Gnadenquartal vom Opferei- und Schulein-
kommen 348. 351.
Görk, Repertorium 12.
Gottesdienste, Anordnung 220.
" Einführung neuer 220.
" Form, Vorschriften, 216. 217.
" Pflicht zum Besuche 216 ff.
" Störungen 217.
" Zeit 215.
Grabdenkmäler, Infchriften 55.
" Befeitigung 349.
Grabbügel, Herftellung, Bepflanzung 278.
Gräber, Form und Größe 355.
Grasnutzung, auf dem Friedhofe 273.
Großjährigkeit 36. 41.
Grundftod der Landes-Pfarrwitwen-Verfor-
gungsanstalt 284 ff.
Grundftücke der Kirchen und Stiftungen 293 ff.
" der Opfereien 341 ff.
Grundftücke, kirchliche, Veräußerung 22. 294 ff.
" von Nichtmitgliedern der Kir-
chengemeinde, Heranziehung zur
Kirchensteuer 103.
" der Pfarren 329 ff.
Güterverzeichnis d. Kirchen 26. 131. 242. 296.
" f. auch Corpus Bonorum.
Gutsherr, Kirchenstift 302.
S.

Sagelfeier 220.
Sagelfeierpredigten, Gebühren dafür 344.
Sandarbeiten bei kirchlichen Bauten 104. 304.

Sauer- und Mäckerlöhne 337.
Haupt-Finanzkasse, Mitwirkung beim Em-
 ritierungsfonds 281.
 " bei der Landes-Pfarr-
 wittwen = Versorgungss-
 anstalt 285.
 " Mitwirkung beim Pfarr-
 besoldungsfonds 291.
Hauptgottesdienst 217 ff.
Hauptseminar in Wolfenbüttel 261. 263.
Hauskommunion 214.
Hausstaufe 214. 226.
Hausstrauung 214.
Heizung der Kirchen, s. Kirchenheizung.
Helmsiedt, kirchliche Einteilung 71.
 " Schusterinnung 107.
 " Stadtmagistrat, Patronatrecht
 71. 107.
 " S. Walpurgiskirche 263. 264.
Hinterlegung der Wertpapiere kirchlicher
 Stiftungen 314.
Hofgemeinde in Braunschweig 105.
Holzanteile der Pfarren 336.
Holzdeputate 336.
Holzfuhrten, Verpflichtung dazu 95. 337.
 deren Ablösung 337.
Holzjahr 342.
Holzmaß der Kirche 312.
 der Pfarren 338.
Holzminden, kirchliche Einteilung 76.
Hospitanten im Predigerseminare 171.
Hostien, s. Oblaten.
Hülfsgeistliche 163.

J.

Nachtaufe 226.
Jagd, den Kirchendienern verboten 163.
Jagdpacht, der Kirchen 312.
 Pfarren 338.
Jahr, kanonisches 200. 341. s. Erntejahr.
Idiotenanstalt, s. Neu-Erkerode.
Inspektionen 63 ff. 153.
 Verzeichnis 64 ff.
Inspektionsregistratur 81. 156.
 " Uebergabe 204.
Inspektionsynoden 78 ff.
 " Geschäftskreis 79 ff.
 " Zutritt zu den Ver-
 handlungen 81.
 " Ausgaben, Druckkosten
 82.
Inspektionsynodalausschuß 81 ff.
 " bei Kirchenvisi-
 tationen 147.
 " Unterstützung
 des Superin-
 tendenten 153.
Introduktionskosten, s. Einführungskosten.
Introduktorium, s. Einführungsauftrag.

Inventar, s. Kircheninventar und Pfarr-
 inventar.

Irrlehre 16. 257.

Juden, Ehe mit Christen 6. 33. 36.

Judentum, Uebertritt zum 36. 41.

K.

K. D. J. — Kirchenordnung des Herzogs
 Julius.

K. V. G. — Kirchenvorstandsgezet.

Kabinet des Landesfürsten, Verfügungen
 aus demselben 44.

Kalenderjahr 200. 341.

Kammer, herzogliche, Verwaltung von Kir-
 chenvermögen 128. 295.

Kammer, kirchliche Baulast 306. 328.

" Aufsichtsbehörde der Klöster 360 ff.

Kandidaten, der Theologie 169.

" des Predigantens 169.

" Körpermängel 167.

" Unbescholtenheit 166.

" Prüfungen 167.

" Seminarfiskus 168.

" Beaufsichtigung 169.

" Studienberichte 170.

" Weiterbildung 171.

" Uebersicht über dieselben 24.

" Anshülfsleistung durch dieselben
 170.

Kandidatenliste 167.

Kantor 261.

Kantortitel, Verleihung 261.

Kanzelbekleidung 309.

Kapelle 83. 84.

Kapellenvorstand 111.

Kassen, kirchliche 248.

**Kassenverband der Stadtkirchen in Braun-
 schweig** 132.

Katechismus 16. 218.

Katechismustheorie 216. 218.

Katholiken, Verhältnis zur Landeskirche 27 ff.

" Teilnahme am Abendmahl 28.

" Taufen der Kinder 28.

" Beerdigung auf evangelischen
 Friedhöfen 240.

" Uebertritt zur Landeskirche 34.

" Religionsübung im 18. Jahr-
 hundert 18.

Katholikengesetz 10.

Katholizismus, Uebertritt zum 36.

Kaution des Kirchenrechnungsführers 248.

Kindererziehung, religiöse 38 ff.

" Entscheidungsrecht des
 Vaters 40.

Kinderlehre 217 ff.

Kirchen, s. auch Kirchengebäude.

" Stiftungen mit juristischer Persön-
 lichkeit 294.

" deren Untergang 84. 89.

" katholische 28.

Kirchenamt, Grund und Inhalt 158 ff.
 Kirchenbauausführung, Grundsätze, Verfahren 307 ff.
 Kirchenbaulast und Kirchenbaupflicht 303 ff.
 Kirchenbehörde 140 ff.
 Kirchenbezirke 83 ff.
 " ausländische, in Verbindung mit inländischen Ortschaften 83 ff.
 " inländische, in Verbindung mit ausländischen Ortschaften 85.
 " Veränderungen 89.
 " Verzeichnis 66 ff.
 Kirchenblatt, allgemeines, für das evangelische Deutschland 17.
 Kirchenböden, Vermietung 300.
 Kirchenbücher 243 ff.
 " Beweiskraft 245.
 Kirchenbuchauszüge 245.
 Kirchenschöre 217.
 Kirchendiener, Begriff 158.
 " Beschwerderecht 160.
 " Disziplinarstrafen 150 ff. 158.
 " Eingaben an das Konsistorium 161.
 " Jagdausübung 163.
 " Klassen 162.
 " Kleidung 164.
 " Militärdienst 160.
 " Mißbrauch des Amtes 161.
 " obere 158.
 " Oberaufsicht 149 ff.
 " Privilegien 160. 298.
 " Unabkömmlichkeit 161.
 " untere 158.
 " " Annahme, Dienstverträge 126.
 " Urlaub 46. 149. 164.
 " Verhalten zum Geseze 159.
 " Wirtshausbesuch 163.
 " Zwangsmittel 150.
 " f. auch Vertretung.
 Kirchendienst, Fähigkeit dazu 40. 41.
 " oberer 261.
 " Vergütung bei Lehrern 350.
 " unterer 261. 276.
 " f. auch Opferei.
 Kirchengebäude 300 ff.
 " Beaufsichtigung, Öffnung.
 " Schließung, Reinigung 272. 276.
 " Einweihung 308.
 " Veräußerung 302.
 Kirchengebete, allgemeine 218.
 Kirchengelder, Anlegung 130. 313.
 Kirchengemeinde 83.
 " Bezirk 83 ff.
 " Mitgliederverzeichnis 88.
 " Mitgliedschaft 91 ff.
 " subsidiäre kirchliche Baupflicht 305.

Kirchengemeinde subsidiäre Verpflichtung zur Deckung der Ausgaben der Kirchenkasse 317.
 " Verpflichtung zu Fuhren und Handarbeiten 304.
 Kirchenggeräte 309.
 " Aufbewahrung, Reinigung 273.
 Kirchengesetz, Form, Inhalt, Erlaß, Geltungsbereich 1 ff.
 " Dispensation 47.
 Kirchengesetzgebung, Zusammenwirken mit der Staatsgesetzgebung 2.
 Kirchengewalt, Träger 42 ff.
 " Ausübung, Inhalt 42 ff.
 " Beschränkung eines nicht lutherischen Landesfürsten in der Ausübung 43.
 Kirchengrundstücke 298 ff.
 " Freiheit von Gemeindeabgaben; Steuerfreiheit 93. 297.
 " Erwerbung 129. 298 ff.
 " Veräußerung 299.
 " Verpachtung, Nutzung 130. 299.
 " Interessentenschaftsrechte 300.
 Kirchenheizung 310.
 Kircheninventar 309.
 " Verzeichnis 311.
 " Veräußerung 311.
 Kirchenkapitale, Belegung 313.
 Kirchenkasse, Ausgaben 130. 315 ff.
 " Einnahmen 317. 300.
 " Liberalitäten 24.
 " Überschüsse, deren Verwendung 314 ff. 316.
 " Voranschläge 131. 317.
 " Vorräte, deren Belegung 314.
 Kirchenkasse, Gemeine, in Braunschweig 133.
 Kirchenkasten-Kollegium in Braunschweig 132.
 Kirchenkollekten 46. 80. 318.
 Kirchenkommissarien, f. Kirchenvisitatoren.
 Kirchenkonferenz, deutsch-evangelische 17.
 Kirchenfondente 138.
 " mit den Befugnissen der Inspektionsynode 82. 139.
 Kirchenkühe 312.
 Kirchenleinen, Reinigung 273.
 Kirchenordnung des Herzogs Julius 5.
 " Erneuerte 6.
 Kirchenorgel, f. Orgel.
 Kirchenpatron, f. auch Patron.
 " Kirchenfisz 302.
 " Befugnisse beim kirchlichen Rechnungswesen 181. 251.
 " kirchliche Baulast 305.
 " Verwaltung des Kirchenvermögens 128.

Kirchenpatron, Mitgliedschaft im Kirchen-
vorstande 107 ff.
 „ Zuziehung zu Visitationen 147.
 Kirchenprovisoren in Braunschweig 132 ff.
 Kirchenrechnungen, Revision 131. 250.
 „ Übergabe 200.
 „ Einsicht durch den Pa-
tron 181.
 Kirchenrechnungsführer, Kaution 131. 248.
 j. auch Rechnungsführer.
 Kirchenrechnungsbuchführung 248 ff.
 Kirchenrecht, braunschweigisches 1 ff.
 „ gemeines deutsches 1 ff.
 Kirchenregierung 44.
 Kirchenregiment, j. Kirchenregierung.
 Kirchenreinigung 273. 276. 310.
 Kirchenrepräsentanten in Braunschweig 133.
 Kirchengemeinde, j. Kirchenbezirk.
 Kirchensteuer, 54. 56. 100 ff.
 „ Befreiungen 93 ff.
 „ vom Kirchenvorstande nicht
auszuschreiben 123.
 Kirchenstühle 300 ff. 311.
 Kirchenstuhlordnungen, Erlass 3.
 Kirchenuhr, j. Turmuhr.
 Kirchenverband 83.
 Kirchenvermögen, Verwaltung durch den
Kirchenvorstand 127 ff. 294 ff.
 „ Rechte des Patrons daran 181
 „ Oberaufsicht des Konfi-
storiums 129 ff. 295.
 Kirchenverordnete 106 ff.
 „ Amtsdauer 118 ff.
 „ Amtssitz in der Kirche 121. 302.
 „ Ausschließung aus dem
Kirchenvorstande 120.
 „ Niederlegung des Amtes 120.
 „ Ordnungsstrafen 120. 123.
 „ Verpflichtung 119.
 „ Wählbarkeit 111.
 „ Wohnungswechsel 120.
 Kirchenverordnungen, Form, Inhalt, Er-
lass 2. 4.
 Kirchenvisitationen 144 ff.
 „ außerordentliche 148.
 „ Kosten 148.
 „ Strafe f. Ausfallen 149.
 „ Kosten der Reisen 156.
 Kirchenvisitatoren 19. 123.
 „ geistliche 25.
 „ weltliche 25.
 „ bei Kirchenvisitationen 145.
 „ bei Inspektionsynoden 81.

Kirchenvisitatoren bei Kirchenkonventen 138.
 „ bei Predigerwahlen 188.
 Kirchenvisitatoren, bei Visitationen 204 ff.
 „ bei Visitationen 191.
 Kirchenvogt 276.
 Kirchenvorstand, Auflösung 121. 123.
 „ Begräbnis- und Friedhofs-
wesen 127. 353.
 „ kirchliche Einrichtungen,
deren Aenderung 126.
 „ kirchliche Feiern 126.
 „ Geschäftsordnung 136 ff.
 „ kirchliche Handlungen 127.
 „ Kirchenämter, deren Be-
setzung 124 ff.
 „ Kirchengebäude, Sorge
dafür 126.
 „ Mitgliedschaft durch Gesetz
106 ff.
 „ Mitgliederzahl 109 ff.
 „ örtliche Ordnungen, Er-
lass 3.
 „ vermögensrechtliche Ver-
tretung der Kirche, Ver-
waltung des Kirchenver-
mögens 127 ff. 294 ff.
 „ desgl. milder Stiftungen
(nicht der Pfarre) 127 ff.
 „ Vorsitzender 136.
 „ Wahlen zur Inspektions-
synode 78.
 „ Wahl der Wahlmänner zu
den Synodalwahlen 50 ff.
 „ Wege zum 136.
 „ Wirkungskreis 121 ff.
 Kirchenvorstandsgefeß 6.
 Kirchenvorstandsprotokolle 137.
 Kirchenvorstandswahl, Abkündigung 116.
 „ Ablehnung 115.
 „ Anfechtung 116.
 „ Ergänzungswahlen 111.
 „ Wahlrecht (aktiv u.
passiv) 111 ff.
 „ Wahlverfahren 112 ff.
 „ Zeit 118.
 „ in Ermangelung
eines Kirchenvor-
standes 117.
 Kirchengewinne 245.
 „ Gebühren dafür 336.
 Kirchhof, im eigentlichen Sinne, Eigentum,
351 ff.
 „ Beaufsichtigung 273.
 „ j. auch Begräbnisplatz.
 Kirchspiel, j. Kirchenbezirk.
 Klingendeitel 318.
 Klöster 360 ff.

Kloster- und Studienfonds 279.
 Klosterkapitalfonds 333. 349.
 Klosterkirchen, Vermögensverwaltung 295.
 Klosterreinertragskasse 20. 280.
 " Ausgaben für die
 Generalinspektions-
 Lesegesellschaften 212.
 kirchliche Baupflicht 306.
 Aniebank, deren Beschaffung 272.
 Königsutter, Kloster 360.
 Kollaboratoren im geistlichen Amte 106.
 Kollegiaten 171 ff.
 Kommunion f. Abendmahl.
 Kompetenz der Kollegiaten 172.
 " aus der Konsistorialpredigerwit-
 wenkasse 288.
 Konferenz, deutsch= evangelische, Eisenacher,
 Kosten 17.
 Konfirmandenunterricht 229. 34.
 " Zeit 231.
 " während der Pfarr-
 vakanz 206.
 Konfirmandenzimmer 230. 326.
 " Heizung und Reini-
 gung 339.
 Konfirmation, 227 ff.
 " nötiges Alter 39. 228.
 " Dispensation 229.
 " Rechtswirkung 42.
 " Ort und Zeit 231.
 " Verträge wegen Nichtzu-
 lassung fremder Kinder 230.
 " Zuständigkeit 229 f.
 Konfirmationscheine 244.
 Konsistorialkasse 279 ff.
 Konsistorialpredigerwitwenkasse 288.
 Konsistorium, Kirchenbehörde 140 ff.
 " Beamte 143.
 " Hülfschreiber 143.
 " Mitglieder 140, 142 ff. 162.
 " Gebäude 280.
 " Gebühren 144. 280.
 " Geschäftsordnung 142.
 " Beirat beim Landesfürsten
 44. 141.
 " Beziehungen zu den Staats-
 behörden 141.
 " Oberaufsicht über die Kirchen-
 diener 141. 149 ff.
 " Disziplinarergewalt 149 ff.
 " Disziplinarstrafen 150.
 " Zwangsmittel 150.
 " Aufsicht über die Verwaltung
 der geistlichen Stiftungen
 295 ff.
 " Aufsicht über das Marien-
 stift 358 ff.

Konsistorium, Kolloquien mit ausländischen
 Geistlichen 153.
 " Mitwirkung bei Prüfung der
 Kandidaten 152.
 " Schulbehörde 20. 46. 141.
 Kontratsignatur landesfürstlicher Erlasse 44.
 Konvente in Klöstern 360 ff.
 Konvertiten, Form der Aufnahme 34.
 Kopialien bei der kirchlichen Rechnungs-
 führung 250.
 Kornabgaben der Pfarren 336.
 Krankenkomunion 214. 234.
 Kreisdirektor, Rang im Verhältnis zu Geist-
 lichen 27.
 Kreuzkloster 69. 360 ff.
 Kreuzstir 309.
 Küster, 261. 274.
 Küsterdienste, niedere 276.
 Kultuskosten 99.
 Kunstwerke im Besitz der Kirchen 312.

L.

Landeschoralbuch, f. Choralbuch.
 Landesfürst, Träger der Kirchengewalt 18.
 " Ausübung der Kirchengewalt
 " vorbehaltenen Rechte 42 ff.
 " nicht lutherischer 43.
 Landesfatechismus, f. Katechismus.
 Landeskirche 15. 18.
 " Abgeordnete in der Landesver-
 sammlung 19.
 " Gebiet 18.
 " Vermögen 279.
 " Zugehörigkeit zur 30 ff.
 " deren Zustände, Mitteilungen
 darüber 56.
 Landeskirchen, auswärtige 17.
 Landesordnung, allgemeine 5.
 Landes-Pfarrwitwen=Versorgungsanstalt
 284 ff. 321. 345 ff.
 " Anleihen aus derselben 340.
 Landesregierung, Oberaufsicht über die
 Kirche 20 ff.
 Landesstrafanstalt in Wolfenbüttel 66.
 Landesynode 49 ff.
 " Wahlen zur 49 ff.
 " Ergänzungswahlen 54.
 " ordentliche, außerordentliche
 55.
 " Berufung 55.
 " Kommissar des Landesfürsten
 58 ff.
 " Vorprüfung der Legitimatio-
 nen 53.
 " Eröffnung 58.
 " Vorsitzender 58.
 " protokollierender Sekretär 59.
 " Geschäftsordnung 58 ff.
 " Legitimationsprüfung 58.
 " Verhandlungen 13.

Landessynode, Ertheilung von Gutachten 56.
 " Mitwirkung bei der Kirchen-
 " gesetzgebung 1 ff. 55.
 " Vertagung. Schluß 58.
 Landessynodalausschuß, s. Synodalausschuß.
 Landesverfassung, Anerkennung des Gesetz-
 gebungsrechtes der Kirche 1.
 Landesversammlung, Abgeordnete der Lan-
 deskirche 19.
 Landischullehrer, Dienstinstruktion 264.
 Laßzins der Pfarren 336.
 Legatenfonds, Wästerlingscher 281. 288.
 Legitimation, durch nachfolgende Ehe 33.
 " unehelicher Kinder, deren
 " Wirkung im Kirchenrechte 35.

Lehngeld 181.

Lehrerseminar, Kursus der Kandidaten der
 Theologie 168.

Leichen, Begleitung, Gebühren 336.

" Bestattung 238 ff.
 " Wiederausgrabung 241.

Leichenhallen 357.

Leichenfronen, s. Totenfränge.

Leichenpredigt 240.

Leichenreden, Gebühren 336.

Lesegottesdienste 219.

Lesepult, Bekleidung 309.

Liberatorium bei kirchlichen Rechnungen 250.

Literatur des braunschweigischen Kirchen-
 rechtes 14 ff.

S. Lorenzkloster bei Schöningen 360.

Lunten, Kosten der Predigereinführung 199.
 202.

M.

Marienberg, Kloster 360.

Mariensift in Braunschweig 69. 106. 358.

Marienthal, Kloster 360.

Markgarben 336.

Mater combinata, s. Mutterkirche.

Matrikel der deutschen evangelischen Kirchen-
 konferenz 17.

Meierzinse der Pfarren 336.

Methodienbuch 218.

Michaelstein, Kloster 360.

Militärämter, Anstellung beim Konfisto-
 rium 143.

Militärgeistliche 159.

Militärkirchengemeinde 49. 146. 19. 25.

Militärpflicht der Geistlichen 160.

Mindesteinkommen der Geistlichen 321 ff.

Ministerium, geistliches, in Braunschweig
 139 ff.

Mischchen, Konfession der Kinder 32.

" Trauung 236,

Mitgliederverzeichnis, s. Kirchengemeinde.

Mitgliedschaft, in Anstaltsgemeinden, Kir-
 chengemeinden, Pfarrgemeinden, s. diese.

Mitteilungen des Konsistoriums über die
 Zustände der Landeskirche 56.

Monita gegen die kirchlichen Rechnungen 250.

Muttergemeinde 83.

Mutterkirche 83.

" kombinierte 83.

N.

N. L. D. = Neue Landschaftsordnung.

Nachmittagsgottesdienste 217.

Nebengottesdienste 217.

Neuanbauten, kirchliche Zugehörigkeit 88.

Neu-Erkerode, Idiotenanstalt 106. 359.

Niederlegung des geistlichen Amtes 253.

Normalinstruktion für Totengräber 278.

Nottaufe 226.

Notwendigkeit kirchlicher Ausgaben 101.

Nummern tafeln 309.

O.

Oberaufficht über die Kirchendiener 149 ff.

Obaten 234. 309.

" Besorgung 272.

Obervanz 4.

Opfer, bei Kasualien, Aufhebung 318. 334.

Opferbeden 309.

Opferbüchse 309.

Opfereien, Stiftungen mit juristischer Per-
 sönlichkeit 294.

Opferdienst, Amtspflichten, Dienstverrich-
 tungen 261 ff. 271 ff.

Opfergebäude, Baupflicht, Unterhaltung
 349 ff.

" Beiträge der Filialisten 98.

" kleine Reparaturen 349.

" Schornsteinreinigen 349.

Opferpfründen 348 ff.

Opferstellen, Verleihung 262 ff.

" ohne Verbindung mit Schul-
 ämtern 125. 265 ff.

" in Verbindung mit Schul-
 ämtern, Patronatszeitige Ver-
 leihung 266 ff. 178.

" Einkünfte 350.

" Gemeindevahl 125. 269 ff.

" Sakanz 154.

Opfervermögen, Verwaltung 294.

Opfermann 261 ff.

" Amtstracht 272.

" Mitwirkung bei Kasualien 272.

" Dienstinstruktion 262 ff.

" an Filialkirchen 269.

" Anwesenheit beim Gottesdienste
 271.

" Leitung des Kirchengesanges
 271.

" Unterstellung unter den Geist-
 lichen 270.

" Vertretung des Geistlichen 271.

" Endigung der Amtsführung
 274 ff.

- Ordination 174 ff.
 " ohne Pfarramt 48.
 " der Kollegiaten 171 ff. 174.
 " in der Stadt Straunshweig 175.
 Ordnungen, kirchliche, mit örtlicher Geltung 3. 4.
 Ordnungsstrafen 150 ff.
 Organist 262. 265 ff.
 Orgel 310.
 " Spiel bei Kasualien 271.
 " Vor- und Nachspiele 271.
 " Wartung 272.
 Örtlichkeiten, eingepfarrte 89.
 " " Vertretung im Kirchenvorstande 110.
 Ortsgemeinden 84.
 " Verpflichtung zu kirchlichen Bauten 20.
 " Verpflichtung zu Schulbauten 20.
 " Verpflichtung zur Aufbringung der Parochiallasten 100 ff.
 " Heranziehung zu Zahlungen für kirchliche Zwecke im Verwaltungswege 101.
 " staatliche Beihilfen zu Kirchen- und Schulbauten 20.
 " Verpflichtung z. Anschaffung und Einfriedigung der Begräbnisplätze 352.
 Ortsgemeindebezirke 85.
 " Veränderungen 89.
 Ortsstatute, kirchliche, f. Statutarautonomie.
 Ötzeier, f. Eierabgabe.

P.

- Paramente 309.
 " deren Auflegen 272.
 Parochie f. Pfarrbezirk.
 Parochialbericht 147.
 Parochialgerechtsame der Kirche 123.
 Parochiallasten 97 ff.
 " Umfang der dadurch begründeten Verpflichtung 100 ff.
 " Aufbringung 100 ff.
 " Andersgläubiger 29.
 " bedürfen nicht der Eintragung im Grundbuche 298.
 Parochianen 89.
 Pastor diaconus 163.
 Pastor primarius 163.
 Patron f. auch Kirchenpatron.
 " kirchliche Baulast 305.
 " Begräbnis 182.
 " Kirchengebet 182.
 " Rechte am Kirchen- und Pfarrvermögen 181 ff.
 " Verwaltung von Kirchenvermögen 295.

- Patronatrecht 178 ff.
 " Ausübungsfrist 179.
 " Verlust 183.
 " an Pfarrstellen, Verzeichnis 183 ff.
 " als Rittergutszubehörig 182.
 " der Prälaten 180.
 " landesherrliches 107. 177.
 " an Opfereien, Verzeichnis 263. 266 ff. 178.
 Pensionen der Predigerwitwen 284. 344 ff.
 " der Geistlichen f. Ruheinkommen.
 Perikopen 218.
 Personalgemeinden 84. 88. 92. 105.
 Pfändung des Ruheinkommens 256.
 " der Witwenpensionen 346.
 Pfarrasten 242.
 Pfarramt, f. auch Amt, geistliches 165.
 " Ausbülfe durch Kollegiaten 172.
 " Bewerbung 176 ff.
 " Verleihung 177 ff.
 " Auftrag zur Verwaltung 178.
 " einzelne Amtspflichten 213 ff.
 " Verlust 252 ff.
 Pfarrantrag 324.
 Pfarrantragsbuch f. Pfarrkataster.
 Pfarrauseinanderetzung f. Auseinanderetzung.
 Pfarrbeiträge z. Emeritierungsfonds 282 ff.
 Pfarrbeholdungsfonds 291 ff. 322.
 Pfarrbezirke 27. 89 ff.
 " Aenderung 90.
 " Verzeichnis 66 ff.
 " ausländische, in Verbindung mit inländischen Kirchenbezirken 90.
 Pfarren, Aufhebung 90.
 " Neugründung 90.
 " Stiftungen mit juristischer Persönlichkeit 294.
 Pfarreinkommen 320 ff.
 " keine Beiträge der Gemeinde zu dessen Erhöhung 86.
 " dessen Aufbringung, keine Parochiallast 99.
 " Freiheit von Kirchensteuer 93 ff.
 " jährliches, Verteilung auf die Berechtigten 341 ff.
 Pfarrforsten 331.
 Pfarrgarten, Einfriedigung 331.
 Pfarrhöf, Einfriedigung 329.
 Pfarrgemeinde 89.
 " Mitgliedschaft 91.
 Pfarrgrundstücke 329 ff.
 " Nutzung 329 ff.
 " Verpachtung auf Meistgebot 329.

Pfarrgrundstücke Verpachtung unter Garantie des Konfistoriums 330.
 „ Veräußerung 325.
 „ Freiheit von Kirchensteuer 93.
Pfarrhäuser 321. 325 ff.
 „ deren Nutzung 326.
 „ Reparaturen 326.
 „ kleine Reparaturen 327.
 „ Wert im Pfarranschlage 321 ff.
 „ Zubehörungen 325 ff.
 „ Baupflicht 328.
Pfarrholz 332.
Pfarrinventar, Hausinventar 327 ff.
 „ Garten- und Geländeinventar 331 ff.
 „ Abschätzung 201.
 „ Auseinanderlegung 201.
Pfarrkapitale 330. 332 ff.
Pfarrkataster 24. 324. 339.
Pfarrlasten 338. 342.
Pfarrmeliorationen s. Pfarrinventar.
Pfarrpfünde 176.
 „ Bestandteile 320 ff.
 „ Verleihung 177.
 „ Einweisung 200.
 „ s. auch Pfarrvermögen.
Pfarrregistratur 242. 246.
 „ Versiegelung 205.
Pfarrrecht 93. 216.
Pfarrschulden 331. 339 ff.
Pfarrsitz, Aufhebung 83.
Pfarrsprengel, s. Pfarrbezirk.
Pfarrstelle 177, s. auch Pfarre und Pfarrpfünde.
 „ Verzeichnis 66 ff.
Pfarrübergabe 198 ff. 327.
Pfarrvakanz, Anordnungen 204 ff.
 „ Arbeiten, deren Vergütung 208.
Pfarrvakanzfahrten 207.
Pfarrvakanzkasse 201. 206. 280. 283. 292.
 „ Ueberschuß 206.
 „ Liberalitäten aus deren Mitteln 24.
 „ Beiträge z. Emeritierungsfonds 283.
 „ Beiträge z. Generalinspektionsspredigerwitwenkasse 290.
Pfarrvakanzkosten 207 ff.
Pfarrverband 89.
 „ Grund zur Tragung der Parochiallasten 102.
Pfarrvermögen, Verwaltung 295.
Pfarrverweiser, 163, 209 ff.
Pfarrwahl durch die Gemeinde 177.
Pfarrwirtschaftsgebäude, Baupflicht, Niederlegung 329.
Pfarrwitwenhaus 319.

Pfarrwitwenhaus Baupflicht 344.
Pfarrwitwenhauskasse 319. 344.
Pfarrwitwentümer, örtliche 319.
 „ Stiftungen mit jurist. Persönlichkeit 294.
 „ Abgabe von Pfarrgrundstücken zur Witwenversorgung 345.
Pfarrwitwentumsgrundstücke, frei von Gemeindeabgaben 94.
Pfarrwitwentumsstellen 319 ff. 344 ff.
Pfarrzwang 93. 216.
Pfründe, Einweisung in dieselbe 198 ff.
 „ s. auch Pfarrpfünde.
Pfründenabgabe z. Emeritierungsfonds 283.
Pfründenrecht 325 ff.
 „ Beginn und Ende 340 ff.
Placet der Landesregierung 22.
Prädicanten 163. 209 ff.
Präjudizien 5.
Prälaten, Patronatrecht 180.
Prälaturen 360 ff.
 „ deren Verleihung 46.
Präsentation, zu Pfarrstellen durch Patrone 177.
 „ deren Bestätigung 177.
 „ „Folgen“ mit der Präsentation 180.
Präsentationsfrist 179.
Präsentationssturus 181.
Prediger, assistierende, bei Einführungen 199.
 „ s. übrigen Geistliche, Kirchen- diener.
Predigereinnahmen s. Pfarreinkommen.
Predigerseminar 171 ff.
Predigerknoden 210 ff.
 „ Kosten 211.
Predigerwahl 124. 188 ff.
 „ in der Stadt Braunschweig 189 ff.
Predigerwitwen, deren Ableben 154.
 „ Berichte über deren Verhältnisse 289 ff.
Predigerwitwenkasse des geistlichen Ministeriums in Braunschweig 139. 291.
 „ in Barum 291.
 „ in Ferheim 291.
Predigerwitwenversorgung durch Privatstiftungen 286. 291.
Predigt, deren Abfassung 217.
Privatbeichte 233.
Privatkonfirmation 232.
Privatstiftungen, zur Predigerwitwenversorgung 286. 291.
 „ in Verwaltung des Kirchenvorstandes 128.
Probegottesdienst 192.
Probste 361.
Probst zur Ehre Gottes 361.
 „ von Steterburg 361.

Provisoren, in Braunschweig 133 ff.
 i. auch Kirchenprovisoren.
 Prüfungen, theologische 167 ff.
 auswärtiger Kandidaten 169.
 Prüfungsalter 166.
 Prüfungsgebühren 144. 169.
 Prüfungs-Kommission 152 ff.
 Prüfungsergebnisse 166.

Q.

Quartalgeld f. Viertelengeld.
 Quartalopfer f. Viertelengeld.
 Quatembergeld f. Viertelengeld.
 Quorum Kapellenvorstand 111.

R.

Rauchhühner, Abgabe an die Pfarre 336.
 Rechnungsabnahmegebühr 251.
 Rechnungsführer, Rechte und Pflichten 251.
 " f. auch Kirchenrechnungsführer.
 Rechnungsrevision 250.
 Recht, dessen Aenderung 44.
 Reformierte, Religionsübung im 18. Jahrhundert 18.
 " Uebertritt zu denselben 37.
 Reiseprüfung, auf dem Gymnasium 168.
 Reisekosten, der Superintendenten 156.
 der Synodalen 54.
 Religionsaffekationen 43.
 Religionshandlungen, unterscheidende, Zulassung von Kindern 40.
 Religionsübung, freie 27.
 Religionsunterricht, evangelisch-lutherischer, Bestimmungen 16. 48.
 " evangelisch-lutherischer, Ueberwachung 16. 141.
 " der Kinder Andersgläubiger 28.
 Nachweis darüber 39.
 Renneier, f. Eierabgabe.
 Restripte, landesfürstliche 4.
 " des Staatsministeriums 4.
 " des Konsistoriums 4.
 Restriptenbuch 242.
 Reservefonds der Landes-Pfarrwitwen-Versorgungsanstalt 285.
 Revers der Klosterkonventualinnen 360.
 " des Patrons 180.
 Revision der kirchlichen Rechnungen 250.
 Revisionsgebühr 144. 251.
 Riddagshausen, Kloster 360.
 Ritterchaft des Herzogtums, Statut 182.
 Rüge öffentliche, im Gottesdienste 221.
 Ruheeinkommen der Geistlichen aus dem Emeritierungsfonds 255 ff. 284.
 Ruhestand, Vergebung der Geistlichen in den, f. Emeritierung.

S.

Zamenviehhaltung, Freiheit der Pfarren davon 338.
 Scheidung f. Ehecheidung.
 Schöffennamt 160.
 Schöningen, Stadt, kirchliche Einteilung 73.
 Schornsteinfeger im Pfarrhause 328.
 Schuhmacherei in Helmstedt 262.
 Schulämter, Bezeugung 125.
 " in Verbindung mit Kirchendienst 263 ff.
 Schulgrundstücke, Freiheit von Gemeindeabgaben und Kirchensteuer 93.
 Schulhäuser 350.
 Schullasten 99.
 Schullehrer, Emeritierung 275.
 " Beitritt zur Beamten-, Witwen- und Waisen-Versorgungsanstalt 351.
 Schulpflicht f. Gemeindegemeinschaft.
 Seelsorge 221 ff.
 " Ort 215.
 " an Gefangenen 222.
 Selbstmörder, Begräbnis 241. 355.
 Senior des Predigerseminars 107. 172.
 Senior reverendi ministerii 139.
 Simonie 183.
 Simonieid 194.
 Sonntagsruhe f. Festtagsruhe.
 Spezialinspektion 63, f. auch Inspektion.
 Spezialsuperintendenten f. Superintendenten
 Spezialvisitar 205.
 Spezialvisitation 145, f. a. Kirchenvisitation.
 Sportelfreiheit der geistlichen Stiftungen 297.
 Staatsangehörigkeit 30 ff.
 " im Herzogtum, Verlust 35.
 Staatsgesetze im Gegensatz zu Kirchengesetzen 1. 3.
 " wegen kirchlicher Angelegenheiten 2 ff.
 " Erlass 2.
 Staatsministerium, Kontratsignatur der Kirchengesetze 22.
 " Kontratsignatur der landesfürstl. Erlasse 44.
 " vorgeschriebene Berichte an dasselbe 24.
 " Genehmigung nicht pflichtmäßiger Ausgaben der kirchlichen Kassen 317.
 " vorbehaltene Entscheidung in kirchl. Verwaltungssachen 23 ff.
 " Refers an dasselbe 23.
 Stadtdiakone in Braunschweig 69. 107.

Stadtinspektion 63.
Stadtkirchen in Braunschweig 132. 250.
Stadtmagistrat in Braunschweig, s. Braunschweig.
 " in Helmstedt, s. Helmstedt.
Stadtsuperintendent in Braunschweig, Einführung 204.
 " in Wolfenbüttel, Vorstellung 204.
Standesbeamte 244 ff.
Statistik, kirchliche 247 ff.
Statutaraautonomie, fehlt den Kirchenvorständen 3.
Steinader, Promtuarium 11.
 " Sammlung 11.
Stellvertretung beim förmlichen Disziplinarverfahren 258.
 " f. einen Suspendierten 258 ff.
Stempelfreiheit der geistlichen Stiftungen 297.
Sterbegelant 241.
Sterbegelder aus den Generalinspektionspredigerwitwenkassen 290.
Sterbemonat 343.
 " vom Ruheeinkommen 256.
Sterbequartal 343.
Sterbehauer 241.
Sterbetag 343.
Sterbetaler 290.
Steterburg, adlig freiweltliches Stift 360 ff.
 " Patronatrecht 180.
Steuerfreiheit der Geistlichen, aufgehoben 160
 " des Grundeigentums der geistlichen Stiftungen 297.
Stiftungen, geistliche, Sportelfreiheit 297.
 " " Stempelfreiheit 297.
 " " Vertretung 127.
 " " Vermögensverwaltung 295 ff.
 " " in Braunschweig, Vermögensverwaltung 295. 132.
Stiftungscharakter der Kirchen, Pfarren, Pfarrwitwenhäuser und Opfereien 294.
Stiftungskapitale, Verwaltung durch den Kirchenvorstand 314.
Stiftungskassen, Liberalitäten aus deren Mitteln 24.
Stiftungsvermögen, verfassungsmäßiger Schutz 294.
Stimmberichtigte, Liste 112 ff.
Stimmberichtigung, kirchliche 111 ff.
Stolgebühren 96. 334.
 " in Orten, welche zu fremden Kirchenbezirken gehören 85 ff.
 " von Andersgläubigen, deren Wegfall 29. 333.
Stolgebührenaufhebung 334.
Stolgebührentrenten der Pfarren 182. 334 ff.
Stolgebührentrenten, Erhebung während

Stollgebührentrenten der Bakanz 154.
 " Verwendung z. Aufbesserung anderer Pfarren 335.
 " der Opfereien 349.
Strafanstalt in Braunschweig 69.
 " in Wolfenbüttel 66.
Strafsachen, Kirchenbuchsauszüge in, 246.
Studienberichte der Kandidaten 170.
Studiosen der Theologie, Predigen 170.
Studium der Theologie 168.
Stuhlfreiheit 301.
Stuhlnutzungsrecht 300 ff.
Sturmläuten 272. 309. 276.
Subicior des Predigeseminars 172.
Superintendenten 153 ff.
 " Anzeige von Pfarrereledigungen 179.
 " Beaufsichtigung der Kandidaten 169.
 " Gebühren Annum 156.
 " an der Spitze der Inspektion 63 ff.
 " Erhebung von Stolgebührentrenten 335.
 " Teilnahme an den Inspektionsynoden 79 ff.
 " Rang 162.
 " Unangemeldete Besuche d. Gottesdienste 155. 164.
 " Vorstellung 203.
Superintendentur, Verleihung 176.
Superintendenturgehäfte, Vergütung 156.
Suspension 149 ff. 257 ff.
 " Verletzung der Amtsgeschäfte des Suspendierten, Kosten 209 ff.
Symbolische Bücher, deren Unterschrift 15. 174.
Synode s. Landesynode.
Synodalaabgeordnete, Stellvertretungskosten 53.
 " " Tagegelder 54.
 " " Urlaub 53.
Synodalausschuss 57. 60 ff.
 " Vorprüfung der Legitimation der Synodalaabgeordneten 53.
 " Erstattung v. Gutachten 61.
 " Mitwirkung in Fällen der Trauungsverlagung 62.
 " Mitwirkung im Disziplinarverfahren (Entlassung) 61. 151. 257.
 " Mitwirkung bei Emeritierungen 62. 254.
 " Mitwirkung bei Versegnungen 62.
 " Mitwirkung b. Vokationsverweigerungen 61. 192.

Synodalausschuß bei Entziehung der kirchlichen Vollberechtigung 62.

Synodalführen 211.

Synodaltheilen 210.

Z.

Tagegelder der Superintendenten 156.

" d. Generalsuperintendenten 158.

" der Synodalabgeordneten 54.

" der Vakanzprediger 208.

Taufbecheinigung zum Zwecke der Konfirmation 228.

Taufe 223 ff.

" Ort 213.

" Rechtswirkung 32. 224.

" Verpflichtung dazu 223.

" Zuständigkeit 223.

" Namengebung 226.

" Nachweis derselben 228.

" durch den Geistlichen einer Sekte 32.

Taufformular 226.

Tauffrist 8. 223.

Taufgeräte 309.

Taufpaten 224. 244.

Taufpatenschaft, Entziehung des Rechts zur 39. 237.

Taufschein 228. 245.

Taufständer, dessen Beschaffung 272.

Taufwasser, dessen Beschaffung 272.

Taufzeugen i. Taufpaten.

Taufzwang, dessen Abschaffung 33. 223.

Tentamen 167.

Tiedinghausen, Einführungskosten 202.

Teilungsberechnung wegen der Pfarrein-künfte 201.

Turmuhre 310 ff.

deren Wartung 272. 276.

Tottergemeinde 83. i. auch Filial.

Totengräber 278. 353 ff.

Totengräbergebühren 278.

Totengräberhaus 279. 357.

Totenkränze, Aufhängung in der Kirche 300.

Transportkosten beim Umzuge der Geistlichen 195 ff.

Trauergeklaut, für Patrone 182.

Traufschein 245. 237.

Trauung, kirchliche 41. 234 ff.

" Ort 213.

" von Nichtchristen 236.

" Versagung 236 ff.

" " Mitwirkung des Synodalausschusses 62.

U.

Uebergaben, bei Einführung der Geistlichen 200.

Ueberhöffe der Kirchen-kassen i. Kirchen-kassen 2c.

" der Pfarreinkommen 291 ff.

Uebertritt von der Landeskirche zu einer anderen Religion oder Konfession 36 ff.

" zur Lutherischen Kirche 34.

" von Katholiken 233.

Umgänge, Abgabenerhebung für die Pfarrer 336.

Umzug, der Geistlichen, Kosten 195 ff.

Unabhängigkeitsverfahren 161.

Unbescholtenheit, kirchliche 112.

Universitätsstudium, 168.

Urlaub der Kirchen-diener 149.

" der Geistlichen 155. 164.

V.

Vakanz von Pfarren i. Pfarrvakanz.

Vakanzarbeiter, }
Vakanzfürher, } i. Pfarrvakanz.

Vakanzgelder, }

Vakanz von Opfereistellen 154.

Vakanzgelder von Opfereistellen 264.

Vasa sacra, deren Transport 272.

i. auch Kirchengeräte.

Venia aetatis i. Volljährigkeitserklärung.

Verabschiedung der Geistlichen 253.

" der Opferrnner 274.

Vereinsgeistliche 159.

in Braunschweig 70.

Verhandlungen der Landes-synode, Mitteil-ung an die Kirchenvorstände 13.

Verhandlungen der Landesversammlung 13.

Verjährung v. Pfündenberechtigungen 325.

Verordnungen, kirchliche, i. Kirchenverord-nungen.

staatliche, Erlaß 2.

Verordnungssammlung 11.

Verpflichtung auf das Amt, der Geistlichen 193.

d. Opferrnner 263.

Verletzung 62. 176. 193. 203.

Vertretung der Kirchen, Bestellung 132.

" der Geistlichen 164 ff. 204 ff.

" der Opferrnner 165. 265.

Verwaltung, kirchliche 22 ff.

Vierzeitengeld 94. 334. 336.

Visariat 173 ff.

Visitation i. Kirchenvisitation.

Visitationsbericht 148.

Visitations-Deputation 146.

Visitationsfragen 147.

Visitationsreglement von 1782 6.

Visitatoren i. Kirchenvisitatoren.

Votation 124. 191 ff.

Votationschein 192.

Votationsverweigerung 61. 192.

Volksschule i. Gemeindefchule.

Volksschullehrer, Militärdienst 161.

Vollberechtigung, kirchliche 40 ff.

Entziehung 42.

Volljährigkeit 38. 41 ff.

Volljährigkeitserklärung 38.
Voranschlag der kirchlichen Klassen 251. 317.
Vorstellung der Superintendenten und Generalsuperintendenten 203 ff.
Vorstellungsgebühren 158. 204.
Vorsynode, Verordnung, deren Berufung betr. 8.
Vorzugsrecht der Forderungen kirchlicher Klassen gegen die Rechnungsführer 252.

W.

Wählbarkeit, kirchliche 41.
 „ für die Landessynode. 50 ff.
Wählerliste s. Wahlberechtigte.
Wäterlingischer Legatenfonds s. Legatenfonds.
Wahl der Abgeordneten zur Landessynode 52.
Wahl der Prediger durch die Gemeinde s. Gemeindevahl.
 „ der Wahlmänner für die Synodalwahlen 51.
Wahlauschreiben zur Landessynode 52.
Wahlauskunft bei der Kirchenvorstandswahl 112.
Wahlberechtigte, Liste 111.
 „ Stimmenabgabe 114.
Wahlkollegium der Geistlichen für die Wahlen zur Landesversammlung 19.
 „ für die Predigerwahl 188 ff.
Wahlkommissar für die Synodalwahlen 52.
Wahlkreise für die Synodalwahlen 49.
Wahlmänner für die Synodalwahlen 50 ff.
Wahlpredigten 188 ff.
Wahlprotokoll bei Kirchenvorstandswahlen 114.
Wahlprotokoll bei den Wahlmännerwahlen, Formular 52.

Wahlraum für die Kirchenvorstandswahlen 114.
Wahlrecht, kirchliches, Voraussetzungen 41 ff.
 „ Entziehung 39.
Wahltermin zur Kirchenvorstandswahl 113.
Weinkaufsgeld, bei Kirchenstühlen 301.
Wertpapiere der Kirchen. Hinterlegung 314.
Wiederausgrabung von Leichen 241.
Winter, Sachregister 12.
Wirtschaftsgebäude der Pfarren 328 ff.
Wochenbetstunden 219.
Wöchnerinnen, Einsegnung 227.
Wohnitz 91 ff.
Wolfenbüttel, kirchliche Einteilung 66.
Wolff, Deutsch-Braunschweigisches Gesetzbuch 12.
Wurst, Abgaben an die Pfarren 336.

3.

Zeit, geschlossene 235.
Zuchthausstrafe s. Abjegung.
 „ schließt von der Landespfarrwitwenversorgung aus 286.
 „ nimmt das Ruheeinkommen 256.
Züchtigungsrecht der Geistlichen 231.
Zugehörigkeit zur Landeskirche, Erwerb 30 ff.
 „ Verlust 35 ff.
Zuschüsse, staatsseitige, zum Einkommen der Prediger 321 ff.
 „ zum Emeritierungsfonds 282.
Zukreuer, gemeine, für kirchliche Zwecke 103.
Zwangsmittel gegen Kirchendiener 150.



